

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

13. Band:

Die Europäischen Mächte untereinander 1897–1899

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage

Inhaltsübersicht des dreizehnten Bandes

Kapitel LXXXIV

Das Deutsch-Englische Verhältnis. 1897

Nr. 3396*

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe, z. Z. in Schillingsfürst

Telegramm. Entzifferung

Neues Palais, den 25. Oktober 1896

Die neueste Nachricht aus dem Persischen Golf**, welche unsern Botschaftern umgehend mitzuteilen ist, ist von ernster Bedeutung

* Die Akten über die deutsch-englischen Beziehungen der beiden auf die Krügerdepesche folgenden Jahre sind besonders unergiebig, sie füllen einschließlich der Geheimakten nur zwei bis drei Bände. Das erklärt sich leicht. Dem Vorstoß Deutschlands in der Transvaalaffäre lag ja der tiefere Kalkül zugrunde, daß man Lord Salisbury, von dem man je länger je weniger gewußt hatte, wie man mit ihm dran sei, nötigen wollte, Farbe zu bekennen. Indem man England zeigte, daß man „auch anders könne“, hoffte man, es dahin zu bringen, daß es sich zu einer aktiveren Politik im Sinne eines engeren Anschlusses an die Dreibundmächte bequemte. Das hierzu gewählte drastische Mittel verfehlte aber seinen Zweck, da es die englische öffentliche Meinung, in der die englische Regierung stets den eigentlichen Regulator ihres politischen Handelns sehen wollte, in nicht erwarteter Intensität und Dauer gegen Deutschland in Harnisch brachte. Deutscherseits ist ja alles geschehen, um den so entstandenen nicht gewollten Gegensatz wieder auszugleichen; dahin zielte vor allem auch die Anregung und Unterstützung der englischen Dongolaexpedition (vgl. Bd. XI, Kap. LXVII). Der von Deutschland und nicht zuletzt von Wilhelm II. persönlich erstrebte Ausgleich der Spannung wollte sich aber, da die öffentliche Meinung in England nicht einlenkte, nicht so rasch bewerkstelligen lassen, wie es die Ungeduld des Deutschen Kaisers ersehnte; begreiflich daher wiederholte Rückschläge in dessen Stimmung. Das so leicht rege Mißtrauen des Kaisers gegen England kommt besonders deutlich zum Vorschein in dem oben abgedruckten Telegramm an den Reichskanzler vom 25. Oktober 1896, in dem der zur Zeit der Transvaalkrise deutscherseits ventilierte Gedanke einer Kontinentalliga gegen England (vgl. Bd. XI, Kap. LXIV) in der Form einer Schutzliga gegen koloniale Übergriffe Englands wieder auftaucht. Im Auswärtigen Amt war aber die kühle Aufnahme, der man im Januar 1896 bei Frankreich und Rußland begegnet war, unvergessen; man brachte also den Kaiser dahin, von seiner Idee Abstand zu nehmen, wie man sich ja auch ablehnend verhielt, als Ende Januar

und großer Tragweite. Der Gesandte Freiherr von Gaertner hat ganz richtig beobachtet. Es wäre wichtig festzustellen, ob dieses neueste Vorgehen der Engländer in Asien etwa laut Verabredung mit Rußland und Frankreich stattfindet. Diesbezügliche Anfragen und Recherchen sind sofort anzustellen. Die Nachrichten sowie die Zeitungs-Expektorationen aus England, welche ein stetiges Anwachsen der antideutschen Strömung melden, beweisen, daß letztere tiefgehender ist, als bisher geglaubt wurde. Sie könnte auch eines Tages dazu hinführen, daß à la Transvaal im geeigneten Moment England uns unsere Kolonien wegnehmen könnte, was zu hindern wir völlig außerstande sind. Wir könnten auch deswegen keinen Krieg führen, da England gegenüber unsere Flotte einer Hand voll Erbsen gleich zu erachten ist. Es wäre also eine billige Weise, uns eine Ohrfeige zu geben und uns vor der Welt zu diskreditieren. Es ist daher ein Gebot der Klugheit und der Vorsicht, uns womöglich Freunde, wenn nicht gar Bundesgenossen zu besorgen. Es muß daher baldigst mit Petersburg und Paris in Verhandlungen eingetreten werden, denen man zugrunde legen könnte, gemeinsame Abwehr zur Garantie des gegenseitigen Kolonialbesitzes. Es zeigt sich eben wiederum zur Evidenz, wie töricht es war, vor zehn Jahren Kolonialpolitik anzufangen, ohne eine Flotte zu haben; und diese Politik zu entwickeln, ohne im Ausbau der Flotte gleichen Schritt zu halten. Jetzt stehen wir da mit einem großen Kolonialbesitz behaftet, der für das bisher für England unantastbare Deutschland eine Achillesferse geworden ist, denn er bringt uns fortwährend mit letzterem in kleinere und größere Verwickelungen, die über kurz oder lang unsere völlige Ohnmacht zu Wasser kundtun werden. Unser Handel macht dem englischen auf Tod und Leben Konkurrenz, und unsere Presse rühmt sich dessen laut alle Tage, aber die große Handelsflotte, welche unter unserer Flagge alle Meere der Welt durchfurcht, ist völlig schutzlos den 130 englischen Kreuzern preisgegeben, denen wir mit Stolz 4 entgegensetzen können.

Wilhelm I. R.

1897 der Gedanke einer Kontinentalliga mit antienglischer Spitze von russischer Seite aufs Tapet gebracht wurde (vgl. Kap. LXXXI). Die offizielle deutsche Politik blieb bis Ende 1897 andauernd bestrebt, eine Basis für gemeinsame Besprechungen und gemeinsames Handeln, besonders auch auf dem Gebiete kolonialer Fragen, zu finden, ohne aber die englische Passivität überwinden zu können. Der negative Erfolg wird auch gerade durch die Geringfügigkeit des einschlägigen Aktenmaterials illustriert.

** Es handelt sich um eine Meldung des Konsuls Richarz in Bagdad (nicht des Gesandten Freiherrn von Gaertner in Teheran) vom 24. Oktober 1896, wonach ein englisches Kriegsschiff auf dem Schatt el Arab bis ins Wilajet Basra vorgedrungen sei und auch eine Flottendemonstration im Persischen Golf zu erwarten stehe.

Nr. 3397

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.**

Telegramm. Unsigniertes Konzept

Berlin, Oktober 1896

Durch eine Ausbreitung Englands am Persischen Meerbusen würde franko-russische Feindschaft gegen England unmittelbar verschärft. In demselben Grade, wie England zu vermehrter Wachsamkeit gegenüber franko-russischer Gruppe genötigt wird, entfernt sich von unsern Kolonien die Gefahr eines englischen Überfalls. Eine Annäherung Deutschlands an die franko-russische Gruppe ist daher wenigstens jetzt und aus diesem Anlaß nicht nötig. Dieselbe würde das doppelte Bedenken haben, einerseits Deutschlands Stellung durch den Anschein, als liefen wir jenen beiden Mächten nach, zu vermindern, andererseits den Dreibund auseinanderzurütteln.

Nr. 3398

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt, z. Z. in Sommerberg im Rheinland, an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Privatbrief. Unsignierter Auszug in Abschrift

Sommerberg, den 28. Oktober 1896

Darüber kann jedenfalls kein Zweifel bestehen, daß wir politisch nicht das mindeste Interesse haben, einem Konflikt der Russen und Engländer am Persischen Meerbusen vorzubeugen. Ganz im Gegenteil. Je mehr sich die Differenzen der beiden dort und anderswo zuspitzen, desto weniger können sie, namentlich England, daran denken, uns anzugreifen. Wenn man also in London wirklich daran dächte, über unsere Kolonien herzufallen, so müßte uns ein russisch-englischer Konflikt in Asien doppelt erwünscht sein, und es wäre sehr töricht, ihm vorbeugen zu wollen. Ich lasse dabei außer Betracht,

* Das Telegramm ist nicht abgegangen; nach einer Randbemerkung des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein wäre sein Inhalt von Freiherrn von Marschall im Vortrage bei dem Kaiser besprochen. Der Abdruck erfolgt, weil aus ihm die abwiegelnde Haltung des Auswärtigen Amts erhellt. Eine Folge ist dem kaiserlichen Telegramm an den Reichskanzler von seiten des Auswärtigen Amts nicht gegeben worden; eine Mitteilung scheint nur an Botschafter Graf Hatzfeldt in London mittels eines Privatbriefes von Holsteins erfolgt zu sein; siehe das folgende Schriftstück.

ob die von Seiner Majestät dekretierte Anbandlung in Petersburg und Paris* Erfolg haben kann. Ich glaube es nicht. In Petersburg will man vorläufig Ruhe in Europa und freie Hand in the far East. In Paris, wo man darin nur einen neuen unbequemen Versuch unsererseits sehen wird, uns als Dritten einzudrängen, wird man sich auf den Standpunkt stellen, den Courcel bezüglich Transvaal geltend machte, d. h. man wird sagen: „Sollen wir Eure Kolonien garantieren, dann müßt Ihr auch in Ägypten mit uns gehen**." Sind wir dazu bereit? Damit würden wir unsere ganze Politik für die Zukunft festlegen, und wir könnten ebensogut unsere Verträge mit Österreich und Italien sofort kündigen. Resultat: Sprengung des Dreibundes, ohne daß wir von den Russen irgendeine Zusicherung bezüglich ihres Verhaltens bei einem doch immer möglichen Kriege zwischen Deutschland und Frankreich erhalten hätten!

Zu diesen Erwägungen kommt aber noch hinzu und dürfte auch zu verwerten sein, daß die Engländer, soweit wir uns ein Urteil bilden können, wohl nicht entfernt daran denken, über unsere Kolonien herzufallen. Lord Salisbury weiß genau, daß wir in dem Augenblick, wo ein solcher Überfall stattfände, mit Pauken und Trompeten in das russische Lager schwenken und jede Feindseligkeit der Russen resp. Franzosen gegen England verstärken und ermutigen würden. Ist das sein Interesse? Er weiß außerdem, daß damit der Dreibund gesprengt ist, und daß er dann auch von Österreich und Italien nichts oder fast nichts zu erwarten hätte. Nach meiner festen Überzeugung hat er aber den Gedanken, sich später doch noch einmal auf den Dreibund stützen zu können, keineswegs aufgegeben. Er kann diese Hoffnung auch gar nicht fallen lassen, je mehr er sich gerade in letzter Zeit davon überzeugt haben muß, daß eine politische Verständigung zwischen England und Rußland unmöglich ist, noch unmöglicher als die durch Courcel versuchte Verständigung mit Frankreich. — Wie sollte er, wenn diese Voraussetzungen richtig sind, auf den Gedanken kommen, uns durch einen Überfall unserer Kolonien unwiederbringlich in die Arme der Gegner zu treiben, den Dreibund zu sprengen und sich auch um die Freundschaft Österreichs und Italiens zu bringen? Wie ist es möglich, ihm einen solchen Wahnsinn zuzutrauen?

Wohlverstanden schließe ich die Möglichkeit, daß England eines Tages über unsere Kolonien herfallen könnte, damit nicht für alle Fälle aus. Schwenken wir so offenbar zu Rußland über, daß jede Möglichkeit einer ferneren Verständigung mit uns und dem Dreibund fortfällt, dann ist der Fall allerdings denkbar, daß England die Hand auf die eine oder andere unserer Kolonien legt und überhaupt keine Rücksicht mehr auf uns nimmt, also z. B. Delagoabai und den

* Vgl. Nr. 3396.
** Vgl. Bd. XI, Kap. LXIV, Seite 71, Nr. 2641, Fußnote **.

Transvaal einsteckt. Aber nur, wenn von uns politisch nichts mehr zu hoffen wäre. Meines Wissens liegt aber durchaus kein Grund vor, es dahin kommen zu lassen. Koloniale Reibungen werden zwischen uns und den Engländern stets vorkommen, sie sind aber meines Erachtens kein Grund, auch einen politischen Bruch für die Zukunft herbeizuführen. Selbst wenn wir uns mit den Russen gut stellen wollen, so wird stets das beste Mittel, sie weich zu machen, darin bestehen, daß sie an die Möglichkeit einer Verständigung zwischen uns und England glauben.

Nr. 3399

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall**

Eigenhändig

Berlin, den 24. November 1896

pp. Seine Majestät der Kaiser bezeichnete Bismarcks Enthüllungen als „Landesverrat"**; Bismarck habe einen Schatten auf die Loyalität Kaiser Wilhelms I. geworfen und Deutschland unsagbaren Schaden zugefügt. Die Enthüllungen seien direkt gegen ihn — Kaiser Wilhelm II. — gerichtet; es sei ein Akt der Rachsucht gegen seine Person. Aber eine Verfolgung des Fürsten Bismarck sei unmöglich. — Eine der schlimmen Wirkungen der Enthüllungen sei die zunehmende Verbitterung der öffentlichen Meinung Deutschlands gegen England. Dieselbe habe einen Grad erreicht wie noch nie zuvor. Trotzdem werde er wie während seiner ganzen Regierungszeit fortfahren, gute Beziehungen zu England zu pflegen, und er hoffe auch, sein Ziel zu erreichen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit (a fair amount of reciprocity) seitens Englands namentlich in der Presse. Das Geburtstagsfest Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich habe er dieses Jahr besonders gefeiert und durch Einladung der ganzen englischen Botschaft ausgezeichnet, um demonstrativ eine Antwort auf die Bismarckschen Enthüllungen zu geben.

---

* Es handelt sich um die Wiedergabe von Äußerungen, die Kaiser Wilhelm II. am 21. November 1896, dem Geburtstage der Kaiserin Friedrich, zu dem englischen Botschafter Sir Fr. Lascelles getan, und die dieser Freiherrn von Marschall an der Hand eines darüber an Lord Salisbury gerichteten Telegramms vorgelesen hatte. Den hier ausgelassenen Teil der Aufzeichnung siehe in Kap. LXXI, Nr. 2881.

** Gemeint ist die Enthüllung der „Hamburger Nachrichten" vom 24. Oktober über die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages, die in der in- und ausländischen Presse großes Aufsehen hervorgerufen und auch zu einer Interpellation im Reichstage (16. November) Veranlassung gegeben hatte. Vgl. dazu Kap. LXXI, Nr. 2873 nebst Fußnote, ferner Wilhelms II. Brief an den Zaren vom 12. November 1896. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, ed. W. Goetz, S. 303 f.

Auf die Kolonialfragen übergehend, habe Seine Majestät der Kaiser bemerkt, er sei zu dem Schlusse (conclusion) gekommen, daß Deutschland außerstande sei, alle seine Kolonien zu entwickeln, und daß es besser sei, sich auf eine zu beschränken und die andern aufzugeben. Darüber werde sich mit England leicht eine Verständigung erzielen lassen, falls letzteres bereit sei, an andrer Stelle Deutschland eine Kohlenstation einzuräumen. — Der neue Kolonialdirektor Freiherr von Richthofen *, ein versöhnlicher Mann, billige diese Kolonialpolitik.

Soweit der Inhalt des Telegramms. Mündlich fügte Sir Frank Lascelles bei, daß Seine Majestät der Kaiser über die jüngste Interpellation im Reichstage nur kurz sich dahin ausgesprochen: Alle hätten um die Sache herumgesprochen, nur Eugen Richter, den er sonst verabscheue, habe den Nagel auf den Kopf getroffen und das offen ausgesprochen, was alle Welt denke und empfinde **.

Marschall

Nr. 3400

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II. ***

Eigenhändig

Berlin, den 30. November 1896

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät überreiche ich alleruntertänigst Abschrift eines von Lord Salisbury an Sir Frank Lascelles gerichteten Telegramms, welches der letztere dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit der Bitte um Vorlage an Euere Majestät über-

* Dr. Freiherr von Richthofen, bisher deutscher Kommissar bei der ägyptischen Schuldenkommission, war am 19. Oktober 1896 an Dr. Kaysers Stelle zum Direktor des Kolonialamts ernannt worden.

** Eugen Richter hatte in seiner Reichstagsrede vom 16. November sich dahin ausgesprochen, daß Fürst Bismarck sich durch seine Enthüllung in den „Hamburger Nachrichten“ eines Vertrauensbruches gegen Rußland und des Verrats von Staatsgeheimnissen schuldig gemacht habe, daß aber im Hinblick auf Bismarcks hohes Alter und sein Verdienst Gnade vor Recht ergehen müsse.

*** Ende November 1896 war in Hamburg ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen. Der Umstand, daß der englische Arbeiterführer Tom Man nach Hamburg kam, um sich der Aufstandsbewegung anzunehmen, gab einer Anzahl deutscher Blätter, vor allem den „Hamburger Nachrichten“, Anlaß zu der Behauptung, daß der Streik von englischen Reedern künstlich ins Werk gesetzt und mit englischem Gelde geschürt werde. Da Kaiser Wilhelm II. von dieser Behauptung eine Zunahme der englandfeindlichen Stimmung in Deutschland befürchtete, ließ er der englischen Regierung durch Sir Frank Lascelles eine amtliche Dementierung der Pressemeldungen über eine englische Begünstigung des Streiks nahelegen, die Lord Salisbury jedoch ablehnte.

geben hat*. Da seitens der deutschen Regierung in der Hamburger Streikangelegenheit ein Antrag an das Londoner Kabinett nicht gestellt worden ist, so kann sich die ablehnende Antwort Lord Salisburys nur auf eine persönliche Mitteilung Euerer Majestät an den englischen Botschafter beziehen.

C. Fürst v. Hohenlohe

Anlage

Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Telegramm. Unsignierte und undatierte Abschrift, vom englischen Botschafter dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall am 30. November 1896 übergeben

Please remind the Emperor that England stands in as great a danger as Germany in respect to socialist disturbances; and that neither Her Majesty's Government nor the capitalists of this country have the slightest sympathy with the agitation. We should be deserted immediately by our political supporters, were they to suspect us of countenancing the strikers and trades-unions.

The imputation is so devoid of foundation that an official denial would be received with ridicule.

The Home Secretary has been communicated with, in accordance with the desire of the German Government.

Nr. 3401

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hannover, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Telegramm. Entzifferung

Hannover, den 2. Dezember 1896

Der Verabredung mit Euerer Durchlaucht entsprechend habe ich mit dem englischen Botschafter gesprochen. Ich teilte ihm mit, Euere Durchlaucht hätten mir die ablehnende Depesche Lord Salisburys ** vorgelegt und seien über den Ton derselben ebenso befremdet wie ich. Nach allem, was ich für England getan hätte, wäre ein kurzer Zeitungsartikel, der die hiesige Presse etwas beruhigte, wohl das Geringste, was ich von Lord Salisbury hätte erwarten können, die

* Siehe Anlage.
** Siehe Nr. 3400, Anlage.

kostbarste Zeit sei inzwischen verlorengegangen. Die aus bekannten Gründen schon gegen England aufgeregte Stimmung würde unter dem Einfluß der dem Fürsten von Bismarck ergebenen Presse die Gelegenheit sich nicht entgehen lassen, sich auf das schärfste gegen England Luft zu machen. Und der gefährliche Gedanke werde von englischer Seite unerwidert bleiben und im deutschen Volke immer mehr Platz greifen, daß England, zu furchtsam, einen offenen Krieg mit seinem Vetter zu provozieren, mit seinem Geldsack durch Unterstützung von Revolutionen und Strikes bei uns den Krieg auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen wolle. Eine solche Schlußfolgerung könne sogar gespannte Situationen herbeiführen, so daß es mir bei dem besten Willen nicht möglich sein würde, bei etwaigen zu erwartenden Verwickelungen den Wünschen der englischen Regierung Gehör zu schenken. Denn den Interessen und Wünschen des gesamten deutschen Volkes zuwider zu handeln, sei ich nicht in der Lage. Der Botschafter war außerordentlich betroffen. Nach einem kurzen Beschönigungsversuch gab er schließlich die Richtigkeit meiner Ausführung unumwunden zu und erklärte, nochmals telegraphieren und alles versuchen zu wollen, um eine neue Preßkampagne zwischen beiden Ländern zu vermeiden. Er schloß mit den Worten, es wäre doch besser, Lord Salisbury werde in England ausgelacht, wenn er scheinbar Selbstverständliches in die Zeitung setze, als daß bei Unterbleiben einer solchen Notiz schwere Sorgen auf sein Haupt gewälzt würden.

Herrn von Szögyény habe ich auch besucht, fand ihn im allgemeinen ruhiger und sehr dankbar für gute Behandlung Englands meinerseits; teilte ihm mit, wie England neuerdings die gute Behandlung beantwortet habe. Seine Haare sträubten sich alle einzeln, und er war ganz außer sich. Ich sagte ihm, es würde sehr gut sein, wenn von Wien aus unumwunden den Engländern klargemacht würde, daß ein derartiges Verhalten Deutschland gegenüber in Wien selbstverständlich die schärfste Mißbilligung erfahren müsse. Er versprach, dies sofort zu veranlassen.

Wilhelm I. R.

Nr. 3402

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 8. Dezember 1896

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht anbei alleruntertänigst Abschrift eines Telegramms vorzulegen, welches

Lord Salisbury unter dem 3. d. Mts. an Sir Frank Lascelles gerichtet und letzterer mir mitgeteilt hat *.

Das Telegramm steht offenbar im Zusammenhang mit dem Inhalt der Mitteilungen, welche Euere Majestät mit Allerhöchstderen Telegramm aus Hannover vom 2. d. Mts. zur Hamburger Streikangelegenheit mir zukommen zu lassen die Gnade gehabt haben **, und enthält augenscheinlich die Antwort Lord Salisburys auf diejenigen Schritte, welche Sir Frank Lascelles unter dem Eindrucke der ernsten Vorhaltungen Euerer Majestät bei ihm getan hat.

Inzwischen enthält die „Times“ vom 5. d. Mts. bereits den im Ausschnitt ehrfurchtsvoll angeschlossenen Artikel ***, worin die Behauptung einiger deutscher Blätter, die englischen Kaufleute seien für den Hamburger Ausstand verantwortlich, als eine Friedrichsruher Erfindung lächerlich gemacht und als jeder Spur eines Beweises entbehrend hingestellt wird. Der Umstand, daß dieser Artikel telegraphisch durch „Reuter“ angekündigt wurde, bestärkt in mir den Eindruck, daß Lord Salisbury schon damit seine in dem Telegramm an Sir Frank Lascelles enthaltene Zusage eingelöst zu haben vermeint und somit ein Mehreres in der Sache von London nicht zu erwarten steht.

Fürst v. Hohenlohe

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ich habe das meinige gethan etc. W.

Anlage

Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Unsignierte Abschrift, vom englischen Botschafter dem Fürsten von Hohenlohe mitgeteilt

Nr. 204 London, December 3. 1896

Since the Emperor seems to attach great weight to our influencing the attitude of the Press on this point, I will communicate with Sir Donald Mackenzie Wallace, who is on the staff of the „Times“ and with whom I have a slight personal acquaintance. But please impress on His Majesty that we are absolutely without the means of influencing or controlling the Press, and I cannot be sure as to the effect which may be produced by my appeal to Wallace. The only course for the „Times“ to take in dealing with the matter would be to censure Prince Bismarck. Could this be considered objectionable?

---

* Siehe Anlage.
** Siehe Nr. 3401.
*** Hier nicht aufgenommen, weil inhaltlich hinreichend charakterisiert.

Nr. 3403

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 17. April 1897

pp.* Mr. Curzon ging dann auf die Beziehungen zwischen Deutschland und England mit dem Bemerken ein, daß man in Deutschland vielfach die irrige Auffassung habe, als ob die englische Presse unter irgendeiner Kontrolle der Regierung stehe. Dies sei in keiner Weise der Fall. Ich entgegnete, daß mir umgekehrt in England der Irrtum weit verbreitet scheine, daß in Deutschland der größere Teil der Presse unter dem direkten oder indirekten Einfluß der Regierung stehe, und daß man daher annehme, daß alle die England feindlichen Artikel unserer Presse inspiriert seien. Mr. Curzon wollte dies bestreiten, räumte aber ein, daß es in England vielfach auffalle, wenn ein Blatt, das an einem Tag einen offenbar inspirierten Artikel enthielte, dann wieder heftige Artikel gegen England bringe. Dies gäbe in der englischen öffentlichen Meinung zu irrtümlichen Auffassungen Anlaß. Ich entgegnete, daß bei uns die Tatsache besondere Beachtung finde, daß beispielsweise der „Standard", der doch das anerkannt offiziöse Organ der konservativen Partei sei, von allen englischen Blättern die feindseligste Sprache gegen Deutschland führe. Daraus gehe doch wohl hervor, daß in der öffentlichen Meinung Englands eine nicht allzu freundliche Stimmung gegen Deutschland zurzeit bestehe. Ich müsse allerdings zugeben, daß auch in Deutschland die Sympathie für England nicht mehr dieselbe sei wie vor einigen Jahren. Mr. Curzon wünschte die Gründe zu wissen, auf denen dieser Stimmungswechsel beruhe. Ich entgegnete ihm, daß diese Stimmung in Deutschland in der Hauptsache zusammenfalle mit unserer kolonialen Entwickelung und mit der Haltung, die man englischerseits gegenüber derselben beobachte. Es würde ja lächerlich sein, angesichts der ungeheuren Ausdehnung des englischen Kolonialreichs und der Geringfügigkeit der deutschen Kolonien an eine Eifersucht Englands in dieser Beziehung zu glauben. Und doch bestehe in Deutschland der Eindruck, daß in kolonialen Fragen selbst die bescheidensten Ansprüche Deutschlands von England zurückgewiesen oder doch dilatorisch behandelt würden. Ich erinnerte an die Frage der Voltagrenze und das

---

* Der hier nicht wiedergegebene Anfang der Marschallschen Aufzeichnung über seine Unterredung mit dem zu Besuch in Berlin weilenden englischen Parlaments-Unterstaatssekretär G. N. Curzon am Nachmittage des 17. April betrifft die Haltung Englands im griechisch-türkischen Kriege.

Hinterland von Togo und die Frage wegen Witu usw. Dieses mangelnde Entgegenkommen der englischen Kolonialpolitik gegenüber der unsrigen mache einen um so übleren Eindruck bei uns in Deutschland, als wir im Jahre 1890 in dem Sansibarvertrag England gewiß große Konzessionen gemacht und durch die Tat bekundet hätten, daß wir in kolonialen Fragen den Wunsch hätten, uns mit England zu verständigen. Daß bei dieser Stimmung die Ereignisse im Anfang vorigen Jahres nicht dazu beigetragen hätten, unsere öffentliche Meinung zu beruhigen, sei bekannt. Mr. Curzon faßte diese Bemerkung sehr lebhaft auf und versicherte mich, daß der englischen Regierung sehr vieles daran gelegen sei, alle bestehenden Fragen auf kolonialem Gebiete in freundlicher Weise zu erledigen. In der öffentlichen Meinung Englands sei nur die Transvaalfrage, welche ernstlich eine Erregung gegen Deutschland geschaffen habe, und auch diese Erregung sei im Schwinden begriffen. Ich erwiderte, daß in dieser Beziehung auch bei uns infolge des Einfalls Dr. Jamesons eine sehr starke Erregung eingetreten sei, und daß heute wir noch mit einem weite Kreise beherrschenden Verdacht zu rechnen hätten, daß England oder doch Mr. Rhodes und die Chartered Company in Südafrika Pläne schmiedeten, die mit den bestehenden Verträgen ebenso wie mit unseren Interessen unvereinbar seien. Mr. Curzon werde gelesen haben, wie die Nachricht von einer Flottendemonstration in der Delagoabai* fast auf dem ganzen Kontinent den Verdacht hervorgerufen habe, daß England Absichten auf jene Bai habe und im Hintergrund ein Krieg mit Transvaal stehe. Die Kaiserliche Regierung glaube selbstredend derartige Dinge nicht, aber in der öffentlichen Meinung bestehe nun mal der Verdacht, daß solche Pläne beständen, und man würde zugeben müssen, daß manches gesprochen und getan werde, was geeignet sei, diesen Verdacht zu unterstützen. Mr. Curzon wies den Gedanken, daß England Absichten auf die Delagoabai habe, mit größter Lebhaftigkeit zurück. Portugal werde niemals dieselbe in Güte hergeben, und niemals werde England einen Gewaltstreich gegen Portugal ausführen[1]. Was Transvaal betreffe, so solle man doch nicht Mr. Rhodes und die Chartered Company mit der englischen Regierung vermischen. Die englische Regierung halte fest an den bestehenden Verträgen, insbesondere an der Konvention von 1884, aber Präsident Krüger sei ein Mann, mit dem schwer zu verhandeln, und die Fremdengesetzgebung Transvaals sei in der Tat ein Eingriff in jene Konvention. Auf meinen Einwurf, daß diese Konvention dem Transvaalstaate volle Unabhängigkeit in inneren Fragen ge-

---

* Seit Anfang April 1897 waren in der englischen Öffentlichkeit Gerüchte im Gange über militärische Vorbereitungen zu einem Feldzuge gegen die Buren und über eine Flottendemonstration in der Delagoabai. Auch in die deutsche Presse fanden diese Gerüchte Eingang; z. B. stellten die „Hamburger Nachrichten“ vom 8. April als feststehend hin, daß England einen neuen Handstreich gegen die Buren vorbereite, und daß diese sich zu energischer Abwehr rüsteten.

währe, entgegnete Mr. Curzon, daß nach Auffassung der englischen Regierung die Fremdengesetzgebung nicht der inneren, sondern der internationalen Politik angehöre[2]. Ich bemerkte darauf, daß die Interpretation des Vertrags vom Jahre 1884 uns direkt nicht angehe und wir beiden Teilen, die denselben abgeschlossen, überlassen müßten, sich darüber zu verständigen. Eine Transvaalfrage bestehe für uns nur insofern, als wir in der Südafrikanischen Republik Interessen hätten, die wir verteidigen müßten. Auf die Frage Mr. Curzons, welcher Art diese Interessen seien, wies ich auf meine vorjährige Reichstagsrede* hin, in der ich dies des näheren ausgeführt habe. Es handle sich hier um wichtige kommerzielle und materielle Interessen. Wir hätten in erheblichem Maße deutsches Geld in Eisenbahnen und anderen Unternehmungen angelegt, und unser Handel mit Transvaal sei in erfreulichem Steigen begriffen. Wir vertreten und schützen unsere Interessen auf Grund eines Handelsvertrags, den wir mit Genehmigung der Königin von England seinerzeit mit der Republik abgeschlossen hätten, und Mr. Rhodes und die Chartered Company verfolgten doch sehr durchsichtig den Plan, diesen Handel zu zerstören und die kommerziellen Beziehungen zur Südafrikanischen Republik zu einem Monopol der Chartered Company zu machen. Mr. Curzon bestritt nicht, daß Rhodes und die Chartered Company derartige Pläne verfolgten, aber die Company habe doch keine Truppen[3], und um solche Pläne durchzuführen, bedürfe es einer starken Heeresmacht. Ich entgegnete, daß unsere öffentliche Meinung aus manchen Vorkommnissen der jüngsten Zeit den Schluß ziehe, es könne England eventuell bereit sein, die nötige Heeresmacht zur Erreichung dieser Pläne zu stellen. Mr. Curzon bestritt mit besonderer Lebhaftigkeit, daß England irgendwelche kriegerische Gedanken gegen Transvaal hege; das sei in keiner Weise der Fall. Ich dürfe doch nicht übersehen, daß Transvaal seit längerer Zeit ungeheuere Massen von Kanonen, Gewehren, Munition und Kriegsbedarf einführe, also zum Kriege rüste. Auf meine Frage, ob etwa England in diesen Rüstungen eine Bedrohung sehe und einen offensiven Stoß seitens der Südafrikanischen Republik erwarte, antwortete Mr. Curzon mit „Nein", aber trotzdem enthielten jene Rüstungen eine Gefahr, weil sie die Gemüter in Südafrika erregten[4]. Ich bemerkte darauf, daß ich über den Umfang des Ankaufs von Kriegsbedarf seitens der Südafrikanischen Republik keine genaue Kenntnis hätte, aber so wunderbar scheine mir die Tatsache doch nicht zu sein, daß die Republik sich auf einen möglichen Krieg vorbereite. Der Einfall Dr. Jamesons und die Umstände, unter denen er erfolgt sei, die Art, wie die öffentliche Meinung in England den Vorgang aufgefaßt, und die Enthüllungen vor der Enquêtekommission ließen es doch recht begreiflich erscheinen, daß die Boeren sich vor-

* Vom 13. Februar 1896.

bereiteten darauf, um ähnlichen, mit stärkeren Kräften unternommenen Versuchen in gleich erfolgreicher Weise zu begegnen. Auch seien von englischer Seite in der jüngsten Zeit gar manche Drohungen ausgestoßen worden, die naturgemäß die Boeren hätten vorsichtig machen müssen. Mr. Curzon gab Dr. Jameson vollkommen preis, er wies darauf hin, daß England seine Pflicht getan und diesen Mann zu schwerer Strafe verurteilt hätte; es sei also in dieser Beziehung geschehen, was hätte geschehen können. Der englischen Regierung liege ein Krieg mit der Südafrikanischen Republik durchaus fern. Obgleich sie sicher sei, denselben mit Erfolg durchführen zu können, dürfe doch die große Schwierigkeit eines solchen Unternehmens nicht unterschätzt werden. Es liege alles an den Boeren und speziell an dem Präsidenten Krüger, die bestehenden Zwistigkeiten in freundlicher Weise durch Verständigung zur erledigen. Ich sagte darauf Mr. Curzon, daß ich an dem guten Willen der englischen Regierung nicht zweifle, aber ebenso bestimmt glaube, daß Mr. Rhodes seinen ganzen Einfluß daran setzen würde, um eine friedliche Verständigung zu hintertreiben und einen Krieg herbeizuführen[5]. Als Mr. Curzon bei unserer Besprechung ganz vorsichtig und indirekt auf das Telegramm Seiner Majestät des Kaisers hindeutete und den Eindruck, den es in England gemacht, sagte ich ihm, daß wir die Erregung der öffentlichen Meinung in England heute noch ebenso unverständlich fänden wie vor anderthalb Jahren. Laut dem Spruch eines englischen Gerichtshofs habe sich Dr. Jameson und seine Bande nicht nur an dem internationalen, sondern auch am englischen Recht auf das schwerste vergangen und sei deshalb mit den Rädelsführern durch englische Richter zu Gefängnisstrafe verurteilt worden. Wie könne man es verstehen, daß die sehr milde Verurteilung dieses Mannes in dem Telegramm einen solchen Ausbruch von Fanatismus im englischen Volke hervorgerufen habe? Mr. Curzon entgegnete, er sei selbst darüber erstaunt gewesen, er finde die Erklärung darin, daß man in dem Telegramm eine politische Aktion empfunden habe, die den Beziehungen Englands und der Südafrikanischen Republik einerseits und den zwischen Deutschland und England andrerseits nicht entsprochen habe. Ich entgegnete Mr. Curzon, daß jene Kundgebung aber, wenn auch in der mildesten Form, der politischen Auffassung Deutschlands und seiner öffentlichen Meinung entsprochen habe, die in dem Einfalle Dr. Jamesons nicht nur einen schweren Rechtsbruch, sondern auch den Versuch des Eingriffs in wichtige deutsche Interessen erblickt habe. Mr. Curzon versicherte mich, daß die Wirkung jenes Telegramms längst verschwunden sei und die öffentliche Meinung sich längst Deutschland gegenüber beruhigt habe[6].

Unsere Unterredung schloß damit, daß ich Mr. Curzon erklärte, wir wünschten wie in früheren Zeiten in den besten Beziehungen zu England zu stehen, wir müßten aber allerdings dabei von dem Grundsatze der unbedingten Reziprozität ausgehen, und dies würde auch

das sicherste Mittel sein, um aus unserer öffentlichen Meinung alle die wenig angenehmen Empfindungen zu beseitigen, welche die englische Politik vornehmlich in Afrika in den letzten Jahren hervorgerufen habe.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] Abwarten?!!
[2] siehe Holland! Da gehört die Fremdengesetzgebung auch zu den Inneren Angelegenheiten
[3] kriegt sie aber geliefert!
[4] die hat Rhodes und Jameson viel mehr erregt.
[5] ja
[6] Unsinn!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Einverstanden W.

Nr. 3404

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 200 London, den 22. April 1897
Ganz vertraulich

Die zahlreichen Gerüchte, welche in der englischen Presse seit einiger Zeit aufgetaucht sind und auf eine energischere Aktion Englands in Südafrika, sowohl der Transvaalrepublik gegenüber als in bezug auf die Delagoabai, hindeuteten, verdienen meines gehorsamsten Erachtens unsere volle Aufmerksamkeit, und es dürfte vielleicht an der Zeit sein, daß wir uns schon jetzt über unsere eventuelle Haltung in dieser Frage schlüssig machen. Der jetzige Augenblick ist dafür um so geeigneter, als hier ein wenigstens augenblicklicher Stillstand eingetreten zu sein scheint, der uns gestattet, unsere Interessen in der Sache, sowohl speziell in Südafrika als auch mit Rücksicht auf unsere Beziehungen zu England, welche für unsere Stellung den großen europäischen Fragen gegenüber von erheblicher Bedeutung sind, in reifliche Erwägung zu ziehen.

Es ist mir nicht unbekannt, daß es bei uns eine Partei gibt, welche jedem Vorgehen Englands in Südafrika feindlich gegenübersteht und die Kaiserliche Regierung dafür verantwortlich machen möchte, wenn dieselbe einer Vergewaltigung des Transvaals oder einer Besitzergreifung portugiesischen Gebiets, auf welchen Titel sich die letztere auch stützen möchte, ruhig zusehen wollte. Diese Partei, deren patriotische Motive gewiß alle Berücksichtigung verdienen, unterläßt es aber mei-

nes gehorsamsten Erachtens, zwei in ihrer Bedeutung verschiedene Fragen, die Frage der Erhaltung des Transvaals als eines selbständigen Staats und diejenige englischer Besitzergreifung portugiesischen Gebiets, voneinander zu trennen, und sie macht sich ebensowenig klar, welche Mittel der Kaiserlichen Regierung zu Gebote stehen würden, um der einen oder anderen dieser beiden Eventualitäten erfolgreich entgegenzutreten, ohne höhere Interessen der deutschen Politik dabei zu gefährden. So wenig ich mir in militärischen Fragen ein Urteil zutraue, so scheinen mir doch zwei Dinge kaum zweifelhaft zu sein: erstens, daß wir ohne eine starke Flotte, die uns leider noch fehlt, materiell nicht in der Lage sein würden, bei einem etwaigen englischen Angriff auf die Transvaalrepublik der letzteren eine entscheidende Hülfe zu leisten, zweitens, daß eine tatsächliche Intervention unsererseits zu einem Konflikt zwischen Deutschland und England führen müßte, welcher sich, soweit ich mir ein Urteil bilden kann, schwerlich auf Südafrika beschränken würde. Mit anderen Worten, die Lokalisierung eines deutsch-englischen Konflikts aus Anlaß einer militärischen Unterstützung des Transvaals durch Deutschland würde voraussichtlich ausgeschlossen sein, und wir würden zu einem Kriege mit England getrieben werden, welcher vielleicht größere Dimensionen annehmen könnte, als unsere koloniale Partei, die nur ihre speziellen Zwecke im Auge hat, sich klar machen will. Wo und wie würde ein solcher Krieg aber zum Austrag kommen, und wo könnten wir England militärisch fassen, ohne über eine starke Flotte zu verfügen oder wenigstens eines Bundesgenossen sicher zu sein, dessen Flotte den Mangel an hinreichenden maritimen Streitkräften bei uns zu ersetzen in der Lage und bereit wäre?

Ohne dem höheren Urteil Euerer Durchlaucht in diesem Punkte irgendwie vorgreifen zu wollen, glaube ich doch hier die Besorgnis aussprechen zu dürfen, daß wir, insoweit ich die Lage der Dinge in Europa und die Beziehungen der Mächte untereinander zu beurteilen vermag, wenig Aussicht haben würden, in diesem Augenblick einen solchen Bundesgenossen zu finden. Österreich würde uns in einem solchen Falle nicht helfen können, und von Italien ist nach den bisherigen Erfahrungen anzunehmen, daß es sich nicht gegen England stellen würde, auf dessen eventuelle Hülfe es im Mittelmeer angewiesen ist. Es ist wohl nicht zu weit gegangen, wenn ich annehme, daß wir von Rußland höchstens eine wohlwollende Neutralität zu erwarten hätten. Was schließlich Frankreich anbelangt, dessen eigene Interessen es allerdings darauf hinweisen sollten, mit uns der kolonialen Expansion Englands möglichst entgegenzutreten, so kann ich mich, ohne dem erfahrenen Urteil des Kaiserlichen Botschafters in Paris irgendwie vorgreifen zu wollen, der schweren Besorgnis nicht erwehren, daß die französische Regierung, weit entfernt, sich uns anzuschließen, in einer Verwickelung zwischen Deutschland und England nur immer wieder

eine willkommene Aufforderung erblicken würde, die Gunst der Verhältnisse zu benutzen und mit Hülfe eines uns feindlichen Englands, vielleicht auch in der Hoffnung auf die russische Freundschaft, den Frankfurter Frieden in Frage zu stellen.

Wenn sich diese Besorgnisse aber auch als unbegründet herausstellen und der Fall eintreten sollte, daß keine der anderen Mächte sich zu unseren Ungunsten in den Konflikt mischt, so bliebe immer die Tatsache übrig, daß es an jedem Kriegsschauplatz fehlt, auf welchem eine deutsche Armee die Engländer fassen könnte, und wir würden vorläufig darauf beschränkt sein, ihnen nachträglich dadurch zu schaden, daß wir überall, wo sie Interessen haben, also in Ägypten, in China und anderwärts, auf die Seite ihrer Gegner treten und die Bemühungen derselben unterstützen.

Ob England uns, wenn es zu einem Konflikt käme, nicht seinerseits und unmittelbar mit seiner Flotte großen Schaden zufügen könnte, indem es unsere wichtigsten Küstenstädte bombardiert, ist eine Frage, die ich nicht zu entscheiden wage. An dem guten Willen hierzu würde es aber, wie ich bestimmt glaube, hier gewiß nicht fehlen. Südafrika ist hier ein wunder Punkt, nicht nur aus materiellen Rücksichten und weil Mr. Rhodes und viele andere große Vermögen dort herauszuschlagen wünschen, sondern zum großen Teile auch deshalb, weil die englische Eingebildetheit dort empfindliche Schläge erlitten hat und darauf brennt, dieselben wieder gut zu machen, indem sie die Buren zwingt, den Nacken unter das Joch zu beugen. Wenn Mr. Chamberlain auch vielleicht nicht, wie von vielen Seiten behauptet wird, mit Mr. Rhodes vollständig unter einer Decke steckt, so läßt sich doch nicht leugnen, daß der Minister durch seine Reden und seine ganze Haltung die Hoffnungen derjenigen neu geweckt und belebt hat, die von einer Revanche für die mißlungene Expedition des Dr. Jameson nicht ablassen wollen. Hierzu kommt aber noch, daß die hiesige öffentliche Meinung Deutschland nach wie vor dafür verantwortlich macht, daß Präsident Krüger bis jetzt keine Neigung zeigt, sich dem englischen Gebot zu fügen. Die Gereiztheit, die deshalb im hiesigen Publikum gegen Deutschland herrscht, zeigt sich auch heute noch bei jeder Gelegenheit und namentlich in den Äußerungen der Presse, die sich mit dieser Frage befassen. Fraglich erscheint mir dagegen auch jetzt noch, ob das englische Kabinett sich bereits für absehbare Zeit über eine gewaltsame Behandlung der Transvaalfrage schlüssig gemacht hat. Mein Eindruck ist in dieser Hinsicht, ohne daß ich selbstverständlich Beweise dafür anführen könnte, daß Lord Salisbury, welchem Mr. Chamberlain überhaupt etwas über den Kopf gewachsen ist, sich bemühen wird, den letzteren zu mäßigen und eine friedliche Lösung im Wege der Verhandlungen mit dem Präsidenten Krüger herbeizuführen. Selbst wenn diese unbewiesene Annahme richtig ist, so darf ich dennoch nicht verschweigen, daß, wie die hiesigen

Verhältnisse liegen, Fälle eintreten können, welche die Auffassung Lord Salisburys im entgegengesetzten Sinne beeinflussen würden. Findet Lord Salisbury die große Mehrheit seiner Kollegen darüber einig, daß das ablehnende Verhalten der Republik nicht länger geduldet werden darf, so ist es möglich, daß er auch gegen besseres Wissen diesem Impulse folgt, besonders wenn dafür geltend gemacht werden kann, daß die öffentliche Meinung sich hier entschieden dafür ausspricht. Die stets hier herrschende Besorgnis, daß Mr. Rhodes und seine Freunde dazu übergehen könnten, eine südafrikanische Republik ins Auge zu fassen, ist Euerer Durchlaucht aus früheren Berichten bekannt*, und ich darf mich daher hier auf die Hinweisung beschränken, daß diese Besorgnis, wenn sie auch keine entscheidende Bedeutung hat, bei den Entschlüssen des englischen Kabinetts in bezug auf den Transvaal eine gewisse Rolle spielt.

Ganz anders liegt die Sache in bezug auf eine mögliche Besitzergreifung portugiesischen Gebiets in Südafrika. Ich glaube nicht, daß Lord Salisbury, solange es nicht zu einem positiven Bruch zwischen England und Deutschland kommt, sich zu einer so ernsten Provokation uns gegenüber entschließen würde, wie die Besetzung der Delagoabai es offenbar sein würde. Ebensowenig entspricht es den Traditionen und der politischen Methode Lord Salisburys, ohne weiteres auf den übrigen Teil der portugiesischen Kolonie die Hand zu legen, und er würde voraussichtlich zuerst zu ermitteln suchen, ob von anderer Seite, namentlich von seiten Deutschlands, ernste Einwendungen dagegen zu erwarten sein würden. Es würde dann immer noch an der Zeit für uns sein, auf den früheren Gedanken einer Teilung dieses Gebiets, falls es von Portugal aufgegeben wird, zurückzukommen, oder, falls England seinerseits vorginge, ebenfalls die Teile zu besetzen, die sich an unser bisheriges Gebiet anschließen und unerläßlich für uns sind, falls England den südlichen Teil in seinen Besitz bringt. Diese Aussicht, auf gütlichem Wege in den Besitz eines entsprechenden Teils des Gebiets von Mozambique zu gelangen, würde selbstverständlich fortfallen, wenn es vorher wegen der Transvaalrepublik zum Bruch zwischen uns und England käme. Für das englische Kabinett würde dies, wenn es überhaupt solche Absichten gegen Portugal hat, der geeignetste Moment sein, sich der ganzen portugiesischen Kolonie zu bemächtigen, ohne uns irgendeine Entschädigung dafür zuzugestehen. Ob und wie wir dies verhindern oder das einmal vorhandene fait accompli nachträglich ändern könnten, entzieht sich meiner Beurteilung.

Wenn die vorstehenden Erwägungen, für deren ausführliche Darlegung ich Euerer Durchlaucht Nachsicht in Anspruch nehme, einiger-

---

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXIII.

maßen begründet sind, so wird die Frage nicht ungerechtfertigt erscheinen, ob es nicht eines Versuchs wert wäre festzustellen, solange die Krisis in Südafrika noch keine akute geworden ist, ob nicht eine Verständigung mit England möglich wäre, durch welche wir zum mindesten für das, was sich nicht retten läßt, entsprechende Kompensationen gewinnen würden. Selbst die Transvaalregierung würde uns aus einer Verständigung keinen Vorwurf machen können, falls England damit die Zusicherung verbinden will, daß es nicht die Absicht habe, die innere Selbständigkeit der Republik anzutasten, und daß es nur die Aufrechterhaltung und Durchführung der zwischen beiden Ländern bestehenden Konvention verlange. Gegen die ausdrückliche Gewährung der Meistbegünstigung an Deutschland würde man hier schwerlich viel einzuwenden haben. Auch einige andere koloniale Differenzen würden sich bei dieser Gelegenheit vielleicht regeln lassen. England könnte uns aber außerdem bei dieser Gelegenheit noch einen Dienst erweisen, indem es unsere Wünsche in China begünstigt, statt seinen Einfluß dagegen geltend zu machen*. Wenn, wie ich hoffe annehmen zu dürfen, Rußland keine Schwierigkeiten dagegen erhebt, so dürfte es, wenn wir außerdem Englands Zustimmung gewinnen können, nicht länger aussichtslos erscheinen, uns von China Amoy mit dem entsprechenden Hinterlande abtreten zu lassen, ein Erfolg, der für die Entwicklung unseres Handels und auch unsere Flotte vielleicht schwerer wiegen würde als manche Erwerbungen in Afrika, auf welche die koloniale Partei einen so großen Wert legt.

Ich brauche hier kaum hervorzuheben, daß die Transvaalfrage seit Monaten zwischen Lord Salisbury und mir nicht berührt worden ist, und daß ich mich nicht für befugt gehalten haben würde, den Minister ohne ausdrückliche Instruktion Euerer Durchlaucht über seine Absichten in dieser Frage zu sondieren. Ich bin daher auch nicht in der Lage, eine Garantie dafür zu übernehmen, ob derselbe eventuell auf eine Verständigung mit uns eingehen, und welche Kompensationen er uns bewilligen würde, falls wir unsererseits keine Einwendung dagegen erheben, daß die zwischen England und der Republik schwebenden Fragen zwischen den beiden Beteiligten direkt erledigt werden. Falls Euere Durchlaucht mir mit Genehmigung Seiner Majestät eine solche Sondierung übertragen wollen, so darf ich mich schon jetzt dahin aussprechen, daß eine so schwierige und delikate Aufgabe nicht übereilt werden darf, und daß ich um die Erlaubnis bitten müßte, den geeigneten Augenblick nach bestem Ermessen dafür zu wählen. Der Premierminister kehrt, wie Euerer Durchlaucht bekannt, erst am 29. d. Mts. hierher zurück, und es werden unzweifelhaft einige Tage vergehen, ehe ich in unauffälliger Weise die Transvaalfrage überhaupt

---

* Vgl. dazu Bd. XIV, Kap. XC.

zur Sprache bringen kann, ohne einen Auftrag dazu erkennen zu lassen. Auch dann wird es der größten Vorsicht bedürfen, um für alle Fälle zu verhüten, daß der Premierminister, wenn er seinerseits eine direkte Verständigung etwa nicht für wünschenswert hält, meine Äußerungen als eine von der Kaiserlichen Regierung beabsichtigte Annäherung auffaßt und in diesem Sinne in Paris oder St. Petersburg ausbeutet, obwohl ich das letztere nach meinen bisherigen Erfahrungen nicht für wahrscheinlich halte.

Sollte sich in meinen Unterhaltungen mit dem Premierminister herausstellen, daß derselbe unter gewissen Voraussetzungen zu einer direkten Verständigung über die Transvaalfrage mit uns geneigt ist, so würde ich der unmaßgeblichen Ansicht sein, daß wir darin einen befriedigenden Erfolg erblicken dürften. Wir würden damit nicht nur der Möglichkeit entgehen, zu einer Verwickelung gedrängt zu werden, die uns keinen Vorteil einbringen kann, sondern die Stellung Deutschlands in Europa würde, wenn ich mich nicht täusche, eine viel freiere und einflußreichere werden, wenn allgemein bekannt wird, daß die gespannten Beziehungen zwischen England und Deutschland, auf welche von verschiedenen Seiten spekuliert wird, wieder normale geworden, und daß wir in der Lage sind, gleichzeitig mit Rußland und mit England auf gutem Fuße zu stehen.

P. Hatzfeldt

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ja 1/V 97
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vollkommen richtig bin einverstanden W.

Nr. 3405

*Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 198 Berlin, den 2. Mai 1897

Seine Majestät der Kaiser hat zu Ew. ganz vertraulichem Berichte Nr. 200 vom 22. April** am Eingange „Ja" und am Schlusse „Vollkommen richtig bin einverstanden" vermerkt. Ew. sind demgemäß ermächtigt, in der Angelegenheit nach Maßgabe Ihrer Vorschläge bei geeigneter Gelegenheit nach eigenem Ermessen zu verfahren.

C. Hohenlohe

---

* Hier angeschlossen des Zusammenhangs halber.
** Siehe Nr. 3404.

Nr. 3406

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändiger Privatbrief

Wien, den 23. April 1897

Ew. Exzellenz
gestatte ich mir einige Worte über den politischen Verlauf des Aufenthaltes Seiner Majestät in Wien* ergebenst mitzuteilen.

Die beiden Monarchen haben erst am 22. abends über Politik gesprochen — und auch nur kurze Zeit. Kaiser Franz Joseph hat die Balkanfragen nur insoweit berührt, als sie Kreta und den gegenwärtigen Krieg** betreffen. Von Konstantinopel wurde nichts gesagt. Daß Kaiser Franz Joseph ziemlich warme Ermahnungen an unsern allergnädigsten Herrn richtete, sich möglichst gut mit England zu stellen, war das Einzige, was Seiner Majestät aufgefallen ist.

Ein Zufall wollte, daß, während Seine Majestät mir davon sprachen, eine Wolffsche Depesche eintraf, wonach die Engländer in den Lorenzo Marques eingelaufen seien***. Ich hatte vorher die Bemerkung gemacht, daß der Appell Kaiser Franz Josephs sich vielleicht auf die drohende Komplikation zwischen England und Transvaal bezogen habe, welche nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung in Deutschland bleiben werde.

Seine Majestät waren durch die einlaufende Nachricht sehr impressioniert und wurden sehr erregt. „Das ist der Anfang", sagte der Kaiser, — „und wir müssen diese Backenstreiche, die uns England damit gibt, ruhig hinnehmen. Wir sind nicht in der Lage, irgendetwas, auch nur das Geringste, zu unternehmen, um dieser Politik entgegenzutreten. Wir können nichts tun — als uns still zu verhalten."

— Die Unterhaltung Seiner Majestät mit dem Grafen Goluchowski hat ebenfalls nur die kretensische Frage und den Krieg behandelt. Keinerlei verfängliche Fragen sind gestellt worden. England ist bei dieser Konversation gar nicht berührt worden, und Rußland nur flüchtig, und ohne daran besondere Gedanken zu knüpfen. Die Unterhaltung trug mehr den Charakter einer mondänen Causerie, wozu Graf Goluchowski gern neigt.

P. Eulenburg

---

* Kaiser Wilhelm II. weilte am 21. und 22. April in Wien zum Besuch des Österreichischen Kaisers.

** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXX.

*** Nach der betreffenden Wolffschen Depesche waren sechs englische Kriegsschiffe in die Delagoabai eingelaufen und vier davon flußaufwärts gegen die Grenze von Transvaal gefahren.

Nr. 3407

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 239 London, den 12. Mai 1897
Ganz vertraulich

In zwei längeren Unterhaltungen, die ich kürzlich mit Lord Salisbury hatte, habe ich Gelegenheit gehabt, die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und England zur Sprache zu bringen und den Premierminister in unauffälliger Weise zu Äußerungen zu veranlassen, aus welchen ich mir ein Bild darüber machen konnte, welche Stellung der Premierminister zu dieser Frage einnimmt, und ob und wieweit er seinerseits geneigt sein würde, eine Verbesserung dieser Beziehungn zu fördern.

Es ist seit Jahren eine Gewohnheit von mir, welche Lord Salisbury daher genau bekannt ist, ihm die Äußerungen des konservativen Organs „Standard" vorzuhalten, als ob sie von ihm inspiriert wären, während er dies stets teils mit Entrüstung, teils im Scherz von sich abweist und meistens nicht einmal zugeben will, daß er jemals einen Artikel dieses Blattes gelesen hat.

In unserer durchaus vertraulichen und akademischen Unterhaltung knüpfte ich auch diesmal an einen Leitartikel im „Standard" vom 7. d. Mts. an, in welchem der Standpunkt vertreten wird, daß die frühere Intimität zwischen Deutschland und England zwar leider nachgelassen habe, daß es aber der Geschicklichkeit Lord Salisburys gelungen sei, diesen Verlust durch wesentlich verbesserte Beziehungen zu Rußland und Frankreich mehr als gut zu machen. Ich bemerkte hierzu, daß dies nicht die einzige unfreundliche Äußerung sei, welcher ich in der hiesigen Presse begegnet sei, die es sich zur Aufgabe gemacht zu haben scheine, uns für alles verantwortlich zu machen, was irgendwo in der Welt vorgehe und den englischen Wünschen nicht entspräche. Allerdings beschränke sich dies nicht bloß auf die Presse, und er werde mir zugeben müssen, daß auch das Verfahren der hiesigen Regierung, sogar in den größten Kleinigkeiten, zuweilen einen recht erkennbaren Mangel an Entgegenkommen zeige. Man könne sich kaum unbedeutendere Fragen denken als die Bewilligung von einigen Kulis oder die Freilassung eines Dieners des Herrn Denhardt*, und selbst in solchen Kleinigkeiten zeige sich die Mißstimmung, die hier sogar in amtlichen Kreisen gegen uns herrsche. Gleichzeitig mache sich die Presse ein Geschäft daraus, bei jeder Gelegenheit den

* Vgl. über ihn Alfred Zimmermann, Geschichte der Deutschen Kolonialpolitik (1914), S. 113 f., 121 ff.

Verdacht auszusprechen und zu verbreiten, daß wir überall unter der Hand gegen englische Wünsche oder Interessen agitierten. So sei uns fortgesetzt vorgeworfen worden, daß wir allein den Erfolg der englischen Politik zugunsten der Wiederherstellung des Friedens zwischen Griechenland und der Türkei verhinderten *, wie auch jeder Engländer, welcher die Zeitungen lese, sich gewiß nicht des Eindrucks erwehren könne, daß Präsident Krüger sich den englischen Mahnungen längst gefügig gezeigt hätte, wenn wir ihn nicht zum Widerstand ermutigt, ihn mit Waffen und Munition versorgt und ihm für den Fall eines Angriffs unsere Unterstützung zugesagt hätten. Während für diese Behauptungen auch nicht der Schatten einer Begründung geltend gemacht werden könne, würden sie doch allseitig geglaubt und verfehlten nicht ihre Wirkung, indem sie alle Bemühungen, die gegenseitige Mißstimmung aus dem Wege zu räumen, vereitelten. Daß man bei uns auch mißtrauisch und ärgerlich geworden sei, wie sich aus den Äußerungen der deutschen Presse ergebe, wolle ich selbstverständlich nicht leugnen, ohne jedoch zugeben zu können, daß dies ungerechtfertigt oder unerklärlich sei. Für meine Person hätte ich in dieser Frage keinen Argwohn gegen das englische Kabinett als solches, da ich mich auf die mehrfach von ihm gehörte Äußerung verließe, daß er, Lord Salisbury, den Status quo in Südafrika ebensowenig verändert sehen wolle wie wir. Dagegen könnte ich nicht leugnen, daß es mir unmöglich sei, mein Vertrauen zu ihm auf Mr. Chamberlain auszudehnen, der offenbar von dem Ehrgeiz erfüllt sei, eine große Rolle in der kolonialen Politik Englands zu spielen, und dessen ganzes Auftreten und Verfahren zu manchem Verdacht selbst in England Anlaß gegeben habe. Welche Interessen wir in Transvaal besäßen, hätte ich ihm früher wiederholt dargelegt und hätte um so weniger Anlaß, darauf jetzt zurückzukommen, als ich seit Monaten nichts mehr über die Transvaalfrage aus Berlin gehört hätte und daher, wie er sich wohl denken könne, nicht den geringsten Auftrag hätte, diese Frage ihm gegenüber zu berühren. Aus alter Erfahrung wisse er überdies, daß ich mir, sogar unter dem Fürsten Bismarck, eine gewisse Unabhängigkeit der Gedanken bewahrt und mich unter Umständen nicht gescheut hätte, die Verantwortlichkeit einer eigenen Meinung auf mich zu nehmen. Mehr als einmal hätte ich ihn deshalb schon in früheren Zeiten darauf aufmerksam gemacht, daß wir ebenfalls eine ziemlich intransigente Kolonialpartei besitzen, auf die wir aus parlamentarischen und anderen Gründen dieselbe Rücksicht nehmen müßten, zu welcher sich das englische Kabinett den hiesigen Jingos gegenüber genötigt glaube. Grade deshalb könne ich nicht leugnen, daß mich die Möglichkeit eines gewaltsamen Vorgehens gegen die Transvaalrepublik, wie sie Mr. Chamberlain vielleicht im Auge habe, mit einer gewissen

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXX.

Sorge erfülle, weil ich nicht zweifeln könne, daß unsere kolonialen Jingos darin einen Anlaß finden würden, die Kaiserliche Regierung mit Vorwürfen und Forderungen zu bestürmen. Er, Lord Salisbury, wisse am besten, wie unermüdlich ich seit zehn Jahren dahin gestrebt hätte, intime und vertrauensvolle Beziehungen zwischen den beiden Nationen herzustellen, wie sie nach meiner Ansicht den beiderseitigen Interessen entsprächen. Er müsse, wie ich glaubte, auch selbst zugestehen, daß England damals in seinen Transaktionen mit uns wahrhaftig nicht schlecht gefahren sei, und ich erinnerte in dieser Beziehung an den Vertrag, durch welchen England für die Abtretung eines für dasselbe wertlosen Felsens in der See von uns Sansibar, den Schlüssel zu Ostafrika, erhalten hätte *.

Ich darf hierzu gehorsamst bemerken, daß die vorstehenden rein persönlichen Äußerungen von mir nicht im Zusammenhange gemacht worden sind, sondern zum großen Teil in der Form der Konversation, also teilweise unterbrochen durch Gegenäußerungen des Ministers, auf welche dann wieder Antworten meinerseits erfolgten, und daß ich sie hier nur als ein Ganzes zusammenpasse, um ein anschaulicheres Bild des von mir bei dieser Gelegenheit eingenommenen Standpunkts zu geben. Dies bezieht sich daher auch auf die nachfolgende Darstellung der Äußerungen Lord Salisburys.

Der Premierminister, welcher mit offenbarer Bereitwilligkeit auf unsere akademische Erörterung einging, suchte vor allem dem Verdacht zu begegnen, daß England ein gewaltsames Vorgehen gegen die Transvaalrepublik im Auge habe. Dies sei keineswegs der Fall, und selbst Mr. Chamberlain denke, wie er mir versichern könne, nicht an eine solche Lösung. Die von mir erwähnten militärischen Vorbereitungen hätten in erster Linie nur den Zweck gehabt, in Pretoria den Eindruck hervorzubringen, daß England für alle Fälle gerüstet dastehe. In dieser Hinsicht müsse er allerdings hinzufügen, daß er zwar dem Präsidenten Krüger durchaus nicht die Absicht einer aggressiven Politik zuschreibe, daß er aber keineswegs dasselbe Vertrauen in den Raad setzen könne, dessen Mitglieder sich nach seinen Nachrichten wohl zu unüberlegten Entschlüssen hinreißen lassen könnten.

Lord Salisbury ging hierauf, aber allerdings mit merklich größerer Zurückhaltung auf die Gegenwart der englischen Flotte in der Delagoabai über, indem er mich davon zu überzeugen suchte, daß England dort keinen speziellen Vorteil im Auge habe, wie es auch nicht an die Erwerbung der portugiesischen Kolonie, weder ganz noch teilweise, denke, um so weniger, als Portugal an eine Veräußerung von Mozambique durchaus nicht denke. Als ich ihm lachend erwiderte, daß mir dies zwar bekannt sei, daß die portugiesische Regierung aber

* Vgl. dazu Bd. VIII, Kap. LI.

mit recht schlechten Finanzen zu kämpfen habe, und daß das reiche England wohl Mittel finden könnte, sich den zeitweiligen Besitz und die zeitweilige Verwaltung der Kolonie zu sichern, widersprach der Minister nicht mit derselben Festigkeit, mit welcher er aggressive Absichten gegen den Transvaal in Abrede gestellt hatte. Ich hatte sogar den Eindruck, daß er eine gewisse Verlegenheit nicht überwinden konnte. Er leugnete bei dieser Gelegenheit keineswegs, daß er mir früher einmal den Vorschlag gemacht habe, die portugiesische Kolonie, falls dieselbe in irgendeiner Weise von Portugal aufgegeben werden sollte, mit uns zu teilen. Schließlich erzählte er mir lachend, daß einer seiner Vorfahren ein der Familie gehöriges Grundstück in London für 999 Jahre verpachtet habe, eine Pacht, die erst nach etwa 700 Jahren ablaufen werde.

Im weiteren Verlaufe unserer Unterhaltung bemerkte der Minister, daß es eine schlechte Gewohnheit seiner Landsleute sei, stets einen Sündenbock haben zu müssen. Dies sei früher einmal Rußland gewesen, und jetzt sei es Deutschland. Er für seine Person wünsche aber lebhaft die Wiederherstellung guter Beziehungen und teile ganz meine Auffassung, daß die Beseitigung der eingetretenen Mißstimmung im hohen Grade wünschenswert sei.

Im vorstehenden habe ich meine erste Unterhaltung mit Lord Salisbury resümiert und habe dem nur hinzuzufügen, daß mein Eindruck, als ich ihn verließ, der war, daß er nicht abgeneigt sein würde, auf eine Verständigung einzugehen, die ihm freie Hand in Südafrika geben würde, wenn ihm nicht zu hohe Bedingungen dafür gestellt würden. Es würde aber, wie ich glaube, der dabei gebotenen Vorsicht nicht entsprochen haben, wenn ich jetzt schon weiter gegangen und auf das Thema der Kompensationen übergegangen wäre. Obwohl ich den Eindruck hatte, daß er meinen innersten Gedanken wohl verstanden hatte, sprach er sich über seine Absichten nicht deutlich genug aus, um eine solche Übereilung meinerseits zu rechtfertigen, und ich hielt es deshalb nach jeder Richtung für geboten, ihm einige Tage der Überlegung zu lassen.

Diese Vorsicht stellte sich als durchaus begründet heraus, als ich den Minister kürzlich wieder aufsuchte. Das Bild hatte sich bereits insofern verändert, als der Minister, obwohl er auch diesmal wiederholt den Wunsch nach besseren Beziehungen an den Tag legte, das Terrain der Kompensationen sorgfältig vermied. Dagegen ließ er im Laufe der Unterhaltung in bezug auf den Transvaal die Bemerkung fallen, daß man keine Opfer zu bringen brauche, um etwas zu erlangen, was man bereits habe, oder, wenn man es wolle, jeden Augenblick haben könne. Wenn dies auch, wie ich ihn kenne, nicht die Möglichkeit ausschließt, daß er schließlich dennoch einige Konzessionen machen würde, wenn er in der Lage wäre, die Ausdehnung unserer Forderungen zu übersehen, so glaube ich doch nicht, ohne besondere

Weisung Euerer Durchlaucht Bedingungen namhaft machen zu dürfen, von deren Annahme ich keineswegs überzeugt bin.

Dagegen darf ich nicht unerwähnt lassen, daß Lord Salisbury in einem Punkte, der ganz zufällig zur Sprache kam, momentan ein gewisses Entgegenkommen zeigte. Im Laufe unserer Unterhaltung war auch die englische Politik in Ostasien zur Sprache gekommen, und ich hatte bemerkt, daß ich es nach wie vor für einen großen Fehler der englischen Regierung halten müsse, daß sie damals nicht an der Mediation zwischen Japan und China mit uns teilgenommen habe*. Als Lord Salisbury hierauf erwiderte, daß dies ein Fehler seiner Vorgänger gewesen sei, wies ich darauf hin, daß Lord Kimberley mir damals seinen Wunsch, ein Stück chinesische Küste zu erwerben, gar nicht verheimlicht und sich durch sein Fernbleiben von der Mediation selbst darum gebracht habe. Ich ließ dabei die Bemerkung fallen: „Wenn Lord Kimberley diesen Fehler nicht begangen hätte, würden Sie das gewünschte Stück heute wahrscheinlich besitzen, und wir würden voraussichtlich auch ein Äquivalent erhalten haben.“ Lord Salisbury erwiderte hierauf mit einer gewissen Lebhaftigkeit, daß er eine solche Erwerbung unsererseits ohne jede Eifersucht sehen würde. Als ich aber infolge dieser Äußerung auf diesen Punkt näher eingehen und ihn zu einer Präzisierung seiner Meinung veranlassen wollte, schwenkte er wieder ab, indem er von Kompensationen sprach, die er dafür würde erhalten müssen. Ich beschränkte mich auf die Erwiderung, daß er meines Erachtens in einem solchen Falle keine Kompensation von uns beanspruchen könnte, wenn er selbst gleichzeitig sich das ihm passende Stück von den Chinesen abtreten ließe. Dies gab Lord Salisbury allerdings zu, verlor sich aber dann in Betrachtungen darüber, daß es damit keine Eile habe, da die russische Eisenbahn durch China noch lange nicht fertig sei.

Wenn hierin auch keine bestimmte Ablehnung zu finden ist, so habe ich doch nicht den Eindruck, daß Lord Salisbury ohne weiteres auf unsere Wünsche in China eingehen würde**. Euerer Durchlaucht hochgeneigter Entscheidung darf ich hiernach gehorsamst anheimstellen, ob ich auf diesen Punkt bei geeigneter Gelegenheit zurückkommen soll[1].

P. Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Der Erfolg ist der von mir vorausgesehne, wir kriegen gutwillig nichts was' wir nicht mit bewehrter Faust uns selbst nehmen! W.

---

* Vgl. Bd. IX, Kap. LVII.
** Vgl. dazu Bd. XIV, Kap. XC.

Nr. 3408

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 851 Berlin, den 5. Juni 1897

Zu Euerer Exzellenz ganz vertraulichem Bericht 239*, deutsch-englische Beziehungen betreffend, hat Seine Majestät der Kaiser bei der China betreffenden, von Euerer Exzellenz am Schluß gestellten Frage, „ob ich auf diesen Punkt bei geeigneter Gelegenheit zurückkommen soll", die Worte „geeigneter Gelegenheit" unterstrichen und dazu am Rande „ja" vermerkt. Bezüglich des Zeitpunktes ist Ew. hiernach Freiheit gelassen.

Rotenhan

Nr. 3409

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe, z. Z. in Alt-Aussee, an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

K 34 Alt-Aussee, den 18. Juli 1897
[abgegangen am 19. Juli]

Der Abschluß des amerikanisch-hawaiischen Annexionsvertrages** hat, wie wohl auch in England bekannt, die öffentliche Meinung in Deutschland lebhaft beschäftigt und in weiteren Kreisen den Wunsch laut werden lassen, deutscherseits bei dieser Gelegenheit eine endgültige Regelung der unbefriedigenden Verhältnisse auf Samoa herbeizuführen. Die Kaiserliche Regierung kann sich diesen auch an sie direkt herangetretenen Wünschen gegenüber nicht gleichgültig verhalten.

Euere pp. beehre ich mich deshalb ergebenst zu ersuchen, zunächst bei sich bietender Gelegenheit Lord Salisbury gefälligst sondieren zu wollen, ob die englische Regierung bereit sein würde, bei derjenigen der Vereinigten Staaten die beabsichtigte bedingungslose Annexion Hawaiis gemeinschaftlich mit uns zur Sprache zu bringen. Die Vorstellungen in Washington dürften sich gegebenenfalls in der Richtung zu bewegen haben, daß Amerika entweder bei Änderung seiner früher wiederholt bekanntgegebenen Politik möglichster Neutralisierung der noch unabhängigen Inseln des Stillen Meeres aus dem Kondominial-

* Siehe Nr. 3407.
** Vom 16. Juni.

verhältnis in Samoa ausscheiden oder aber in Anerkennung der Gleichwertigkeit der deutschen und englischen Interessen auf Hawaii mit den amerikanischen auf Samoa einer Neutralisierung Hawaiis ähnlich derjenigen Samoas zustimmen möge.

Im ersteren Fall könnte eine Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England auf Samoa entweder der Zukunft vorbehalten oder, wenn es die Umstände gestatten, auch schon jetzt in der Weise wieder angeregt werden, wie dies nach den gefälligen Berichten vom 16. und 23. Januar 1889 seinerzeit seitens Lord Salisburys selbst geschehen war, nach dessen Vorschlägen Samoa an Deutschland, Tonga an England, Hawaii an Amerika fallen sollte: Auch auf die früher (1893 und 1894) diesseits schon in Vorschlag gebrachte Überlassung der Manuagruppe an England stelle ich Euerer pp., falls Ihnen dies geeignet erscheint, zurückzukommen anheim.

Es ist hier aufgefallen, daß im Gegensatz zu dem Entwurf des 1893er amerikanisch-hawaiischen Annexionsvertrages in Artikel III des jetzt vorliegenden Abkommens die bestehenden Verträge Hawaiis mit fremden Staaten für erloschen erklärt werden. Diese Bestimmung greift in die deutsch-hawaiischen in gleicher Weise wie in die englisch-hawaiischen Vertragsbeziehungen ein.

Indem ich Abschrift der betreffenden Stelle des neueren Annexionsvertrages hier beifüge*, darf ich Ew. Exzellenz bitten, bei Ihren Verhandlungen auf den anscheinenden Widerspruch des gegenwärtigen Abkommens mit den Regeln des Völkerrechts aufmerksam machen und bei der dortigen Regierung eine Äußerung betreffs ihrer Auffassung über diesen Punkt anregen zu wollen.

Die Art und Weise, wie die vorstehend angedeuteten Gesichtspunkte zur Erörterung zu bringen sein werden, überlasse ich Ew. pp. Ermessen. Einem demnächstigen gefälligen Bericht darf ich ergebenst entgegensehen.

C. Hohenlohe

Nr. 3410

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 319 London, den 22. Juli 1897

Zu Erlaß K 34**.

In vertraulicher Unterhaltung mit Lord Salisbury habe ich die Frage angeregt, wie er die Annexion von Hawaii auffasse, und ob er

---

* Hier nicht abgedruckt.

** Siehe Nr. 3409.

irgendwelche Schritte in Washington zu tun beabsichtige. Ich ließ dabei durchblicken, daß unsere öffentliche Meinung sich mit dem Vorgang lebhaft beschäftige, durch welchen auch deutsche Interessen berührt würden.

Der Premierminister erwiderte mir bereitwillig, daß er zwar allein nichts unternehmen könne, aber sehr geneigt sein würde, mit einer anderen Macht, etwa mit uns, der Frage näherzutreten. Allerdings glaube er, daß es sich empfehlen würde, etwaige Schritte in Washington noch etwas zu verschieben, weil die bloße Tatsache, daß England irgendeinen Schritt gegen die Annexion tue, bei der Stimmung in Amerika genügen würde, den dortigen Senat zur Annahme der Annexionsvorlage zu bestimmen. Außerdem würde es seines Erachtens doch notwendig sein, sich vor weiteren Schritten über die anscheinend etwas zweifelhafte Frage schlüssig zu machen, ob im Fall der Annexion eines Landes durch eine fremde Macht die bis dahin mit anderen Mächten bestehenden Verträge für erloschen erklärt werden können oder nicht. Lord Salisbury wies dabei auf Madagaskar hin, wo die Franzosen die mit anderen Mächten bestehenden Verträge einfach beseitigt hätten, und sprach den lebhaften Wunsch aus, unsere Auffassung über diese Frage des internationalen Rechts zu kennen.

Im weiteren Verlauf unserer Unterhaltung wies ich darauf hin, daß das fernere Verbleiben Amerikas in Samoa mit der jetzt bezüglich Hawaiis eingeschlagenen Politik im Widerspruch stehe, und erinnerte gleichzeitig daran, daß die Amerikaner schon vor längerer Zeit damit umgegangen wären, sich aus Samoa zurückzuziehen. Ohne hierauf näher einzugehen, erging sich der Minister in Klagen über die immer zunehmende Wertlosigkeit Samoas, wo die geschäftlichen Unternehmungen der Europäer immer mehr rückwärts gingen. Er ließ dabei einfließen, daß die Engländer dort jetzt den größten Grundbesitz hätten, der aber allerdings auch nicht viel wert sei. Als ich hierauf im Scherz erwiderte, daß er, wenn Samoa so wertlos sei, vielleicht froh sein würde, es uns zu überlassen, widersprach der Minister zwar nicht entschieden, ging aber nicht näher auf die Frage ein.

Es schien mir nicht angezeigt, bei dieser Gelegenheit schon weiter vorzugehen und bestimmte Vorschläge bezüglich Samoas zu formulieren, welche, wenn sie auf eine Ablehnung gestoßen wären, vielleicht auch einer weiteren Verhandlung und Verständigung über eine gemeinschaftliche Haltung bezüglich Hawaiis im Wege stehen würden. Hat Lord Salisbury sich in dieser Richtung einmal engagiert, so wird es vielleicht leichter sein, ihn zu überzeugen, daß wir für unsere Unterstützung in dieser Frage einen Vorteil beanspruchen können. Wenn ich keine andere Weisung von Euerer Durchlaucht erhalte, werde ich bei der nächsten günstigen Gelegenheit hier auf die Frage zurückkommen. Inzwischen glaube ich aber daran erinnern zu dürfen, daß Lord Salisbury von seinen Vorschlägen, wie sie aus

meinen Berichten vom 16. und 23. Januar 1889 hervorgingen, seitdem wiederholt und ausdrücklich zurückgetreten ist, indem er darauf hinwies, daß er gegen die immer zunehmende und verschärfte Abneigung Australiens gegen die Abtretung Samoas an Deutschland nicht aufkommen könne und diesen Gedanken daher fallen lassen müsse. Es fehlt mir an jedem Symptom dafür, daß die Auffassung Lord Salisburys sich in dieser Hinsicht geändert hat, und ich muß vorläufig annehmen, daß der Vorschlag, uns Samoa zu überlassen, auf ernste Schwierigkeiten bei ihm stoßen würde. Für wahrscheinlicher halte ich, daß er einer Neutralisierung Hawaiis, ähnlich derjenigen Samoas, wenn sich dies in Washington erreichen läßt, zustimmen würde.

Hatzfeldt

Nr. 3411

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 330 London, den 31. Juli 1897

Zum diesseitigen Telegramm Nr. 163*.

Lord Salisbury war heute so entgegenkommend, wie ich ihn seit längerer Zeit nicht gesehen habe. Er sprach offen aus, daß er immer gern mit uns gehen werde. Von einer politischen Verständigung zwischen England und Frankreich könne nicht die Rede sein, und sie sei vollständig unmöglich. Die Verhandlungen in Paris über den Niger und andere Kolonialfragen zögen sich in die Länge, ohne irgendein befriedigendes Ergebnis zu versprechen. Er kam dann auf die Kündigung unseres Handelsvertrags** und bemerkte dazu, in ein oder zwei Jahren werde wahrscheinlich ein ganz ähnlicher Handelsvertrag wieder abgeschlossen werden, da die Handelsinteressen beider Länder dies zur Notwendigkeit machten.

In bezug auf Hawaii und Samoa habe ich den Eindruck, daß Lord Salisbury, welcher sich über das Verfahren der Amerikaner ziemlich gereizt äußerte, die Gelegenheit gern ergreift, ihnen gemeinschaftlich

---

* Siehe das folgende Schriftstück.

** Am 30. Juli hatte England den deutsch-englischen Handelsvertrag vom 30. Mai 1865 gekündigt. Daß die Kündigung nicht ohne weiteres als eine feindliche Maßregel anzusehen war, beweist die gleichzeitige Anregung der englischen Regierung auf Abschluß eines neuen Meistbegünstigungsvertrages, der allerdings lediglich die Beziehungen zwischen England und Deutschland unter Ausschluß der englischen Kolonien regeln sollte. Es begreift sich aber, daß die unvermittelte Kündigung in Deutschland vielfach böses Blut machte und auch Kaiser Wilhelm II. in Aufregung brachte. Vgl. Nr. 3414.

mit uns einen Strich durch die Rechnung zu machen, ohne es jedoch zu einem ernsten Zerwürfnis zu bringen, und daß er, wenn seine Kollegen ihm keine zu große Schwierigkeiten bereiten, jetzt gern die Hand dazu bieten würde, uns in Samoa entgegenzukommen. Auch wenn er hier keinen unüberwindlichen Widerstand findet, wird er, wie er dies in solchen Fällen immer tut, und wie sein heutiger Versuch bezüglich Neuguineas* beweist, zunächst einen möglichst hohen Gegenwert zu erlangen suchen. Ich halte aber, wenn seine heutige Stimmung anhält, keineswegs für unmöglich, daß er auch auf Tanga nebst Manuagruppe eingeht, wenn wir ihm außerdem in Samoa einige Zugeständnisse für den englischen Handel und die englische Marine machen können, die er hier als wertvolle Zugeständnisse geltend machen kann. Ganz flüchtig erwähnte er als wünschenswert das Recht englischer Schiffe, nach wie vor in Samoa anzulegen, und schließlich eine Kohlenstation. Sehr wichtig wäre es für mich, vor meiner nächsten Unterredung mit ihm Ende künftiger Woche möglichst genau zu wissen, wie weit ich eventuell mit solchen Zugeständnissen gehen kann.

Sollte Lord Salisbury mir dann sagen, daß er hier auf zu großen Widerstand gestoßen sei, um die Frage jetzt schon zur Erledigung zu bringen, so würde ich mich, falls ich bis dahin keine andere Weisung erhalte, mit Rücksicht auf Erlaß Nr. K 34 vom 18. d. Mts.** auch damit begnügen, daß die Frage der Abtretung Samoas späterer Verständigung vorbehalten bleibt.

Hatzfeldt

Nr. 3412

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 163 London, den 31. Juli 1897

Der Premierminister hat mich nunmehr zu der Meldung ermächtigt, daß er einverstanden sein würde, wenn der deutsche und englische Vertreter in Washington Anweisung erhielten, dort als wünschenswert zu bezeichnen, daß die amerikanische Regierung entweder einer Neutralisierung von Hawaii, ähnlich derjenigen Samoas, zustimmen oder aus dem Kondominialverhältnis in Samoa ausscheiden möge.

Im weiteren Verlauf unserer heutigen ganz vertraulichen Unterhaltung konnte ich als von mir persönlich ausgehend den Gedanken

---

* Siehe das folgende Schriftstück.
** Siehe Nr. 3409.

der Abtretung von Samoa an Deutschland für den Fall des Rücktritts Amerikas aus dem Kondominium nochmals anregen. Lord Salisbury erhob zuerst Schwierigkeiten, indem er hervorhob, daß die hiesige Kolonialpartei eine solche Abtretung im hohen Grade mißbilligen würde, versuchte aber dann von mir zu ermitteln, ob wir etwa England durch Abtretung unseres Anteils an Neuguinea entschädigen würden. Als ich dies als ein Geschäft bezeichnete, welches auf unsere Kolonialpartei denselben Eindruck machen würde wie seinerzeit die Abtretung von Sansibar gegen Helgoland, ließ Lord Salisbury den Gedanken fallen und erkundigte sich, ob und welche Privilegien wir eventuell dem englischen Handel und der englischen Marine in Samoa bewilligen würden. Ohne hierauf näher einzugehen, stellte ich dem Minister anheim, seine Wünsche in dieser Hinsicht näher zu bezeichnen, und machte vor allem geltend, daß England im Falle der Verständigung Tonga und vielleicht auch die Manuagruppe haben könnte, während Amerika dann Hawaii behalten würde.

Schließlich bemerkte Lord Salisbury, welcher heute auch im allgemeinen den lebhaften Wunsch besserer Verständigung mit Deutschland zeigte, daß er sich vor definitiver Entscheidung noch Vortrag halten lassen müsse, mir aber demnächst eine Antwort geben würde.

Der Minister begibt sich demnächst nach Osborne und wird erst gegen Ende künftiger Woche wieder hier zu sprechen sein.

Hatzfeldt

Nr. 3413

*Der preußische Gesandte in München Graf Monts an den preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Fürsten von Hohenlohe**

Abschrift

München, den 31. Juli 1897

An die Nachricht der gestern erfolgten Kündigung des deutsch-englischen Handelsvertrages** knüpfen die beiden tonangebenden Münchener Zeitungen sofort einige Bemerkungen.

Die „Allgemeine Zeitung" spricht die Ansicht aus, daß die Kündigung den Vorläufer des engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses Englands mit seinen Kolonien darstellt. Derselbe kehre aber in letzter Linie seine Spitze mehr gegen Nordamerika[1] als gegen die Kontinentalstaaten Europas. Möglicherweise könne Deutschland innerhalb des letzten Vertragsjahres sich mit England über einen neuen annehm-

* Hier aufgenommen wegen der Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.
** Vgl. Nr. 3411, Fußnote **.

baren Vertrag einigen. Gelänge dies nicht, so frage es[2] sich immer noch, wer bei einem Zollkrieg den kürzeren zieht. Jedenfalls aber träte an die Staaten des Kontinents immer dringender die Aufgabe heran, eine Basis zu suchen, auf der sie mit oder ohne, ja selbst gegen England der aggressiven Wirtschaftspolitik der Neuen Welt Widerstand zu leisten vermögen[3].

Ähnlich folgern die „Münchener Neuesten Nachrichten", daß die Kündigung die Einleitung bilde zu einer Revolution des ganzen Systems der englischen Handelspolitik[4]. In sehr zuversichtlicher Weise wird sodann ausgeführt, daß es für die deutsche Industrie keine größere Anerkennung gibt, als wenn England ihr seine Tore zu schließen versucht.[5] Ihrem überlegenen Wettbewerb würden indes die Briten sich dadurch ebensowenig entziehen, wie dies anderen Hochschutzzollländern, Frankreich und Amerika, gelungen ist. Ein endgültiger Übergang Englands zum Schutzzoll bedeute aber für dieses Reich den Verlust der Vorherrschaft auf dem Weltmarkt.

(gez.) Graf von Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Unsinn! gegen Deutschland
2 die Frage beantwortet sich von selbst
3 ja
4 ja
5 mit der Anerkennung und der Schließung der Thore wird es sich nicht begnügen.

Schlußbemerkung des Kaisers:
Nach der Anerkennung der Ueberlegenheit der Deutschen Industrie wird deren Vernichtung in Bälde von Albion angestrebt, und unzweifelhaft erreicht werden, wenn nicht energisch und rasch ein starker Flottenbau bei uns dem Unheil vorbaut. — Der letzte Satz ist reiner Unsinn, da England selbst nicht zum Schutzzoll übergehn will, sondern nur seine Colonien. Da dieselben überall auf der Welt sind so hat England Handelsbewegung und Austausch zur genüge mit ihnen, während Deutschland aus ihnen hinausgeworfen wird!
caeterum censeo naves esse aedificandas W.

Nr. 3414

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe, z. Z. Alt-Aussee

Telegramm en clair

Den 1. August 1897

Vom tiefsten Herzen bedaure ich die so plötzlich erfolgte Kündigung der Handelsverträge, welche einen schweren Schlag für unser armes, durch Wetterkatastrophen so schwer heimgesuchtes Volk bedeutet; dieses unqualifizierbare Vorgehen ist gleichbedeutend mit dem Beginne eines Krieges bis aufs Messer gegen [den Handel] unseres eben

aufblühenden produktiven Staates. Das Volk wird nun erkennen, welche kostbare Zeit in den letzten zehn Jahren, meiner Warnungen zum Trotz, unterlassen der sozialistischen Partei nicht Jahre lang alle Schiffbauten auf das heftigste bekämpft und in unbegreiflicher Verblendung zu Falle gebracht, wären wir jetzt nicht auf See so gut wie wehrlos den Angreifern ganz auf unseren Handel freigegeben. Hätten wir eine starke, achtunggebietende Flotte gehabt, wäre Kündigung nicht erfolgt; als Antwort muß eine schleunige bedeutende Vermehrung unserer Neubauten ins Auge gefaßt werden *.

Wilhelm I. R.

Nr. 3415

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Telegramm. Konzept

Berlin, den 3. August 1897

Ew. Majestät Telegramm vom 1. August **, für das ich meinen untertänigsten Dank sage, habe ich auf der Reise erhalten und mit dessen Beantwortung gewartet, bis ich hier über die Tragweite der Kündigung und der sie begleitenden Umstände näheres erfahren konnte.

Die noch bis zuletzt aufrechterhaltene Erwartung, England würde sich durch die Kolonien nicht zu diesem Schritte drängen lassen, hat sich leider nicht bewährt. Da aber die englische Regierung gleichzeitig mit der Kündigung uns Vorschläge auf Abschluß eines neuen, auf Meistbegünstigung beruhenden Vertrages gemacht hat, so können wir wohl hoffen, daß bei den beiderseitigen sich fast die Wage haltenden Interessen diese Kündigung nicht die Einleitung zu einem Zollkrieg bedeutet, sondern daß wir wenigstens mit dem Mutterland zu einem befriedigenden Verständnis gelangen werden. — Wie sich unsere Beziehungen zu den Kolonien gestalten werden, wird von deren Regierungen teilweise abhängen; bei Kapland und Australien lassen die Handelsbeziehungen auf ein günstiges Ergebnis hoffen. Ich habe stets die Ansicht Euerer Majestät geteilt, daß eine Vermehrung der Flotte zum Schutz des deutschen Handels mit allen Kräften anzustreben und unter gewissen Voraussetzungen erreichbar ist.

C. Hohenlohe

---

* Die Übermittlung des Telegramms ist fehlerhaft und sinnentstellend, doch ist die eigentliche Meinung des Kaisers durchsichtig.

** Siehe Nr. 3414.

Nr. 3416

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 348 London, den 11. August 1897

Der Unterstaatssekretär Sir Thomas Sanderson sagt mir, daß er nach unserer Unterhaltung vom 6. d. Mts. über Hawaii* ausführlich an Lord Salisbury nach Hatfield berichtet und demselben namentlich meine Äußerungen über die Frage ausführlich mitgeteilt habe. In seiner Antwort sei der Premierminister aber hierauf nicht näher eingegangen und habe ihm, Sir Thomas Sanderson, nur den Auftrag erteilt, mir eine Abschrift des englisch-französischen Abkommens über Hawaii mitzuteilen.

Es stellte sich hierbei zuerst heraus, daß dieses Abkommen aus dem Jahre 1843 datiert, und Sir Thomas Sanderson bemerkte dazu, daß noch vor kurzem hier im Foreign Office niemand mehr von dem Vorhandensein desselben gewußt habe. Vor etwa einem Jahr hätten die Franzosen, beunruhigt durch ein vollständig unbegründetes Gerücht, daß man hier an die Annexion von Hawaii denke, sich auf den Inhalt des fraglichen Abkommens ausdrücklich berufen, um die Auffassung zu begründen, daß England kein Recht habe, die Sandwichinseln ganz oder teilweise zu besetzen.

Aus dem Umstande, daß Lord Salisbury sich damit begnügt hat, mir den Text der englisch-französischen Abmachung ohne weiteren Kommentar zu übersenden, muß, wie ich den Minister kenne, geschlossen werden, daß er es unter diesen Umständen für ausgeschlossen hält, die von mir vorgeschlagenen gemeinschaftlichen Schritte in Washington zu unternehmen, welche, wenn die Amerikaner auf eine Neutralisierung von Hawaii ähnlich derjenigen Samoas eingingen, dazu führen könnten, daß England sich durch Besetzung von Hawaii zu Dreien mit der seinerzeit gegen Frankreich übernommenen Verpflichtung in Widerspruch setzen würde. Ob hierbei die Besorgnis, in eine neue Differenz mit den Franzosen verwickelt zu werden, die entscheidende Rolle gespielt hat, muß ich vorläufig dahingestellt sein lassen. Ich halte dagegen für unzweifelhaft, daß Lord Salisbury am Tage unserer letzten Unterredung von jener alten Abmachung mit

---

* Am 6. August hatte Hatzfeldt mit Sanderson eine Unterhaltung über die Samoafrage gehabt, nach der Lord Salisbury durch den betreffenden Dezernenten im Foreign Office an ein mit Frankreich bestehendes Abkommen erinnert worden wäre, das angeblich einer deutsch-englischen Verständigung über Hawaii im Wege stände. Hatzfeldt hatte aus der Unterredung den Eindruck davongetragen, daß man von gewissen Seiten im Foreign Office bemüht sei, Lord Salisbury von einer übereinstimmenden Aktion mit Deutschland in Washington abzuhalten. Bericht Hatzfeldts vom 6. August 1897.

den Franzosen nichts wußte oder wenigstens die Existenz derselben vergessen hatte, und daß es ihm aufrichtig erwünscht gewesen wäre, in dem von uns vorgeschlagenen Sinne gemeinschaftlich in Washington einzuwirken, teils um seiner jetzigen Stimmung entsprechend den Amerikanern etwas Unangenehmes zuzufügen, teils aber auch, weil ein gemeinschaftliches Unternehmen mit uns der Ausgangspunkt einer erneuten Annäherung zwischen Deutschland und England hätte werden können.

Wie die Dinge heute liegen, glaube ich mich, wenn Euere Durchlaucht nicht ausdrücklich anders bestimmen, einer weiteren Initiative in der Sache, die voraussichtlich doch zu nichts führen würde, vorläufig enthalten zu sollen. Dies scheint mir, wie ich hinzufügen darf, umsomehr angezeigt, als der Premierminister sich, wie es scheint, dauernd auf das Land begeben hat und heute nicht einmal zu seinem gewöhnlichen Empfangstage in die Stadt gekommen ist. Im Foreign Office wird angenommen, daß der Minister vorläufig überhaupt nicht in die Stadt zu kommen beabsichtigt, und es erscheint mir daher sogar zweifelhaft, ob ich Gelegenheit haben werde, ihn vor Antritt meines Urlaubs zu sprechen, wenn ich nicht auf einer Unterredung mit ihm bestehe, was ich, wie die Dinge liegen, nicht für angezeigt halten würde. Ich werde daher, wenn Euere Durchlaucht mir keine andere Weisung zugehen lassen, in dieser Richtung keinen Schritt tun.

Auch der Unterstaatssekretär Sir Thomas Sanderson hat gestern einen vierwöchigen Urlaub angetreten, und sein Vertreter Mr. Bertie ist schwerlich informiert genug, um andere als laufende Sachen zu erledigen.

In der Anlage unterlasse ich nicht, Euerer Durchlaucht den mir durch Sir Thomas Sanderson übersandten Abdruck des am 28. November 1843 zwischen England und Frankreich abgeschlossenen Abkommens über die Sandwichinseln gehorsamst vorzulegen.

P. Hatzfeldt

Nr. 3417

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

K. 41 Berlin, den 21. August 1897
[abgegangen am 22. August]

Ew. pp. beehre ich mich auf den gefälligen Bericht Nr. 348 vom 11. d. Mts.*, betreffend die hawaiische und samoanische Frage, ergebenst

* Siehe Nr. 3416.

zu erwidern, daß, so erwünscht an sich eine Verständigung zwischen uns und England erscheinen muß, ich es doch nur Ihrem besten Ermessen überlassen kann, ob und bei welcher Gelegenheit etwa noch in nächster Zeit Ihre Besprechungen mit Lord Salisbury wieder aufzunehmen sein möchten.

Für diesen immerhin nicht ausgeschlossenen Fall gestatte ich mir folgende Punkte zu erörtern, mit der Ermächtigung, derselben bei Ihren Verhandlungen Erwähnung zu tun.

Was zunächst das englisch-französische Abkommen über Hawaii vom 28. November 1843 betrifft, so dürften die diesbezüglichen Verpflichtungen Englands durch keinen der beiden Vorschläge verletzt werden, die Ew. pp. in der dem gefälligen Bericht Nr. 331 vom 31. v. Mts. beigefügten Aufzeichnung dem Lord Salisbury übermittelt haben. Die eine Alternative wäre danach die Neutralisierung Hawaiis gleich derjenigen Samoas. Da in Artikel I der Berliner Generalakte vom 14. Juni 1889 die „Unabhängigkeit der samoanischen Regierung“ ausdrücklich anerkannt ist, würde auch eine gleiche Behandlung Hawaiis der Unabhängigkeit dieses Landes im Sinne des englisch-französischen Vertrages keinen Eintrag tun, mit anderen Worten ein Protektorat Englands über Hawaii dadurch nicht geschaffen werden. Aber selbst bei Annahme eines solchen Widerspruchs zwischen der in Rede stehenden Alternative und dem 1843er Vertrage würde mindestens der andere Vorschlag — Ausscheiden der Vereinigten Staaten aus Samoa für den Fall der Annexion Hawaiis — mit jenem Vertrage vereinbar sein. Denn hiernach haben sich England und Frankreich nur verpflichtet, die hawaiische Regierung als „unabhängig zu betrachten“, was mit einer bloßen Anerkennung, nicht aber mit einer Gewährleistung der Unabhängigkeit gleichbedeutend sein dürfte. An eine auch nur mittelbare Förderung der amerikanischen Bestrebungen auf Hawaii ist in den diesseitigen Vorschlägen gleichfalls in keiner Weise gedacht, so daß auch in dieser Hinsicht der Wortlaut oder Sinn des englisch-französischen Abkommens nicht verletzt werden würde.

Für den Fall, daß Lord Salisbury hiernach den Gedanken an gemeinschaftliche Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über deren Ausscheiden aus Samoa wieder aufnehmen sollte, würden ihm für eine spätere Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England in der Südsee zunächst folgende Zugeständnisse gemacht werden können. In der Voraussetzung, daß Samoa an Deutschland fiele, würden wir England Tonga, Savage Island (Niué) und die an sich zu Samoa zu zählende Manuagruppe überlassen. Ferner würden die australisch-amerikanischen Postdampfer in Samoa von Hafen- und Lotsengeldern befreit werden. Endlich würde die deutsch-englische Erklärung betreffend die gegenseitige Handels- und Verkehrsfreiheit in den deutschen und englischen Besitzungen im westlichen Stillen Ozean vom 10. April 1886 (Riebow, Kolonialgesetzgebung, S. 86) auf Samoa und

die vorerwähnten an England fallenden Inseln auszudehnen sein. Die gedachten Erleichterungen für den englischen Postdampfer-, Schiffs- und Handelsverkehr würden zunächst für die Dauer von etwa zehn bis fünfzehn Jahren zu gestatten sein.

Bülow

Nr. 3418

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 394 London, den 27. September 1897

Den hohen Erlaß K. 41 vom 21. v. Mts.* habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und vor einigen Tagen Gelegenheit gefunden, die hawaiische und samoanische Frage in einer ganz vertraulichen Unterhaltung mit Lord Salisbury gesprächsweise wieder aufzunehmen.

Nachdem ich die Gründe entwickelt hatte, welche dafür sprechen, daß England sich durch die von mir angeregte gemeinschaftliche Aktion in Washington bezüglich Hawaiis in keinen Widerspruch mit dem englisch-französischen Abkommen vom 28. November 1843 setzen würde, ging ich auf die Zukunft Samoas über, indem ich die Ansicht aussprach, daß eine für beide Teile befriedigende Lösung dieser Frage, zu der es schließlich doch einmal kommen müßte, auch dazu beitragen würde, in England wie in Deutschland die öffentliche Meinung darüber aufzuklären, daß die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen weniger gespannte sind, als dies hier und dort auf Grund von Zeitungsäußerungen vielfach angenommen werde. Ich fügte nachdrücklich hinzu, daß es ein großer Irrtum sein würde, wenn Lord Salisbury annehmen wollte, daß ich einen amtlichen Auftrag ausführte, indem ich Samoa zur Sprache brächte. Mein rein persönliches Bestreben gehe dahin, irgendeinen Punkt zu finden, bezüglich dessen eine Verständigung zwischen den beiden Ländern möglich wäre, und ich hätte dabei von vornherein alle Eventualitäten ausgeschlossen, welche wie die Voltafrage oder dergleichen eine Abtretung bereits bestehenden englischen Besitzes zur Voraussetzung haben würden. Es gäbe auch andere Fragen gleicher Natur, in bezug auf welche eine Verständigung vielleicht möglich wäre, und ich erinnerte in dieser Hinsicht an meine Lord Salisbury bekannten ganz vertraulichen Be-

* Siehe Nr. 3417.

sprechungen mit Lord Kimberley über eine spätere eventuelle Teilung von Mozambique, sowie an die von diesem Minister mir geradezu eingestandenen Absichten auf einen Punkt an der chinesischen Küste, ein Plan, an welchen ich mit Fug und Recht hätte anknüpfen können, um einen ähnlichen deutschen Wunsch zur Sprache zu bringen. Wenn ich statt dessen nach reiflicher Überlegung das Objekt einer künftigen Verständigung in Samoa glaubte suchen zu müssen, so sei der Grund dafür keineswegs, daß ich diese Inselgruppe für einen besonders wertvollen oder wünschenswerten Besitz hielte, und es bestimme mich dazu lediglich die Erwägung, daß Deutschland und England in Hawaii gleichartige Interessen haben, welche ein übereinstimmendes Auftreten in diesem Punkt in Washington vollständig rechtfertigen würden, während jeder anerkennen müßte, daß eine endliche Lösung der damit im engsten Zusammenhang stehenden Samoafrage nicht länger verschoben werden könnte, wenn die Amerikaner sich bewegen ließen, auf ihren Anteil an der Verwaltung von Samoa endgültig zu verzichten. Auch für ihn, Lord Salisbury, würde es daher unter den jetzigen Umständen leichter sein, uns in diesem Punkt entgegenzukommen, als in irgendeiner anderen kolonialen Frage, und dies würde um so mehr zutreffen, wenn er eventuell hier den Nachweis führen könnte, daß er nicht umsonst, sondern gegen entsprechende Kompensationen auf den englischen Anteil verzichtet habe.

Der Premierminister, welcher mir aufmerksam zugehört hatte, erwiderte mir zunächst, daß er den Gedanken einer gemeinschaftlichen Aktion in Washington, wie er mir schon früher gesagt, nicht ablehne, namentlich wenn er sich davon überzeugen könne, daß die Auffassung begründet sei, wonach seine Beteiligung nicht mit dem englisch-französischen Abkommen im Widerspruch stehen würde. Dagegen glaube er auch heute noch, daß eine Demarche in Washington verfrüht sein würde, solange die Annexion von Hawaii noch zweifelhaft erscheinen müsse. Dies würde aber der Fall sein, solange der amerikanische Senat sich nicht darüber schlüssig gemacht habe. Nach seinen Nachrichten erscheine es sogar im hohen Grade zweifelhaft, ob es der Regierung gelingen werde, sich der Zustimmung desselben zu versichern. Unter diesen Umständen glaube er, daß wir jedenfalls noch etwas warten müßten, da ein verfrühtes Eingreifen nutzlos und sogar bedenklich sein könnte, wenn wir auch, wie er dabei voraussetze, unsere Vorstellungen in Washington in eine durchaus höfliche und freundschaftliche Form kleiden wollten.

Bezüglich Samoas sagte der Minister: „Sie verlangen von mir, daß ich in ein Wespennest stechen soll," und suchte dies mit dem Hinweis zu motivieren, daß er in Australien auf die heftigsten Angriffe gefaßt sein müßte, indem er auf meinen Gedanken einginge. Ich unterließ selbstverständlich nicht, die Auffassung mit allen mir zu Gebote stehenden Argumenten zu bekämpfen, obwohl ich, wie ich

ganz vertraulich hinzufügen darf, bei meiner Kenntnis Lord Salisburys und seiner Taktik in solchen Fragen den Eindruck hatte, daß er diese Bedenken, auch wenn er zur Nachgiebigkeit entschlossen wäre, schon deshalb in den Vordergrund stellen würde, um dadurch die Forderung einer erheblichen Kompensation zu motivieren. Schließlich bemerkte der Minister wiederholt, er bezweifle keinen Augenblick, daß ich bei der Wiederanregung dieser seit Jahren so oft zwischen uns besprochenen Frage nur meiner eigenen Inspiration gefolgt sei.

Mein Eindruck aus der im vorstehenden geschilderten Unterhaltung war, daß der Premierminister vor allen Dingen noch Zeit gewinnen will, daß er aber keineswegs entschlossen ist, sich in beiden Punkten, Hawaii und Samoa, bestimmt ablehnend zu verhalten. Eine gewisse Ängstlichkeit glaube ich, obwohl er sie nicht aussprach, bei ihm wahrgenommen zu haben, daß wir versuchen könnten, ihn zu einer schroffen Haltung Amerika gegenüber zu verleiten, die seinen Wünschen und Absichten nicht entsprechen würde, und ich habe selbstverständlich versucht, ihm dies auszureden. Ob und wieweit er uns bezüglich Samoas entgegenkommen wird, läßt sich heute noch nicht sagen, und ich möchte annehmen, daß dies, wenn wir so weit sind, zum Teil von der allgemeinen politischen Situation und dem dadurch bedingten Wert unserer Freundschaft für England, zum Teil aber auch von dem Preis abhängen wird, den er für Samoa glaubt herausschlagen zu können. In dieser Hinsicht habe ich mich noch enthalten müssen, mich über die am Schluß des hohen Erlasses K. 41* angeführten Gegenkonzessionen näher zu äußern, weil ich damit den Standpunkt der persönlichen Initiative hätte verlassen müssen.

Wenn Eure Durchlaucht mir gestatten wollen, meine persönliche Meinung über die weitere Behandlung der Frage auszusprechen, so möchte ich befürworten, dem Wunsche Lord Salisburys insoweit zu entsprechen, daß wir zunächst abwarten, wie der Senat in Washington sich zur Annexion von Hawaii stellt. Im Interesse der Sache möchte ich auch darum bitten, daß es mir gestattet wird, Lord Salisbury gegenüber den Standpunkt der rein persönlichen Initiative vorläufig festzuhalten, da, wie unsere persönlichen Beziehungen einmal sind, kein Zweifel darüber bestehen kann, daß der Minister sich unter der angegebenen Voraussetzung bezüglich Samoas viel offener und rückhaltloser gegen mich aussprechen wird, als wenn ich in meiner amtlichen Eigenschaft mit ihm verhandele. Von diesem Gesichtspunkt aus habe ich ihm die Absicht ausgesprochen, der Sache eventuell erst dann einen amtlichen Charakter zu geben, wenn ich glaube, nach Berlin berichten zu können, daß wir uns hier über eine mir annehmbar erscheinende Basis verständigen können.

P. Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 3417.

Nr. 3419

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

K 53 Berlin, den 6. November 1897

Wie der abschriftlich beigefügte Bericht des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Washington vom 1. v. Mts.* ergibt, mehren sich die Anzeichen für die Annahme des amerikanisch-hawaiischen Annexionsvertrages durch den amerikanischen Senat neuerdings in einer Weise, daß die Erzielung eines deutsch-englischen Einvernehmens für den Fall immer dringender geboten erscheint, daß gemeinschaftliche Schritte sich jenem Ereignis ungesäumt anschließen sollen.

Aus Euer pp. letzter Berichterstattung erhellt zwar, daß anscheinend die Geneigtheit Lord Salisburys zu solchen Schritten sich neuerdings wiederum vermindert hat. In der Überzeugung indessen, daß eine Verständigung zwischen uns und England die beste, vielleicht die einzige Grundlage bleibt, um gegen die Verschiebung des Gleichgewichts in der Südsee, welches die Folge einer bedingungslosen Annexion Hawaiis durch die Vereinigten Staaten sein würde, in geeigneter Weise Stellung zu nehmen, bitte ich Euer pp., soweit es die Umstände gestatten und Sie es nicht für inopportun erachten, auch weiterhin sich Ihnen bietende Gelegenheiten nicht vorübergehen zu lassen, ohne dem englischen Premierminister gegenüber auf diese Angelegenheit, welche die öffentliche Meinung in Deutschland andauernd beschäftigt, zurückkommen zu wollen. Um den Bedenken Lord Salisburys gegen eine Abtretung Samoas an uns und der für ihn seiner Ansicht nach gebotenen Berücksichtigung der australischen Wünsche und Stimmungen Rechnung zu tragen, würde ich in diesem Fall anheimstellen, vielleicht mehr als bisher zu betonen, daß wir nicht auf eine alsbaldige Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England auf Samoa dringen würden, sondern nötigenfalls auch an die Frage der vorläufigen Umgestaltung der jetzigen Dreiherrschaft in eine zwischen uns und England geteilte Zweiherrschaft heranzutreten geneigt sein würden.

Ihren weiteren Mitteilungen zur Sache werde ich mit besonderem Interesse entgegensehen.

Rotenhan

---

* Hier nicht abgedruckt.

Nr. 3420

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 220 London, den 20. November 1897
Geheim

Lord Salisbury, welchen ich eben gesehen, zeigte entschieden größeres Entgegenkommen und sprach sich offener aus als bei unserer letzten Unterhaltung*. Er begann damit, daß er wegen der neutralen Zone im Hinterland von Togo mit Herrn Chamberlain Rücksprache genommen, und daß derselbe ihm erklärt habe, er sei gern bereit, wenn wir das gleiche täten, alle etwa dort befindlichen englischen Posten zurückzuziehen, würde es aber für besser halten, daß beide Teile sich über eine neue den beiderseitigen Interessen entsprechende Delimitation einigten.

Hieran anknüpfend sagte der Minister, daß er die Gelegenheit benutzt habe, um mit dem Kolonialminister auch über Samoa zu sprechen und die Frage zu stellen, ob er gegen eine ansehnliche Entschädigung, etwa unseren Anteil an Neuguinea, zu unseren Gunsten auf Samoa verzichten würde, was derselbe schließlich bejaht habe. Ich erwiderte, daß diese Entschädigung, wie ich ihm schon früher bemerkt**, eine ganz unverhältnismäßige sein würde und von uns schon mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht zugestanden werden könnte. Ich wisse durchaus nicht, ob wir überhaupt Neuguinea jemals aufgeben wollten, ganz gewiß aber nicht für ein so unbedeutendes Objekt wie Samoa, wenn uns nicht außerdem entsprechende Vorteile geboten würden. Was wir, wie ich glaubte, tun könnten, wäre, den Engländern die Tonga- und andere Inselgruppen, sowie einige Vorteile für englischen Handel und Schiffahrt in Samoa zuzugestehen. Lord Salisbury bemerkte schließlich hierzu, wir könnten diese Frage ja noch weiter erörtern, und durch weiteres „marchandage" werde man wohl zu einem praktischen Resultat kommen, wozu es auch nicht an Zeit fehle, da die Amerikaner noch nicht aus Samoa herausgegangen wären. Ich erwiderte, daß ich in diesem Umstande kein Hindernis für eine eventuelle freundschaftliche Verständigung über die Zukunft von Samoa erblicken könnte, welche insofern schon wertvoll wäre, als ihr Bekanntwerden auf die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England hindeuten und ihren Eindruck in Europa im Interesse beider Länder nicht verfehlen würde. Lord Salis-

---

* Schon am 11. November hatte Hatzfeldt über eine Unterredung mit Lord Salisbury berichtet.

** Vgl. Nr. 3411 und 3412.

bury widersprach dieser Auffassung nicht und bat mich nur, die Schwierigkeiten seiner Stellung nicht zu unterschätzen. In dieser Hinsicht lägen die Dinge nicht mehr so wie zur Zeit meiner Ankunft in England und seines ersten Ministeriums. Damals hätte man hier in bezug auf die Vertretung englischer Interessen dem Auslande gegenüber volles Vertrauen in ihn gesetzt. Seitdem hätten die sogenannten Jingos, die er persönlich hasse, hier an Zahl und Einfluß bedeutend zugenommen, und man zeige ihm jetzt geradezu Mißtrauen und setze von ihm voraus, daß er englische Interessen nicht hinreichend zu schützen wisse. Er müsse sich deshalb doppelt in acht nehmen. pp *.

Im ganzen machte die heutige Sprache Lord Salisburys wieder den Eindruck, daß er eine Verständigung mit uns wünscht, daß er wegen Samoas ein eventuelles Abkommen schließen möchte und sich von Neuguinea noch viel würde abhandeln lassen. pp.

Ich habe mit Lord Salisbury, welcher erst künftigen Mittwoch in die Stadt kommen will, ausgemacht, daß ich ihm etwaige schleunige Mitteilungen durch Privatbrief zugehen lassen würde.

Hatzfeldt

Nr. 3421

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 221 London, den 24. November 1897

pp. Bezüglich Samoas habe ich heute die mir früher von Euerer Durchlaucht an die Hand gegebenen Kompensationen (Tongainseln usw. sowie Handelsvorteile usw.) ** mündlich vorgeschlagen, und Lord Salisbury will auch darüber zunächst mit Herrn Chamberlain sprechen. Er bemerkte dazu, daß Neuguinea wenig Wert habe, und daß es lediglich deshalb hier gewünscht werde, um die öffentliche Meinung in Australien, auf die es in dieser Sache allein ankomme, beruhigen zu können.

Hatzfeldt

Nr. 3422

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 231 London, den 10. Dezember 1897

Bezüglich Annexion Hawaiis bemerkte Lord Salisbury, daß nach den heutigen Nachrichten aus Amerika die erforderliche Zweidrittel-

* Die hier ausgelassenen Teile des Hatzfeldtschen Telegramms siehe in Bd. XIV, Kap. XC, Nr. 3710.

** Vgl. Nr. 3417.

majorität im Senat offenbar nicht zu finden sei. Fraglich sei also nur noch, ob die amerikanische Regierung versuchen werde, ihre Absicht in anderer Form, welche nur einfache Majorität erfordere, durchzusetzen. Jede Einmischung Englands und auch Deutschlands, welches sich augenblicklich in Washington nicht vieler großer Beliebtheit erfreue, würde die Annexion nur beschleunigen.

Nach der ganzen heutigen Haltung Lord Salisburys habe ich keinen Zweifel, daß er vorläufig fest entschlossen ist, an keiner Demarche gegen die Annexion teilzunehmen.

Hatzfeldt

Nr. 3423

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 503 London, den 18. Dezember 1897

Obwohl meine letzte vertrauliche Unterhaltung mit dem Premierminister einen durchaus akademischen Charakter hatte und nichts Neues über seine Wünsche und Absichten zutage förderte, glaube ich doch über einige Äußerungen desselben berichten zu dürfen, die im Hinblick auf die hiesige Situation und die Stimmung des Premierministers uns gegenüber nicht ohne einiges Interesse erscheinen.

Bei der zwischen uns bestehenden persönlichen Intimität konnte es nicht ausbleiben, daß auch bei dieser Gelegenheit die gegenwärtigen Beziehungen zwischen England und Deutschland sowie die Aussichten für eine etwaige Besserung derselben vertraulich zur Sprache kamen. Als ich hierzu bemerkte, indem ich mich im übrigen jeder Initiative enthielt, die als ein erneutes Drängen hätte ausgelegt werden können, daß in keinem der bisher zur Sprache gekommenen Punkte hier ein Entgegenkommen gezeigt worden sei, welches zu einer Annäherung hätte führen können, erwiderte der Minister, es sei leider richtig, daß bisher nichts zustande gekommen sei. Dies liege aber an den hiesigen eigentümlichen Verhältnissen, welchen einmal Rechnung getragen werden müsse, und ich möge deshalb die Geduld nicht verlieren[1]. Wenn ich mich über den noch immer unfreundlichen Ton der englischen Presse aufhielte, den er nicht entschuldigen wolle, so müsse ich daraus die Lehre gezogen haben, daß die hiesige öffentliche Meinung, hauptsächlich wohl wegen der dem englischen Handel sehr nachteiligen kommerziellen Rivalität Deutschlands, uns noch wenig günstig gestimmt sei. Dies werde sich mit der Zeit unzweifelhaft bessern[2], wenn auch hier nichts geschehe, was die augenblicklich hier maßgebende Stimmung noch mehr erregen

könnte. Was er damit meine, sei, daß das englische Kabinett, wenn es jetzt schon eine nach außen erkennbare Annäherung an Deutschland in Szene setzen wollte, das Gegenteil von dem erreichen würde, was damit bezweckt werden sollte. Man würde im Publikum ein solches Vorgehen nicht verstehen, die Regierung dafür tadeln, und die öffentlichen Erörterungen darüber würden nur zu erneuten Rekriminationen und zu einer größeren Verstimmung gegen Deutschland führen. Gerade im Sinne derjenigen, welche die Annäherung aufrichtig wünschten, würde es daher ein offenbarer Fehler sein, wenn das englische Kabinett sich zu einem übereilten Versuche hinreißen ließe, die öffentliche Meinung zu unseren Gunsten umzustimmen[3]. Dazu gehöre etwas mehr Zeit, und er hoffe deshalb, daß ich in richtiger Würdigung der Umstände nicht die Geduld verlieren würde.

Ich erwiderte dem Minister, daß ich, wie er sich wohl denken könne, die Manifestationen in der englischen Presse in bezug auf Deutschland mit Aufmerksamkeit verfolgt hätte. Ob die Stimmung im Publikum, wie sie daraus hervorgehe, sich in absehbarer Zeit ändern werde, wenn seitens der englischen Regierung nichts geschehe, um das Land über den Vorteil aufzuklären, welchen es in freundschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche finden würde, erscheine mir ziemlich zweifelhaft. Für meine Person glaubte ich in dieser Hinsicht um so weniger erwarten zu können, als wir dabei auch mit der Tatsache rechnen müßten, daß das englische Kabinett auch in sich selbst geteilt sei und einzelne hervorragende Mitglieder desselben jeder deutschfreundlichen Politik entschiedenen Widerspruch entgegensetzten.[4] Lord Salisbury versuchte nicht, die Richtigkeit dieser Annahme in Abrede zu stellen.

Eine Äußerung des Premierministers glaube ich hier noch hervorheben zu müssen, weil sie für seine Auffassung künftiger Eventualitäten und die Rolle, die England dabei zu spielen berufen ist, bezeichnend erscheint. Als wir im Laufe der Unterhaltung auch auf die in der hiesigen Presse zutage getretene Auffassung kamen, daß England, wenn es sich jetzt von allen Verwickelungen fern halte, in einem europäischen Kriege berufen sein werde, den Ausschlag zu geben, sprach sich Lord Salisbury mit großer Offenheit dahin aus, daß er dies für eine Illusion halte. So groß die Macht Englands zur See auch sei, so werde sie niemals hinreichen, um ohne die entsprechende Armee in einem kontinentalen Kriege das entscheidende Gewicht in die Wagschale zu werfen. Hieraus und aus anderen ähnlichen Äußerungen des Premierministers glaube ich schließen zu dürfen, daß derselbe an eine erhebliche Vermehrung der englischen Flotte, die er, wie sie jetzt ist, als durchaus ausreichend für defensive Zwecke betrachtet, vorläufig nicht denkt. Dagegen hat er sich mehrmals mir gegenüber dahin ausgesprochen, daß jetzt zunächst und vor allem den auf die Vermehrung der Armee gerichteten Bestrebungen in

gewissem Maße Rechnung getragen werden müsse. An eine Armee im kontinentalen Sinne, welche im Falle eines europäischen Krieges außerhalb Englands verwandt werden könnte, wird dabei, solange die hiesige öffentliche Meinung sich mit der allgemeinen Dienstpflicht nicht zu befreunden vermag, nicht gedacht werden dürfen, und man wird hier zufrieden sein müssen, wenn man durch Einräumung größerer Vorteile für diejenigen, die eintreten wollen, die englische Truppenmacht auf einen solchen Fuß bringen kann, daß sie für die fortwährenden kleinen kolonialen Kriege Englands in Asien wie in Afrika die nötigen Verstärkungen abgeben kann und gleichzeitig stark genug bleibt, um die Sicherheit des Landes im Falle eines Angriffs von außen zu verbürgen.

Ich darf schließlich bemerken, daß Lord Salisbury meinen Kollegen und mir die Absicht ausgesprochen hat, seinen nächsten Empfangstag am Mittwoch dem 22. d. Mts. ausfallen zu lassen, und daß ich daher vor den Feiertagen voraussichtlich keine Gelegenheit haben werde, ihn zu sehen.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sehr richtig

[2] Na! Na!?

[3] Das ist von einem Cabinet mit Chamberlain darinnen nicht zu befürchten

[4] ja

Kapitel LXXXV

Das Deutsch-Russische Verhältnis und die Französisch-Russische Allianz

Kaiser Wilhelms II. und Faures Besuche in Rußland 1897

Nr. 3424

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein**

Reinschrift

Berlin, den 27. Januar 1897

Der deutsche Botschafter in Konstantinopel ist angewiesen, bei den jetzt schwebenden Botschafterberatungen** allem zuzustimmen, worüber Rußland, Österreich und Italien einig sind. Von den Kabinetten von Petersburg, Wien und Rom in ihrer jetzigen Zusammensetzung glauben wir, daß sie das Interesse ihrer Reiche darin erkennen, eine türkische Katastrophe hinauszuschieben. Bei der Frage, auf wie lange, ist nicht der Wille der Mächte allein maßgebend, sondern es spricht da auch der Krankheitszustand der Türkei und der Gesundheitszustand des Sultans mit. Aber, wie gesagt, wir wissen von jenen drei Kabinetten, daß sie ihr möglichstes für die Erhaltung eines halbwegs lebensfähigen Status quo tun, und in diesem Bestreben fühlen wir uns mit ihnen einig. Zwar liegt Deutschland weiter als irgendeine andere europäische Macht ab von Konstantinopel und vom Mittelmeer, auch zeigt die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts zwei Orientkriege, bei denen es Deutschland gelang, nicht nur den eigenen Frieden zu erhalten, sondern auch durch seine Haltung wesentlich auf Lokalisierung des Krieges hinzuwirken. Aber die Vergangenheit bietet keine Gewähr für die Zukunft, und die Aus-

---

* Die vorliegende Aufzeichnung Holsteins ist erwachsen im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch des neuernannten Verwesers des russischen Außenministeriums Grafen Murawiew in Berlin, bei dem, wie Holstein unschwer vorhersehen konnte, das Ensemble der europäischen Mächtegruppierung in ihrer Bedingtheit einmal durch die Orientfrage, sodann durch das deutsch-französische Verhältnis zur Sprache kommen mußte.

** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXVIII, Nr. 3094.

breitungsgrenze eines Krieges läßt sich ebensowenig wie die der Pest mit Bestimmtheit im voraus fixieren.

Zur Politik Englands können wir nicht das Zutrauen hegen, daß dieselbe ihr Interesse mit der derzeitigen Erhaltung der Türkei und des europäischen Friedens identifiziert; allerlei Anzeichen deuten sogar auf das Gegenteil. Das Zusammengehen der Kontinentalmächte ist immerhin noch das sicherste Mittel, um die auf Erregung eines Kontinentalkrieges gerichteten englischen Pläne zu stören und am letzten Ende sogar England, dem seine vollständige Isolierung doch nicht so gleichgültig sein würde, wie es sich den Anschein gibt, zum Anschluß an die türkische Politik des übrigen Europas zu veranlassen.

Wenn im vorstehenden von Frankreich nicht ausdrücklich die Rede gewesen ist, so beruht diese Unterlassung nicht etwa auf der Ansicht, daß zwischen der deutschen und der französischen Politik betreffs Behandlung der gegenwärtigen Orientfragen ein Widerspruch bestehe. Dem ist nicht so, wir setzen vielmehr bei dem Pariser Kabinett ein dem traditionellen französischen Interesse entsprechendes Bestreben auf Erhaltung der Türkei voraus; es liegt jedoch für Deutschland kein Anlaß vor, sich an Frankreich heran- und diesem seine Dienste aufzudrängen. Unsere Reserve rechtfertigt sich durch die Haltung sowohl der französischen Regierung wie der französischen Öffentlichkeit, der gedruckten wie der gesprochenen. In der französischen Öffentlichkeit gilt es als Axiom, daß einer gemeinsamen politischen Tätigkeit von Deutschland und Frankreich notwendig die Revision des Frankfurter Friedens vorhergehen müsse. Die französische Regierung ihrerseits hat durch ihre Behandlung sowohl der chinesisch-japanischen Vermittelungsfrage wie der Transvaalfrage gezeigt, daß sie nicht den Willen oder nicht die Kraft hat, um dem gegen Deutschland sich richtenden Chauvinismus offen entgegenzutreten. Vielmehr läßt die Art, wie verschiedene französische Kabinette sich benommen haben, wenn sie im konkreten Falle Deutschlands Unterstützung brauchten, kein Vertrauen zur Energie bzw. zur Aufrichtigkeit derselben aufkommen. Diese Ansicht läßt sich unschwer durch Beispiele begründen.

Ende September v. Js. suchte eine nichtamtliche Pariser Persönsönlichkeit, deren feste Beziehungen zum Quai d'Orsay jedoch notorisch sind, Fühlung mit einer hiesigen Persönlichkeit, welche Beziehungen zum Auswärtigen Amte hat*. Der Pariser erbot sich, den Deutschen sofort mit maßgebenden Persönlichkeiten im französischen auswärtigen Ministerium bekanntzumachen, um einen Ideenaustausch über etwaige gemeinsame deutsch-französische Interessen anzubahnen, welcher dann, einmal eingeleitet, auf amtlichem Wege würde fortgesetzt werden können. Dabei ward dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXX, Nr. 2842.

Graf Münster niemals politische Aufträge habe. Es werde genügen, wenn er nur einmal Herrn Hanotaux gegenüber im Auftrage der Kaiserlichen Regierung den allgemeinen Gedanken ausspräche, daß Frankreich und Deutschland gemeinsame politische Interessen hätten. Hieran würde sich von französischer Seite dann schon etwas anknüpfen lassen. Der französische Sendling stellte endlich auch die direkte Frage, ob wir etwa la tête de M. de Courcel wünschten, das würde sich eventuell machen lassen.

Der Deutsche, welchem diese Eröffnungen gemacht wurden, verhielt sich ablehnend. Er wies darauf hin, daß Deutschland ganz neuerdings in Ostasien sowohl wie in Transvaal aus sachlichen Gründen eine aktive diplomatische Rolle gespielt habe in Fragen, wo über die Gleichartigkeit der deutschen und der französischen Interessen kein Zweifel bestehen könne. Zwischen diesen beiden gäbe es in den genannten Fragen keinen andern Unterschied als den der Größe, da sowohl in Ostasien wie in der Nachbarschaft von Madagaskar Frankreich viel gewichtigere Interessen zu wahren habe als Deutschland. Das Gebaren Frankreichs bei jenen beiden Gelegenheiten sei aber nicht danach gewesen, daß es Deutschland Lust zu weiterer Gemeinsamkeit machen könnte. Anerkannt offiziöse Organe der französischen Presse hätten urbi et orbi gegenüber die Beteiligung Deutschlands an der franko-russischen Aktion als unnötiges, nicht gewünschtes Mitlaufen gekennzeichnet. In der Transvaalfrage aber habe die englische Regierung von französischer amtlicher Seite sogar den Fingerzeig erhalten, für Frankreich gäbe es nur einen Feind, und das sei Deutschland, danach möge das Londoner Kabinett seine Politik einrichten. Solange die französische Regierung nicht mal den Mut habe, die Initiative zu Verhandlungen mit Deutschland über gemeinsame Interessen amtlich zu ergreifen, stehe für uns die Tatsache fest, daß die Regierung sich der chauvinistischen Agitation gegenüber zu schwach fühle, um in der Öffentlichkeit eine andere Politik als die der Rankünе zu machen.

Die in vorstehendem kurz skizzierte Auffassung wird bestärkt durch einen Vorgang, welcher heute mehr als elf Jahre zurückliegt. Im Jahre 1885 erklärte der damalige französische Botschafter Baron Courcel dem Fürsten Bismarck, daß, wenn die deutsche Regierung der französischen aus der Tonkingschwierigkeit heraushelfe, d. h. China zum Frieden veranlassen wollte, die französische Regierung und das französische Volk einen so außerordentlichen Dienst niemals vergessen würden; Dankbarkeit für edelmütige Unterstützung sei eine der Haupteigenschaften des französischen Charakters. Fürst Bismarck vermittelte darauf den französisch-chinesischen Friedensschluß, der Kaiserliche Gesandte in Peking ward beauftragt, energisch in dem Sinne zu raten, und die ersten Anbandelungen zwischen Baron Courcel und dem chinesischen Vertreter fanden hier in der Villa des Staats-

sekretärs des Auswärtigen Amts statt*. Unmittelbar nach Abschluß des französisch-chinesischen Abkommens ward aber das Kabinett Ferry gestürzt und von der Tribüne der französischen Kammer ihm das Wort nachgeschleudert, daß Ferry sich nicht geschämt habe, sich zum „Verpflichteten" Bismarcks zu machen. Dieser Vorwurf blieb als Makel lebenslänglich an dem französischen Staatsmanne haften, und die Erinnerung daran zeigt uns, was von französischer „Dankbarkeit für edelmütige Dienste" zu halten ist, wenn französische Interessen oder Leidenschaften der Dankbarkeit gegenüberstehen.

Bei dieser Sachlage ist es natürlich, daß wir unsere Politik ohne Frankreich, d. h. ohne eine Initiative Frankreich gegenüber machen. Für die Wirkung ist es auch gleichgültig, ob die Heranziehung Frankreichs zur Vertretung gemeinsamer Interessen durch uns oder durch ein anderes Kabinett erfolgt, z. B. durch Rußland, zwischen dem und uns Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung orientalischer Dinge schwer denkbar oder doch allemal leicht zu beseitigen sind.

Wie schon gesagt, ist die deutsche Politik weit entfernt, durch eine Beschleunigung der Orientkrisis die davon untrennbaren Gefahren vorzeitig hervorrufen zu wollen. Politisch gedacht ähneln die Meerengen einem Tunnel, an dessen südlichem Ausgange Rußland eine neue politische Landschaft finden wird. Ohne Prophet zu sein, kann man doch sagen, daß die Orientfrage sowohl wie die ostasiatische in ihrer weiteren Entwickelung neue Gruppierungen schaffen werden. Furcht, Erwerbs- und Erhaltungstrieb, Tradition, Legende werden den Kitt der gegenüberstehenden Gruppen in sich bilden. Das heutige Deutsche Reich mit preußischem Kern, welches für Europa keinen Erwerbs-, sondern nur einen Erhaltungstrieb, welches überdies keine Kreuzzugslegenden, sondern nur politische Traditionen neuen Datums und positiven Inhalts hat, wird durch diese Faktoren zunächst auf die russische Seite gewiesen. Mit dieser Grundanschauung, welche als fester Punkt in der uns bevorstehenden Flucht der Erscheinungen schon heute zu bezeichnen ist, tritt die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers in das jetzige Vorstadium der Orientkrisis ein. Wenn wir in Rußland die Gegenseitigkeit finden, auf die wir nach nüchterner Erwägung der beiderseitigen Interessen glauben rechnen zu können, so werden die Verständigungen im einzelnen konkreten Falle leicht sein pp.**

Holstein

* Vgl. Bd. III, Nr. 699 ff.

** Der Schluß der Holsteinschen Aufzeichnung, der die Stellung Nordamerikas zu der ostasiatischen Frage und die Herausbildung einer politischen Gruppe betrifft, deren Kern England, Nordamerika und Japan sein würden, gehört in einen anderen Zusammenhang.

Nr. 3425

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändig

Berlin, den 31. Januar 1897

Die heutige Unterredung mit Graf Murawiew* begann nach einigen allgemeinen Redensarten mit der Erzählung dessen, was er in Paris erfahren und mit Hanotaux besprochen hatte. Er sagte, man sei dort besorgt, daß Unruhen in Konstantinopel ausbrechen könnten, die zur Repression und zu Metzeleien der Christen führen und die Mächte in die Lage versetzen würden, Schiffe vor Konstantinopel zu schicken. Das Erscheinen der englischen Flotte vor Konstantinopel würde das Erscheinen der russischen zur Folge haben, man werde dann aktiv vorgehen müssen und damit sei der Bestand des Türkischen Reichs in Frage gestellt. Murawiew sagt, er habe zu seiner Befriedigung konstatiert, daß Frankreich eine solche Eventualität verhindern wolle und darin mit Rußland und, wie er annehme, auch mit den übrigen Kontinentalmächten übereinstimme. Hanotaux fürchte auch etwaige Massakers von Armeniern. Er sagt, daß die öffentliche Meinung in Frankreich auch durch die armenischen Greuel erregt sei, und daß die Wiederholung derselben die französische Regierung der Gefahr aussetze, von der öffentlichen Meinung zum Einschreiten gedrängt zu werden. Er erzählte, er und Hanotaux hätten sich in diesem Sinne gemeinschaftlich und energisch dem türkischen Botschafter gegenüber ausgesprochen und ihm geraten, den Sultan auf die Gefahren der Lage aufmerksam zu machen. Graf Murawiew glaubt, daß Munir Pascha diesen dringenden Rat befolgt habe. Er erwähnte dann die Bemühungen des Sultans, die Mächte zu trennen, hofft aber, daß seine Versuche wie bisher scheitern würden. Dann bemerkte er, in Frankreich beständen die besten Absichten, mit Deutschland in Frieden zu leben; darüber dürfe man sich aber keiner Illusion hingeben, daß ein Zusammengehen Frankreichs und Deutschlands zurzeit noch nicht möglich sei. Dagegen hält er es für möglich, daß Deutschland mit Rußland und Frankreich gemeinschaftlich vorgehe, wenn ihre Interessen dies verlangen. Als ich ihn fragte, wie er über das Zusammengehen Englands und der Vereinigten Staaten in Ostasien denke, sagte er, diese Gefahr bestehe in der Tat. Er werde darüber dem Russischen Kaiser Vortrag halten, und dabei würde es ihm von Wert sein, wenn er von Radolin schriftlich die Auffassung der deutschen Regierung

---

* Der neuernannte Verweser des russischen Außenministeriums Graf Murawiew kam am 30. Januar nach einem Besuch in Paris nach Berlin und konferierte am 31. Januar mit dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und mit dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall. Am 1. Februar wurde er vom Kaiser in Kiel empfangen.

erhalte, um sie dem Vortrag beim Kaiser zu Grund zu legen[1]. Da ich dies aber nicht mit Enthusiasmus aufnahm, so zog er zurück und meinte, man könne diese schriftliche Mitteilung auch verschieben.

Die mazedonische Frage* macht ihm keine Sorgen. Es könnten dort Unruhen ausbrechen, das sei richtig; aber es seien drei Elemente dort, die sich in die Haare geraten würden, Serben, Bulgaren und Griechen, und dem könnten wir ruhig zusehen. Übrigens habe er noch keine Zeit gehabt, die Frage zu studieren. Im Laufe der Unterredung wurde von uns konstatiert, daß keinerlei Antagonismus zwischen den Interessen Deutschlands und Rußlands bestände, und daß wir uns bei eintretenden Ereignissen leicht verständigen würden.

Über Fürst Radolin sprach sich Graf Murawiew in den lobendsten Ausdrücken aus und versicherte, daß er demselben mit vollem Vertrauen entgegenkomme.

C. Hohenlohe

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] Und das Schriftstück bei Gelegenheit in London zu verwenden!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Das ist fast genau dasselbe was er mir gesagt hat. W.

Nr. 3426

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 31. Januar 1897

Der russische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Graf Murawiew suchte mich heute nachmittag auf und machte mir zunächst über seine Eindrücke in Paris Mitteilung. Dieselben seien die allerbesten gewesen, er habe mit allen maßgebenden Persönlichkeiten gesprochen und überall die friedlichsten Dispositionen gefunden. Frankreich wolle mit niemandem Komplikationen und stehe auch in der orientalischen Frage durchaus auf dem Standpunkte, den die übrigen kontinentalen Mächte einnähmen. Es freue ihn, nach Berlin gekommen zu sein, um im Auftrage seines Souveräns Seiner Majestät dem Kaiser zu sagen, wie dankbar Rußland für unsere Politik in der orientalischen Frage sei, und wie Kaiser Nikolaus es sich angelegen sein lassen werde, stets die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland aufrechtzuerhalten.

Auf die orientalische Frage übergehend, bemerkte Graf Murawiew: Wir könnten überzeugt sein, daß seine Politik entsprechend den In-

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXVI.

tentionen seines allergnädigsten Herrn unentwegt darauf gerichtet sein werde, den Status quo in Konstantinopel zu erhalten, die Integrität der Türkei zu schützen und Reformen insoweit einzuführen, als es mit dem Bestand des Ottomanischen Reiches vereinbar sei*.

Ich bemerkte darauf, daß diese Politik durchaus der unsrigen entspräche, daß auch wir der Ansicht seien, daß allzu weitgehende Reformen den Bestand der Türkei in Frage stellen könnten, und daß auch die eventuellen mesures coercitives doch mit großer Vorsicht ins Auge gefaßt werden müßten.

Graf Murawiew unterbrach mich mit der Bemerkung, daß er diese Auffassung durchaus teile. Diese mesures coercitives seien „une marotte du Comte Goluchowski"[1]**, der verhältnismäßig jung in eine hohe Stellung gekommen und nun das Bedürfnis fühle, alle paar Tage sich mit neuen Propositionen und Ideen wichtig zu machen[2]. Er, Graf Murawiew, habe diese Tendenz nicht und strebe lediglich dahin, in der orientalischen Frage die Übereinstimmung unter den Kontinentalmächten, die erfreulicherweise vorhanden sei, aufrechtzuerhalten.

Bezüglich der englischen Politik bekenne er sich zu der Anschauung, daß es derselben nicht unerwünscht sei, wenn in Konstantinopel eine Katastrophe einträte. Um so mehr müßten die Kontinentalmächte zusammengehen. Die einzige Gefahr, die er in Konstantinopel erblicke, sei, daß eines Tages die englische Flotte wegen irgendeines Vorkommnisses in Konstantinopel in die Dardanellen einlaufe. Dann würde die französische folgen, die russische ebenfalls, ebenso die österreichische und die italienische, und dann sei schwer abzusehen, wie ein Konflikt zu vermeiden sei.

Auf meine Bemerkung, daß für England doch mancherlei Momente beständen, die von einem derartigen Vorgehen abrieten, beispielsweise die Befestigung der Dardanellen und eben die Gefahr, daß andere Flotten dasselbe täten, sagte Graf Murawiew, es sei nicht abzusehen, ob nicht bei irgendeinem Vorkommnis in Konstantinopel, bei dem ein Engländer zu Schaden komme, die öffentliche Meinung Englands ein solches Vorgehen verlange.

Über die armenische Bewegung sprach sich der Graf außerordentlich ungünstig aus. In der ganzen Bewegung sei ein Stück „internationaler Revolution" enthalten. Ein erheblicher Teil der Mitglieder des armenischen Komitees seien Nihilisten, und der englischen Regierung würde es gar nicht unangenehm sein, wenn der Keim der

---

* Vgl. dazu Bd. XII, Kap. LXXVIII.

** Wie Kaiser Wilhelm II. in seiner Randbemerkung ganz richtig betont, waren die mesures coercitives von England, und zwar schon in Lord Salisburys Kollektivnote vom 20. Oktober in Vorschlag gebracht. Vgl. Bd. XII, Kap. LXXVIII, Nr. 3067, S. 217, Fußnote*.

internationalen Revolution auch in andere Teile Europas gelegt würde. Überhaupt sprach sich Graf Murawiew außerordentlich ungünstig über die englische Politik aus, während er Italien lobte, daß es sich mehr von England zurückziehe. Die Beendigung des abessinischen Krieges* begrüße er mit Freude. Er wolle gar nicht in Abrede stellen, daß in dieser Beziehung auch von russischer Seite in mancher Beziehung Fehler begangen worden seien. Er begreife z. B. sehr wohl, daß die Entsendung von einem General mit mehreren Offizieren als Delegation des Roten Kreuzes nach Abessinien in Italien nicht sehr angenehm berührt habe.

Ich bemerkte dem Grafen, daß unser Botschafter in Konstantinopel die Instruktion habe, sich allen Vorschlägen anzuschließen, über welche Rußland, Italien und Österreich-Ungarn einig seien. Was Frankreich beträfe, so seien wir in einer eigentümlichen Lage. Wir hätten bis jetzt seit Jules Ferry keine französische Regierung gefunden, die vor dem französischen Chauvinismus den Mut habe, mit uns Politik zu treiben; wir enthielten uns also selbstverständlich jeder Initiative. Unsere Erfahrungen seien in der Beziehung keine guten gewesen. Als ich unmittelbar nach dem Einfall in Transvaal ein offenes Wort mit Herrn Herbette gesprochen und darauf aufmerksam gemacht hätte, wie England, auf den Antagonismus der kontinentalen Gruppen rechnend, anfange, sich alles zu erlauben, habe man mir mit Worten recht gegeben, sofort sich aber in London zur Verfügung gestellt, um von der englisch-deutschen Differenz zu unserem Nachteile zu profitieren**. Graf Murawiew werde sich erinnern, daß, als vor 12 Jahren Fürst Bismarck den französisch-chinesischen Frieden vermittelt und damit Frankreich einen großen Dienst erwiesen habe, Minister Jules Ferry für sein Leben ein politisch toter Mann geworden sei***. Wir hätten übrigens kein Bedürfnis, mit Frankreich Politik zu machen, wir glaubten auch, daß in der orientalischen Frage Frankreich dieselben Ziele wie die übrigen kontinentalen Mächte verfolge.

Graf Murawiew erfaßte diese Ausführungen ziemlich lebhaft, indem er zugab, daß die französische Regierung, obgleich sie selbst nicht chauvin wäre, doch mit dem Chauvinismus rechnen müßte. Er glaube, daß, wenn die deutsche Regierung damals in der Transvaalfrage sich Rußlands als Vermittler[3] bedient hätte, die Haltung Frankreichs eine andere gewesen sein würde, und er stelle anheim, ob wir nicht gegebenenfalls es auf diesem Wege versuchen wollten. Rußland würde seinerseits sich stets gern unserer Vermittelung bedienen, wenn es irgendwelche Wünsche in Wien zu vertreten habe.

---

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXVIII.
** Vgl. Bd. XI, Kap. LXIV.
*** Vgl. Bd. III, Kap. XX, S. 443, Nr. 699, Fußnote**.

Wir kamen nun auf das Verhältnis zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu sprechen, wobei der Graf sein wenig günstiges Urteil über Graf Goluchowski wiederholte, während er über Herrn von Szögyény sich sehr anerkennend äußerte.

Ich bemerkte dem Grafen Murawiew, wie wir mit aufrichtiger Genugtuung vernähmen, daß die russische Politik unentwegt an der Erhaltung des Status quo der Integrität des Türkischen Reiches festhalte, das heißt mit anderen Worten an einer Politik, welche den Zusammensturz des Türkischen Reiches so weit wie möglich hinausschiebe. Sollte der fatale Moment eintreten, so könne Rußland sicher sein, daß wir fortfahren würden, alles zu tun, um einen Krieg zu verhindern und, wenn ein Konflikt einträte, ihn zu lokalisieren. Das werde insbesondere auch dann der Fall sein, wenn Rußland wegen dieses Ereignisses gezwungen sei, in konkreten Fragen einen bestimmten Standpunkt einzunehmen und zur Aktion überzugehen. Wir müßten nur dabei voraussetzen, daß es in einer Weise geschehe, welche den Interessen Österreich-Ungarns Rechnung trage.

Graf Murawiew schien über diese Mitteilung besonders befriedigt und hob hervor, daß er eine Verständigung mit Österreich-Ungarn über die konkreten Fragen, die dann zu erledigen seien, für sehr wohl möglich erachte, und bemerkte, daß Rußland seinerseits stets bereit sei, uns an denjenigen Punkten wirksam zu unterstützen, die außerhalb des Rahmens direkter europäischer Politik liegen und gegenwärtig für uns ein besonderes Interesse hätten. Er sagte rückhaltlos, daß wir auf die russische Unterstützung bei unseren Wünschen in Ostasien zu rechnen hätten, nachdem wir in loyaler Weise mit Rußland und Frankreich in der Liaotungfrage vorgegangen seien. Die Berechtigung unseres Wunsches, in Ostasien einen Stützpunkt für unsere Flotte und unseren Handel zu gewinnen, erkenne er vollkommen an. Daran knüpfte sich die Besprechung der Frage, welche Stellung voraussichtlich die Vereinigten Staaten von Amerika zu der weiteren Entwickelung der ostasiatischen Verhältnisse einnehmen würden. Graf Murawiew erschien die Gefahr einer direkten Einmischung der Vereinigten Staaten in jene Verhältnisse nicht imminent, allein er gab doch zu, daß, wenn man in Washington Interessen nach dieser Seite hin erkennen würde, die Monroedoktrin voraussichtlich die Amerikaner von einer Einmischung nicht abhalten würde. Die Annäherung zwischen England und den Vereinigten Staaten, die in dem jüngsten Schiedsgerichtsvertrag* Ausdruck gefunden, beschäftigt den Grafen Murawiew ebenfalls, und er sprach davon, daß die immer brutaler werdende Haltung der Vereinigten Staaten doch eines Tages

* Der Schiedsgerichtsvertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten war am 11. Januar unterzeichnet worden.

dazu führen werde, daß die europäischen Staaten sich über eine Haltung verständigen müßten, ausgenommen England, das wie immer die Stellung eingenommen habe, die momentan seinen Sonderinteressen entspräche. Beiläufig bemerkte Graf Murawiew, er habe aus guter Quelle erfahren, daß das Londoner Kabinett wegen Afghanistan präokkupiert sei. Die Nachrichten von dort seien für das englische Interesse sehr ungünstig. Es gehe sogar das Gerücht, daß der Emir tot sei; jedenfalls lasse man gar keine Nachricht von dort passieren; die Zustände in den von Pest und Hungersnot heimgesuchten Teilen Indiens seien schauderhaft, aber erst nachdem Rußland vorgegangen, habe man sich in England aufgerafft, um etwas zur Linderung der Not zu tun. Trotz der großen Gefahr, die Europa drohe, bereite England den auf die Bekämpfung der Pest gerichteten Bemühungen Schwierigkeiten, aus Besorgnis, daß der englische Handel notleide. Mit besonderer Befriedigung erfülle es ihn, daß wir uns in London an den Demarchen beteiligten, welche eine Änderung dieser Haltung anstrebten.

Wir kamen im weiteren Verlaufe auf die orientalische Frage zurück. Graf Murawiew hatte gestern abend einen Brief von Herrn von Nelidow erhalten, der wie immer recht aufgeregt schreibe. Derselbe sei, obgleich 15 Jahre älter als er, Graf Murawiew, doch noch von einer jugendlichen Lebhaftigkeit, so daß er ihm gleich habe antworten müssen, er möge die Dinge ruhiger auffassen. Inzwischen schienen ja die Botschafterkonferenzen * beendet, und er habe den Eindruck, daß die Reformen sich innerhalb mäßiger Grenzen hielten. Graf Murawiew wiederholte den besonderen Dank für unsere Haltung, die durchaus kongruiere mit den Zielen der russischen Politik, die, wie er nochmals wiederholte, auf Erhaltung des Friedens, des Status quo und der Integrität des Türkischen Reiches ausgehe. Er könnte auch dann nicht die Situation für besonders tragisch ansehen, wenn wiederum armenische Revolten in Konstantinopel ausbrächen, da der Sultan stark genug sei, um dieselben zu unterdrücken. Eine Gefahr, wie er schon bemerkt, bliebe immer nur die Einfahrt der englischen Flotte in die Dardanellen, worauf ich bemerkte, daß ich an einen so folgenschweren Schritt seitens Englands nicht glaube, daß ich vielmehr von der Ansicht ausgehe, daß die englische Politik immer dahin gerichtet sei, andere vorzuschicken und selbst sich von der Aktion fernzuhalten.

Graf Murawiew sagte dann, daß in der ganzen Frage übel angebrachte Humanitätsgefühle eine bedauerliche Rolle spielten. Die englische Humanität sei sich ihres politischen Zwecks bewußt, aber es sei doch gelungen, die Armenierfreundlichkeit auch auf den Kon-

---

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXVIII.

tinent zu übertragen; so sei selbst in Frankreich eine gewisse Sentimentalität für die angeblichen Leiden der Armenier erkennbar, allerdings nicht in offiziellen Kreisen.

Mit besonderer Anerkennung sprach Graf Murawiew von dem Fürsten Radolin, den er außerordentlich hochschätze, und mit dem er sich freue, in geschäftliche Berührung zu treten. Zwischen Fürst Lobanow und Fürst Radolin sei es nicht recht gegangen. Lobanow sei im Umgange cassant gewesen, und das habe Radolin verletzt. Er selbst könne sich keinen besseren Vertreter Deutschlands wünschen als den Fürsten, mit dem er schon lange in den besten Beziehungen stehe. Die Urteile einzelner deutscher Blätter über seine, des Grafen, angebliche Deutschenfresserei hätten ihn belustigt. Er wisse, daß man ihn in Berlin zu gut kenne, um an derartige Dinge zu glauben. Mit besonderer Betonung hob Graf Murawiew hervor, daß die Entente, die zwischen Rußland und Frankreich bestehe, durchaus friedlichen Zwecken diene, daß niemals die russische Politik auf den Gedanken kommen würde, den französischen Chauvinismus gegen Deutschland zu unterstützen, und daß er in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland kein einziges Moment einer politischen Divergenz erblicke.

Bezüglich der kleinen Schwierigkeiten, die der Unterzeichnung unserer wirtschaftlichen Abmachung* entgegenständen, sagte er mir, er habe Herrn Witte heute nacht telegraphiert und ihn gebeten, von seinen Forderungen Abstand zu nehmen. Er stehe mit Witte persönlich sehr gut und erwarte eine zusagende Antwort.

Nach dem Diner des Herrn Reichskanzlers hatte ich nochmals eine kurze Besprechung mit Graf Murawiew. Der Minister bemerkte dabei, er erachte es für rätlich, daß man England gegenüber den Anschein vermeide, als ob eine kontinentale Koalition ihm gegenüber bestehe. Das Gefühl einer derartigen Isolierung könne das englische Kabinett zu einem coup de tête ermuntern. Ich entgegnete, daß in unseren Besprechungen mit englischen Staatsmännern wir stets das Bestreben erkennen ließen, England von der Richtigkeit der Politik der Kontinentalmächte zu überzeugen und es zu gemeinsamer Aktion mit den letzteren zu bewegen.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] Von London angeregt
[2] von London soufflirt
[3] na das fehlte noch!

---

* Sie erfolgte am 9. Februar 1897. Vgl. Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2870, Fußnote.

Nr. 3427

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 97 Berlin, den 1. Februar 1897

Ew. pp. beehre ich mich beifolgend zwei Aufzeichnungen über Gespräche mit dem Grafen Murawiew* sowie ein Promemoria, wo im Hinblick auf die Ankunft des russischen Ministers die diesseitigen Anschauungen über einige Zeitfragen zusammengefaßt sind**, ergebenst zu übersenden.

Aus der Vergleichung der ersteren beiden Schriftstücke mit dem letzterwähnten wollen Ew. pp. ersehen, daß der diesseitige Standpunkt, so wie er schon vorher präzisiert war, sich mit den späteren Äußerungen des Grafen Murawiew in allen Hauptpunkten deckt. Einzelne Divergenzen, auf welche ich in nachfolgendem kurz hinweisen will, haben lediglich nur noch eine akademische oder eine nebensächliche Bedeutung. Indessen möchte ich bei der Wichtigkeit, welche ich einem klaren Verständnis zwischen uns und Rußland betreffs unserer Beziehungen zueinander und nach außen hin beilege, doch beispielsweise noch auf eine Bemerkung des russischen Ministers zurückkommen, die sich auf Vergangenes bezog und wie ein leiser Vorwurf klang. Graf Murawiew hatte angedeutet, daß, wenn wir im vorigen Januar uns an das Petersburger Kabinett gewandt hätten, letzteres sich gewiß bemüht haben würde, auf eine befriedigende Erledigung der damals akuten Transvaalfrage hinzuwirken. Ew. pp. werden, falls sich vielleicht einmal Gelegenheit bietet, diese heute rein akademische Erörterung mit dem Grafen Murawiew wieder aufzunehmen, besser als jeder andere in der Lage sein, ihm auseinanderzusetzen, daß die in Ihrem Bericht Nr. 14 vom 8. Januar v. Js.*** wiedergegebene Unterredung mit dem Fürsten Lobanow und die kalt lächelnde Kritik des Fürsten über die Stellung der Parteien in jener Angelegenheit keineswegs danach angetan war, uns den Gedanken nahezulegen, daß der Fürst nur auf eine Gelegenheit warte, um etwa in Anerkennung unserer ostasiatischen Unterstützung uns nun seinerseits seine Mitwirkung zur Beendigung einer schwierigen Situation zu leihen. Fürst Lobanow betonte in jener ganzen Zeit eigentlich immer nur die rücksichtslose Interessengemeinschaft zwischen Rußland und Frankreich. Da wir aber wußten, daß und wie Frankreich gerade damals in England gegen uns schürte, so wird Graf Murawiew es uns nachfühlen, daß Zurückhaltung und Vorsicht nach Rußland wie nach Frankreich hin uns damals als das Richtige erschien. Hinsichtlich Rußlands ist

* Siehe Nr. 3425 und 3426.

** Siehe Nr. 3424.

*** Siehe Bd. XI, Kap. LXIII, Nr. 2624.

unsre heutige Anschauung, verglichen mit der von vor Jahresfrist, eine erheblich veränderte, hinsichtlich Frankreichs freilich nicht.

Ich möchte ferner noch einige Worte über einen Gedanken sagen, den der russische Minister hinwarf, ohne sich selber des näheren darüber zu äußern. Ich meine den Gedanken einer Koalition des europäischen Kontinents gegen England. Gegen die Möglichkeit der Verwirklichung dieses Gedankens in dieser Allgemeinheit sprechen so tief einschneidende Gründe, daß ich überzeugt bin, Graf Murawiew wird denselben niemals als eine für den Realpolitiker in Betracht kommende Erwägung behandeln, sofern aggressives Vorgehen gegen England in Frage kommt. Die äußerste Grenze der kontinentalen Einmütigkeit wird meines Erachtens durch die Politik bezeichnet, welche die Botschafter der Kontinentalmächte in Konstantinopel und bisher mit guter Wirkung oder wenigstens mit Vermeidung eines Fiaskos befolgt haben, indem sie durch ihre Einmütigkeit solche englischen Projekte vereitelten, welche weniger auf Frieden als auf Krach hinauszulaufen geeignet schienen. Diese ihrer Natur nach rein defensive Gruppierung der Mächte hat sich soweit bewährt, und man kann im Interesse des europäischen Friedens nur hoffen, daß sie so lange wirksam bleibt, bis der gegenwärtige türkische Erdrutsch zu einem zeitweiligen Stillstand gebracht ist. Ich glaube mit Sicherheit annehmen zu können, daß die englische Regierung in der Einmütigkeit der übrigen Mächte eine Entschuldigung finden und damit den englischen Freunden Armeniens begreiflich machen wird, daß England ohne Verbündete außerstande war, die Türkei vorzeitig zu zerschlagen. Die Kontinentalmächte leisten also dadurch, daß sie zusammengehen, aber England in allen Fällen den Beitritt zu ihren Entschließungen frei lassen, den friedlichen Elementen in der englischen Regierung einen wertvollen Dienst gegen das lärmende Jingotum.

Daß nach mehreren eingehenden Unterredungen mit dem russischen Minister des Auswärtigen die vorstehend erwähnten Punkte sich als die hauptsächlichen unter denen, welche noch der Aufklärung bedürfen, herausgestellt haben, ist der überzeugendste Beweis für das befriedigende Ergebnis dieses wichtigen Ideenaustausches.

C. Hohenlohe

Nr. 3428

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Telegramm. Entzifferung

Kiel, den 1. Februar 1897

Der Besuch Murawiews* reglementsmäßig verlaufen. Er floß über von Höflichkeit, Verbindlichkeit und Freundschaftsversicherungen. Die

* Vgl. Nr. 3425, Fußnote.

in der Konversation gestreiften Themata waren dieselben, die er mit Euerer Durchlaucht und dem Staatssekretär besprochen hat*. Auffallend war mir das zur Schau getragene scheinbar starke Mißtrauen gegen England, was in bezug auf Konstantinopel sich bis zur Besorgnis zu steigern schien. Bezüglich des Verhältnisses von Deutschland zu Frankreich meinte er, daß es das beste sei, um gute Beziehungen dauernder Natur zu erzielen, wenn alle Anregungen zu wichtigen Unternehmungen und Gedankenaustauschungen ihren Weg durch Murawiews Kanzlei nehmen, er werde dann das Weitere schon besorgen. Eine Antwort bin ich ihm hierauf schuldig geblieben, ein Lächeln konnte ich nur schwer unterdrücken.

Den Status quo in der Türkei hat er sehr stark betont.

Wilhelm I. R.

Nr. 3429

Kaiser Wilhelm II. an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm.

Diktat. Niederschrift von der Hand des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe

Berlin, den 3. Februar 1897

Bin sehr zufrieden mit Unterredung mit Murawiew, deren Hauptpunkt eine energische Betonung des Status quo in der Türkei seitens Rußlands war. Ich habe ihn darin nur bestärken können.

Zur Mitteilung an Kaiser Franz Joseph und Graf Goluchowski.

Wilhelm I. R.

Nr. 3430

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 20 Paris, den 3. Februar 1897

Daß der Kaiserbesuch** eine Enttäuschung zur Folge hatte, daß das intime Verhältnis zu Rußland mehr geschädigt als gebessert wurde, habe ich wiederholt in meinen Berichten zum Ausdruck gebracht.

Diese veränderte und ungünstige Stimmung wurde in Kopenhagen und auch am Hofe in Petersburg erkannt[1].

Der neue Minister des Auswärtigen sollte deshalb versuchen, die Stimmung zu verbessern und die leitenden Staatsmänner kennenzulernen***.

---

* Vgl. Nr. 3425 und Nr. 3426.

** Vgl. Bd. XI, Kap. LXXI.

*** Graf Murawiew weilte am 28. und 29. Januar in Paris.

Die Stimmung rücksichtlich der russischen Allianz wird charakterisiert durch eine Äußerung, die ich von vielen Seiten hörte: „Les Russes veulent trop pour eux mais rien pour nous“[2].

Hanotaux' Stellung ist auch etwas erschüttert, und von ihm sagt man auch schon: „Il fait tout pour les Russes et rien pour la France.“

Die Presse, die noch vielfach durch russische Rubel beeinflußt wird, war sehr ungeschickt, indem sie von der Sendung Murawiews als einem Gnadenakte des Zaren für Frankreich und von Befestigung und Besiegelung der Allianz sprach und dabei ihren Chauvinismus gegen uns nicht unterdrücken konnte.

Dadurch wurde sowohl die Stellung des Grafen Murawiew als auch des Herrn Hanotaux sehr erschwert.

Die Note, die beide immer wieder anschlugen, war die, daß die Verständigung, die sie zu befestigen suchten, gegen keine andere Macht gerichtet sei und nichts anderes bezwecke als die Erhaltung des Friedens.

Graf Murawiew hat sich vorsichtig und klug benommen, hat auch persönlich einen sehr guten Eindruck gemacht.

Schischkin hatte hier durchaus nicht gefallen, „ce n'est qu'un moujik“, sagte Hanotaux seinerzeit von ihm *. Vom Grafen Murawiew sagte er dagegen: „lui, c'est un homme du monde avec lequel les affaires se traitent bien et qui a les meilleures intentions.“

Was die politischen Gespräche betrifft, so sind sie sehr allgemeiner Natur gewesen. Das Hauptthema war Erhaltung des Sultans und dadurch Erhaltung des Friedens.

Bestimmte Versicherungen hinsichtlich der Regelung der türkischen Finanzen, auf die es vor allem den Franzosen ankommt, hat Graf Murawiew wohl nicht gegeben, ebenso hat er der Frage der Koerzitivmaßregeln ** nicht nähertreten wollen.

Nach dem Frühstück, welches Herr Hanotaux uns Botschaftern zu Ehren Murawiews gab, benutzten Graf Murawiew sowohl als Herr Hanotaux die Gelegenheit, um dem türkischen Botschafter ***, der ganz in meiner Nähe stand, und mit dem ich gerade gesprochen hatte, sehr eindringliche Vorstellungen zu machen und ihm zu sagen, daß er als treuer Diener des Sultans seinen Herrn doch auf den Ernst der Lage aufmerksam machen und betonen möge, daß die Mächte einig und entschlossen seien, ihre Reformpläne durchzusetzen, und hofften, daß Seine Majestät der Sultan dieselben annehmen und wirklich ausführen lassen werde.

Der schlaue Munir tat, als ob er ganz der Ansicht der beiden Minister sei, versprach, über das ihm sehr interessante Gespräch zu berichten, wird sich aber gewiß hüten, seine Finger dabei zu verbrennen.

---

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXX, Nr. 2843.
** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXVIII.
*** Munir Bey.

Die Lage des jetzigen Kabinetts und namentlich des Ministers des Äußern wird immer schwieriger, je näher die Krisis im Osten heranrückt.

Nach und nach fängt Frankreich an, aus den Revancheträumen gegen uns und aus den Träumen, in denen Rußland als der Racheengel für Elsaß-Lothringen erschien, zu erwachen[3]. Die wirklichen Verhältnisse, die praktischen Interessen fordern ihr Recht, und die aus diesen Träumen erwachenden Franzosen fangen an, sich zu fragen, wo diese liegen, und was ihnen Rußland bieten kann.

Daß bei einem Kriege gegen uns auf Rußland nicht mehr zu rechnen ist, wird hier immer mehr verstanden, und ohne Rußlands Hülfe will weder die Republik noch die Armee den Krieg mit uns.

Rücksichtlich Englands ändert sich die Stimmung.

Die Besorgnis, daß Rußland und England zum Schaden Frankreichs sich verständigen könnten, bestimmt die hiesigen Staatsmänner, England gegenüber vorsichtiger und friedlicher zu sein als bisher.

Uns gegenüber hat sich die Stimmung wesentlich verbessert[4].

Als Nachfeier zu Kaisersgeburtstag gab ich eine große Soirée, bei der die ganze offizielle Welt, viele Generäle und auch viele Mitglieder der französischen Aristokratie erschienen.

Es ist noch keine Soirée auf der Kaiserlichen Botschaft so stark besucht worden[4].

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Daher
[2] Das haben wir schon zu Zeiten von Toulon und Kronstadt zu sagen gewagt.
[3] sehr angenehm
[4] gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
Das wahre Interesse Frankreichs, das als Kulturstaat in Europa nöthig ist wird von **uns** gewahrt werden besser als von andren.

Nr. 3431

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 42 Paris, den 21. Februar 1897

In diesem Augenblick absorbieren die Vorgänge in Athen und Kreta* alle politischen Interessen

Hanotaux' Stellung wird immer schwieriger.

Herr Hanotaux sieht, daß er sich nicht wie bisher auf Rußland verlassen kann, und daß er für seine politique russe nicht mehr die öffentliche Meinung ganz für sich hat[1].

---

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXX.

Ich möchte ihn mit einem Schiffskapitän vergleichen, dessen Schiff im Schlepptau ist, der dabei nicht sicher weiß, wohin es geführt wird, und das Tau nicht gern kappen will, weil er keinen sicheren Kompaß an Bord hat und nicht recht weiß, wohin er steuern soll[2].

Die Veröffentlichung des Gelbbuchs* hat ihm mehr geschadet als genutzt. Er wird vielfach beschuldigt, die Unabhängigkeit Frankreichs den Russen gegenüber geopfert zu haben. Das geschieht gerade von denen, die früher die heftigsten Anhänger der Alliance russe waren.

Im Kabinett selbst hat sich die Meinung auch geändert, denn je näher der orientalische Konflikt heranrückt, je mehr wächst die Überzeugung, daß die Interessen Frankreichs mit denen Rußlands kollidieren könnten[3].

Man hat außerdem hier doch erfahren, wie am russischen Hofe und in den höheren Klassen in St. Petersburg über die Republik gesprochen wird, und wie man sich dort über die hiesigen Machthaber lustig macht.

Daß unser Verhältnis zu Rußland sich bessert, daß manche hier daran denken, daß England und Rußland sich zum Schaden Frankreichs vertragen könnten, daß man weiß, wie von seiten des Prinzen von Wales und dessen Anhang in England und Dänemark für diese Verständigung zu wirken gesucht wird, dies alles trägt zur Verstimmung hier bei.

Die Reise Felix Faures nach St. Petersburg wird schon für unwahrscheinlich gehalten. pp.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ist schneller eingetreten als er es dachte
[2] gut
[3] was S[eine] D[urchlaucht] d[er] Reichskanzler bereits in Anbetracht der Armenischen Wirren im vorigen Jahre vorhersagte

Nr. 3432

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 80 Paris, den 7. April 1897

pp. Für die auswärtige Politik Frankreichs ist die jetzige Stellung der Mächte sehr kritisch.

Herr Hanotaux fühlt und sieht täglich mehr, daß das Verhältnis zu Rußland unsicherer und kälter wird, darf es aber aus Furcht vor der öffentlichen Meinung nicht zeigen, nicht zugestehen.

---

* „Affaires Arméniennes. Projets de réformes dans l'empire ottoman", 1897.

Das intelligente Paris hat den Glauben an die russische Allianz verloren, die unteren Klassen und die Provinzen halten aber an diesem Glauben noch ganz fest.

Wollte jetzt schon Herr Hanotaux eine von Rußland ganz unabhängige Politik treiben oder diese Absicht nur durchblicken lassen, so würde er das Hôtel am Quai d'Orsay bald verlassen und sich den Freuden der von ihm so ersehnten unsterblichen Stellung des Akademikers Frankreichs hingeben müssen.

Wollte er sich jetzt zurückziehen, so würde das als politische Desertion angesehen werden.

Er fühlt, wie die Lage Frankreichs immer schwieriger wird.

Frankreich hatte sich kopflos in die Arme Rußlands geworfen, hat alle Opfer, die es verlangte, gebracht; die Gegenleistung bleibt aus, und das stets undankbare Rußland will feste Verpflichtungen[1] nicht übernehmen. So lockern sich die Liebesbande.

Einen andern Freund hat Frankreich nicht, Rußland kann aber andere Freunde finden.

Die bevorstehenden Kaiserbesuche in Wien, Petersburg und Berlin*, die Möglichkeit einer neuen heiligen Drei-Kaiser-Allianz stört die hiesigen Staatsmänner im Schlafe und erscheint ihnen wie ein böser Traum.

Die Reise des Präsidenten Felix Faure nach St. Petersburg** beschäftigt ihn zwar noch, wird aber für immer unwahrscheinlicher gehalten. Zum Troste wird die Nachricht verbreitet, daß Seine Majestät der Kaiser von Rußland einen Inkognitobesuch für diesen Sommer in Aussicht gestellt habe. Über diese Möglichkeit hat sich der Präsident mit dem Herrn Chovet, dem Maire von Compiègne, unterhalten, und dieser erzählt seinen Freunden im Parlament und in der Presse, daß Herr Felix Faure dem Zaren das Schloß von Compiègne zum kurzen Aufenthalt anbieten und bald nach Compiègne kommen wolle, um selbst zu sehen, wie das Schloß im jetzigen Zustand dazu geeignet sei.

Nach Äußerungen des „Matin" soll Baron von Mohrenheim über die Möglichkeit dieses Besuches, der dem Wunsche Seiner Majestät entsprechen solle, sich geäußert haben. Vielleicht geschah das, um den Besuch des Präsidenten in Rußland auf vertrauliche Art zu hintertreiben.

Auf England ist nicht zu rechnen. Die Hoffnung auf eine Verständigung ist durch den Besuch Lord Salisburys*** nicht gestärkt worden.

---

* Am 21./22. April weilte Kaiser Wilhelm II. in Wien, vom 27. bis 29. Kaiser Franz Joseph in Petersburg. Über den Besuch Kaiser Wilhelms in Wien vgl. Kap. LXXXIV, Nr. 3406.

** Vgl. die folgenden Schriftstücke.

*** Am 26. März hatte Salisbury eine Zusammenkunft mit Hanotaux in Paris.

Dagegen ist das Mißtrauen gegen England und Rußland gewachsen, und man beginnt zu fürchten, daß die beiden Nationen trotz der so sehr divergierenden Interessen sich wenigstens zeitweise zum Schaden Frankreichs[2] verständigen könnten[3].

Auf Italien und Spanien ist, wie jetzt die Verhältnisse liegen, nicht zu rechnen, und so ist Frankreich sehr isoliert[4] und sieht seine Interessen im Mittelländischen Meer und im Orient bedroht.

Ebenso wie das jetzige Kabinett sich der öffentlichen Meinung wegen nicht von Rußland freimachen kann, ebenso schwer wird es deshalb, sich mit Deutschland zu verständigen[5].

Den Wunsch dazu haben die jetzigen Minister, und dieser Wunsch wird in gelehrten und Finanzkreisen mehr geteilt, als man bei uns annehmen wird.

Die Hetzpresse muß Grund zum Hetzen haben, die sogenannten Patrioten verlieren täglich ihre Anhänger, tragen aber, um ihre Existenz zu beweisen, die Farben noch stärker auf. Auf beides ist nichts zu geben. Die friedliche Stimmung hat in allen Teilen Frankreichs bedeutende Fortschritte gemacht, und selbst die Armee wünscht den Krieg mit uns nicht. Die Hoffnung, Elsaß-Lothringen ohne Hülfe eines Alliierten wiedererobern zu können, schwindet immer mehr. pp.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] War vorherzusehen weil es das nie gethan hat
[2] und anderer Leute
[3] ja
[4] wir sind ja noch da!
[5] richtig

Nr. 3433

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 253 St. Petersburg, den 31. Mai 1897

Heute habe ich den Finanzminister Witte zum erstenmal nach meiner Rückkehr gesehen. — Derselbe kam mir mit ausgesuchter Herzlichkeit entgegen, erkundigte sich mit sichtbarem Interesse nach dem zu erwartenden Besuch Seiner Majestät des Kaisers und sprach mir seine große Freude aus, den hohen Herrn, für den er einen wahren Kultus habe, endlich zu sehen.

Er berührte dann den auf den 25. Juli festgesetzten Besuch des Präsidenten Faure und sagte mir, wie gut es sei, daß unser aller-

gnädigster Herr nach dem Präsidenten hierher komme. Der letzte Eindruck wäre ja bekanntlich der bleibende, und die Erscheinung des Kaisers würde den Besuch des Herrn Faure ganz in den Hintergrund drängen und ihn vergessen machen*!

Darauf erging Herr Witte sich des längeren über den Besuch des Präsidenten und sagte: „Was in aller Welt soll man mit ihm drei Tage lang machen! Er will aber drei Tage bleiben, weil der Kaiser in Paris ebensolange geblieben ist. Eine Parade kann man ihm nicht geben! Es ist überhaupt schwer, das richtige Maß der Ehrung für Herrn Faure zu finden. Als Souverän kann man ihn nicht behandeln. Von Intimität kann keine Rede sein. — Es ist unverzeihlich vom Fürsten Lobanow gewesen, den Kaiser nach Paris geschleppt zu haben und in so ausgedehntem Maße die Gastfreundschaft des Herrn Faure anzunehmen. — Fürst Lobanow hat in seiner blinden Franzosenliebe uns recht geschadet und den Kaiser jetzt in Verlegenheiten gebracht. — Man muß doch nicht vergessen, daß Herr Faure, wenn er nicht mehr Präsident ist, ein einfacher Bürger wird. Man kann ihn also jetzt nicht mit Ehren überhäufen!"

Herr Witte fuhr fort, sich sehr wenig freundlich über Frankreich und namentlich Herrn Méline auszusprechen. pp.

Im Laufe des Gesprächs kam Herr Witte auf unsere Handelsbeziehungen zu sprechen** und sagte mir, es schmerze ihn tief zu sehen, daß unsere Agrarier anfangen wollten, Rußland allerhand Schwierigkeiten mit der Viehausfuhr zu bereiten. Er, Witte, hätte das größte Entgegenkommen gezeigt, um die letzten Schwierigkeiten zu beseitigen. Kaum seien die Verhandlungen glücklich zu Ende geführt, begönnen die Agrarier wieder aggressiv zu werden. Sie würden ihn zwingen, von neuem Repressiv-Maßregeln zu ergreifen, und es sei unabsehbar, welche Folgen das alles haben würde.

Er sei glücklich gewesen, daß die politische Gespanntheit aufgehört habe, und daß zwischen Rußland und Deutschland ein engeres, freundschaftlicheres Verhältnis eingetreten sei. Wenn nun wieder ein Zollkrieg entstehen sollte, was Gott verhüten möge, dann muß es auf die politische Stimmung naturgemäß zurückwirken.

Zum Schluß unserer Unterhaltung erging sich Herr Witte in Lobeserhebungen über Graf Murawiew und sagte mir, er hielte große Stücke auf ihn, er sei viel besser als sein Vorgänger, und man könne sich auf ihn verlassen.

Radolin

---

* Wie die folgenden Aktenstücke zeigen, kam es gerade umgekehrt.
** Vgl. Nr. 3426, S. 61, Fußnote.

Nr. 3434

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 128 — Paris, den 3. Juli 1897

Es zeigt sich jetzt entschieden, daß von russischer Seite auf den Besuch des Präsidenten Felix Faure ein größerer Wert gelegt wird als hier.

Wäre das nicht der Fall, so würde Seine Majestät der Kaiser sich schwerlich dazu verstanden haben, die Einladung, welche Seine Majestät mündlich beim Abschiede und bei der bekannten und nachher geleugneten Embrassade zu Châlons* an den Präsidenten richtete, durch ein eigenhändiges Schreiben in den freundlichsten Ausdrücken zu wiederholen**.

Hier war die Stimmung für die Reise nicht günstig.

Eifersucht gegen den Präsidenten, dem das Souverän-Spielen nicht gegönnt wird, und konstitutionelle Bedenken wirkten dabei mit, und es war ziemlich bekannt, daß die Minister und die Kammerpräsidenten die Reise augenblicklich nicht wünschten.

Die russisch-französische Allianz hat als Schlagwort nicht mehr denselben Zauber wie bisher. Geld will man dieser Freundschaft nicht mehr opfern, und auf russische Hülfe im Kriege wird nicht mehr gerechnet, weil die französische Nation entschieden den Krieg nicht will.

Der Präsident Felix Faure allein hielt fest an dieser Reise, bedurfte der Hülfe des Kaisers selbst, um sie durchzusetzen. Deshalb ging Graf Montebello, seinen Urlaub abkürzend, nach St. Petersburg. Er und Herr von Mohrenheim haben mit Hülfe der Kaiserin-Mutter den Brief erlangt. pp.

Münster

Nr. 3435

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 288 — St. Petersburg, den 4. Juli 1897

Euerer Durchlaucht beehre ich mich unter Bezugnahme auf den hohen Erlaß vom 26. v. Mts. — Nr. 675 — beifolgend den Ausschnitt

---

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2867.

** Am 26. Juni hatte Präsident Faure einen herzlichen Brief des Zaren erhalten, der ihn nach Rußland einlud.

aus dem „Gaulois" vom 13. v. Mts. über die angebliche franko-englische „Entente cordiale" gehorsamst zurückzureichen.

Es ist schon mehrfach in der diesseitigen Berichterstattung hervorgehoben worden, wie nach hiesigen Beobachtungen Herr Hanotaux das schwierige Problem zu lösen sucht, gleichzeitig eine „Entente cordiale" mit England und mit Rußland aufrechtzuerhalten. Bei allen Verhandlungen der letzten Monate über die Orientlage hat er sich bemüht, es zu vermeiden, zwischen England und Rußland optieren zu müssen, und seinen hiesigen Einfluß dahin verwandt, den russischen Standpunkt in den einzelnen Fragen möglichst den englischen Wünschen zu nähern.

Ich möchte jedoch annehmen, daß diese französische Politik hier nicht unbemerkt geblieben, und daß es hierauf in erster Linie mit zurückzuführen ist, wenn die politischen Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich nicht mehr ganz dieselbe Intimität zeigen wie früher. Wenn es heute einen prägnanten Zug in der Physiognomie der russischen Politik gibt, so ist es die Gegnerschaft gegen England. Durch die persönlichen Empfindungen des Grafen Murawiew wird dieser Zug noch bestärkt, ebenso wie durch die asiatische Politik Herrn Wittes. Es ist daher auch kein nur zufälliges Zusammentreffen, daß unsere Beziehungen zu Rußland sich von dem Moment an gebessert haben, wo infolge der Transvaalfrage eine gewisse Spannung zwischen uns und England eintrat.

Die vorstehenden Beobachtungen und Erwägungen haben bei mir die Ansicht erzeugt, daß eine französisch-englische „Entente cordiale" nur auf Kosten der jetzt bestehenden französisch-russischen herzustellen ist, und daß ferner jede Annäherung Frankreichs an England bei geschickter Ausnutzung unsererseits eine Annäherung Rußlands an Deutschland hervorrufen wird.

Radolin

Nr. 3436

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 300 St. Petersburg, den 14. Juli 1897

Unter Bezugnahme auf den mir durch hohen Erlaß vom 5. d. Mts. — Nr. 693 — übermittelten Bericht des Kaiserlichen Herrn Botschafters in Paris vom 3. d. Mts.*, betreffend die Reise des Präsidenten Felix Faure nach St. Petersburg, beehre ich mich Euerer Durchlaucht nach-

* Siehe Nr. 3434.

stehend das Ergebnis meiner diesbezüglichen Beobachtungen gehorsamst zu unterbreiten.

Seit Ende April d. Js. hörte man hier die Frage erörtern: „Kommt er oder kommt er nicht,“ und bald neigte sich die Wagschale nach einer Seite, bald nach der anderen. Inwieweit das offizielle Frankreich wünschte, daß der Präsident den Besuch Seiner Majestät des Kaisers von Rußland erwiderte, läßt sich von hier aus schwer beurteilen. Soviel dürfte aber feststehen, daß Graf Montebello alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um die Reise Herrn Faures zustande zu bringen.

Der Botschafter hat hier die großen Tage der französisch-russischen „Entente“ erlebt; jetzt sieht er den glänzenden Schimmer verblassen — in Frankreich Enttäuschung, hier Gleichgültigkeit gegen die französischen Wünsche —, da galt es durch den Besuch des Präsidenten wenigstens nach außen hin die alte Freundschaft zu dokumentieren. In politischen Kreisen fand Graf Montebello selbstverständlich Entgegenkommen, denn es kann keinem politisch denkenden Russen einfallen, die französische Freundschaft aufzugeben, solange sie für so geringe Gegenleistungen wie Toaste und Paraden zu haben ist. Dazu hat sie doch zu gute Früchte getragen, indem sie die russische Diplomatie in den Stand setzte, zur Erreichung ihrer Wünsche teils mit Deutschland, teils mit Frankreich zu gehen und eventuell die eine Macht als Trumpfkarte gegen die andere auszuspielen.

Weniger Entgegenkommen fand Graf Montebello in den Kreisen der kaiserlichen Familie und ihrer Umgebung. pp.

Der nunmehr wieder feststehende Besuch des Präsidenten wird gewiß äußerlich sehr gut ablaufen; an einem herzlichen Empfange seitens Ihrer Majestäten wird es nicht fehlen. Der Grad des von der Bevölkerung gezeigten Enthusiasmus dürfte davon abhängen, inwieweit derselbe von der Polizei eingeschränkt wird. Die überaus rührige französisch-russische Journalistik, deren Vertreter auf rote Bänder warten, arbeitet schon nach Kräften, um bei den gleichgültigen Russen künstlich Begeisterung zu schaffen. Den günstigsten Boden findet sie in dem Kaufmannsstand, der aus Konkurrenzneid deutschfeindlich ist, und in dessen Händen die Stadtverwaltung ruht. Die ehrbaren Väter der Stadt bereiten schon große Feste vor und freuen sich, ihre demokratischen Neigungen einmal öffentlich zeigen zu dürfen. Dieser Umstand trägt auch nicht dazu bei, den Besuch der kaiserlichen Familie und den Kreisen des Hofes sympathischer zu machen.

Trotz seines Erfolges macht Graf Montebello nicht den Eindruck eines Triumphators. Er sieht wohl selbst ein, daß auch Herrn Faures Besuch Frankreich keine greifbaren politischen Früchte tragen wird, denn für einen Krieg gegen Deutschland ist das heutige Rußland mit seinen weit ausschauenden asiatischen Plänen nicht zu haben. Das weiß die hiesige französische Botschaft gut genug, wenn auch vielleicht in Frankreich noch mancher daran zweifelt. Ebenso weiß sie,

daß Rußland freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland haben und diese nicht Frankreich opfern will. Daraus erklärt sich auch die offen zutage tretende Verstimmung aller hiesigen französischen Diplomaten gegen Rußland. Von keinen anderen Kollegen hört man so unfreundlich über hiesige Verhältnisse urteilen wie von diesen Herren, die mit der Illusion hierher kommen, sie würden als Söhne des geliebten Frankreichs mit offenen Armen empfangen werden. Statt dessen finden sie in dienstlichen Angelegenheiten genau denselben passiven Widerstand wie die Diplomaten aller anderen Staaten und erleben noch außerdem die Enttäuschung, daß sie in den Salons weniger gern gesehen werden als die aristokratischen Vertreter monarchischer Reiche.

Die größte Gefahr für die französisch-russische „Entente" dürfte darin liegen, daß eine ähnliche Mißstimmung sich vermutlich nach und nach im gesamten französischen Volk verbreiten wird.

Radolin

Nr. 3437

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 144 Paris, den 22. Juli 1897

pp. Daß von russischer Seite diesem Besuche ein größerer Wert beigelegt, und er dort mehr gewünscht werde als hier, habe ich schon in früheren Berichten* zu äußern die Ehre gehabt.

Als der allmächtige Kaiser der Russen mit der Kaiserin die Gastfreundschaft der demokratischen Republik annahm und den Präsidenten der Republik ganz als seinesgleichen behandelte, nannte ich das damals einen Selbstmordversuch der Monarchie.

Wenn der Träger der autokratischen Monarchie auf diesem gefährlichen Wege noch weiter geht, den Vertreter des republikanischen Systems durch einen eigenhändigen, fast unwürdigen Brief einladet und Vorbereitungen getroffen werden, die weitergehen, als die für gleichberechtigte ebenbürtige Souveräne üblich waren, so frägt man sich, welchen Zweck die Ratgeber des Kaisers dabei haben.

Eine defensive und offensive Allianz haben bis jetzt die Russen mit Frankreich nicht schließen wollen[1].

Daß Seine Majestät der Zar und seine jetzigen Ratgeber bei der gegenwärtigen politischen Konstellation und den doch entschieden besseren Beziehungen mit uns jetzt darauf eingehen sollten, ist kaum anzunehmen.

---

* Vgl. Nr. 3434.

In St. Petersburg weiß man aber sehr gut, und das muß Mohrenheim gesehen und berichtet haben, daß die Stimmung in Paris, was Rußland betrifft, sehr abgekühlt ist. Deshalb glauben die Ratgeber des Kaisers, daß sie diese Gefühle etwas aufwärmen müssen, weil sie wissen, daß der politische Einfluß Rußlands durch Frankreich wesentlich gestärkt oder auch abgeschwächt werden kann.

Außerdem spielt die Finanzfrage eine große Rolle. pp.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gerade desshalb!

Nr. 3438

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Petersburg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Konzept

Nr. 10 — Peterhof, den 10. August 1897
[abgegangen am 11. August]

Auf allerhöchsten Befehl resümiere ich die hier stattgehabten politischen Besprechungen und den Gesamtverlauf des Besuchs Seiner Majestät des Kaisers* in Rußland wie folgt: pp.

2. Handelspolitische Beziehungen. Kaiser Nikolaus sagte unserem erhabenen Kaiser, die Beziehungen zu Deutschland wären ihm zu wichtig, als daß dieselben durch an und für sich untergeordnetere wirtschaftliche Divergenzen getrübt werden dürften. Er habe deshalb Weisung gegeben, diese Fragen im versöhnlichen Sinne zu behandeln, und die kürzlich von der Mehrheit des Ministerkonseils befürwortete Herabsetzung der russischen Getreideexporttarife abgelehnt. Dieselbe Zusicherung wurde dem Herrn Reichskanzler vom Grafen Murawiew und mir vom Kaiser Nikolaus gegeben. Herr Witte sagte mir in längerer Besprechung, er überschätze die innere Bedeutung der zwischen uns schwebenden wirtschaftlichen Einzelfragen nicht, habe aber seinen Standpunkt gegenüber diesen Fragen von Anfang

---

* Vom 7. bis 10. August weilte das deutsche Kaiserpaar, begleitet von dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und vom Botschafter Bernhard von Bülow, der seit dem 28. Juni 1897 mit der vertretungsweisen Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes betraut war, am Petersburger Hof. Aus dem Telegramm Bülows, das in sieben Abschnitten die politischen Besprechungen der Petersburger Kaisertage resümiert, werden an dieser Stelle nur die Abschnitte 2, 3, 6 und 7 wiedergegeben; die übrigen Abschnitte betreffen die Frage der Erwerbung der Kiautschou-Bucht durch Deutschland und die griechisch-kretensischen Angelegenheiten. Siehe Bd. XIV, Kap. XC, Nr. 3679.

an mit Entschiedenheit wahren müssen, weil er Grund habe zu fürchten, daß Nachgiebigkeit von seiner Seite zu immer weitergehenden Forderungen der deutschen Agrarier und damit zum wirtschaftlichen Krieg zwischen Deutschland und Rußland führen würde. Wo er jedoch jetzt die Überzeugung gewonnen habe, daß unsere Regierung auf dem Boden des Handelsvertrags verharre, wolle er in Detailpunkten unseren Wünschen nach Möglichkeit Rechnung tragen und jedenfalls zu einer dilatorischen Behandlung der streitigen Fragen die Hand bieten. Graf Murawiew hob vom Standpunkt der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland hervor, daß es vor allem darauf ankomme, auf handels- und zollpolitischem Gebiet Überraschungen zu vermeiden. Beide Regierungen müßten sich über etwa geplante Maßnahmen im voraus verständigen.

3. Europäische Zollunion gegenüber den Vereinigten Staaten*. Kaiser Nikolaus sagte Seiner Majestät dem Kaiser, er bäte um ein vertrauliches Promemoria über die Möglichkeit, mit, eventuell ohne und selbst gegen England gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegenüber der nordamerikanischen Zollpolitik zu treffen. Graf Murawiew meinte, es komme namentlich darauf an, eine handelspolitische Verständigung zwischen England und den Vereinigten Staaten zu verhindern. pp.

6. Reformen in der Türkei. Graf Murawiew steht denselben nach wie vor skeptisch gegenüber und deutete an, daß in dieser Frage Deutschland mit Rußland gegen England und Frankreich stehen würden.

7. Gesamteindruck. Bei Kaiser Nikolaus, Graf Murawiew und Herrn Witte zeigte sich bei jeder Gelegenheit Mißtrauen und Gereiztheit gegenüber England. In Betreff von Österreich betonte Graf Murawiew, er habe sich mit Graf Goluchowski nur über die Aufrechterhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel verständigt**. „Je ne sais pas ce que le Comte Goluchowski a pu espérer ou attendre, mais aucune autre idée n'a été échangée entre nous.“ — Graf Murawiew und Herr Witte wollen zweifellos die jetzigen intimen Beziehungen zu Frankreich, welche sie in wirtschaftlicher wie in diplomatischer Hinsicht nützlich für Rußland finden, auch ferner aufrechterhalten, aber sowohl bei diesen Staatsmännern wie in der St. Petersburger Gesellschaft ist nach meinen Eindrücken die Franzosenschwärmerei im Rückgang begriffen. — Der bisherige Gesamtverlauf des Besuchs war der allerbeste, der Verkehr zwischen den erlauchten Herrschern ungezwungen und herzlich, die Stimmung des russischen Publikums von Anfang an eine freundliche und nach und nach eine immer wärmere. Seine Majestät sind von allerhöchstseinem Besuche in Rußland durchaus befriedigt.

Bülow

* Vgl. Nr. 3426.

** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXIX.

Nr. 3439

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 229 St. Petersburg, den 12. August 1897

Die vier Majestäten fuhren auf Yacht „Alessandria" zur Besichtigung des russischen Geschwaders* und bestiegen die „Rossia", die eingehend besichtigt wurde, sodann bestiegen sie Panzer „König Wilhelm".

Nach dem Frühstück fand erst Verabschiedung in ostensibel herzlicher Weise und in fröhlichster Laune statt. Beide Kaiser umarmten sich mit umschlungenen Armen wiederholt und blieben mit gegenseitig auf die Schultern gelegten Armen lange Zeit auf der Kommandantenbrücke stehen, so daß sie von dem gesamten Publikum auf dreißig Schiffen genau beobachtet werden konnten.

Beide Kaiserinnen gingen Arm in Arm auf dem Deck spazieren. Merkliche Zunahme der Herzlichkeit. Letzte Verabschiedung fand auf der „Hohenzollern" in derselben herzlichen Weise statt.

Nachdem die russischen Majestäten die „Hohenzollern" verlassen und sich auf die „Alessandria" zurückbegeben hatten, paradierte das deutsche Geschwader in Kiellinie an der „Alessandria" vorbei.

Ehrensalut wurde von allen Kriegsschiffen mit 101 Schüssen abgegeben.

Der Abschied war unvergleichlich herzlicher als die Ankunft, obgleich diese schon sehr herzlich gewesen ist. Abfahrt der „Hohenzollern" sieben Uhr.

Radolin

Nr. 3440

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Kiel, den 13. August 1897

Having just reached home it is my first act to try to thank you for the hearty, kind and splendid way in which you received us. Words

---

* Am 7. August hatte Kaiser Nikolaus II. Wilhelm II. zum Admiral der russischen Flotte ernannt, in welcher Ehrung der Deutsche Kaiser nach seinem Toast bei dem Galadiner des 8. „einen neuen Beweis für die Fortdauer unserer traditionellen innigen, auf unerschütterlicher Basis begründeten Beziehungen",

are failing me how to expreß all my gratitude to you for everything you did especially for my nomination as Russian Admiral, which really has overjoyed me. I shall treasure the souvenir of my stay at Peterhof and assure you that in all serious moments you may fully count upon your affectionate friend

William

Nr. 3441

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Telegramm. Ausfertigung

Peterhof Alexandria, den 14. August 1897

Very glad to hear of your safe arrival home. We shall always look back with the greatest pleasure upon your kind and amiable visit to Russia. Let me thank you for your telegramm* and expreß to you my confident and brotherly feelings of true friendship.

Nicky

Nr. 3442

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Konzept

Nr. 6 Wilhelmshöhe, den 18. August 1897
[abgegangen am 19. August]

Seine Majestät wünschen, daß in dem uns zugänglichen Teile der deutschen Presse die Reise des Präsidenten Faure nach Rußland** nicht in tendenziöser Weise besprochen und insbesondere kein Vergleich mit dem allerhöchsten Besuch in Peterhof gezogen werde.

Bülow

---

sowie der „unserer beiden Reiche“ sehen wollte. Kaiser Nikolaus II. hatte vorher den Besuch des deutschen Kaiserpaars gefeiert als „cette nouvelle manifestation des liens traditionnels qui nous unissent et des bonnes relations si heureusement établies entre nos deux empires voisins“.

* Siehe Nr. 3440.

** Vgl. Nr. 3445 und 3446.

Nr. 3443

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 326 St. Petersburg, den 18. August 1897

Nachdem seit dem Besuche Seiner Majestät des Kaisers und Königs am hiesigen Hofe einige Zeit verstrichen, möchte ich nicht unterlassen, in Ergänzung der Wahrnehmungen, die Euere Durchlaucht persönlich während Ihres Aufenthalts hier zu machen Gelegenheit hatten, im nachstehenden ein Bild von dem Eindrucke und den Wirkungen des allerhöchsten Besuchs zu geben, wie es sich jetzt hier aus der bunten Hülle der Festlichkeiten herausgeschält und dauernd festgesetzt hat.

Im Mittelpunkte dieses Bildes steht die allerhöchste Person unseres Kaisers. Aus den verschiedensten Kreisen — vom Hofadel, Diplomaten und Leuten, die mit der Stimmung der Beamten und Bürgerkreise vertraut sind — sind mir in den letzten Tagen mit seltener Übereinstimmung immer wieder von neuem begeisterte Schilderungen einerseits von der liebenswürdigen Herablassung unseres allergnädigsten Herrn, andererseits bewundernde Äußerungen über den gewinnenden und starken Eindruck der Persönlichkeit Seiner Majestät gemacht worden. Hierbei konnte ich wohl öfters ein leises Bedauern darüber durchklingen hören, daß die Russen ähnliche Eigenschaften, wie sie sie an unserem Kaiser zu bewundern Gelegenheit hatten, bei ihrem eigenen kaiserlichen Herrn vermissen müssen, der sich bereits allzusehr abschließt, und von dem man befürchtet, daß er mit der Zeit jede Fühlung mit den lebendigen Elementen seines Volkes verlieren wird.

Wenn Fürst Meschtscherski in seinem „Grashdanin" schreibt, daß, falls es die Absicht Kaiser Wilhelms gewesen sei, in der russischen Gesellschaft Sympathien für seine Person zu erwecken, er dieses Ziel in vollem Umfange erreicht habe, so gibt er damit die allgemeine Stimmung durchaus richtig wieder.

Wie in der Gesellschaft so hat Seine Majestät auch in der Armee alle Herzen erobert, auch hier wohl zum Teil auf Kosten des eigenen obersten Kriegsherrn, der, wenn auch nicht so unmilitärisch wie sein Vater, doch seiner Neigung nach nicht Soldat ist. Major Lauenstein* versichert mich, daß er während der Kaisertage und noch bis heute keinen russischen Offizier gesprochen habe, der nicht seiner Begeisterung für unsern allergnädigsten Herrn Ausdruck gegeben hätte.

* Militärattaché in Petersburg.

Die deutsche Flotte hat in hiesigen seemännischen Kreisen entschieden Bewunderung erregt; gerade innerhalb der russischen Marine aber haben die französischen Sympathien festeren Fuß gefaßt als vielleicht irgendwo anders in Rußland, und ich möchte kaum annehmen, daß die jüngsten Ereignisse darin auf die Dauer eine Änderung hervorgerufen haben werden[1].

Was die politische Wirkung des Kaiserbesuchs anlangt, soweit sie sich nicht auf Lösung spezieller Fragen, sondern im allgemeinen auf die Gestaltung der Beziehungen der beiden Staaten zueinander bezieht, so habe ich — bei aller gebotenen Skepsis — die feste Zuversicht, daß damit ein Schritt weiter[2] auf dem Wege nach dem von unserer Politik verfolgten Ziele gemacht worden ist. Der dauernde Gewinn liegt meines gehorsamsten Erachtens darin, daß Kaiser Nikolaus zweifellos die unerschütterliche Überzeugung von der Aufrichtigkeit der Politik unseres allergnädigsten Herrn erlangt haben muß. Fürst Meschtscherski hat auch in dieser Beziehung das richtige Gefühl, wenn er schreibt: Der sympathische Eindruck, den die Persönlichkeit des Deutschen Kaisers auf die Russen gemacht hat, ist ein so ernster, daß er jeden Russen in der Überzeugung befestigt, daß der Russische Kaiser jetzt weiß, daß in dem Augenblick, wo es nötig sein wird, er in dem Deutschen Kaiser einen zuverlässigen und treuen Freund finden wird[3]. Daran wird auch keinerlei Franzosenenthusiasmus — der demnächst zu gewärtigen sei — etwas ändern.

Das Märchen von der Schädigung russischer Interessen durch Deutschland auf dem Berliner Kongresse, das — um die eigene Schwäche zu verdecken — bisher immer wieder in den unklaren russischen Köpfen spukte, ist durch die handgreifliche Tatsache der erklärten Interessengemeinschaft der beiden Monarchen weiter in den Hintergrund gedrängt worden, und wenn auch noch manche Schwankungen auf russischer Seite in dieser Erkenntnis eintreten werden, so wird es für uns doch wesentlich leichter sein, durch ruhiges Festhalten auf dem eingeschlagenen Wege — gleich weit entfernt von jedem Extrem in Liebe und Haß — diesen Schwankungen zu begegnen[4].

Die Erkenntnis des Wertes der deutschen Freundschaft hat sich, wie ich glaube, infolge des letzten Kaiserbesuchs ausgebreitet, und aus diesem Grunde wird man hier immer geneigter werden, sich mit der Tatsache der durch Einigung erzielten Kraft des früher schwachen und abhängigen Nachbars auszusöhnen.

Ein Umstand, der dazu beigetragen hat, die Bedeutung des Kaiserbesuchs besonders als politisches Ereignis zu erhöhen, ist die kühle und abwartende Haltung, die von seiten der deutschen Presse vor und noch während der Petersburger Kaiserreise beobachtet worden ist[5]. Aus den Äußerungen der russischen Journale konnte man entnehmen, daß dieses kluge Verhalten seinen Eindruck nicht verfehlt hat. Die kalte Überlegung, die auf unserer Seite diesmal die Stimmung

beherrschte, setzte die Russen zuerst in Erstaunen und hatte zur weiteren Folge, daß man hier, durch diese Ruhe einigermaßen beunruhigt, mit der Sprache mehr herausging, seine innersten Gefühle deutlicher zeigte und nun seinerseits gerade auf die politische Bedeutung des Besuchs für Rußland hinwies.

Es zeigt dies aufs neue, daß Rußland im eigenen Interesse — und solange wir unser Schwert scharf halten[6] — den Anschluß an uns stets suchen wird und muß. Schon die Rücksicht auf die polnische Frage muß es dazu führen, die zeitweilig scheinbar in den Hintergrund getreten ist, für Rußland und dessen Beziehung zu Deutschland aber bei weitem die wichtigste aller Fragen bleibt, weil sie im Unterschiede zu den orientalischen oder ostasiatischen Fragen den Lebensnerv des Russischen Reiches trifft.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Glaube ich auch nicht
[2] gut.
[3] ja
[4] ja
[5] war richtig und geboten, wie der Erfolg zeigt
[6] aber auch nur so lange
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vollkommen richtig beobachtet.
Wir müssen vor Allem der Vorsehung dankbar sein, die mit gnädigem Auge auf unsrem Besuche geweilt und ihn zu einem andauernd segensreichen gestalten kann.

Nr. 3444

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 838 — Berlin, den 20. August 1897
Geheim

Ew. pp. beehre ich mich beifolgend zu Ihrer gefälligen streng vertraulichen Information Abschrift einer Aufzeichnung über die in St. Petersburg stattgehabten politischen Besprechungen und den Gesamtverlauf des allerhöchsten Besuchs in Rußland zu übersenden, welche ich nach genommener Kenntnis sorgfältig zu sekretieren bitte.

---

* Ein gleicher Erlaß erging an den Botschafter in London.

Zu Ew. streng persönlicher Information bemerke ich, daß mir Kaiser Nikolaus einen weitaus gereifteren Eindruck gemacht hat, als ich nach meiner letzten, allerdings Jahre zurückliegenden Begegnung mit demselben erwartet hatte. In größerem Kreise macht der Kaiser allerdings noch einen einigermaßen verlegenen Eindruck, in kleinem Kreise aber und insbesondere unter vier Augen spricht er klar, fließend und klug. Aus seiner antienglischen Gesinnung machte der Zar kein Hehl und erwähnte unter anderem, daß er bei seinem letzten Besuch in England Lord Salisbury wegen der Inschutznahme der Anarchisten in England bittere Wahrheiten gesagt. Dabei bemerkte der Kaiser, daß sein Vater, Alexander III., nie nach England gegangen sei, weil er kein Land habe betreten wollen, das die Mörder seines Vaters schütze. Der Zar wünscht dringend, noch zu erleben, daß England genötigt werde, Ägypten zu räumen, wobei er äußerte, daß er auf Ägypten selbst weniger Wert lege als auf die Freiheit des auch für Rußland äußerst wichtigen Suezkanals. Englands Politik bezwecke die Herbeiführung eines europäischen Kriegs, dem es selbst fern bleiben wolle, um wie aus den Kriegen Napoleons des Ersten daraus Vorteil für sich zu ziehen, und weil es hoffe, daß ein kontinentaler Krieg es ihm ermöglichen werde, Ägypten zu behalten.

Aus den Unterredungen, die ich mit Graf Murawiew hatte, ist hervorzuheben, daß derselbe bei jeder Gelegenheit betonte, wie die deutsch-russischen Beziehungen nicht nur amicaux et cordiaux, sondern vraiement intimes geworden seien. Immerhin könnten dieselben noch vertieft und konsolidiert werden, und darauf müßten wir gemeinsam unser Augenmerk richten.

Minister Witte, welcher auf den ersten Blick den Eindruck eines vielleicht nicht besonders angenehmen, aber jedenfalls den eines hervorragend bedeutenden Mannes macht, und dessen Stellung eine sehr feste zu sein scheint, sprach sich gleichfalls in recht deutschfreundlichem Sinne aus und betonte im übrigen, daß Rußland zurzeit keinerlei internationale Verwickelungen wünsche. Bezüglich Frankreichs, meinte er streng vertraulich, beständen in Rußland dreierlei Strömungen; die russische Regierung betrachte Frankreich als einen diplomatisch und finanziell nützlichen appoint, den sie zu bewahren und nach Möglichkeit auszunützen entschlossen sei; die große Masse des Volkes habe eine Art sentimentaler Anhänglichkeit an Frankreich, der eine gewisse moralische Bedeutung immerhin nicht ganz abzusprechen sei, wenngleich sie auf die Leitung der russischen Politik nur von geringem Einfluß sei; eine kleine, aber rührige Gruppe endlich liebe in Frankreich die Republik und suche die französisch-russischen Beziehungen in dieser Richtung zu fruktifizieren. Auf diese Gruppe habe die Regierung ein besonders sorgsames Auge, und sie werde zu verhindern wissen, daß deren Pläne in Erfüllung gingen.

Bülow

Nr. 3445

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 255 St. Petersburg, den 27. August 1897

Nach der Version des französischen Chefs de Protocole Mollard wurde in den heutigen Reden* beim Abschiedsfrühstück an Bord des „Pothuau“ vom Präsidenten Faure der Ausdruck gebraucht „les deux nations unies et alliées“, während der Kaiser in der Erwiderungsrede die Worte „nos deux nations amies et alliées“ aussprach. Vollständiger Text der Reden folgt. Wie die offizielle russische Version ausfallen wird, ist noch unbekannt. An dem Abschiedsfrühstück nahmen der Kaiser, die Kaiserin und sämtliche Großfürsten und Großfürstinnen teil.

Radolin

Nr. 3446

Der Geschäftsträger in Paris von Müller an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 177 Paris, den 27. August 1897

Das inhaltsschwere Wort** ist nun dennoch gesprochen worden. Der Umstand, daß die in Frankreich heiß ersehnte und bisher vergebens erwartete Proklamierung der Allianz im allerletzten Augenblicke an Bord des französischen Kriegsschiffs erfolgt ist, läßt die Frage offen, ob dies als wohlüberlegte Effekthascherei oder als Ergebnis erneuter französischer Druckmittel aufzufassen sei. Wollte etwa das offizielle Rußland erst die Wirkung der kühlen Zurückhaltung, die es in Worten dem französischen Gast gegenüber geübt, in Europa beobachten, um hieraus Schlüsse zu ziehen? Oder darf sich Herr Faure allein den Erfolg zuschreiben, daß Kaiser Nikolaus II. endlich dareingewilligt hat, die Wendung „nations amies et alliées“ auch in seinen Trinkspruch aufzunehmen[1]? Jedenfalls wird sich die französische Diplo-

* Vom 23. bis 27. August weilte der Präsident der Französischen Republik Faure in Begleitung des Ministers Hanotaux zum Besuch am Zarenhofe. Bei dem Trinkspruch am 27. sprach Kaiser Nikolaus von „unsern beiden befreundeten und alliierten Nationen, die gleichmäßig entschlossen sind, mit ihrer ganzen Macht zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens im Geiste von Recht und Billigkeit beizutragen“. Vor ihm hatte Präsident Faure „die beiden vereinten und alliierten Nationen“ gefeiert.

** Vgl. Nr. 3445.

matie den denkwürdigen Abschluß, den der dreitägige Besuch des Präsidenten in Rußland gestern gefunden hat, als glänzenden Sieg anrechnen dürfen. Schon rüsten sich die hier anwesenden Mitglieder des Kabinetts zur Reise nach Dünkirchen, wo Herrn Faure bei seiner Ankunft unzweifelhaft begeisterte Ovationen erwarten.

Mit einem Schlage wird im Land wie in der Presse die bisher an den Tag gelegte Indifferenz enthusiastischen Regungen weichen. Noch gestern konnte ein französischer Politiker sich über das Ausbleiben des erhofften Wortes mit der Erklärung trösten, daß auf diese Weise seine lebhaft empfindenden Landsleute vor bedenklichen Torheiten geschützt bleiben würden[2]. Jetzt läßt sich erwarten, daß alles, was im Franzosen an ungesundem Selbstgefühl und eitler Prahlerei schlummert, geweckt wird, um im entscheidenden Augenblick zu folgenschweren Äußerungen zu führen.

Anzeichen hierfür finden sich bereits in einigen der heutigen Morgenblätter, deren Auslassungen ich in der beifolgenden Übersicht kurz zusammengefaßt habe.

von Müller

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Nein! Ganz einfach! wenn das Wort nicht fiel, fiel Faure bei seiner Heimkehr nach der allen augenscheinlichen schlechten Behandlung seitens des Hofes, und Witte kriegte keinen Mammon!

[2] jetzt werden sie dieselben begehen.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Auf wessen Seite der Sieg ist steht doch noch sehr dahin. Sollten die Russen den Mammon und unbedingte Mitwirkung Galliens erhalten, dann haben sie den Sieg und die Gallier sind die geprellten. Wir können ganz zufrieden sein. Denn de facto hat sich gar nichts geändert nur die Gallier müssen jetzt noblenz, Coblenz die von mir mit Kaiser Nicolaus besprochene Politik mitmachen, und Elsass-Lothringen vergessen lernen. Ob das lange als Französischer Sieg gerechnet werden kann wollen wir mal erst abwarten.

Nr. 3447

*Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe**

Ausfertigung

Nr. 337 St. Petersburg, den 28. August 1897

pp. Es ist unzweifelhaft, daß der Kaiser von Stunde zu Stunde während des französischen Besuches wärmer dem Präsidenten gegenüber wurde. Teils wurde er von der Stimmung des Volkes und von seiner nahen Umgebung, wenn auch nicht fortgerissen, so doch entschieden beeinflußt, teils hatte er, wie mir mein österreichischer Kollege

---

* Der Anfang des Berichts schildert Äußerlichkeiten des Präsidentenbesuchs in Petersburg.

sagt, gereizt durch die etwas absprechende Haltung der meisten Großfürsten, gleichsam aus Opposition zu ihnen einen herzlicheren Ton dem französischen Gaste zur Schau tragen wollen. Kurzum, der Abschied war ein viel herzlicherer als die Begrüßung.

Die von Herrn Faure bei dem durch die bis zuletzt nicht erwartete Anwesenheit der Kaiserin gekrönten Abschiedsfrühstück auf dem „Pothuau" in einer fast begeisterten Rede zuerst gebrauchten Worte „nos nations unies et alliées" wurden, wie ich von russischer Seite mißbilligend gehört, vom leicht zu beeinflussenden jungen Kaiser mit den Worten „nos deux nations amies et alliées" beantwortet. Wenn der Ausdruck alliance auch nicht gefallen ist, auf den die Franzosen wie auf das gelobte Land hinblicken, so genügen doch die obigen Worte, um sie nahezu in frenesie zu versetzen.

Es mag sein, daß der so milde und freundliche Kaiser sich im Laufe der Zeit eine herzlichere Auffassung für Deutschland angeeignet hat, was ich nicht nur nicht in Abrede stelle, sondern sogar glaube, so ist doch leider mit den Charaktereigenschaften des Kaisers darauf nicht unbedingt zu bauen. Er gilt allgemein als schwach* und kann leicht, wie mir viele absolut loyale und hochgestellte Russen sagen, im gegebenen Momente, ohne es vielleicht zu wollen, zu manchem fortgerissen werden, über dessen Tragweite er sich vielleicht keine Rechenschaft gibt.

Die französische Hochflut wird natürlich nach einiger Zeit wieder verlaufen, und eine ruhigere sachlichere Beurteilung der Verhältnisse wieder eintreten. Man darf indessen niemals vergessen, daß wir hier in Rußland auf irgendwelche nachhaltige Herzenssympathien nicht rechnen dürfen. Diese gehören nach Anlage des russischen Charakters unbedingt Frankreich.

Ebenso wie unsere Politik darauf gerichtet sein muß, alles aufzubieten, aber ohne Sentimentalität, mit Rußland auf dem allerbesten Fuße zu stehen und zu bleiben, so wird auch Rußland ein Interesse daran haben, sich an Deutschland anzulehnen, soweit und solange es uns braucht.

Radolin

Nr. 3448

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 338 St. Petersburg, den 29. August 1897

pp. Da jede Äußerung in den kaiserlichen Reden bisher sorgfältig vermieden worden war, die wie die Bestätigung eines geschlossenen

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2881 und 2882.

Bündnisses ausgelegt werden konnte, und die Abreise aller Wahrscheinlichkeit nach erfolgen zu sollen schien, ohne daß irgendeine verfängliche Phrase fallen würde, hat, wie mein Gewährsmann mir sagt, Herr Hanotaux und vermutlich auch der Präsident Faure im letzten Moment kurz vor dem großartigen Frühstück, das an Bord des „Pothuau" gegeben wurde, den Grafen Murawiew (und unzweifelhaft auch die Umgebung des Kaisers) flehentlich beschworen, den Kaiser zu veranlassen, das große Wort zu sprechen. — Nach wiederholter Ablehnung seitens der Russen kamen beide Teile schließlich überein, den Ausdruck „nations unies et alliées" und „nations amies et alliées" zu gebrauchen. Wenn der Kaiser und Graf Murawiew sich mit einigem Widerstreben dazu bequemt haben, so ist es geschehen, um Herrn Hanotaux und sein Ministerium zu retten, ohne sich indes durch das Wort „alliance" zu binden. Denn es ist kein Zweifel, daß die gesprochenen Worte, namentlich in dem Zusammenhang, wie sie gebraucht worden sind, durchaus nicht dieselbe Tragweite haben wie das Wort „alliance" und mit diesem nicht gleichbedeutend sind. Herr Hanotaux mußte sich aber damit zufrieden stellen, und den Parisern wird es genügen, um viel Geschrei und Reklame zu machen. pp.

Radolin

Nr. 3449

Der Geschäftsträger in Paris von Müller an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 168 Paris, den 30. August 1897

Graf Tornielli* sagte mir heute, daß nach dem Urteil hiesiger Finanz- und anderer wohlunterrichteter Kreise im Verhältnis Frankreichs zu Rußland an sich nichts geändert sei. In St. Petersburg sei man nur bestrebt gewesen, Formeln für bereits Vorhandenes zu finden. Französische Minister, die vor der Kammer von einer Entente gesprochen hätten, wären immer Zweifeln begegnet; dem russischen Kaiser habe man aufs Wort geglaubt. Es lasse sich nicht leugnen, daß die Revancheidee in bedeutendem Maße zunimmt. Die Regierung, vom Wunsche beseelt, ihre eigne Stellung zu befestigen, sei unvorsichtig genug, chauvinistischen Regungen nicht Einhalt zu gebieten.

von Müller

* Italienischer Botschafter in Paris.

Nr. 3450

*Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe**

Ausfertigung

Nr. 209 Paris, den 5. Oktober 1897

Das Spiel, welches Republik und Kaisertum in St. Petersburg spielten, hat anscheinend der Präsident der Republik gewonnen. Frankreich wird aber teueres Kartengeld bezahlen müssen.

Der wirkliche Gewinner ist der Kaiser von Rußland.

Die Gefahr würde für jede andere Dynastie, die sich zu einer Verbrüderung mit der Republik herabließe, viel größer sein als für den russischen Zaren, weil es unabhängige denkende Männer in Rußland unverhältnismäßig wenige gibt und die Masse des Volkes die Tragweite nicht begreift[1].

Die Worte, welche Seine Majestät der Kaiser beim Abschied von Felix Faure sich abringen ließ, haben für den Präsidenten und sein jetziges Kabinett eine große Bedeutung gehabt, denn er und seine Minister saßen lose im Sattel, sie sitzen jetzt wieder für den Augenblick fester.

An und für sich sind die Worte „nations amies et alliées" durch den Nachsatz „également résolues à contribuer par toute leur puissance au maintien de la p a i x du monde dans un esprit de droit et d'équité" sehr abgeschwächt worden.

Daß ein wirklicher schriftlicher Vertrag abgeschlossen worden sei, bezweifle ich**. Mir sagte ein hiesiger der Regierung feindlicher Politiker: „Tout cela n'est que phrase, on n'a pas fait usage d'encre et de plumes."

Betrachtet man die Tragweite dieser Allianz, — mag sie auf mündlichen Zusagen oder auf schriftlichem Vertrage basieren — so liegt der Vorteil ganz allein auf russischer Seite.

Kann Frankreich nicht sicher auf russische Hülfe im Falle des Krieges gegen uns rechnen, so hat die Allianz für Frankreich keinen Wert, dann hat es leichtsinnigerweise das Schlepptau Rußlands ergriffen, hat die politische Unabhängigkeit preisgegeben, hat schwere Geldopfer gebracht und hat die Macht Rußlands, die auch für Frankreich sehr gefährlich werden kann, enorm verstärkt[2].

Einsichtige Politiker der monarchischen und radikalen Partei begreifen das, und es ist sehr fraglich, ob die Popularität, die Herr Felix Faure und sein Kabinett mit des Kaisers Hülfe errungen haben, lange vorhalten wird.

Solche Betrachtungen waren vor der Reise des Präsidenten vielfach vertreten. Der Russenkultus hatte in Paris sehr abgenommen. Felix

* Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.
** Vgl. dazu Bd. VII, Kap. XLVII.

Faure hatte durch die vielen Angriffe der radikalen und chauvinistischen Presse, durch das radikale Kabinett Bourgeois, durch den Kampf desselben mit dem Senat und durch sein Souverän-Spielen viel an Ansehen verloren.

Wäre er mit leeren Händen, ohne den Schein einer Allianz zurückgekehrt, so hätte leicht seine Stellung und die seines Kabinetts unhaltbar werden können. Ein Teil des Kabinetts, wenn ich nicht irre, auch die Herren Méline und Hanotaux, fürchteten, daß es nicht gelingen werde, von russischer Seite mehr zu erlangen als bisher, und waren deshalb gegen die Reise, welche aber schließlich der Präsident mit Hülfe des Zaren durchsetzte.

Herr Hanotaux hat anscheinend in Petersburg sehr geschickt operiert. Graf Murawiew und der jetzt sehr mächtige Finanzminister Witte haben eingesehen, daß sie den Halt an Frankreich verlieren könnten, und haben alles darangesetzt, um Seine Majestät den Kaiser zu bewegen, noch im letzten Augenblick die Konzession zu gewähren, welche von französischer Seite erbeten war.

Hier geschieht von der Umgebung des Präsidenten und von den Ministern alles, um den Erfolg der Petersburger Reise in das beste Licht zu stellen.

Für Herrn Méline ist das von größter Wichtigkeit für die bald bevorstehenden Wahlen.

Die russische Allianz und die Erleichterung, welche den ländlichen Wählern dadurch gewährt werden soll, daß beabsichtigt wird, ein Viertel der Grundsteuer mit 26 Millionen den Gemeinden zu überweisen, sind eine gute Wahlparole; die russische Allianz für die kleinen Städte in den Provinzen; der Steuererlaß für die niederen Klassen wirkt am besten bei der ländlichen Bevölkerung, und auf diese stützt sich vor allem Herr Méline, der jetzt alle Aussicht dazu hat, die nächsten Wahlen zu leiten.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] so ist es

Nr. 3451

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Konzept

Sekret   Semmering, den 13. September 1897

Mit dem Anheimstellen streng vertraulicher und ausschließlich persönlicher Mitteilung an die Kaiserlichen Botschafter in St. Petersburg, London und Wien.

General Obrutschew* sagte mir in Homburg, er sei von Graf Murawiew beauftragt, mir mit dessen angelegentlichen Grüßen die Versicherung zu überbringen, daß der russische Minister des Äußern nach wie vor in England den Hauptgegner sehe. General Obrutschew ließ hierbei die Bemerkung fallen, die Kontinentalmächte sollten auf der Basis und zur Erhaltung des Status quo bis 1900 ein Schutz- und Trutzbündnis untereinander abschließen. Bis dahin wollten auch die Franzosen keine Störung des Friedens. Hätte eine solche Kontinentalliga erst einmal drei Jahre bestanden, würde sich dieselbe auch für länger aufrechterhalten lassen. — Ich habe mich gegenüber diesen (mich an analoge Peter und Paul Schuwalowsche Vorschläge aus den Jahren 1886 und 87 erinnernden) Auslassungen auf Anhören beschränkt und zu denselben nur bemerkt, ich verstünde nicht recht, warum bei solcher Auffassungsweise mein Freund Murawiew nicht an seinem Vorschlag der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien à cinq festgehalten habe**. Seine Majestät der Kaiser, zu allerhöchstdessen Kenntnis ich vorstehendes brachte, geruhten sich mit der Antwort einverstanden zu erklären***.

Bülow

---

* Chef des russischen Generalstabes.

** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXX, Nr. 3249.

*** Die Abweisung, die Bülow der Insinuation Obrutschews zuteil werden ließ, erklärt sich unschwer aus der Rückwirkung, die die scharfe Betonung des russisch-französischen Allianzverhältnisses bei dem Besuch des Präsidenten Faure in Petersburg gefunden hatte. Für Deutschland erschien es jetzt angezeigt, ein freundliches Verhältnis zu England zu pflegen, was allerdings durch Englands Verhalten in der Kiautschoufrage (vgl. darüber Bd. XIV, Kap. XC) erschwert wurde. Um England willfähriger gegen Deutschland zu stimmen, fragte Graf Hatzfeldt am 18. November bei Holstein an, ob er ihn ermächtigen könne, Lord Salisbury streng vertraulich die in einem Privatschreiben Holsteins enthaltene Nachricht „über das in Homburg uns vorgeschlagene Bündnis mit Rußland und Frankreich" mitzuteilen (vgl. Bd. XIV, Kap. XC, Nr. 3709). Die Erlaubnis wurde erteilt (vgl. das folgende Schriftstück). Während so einerseits Fühler nach England ausgestreckt wurden, legte andererseits die deutsche Regierung Gewicht darauf, nicht eine Erkaltung der deutsch-russischen Freundschaft augenfällig werden zu lassen. Als Kaiser Nikolaus II. im Oktober 1897 wieder zu längerem Besuch in Darmstadt weilte, ohne anscheinend von dem Deutschen Kaiser Notiz nehmen zu wollen, mußte der in Wiesbaden weilende Botschafter Fürst Radolin den in der Begleitung Kaiser Nikolaus' II. befindlichen Generalkommandanten des Kaiserlich Russischen Hauptquartiers Generaladjutanten von Richter darauf aufmerksam machen, wie folgenschwer ein gegenseitiges Ausweichen des Herrscherpaares sein könnte. Telegramm Radolins an das Auswärtige Amt vom 19. Oktober. Nach einem Berichte des preußischen Gesandten in Darmstadt Grafen von der Goltz vom 16. Oktober fürchtete die Umgebung des Russischen Kaisers bei allem, was dieser tun konnte, eine üble Rückwirkung in Frankreich. Im Verfolg der Radolinschen Bemühungen kam es am 20. Oktober zu einem Besuch des Zaren bei dem am 18. Oktober zur Enthüllung des Kaiser-Friedrich-Denkmals in Wiesbaden eingetroffenen Kaiser Wilhelm II. Am folgenden Tage wurde der Besuch seitens Wilhelms II. in

Nr. 3452

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Rom, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat Rom, den 19. November 1897
Für Baron von Holstein

In der Überzeugung, daß die Intimität und Loyalität der Beziehungen zwischen Graf von Hatzfeldt und Lord Salisbury jeden Gedanken an eine Verwendung der in Rede stehenden Confidence durch die Engländer gegen uns in St. Petersburg völlig ausschließt, gebe ich Ermächtigung, den Obrutschewschen Vorschlag im strengsten Vertrauen und gegen Zusicherung absoluter Diskretion zur Kenntnis von Lord Salisbury zu bringen.

Bülow

Darmstadt erwidert. Politisches scheint in Wiesbaden und Darmstadt zwischen den beiden Herrschern nicht verhandelt zu sein; die Akten des Auswärtigen Amtes enthalten jedenfalls darüber nichts.

Kapitel LXXXVI

Das Deutsch-Französische Verhältnis 1897

Nr. 3453

*Der Botschafter in Paris Graf Münster an Kaiser Wilhelm II.**

Ausfertigung

Paris, den 22. Januar 1897

Der Präsident der Republik hatte mich bitten lassen, ihn gestern abend zu besuchen.

Der Präsident bat mich, Euerer Majestät folgendes zu unterbreiten.

Der Schiffsleutnant und Marineattaché in Berlin Buchard habe ohne Wissen seiner Vorgesetzten sich, zwar mit kurzem Urlaube, von seinem Posten in Berlin entfernt, um sich mit einem Kameraden aus Toulon zu schlagen.

Dieses Duell habe in der Presse viel Aufsehen erregt.

Leutnant Buchard habe darauf gleich seine Rückreise nach Berlin antreten wollen, sei aber auf Befehl des Präsidenten zurückgehalten worden.

Bevor der Präsident dem Leutnant Buchard gestatte, auf seinen Posten zurückzukehren, wende er sich durch mich an Euere Majestät, um auf ganz vertraulichem Wege zu erfahren, ob Euere Majestät irgendwelche Bedenken gegen die Rückkehr des Leutnants Buchard hegten, oder ob Euere Majestät die Ablösung durch einen anderen Offizier vorziehen würden.

Der Präsident wisse, wie Euere Majestät gewillt seien, Duelle in Euerer Majestät Armee tunlichst einzuschränken, und deshalb habe

---

* Die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen im Jahre 1897 fällt im wesentlichen zusammen einmal mit der Gestaltung des beiderseitigen Verhältnisses zu Rußland, sodann mit dem Spiel und Gegenspiel der Mächte in der alles beherrschenden orientalischen Frage. Vgl. namentlich Kap. LXXXV und daraus besonders die programmatischen Ausführungen Holsteins vom 27. Januar 1897 (Nr. 3424). An dieser Stelle sind eine Anzahl Schriftstücke zusammengefaßt, die die gerade auch von Kaiser Wilhelm II. ausgehenden Versuche beleuchten, die französische Nation durch Entgegenkommen in einzelnen Fragen und durch Liebenswürdigkeiten zu gewinnen.

er befürchtet, daß dieser Vorfall gerade in diesem Augenblick einige Bedenken erregen und Euere Majestät nicht angenehm berühren könnte.

Er bitte Euere Majestät, diese Anfrage als ein Zeichen seiner aufrichtigen Verehrung anzusehen.

Dabei bat der Präsident mich, Euerer Majestät zu sagen, daß außer ihm und mir niemand, auch nicht seine Minister, Kenntnis hätten, und daß Euere Majestät sich auf seine strengste Diskretion verlassen könnten.

Ich habe geglaubt, diesen sehr gut gemeinten Auftrag nicht ablehnen zu können, und darf untertänigst bitten, mir über die Antwort, die ich auch dem Präsidenten mündlich direkt mitteilen werde, baldigst Instruktion erteilen zu lassen.

Münster

Nr. 3454

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept

Nr. 6 Berlin, den 25. Januar 1897

Ew. Exzellenz Immediatbericht, Kapitän Buchard betreffend*, hat Seiner Majestät vorgelegen, allerhöchstwelcher von der Aufmerksamkeit des Präsidenten angenehm berührt war und sich wie folgt äußerte:

„Graf zu Münster Paris.

Sprechen Sie dem Präsidenten meinen herzlichsten Dank für seine liebenswürdige Rücksicht in der Affäre des Marineattachés aus. Wenn Kapitän Buchard ohne eigenes Verschulden in seiner Ehre so schwer gekränkt wurde, daß er zur Waffe zu greifen gezwungen war, um seine Ehre zu reinigen und zu verteidigen, und wenn der Zweikampf nach allen Regeln und Vorschriften richtig verlaufen ist und er sich dabei tapfer gezeigt hat, so hindert ihn nichts, hier seinen Posten wieder anzutreten, und soll er mir willkommen sein. Denn ich beurteile ihn einfach als Offizier und Kameraden nach den Vorschriften meines Heeres, die von meinem seligen Großvater niedergelegt sind, in denen der Hauptpassus wie folgt lautet: ‚Ich werde ebensowenig einen Offizier in meinem Heere dulden, der die Ehre eines Kameraden leichtfertig antastet, als den, der seine Ehre nicht zu wahren weiß.‘ Nach wie vor wird für alle ‚gentilshommes‘ in den Fällen, wo ihre Ehre wirklich schwer gekränkt ist, nur das Schwert die ultima ratio bleiben, um dieselbe wiederherzustellen.

---

* Siehe Nr. 3453.

Zum Dank habe ich befohlen, daß die soeben fertiggestellten Pläne unseres neuen Kanonenboots für die chinesische Station der französischen Regierung übergeben werden.

Indem Sie den Präsidenten hiervon in Kenntnis setzen, wollen Sie ihm zu verstehen geben, daß dies ein rendu ist für die zarte Rücksicht, die er mir gegenüber in der Angelegenheit an den Tag gelegt hat.

Wilhelm I. R."

Ich darf es Ew. Exzellenz Erfahrung und Personenkenntnis überlassen, die geeignete Form zu finden, um den Präsidenten der Republik den Absichten Seiner Majestät entsprechend zu verständigen.

C. Hohenlohe

Nr. 3455

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 Paris, den 26. Januar 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 6*.

Habe soeben die Antwort Seiner Majestät des Kaisers dem Präsidenten mitgeteilt, der, dadurch sehr angenehm berührt, mich bat, Seiner Majestät seinen aufrichtigsten Dank auszusprechen.

Der Marineattaché Buchard wird infolgedessen auf seinen Posten zurückkehren. Auch dankt der Präsident sehr für die in Aussicht gestellten Pläne.

Münster

Nr. 3456

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 26 Paris, den 8. Februar 1897

Der „Temps" vom gestrigen Tage brachte die Mitteilung, daß ich im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers mich nach dem Befinden des erkrankten Generals Galliffet erkundigt und demselben die allerhöchsten Wünsche für seine baldige Wiederherstellung ausgesprochen habe. Das Blatt enthielt fast wörtlich den mir erteilten Befehl, was sich daraus erklärt, daß die offen eingehenden Telegramme hier von der Regierung ohne weiteres der Presse zugänglich gemacht werden.

---

* Siehe Nr. 3454.

Die Nachricht wird heute abweichend von der sonst bei derartigen Anlässen beobachteten Haltung von den meisten Pariser Blättern wiedergegeben.

„Gaulois" und „Figaro" bringen auch Kommentare, welche den hochherzigen Schritt Seiner Majestät sehr anerkennend besprechen. Cornély sieht in der Beobachtung solcher internationaler Höflichkeiten den Unterschied zwischen zivilisierten und wilden Menschen, an welchem mit Recht festgehalten werde.

Der „Figaro" gibt seiner Bewunderung mit dem echt französischen Prädikat „chic" Ausdruck. Das Boulevardblatt verwahrt sich zwar gegen die Annahme, daß die kaiserliche Demarche die Vergangenheit verwischen könne, betont aber, daß die Enkel der Krieger von Fontenoy einer derartigen Courtoisie unbedingt Anerkennung zollen könnten.

Ich beehre mich, die betreffenden Zeitungsausschnitte anbei gehorsamst einzureichen.

Münster

Nr. 3457

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Paris, den 7. April 1897

In Ausführung der hohen telegraphischen Weisung vom 1. d. Mts. habe ich ungesäumt den Minister des Äußeren über die durch den Pariser „Temps" veröffentlichte Ernennung von Residenten in Gurma, Bafilo und Kirikri* zur Rede gestellt und gegen dieselben Einspruch erhoben. Herr Hanotaux erklärte, nicht mit Bestimmtheit zu wissen, ob im Ministerrat jene Mitteilungen vom Kolonialminister tatsächlich gemacht worden seien, versprach jedoch, sich deswegen mit Herrn Lebon ins Benehmen setzen zu wollen. Gleichzeitig nahm er die Gelegenheit wahr, von neuem zu betonen, wie sehr ihm eine baldige generelle Regelung der strittigen Fragen im Hinterland des Togo-

* Die genannten Ortschaften gehörten zu dem zwischen Deutschland und Frankreich strittigen Hinterland von Togo; die einseitige Ernennung von Residenten durch den französischen Gouverneur von Dahomey griff also in deutsche Rechte ein. Wegen des Hinterlandes von Togo hatte der französische Botschafter in London schon Anfang 1896 eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich vorgeschlagen (vgl. Bd. XI, Kap. LXIII, Nr. 2636, S. 55, Fußnote**); die Verhandlungen kamen aber trotz Deutschlands Bereitwilligkeit, sofort darauf einzugehen und für den Zugang zum Niger Zugeständnisse im Norden von Dahomey und in Bagu zu machen (Telegramm Marschalls an Hatzfeldt vom 11. Januar 1896), erst jetzt, im Frühjahr 1897, in Fluß.

gebietes am Herzen läge. Er bat mich, Euerer Durchlaucht zu versichern, daß er im gegenwärtigen Augenblicke besonders geneigt sei, sich auf diesem Gebiet mit uns in freundschaftlicher Weise auseinanderzusetzen. Ich habe keinen Grund, an der Aufrichtigkeit und dem guten Willen des Ministers zu zweifeln. Wenn die fraglichen Angelegenheiten dennoch Verzögerungen erfahren, so bin ich vielmehr geneigt, die Schuld dafür auf das Ministerium der Kolonien zu schieben.

Inzwischen hat mich der Minister wissen lassen, daß die von uns beanstandeten Ernennungen durch den Gouverneur von Dahomey „provisorisch" erfolgt seien. Herr Hanotaux ließ gleichzeitig hinzufügen, daß er gern bereit sei, die von ihm vorgeschlagenen Besprechungen über unsere beiderseitigen Besitztitel im Hinterland von Togo und Dahomey unter Zuziehung eines Beirats aus Berlin hier alsbald stattfinden zu lassen*.

Ich darf hiernach einer hochgeneigten weiteren Weisung Euerer Durchlaucht rücksichtlich des zu entsendenden Sachverständigen und den Zeitpunkt seines Eintreffens in Paris gehorsamst entgegensehen.

Münster

Nr. 3458

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 88 — Paris, den 7. Mai 1897

Die Kundgebungen der allerhöchsten Teilnahme an dem entsetzlichen Brandunglück vom 4. d. Mts.** haben, wie ich bereits telegraphisch zu melden die Ehre hatte, in der offiziellen Welt den sympathischsten Widerhall gefunden.

Die Pariser Presse hat sich zum größten Teil darauf beschränkt, den Text der zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und Könige und

---

* Tatsächlich traten Ende Mai deutsche und französische Sachverständige in Paris zur Prüfung der beiderseitigen streitigen Rechtstitel und behufs Vorbereitung einer Abgrenzung zusammen.

** Am 4. Mai waren bei einem Brande in einem Wohltätigkeitsbazar 120 Personen umgekommen, darunter die Herzogin von Alençon, Schwester der Kaiserin von Österreich, und viele Mitglieder der Aristokratie. Kaiser Wilhelm II. sprach alsbald dem Präsidenten Faure seine Teilnahme in einem warm gehaltenen Telegramme aus, wofür dieser dankte. Siehe den Text der gewechselten Telegramme in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1897, S. 259. Auch an den Sammlungen für die Zwecke des abgebrannten Bazars beteiligte sich der Kaiser mit einer Spende von 10 000 Fr.; jedoch wurde diese Spende von der französischen Presse unfreundlich aufgenommen; die chauvinistischen Blätter verhöhnten sie wohl gar als Abschlagszahlung auf die fünf Milliarden.

dem Präsidenten der Republik ausgetauschten Telegramme abzudrucken und den Besuch zu registrieren, den unser allergnädigster Herr dem französischen Botschafter in Berlin abgestattet hat. Auch der Schritte, die ich Herrn Hanotaux gegenüber getan, und der Tatsache, daß Herr Felix Faure mich persönlich aufgesucht hat, geschieht Erwähnung.

Von den heutigen Tagesblättern bringt der „Figaro" allein eine in freundlichem Sinne gehaltene Notiz über die Betätigungen des allerhöchsten Mitgefühls, die ich hier beizulegen mir erlaube. Im grellen Gegensatz hierzu stehen aber zwei Äußerungen der deutschfeindlichen Organe „Patrie" und „Autorité", die ich mich verpflichtet glaube in Vorlage zu bringen. Euere Durchlaucht wollen daraus hochgeneigtest ersehen, daß die spontanen und hochherzigen Manifestationen Seiner Majestät des Kaisers und Königs in gewissen Schichten der hiesigen Bevölkerung mißverstanden worden sind und von gewissenlosen Hetzaposteln mit Absicht entstellt werden. In besseren Kreisen habe ich mit Befriedigung die Empörung konstatieren können, die diese vereinzelten Preßstimmen hervorgerufen haben[1].

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Die werden mich auch niemals abhalten das zu thun was ich für recht halte

Nr. 3459

Der Geschäftsträger in Paris von Müller an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 104 — Paris, den 28. Mai 1897

Der royalistische Pariser „Gaulois" hat es sich in letzter Zeit zur Aufgabe gemacht, über Tagesfragen Enqueten zu veranstalten, indem er seine Mitarbeiter bei bekannten Persönlichkeiten vorsprechen und letztere über den betreffenden Gegenstand um ihre Ansicht fragen läßt. Die großstädtische Leserwelt ist sehr lüstern nach dieser Art von persönlicher Meinungsäußerung; die volle Angabe der Namen gibt den geäußerten Urteilen zweifelsohne einen erhöhten Reiz und scheinbar ein größeres Gewicht, als wenn irgendein Anonymus die Ansichten anderer Anonymen in einer Anzahl von Artikeln zusammenfaßte.

So hat erst vor kurzem die Brandkatastrophe vom 4. Mai d. Js. und die klägliche Rolle, die die elegante Herrenwelt dabei gespielt haben soll, den Stoff zu einer Enquete geliefert, die den Zweck hatte, den vor dem Brandunglück nie verdächtigten Heldenmut der sogenannten „Gardenias" herauszustreichen.

Heute bringt nun das genannte Blatt eine ähnliche Reihe von Meinungsäußerungen über die durch den mittelst Berichts Nr. 91 vom

10. d. Mts. vorgelegten Artikel des „Figaro“ wieder brennend gewordene Frage, ob Seine Majestät der Kaiser und König den allerhöchstihm zugeschriebenen Plan eines Besuchs der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 werde ausführen können. Die bis jetzt ins Treffen geführten Elemente gehören vorwiegend dem exaltiert patriotischen Lager an; es darf daher nicht überraschen, daß das Urteil mit leichten Varianten dahin ausfällt: es sei schwerlich anzunehmen, daß der Deutsche Kaiser den Gedanken an einen Aufenthalt in Paris zur Zeit der Weltausstellung ernstlich habe fassen können[1]; sollte dies aber wider Erwarten dennoch der Fall sein, so sei es die Pflicht der französischen Diplomatie, die Ausführung dieser Absicht zu verhindern. Sehr kleinlaut nimmt sich die Bemerkung aus, die der frühere Justizminister Demôle zu diesem letzteren Vorschlage macht, indem er voraussagt: „Notre diplomatie sera impuissante à dissuader ce voyage, si le petit-fils de nos vainqueurs veut l'accomplir.“

Wie Euere Durchlaucht aus dem hier beifolgenden Ausschnitt aus dem „Gaulois“ vom heutigen Tage hochgeneigtest ersehen wollen, soll die Veröffentlichung der Enquete demnächst fortgesetzt werden.

von Müller

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hat er auch nie gethan

Nr. 3460

Der Geschäftsträger in Paris von Müller an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 105 Paris, den 29. Mai 1897

Euerer Durchlaucht beehre ich mich im Verfolg des Berichts Nr. 104 von gestern* beifolgend im Ausschnitt des „Gaulois“ vom heutigen Tage die Fortsetzung der Enquete gehorsamst zu unterbreiten, die das genannte Blatt über die Seiner Majestät dem Kaiser und Könige zugeschriebene Absicht, im Jahre 1900 nach Paris zu kommen, veranlaßt hat.

Wie in den einleitenden Worten hervorgehoben wird, gipfeln die wiedergegebenen Ansichten von Persönlichkeiten der verschiedensten Parteischattierung in einem nicht mißzuverstehenden Hinweis auf Elsaß-Lothringen. Der Lärm hat demnach lediglich dazu gedient, dem Chauvinismus, der im Abnehmen begriffen schien, auf billige Weise wieder aufzuhelfen.

von Müller

---

* Siehe Nr. 3459.

Nr. 3461

Der Geschäftsträger in Paris von Müller an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 106 Paris, den 31. Mai 1897

Nach Beendigung seiner Enquete — die sich mehr und mehr als ein interessierter Versuch herausstellt, den gefährlichen Rivalen, den das Blatt im Pariser „Figaro" besitzt, zu schädigen — untersucht der „Gaulois" heute in seinem hierneben beigeschlossenen Leitartikel, ob es für Frankreich vorteilhaft gewesen, gerade jetzt die Eventualität eines Besuches Kaiser Wilhelms II. in Paris zu erörtern.

Das royalistische Organ ist der Ansicht, daß es weit mehr im Interesse Englands als Frankreichs liege, im gegenwärtigen Augenblick Reibungen zwischen Deutschland und Frankreich hervorzurufen[1]. Es geht so weit zu insinuieren, daß die ganze Preßfehde auf englische Einflüsterungen zurückzuführen sei[2]*. Den Hauptanteil der Schuld schreibt aber der Verfasser des Artikels seinen eigenen Landsleuten zu, die, indem sie soviel Beweise allerhöchster Anteilnahme seitens des Deutschen Kaisers entgegennähmen, den Glauben erweckten, daß ihre Gesinnungen tatsächlich einem Wandel unterlegen hätten. „Nous recevons", schreibt der Nationalpolitiker und Antiparlamentarier Thiébaud, „ses télégrammes, nous les attendons même, certains d'avance qu'il s'y trouvera quelque chose d'original et de primesautier qui ne sera pas dans les autres. Nous prenons ses couronnes, nous encaissons ses souscriptions, et puis, quand après tant de présents acceptés sans mot dire, Artaxerxés fait mine d'arriver en personne, protestations, plutôt la mort[3]!

Tout cela est passablement illogique[4]."

Zum Schluß wendet sich der Artikel gegen das republikanische Regime überhaupt und seine Unfähigkeit, die verlorenen Provinzen zurückzuerobern. Damit verfällt der Autor in die bis zur Trivialität von einem Teil der Presse wiederholte Zumutung einer freiwilligen Herausgabe des Reichslands nach vorheriger Veranstaltung einer Volksabstimmung.

von Müller

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Auch nach meinen Privatinformationen.

[2] ist nicht unrichtig Salisbury hat Hanotaux gegen uns aufgehetzt und die Englische Botschaft thut es noch.

[3] sehr gut

[4] ridicule

---

* Nach einem Berichte Graf Münsters vom 4. Juni wäre der „wahre Faktor" vielmehr in dem russischen Rubel zu suchen.

Nr. 3462

*Kaiser Wilhelm II. an den Präsidenten der Französischen Republik Felix Faure**

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

[13. Juni 1897]

Veuilles Monsieur le Président, recevoir l'expression de la plus vive satisfaction de la part de Sa Majesté l'Impératrice et de la mienne, à ce que la main de Dieu le Tout Puissant a conservé votre vie à la France et à votre famille**.

Guillaume

Nr. 3463

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters in der Kolonialabteilung Konsul Zimmermann

Berlin, den 13. Juli 1897

Ew. pp. beehre ich mich unter Bezug auf den gefälligen Bericht vom 9. d. Mts. — 3005 — den Empfang des Entwurfes zu einem Abkommen über das Hinterland von Togo und Dahomey ergebenst zu bestätigen***.

Es erscheint geboten, im Paragraph 2 des Annex die Tatsache klarer zum Ausdruck zu bringen, daß das Abkommen lediglich die Gebiete des Nigerbogens betrifft und nicht über Landstriche Bestimmungen enthalten soll, welche wie z. B. das rechte Nigerufer in seinem südlichen Laufe sich im unbestrittenen Besitz einer dritten Macht befinden. Ich ersuche Ew. pp. daher ergebenst, durch Herrn Legationsrat von Müller das Einverständnis französischerseits damit herbeiführen zu wollen, daß im Paragraph 2 des Annex hinter „Niger"

* Am 13. Juni explodierte während einer Fahrt des Präsidenten Faure zu den Rennen nach Longchamp im Bois de Boulogne eine Bombe, ohne Schaden anzurichten. Nach einem Telegramm Graf Münsters vom 13. Juni hätte es sich allem Anschein nach nur um einen schlechten Scherz gehandelt.

** Auf das Telegramm antwortete Präsident Faure am gleichen Tage: „Très touché des sentiments que votre Majesté veut bien m'exprimer, je La prie d'agréer et de vouloir bien faire agréer à Sa Majesté l'Impératrice mes plus sincères remerciements."

*** Näheres über die in Paris unter Teilnahme deutscher Kolonialsachverständiger wie Konsuls Vohsen und des Landeshauptmanns von Togo Köhler geführten Verhandlungen siehe in Alfred Zimmermann, Geschichte der Deutschen Kolonialpolitik (1914), S. 226 f.

die Worte hinzugefügt werden: „dans l'étendue de la boucle de ce fleuve indiquée sur la carte ci-annexée." Der deutsche Text wird entsprechend zu ergänzen sein.

Außerdem ist es erwünscht, daß im deutschen Text des Artikels 1 des Protokolls hinter den Worten: „Vom Schnittpunkt mit dem Kara folgt sie dessen Talweg" hinzugefügt wird: „flußabwärts", um volle Übereinstimmung mit dem französischen Text (descend) herbeizuführen.

Ich setze voraus, daß die angeführten Änderungen ohne Mühe zu erreichen sein werden, und veranlasse daher schon jetzt das Erforderliche, um die Genehmigung zum Abschluß des Abkommens durch Seine Majestät den Kaiser herbeizuführen. Sogleich nach Eingang der allerhöchsten Genehmigung erhalten Ew. pp. die erbetene Vollmacht zur Unterschrift des Vertrags auf telegraphischem Wege.

Der Vertrag wird von Ew pp. in der Form genau nach Maßgabe des Kamerunabkommens vom 15. März 1894 zu gestalten sein.

Rotenhan

Nr. 3464

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 143 — Paris, den 17. Juli 1897

Habe lange, zuletzt in Gegenwart der Herren von Müller und Lecomte* mit Herrn Hanotaux verhandelt und mich leider davon überzeugt, daß er wegen des geforderten Zusatzes nicht nachgeben und lieber das ganze Abkommen aufgeben wird. Er behauptet, der Zusatz „Boucle de ce fleuve" sei kein geographischer Begriff; dieser müßte erst präzisiert werden, was zu einer neuen Verhandlung führen würde. Der Minister steht auf dem Standpunkt, daß das Abkommen nach langwierigen Verhandlungen als ein Ganzes zustandegekommen und aufzufassen sei.

Redaktionelle Änderungen würde er allenfalls akzeptiert haben, materielle nicht; die jetzt verlangte halte er für materiell. Der Begriff „Rive droite du Niger" sei klar, „Boucle de ce fleuve" nicht. Daß von dem Nigerbogen in den Verhandlungen die Rede gewesen und die Grenzen desselben in dem Abkommen angegeben seien, leugneten die Herren bestimmt. Die Grenzen des Nigerbogens auf der Karte könnten nicht maßgebend sein, weil letztere zu diesem Zweck nicht angefertigt worden sei; sie diene nicht dazu, eine bestimmte Strecke

---

* Sekretär bei der französischen Botschaft in Berlin.

des Stromlaufes, sondern nur die künftige Grenze zwischen unseren Gebieten festzulegen.

Herr Hanotaux ist entschieden mißtrauisch geworden, sieht auch vielleicht voraus, daß er wegen der neuen Flußgrenze am Monu und des Aufgebens französischer Landstriche in der Kammer Schwierigkeiten haben könnte. Sein Objekt bei der Auseinandersetzung mit uns, betonte er, sei gewesen, Ruhe und Frieden in den dortigen Gegenden herzustellen, mit einem Wort, Klarheit zu schaffen; durch den geforderten Zusatz werde dieses Ziel nicht erreicht, weshalb er unweigerlich auf seinem Standpunkt verharren müsse.

Ich kann mir nicht denken, daß wir das Abkommen jetzt noch in Frage stellen möchten. Wir machen mit der neuen Flußgrenze im Vergleich zu den Rechten, die wir aufgeben, ein vorzügliches Geschäft; das erkannten die Herren Vohsen und Köhler* entschieden an. Vom politischen Standpunkte aus würde ich es sehr beklagen und für bedenklich halten, wenn wir das mühsam erzielte Abkommen jetzt aufgeben wollten.

Münster

Nr. 3465

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters in der Kolonialabteilung Konsul Zimmermann

Nr. 163 Berlin, den 19. Juli 1897

Auf Telegramm 143**.

Wir hätten vorgezogen, dasjenige rechte Nigerufer zu präzisieren, welches bis jetzt nicht unter anerkannter europäischer Herrschaft steht, und hinsichtlich dessen wir daher allein auf Geltendmachung von Rechten überhaupt verzichten können.

Da Hanotaux indessen der Ansicht ist, daß solche Präzisierung ohne neue Verhandlungen nicht möglich sei und unser Interesse an der Lösung dieser Frage nicht gewichtig genug ist, um deswegen in neue Verhandlungen einzutreten und Herstellung der Ruhe in den Grenzgebieten aufzuhalten, ersuche ich Sie, den Inhalt dieses Telegramms Hanotaux mitzuteilen, und ermächtige Sie, den Vertrag nebst Annex in der ursprünglichen Fassung zu zeichnen.

Rotenhan

---

* Vgl. Nr. 3463, Fußnote ***.
** Siehe Nr. 3464.

Nr. 3466

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Paris, den 23. Juli 1897

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, unser mit der Regierung der Französischen Republik getroffenes Abkommen, betreffend die Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete im Hinterland von Togo und Dahomey, das ich, wie bereits telegraphisch gemeldet, am heutigen Tage gemeinsam mit Herrn Hanotaux gezeichnet habe, anbei gehorsamst vorzulegen*.

Um dem Verlangen der Kaiserlichen Regierung nach vorläufiger Geheimhaltung der Paragraphen 2 und 3 des „Annex" nach Möglichkeit zu entsprechen und diesen Wunsch mit den in meinem Bericht vom 16. d. Mts. dargelegten Rücksichten, die die französische Regierung bei der Vorlage des Abkommens in der Deputiertenkammer zu beobachten haben wird, in Einklang zu bringen, bin ich mit Herrn Hanotaux übereingekommen, den „Annex" als gesonderte Urkunde zu behandeln und dementsprechend gleichfalls mit Eingang- und Schlußformel und mit unsern Unterschriften und Insiegeln zu versehen. Auf diese Weise wird die französische Regierung nicht gehindert sein, das „Protokoll" nebst der dazugehörigen Karte dem Parlament vorzulegen, wenn es ihr passend erscheint, während andererseits der „Annex" vorderhand sekretiert werden kann, um erst nach vorausgegangener Verständigung mit uns an die Öffentlichkeit zu gelangen.

Was den Text der beiden Urkunden betrifft, so sind Eingang und Schlußformel wie anbefohlen nach Maßgabe des Kamerunabkommens vom 15. März 1894 gestaltet worden. Einige unerhebliche Abweichungen vom ursprünglichen Text des Entwurfs erlaube ich mir im nachstehenden hervorzuheben:

In Artikel 1 des „Protokolls" hat die von uns gewünschte Einschaltung des Wortes „flußabwärts" hinter Talweg Platz gefunden. Des ferneren hat sich die französische Regierung der Bezeichnung „Gouvernement de l'Empire allemand", wie es im Kamerunabkommen lautet, bedient, statt des im Protokoll vom 9. d. Mts. gewählten Ausdrucks „Gouvernement Impérial allemand". Endlich ist der Fluß Volta, der bei den Franzosen weiblichen Geschlechts ist, der Gleichmäßigkeit halber auch im deutschen Text feminini generis

---

* Vgl. den Text des Abkommens in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1897, S. 264 ff. Das Abkommen wurde am 19. Oktober 1897 veröffentlicht und am 2. Dezember von der französischen Kammer genehmigt.

geworden. Außerdem ist im Eingang französischerseits die Formel: „Ambassadeur de .... auprès du Président de la République Française“ gewählt worden. Auf meine Rückfrage, ob auf die wörtliche Übersetzung Gewicht gelegt werde, wurde mir dies bejaht; ich habe deshalb nicht zögern zu dürfen geglaubt, auch im deutschen Text: „beim Präsidenten der französischen Republik“ statt wie üblich „bei der französischen Republik“ zu sagen.

Im übrigen stimmt der zweisprachige Text genau mit dem Wortlaut des von den Delegierten gezeichneten Entwurfs überein, der anbei gleichfalls wieder zurückfolgt.

Münster

Nr. 3467

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 145 — Paris, den 24. Juli 1897

Nachdem ich gestern abend das Togoabkommen unterschrieben habe, trete ich diesen Abend meinen Urlaub an.

Herr Hanotaux sagte mir, als ich Abschied von ihm nahm, daß er sich über diese Verständigung sehr freue[1], sie könne nur dazu beitragen, die guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu verbessern und in jenen Gegenden Konflikte zu vermeiden, die zu manchen Unannehmlichkeiten hätten führen können. Er halte dieses Abkommen für ein sehr gutes für beide Teile.

Ich bin ganz seiner Ansicht und habe es deshalb sehr gern gezeichnet[2].

Ich hoffe nur, daß bei uns nicht zu viel Wert der Kolonialpresse beigelegt werde, die auch jetzt wieder gezeigt hat, wie sie stets wie der Blinde von den Farben spricht, indem sie dieses Abkommen heftig tadelt, ohne es zu kennen. pp.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das kann er auch! denn wo vor 20 Jahren Dr. Güssfeldt die deutsche Flagge gehißt hatte, weht jetzt die Tricolore!

[2] !!

Schlußbemerkung des Konsuls Zimmermann auf einer Abschrift:
Dr. Güssfeldt war 73/76 an der Loangoküste (portugiesisch Südwestafrika). Er hat Togo nie gesehen, geschweige Gurma. Von Flaggenhissen war damals überdies noch gar keine Rede in Deutschland!

Nr. 3468

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 254 Paris, den 13. November 1897

Gestern war ich in Rambouillet beim Präsidenten der Republik und nahm teil an einer recht hübschen Fasanenjagd.

Der Präsident ist ein außerordentlich liebenswürdiger Wirt.

Seit einigen Tagen und besonders auch gestern hatten wir das schönste Sommerwetter mit 13 Grad Réaumur im Schatten.

Der Präsident, mit dem ich mich gestern sehr viel unterhalten habe, sprach sich sehr befriedigt über die friedliche politische Lage und über unsere guten Beziehungen aus.

Er versicherte wiederholt, daß der Chauvinismus im Volke keinen Anklang mehr fände, da kein vernünftiger Franzose den Krieg erklärt wolle.

Es sei deshalb doppelt zu bedauern, wenn Zwischenfälle an der Grenze Aufregung und Unzufriedenheit erzeugten. Ein solcher sei die Verhaftung der als Refraktäre angesehenen Bariset, Conter und Bourson und deren zwangsweise Einstellung in die deutsche Armee.

Sie seien im Glauben gewesen, Franzosen zu sein, und hätten deshalb in Frankreich ihrer Dienstpflicht genügt.

Er sei sehr erfreut darüber, daß Bariset und Conter entlassen wurden, und würde sehr dankbar sein, wenn auch Bourson zurückgeschickt werden könnte.

Ich erwiderte dem Präsidenten, daß ich davon überzeugt sei, daß auch unsererseits gern alles vermieden würde, was zur Trübung des guten Verhältnisses, welches dank ihm und seiner Regierung immer besser werde, beitragen könne.

Was die Behandlung der drei oben genannten Refraktäre betreffe, so seien sie gewiß bona fide gewesen und hätten geglaubt, daß sie Franzosen seien. Unsere Behörden hätten aber auch, da sie in unseren Listen nicht gestrichen waren, in gutem Glauben sie für Deutsche gehalten und als solche behandelt.

Das Mißverständnis rühre daher, daß, als ihre Eltern für sie optiert haben, es versäumt worden sei, die Auswanderung anzuzeigen und sie aus den Listen zu streichen.

Der Präsident bemerkte darauf und wiederholte die Bitte, welche Herr Hanotaux schon an mich richtete, daß nämlich den französischen Behörden an der Grenze die Möglichkeit gegeben werde, diejenigen, bei denen die Nationalität zweifelhaft sein könnte, zu warnen und sie mit unseren gesetzlichen Bestimmungen bekanntzumachen. Das könne vielleicht am besten dadurch geschehen, daß die Listen der Refraktäre mitgeteilt würden.

Ich muß bei dieser Gelegenheit konstatieren, daß sowohl der Präsident der Republik als auch Herr Hanotaux eine sehr freundliche Sprache geführt haben, und daß letzterer namentlich seinen ganzen Einfluß auf die hiesige Presse benutzt hat, um Angriffe, die ohnedem gewiß erfolgt sein würden, zurückzuhalten.

Bei dieser Gelegenheit kann ich es nicht unterlassen zu bemerken, daß mir doch scheint, daß unsere Behörden in Elsaß-Lothringen mit unnötiger Rigorosität verfahren. Was namentlich den Fall Conter betrifft, daß wegen mangelhaft geprüfter Identität ein ganz unschuldiger Mann, der denselben Namen trug als sein Vetter, verhaftet und als Refraktär behandelt wurde, so hätte das eigentlich doch nicht vorkommen dürfen. Hoffentlich wird den Beamten, der das verschuldete, verdiente Strafe treffen.

Wenn Leute wie die Betreffenden die Grenze ganz öffentlich überschreiten, nachdem sie in Frankreich gedient haben, so tun sie es, weil sie sich bona fide für Franzosen halten und glauben, daß ihre Option als vollgültig anerkannt würde.

Ich bin der Ansicht, daß in solchen Fällen unsere Behörden sich nichts vergeben und im Interesse des guten Einvernehmens zwischen beiden Staaten besser tun würden, wenn sie die Betreffenden warnten und auswiesen, statt sofort mit Verhaftung und Einstellung in unsere Armee vorzugehen.

Bei der jetzigen politischen Lage, der friedlichen Stimmung hier und in Deutschland, auch namentlich in Elsaß-Lothringen selbst, könnte man ohne alle Gefahr milder verfahren, und sollten wir uns nicht durch unsere deutschen Chauvinisten, die wir auch im Elsaß haben, zu übermäßiger Strenge treiben lassen.

Ich bin stets ein Gegner der exzeptionellen Maßregeln und ihrer rigorosen Anwendung gewesen, und meine Überzeugung, die ich auch zu des Fürsten Bismarck Zeiten offen ausgesprochen habe, daß durch solche Maßregeln die Feindseligkeit in den annektierten Ländern unnötigerweise vermehrt und der Haß in Frankreich bedeutend gesteigert werden müsse, ist durch die Erfahrung der letzten zehn Jahre sehr bestärkt worden.

Der Paßzwang* ist im allgemeinen endlich aufgehoben; es sind aber rücksichtlich der Offiziere noch exzeptionelle, so strenge Maßregeln bestehen geblieben, wie sie bei zwei Nachbarländern, die im Frieden leben wollen, auf die Länge nicht bestehen sollten.

Der Zeitpunkt, an dem sie aufgehoben werden könnten, ist gewiß gekommen.

Meiner festen Überzeugung nach würden die französischen Offiziere, wenn sie ungehindert in Deutschland, Elsaß-Lothringen verkehren dürften, keinen Schaden tun. Spionieren würde für sie ja

---

* Vgl. Bd. VII, Kap. XLVIII, Nr. 1555, Fußnote ***.

gefährlich sein, und die Bevölkerung, die nur ruhig leben will, nicht mehr auf Krieg rechnet, wird sich nicht mehr aufregen lassen.

Sollten aber trotzdem einzelne Offiziere gegen Deutschland agitieren, hat unsere Polizei das Recht und die Mittel, dieselben auszuweisen.

Seit zwölf Jahren suche ich auf alle Weise die guten Beziehungen zu erhalten und zu verbessern. Daher werden Euere Durchlaucht es verstehen und mir zugute halten, wenn ich vielfach ärgerlich und entmutigt werde, wenn ich sehe, daß diese Bemühungen durch Zwischenfälle an der Grenze, die doch meistens durch falsch verstandenen Diensteifer untergeordneter Beamten veranlaßt worden sind, durchkreuzt werden.

Münster

Nr. 3469

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 283 Paris, den 11. Dezember 1897

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, in der Anlage das Dezemberheft der Monatsschrift „Mercure de France" einzureichen. Das Organ des „jungen Frankreich" hat, veranlaßt durch einen verfehlten Versuch von François Coppée, welcher im vergangenen Sommer für die von der Wassersnot betroffenen Elsässer in Frankreich eine Sammlung veranstalten wollte, eine Enquête eröffnet über die Haltung, welche man hier heutzutage gegenüber dem Frankfurter Frieden und dem Ausbruch eines neuen deutsch-französischen Krieges einnehme. Zu diesem Zweck sind an eine große Anzahl von Franzosen in den verschiedensten Lebensstellungen und von verschiedenem Alter Anfragen gerichtet worden, und trotz vielfacher Enthaltungen sind doch im ganzen 138 Antworten eingegangen.

Schon der Umstand, daß eine solche Erörterung vor der Öffentlichkeit erfolgt ist, erscheint bemerkenswert. Dazu kommt, daß sich zahlreiche bekannte Namen unter den Antwortgebern befinden, so die Deputierten Mézières, Joseph Reinach, Henry Maret, Paulin Méry, die Literaten Jules Claretie, Henry Houssaye und Vandal von der Akademie, der Komponist Saint-Saëns, der Dichter Herold und andere mehr. Aber man hat auch die Arbeiter gefragt, und ihre Antworten, so die des Fleischers Hulot und des Mechanikers Cumora, sind nicht die uninteressantesten.

Der im allgemeinen hervortretende Zug ist, daß die Älteren überwiegend an der Revanche festhalten, während die jüngere Generation fast durchgängig mit dem Frankfurter Frieden als einer geschicht-

lichen Tatsache rechnet und vom Kriege entschieden nichts wissen will, freilich vielfach vom sozialistischen Standpunkte aus.

Münster

Nr. 3470

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 298 — Paris, den 31. Dezember 1897

Vertraulich

Herr Hanotaux sagte mir gestern abend, der Präsident der Republik sowohl als er hätten schon seit längerer Zeit den Wunsch gehabt, mir als Anerkennung für meine Bemühungen, die guten Beziehungen zu erhalten, das Großkreuz der Ehrenlegion zu verleihen. Er habe dem Präsidenten vorgeschlagen, es jetzt bei Abschluß des Togovertrages zu tun*, und bemerke dabei, daß er bitte, es möge nicht als die Absicht, Orden auszutauschen, angesehen werden. Vor allem wünsche er diesen Vorwand zu benutzen, damit es nicht den Schein erwecke, als wolle ich Paris verlassen.

Der Präsident ließ mir sagen, er hoffe, daß ich diesen Orden hier noch lange tragen werde.

Ich habe sehr für diese so freundliche Mitteilung und Absicht gedankt, meine Annahme aber von der Zustimmung unsers allergnädigsten Herrn abhängig gemacht[1].

Persönlich lege ich auf Orden wenig Wert, nachdem ich unsern höchsten Orden besitze, den ich hier viel lieber trage als das rote Band, glaube aber, daß es nicht richtig sein würde, dieses freundlich gemeinte Anerbieten abzulehnen, und bitte deshalb Euere Durchlaucht, mich bald zur Annahme zu ermächtigen[2].

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ja gern!

[2] ja

Schlußbemerkung des Kaisers:

Später wird Noailles und event[uel]l Hanotaux für uns in Frage kommen Trägt letztrer erst ein Preussisches Band dann ist er schwer bei den Russen kompromittirt

---

* Merkwürdig ist nur, daß, während der Abschluß des Togoabkommens doch bewiesen hatte, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in Einzelfragen sehr wohl zu beiderseitiger Zufriedenheit möglich war, der französische Botschafter in London Baron de Courcel, der selbst wiederholt für eine solche Verständigung eingetreten war, laut eines Telegramms Graf Hatzfeldts vom 18. November 1897 (siehe Bd. XIV, Kap. XC, Nr. 3709) diesem gegenüber sich neuerdings zu der Auffassung bekannte, „daß sein Wunsch eines Zusammengehens zwischen Deutschland und Frankreich wenigstens in einzelnen Fragen noch unausführbar sei. Die Stimmung sei noch nicht danach“.

Kapitel LXXXVII

Das Vordringen des Tschechentums in Österreich und der Dreibund

Der Zwischenfall Graf Thun

1898—1899

Nr. 3471

*Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe**

Ausfertigung

Nr. 46 Wien, den 1. März 1898

Die Besprechungen in Budapest, an denen Graf Goluchowski, Herr von Kállay**, Baron Gautsch und Baron Bánffy*** teilgenommen

* Der langjährige Nationalitätenstreit in Österreich hatte allmählich innerhalb der Regierung und der Parlamente eine Verschiebung der Verhältnisse zu Ungunsten der Deutschen herbeigeführt. Während die Ministerien Graf Taaffe (1879—1893) und Fürst Windischgraetz (1893—1895) noch den Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten aufrecht zu erhalten gesucht hatten, sank seit dem Austritt der Deutschen aus der Regierungskoalition infolge der Sprachenfrage und der Berufung des Ministeriums Graf Badeni (Oktober 1895) der Einfluß des Deutschtums mehr und mehr. Das Vordringen des Tschechentums fand seinen Ausdruck vor allem in den Sprachenverordnungen Graf Badenis vom 5. April 1897 für Böhmen und Mähren, gegen die sich das Deutschtum leidenschaftlich mit der Waffe der parlamentarischen Obstruktion wehrte. Die Sprachenverordnungen wurden zwar durch den Nachfolger des Grafen Badeni Freiherrn Gautsch von Frankenthurn (seit 28. November 1897) mit dem 15. März 1898 außer Kraft gesetzt; aber die stattdessen erlassenen neuen Verordnungen vermochten das Deutschtum ebensowenig zu befriedigen, so daß der Kampf im österreichischen Reichsrat und im böhmischen Landtag mit unverminderter Heftigkeit fortging. Der Nationalitätenstreit, der das österreichische Parlament zur absoluten Impotenz verurteilte, wirkte auch auf die Verhältnisse der österreich-ungarischen Gesamtmonarchie insofern störend ein, als der 1897 zur Erneuerung stehende „Ausgleich" zwischen beiden Reichshälften auf keine Weise zustande gebracht werden konnte. Infolgedessen mußten die im Jahre 1896 zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Ministerium vereinbarten Ausgleichsbedingungen zurückgestellt und der bisherige Zustand in Form eines Provisoriums mit Hilfe des Notverordnungsrechts (§ 14!) aufrechterhalten werden.

Da das fortwährend in schärfster Auseinandersetzung mit dem Deutschtum befindliche Tschechentum dem deutsch-österreichischen Bundesverhältnis nichts weniger wie freundlich gegenüberstand, so ergab sich mit seinem Vordringen die Gefahr einer Beeinträchtigung der deutsch-österreichischen Beziehungen und für die deutsche Botschaft in Wien die Pflicht einer sorgfältigen Beobachtung und Berichterstattung auch über die innerösterreichischen Bewegungen.

** Reichsfinanzminister.

*** Ungarischer Ministerpräsident.

haben, hatten den Zweck, die komplizierte innere Lage des Reiches einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Es ist sehr bemerkt worden, daß die Konferenzen den Grafen Goluchowski so sehr in Anspruch nahmen, daß er nicht einmal zu dem Diner nach Wien zurückkehren konnte, das er zu Ehren des Erzherzogs Ludwig Viktor angesetzt hatte.

Über das Ergebnis der Besprechungen wird strenges Geheimnis eingehalten, und um so weniger erfahre ich offiziell näheres, je mehr die Dinge in das tschechische Fahrwasser gleiten. Man sucht mir auszuweichen, weil man das Gefühl hat, keine Zustimmung zu erhalten. Ich spüre in der Luft eine Art von schlechtem Gewissen, das unter Umständen zu Trotz werden kann[1]. Darum halte ich mich jetzt möglichst beiseite. Über das, was wir in Berlin denken, habe ich der Regierung niemals den geringsten Zweifel gelassen.

Aus der mir gestern abend von Graf Goluchowski nach seiner Rückkehr von Budapest auf dem rout bei Fürstin Hatzfeldt gemachten Bemerkung muß ich die Bestätigung der mir von privater Seite gemachten Mitteilung erkennen, daß das Ministerium Gautsch in der Tat fertig ist. Graf Goluchowski sagte: „Man muß sich daran gewöhnen, daß wir uns in einer Krise befinden, die seit Jahren dauert und noch weiterer Jahre bedarf, um sich zu lösen[2]. Eine Schuld an diesen Verhältnissen trägt weder das Ministerium Windischgraetz noch Badeni noch Gautsch. Es werden noch manche Ministerien kommen und gehen, ehe die Schwierigkeiten beseitigt sind. Vorderhand wird der böhmische Landtag geschlossen und sodann alles darauf gewendet werden, um den Reichsrat zur Beratung des Ausgleichs mit Ungarn instand zu setzen. Ob etwaige Änderungen noch vor dem Zusammentritt des Reichsrats oder etwas später vorgenommen werden, soll von dem Gange der Dinge abhängen."

Der „Gang der Dinge" aber nimmt schon jetzt recht unfreundliche Formen an. Die Haltung der tschechischen Majorität ist provokatorisch. Die Deutschnationalen haben durch die letzten Szenen im Prager Landtag in maßgebenden Kreisen den Becher des Hasses zum Überlaufen gebracht.

Man scheint, um sich den Vorwurf von Parteilichkeit zu ersparen, mit Entscheidungen zu zögern. Aber ich glaube, daß die Wage zugunsten der Slawen bereits gesunken ist[3]. Bezeichnend für die Stimmung ist die Nachricht, daß Graf Franz Thun wohl einerseits erklärt habe, in dem gegenwärtigen Moment nicht die Erbschaft des Herrn von Gautsch antreten zu wollen, andrerseits ihn aber auch seine auf eine Verständigung des deutschen und tschechischen Großgrundbesitzes gerichteten Bestrebungen momentan nicht für den leitenden Minister qualifizierten. Man wolle es einmal mit einer Allianz von Polen und Tschechen[4] im Ministerium versuchen, und es sei Landmarschall Fürst Lobkowitz, ein Tscheche sans phrase, zum Nachfolger

des Herrn von Gautsch ausersehen. Dazu sollte Herr von Bilinski in das Ministerium eintreten, vielleicht auch Herr von Dipauli, um die Deutschen (!) zu vertreten [5]*.

Ich registriere diese Namen, weil sie mir auch von ernsthafter Seite genannt worden sind, ohne aber vorläufig ein derartiges Programm als wahrscheinlich bezeichnen zu können. Die Konsequenzen der Ernennung eines Ministerpräsidenten von der Richtung des Prinzen Lobkowitz könnten sehr komplizierte sein. „Wir wären zum Beispiel in diesem Falle nicht imstande, die Universitäten zu eröffnen,“ sagte mir der Sektionsrat im Kultusministerium, Exzellenz von Hartel, der in dieser Frage das entscheidende Wort zu sprechen hat.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Avis au lecteur

[2] dabei wird sich das Land auflösen!

[3] finis tripliciae

[4] armes Oesterreich dem Böhmenkönig stehst du nun zu Lehen der tschechisch fühlt und tschechisch denkt!

[5] ! ein feines Trifolium!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sollte wirklich beabsichtigt werden, den Slaven eine so weit entgegenkommende Conzession zu machen, dann bekommt Oesterreich ein anderes Gesicht, und kommt in ein anderes Fahrwasser. Es wird eine ernste Bedrohung des Dreibundes dadurch stattfinden. Denn die Slaven werden alle zusammen gegen die Deutschen und Deutschland wühlen und unsere Polen mitreißen. Russland wird das seine dazu tun, und Habsburg geht verloren. Wir müssen uns beizeiten eine feste Brücke zu Russland bereitstellen!

Nr. 3472

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 50 — Wien, den 5. März 1898

Ganz vertraulich

Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß man sich vorläufig von der Wirkung der heute erlassenen neuen Sprachenverordnungen überzeugen will, auch das Gesicht abwarten möchte, das der in der zweiten Hälfte des März einzuberufende Reichsrat machen wird, ehe man das Ministerium Gautsch durch ein anderes ersetzt**. Denn nach allgemeiner Annahme dürfte es schwerlich den Ausgleich überleben.

---

* Tatsächlich kam es zur Berufung eines Ministeriums Graf Thun (5. März).

** Die Entlassung des Ministeriums Gautsch erfolgte, entgegen der Annahme Graf Eulenburgs, schon am 5. März.

Wie ich ganz vertraulich aus sicherer Quelle weiß, hat die Haltung der Deutschnationalen im Prager Landtage Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph so stark verstimmt, daß während der Dauer von mehreren Tagen ein Umfall der Regierung nach tschechischer Seite zu erwarten war. Erwägungen ernster Art — ich vermute, daß Herr von Kállay ein gewichtiges Wort gesprochen hat — brachten eine Beruhigung zustande, welche jetzt fühlbar wird. Es soll „abgewartet" werden.

Dieses Abwarten, das durch alle Zeiten ein trauriges Wahrzeichen österreichischer Politik gewesen ist, mag in der gegenwärtigen Lage richtig sein. Denn die Deutschen werden unter der Ära Gautsch geneigter sein, auf die Vorschläge der neuen Sprachenverordnung einzugehen, als wenn der Rücktritt dieses Ministers als „nahe bevorstehend" bezeichnet würde. Die gemäßigten Parteien beider Richtungen erkennen bereits an, daß die neuen Verordnungen eine Basis der Verständigung enthalten. Aber wie gewöhnlich dürfte die Entscheidung in der Hand der Extremen liegen und der Reichsrat wiederum das Schlachtfeld werden.

Einen nicht geringen Einfluß auf die momentan einlenkende Haltung Seiner Majestät des Kaisers wird die Erwägung gehabt haben, daß Deutschland einer zu starken Neigung der österreichischen Regierung nach der tschechischen Seite nicht ruhig zusehen kann. Ich höre aus guter Quelle, daß selbst Graf Franz Thun — der seine eben projektierte Reise nach Nizza wieder verschoben hat und viel mit Freiherrn von Chlumecky verhandelt — ein Regieren gegen die Interessen des Dreibundes als unmöglich bezeichnet hat. Es scheint dabei die Erkenntnis mitgesprochen zu haben, daß Deutschland als europäischer Machtfaktor in letzter Zeit einen starken Aufschwung genommen hat.

Diese Tatsache ist bei der Entwickelung der Dinge in Österreich nicht hoch genug anzuschlagen. Sie bedeutet eine moralische Stärkung des deutschen Elements in der Habsburgischen Monarchie, eine Kräftigung des deutschen Selbstbewußtseins. Deshalb wird der Rückschlag, den die Inaugurierung einer tschechisch-feudalen Regierung in Wien haben würde, von einsichtigen Persönlichkeiten sehr hoch bemessen, und es ist auf manche Stimme zu rechnen, die im entscheidenden Augenblicke auch in der Burg von „Verblendung" sprechen würde, wenn dort die Neigung einer Anlehnung an die tschechisch-galizisch-klerikale Majorität zu stark in den Vordergrund treten würde.

Überraschungen ist man allerdings stets ausgesetzt. Personen, welche das Wesen und die Arbeit Seiner Majestät des Kaisers genau kennen, behaupten, bemerkt zu haben, daß in letzter Zeit die Entschlußlosigkeit des hohen Herrn im allgemeinen stark zugenommen habe und die Entscheidungen, nachdem sie häufig gänzlich aus-

blieben, bisweilen, wie in einem Bestreben, Energie zu zeigen, ganz unerwartet, fast unüberlegt eintraten.

P. Eulenburg

Nr. 3473

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 109 — Wien, den 31. Mai 1898

Streng vertraulich

Eine dem Grafen Thun nahestehende Persönlichkeit des böhmischen Adels versichert mich, daß der Herr Ministerpräsident vorläufig gar kein Programm habe, als über das Jubiläumsjahr* möglichst ohne Krach hinaus zu lavieren und nachher zu sehen, was sich machen läßt. Sollten nach der bevorstehenden Wiedereröffnung des Reichsrates die Grazer Vorgänge — Ernennung des Grafen Gleispach** zum Oberlandesgerichtspräsidenten, Degradierung der 33 Reserveoffiziere, Auflösung des Gemeinderates*** — zu stürmischen Auftritten führen, so will Graf Thun sofort wieder das Parlament vertagen und mit dem berüchtigten § 14 † weiter regieren. Wie es freilich möglich sein soll, auf diesem Wege die Ungarn gegenüber eingegangene Verpflichtung zu lösen und den Ausgleich bis zum Herbste in parlamentarische Behandlung zu nehmen, scheint Graf Thun selbst noch nicht ganz zu übersehen.

Auf meine Frage, wie sich die Stellung des Grafen zu den Tschechen wohl gestalten werde, erhielt ich die vertrauliche Antwort, daß seit seiner früheren alttschechischen Vergangenheit zwar manches den ehemaligen „Krönungsstatthalter" von den heutigen Jungtschechen entfremdet und zwischen beiden bekanntlich eine Zeitlang zu ausgesprochener Feindschaft geführt habe, daß aber im Grunde seines Herzens Graf Thun noch heute eher tschechische Sympathien hege ††. Tatsächlich würde auch in Böhmen mit der Tschechisierung und na-

---

* Am 2. Dezember 1898 jährte sich der Regierungsantritt Kaiser Franz Josephs zum 50. Male.

** Justizminister im Kabinett Graf Badeni, den Deutschen wegen seiner Beteiligung an den Badenischen Sprachenverordnungen verhaßt.

*** Vgl. darüber Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jahrg. 1898, S. 217 f.

† Der Paragraph 14 der österreichischen Verfassung, der sog. Notparagraph, erlaubte dem Gesamtministerium, unter gewissen Bedingungen Verordnungen mit provisorischer Gesetzeskraft zu erlassen.

†† Die nähere Verbindung Graf Thuns mit dem Tschechentum wird auch dadurch illustriert, daß einer der hervorragendsten Posten seines Kabinetts, das Finanzministerium, einem Führer der Jungtschechen, Kaizl, anvertraut war.

tionalen Unterdrückung der Deutschen fortgefahren trotz allen Geschreis, das das Wenzelsvolk nach „Gleichberechtigung“ erhebe.

Die zuversichtliche Haltung, welche die tschechischen Delegierten kürzlich bei der Verhandlung in Budapest über die innere Lage Österreichs einnahmen *, und die Art, wie die Rückkehr zum Absolutismus von dieser Seite empfohlen wurde, ließ erkennen, daß sie mit Bezug auf das heutige System sich keinen ernsten Sorgen hingeben.

C. M. Lichnowsky

Nr. 3474

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 115 Wien, den 13. Juni 1898

Streng vertraulich

Die Stellung des Abgeordneten Wolf ** in Österreich ist wesentlich verschieden von den Vorstellungen, die sich die deutsche Publizistik und der in seinen Loyalitätsempfindungen verletzte Staatsbürger von ihr zu machen scheint, wenn man aus einzelnen Äußerungen Berliner Blätter, die hier regelmäßig von der Gegenpartei ausgebeutet werden, Rückschlüsse ziehen darf. Als neulich ein solches — vielleicht von der Moltkestraße belehrtes — Blatt im Entrüstungstone von „eidbrüchigen Gesellen“ sprach, so mochte man fragen, was wohl die Herren des Nationalvereins in den Kleinstaaten vor 1866 waren?

Herr Wolf ist heute ohne Zweifel der geistige Führer des deutschen Volks in Österreich, und keine väterlichen Ratschläge vermögen hieran etwas zu ändern. Etwaige Neuwahlen würden seine direkte Anhängerschaft verzehnfacht wiederbringen. Das weiß auch die Regierung sehr genau. Während Herr Schönerer immer mehr zurücktritt und hauptsächlich durch Roheit und Komik von sich reden macht, haben natürliche Begabung, persönliche Unerschrockenheit und Energie, vor allem seine fanatische Hingabe an die nationale Sache und seine Erfolge Herrn Wolf eine Beliebtheit verschafft, die weit über die

* Am 9. Mai waren in Budapest die beiden Delegationen zu ihrer Tagung zusammengetreten. Bei Gelegenheit der Budgetberatungen waren die polnischen und tschechischen Delegierten insbesondere auch wegen der Ausweisungen österreichischer Polen aus Preußisch-Schlesien herausfordernd aufgetreten; doch hatte Graf Goluchowski, der sich überhaupt sehr dreibundfreundlich äußerte und jede Lockerung oder Erkaltung der deutsch-österreichischen Beziehungen in Abrede stellte, es grundsätzlich abgelehnt, gegen die preußischen Maßnahmen Stellung zu nehmen, weil das eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Nachbarstaates wäre.

** Karl Wolf, mit dem Abgeordneten Georg Ritter von Schönerer Führer der Deutsch-Nationalen Partei im Reichsrat.

Grenzen seiner verpönten Partei hinausgeht, wenn auch sehr viele sich scheuen würden, es laut einzugestehen. Außer im klerikalen und feudalen Lager gibt es schon heute wenig Deutsche mehr in der Ostmark, die nicht einsähen, daß ohne die Kampfgenossenschaft des Herrn Wolf und Genossen das Deutschtum unrettbar verloren wäre gegenüber dem Slawentume und seinen weltlichen und geistlichen Helfershelfern.

Die stille Überzeugung, daß in der Zukunft nur der staatliche Anschluß an das übrige, in mächtiger politischer, wirtschaftlicher und geistiger Entwickelung an der Spitze der Zivilisation schreitende deutsche Volk den Bedürfnissen der neun Millionen Deutschen Österreichs vollauf Genüge zu leisten imstande sei, gewinnt täglich mehr an Boden, selbst in gemäßigten Kreisen. Nur dieser Anschluß und die Mitwirkung der ganzen deutschen Nation können die Errichtung des tschechischen Staates und den Untergang des Deutschtums in Österreich nach Ansicht der meisten denkenden Politiker mit Ausnahme der Hof- und Kirchenkreise verhindern. Nur mehr hinsichtlich des Zeitpunktes und der subjektiven Empfindungen gibt es diesbezüglich Unterschiede und Abstufungen. Raubt man dem deutschen Volke in Österreich dieses Ideal, so entzieht man ihm die Kraft, deren es zur Fortführung des Kampfes benötigt.

Haben denn die gemäßigten, loyalen Parteien etwas erreichen können? Hat nicht das Deutschtum durch Jahrzehnte als loyale Staatspartei nur Niederlagen erlitten, steten Rückschritt gemacht? Haben nicht die Tschechen, die „sonderbare Gesellschaft", es durch Anwendung extremer Mittel erreicht, daß man mit ihnen rechnen muß? Wen soll man dem kraftstrotzenden nationalen Staatsgedanken des Tschechentums entgegenstellen, wenn nicht auch ein nationales Ideal? Der völlig blutleere österreichische Staatsbegriff, der nur noch durch einen bedauernswerten Greis und seine ungebärdigen Neffen sowie durch eine römisch-slawische Priesterschaft vertreten wird, reicht sicherlich nicht aus.

C. M. Lichnowsky

Nr. 3475

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Bernhard von Bülow
an den Geschäftsträger in Wien Prinzen von Lichnowsky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 436 — Berlin, den 18. Juni 1898
[abgegangen am 22. Juni]

Ew. pp. gefälligen Bericht Nr. 115 vom 13. d. Mts.*, betreffend den Abgeordneten Wolf und die deutschnationale Partei in Österreich, habe ich mit Interesse gelesen.

* Siehe Nr. 3474.

Was die Haltung der deutschen Publizistik gegenüber den inneren Vorgängen in Österreich anbetrifft, so bestreite ich nicht, daß in derselben nicht immer und nicht überall der richtige Ton maß- und taktvoller Beurteilung der in Betracht kommenden Verhältnisse zum Ausdruck gelangt. Werden auf der einen Seite die berechtigten Sympathien für das schwer bedrohte Deutschtum in Österreich in der deutschen Presse vielfach schärfer betont, als dies der deutschen Sache ersprießlich und für den Gesamtgang unserer auswärtigen Politik nützlich sein kann, so ist es auf der anderen Seite nicht zu verwundern, wenn die zersetzenden und revolutionären Tendenzen, welche neuerdings bei der deutschnationalen Partei Österreichs mehr und mehr auftauchen, auch manches strenge Wort der Kritik grade in der ernsten und monarchisch gesinnten deutschen Presse hervorrufen.

Soweit die Kaiserliche Regierung eine Einwirkung auf die Presse auszuüben in der Lage ist, kann sich in dieser heiklen Frage eine solche Einwirkung nur darauf beschränken, den Blättern diejenige Zurückhaltung anzuempfehlen, welche uns unser intimes Verhältnis zur Habsburgischen Monarchie zur Pflicht macht. So sehr wir wünschen müssen, daß die österreichische Regierung rechtzeitig einsehen möge, ein wie gefährliches Spiel sie für die Zukunft Österreich-Ungarns spielt, indem sie dem Slawentum zum Siege über das Deutschtum verhilft, so sehr müssen wir alles vermeiden, was uns als offen zur Schau getragene Parteinahme für die Deutschnationalen ausgelegt werden könnte. Durch ein Aufgeben dieser Haltung würden wir das Mißtrauen der maßgebenden österreichischen Kreise — der Dynastie, der Regierungsorgane, der Armee — erwecken. Wir würden aber dadurch nicht nur selbst zu einer Erschütterung unseres Bündnisses mit dem Nachbarreiche beitragen, sondern auch Gefahr laufen, die Velleitäten derjenigen deutschen Kreise in Österreich zu unterstützen, welche sich nicht scheuen, neuerdings offen von der Notwendigkeit einer Angliederung der deutschen Landesteile an das Deutsche Reich zu sprechen.

Unser politisches Interesse, dem sich alle platonischen Sympathien unterordnen müssen, und welches einen der traditionellen Grundsätze der preußischen Politik grade seit der vor zweiunddreißig Jahren erfolgten historischen Auseinandersetzung mit Österreich bildet, geht dahin, daß Österreich-Ungarn in seiner selbständigen Großmachtstellung erhalten bleibt. Dieses Interesse verlangt von uns, daß wir uns davor hüten, zersetzende Tendenzen in Österreich, mögen dieselben von tschechischer, polnischer oder deutscher Seite kommen, zu ermutigen. Die Deutschösterreicher dürfen nicht im Zweifel darüber sein, daß, solange es sich bei ihrem Kampfe für die deutsche Sache darum handelt, das Deutschtum als Kitt für den inneren Zusammenhang und ferneren Bestand des österreichischen Staates in seiner jetzigen Gestalt zu retten, wir ihre Bestrebungen mit vollster

Teilnahme verfolgen, daß aber, sobald dieser Kampf als letztes Ziel eine Lostrennung der deutschen Landesteile von Österreich und damit die Rückkehr zu dem Status quo ante 1866 im Auge hat, die Deutschnationalen nicht auf eine Förderung ihrer Pläne von hier aus zu rechnen haben.

Ew. pp. ersuche ich, sich bei Ihrer Beurteilung der dortigen Vorgänge wie in Ihren Auslassungen auch gegenüber Persönlichkeiten aus dem deutschnationalen Lager von diesen Gesichtspunkten leiten zu lassen, welche nicht auf momentanen Erwägungen beruhen, sondern sich aus dem Gang der deutschen und preußischen Geschichte während der letzten zweihundert Jahre ergeben und den dauernden Interessen des neuen Reichs wie des Hohenzollernschen Kaiserhauses entsprechen. Bülow

Nr. 3476

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 324 Wien, den 30. November 1898

Die Form der Beantwortung einer Interpellation der Polen wegen Ausweisungen aus Preußen, welche Graf Thun gestern wählte*, wird

* Am 16. November hatten die Abgeordneten Engel und von Javorski im österreichischen Abgeordnetenhause namens des Tschechen- und Polenklubs eine Interpellation wegen der neuerdings seitens der preußischen Regierung schärfer gehandhabten Ausweisung österreichischer Untertanen slawischer und polnischer Abkunft eingebracht. Indem der österreichische Ministerpräsident Graf Thun bei der Beantwortung der Interpellation am 29. November die Hoffnung aussprach, „daß das nunmehrige Verhalten der preußischen Behörden bei der Ausweisung österreichischer Untertanen mit jenen Rücksichten werde in Einklang gebracht werden, welche wir für unsere Staatsangehörigen beanspruchen können“, gab er zu verstehen, daß das bisherige Verhalten der preußischen Regierung eine solche bundesfreundliche Rücksicht habe vermissen lassen. Der Schluß der Thunschen Rede, die der tschechisch-polnischen Erregung starke Konzessionen machte und von der korrekten Haltung Graf Goluchowskis in den Delegationen (vgl. Nr. 3473, S. 118, Fußnote*) merklich abwich, konnte kaum anders als eine Drohung aufgefaßt werden: „Sollte sich jedoch die Erwartung fortan nicht erfüllen, und sollte insbesondere in den Ausweisungen österreichischer Untertanen entweder eine Kränkung derselben in dem Genusse völkerrechtlicher oder vertragsmäßiger Ansprüche erkannt werden, oder sollte endlich diesen Ausweisungen nicht mehr der Charakter einer bloß gegen einzelne Individuen wirksamen Polizeimaßnahme zukommen, so wolle für einen solchen Fall das hohe Haus die bündige Versicherung meinerseits entgegennehmen, daß ich — und zwar diesbezüglich im vollen Einvernehmen mit der gemeinsamen Regierung — nicht zögern werde, die Rechte der österreichischen Untertanen mit allem Nachdrucke zu wahren, eventuell dem Grundsatze der Reziprozität entsprechende Maßregeln in Anwendung zu bringen.“

von regierungsfeindlicher Seite als Mittel für Angriffe benutzt, indem man das deutsch-österreichische Bündnis als erschüttert darzustellen versucht.

Ich habe bei Graf Goluchowski Einspruch wegen dieser Form erhoben, indem ich den Charakter der Drohung, den der Schlußsatz der Thunschen Antwort zu tragen schiene, zurückzuweisen für nötig erachtete[1].

Graf Goluchowski erwiderte, daß die Antwort Thuns in keiner Weise den Charakter einer Drohung tragen sollte und er ausdrücklich erklärt, daß ein solcher Eindruck nicht beabsichtigt worden sei. Die österreichische Regierung befinde sich in der peinlichen Lage, nachdem er seinerseits fast über die Grenzen der Möglichkeit hinaus die wachsende Erregung wegen der sich stetig häufenden Ausweisungen hintangehalten habe, Stellung dazu nehmen zu müssen. Sie sei genötigt gewesen auszusprechen, daß ihr als letztes Mittel Reziprozität zu Gebote stände.

Ich erwiderte, daß, wenn nicht beabsichtigt, die gewählte Form bedauerliche Mißverständnisse hervorrufen würde und der deutschen Regierung nicht Mittel zu Gebote ständen, einen möglichen Sturm der deutschen Presse aufzuhalten[2].

Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] dasselbe habe ich an Zögyenyi gesagt

Nr. 3477

Der preußische Gesandte in München Graf Monts an den preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 107 — München, den 1. Dezember 1898

Freiherr von Crailsheim* äußerte heut zu mir, Ton und Inhalt der jüngsten gegen uns gerichteten Rede des österreichischen Ministerpräsidenten müsse aufs höchste befremden. Eine derartige Sprache sei doch wohl kaum einem befreundeten, geschweige denn einem eng verbündeten Reiche gegenüber zulässig.

An diesen Tadel anknüpfend sagte der Minister, die Berichte des Gesandten von Podewils aus Wien lauteten immer pessimistischer. Die Mißwirtschaft des Grafen Thun und seiner polnisch-tschechisch-

* Vorsitzender des bayerischen Staatsministeriums.

klerikalen Gefolgschaft habe in den deutschen Provinzen Zustände gezeitigt, die endlich zu offenen Explosionen führen müßten. Mit den gesandtschaftlichen Meldungen deckten sich Mitteilungen aus den bayerischen Grenzbezirken über die im benachbarten Salzburg, Deutschböhmen usw. herrschende Stimmung.

Des weiteren berichte Baron Podewils, russische Intrigen brächten sich in der Hofburg immer mehr zur Geltung. Es scheine, als wenn Graf Murawiew in der Erkenntnis, selbst mit Frankreich im Bunde nicht ein Gleichgewicht der intellektuellen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte gegenüber dem Deutschen Reiche herstellen zu können, mit aller Gewalt Österreich von der Allianz mit uns ab- und zu sich herüberziehen wolle[1]. Klerus, Adel und die ganze Slawenwelt der Habsburgischen Monarchie käme diesen Aspirationen auf mehr als halbem Wege entgegen und habe keinen sehnlicheren Wunsch, als den deutschen durch den moskowitischen Alliierten ersetzt zu sehen. Leider sei der Haß der höchsten Stelle gegen die Deutschösterreicher so blind, daß hinter dem Wunsch, an diesen sich zu rächen, alles zurückträte.

Monts

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] ?
Schlußbemerkung des Kaisers:
Nanu? Jedenfalls wird das Hinpendeln Bayerns nach Oesterreich nicht dadurch vermehrt

Nr. 3478

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 5. Dezember 1898

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät gestatte ich mir einen Erlaß an den Botschafter Grafen zu Eulenburg behufs huldreicher Genehmigung alleruntertänigst zu unterbreiten*, in welchem die Willensmeinung Euerer Majestät über die neuliche Drohrede des Grafen Thun kurz zusammengefaßt ist.

Die andauernd hochgradige Erregung, welche in allen Kreisen des deutschen Volkes durch jene Rede geweckt wurde, ist nicht der entscheidende Beweggrund, welcher mich wünschen ließ, an maßgebender Stelle in Wien die Allerhöchste Anschauung Euerer Majestät, wenn auch zunächst nur in vertraulicher Form, bekannt werden zu lassen. Hauptsächlich bin ich durch die Erwägung geleitet, daß

* Siehe folgende Nummer.

der vom österreichischen Ministerpräsidenten beliebte Ton von neuem angeschlagen werden könnte, wenn angenommen würde, daß derartige Aufwallungen ungerügt durchgehen.

Die geeignete Art der Verwertung des Inhalts dieser vertraulichen Eröffnung wird man meines ehrfurchtsvollen Erachtens dem Grafen Goluchowski überlassen können, zwischen welchem und dem Grafen Thun keine guten Beziehungen bestehen.

B. von Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 5/XII 98 W.

Nr. 3479

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Konzept

Nr. 764 Berlin, den 5. Dezember 1898
[abgegangen am 6. Dezember]

In seiner neulichen Rede über die preußischen Ausweisungen hat der österreichische Ministerpräsident Graf Thun im Abgeordnetenhause anerkannt, daß die darauf bezüglichen österreichischen Reklamationen eine entgegenkommende Behandlung seitens der preußischen Behörden gefunden haben. Diese Erkenntnis hat jedoch den Ministerpräsidenten nicht verhindert, der preußischen Regierung offen zu drohen, namentlich für den Fall, wo den Ausweisungen nicht mehr der Charakter einer gegen einzelne Individuen wirksamen Polizeimaßregel zukommen sollte. Graf Thun kann hierbei nur den Fall im Auge gehabt haben, wo die Ausweisungen aus innerpolitischen Gründen erfolgen.

Die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, Königs von Preußen, hat bei dem Nationalitätenkonflikt, welcher sich innerhalb der österreichischen Grenzen abspielt, nicht nur die äußerste Zurückhaltung beobachtet, sondern hat auch verhindert, daß die deutsch-österreichische Agitation gegen die Kabinette Badeni und Thun auf deutsches Gebiet hinübergetragen wurde. Mit um so größerer Entschiedenheit muß die Regierung Seiner Majestät sich dagegen verwahren, daß der österreichische Ministerpräsident den Versuch macht, unserer inneren Politik die Richtung vorzuschreiben. Wir müssen es ausschließlich dem eigenen Ermessen vorbehalten, diejenigen Verwaltungsmaßnahmen zu verfügen, welche für angemessen erachtet

werden, um der Hineintragung jeder Art von fremdländischer Agitation und Unruhe auf deutsches Gebiet wirksam vorzubeugen.

Die Drohung des österreichischen Ministerpräsidenten hat zunächst die Wirkung, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs in die Unmöglichkeit versetzt wird, gegenüber österreichischen Ausweisungsreklamationen fernerhin ein Entgegenkommen zu zeigen, welches als Schwäche gedeutet werden könnte[1].

Außerdem aber läßt der Geist, welchen die Rede des Grafen Thun atmet — falls dieser maßgebend für die Leitung der österreichischen Politik bleiben sollte —, es zweifelhaft erscheinen, ob die unter solchen Umständen erfolgende Fortsetzung des deutsch-österreichischen Bündnisses mehr als eine Form bedeuten würde. Das deutsche Volk hat sich aber daran gewöhnt, mit diesem Bündnis wie einem effekten Bestandteil des nationalen Inventariums zu rechnen. Die deutsche Regierung würde daher genötigt sein, über die Erwägungen, welche eine Änderung dieses Zustandes herbeizuführen geeignet sind, öffentliche Aufklärung zu geben, sobald wir mit der Tatsache zu rechnen haben, daß das Drohprogramm des österreichischen Ministerpräsidenten ausdrücklich oder stillschweigend als politische Norm akzeptiert wird[2].

Unser kaiserlicher Herr, dessen allerhöchste Willensmeinung in dieser kurzen Darlegung zum Ausdruck kommt, ist bei seiner tiefgewurzelten Freundschaft und Verehrung für Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph naturgemäß verhindert worden, die peinlichen Empfindungen, welche das Auftreten des österreichischen Ministerpräsidenten bei ihm erwecken mußte, dem österreichisch-ungarischen Botschafter gegenüber während der Jubiläumstage* auch nur annähernd zu äußern[3]. Nunmehr beauftragt Seine Majestät jedoch Eure Exzellenz, die vorstehende Eröffnung, zunächst mündlich und vertraulich, zur Kenntnis des gemeinsamen Ministers des Äußern zu bringen, bei welchem Seine Majestät allerdings auch schon ohne diese Mitteilung die Überzeugung voraussetzt, daß die offene Bedrohung des verbündeten Nachbars durch den Leiter der Regierung der einen österreichisch-ungarischen Reichshälfte sich mit dem Geiste des deutsch-österreichischen Bündnisses nicht verträgt.

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] Richtig
[2] gut
[3] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut

---

* Das fünfzigjährige Regierungsjubiläum des Kaisers Franz Joseph am 2. Dezember war auch in Berlin feierlich begangen worden.

Nr. 3480

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 237 Wien, den 8. Dezember 1898
Ganz vertraulich

Noch gestern abend, unmittelbar nach dem Empfang, habe ich den hohen Erlaß Nr. 764* vom 5. d. Mts. dem Grafen Goluchowski mündlich und vertraulich mitgeteilt.

Ich wollte keinen Augenblick zögern, die Kundgebung, welche ich erhofft und erwartet hatte, zur Kenntnis der österreichischen Regierung zu bringen, weil ich mir davon eine gewisse Wirkung in dem Augenblick versprach, wo ein weiteres Vorschieben der tschechisch-antideutschen Politik des Grafen Thun zu erwarten stand.

Ein durchgehendes Pferd kann manchmal noch pariert werden, wenn man es stark „ins Maul reißt".

Ich habe dem Grafen Goluchowski den Inhalt des Erlasses sehr genau — Wort für Wort, den Gedanken folgend — mitgeteilt und ihm nicht eine Silbe geschenkt, wenn es mir auch, bei seinen aufrichtigen und bundestreuen Gesinnungen, persönlich leid tat, daß er die Schläge bekommen mußte, die einem andren galten. Er verfärbte sich sichtlich unter dem Eindruck der scharf pointierten Sätze, und die Blässe verließ ihn nicht mehr während der Dauer meiner Anwesenheit.

Seine Versuche, die Unterhaltung immer wieder auf das Faktum der etwas rigorosen preußischen Ausweisungen zu spielen[1], auf das vielleicht rücksichtslose Vorgehen untergeordneter Organe und auf die Beschwerden deutscher Firmen, welche sogar hier eine Verwendung für die ausgewiesenen Arbeiter usw. erbeten hatten, scheiterten an meiner Bemerkung, daß das Terrain unserer heutigen Unterhaltung die Form der Thunschen Beantwortung sei — nichts anderes.

Schließlich erklärte Graf Goluchowski mit großer Wärme und Entschiedenheit, daß er die zuversichtliche Hoffnung hege, die deutsche Regierung werde nicht an die Absicht einer Drohung des Grafen Thun glauben[2]; eine solche könne bei der Vertragstreue, bei der tiefeingewurzelten Überzeugung von einer inneren Notwendigkeit unseres Bündnisses, welche für ihn, Graf Goluchowski, speziell der Ausgangspunkt und Regulator aller politischen Entschlüsse sei, unmöglich vorliegen. Graf Thun sei selbst über die Deutung, die man seinen Worten gegeben habe, sehr betroffen[3]. Auch er, Graf Thun, könne und wolle nicht den Boden des Bündnisses jemals verlassen. Er sei nichts als der erste Beamte seines kaiserlichen Herren,

---

* Nr. 3479.

dessen unerschütterliche Vertragstreue von seinem Ministerpräsidenten doch nur als Norm für die fallenden Entscheidungen betrachtet werden könne.

Auf diese demonstrative und nach meiner Ansicht von Graf Goluchowski ehrlich gemeinte Entschuldigung ging ich zu einer kurzen, aber sehr ernsten Besprechung der politischen inneren Lage über, nachdem ich noch mitgeteilt hatte, daß der Herr Staatssekretär eine erwartete Interpellation im Deutschen Reichstage demnächst zu beantworten genötigt sein werde.

Der Eindruck, den ich bei meiner Besprechung der Lage gewann, war kein erfreulicher. Ich muß leider der Ansicht Ausdruck verleihen, daß auch Graf Goluchowski die Situation nicht zu übersehen scheint[4] und die deutsche Bewegung unterschätzt. Ich konnte ihm beipflichten, als er die Ansicht aussprach, daß die Deutschen zu sehr zersplittert seien, um mit ihnen regieren zu können, auch daß sie ihre Unfähigkeit nicht nur einmal, sondern stets — zuletzt unter Gautsch — bewiesen hätten, aber ich vermochte mein ernstes Bedenken nicht zurückzuhalten, als der Herr Minister etwa folgendes äußerte:

„In die Unmöglichkeit versetzt, mit den Deutschen zu einem dauernden Einvernehmen zu gelangen, Versprechungen von ihnen zu erhalten, die sie nicht erfüllen, und schließlich auf Feindseligkeiten zu stoßen, die einen landesverräterischen Charakter tragen, das alles hat Seine Majestät bewogen, nunmehr mit festem und unbeugsamem Willen, aber mit größter Ruhe die Ordnung aufrechtzuerhalten und Ruhe innerhalb der Parteien und Nationalitäten herzustellen auf dem Wege, der ihm der richtige erscheine. Einer „Justamentpolitik" der Deutschen wird er sich nicht beugen. Dessen können Sie sicher sein! Der Kaiser ist ganz ruhig, ganz entschieden in diesem Sinne. Seine Verstimmung gegen die Deutschen ist sehr groß, ganz außerordentlich groß, und eine etwaige Fortsetzung ihrer „Justamentpolitik" dürfte diese Verstimmung nur noch verstärken und keinenfalls den Erfolg haben, den sich etwa die Deutschen von ihrer auflehnenden Haltung versprechen[4].

Glauben Sie bitte nicht, daß sich die Regierung Seiner Majestät etwa von vorgefaßten Meinungen leiten ließe. Sie wird gegenüber den Deutschen Österreichs so gerecht bleiben wie gegenüber anderen Völkern und hofft die Schwierigkeiten mit Ruhe — und dem § 14 — zu überwinden."

Die Anerkennung einer tiefen Verstimmung des Kaisers gegen die Deutschen durch den Minister Seiner Majestät und die wohl nach so manchen Enttäuschungen und Ärgernissen seitens der gespaltenen und ungeschickten Parteien augenscheinlich feste Absicht, auf dem Wege der Thunschen Politik verharren zu wollen, eröffnete eine so traurige Perspektive, daß ich nochmals die so oft schon vergeblichen Warnungen wiederholte und auf die unausbleiblichen Schwie-

rigkeiten hinwies, die unsrem Bündnisse drohten, das mir doch der Graf als die „Grundlage und den Ausgangspunkt aller seiner politischen Entschließungen“ soeben noch bezeichnet habe. Aber der Minister verharrte in einer Art eigensinnigem Schweigen. Er schien wohl damit die Ruhe des Entschlusses andeuten zu wollen, unbeirrt den Weg zu gehen[5], den sein kaiserlicher Herr zum Heile seiner Völker als den rechten erkannt habe.

Es liegt etwas Tragisches in dieser Haltung. Die Überzeugungstreue, mit der der greise, gebeugte, gütige Monarch, gefolgt von seinen Räten und Ministern, den falschen Weg geht, ist ein bewegendes Bild. Österreich hat es uns im Laufe von 50 Jahren der Regierung Kaiser Franz Josephs öfters gezeigt. Ich fürchte, daß auch dieses Mal, vor den Augen des treuen Bundesgenossen, dem die Hände gebunden sind, welche helfen wollen, Österreich den falschen Weg bis zu Ende gehen wird[6].

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ach was! Szögyenyi hat mir selbst gesagt, er habe aus den Reklamationen ersehen, daß es lauter scheußliche Mauschels wären, die es redlich verdienten!

[2] ich glaube daran!

[3] warum hat er nicht um Entschuldigung gebeten!

[4] !

[5] ums Himmels Willen, wo soll das hin?

[6] richtig

Nr. 3481

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 10. Dezember 1898

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht, einen Bericht Allerhöchstdero Botschafters in Wien vom 8. d. Mts.* über die Eröffnungen, die derselbe erhaltenen Weisungen entsprechend infolge der Thunschen Rede dem Grafen Goluchowski gemacht hat, und über die Aufnahme, die diese Eröffnungen bei dem österreichisch-ungarischen Minister gefunden haben, alleruntertänigst zu unterbreiten.

Der Bericht läßt erkennen, daß Graf Goluchowski sich auch jetzt noch der Tragweite des von dem österreichischen Ministerpräsidenten begangenen faux pas nicht hinlänglich bewußt ist. Auch ist Graf Eulenburg noch nicht in der Lage, über irgendeine Äußerung des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten zu berichten, die darauf schließen lassen könnte, daß Graf Goluchowski vom Grafen Thun

* Siehe Nr. 3480.

zu irgendwelcher Entschuldigung gegenüber der Regierung Euerer Majestät ermächtigt worden sei[1].

Unter diesen Umständen werden wir meines unmaßgeblichen und ehrfurchtsvollsten Dafürhaltens nicht umhinkönnen, der österreichisch-ungarischen Regierung die Wirkungen der Ausfälle des Grafen Thun gegen uns dadurch fühlbar zu machen, daß wir in der nächsten Zeit dem Wiener Kabinett gegenüber eine gewisse Kühle markieren[2].

Euerer Majestät huldreicher Erwägung wage ich ferner alleruntertänigst anheimzustellen, ob Allerhöchstdieselben den vorliegenden Fall für geeignet halten, um Allerhöchstdero Botschafter in Wien mit einem direkten Auftrage an Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph zu betrauen. Euerer Majestät Botschafter könnte angewiesen werden, dem Kaiser Franz Joseph unter Betonung des unerschütterlichen Vertrauens, welches Euere Majestät in höchstdessen Bündnistreue setzten, unter Berufung auf die freundschaftlichen Gesinnungen, die Euere Majestät für den ehrwürdigen Monarchen hegten, und unter besonderer Betonung, wie Euerer Majestät nichts ferner liege, als sich irgendwie in die inneren österreichischen Verhältnisse einmischen zu wollen, Euerer Majestät Standpunkt darzulegen. Dabei würde Graf Eulenburg ausführen können, wie sehr Euerer Majestät die hohe Aufgabe einer Pflege der innigen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn dadurch erschwert würde, daß Graf Thun sich nicht gescheut habe, ohne jeden ernstlichen Anlaß, unprovoziert und aus eigenster Initiative plötzlich von der Tribüne herab Äußerungen in die Öffentlichkeit zu schleudern, welche notwendigerweise in der Presse aller Länder Diskussionen über den Bestand und die Festigkeit des Bundesverhältnisses zwischen beiden Reichen hervorrufen mußten. B. von Bülow

---

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden!
Phili soll einen Brief dieses Inhalts von mir überbringen, zu dem Sie mir eine kurze Kladde aufsetzen werden, und in der angeführten Weise durch seine Auseinandersetzungen unterstützen und erläutern! W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Unerhört!
[2] ja

Nr. 3482

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Franz Joseph von Österreich

Unsigniertes Reinkonzept

Potsdam, den 12. Dezember 1898

Mein teuerer Freund!

Das gütige Wohlwollen, das Du mir stets in so reichem Maße bewiesen hast, und das ich mit verehrungsvoller herzlicher Zuneigung

erwidere, ist mir eine sichere Gewähr für die freundliche Aufnahme, die Du diesen Zeilen schenken wirst.

Ich weiß, mit welcher Treue Du an dem Bündnisse hältst, welches Du mit meinem seligen Großvater geschlossen hast, und welches seit nunmehr bald zwei Jahrzehnten zum Wohl unserer Völker und zum Segen der ganzen Welt Deutschland und Österreich-Ungarn miteinander innig verbindet. Mein Bestreben ist es stets gewesen und wird es immer sein, Dir zu zeigen, wie hoch auch ich den Wert dieses Freundschaftsbundes anschlage, und wie sehr es mir am Herzen liegt, dieses teuere Vermächtnis zu hüten.

Wenn ich daher heute zu einer freundschaftlichen Aussprache über einen Vorgang im österreichischen Reichsrat mich gedrängt fühle, so bitte ich Dich inständigst versichert zu sein, daß lediglich die Sorge um die für unser Bündnis gefährlichen Folgen dieses Vorganges mich zu einem solchen Schritte veranlassen, mir dagegen nichts ferner liegt, als mir eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deines Reiches zu erlauben. Um auch nur jeden Schein einer solchen Einmischung zu vermeiden, habe ich meiner Regierung gegenüber den inneren Streitigkeiten Österreichs nicht nur die äußerste Zurückhaltung zur strengsten Pflicht gemacht, dieselbe ist vielmehr auch auf meinen Befehl auf das sorgsamste bestrebt gewesen, jedes Hinübertragen der Agitation gegen die Kabinette Badeni und Thun auf deutsches Gebiet mit allen Mitteln zu verhindern.

Um so schmerzlicher mußte es mich berühren, als der Ministerpräsident Graf Thun sich vor kurzem *unprovoziert* und aus eigenster Initiative plötzlich *in öffentlicher Sitzung* zu Drohungen hinreißen ließ, die zur unverhohlenen Freude aller Gegner des Dreibundes im In- und Auslande von Freund und Feind als Anzeichen einer Erschütterung unseres Bundesverhältnisses aufgefaßt worden sind. Der durch diese Drohungen hervorgerufene Eindruck ist um so trauriger, als gar kein Anlaß zu einem solchen Vorgehen vorlag, gleichwohl aber seitdem keine Remedur eingetreten ist.

Mein Vertrauen zu dem Bestand unseres Bündnisses, soweit dasselbe auf unseren beiderseitigen persönlichen Gesinnungen und denen unserer Armeen beruht, ist zu fest gewurzelt, als daß ich an eine Gefährdung desselben lediglich durch unbedachte Äußerungen eines Ministers glauben könnte. Ich kann mich aber der Besorgnis nicht verschließen, daß Äußerungen dieser Art, wenn sie unwidersprochen bleiben oder gar wiederholt werden, geeignet sind, unsere Völker irrezuführen und den Mut der Feinde des Dreibundes und des Friedens zu erhöhen.

Da ich in allem, was Freundschaft und Frieden unserer Reiche angeht, mich einig mit Dir weiß, glaube ich nichts Besseres tun zu

können, als Dir meine Besorgnisse vertrauensvoll und offen auszusprechen.

In steter Anhänglichkeit verbleibe ich

Dein treuer Freund und Bruder

Nr. 3483

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 241 Wien, den 12. Dezember 1898

Graf Goluchowski ist mit der Beantwortung der bekannten Interpellation durch den Grafen Thun in eine große Verlegenheit gekommen. Daß wenigstens der Gedankengang dieser Beantwortung vorher im Auswärtigen Amte festgestellt worden ist[1], unterliegt wohl keinem Zweifel, aber es scheint, wie ich höre, Graf Thun in eigenmächtiger und ungeschickter Form den Faden fortgesponnen zu haben, der ihm gereicht wurde[2] *.

---

* Nach Äußerungen des Grafen Thun zu dem Abgeordneten Dr. Pergelt, über die dieser in einer Sitzung der Vertrauensmänner der Deutschen Fortschrittspartei in Prag am 21. Dezember referierte, wäre die Fassung seiner Rede vom 29. November auf ausdrücklichen Befehl Kaiser Franz Josephs selbst erfolgt. Der Konsul in Prag Freiherr von Seckendorff war in der Lage, am 28. Dezember ein Referat über die Äußerungen Dr. Pergelts aus der Feder eines zugegen gewesenen Abgeordneten nach Berlin mitzuteilen. Es lautete:
„Dr. Pergelt erzählte uns, daß er Gelegenheit genommen habe, den Ministerpräsidenten über die auf die tschechische Ausweisungsinterpellation erteilte Antwort der Regierung zu befragen. Graf Thun habe ihm ausdrücklich erklärt, daß die gewählte Fassung auf allerhöchste Weisung des Kaisers erfolgt sei. Er selbst sei von der erhaltenen Instruktion frappiert gewesen und hätte derselben am liebsten keine Folge gegeben, wenn er nicht durch den von oben gekommenen Befehl gebunden gewesen wäre. Es sei nicht zu leugnen, habe Graf Thun gesagt, daß bei Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph eine gewisse Verstimmung gegenüber der deutschen Politik Platz gegriffen, die ihren Ursprung auf das plötzlich erfolgte Ausscheiden Deutschlands aus dem Konzert der Mächte in Sachen Kretas zurückführe. Verstärkt worden sei dieselbe durch Hinterbringung gewisser, im kleinen Kreise anläßlich von Herrenabenden geschehener scharfer Äußerungen Seiner Majestät des Deutschen Kaisers über die augenblicklichen österreichischen parlamentarischen und sonstigen Wirren, in denen man an maßgebender Stelle in Wien eine Einmischung in innere, rein österreichische Angelegenheiten zu erblicken geneigt gewesen sei. ‚Die Sache in Berlin hat ein Loch,' meinte Graf Thun lachend, ‚es sickert da manches durch, was nicht für uns bestimmt ist, aber dennoch zu unseren Ohren gelangt'".
Zu der Angabe, daß Kaiser Franz Joseph wegen des Ausscheidens Deutschlands aus dem europäischen Konzert in Sachen Kretas (vgl. dazu Bd. XII, Kap. LXXXI) verstimmt gewesen sei, bemerkte Kaiser Wilhelm am Rande des „Referats": „Unsinn; der Kaiser nie! Der war glückselig hinaus zu sein. Wozu er mir noch

Die der Regierung feindlichen Parteien wollten diese günstige Gelegenheit benutzen, um einen Gegensatz zwischen Graf Goluchowski und Graf Thun zu konstruieren, und die immer lebhafter werdende Diskussion des Vorgangs mußte die Regierung veranlassen, jene offiziöse Kundgebung in dem „Fremdenblatte“ zu erlassen, welche besagte, „daß die Beantwortung in vollem Einverständnisse mit dem Minister des Äußern ergangen sei.“

Einen andern Standpunkt kann[3] Graf Goluchowski nicht einnehmen — er müßte denn einen Anlaß suchen, um seinen kaiserlichen Herrn vor eine Entscheidung zwischen ihm und Graf Thun zu stellen. Dieses aber scheint dem Grafen nach der jetzt eingeschlagenen Politik durchaus fern zu liegen. Es ist bedauerlich zu sehen, wie der Haß gegen die Deutschnationalen ihn nicht minder als seinen Herrn und so viele sonst verständige Männer in Bahnen getrieben hat, die zu ungewissen Zielen führen[4].

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Also doch! Der Pole!

[2] wieder dieselbe Geschichte von Butler und Octavio Piccolomini

[3] o ja! Als Minister einer 3 Bundsmacht durfte er ihn überhaupt nicht einnehmen

[4] leider nur zu gewissen!

Wenn hier nicht Remedur uns gegenüber eintritt und frei öffentlich die Sache entschuldigt wird, sondern fortglimmt, dann wird es wie mit der Sprachenverordnung werden und ein fortfressendes Uebel daraus!

Nr. 3484

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Konzept

Nr. 781 Berlin, den 13. Dezember 1898

Der gefällige Bericht Nr. 237 vom 8. d. Mts.*, betreffend die Eröffnungen, die Ew. pp. erhaltenem Auftrage gemäß infolge der Rede des

---

am Beisetzungstage der Kaiserin [† 10. September 1898] sagte: aber wie ich mich freue, daß wir beide nicht dabei sind! Da war nur Goluchowski piquirt, weil er sich in der Affaire mehrfach blamirt hatte.“ Auch gegen die angebliche Behauptung Graf Thuns über scharfe Äußerungen des Deutschen Kaisers hinsichtlich der österreichischen parlamentarischen und sonstigen Wirren legte Kaiser Wilhelm nachdrückliche Verwahrung ein: „Ich habe seit vorigem Winter überhaupt gar keine Herrenabende abgehalten, und bei meiner großen Verehrung für den Kaiser mich peinlichst jedes Urteils über die Dinge in Oesterreich Fremden gegenüber enthalten.“

* Siehe Nr. 3480.

österreichischen Ministerpräsidenten über die Frage der Ausweisungen dem Grafen Goluchowski gemacht haben, läßt erkennen, daß der Graf sich der Tragweite der vom Grafen Thun gegen uns gerichteten Ausfälle noch heute nicht hinlänglich bewußt ist.

Wenn dem Minister des Äußern nach Ew. pp. Bericht die im österreichischen Reichsrate vom Ministertische aus gegen das verbündete Deutsche Reich gemachten Ausfälle auch persönlich unerwünscht und peinlich gewesen sind, so hat er doch keine einzige Äußerung getan, die darauf schließen lassen könnte, daß er vom Grafen Thun zu irgendwelchen Entschuldigungen wegen des begangenen faux pas ermächtigt worden sei. Dies Verhalten des zisleithanischen Kabinetts bekundet ein mangelndes Verständnis für die Pflichten der Rücksichtnahme gegenüber einer verbündeten Macht und steht im Mißverhältnis zu dem Maße von versöhnlicher Zurückhaltung, das sich die Regierung Seiner Majestät des Kaisers in der vorliegenden Angelegenheit bisher auferlegen zu sollen geglaubt hat.

Aus der Aufnahme, die Ew. pp. Eröffnungen beim Grafen Goluchowski gefunden haben, hat unser allergnädigster Herr nicht die beruhigende Überzeugung gewinnen können, daß der beabsichtigte Zweck erreicht und ähnlichen, für das deutsch-österreichische Bündnis gefährlichen Überraschungen für die Zukunft hinreichend vorgebeugt worden sei. Seine Majestät haben daher beschlossen, den Zwischenfall zum Gegenstand eines eigenhändigen allerhöchsten Briefes an Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph zu machen und Ew. pp. mit Übergabe dieses Briefes zu betrauen. Demgemäß ersuche ich Ew. pp. auf allerhöchsten Befehl, in einer bei dem Kaiser von Österreich nachzusuchenden Audienz höchstdemselben den hier beigeschlossenen Brief* unseres allergnädigsten Herrn zu übergeben und zugleich dem Kaiser den Standpunkt Seiner Majestät zu entwickeln.

Ew. pp. wollen dabei besonders betonen, wie das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers in die Bündnistreue des Kaisers von Österreich ein unerschütterliches sei, und wie gerade dieses Vertrauen sowie die freundschaftlichen Gesinnungen, die unser erhabener Herrscher für seinen hohen Verbündeten hegten, Seine Majestät bewogen hätten, allerhöchst sich direkt an den Kaiser Franz Joseph zu wenden. Weil auch unser allergnädigster Herr an dem Bündnis mit Österreich mit unwandelbarer Treue festhalte, und weil allerhöchstderselbe in diesem Bündnis einen der Grundpfeiler seiner Politik erblicke, liege Seiner Majestät die Angelegenheit besonders am Herzen. Kaiser Franz Joseph möge überzeugt davon sein, daß unserem allergnädigsten Herrn nichts ferner liege, als sich irgendwie in die inneren Angelegenheiten Österreich-Ungarns mischen zu wollen, höchstderselbe werde sich aber auch der Erkenntnis nicht verschließen, wie sehr dem Deutschen

---

* Siehe Nr. 3482.

Kaiser die hohe Aufgabe einer Pflege der deutsch-österreichischen Beziehungen dadurch erschwert werde, daß der österreichische Ministerpräsident sich nicht gescheut habe, ohne jeden ersichtlichen Anlaß, unprovoziert und aus eigenster Initiative von der Tribüne herab Äußerungen in die Öffentlichkeit zu schleudern, die notwendigerweise in der Presse aller Länder Diskussionen über den Bestand und die Festigkeit des Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn hervorrufen mußten. Über Ihre Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph und über die Aufnahme, welche Ihre Darlegungen sowie der Inhalt des allerhöchsten Briefes bei höchstdemselben finden werden, darf ich einem gefälligen Bericht noch entgegensehen.

Zu Ihrer persönlichen Orientierung übersende ich Ew. pp. anbei ergebenst Abschrift Ihres Berichtes vom 8. d. Mts. mit den von Seiner Majestät dem Kaiser zu demselben gemachten Randbemerkungen; ferner gleichfalls zur persönlichen Orientierung und Regelung Ihrer Sprache Abschrift des allerhöchsten Schreibens.

Bülow

Nr. 3485

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 244 Wien, den 13. Dezember 1898

Das „Fremdenblatt“ vom heutigen Tage bringt eine als Muster k. und k. Kanzleistiles interessante Auslassung über die Interpellationsbeantwortung des Grafen Thun, die ich mich beehre im Wortlaut hier beizufügen*.

Herr von Kállay sprach mir die Ansicht aus, „daß damit nun hoffentlich der ganz unnötigerweise so viel Staub aufwirbelnde Zwischenfall[1] zu Grabe getragen sei.“

Ich erwiderte, daß der Lärm doch nicht gerade „unnötig“ gewesen und ich andererseits befürchten müsse, daß er trotz der Bemühung des „Fremdenblatts“ fortdauern werde.

---

* Der Artikel des „Fremdenblatts“ betonte nochmals, daß in der vielbesprochenen Rede des Grafen Thun eine Drohung nicht enthalten, jedenfalls nicht beabsichtigt gewesen sei. Zum Schlusse bemerkte das Blatt: „Im allgemeinen scheint uns, daß die Wichtigkeit des Falles von Anfang an überschätzt und durch geflissentliches gegenseitiges Zitieren sowohl bei uns wie in Berlin noch unnötig aufgebauscht wurde, zum Gaudium Dritter, die schon lange vergeblich auf einen Anlaß gewartet hatten, den unerschütterten Bau des Dreibundes wieder einmal als schlecht fundamentiert hinzustellen.“ Dazu schrieb Kaiser Wilhelm II. an den Rand: „Das Gaudium trat ein nach der Rede, nicht nach der Aufbauschung!“

Graf Thun, dem ich in den letzten Tagen zufällig öfters begegnete, zeigt ein ganz auffallend bemerkenswertes Bestreben, höflich und freundschaftlich zu erscheinen. Doch äußert er sich nicht über seine ominöse Beantwortung. Gestern trat er im Vorzimmer des Grafen Goluchowski mit Lebhaftigkeit an mich heran, um mir mit Wärme auszusprechen, welchen tiefen Eindruck die glänzende und bedeutende Rede des Herrn Staatssekretärs * auf ihn gemacht habe [2].

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unglaublich!

[2] das nutzt alles nichts! Er muß um Entschuldigung bitten, und das frei öffentlich

Nr. 3486

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 247 — Wien, den 15. Dezember 1898

Vertraulich

Ich hatte die Ehre, heute nachmittag das allerhöchste Handschreiben Seiner Majestät des Kaisers und Königs ** persönlich an Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph zu übergeben.

---

* In seiner großen Reichstagsrede vom 12. Dezember 1898, in der er sich über die schwebenden außenpolitischen Fragen ausließ, hatte Staatssekretär von Bülow mit einigen vorsichtigen Worten auch den Zwischenfall Graf Thun gestreift: „Es sind auch zur Sprache gebracht worden die Ausweisungen fremder Untertanen aus dem preußischen Staatsgebiet. Auf diese Angelegenheit einzugehen, hätte ich an sich eigentlich keine Veranlassung, da dieselbe, streng genommen, vor das Forum des preußischen Landtags gehört, aber das kann ich aussprechen, daß, wenn man geglaubt hat, daß durch diese Ausweisungen unsere Beziehungen zu andern Staaten getrübt werden könnten, ich Sie vollkommen beruhigen kann. Diese Ausweisungen sind ein Ausfluß unserer Souveränität, welche wir von keinem Staat antasten lassen. (Beifall.) Dadurch werden unsere internationalen Beziehungen nicht alteriert. Über einzelne Spezialfälle schweben zwischen den deutschen und den österreichisch-ungarischen diplomatischen Organen freundschaftliche und vertrauliche Besprechungen, welche den Charakter jener Intimität tragen, der unsere allgemeine Beziehung zu der österreichisch-ungarischen Regierung charakterisiert. Mehr möchte ich nicht sagen, denn ich glaube, daß ein Minister besser tut, über kleinere Divergenzen mehr geschäftlicher Natur zwischen befreundeten Staaten nur in versöhnlichem Sinne und nach einiger Überlegung mit genauer Abmessung der Tragweite seiner Worte zu sprechen. (Beifall.) Der Dreibund ist nicht erschüttert worden, er gleicht einer Festung in Friedenszeiten, auf deren Glacis die Bäume mit jedem Jahre höher wachsen, was aber nicht hindert, daß im Falle des Krieges, den ich in diesem Augenblick nicht voraussehe und nicht wünsche, die Festung in kürzester Zeit sturmfrei gemacht werden kann.“
Siehe Schultheß' Europäischer Geschichtskalender 1898, Seite 188.

** Siehe Nr. 3482.

Seine Majestät lasen dasselbe in meiner Gegenwart langsam und gründlich und gingen sodann zu einer Erörterung der durch die bekannte Interpellationsbeantwortung des Grafen Thun geschaffenen Lage ein.

Der Kaiser wiederholte ziemlich genau die mir vom Grafen Goluchowski gemachten Äußerungen, indem er versicherte, daß von der Absicht einer Drohung nicht die Rede sein könne[1]. So wenig wie er selbst nehme Graf Thun eine feindliche Stellung gegenüber dem Bunde mit Deutschland ein, und er bedauere nur lebhaft, daß diese Sache zu so gewaltsamen Formen aufgebauscht worden sei. Hieran sei einerseits die „Neue Freie Presse" schuld, welche geradezu eine landesverräterische Haltung zeige, andrerseits die deutsche Presse im allgemeinen — und er müsse bedauern, daß auch die offiziöse Presse durch den Abdruck von allerhand aufregenden Artikeln sich nicht völlig fern von der entstandenen Bewegung gehalten habe. Er betrachte die Sache mit der geschickten Rede des Herrn Staatssekretärs von Bülow* als abgetan[2]. Der Kaiser fügte lächelnd hinzu: „Mit seiner Rede, in der ja nun eine Lektion erteilt worden sei, die nichts zu wünschen übrig ließe."

Als der Kaiser die in ziemlich lebhafter Form gemachten Bemerkungen schloß, bat ich Seine Majestät, mir gestatten zu wollen, mich in aller Offenheit auszusprechen. Auf die sehr freundliche Gewährung meiner Bitte wies ich zuvörderst in entschiedener Form den Vorwurf zurück, der der deutschen Regierung bezüglich der offiziösen Presse gemacht worden sei. Es sei, sagte ich, der deutschen Regierung nicht leicht, eine Frage ohne Diskussion zu lassen, welche das deutsche Volk viel tiefer erregt habe, als Seine Majestät zu wissen scheine. Daher sei ein Abdruck von Artikeln anderer Blätter wohl das mindeste Maß, das ein Blatt seinen Lesern bezüglich einer Frage bieten könne, die auf allen Gassen diskutiert werde.

An der Ehrlichkeit und der treuen Gesinnung der deutschen Regierung könne Seine Majestät wohl ebensowenig zweifeln wie wir an der seinigen.

Der Kaiser gab mir dieses in sehr freundlicher Form zu und machte dann die Bemerkung, daß es im übrigen doch nur die Presse sei, welche von einer Beunruhigung des Dreibundes spräche. Die Regierungen Europas wüßten genau, wie es um den Dreibund stände — und daher erschiene auch aus diesem Grunde die Sache unnötig aufgebauscht.

Ich gestattete mir die Erwiderung, daß mir ein unbestimmtes Gefühl sage, es seien die Intriganten der dem Dreibunde feindlichen Mächte am Werk, um ihren Hebel in der geschaffenen öffentlichen Verstimmung anzusetzen. Fürchtete ich auch keine ernsten Folgen

---

* Vgl. Nr. 3485, S. 135, Fußnote *.

von ihrer Arbeit, so werde doch durch unüberlegte Äußerungen aus dem Munde eines Staatsmannes ein Schein erweckt, der besser unterbliebe.

Ich wolle auch Seiner Majestät nicht verhehlen, daß bei der Beurteilung, welche Graf Thun in Deutschland erführe, doppelte und dreifache Vorsicht geboten sei, um nicht sehr unliebsame Störungen des guten Einvernehmens zu gewärtigen. Graf Thun sei anfangs schon mit Mißtrauen, aber in abwartender Haltung von der deutschen Bevölkerung betrachtet worden. Seine unvorsichtige Rede habe plötzlich den Strom in das bereits vorhandene Bett gelenkt.

Der Kaiser unterbrach mich mit der Bemerkung, daß der deutsche Graf Thun doch niemals gegen Deutschland Front machen könne — ein Mann mit urdeutschem Namen und ehrlicher Anhänger des Dreibundes[3]!

Hierauf entwickelte ich Seiner Majestät, daß die heillosen Zustände innerhalb der Deutschen Österreichs allerdings der Regierung, die eine Majorität brauche, die Stellung unendlich erschwere. Deutschland erkenne dieses durchaus an. Aber eine tschechische Majorität als Regierungspartei bringe den deutschen Professor und Studenten aller deutschen Gaue in eine Stimmung, der die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers mit dem besten Willen nicht mehr Herr werden könne[4].

Diese Erkenntnis setze auch Seine Majestät, meinen allergnädigsten Herrn, in schwere Besorgnis, weil allerhöchstderselbe über die innige und treue Freundschaft zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland zu wachen sich zum schönsten und höchsten Ziele gesetzt habe. Durch ein stärkeres Hervortreten der Tschechen aber werde eine so heikle, so schwierige Lage geschaffen, daß aller guter Wille schließlich an einem Punkte anlangen müsse, der stärker als die gute Absicht sei[5].

Der Kaiser hörte sehr aufmerksam zu und erwiderte mit Nachdruck: „Es liegen mir die Deutschen ebensosehr am Herzen als die Völker, welche in schneller Entwickelung zu einer Bedeutung gekommen sind, welche nicht mehr zu leugnen ist. Daher ist nicht zu fürchten, daß das eintreten kann, was Sie befürchten. Ganz gewiß nicht. Das ist mein fester Wille."

Ich teilte nunmehr dem Kaiser meine Beobachtungen über hiesiges Parteigetriebe mit und versuchte ihn — mit möglichster Vorsicht — auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die in einer Vergewaltigung der so verhaßten Deutschnationalen läge. Ich sagte unter anderem, daß leider nur die extremen Parteien aller Länder Prestige hätten und sich daher als die stärksten darstellten, wenn sie es auch vielleicht tatsächlich nicht seien. So meinte ich, daß in allen deutschen Ländern Österreichs eine Leidenschaft aufflammen würde, die man nicht mehr zügeln könnte, wenn dieser Partei, die ihre Wurzeln in der Sprache hätte, die sie sprächen, Gewalt angetan werden sollte.

Der Kaiser wich jetzt einer Antwort aus. Ich fühlte wohl, daß ein starkes Gefühl des Hasses hierbei im Spiele war. Aber er wiederholte doch wieder mit Ruhe: „Es wird nicht eintreten, was Sie befürchten!"

Mit dieser Wendung, die mit dem Ausdruck großer persönlicher Freundlichkeit an mich gerichtet wurde, glaubte ich die Unterhaltung abschließen zu sollen.

Der Kaiser aber begann nochmals nach einer kleinen Pause die Hoffnung auszusprechen, daß der Thunsche Zwischenfall nach der Erwiderung des Herrn Staatssekretärs als beendet angesehen werden möge[6]. Ich machte eine Bemerkung, die auf die Beteuerungen des Grafen Goluchowski hinauslief, welche nichts von einer Reue des Grafen Thun enthalten hätten.

Der Kaiser nahm auch diese Äußerung in freundliche Erwägung, wenn auch nicht ohne Seufzer.

Ich gestattete mir alsdann die Unterhaltung auf andere Gebiete zu spielen und wurde erst nach längerer Zeit und mit Zeichen eines Wohlwollens entlassen, das mich unter den obwaltenden Umständen sehr freudig und dankbar berühren mußte.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Dann soll Thun es doch aussprechen
[2] von uns, die wir die Ohrfeige bekamen
[3] und sonst ein Czeche durch und durch
[4] richtig
[5] gut
[6] !

Nr. 3487

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 16. Dezember 1898

In dem alleruntertänigst hier beigefügten Bericht vom gestrigen Tage* erstattet Euerer Majestät Botschafter in Wien Meldung über die Audienz, in welcher derselbe Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph Allerhöchstdero Handschreiben aus Anlaß der Rede des österreichischen Ministerpräsidenten über die Ausweisungen überreicht hat.

Die Aufnahme, die Euerer Majestät Brief beim Kaiser von Österreich gefunden hat, ist zwar nach diesem Bericht eine freundliche gewesen, doch hat Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph irgendwelche Remedur, sei es durch Rücktritt des Grafen Thun, sei es auch

---

* Siehe Nr. 3486.

nur durch eine von letzterem ausgehende öffentliche Zurückziehung der von ihm getanen Äußerungen weder für jetzt noch für die Zukunft in Aussicht gestellt[1].

Auf Grund einiger mit seinem Bericht gleichzeitig eingetroffener Privatzeilen des Grafen zu Eulenburg an mich möchte ich annehmen, daß die Schwierigkeit weniger in der Person Seiner Majestät des Kaisers von Österreich liegt als in ministeriellen Bedenken gegen jede Erklärung, durch welche das Prestige des Kabinetts Thun bei der tschechischen Parlamentsmehrheit geschädigt werden könnte.

Unter diesen Umständen gestatte ich mir anknüpfend an Euerer Majestät huldreiche Marginalien zu dem alleruntertänigst hier wieder beigefügten Bericht des Grafen Eulenburg vom 12. d. Mts.* die ehrfurchtsvolle Anfrage, ob der Inhalt Allerhöchstdero Briefes in der auszüglichen Fassung, zu der einen Entwurf** hier ebenfalls alleruntertänigst beizufügen ich mir erlaube, veröffentlicht werden soll[2].

Durch diese Veröffentlichung würde jedenfalls dem deutschen Volke gezeigt werden, wie Euerer Majestät die Wahrung der Würde und der Interessen des Reiches am Herzen liegt.

B. von Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 !

2 Vorläufig noch nicht. Bis wir sehen, daß sich Wien absolut weigert uns irgend eine Remedur zu schaffen, oder bis so falsche absichtlich gefälschte Inhaltsangaben von dort aus verbreitet werden, daß sie rektifizirt werden müssen

Anlage

In einem längeren und sehr freundschaftlichen Briefe, den der Botschafter Graf zu Eulenburg vorgestern Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph übergab, vergleicht Seine Majestät der Kaiser Wilhelm die Haltung seiner Regierung, welche nicht nur jede Stellungnahme zu innerösterreichischen Fragen vermied, sondern auch die Übertragung der gegen die Kabinette Badeni und Thun gerichteten Agitation auf deutschen Boden verhinderte, mit der neulichen Rede des österreichischen Ministerpräsidenten über eine Frage innerer preußischer Verwaltung. Diese vom Grafen Thun gewählte ungewöhnliche Form der Erledigung schwebender geschäftlicher Fragen im Wege öffentlicher Bedrohung erscheint zwar an sich geeignet, die Bestrebungen zu unterstützen, welche sich auf Lösung des deutsch-österreichischen Bündnisses richten, Kaiser Wilhelm hält aber gleichwohl mit Rücksicht auf die persönlichen Gesinnungen beider Monarchen an der Überzeugung fest, daß jene Bestrebungen aussichtslos bleiben werden.

---

* Siehe Nr. 3483.

** Siehe Anlage.

Nr. 3488

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 249 Wien, den 16. Dezember 1898
Ganz vertraulich

Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß der frühere Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Kramář, gegen den sich wie gegen Herrn von Abrahamowicz* unter dem Ministerium Badeni der Sturm der Deutschen richtete, in nächster Zeit einen Artikel in der „Revue de Paris" erscheinen lassen wird, welcher unter Hinweis auf das „angekränkelte" Bündnis mit Deutschland ein österreichisch-russisch-französisches Bündnis empfehlen soll[1]**.

Herr Kramář ist ein begabter, sehr rühriger Mann, der infolge seines Verhältnisses mit einer reichen Russin über bedeutende Geldmittel verfügt und die tschechische Propaganda eifrigst fördert. Wenn er auch dem Herrn Minister Dr. Kaizl die Stellung nicht gönnt, die er selbst bekleiden möchte, so schwimmt er doch ganz in dem gleichen Fahrwasser.

Sein Zusammenhang mit der französischen Botschaft ist notorisch. Doch überläßt der vorsichtige Marquis de Reverseaux den Verkehr mit bekannten extremen Elementen untergeordneten Organen, welche allerdings in bezug auf Rührigkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

Von der russischen Botschaft verlautet in dieser Hinsicht nichts. Sie dürfte auch jedenfalls die Vorsicht des Marquis de Reverseaux bei weitem übertreffen.

Es ist mir bekannt geworden, daß der signalisierte Artikel in der „Revue de Paris" zu einem Ereignis aufgebauscht werden soll. Die Tschechen knüpfen an die erwartete Wirkung allerhand Hoffnungen[2].

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unter Mitwissenschaft von Thun auf Antreiben von Kaizl!
[2] also kalt Wasser darauf und kühle Vornehmheit!

---

* Mitglied, früher Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses.
** Der Artikel wurde vorläufig inhibiert. Er erschien erst am 1. Februar in gemilderter Form. Vgl. Nr. 3495 und 3499 ff.

Nr. 3489

Kaiser Franz Joseph von Österreich an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Schönbrunn, den 17. Dezember 1898

Mein teuerer Freund,

Das überaus warme und freundschaftliche Schreiben, welches mir Graf Eulenburg in Deinem Auftrage überbrachte*, hat mich tief gerührt, und danke ich Dir aus ganzem Herzen für die vertrauensvollen Gesinnungen, die Du mir in demselben neuerdings entgegenbringst. Ich erblicke darin einen neuen Beweis Deiner mir so wertvollen Freundschaft, welche ich in vollem Maße erwidere, und deren unerschütterlicher Bestand sich von so heilbringender Wirkung auf die innigen Beziehungen, die uns und unsere Reiche seit zwei Dezennien verbinden, erwiesen hat.

Dieses Band unverkümmert zu erhalten und nach jeder Richtung zu kräftigen, ist auch mein beständiges Bestreben, und bedarf es, glaube ich, meinerseits nicht erst einer besonderen Versicherung, um den Ernst und die unverbrüchliche Treue zu bekunden, mit welchen ich an dem mit Deinem in Gott ruhenden Herrn Großvater geschlossenen Bündnisse festhalte und auch in der Zukunft unentwegt festhalten werde.

Um so peinlicher mußte es mich daher berühren, daß der von Dir erwähnte und von einer übelwollenden, perfiden Presse weit über Gebühr vergrößerte Inzidenzfall zu Deutungen Anlaß geben konnte, welche meine Dir bekannten und von meiner Regierung vollinhaltlich geteilten Gesinnungen von vorneherein hätten ausschließen sollen.

Mit Vertrauen hast Du Dich an mich gewendet, nicht minder vertrauensvoll trete ich nun, teuerer Freund, an Dich heran und ebenso sicher bin ich, daß Dein stets erfolgreiches persönliches Eingreifen auch diesmal die Ursachen des so bedauerlichen jüngsten Mißverständnisses beseitigen wird, wie ich meinerseits stets darauf bedacht bin, daß meine Regierung in der Pflege freundnachbarlicher Beziehungen zu Deinem Reiche das rücksichtsvollste Entgegenkommen beobachte.

Kein Schatten darf auf das uns beiden so wertvolle persönliche und politische Verhältnis fallen. In diesem innigen Wunsche werden wir uns immer begegnen, und deshalb begrüße ich mit besonderer Freude und Genugtuung die Gelegenheit, die Du mir in dem vorliegenden Falle geboten hast, durch eine offene Aussprache der Gefahr einer

---

* Siehe Nr. 3482.

wie immer gearteten Trübung der Beziehungen zwischen unseren Reichen vorzubeugen.

In treuester Freundschaft und Anhänglichkeit

Dein innigst ergebener
(gez.) Franz Joseph

Nr. 3490

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Bernhard von Bülow
an den Generalkonsul in Budapest
Prinzen Hans von Hohenlohe-Oehringen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 11 Berlin, den 19. Dezember 1898

Zur Regelung Ihrer Sprache.

Sooft der Zwischenfall Thun in amtlichen oder geselligen Kreisen besprochen wird, wollen Sie sich in dem Sinne äußern, daß nach Ihrer Ansicht, welche, wie Sie Grund hätten anzunehmen, auch den Anschauungen der Berliner leitenden Kreise entspräche, die in der Wiener Presse ausgestreuten Nachrichten über Erledigung des Zwischenfalls verfrüht seien. Von einer „Erledigung" könne erst die Rede sein, wenn der vom Grafen Thun ausgesprochenen öffentlichen Drohung eine ebenso öffentliche Retraktation gefolgt sei. Die deutsche Regierung, welche den inneren österreichischen Wirren gegenüber absolute Zurückhaltung beobachtet und sogar die Hineintragung der gegen die Kabinette Badeni und Thun gerichteten Agitation auf deutsches Gebiet verhindert habe, werde sich nicht dabei beruhigen können, daß die ungewöhnliche Behandlung einer inneren preußischen Verwaltungsfrage im Wege öffentlicher Drohung, wie dies Graf Thun beliebt habe, als bedeutungsloser Vorgang behandelt und totgeschwiegen werde. Die Erledigung könne aber nur öffentlich erfolgen.

Bülow

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift des Telegramms:
Gut

Nr. 3491

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Bernhard von Bülow
an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm. Konzept

Nr. 279 Berlin, den 21. Dezember 1898

Herr von Szögyény hat gestern mittag Seiner Majestät dem Kaiser das Antwortschreiben des Kaisers Franz Joseph* überreicht. Über

* Siehe Nr. 3489.

das Schreiben selbst hat Seine Majestät dem Botschafter nur gesagt, dasselbe wäre im Tone warm und freundschaftlich. Der sachliche Eindruck unseres allergnädigsten Herrn — dies bemerke ich nur zu Ew. pp. persönlicher Orientierung — ist der, daß das Schreiben in keiner Weise den berechtigten Erwartungen allerhöchstdesselben hinsichtlich der allerhöchstihm geschuldeten Reparation für die Thunschen Provokationen entspricht. Seine Majestät der Kaiser hat Herrn von Szögyény keinen Zweifel über den Ernst der Situation gelassen. Die deutsche Presse, hat Seine Majestät unter anderm gesagt, trage nicht nur nicht die Schuld an der durch den unprovozierten, aber zweifellos wohl überlegten Vorstoß des Grafen Thun hervorgerufenen Erregung in Deutschland, sondern bringe letztere verhältnismäßig nur unvollkommen zum Ausdruck. Mehr und mehr gewinne in Deutschland die Ansicht an Boden, daß das Ministerium Thun, von den Tschechen geschoben, direkt darauf ausgehe, das seit 20 Jahren zum Nutzen beider Teile bestehende Bundesverhältnis zwischen uns und Österreich-Ungarn zu sprengen. Seine Majestät hat seinerseits dem Botschafter gegenüber den Besuch des Kaisers Franz Joseph beim Grafen Kapnist* nicht berührt. Als Herr von Szögyény aus eigener Initiative die Rede auf diesen Punkt brachte, hat Seine Majestät nur bemerkt, es werde ihn interessieren zu sehen, ob ein persönlicher Besuch in der Uniform des betreffenden Landes stehende Regel gegenüber allen befreundeten großen Souveränen werde oder eine demonstrative Ausnahme gewesen sei. Als der österreichisch-ungarische Botschafter hieran anschließend sich in beschwichtigenden Wendungen über die österreichischen Annäherungsversuche an Rußland** erging, hat Seine Majestät kühl geäußert, der Weg von Berlin nach Petersburg sei näher als von Wien dorthin; Thun-Tschechische Versuche, Österreich von Deutschland ab und zu Rußland hinzuführen, würden zunächst eine Änderung der deutschen Orientpolitik herbeiführen, im letzten Ende aber allerdings unabsehbaren Eventualitäten Tür und Tor öffnen. Endlich hat Seine Majestät der Kaiser noch auf die von Kramář beabsichtigte Publikation in der „Revue de Paris" *** mit dem Bemerken hingewiesen, daß die betreffende Nachricht, welche ihm aus Paris zugegangen wäre, in hohem Grade charakteristisch sei sowohl für die Tendenzen der Gruppe Kramář-Kaizl-Thun und deren Anhangs wie für die Lage der Dinge in Wien.

Bülow

---

* Am 18. Dezember, dem Namenstag des Zaren, hatte Kaiser Franz Joseph in russischer Uniform einen Gratulationsbesuch beim russischen Botschafter in Wien gemacht, was bis dahin nicht üblich gewesen war.
** Vgl. Kap. LXXXVIII.
*** Vgl. Nr. 3488 nebst Fußnote **.

Nr. 3492

Der Generalkonsul in Budapest Prinz Hans von Hohenlohe-Oehringen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Budapest, den 22. Dezember 1898

Der Ausfall des Grafen Thun gegen die deutsche Regierung wird in hiesigen maßgebenden Kreisen allgemein verurteilt. Man ist sich der Tragweite der ausgesprochenen Drohung voll bewußt und sieht darin eine bedauerliche Konzession an die Tschechen. Um so lieber hat man sich der Auffassung hingegeben, daß der Zwischenfall bei der deutschen Regierung keinen nachhaltigen Eindruck zurückgelassen habe und als erledigt betrachtet werden könne. Dieser Auffassung bin ich weisungsgemäß bei jeder sich bietenden Gelegenheit entgegengetreten.

Eine öffentliche Äußerung der ungarischen Regierung über die Sache liegt nicht vor, da Baron Bánffy infolge der herrschenden parlamentarischen Zustände noch nicht dazu gekommen ist, eine bezügliche Interpellation des Abgeordneten Kossuth zu beantworten.

Auch Julius Andrássy teilte die oben geschilderte Auffassung. Als ich mich ihm gegenüber heute im Sinne des Telegramms Nr. 12 vom 21. d. Mts.* aussprach, hob er hervor, daß nicht nur er persönlich stets ein treuer Anhänger des Dreibundes gewesen sei und bleiben werde, sondern auch die große Mehrzahl seiner Landsleute auf demselben Standpunkt ständen und daher die Bundesidee in Ungarn stets kräftige Unterstützung finden werde.

Herrn von Szilágy**, welcher heute in Preßburg weilt, habe ich seit drei Tagen nicht gesehen. Ich hoffe ihn morgen zu treffen.

Hohenlohe

Nr. 3493

Der Generalkonsul in Budapest Prinz Hans von Hohenlohe-Oehringen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Budapest, den 24. Dezember 1898

Herr von Szilágy legt der Drohung des Grafen Thun keine allzu große Bedeutung bei. Er sieht darin weniger eine Konzession an die

* Durch Telegramm Nr. 12 vom 21. Dezember waren die voraufgehenden Anweisungen vom 19. Dezember (siehe Nr. 3490) unter Anerkennung der persönlichen Bundestreue des Kaisers Franz Joseph wiederholt worden.

** Mitglied, früher Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses.

Tschechen als den Ausdruck einer momentanen gereizten Stimmung, und zwar nicht einer persönlichen Gereiztheit des Grafen Thun, sondern einer allgemeiner bestehenden Gereiztheit, insofern seiner Meinung nach die Äußerung nicht ohne Vorwissen und Zustimmung sowohl des Kaisers Franz Joseph[1] als auch des Grafen Goluchowski[2] geschehen sein könne. Bei dieser Auffassung müsse er trotz der durch den Briefwechsel festgestellten absoluten Bundestreue beider Monarchen, die er nicht im geringsten anzweifle, beharren. Österreich-Ungarn braucht einen Verbündeten, und einen besseren Verbündeten als Deutschland, wenn überhaupt einen anderen, könne es nicht finden. Darum werde an Stelle der gegenwärtigen Gereiztheit bald wieder eine andere Stimmung treten. Die Zeiten und inneren politischen Konstellationen Österreichs, welche das Fortbestehen des Bundes ernstlich in Frage stellen könnten, lägen in zu weiter Ferne, als daß damit schon jetzt zu rechnen wäre. Höchstens könnten in Österreich Verhältnisse eintreten, welche das Vertrauen Deutschlands in die Verläßlichkeit des Bundesgenossen zu erschüttern geeignet wären[3]. Aber auch solche Verhältnisse seien in der nächsten Zukunft nicht zu befürchten. Unter allen Umständen werde immer Ungarn die verlässigste Stütze des Bundes innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie bleiben, da man hier wisse, was man Deutschland zu verdanken habe.

Auf meinen Hinweis, daß, wie immer man die Sache auffasse, die Tatsache der öffentlich ausgesprochenen Drohung bestehen bleibe, welche auch eine öffentliche Retraktation erfordere, erwiderte Herr von Szilágy, er sehe nicht recht, in welcher Weise dieselbe erfolgen solle. Eine Retraktation im Parlament habe ihr Bedenkliches, eine Retraktation durch die Presse sei schwach, eine solche durch Austausch von Noten, welche auf Grund gegenseitiger Vereinbarung veröffentlicht würden, würde die Angelegenheit vielleicht mehr aufbauschen als erwünscht.

Hohenlohe

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also um so schlimmer!
[2] sehr übel!
[3] das ist schon der Fall

Nr. 3494

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 255 Wien, den 25. Dezember 1898

Die „Wiener Abendpost" sowie das „Fremdenblatt" bringen die ganz gehorsamst hier beigefügten Artikel, welche nach meinen In-

formationen nicht nur eine von den ersten Organen der Regierung als schließlich für notwendig erachtete offizielle Kundgebung bedeuten, sondern auch auf eine direkte Einflußnahme Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph zurückzuführen sind*.

Der Kaiser hatte befohlen, daß die leidige Angelegenheit in einer für Deutschland befriedigenden und für Österreich nicht demütigenden Weise zu einem Abschluß gebracht werde, nachdem die Audienz des Herrn von Szögyény bei Seiner Majestät dem Kaiser und König sowie die meine bei ihm, dem Kaiser Franz Joseph, eine ernste Situation ergeben hatte[1].

Die Absicht, diese Erklärung durch Baron Bánffy vor dem ungarischen Reichstag bei der zu erwartenden Interpellationsbeantwortung abzugeben, wurde durch die eingetretene Krise** daselbst vorläufig vereitelt. Darum wurde der Entschluß gefaßt, in der gegenwärtigen Form vorzugehen.

Es äußert sich aber auch der Wille, den „deutschen Zorn" möglichst zu beschwichtigen, in dem (gleichfalls hier gehorsamst beigefügten) Leitartikel des „Fremdenblattes", in dem nach langer Zeit zu den Deutschen wieder einmal — wenn auch in der umständlichen und wenig klaren hiesigen Kanzleisprache — in freundlicheren Worten gesprochen wird.

---

* Die Artikel der „Wiener Abendpost" und des „Fremdenblatts", deren ausgesprochene Tendenz dahin ging, „volle Beruhigung und Klärung herbeizuführen", schlossen mit den Worten: „Wir sind in der Lage zu erklären, daß dem Grafen Thun, wie es sich von selbst versteht, in jener parlamentarischen Äußerung die Tendenz einer Unfreundlichkeit gegen die verbündete deutsche Regierung ebenso ferne gelegen ist, wie er selbst die in der Interpellation berührte Ausweisungspraxis auf keine bundesfeindliche Absicht Deutschlands zurückgeführt hat. Der Hinweis auf die eventuelle Anwendbarkeit der Reziprozität hatte keinen anderen Sinn und konnte — wie schon die Berufung auf das Einverständnis mit der Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten erwies — keine andere Tendenz haben, als zu konstatieren, daß beiden Regierungen in der konkreten Frage die gleichen Rechte zuständen. Wenn die Fassung dieser Enunziation in deutschen Kreisen anders und weitgehender ausgelegt wurde, so ist dies ein Mißverstehen der ministeriellen Erklärung in einem Sinne, in welchem dieselbe keineswegs gedacht war.

Ebenso ist die weitere Annahme, als ob die politische Gesinnung und die Stellung des Grafen Thun zu einer solchen Auslegung seiner Worte hätte den Vorwand bieten können, ohne jeden Grund und Halt, da Seine Exzellenz, wie wir auf das bestimmteste zu erklären in die Lage gesetzt sind, amtlich wie persönlich ein ebenso überzeugter und treuer Anhänger nicht nur unseres Vertragsverhältnisses, sondern auch der innigen Beziehungen zwischen den beiden Reichen ist, wie irgendeiner der maßgebenden Faktoren der Monarchie."

** Anfang Dezember war eine Krise in der liberalen Partei, die die Hauptstütze der Regierung war, ausgebrochen. Am 6. Dezember legte der Präsident des Abgeordnetenhauses von Szilágy den Vorsitz nieder und trat mit 20 Mitgliedern aus der Regierungspartei aus. Infolge der Krise kündigte der Ministerpräsident Baron von Bánffy am 17. Februar 1899 seinen Rücktritt an.

Das bedeutendere Symptom jedoch für eine „dämmernde“ Einsicht könnte in dem jetzt gefaßten Entschlusse der Regierung zu sehen sein, daß dem tschechischen Wunsche, eine besondere kaiserliche Kundgebung in „böhmisch-staatsrechtlichem“ Sinne vor dem Prager Landtage zu erhalten, nicht nachgegeben werden wird.

Die der jetzigen Regierung feindliche „Neue Freie Presse“ bildet das Sprachrohr für die allseitige Auffassung, daß die vorliegende Kundgebung als nötig, aber auch nach hiesiger Ansicht der breiten deutschen Schichten für „ausreichend“ angesehen wurde.

P. Eulenburg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Gut
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Ahem! also es hat gewirkt

Nr. 3495

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Generalkonsul in Budapest Prinzen Hans von Hohenlohe-Oehringen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 11 Berlin, den 27. Dezember 1898
[abgegangen am 28. Dezember]

Nachdem sich die österreichische Regierung zunächst geweigert hatte, irgendwelche öffentliche Remedur für die bekannten Drohungen des Ministerpräsidenten Grafen Thun eintreten zu lassen, hat sie diese Haltung nunmehr aufgegeben und sich zu der Veröffentlichung des am 24. d. Mts. in der offiziösen „Wiener Abendpost“ erschienenen Kommuniqués* entschlossen, welches als ein Zeichen des Einlenkens der Wiener leitenden Kreise zweifellos anzusehen ist. Kaiser Franz Joseph, aus dessen persönlicher Initiative, wie Graf Eulenburg berichtet, diese Kundgebung erfolgt ist, hat dadurch einen neuen Beweis seiner Bündnistreue wie seiner edlen Intentionen geliefert. Daß die gleichen Gesinnungen auch den Grafen Thun beseelen, davon haben die Versicherungen des Wiener Kommuniqués hier vorläufig nicht zu überzeugen vermocht. Vielmehr werden die Zweifel, die in dieser Beziehung nur zu erklärlich sind, durch einen ergebenst beigefügten Artikel der von Graf Thun inspirierten Wiener Korrespondenz „Die Information“, sowie ferner durch die uns aus Paris zugegangene Nachricht bestärkt, daß demnächst in der „Revue de Paris“ ein aus der Feder des früheren Vizepräsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses Kramář stam-

---

* Vgl. Nr. 3494, S. 146, Fußnote *.

mender, direkt gegen den Dreibund gerichteter Artikel* erscheinen sollte. Da Herr Kramář zuverlässigen Wiener Mitteilungen zufolge seine Inspirationen von dem mit dem Ministerpräsidenten Grafen Thun Hand in Hand gehenden, vollkommen tschechisch gesinnten österreichischen Minister Dr. Kaizl zu erhalten pflegt, so liegt es nahe, in einem solchen Artikel die wahren Ansichten der im gegenwärtigen zisleithanischen Kabinett tonangebenden Elemente zu erkennen. Es ist nun zwar nicht ausgeschlossen, daß der Artikel, auf welchen Seine Majestät der Kaiser den österreichisch-ungarischen Botschafter von Szögyény aufmerksam gemacht hat, nunmehr unterdrückt werden wird, die Tatsache aber, daß die Absicht der Veröffentlichung in politischen Kreisen, die dem Grafen Thun sehr nahestehen, wirklich bestanden hat, genügt, um unser fortgesetztes Mißtrauen gegen den österreichischen Ministerpräsidenten zu rechtfertigen.

Ew. pp. werden sich demnach nunmehr gegenüber maßgebenden Persönlichkeiten dahin aussprechen können, daß in der Kundgebung der „Wiener Abendpost" deutscherseits die formelle Erledigung des Thunschen Zwischenfalles erblickt werde. In Gesprächen mit Politikern, von deren Diskretion und dreibundfreundlicher Gesinnung Ew. pp. überzeugt sind, werden Sie jedoch auch die auf den Grafen Thun bezüglichen Ausführungen dieses Erlasses vertraulich verwerten können.

Bülow

Nr. 3496

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 1 Berlin, den 1. Januar 1899
[abgegangen am 2. Januar]

Nachdem das Wiener Kabinett sich zunächst geweigert hatte, für die Drohungen des Grafen Thun irgendwelche öffentliche Remedur eintreten zu lassen, ist das am 24. v. Mts. in der „Wiener Abendpost" erschienene Kommuniqué** zweifellos als ein Zeichen des Einlenkens der leitenden Kreise Österreichs anzusehen, durch welches der Zwischenfall formell erledigt ist.

Im Hinblick darauf jedoch, daß die Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten in offiziöser Form erfolgt ist, liegt für die Regierung Seiner Majestät des Kaisers ein Anlaß, diese Erklärung durch

---

* Vgl. Nr. 3488.
** Vgl. Nr. 3494, S. 146, Fußnote *.

eine amtliche Kundgebung zu beantworten, nicht vor. Schritte weiteren Entgegenkommens sind für uns schon dadurch ausgeschlossen, daß wenige Tage nach dem Erscheinen der Erklärung in der „Wiener Abendpost“ der „Pester Lloyd“ in einem polemischen Artikel auf die Angelegenheit von neuem nicht ohne Perfidie zurückkam.

Das entrefilet der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 31. Dezember hat in offiziöser Form erklärt, daß die Erörterungen über die Rede des Grafen Thun nunmehr einen den Umständen nach befriedigenden Abschluß gefunden haben. Bei der Verschiedenartigkeit der von Wien aus veranlaßten Kundgebungen können wir zurzeit über jene Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht hinausgehen.

B ü l o w

Nr. 3497

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 13 Wien, den 11. Januar 1899
Geheim

Die Äußerungen, welche Kaiser Franz Joseph gelegentlich meiner heutigen Audienz über die innere Lage Österreichs machte, trugen bei weitem nicht den eingehenden Charakter wie diejenigen über Ungarn.

Der Thunsche Zwischenfall warf noch seinen Schatten auf die Vertraulichkeit, die sonst Platz gegriffen hatte.

„Ich hoffe, daß sich nun die Wellen bezüglich aller Mißverständnisse gelegt haben werden,“ sagte der Kaiser. Ich erwiderte, daß ich die leidige Angelegenheit f o r m e l l für abgeschlossen hielte, daß ich aber Seiner Majestät nicht verhehlen könne, wie die öffentliche Meinung in Deutschland noch stark erregt sei. Ein Wort, eine Handlung, ein Ereignis, welches in Deutschland den Anschein erwecken könne, als trete man in Österreich der Empfindlichkeit seiner deutschen Untertanen zu nahe, werde einen Sturm entfesseln, der größer sein würde als der erste. Denn man habe in Deutschland das Zutrauen zu Graf Thun verloren.

Der Kaiser erwiderte, er hoffe und denke, daß man in Deutschland von d e r U n w a n d e l b a r k e i t, d e r T r e u e u n d Z u v e r l ä s s i g k e i t Österreichs in bezug auf das Bündnis überzeugt sei.

Ich antwortete auf die mit großer Wärme gesprochenen Worte, daß ich mich glücklich schätze, sie aus dem Munde des Kaisers gehört zu haben, und mit gleicher Wärme zu behaupten vermöge, daß

hinter der Bundestreue meines erhabenen kaiserlichen Herrn das ganze deutsche Volk stünde, in dessen Bewußtsein das Bündnis mit Österreich so tief eingedrungen sei, daß dadurch jene Empfindlichkeit entstanden sei, die so scharf auf Graf Thuns Erklärung geantwortet habe.

Der Kaiser begann nunmehr von der deutschen Presse zu sprechen, die sich schroff und hart bei jenem Zwischenfalle gezeigt habe. Ich antwortete, daß sie einer einmütigen gekränkten Stimmung Ausdruck verliehen habe. Aber ich wolle noch hinzusetzen, daß in Deutschland, wie überall, leider Parteien existierten, welche nur darauf Bedacht nähmen, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Wir könnten z. B. weder Einfluß auf die sozialdemokratische noch auf die freisinnige Presse üben. Letzterer aber ständen sogar die deutschen Professoren nahe, welche zu allen Zeiten ein großes und unverständiges Wort in der Politik führten. „Wie bei uns die Professoren bei den Deutschnationalen," warf der Kaiser ein.

Diese Bemerkung gab mir Gelegenheit zu äußern, daß wir nach wie vor der deutschnationalen Bewegung die Hand nicht reichen würden und könnten, daß aber jener Zusammenhang, den Seine Majestät vielleicht zufällig gekennzeichnet habe durch die Erwähnung der Deutschnationalen nach meiner Bemerkung über die Fortschrittspartei in Deutschland, eine möglichste Schonung dieser Irredentisten notwendig mache. Hierin läge die Schwierigkeit der gegenwärtigen Lage in Österreich.

Der Kaiser nahm diese meine Betrachtung äußerst gütig auf, wurde aber auch sichtlich nachdenklich dabei. Daß der hohe Herr jedoch die Konsequenzen dieser Unterhaltung gegenüber der Politik seines Ministers ziehen wird, möchte ich sehr bezweifeln. Noch rollt der Wagen auf der Straße, welche die leitenden Elemente des Staates als die „rechte" bezeichnet haben.

P. Eulenburg

Nr. 3498

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Rom Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept

Nr. 12 Berlin, den 25. Januar 1899

Der italienische Botschafter* teilte mir gestern vertraulich im Auftrage des Herrn Canevaro** mit, daß die italienische Regierung sich

* Graf Lanza.

** Italienischer Minister des Äußern.

genötigt sähe, Stellung zu nehmen gegenüber der jetzigen Slawisierungspolitik des Wiener Kabinetts. Da die Beschwerden der italienischen Bewohner der österreichischen Küstenlande, welche sich vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, auf Einschiebung slawischer Gymnasien in Distrikten mit gemischter, bisweilen fast ganz italienischer Bevölkerung stützten, einer festen Grundlage leider nicht entbehrten, so werde die italienische Regierung nicht umhin können, auf diplomatischem Wege eine Remedur zu erstreben. Herr Canevaro fragt deshalb an, ob die deutsche Regierung, welche ja auch ihrerseits durch diese Slawisierungspolitik des Grafen Thun schon manche Ungelegenheiten gehabt habe, geneigt sein würde, die diesbezüglichen Schritte des italienischen Botschafters in Wien zu unterstützen.

Ich habe darauf erwidert, daß ich zu meinem lebhaften Bedauern nicht in der Lage sei, letzterem Wunsche des Herrn Canevaro zu entsprechen. Die deutsche Regierung habe durch ihre Zurückhaltung gegenüber dem österreichischen Nationalitätenstreit bereits dargetan, für wie mißlich sie eine fremde Einmischung in diese innerösterreichische Frage erachte. Wenn Herr Canevaro seinerseits geglaubt habe, den Standpunkt der absoluten Zurückhaltung aufgeben zu sollen, so sei ich überzeugt, daß dieser ruhige und klarsehende Staatsmann seine wohlerwogenen Gründe für dieses Verfahren gehabt habe. Die Gefahr aber, welche unter allen Umständen ein derartiges Eingreifen in die inneren Angelegenheiten Österreichs für die Fortdauer der guten Beziehungen der Dreibundmächte mit sich bringe, würde vermehrt, ja potenziert werden, wenn dieser Schritt gemeinsam mit Deutschland, mithin als Folge einer gegen die Politik des Wiener Kabinetts gerichteten deutsch-italienischen Vereinbarung geschehe. Nach meiner Überzeugung würde es daher im wohlverstandenen eigenen Interesse Italiens liegen, die Demarche des Grafen Nigra frei von diesem Verdachte zu halten.

Ew. pp. wollen Inhalt des Vorstehenden bei erster Gelegenheit zur Kenntnis des Herrn Canevaro bringen.

Bülow

Nr. 3499

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 Paris, den 1. Februar 1899

„Revue de Paris" bringt heute einen „Die Zukunft Österreichs" benannten Aufsatz des Tschechen Kramář*. Derselbe verlangt zur Erhaltung Österreichs, dieser geschichtlichen Notwendigkeit, Bruch mit

* Vgl. Nr. 3488.

dem zentralistischen System, Einsetzung eines aus indirekten Wahlen hervorgegangenen Reichsrats sowie Einrichtung von Nationalkurien mit Nationalautonomie und -veto. Für die auswärtige Politik wird dazu enger Anschluß an Rußland als Richtschnur anempfohlen, da der Dreibund, einem ausgespielten Luxusklavier vergleichbar, seinen Wert eingebüßt habe. Für Rußland sei, außer England, Deutschland der einzige Rival. Österreich aber müsse den Augenblick fürchtend voraussehen, wo die bisher loyale deutsche Politik nicht länger dem Druck der öffentlichen Meinung würde widerstehen können. Von Frankreich ist nicht die Rede.

Heutige Nummer der Zeitschrift erfolgt unter Kreuzband.

Münster

Nr. 3500

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 3. Februar 1899

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Botschafter in Wien war unter dem 16. v. Mts. in der Lage gewesen zu berichten*, daß ein Artikel des früheren Vizepräsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses Kramář, welcher gegen den Dreibund sowie für ein österreichisch-russisch-französisches Bündnis agitieren und in der „Revue de Paris" veröffentlicht werden sollte, anscheinend auf einen Wink der österreichischen Regierung in letzter Stunde zurückgezogen worden sei. Graf Eulenburg fügte seiner Meldung hinzu, man schiene in maßgebenden Wiener Kreisen auf die Inhibierung des Artikels ganz besonderen Wert gelegt zu haben, da nach Mitteilungen eines zuverlässigen Gewährsmannes ein Abgesandter des Verfassers sich persönlich mit dem Eilzuge nach Paris begeben habe, um das Erscheinen des Artikels zu verhindern.

Neuerdings müssen sich die Anschauungen der österreichischen Regierung wieder geändert haben, denn die neueste Nummer der „Revue de Paris", welche ich nicht verfehle, Euerer Majestät anbei mit dem Begleitbericht Allerhöchstdero Botschafters in Paris** in tiefster Ehrfurcht zu unterbreiten, bringt den gedachten Artikel. Wenn auch angenommen werden kann, daß manche besondere Schärfen jetzt aus dem Aufsatze des Herrn Kramář gestrichen worden sein mögen, so bleibt es immerhin bezeichnend für die politische Richtung des Kabinetts Thun,

---

* Vgl. Nr. 3488.
** Vgl. Nr. 3499.

daß die österreichische Regierung es nicht für gut gehalten hat, nach allem, was in den letzten Wochen vorhergegangen ist, das Erscheinen eines Artikels, in dem der Dreibund mit einem „beiseite gestellten Prachtklavier“ verglichen wird, ganz zu hintertreiben[1].

B. von Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Es ist gradezu eine Provokation! W.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Ein Symptom! Quem Deus perdere vult, eum prius dementat

Nr. 3501

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 38 Wien, den 13. Februar 1899

Ich habe es mir nicht versagen können, den Grafen Goluchowski nach seiner Rückkehr von Lemberg auf den Artikel des Herrn Kramář in der „Revue de Paris“ anzureden. Wie ich erwartet hatte, fand ich wenig Verständnis für die Tragweite dieses Aufsatzes. Mit der Ansicht, daß Herr Kramář ein ehrgeiziger Mann sei, dem es allein darum zu tun sei, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, ist wenig gesagt. Das ist mir ebenso bekannt wie dem Grafen Goluchowski. Ich mußte deshalb wieder einmal sehr bestimmt und ernsthaft auf die Wirkung hinweisen, die solche Erscheinungen auf das Ausland ausüben müssen — auf die sich steigernde Erregung in Deutschland, die doch wohl Vorsicht und Aufmerksamkeit erheische.

Aber die übliche schweigende Entgegennahme meiner Betrachtungen nebst einigen obligaten Worten des Bedauerns sagen nur zu deutlich, daß man einerseits in ruhiger Teilnahmslosigkeit verharren will, andererseits die Erörterungen solcher Fragen auch fernerhin als Interna zu behandeln wünscht[1] und sich daher auf das unumgänglich Notwendige bei der Erörterung beschränkt.

Die Wirkung des Artikels auf Wien spielt sich bei einer auffallenden Schweigsamkeit der Presse — die vielleicht auf gewisse Ermahnungen zurückzuführen ist — mehr hinter den politischen Kulissen ab, womit ich jedoch keineswegs sagen will, daß die Wirkung eine schwache war. Im Gegenteil. Der gebildete Politiker steht sehr unter dem Eindruck des Faktums, daß sich gewisse Leute[2] nicht mehr genieren, urbi et orbi zu verkünden, was sie wünschen.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Es geht recht schlecht!
[2] die nicht fern von der Regierung stehen

Nr. 3502

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 46 Wien, den 18. Februar 1899

Der bekannte Historiker Dr. Friedjung teilte mir ein Gespräch mit, das er mit Dr. Kramář über die Zukunft Österreichs geführt hatte.

Es ist Herrn Friedjung dabei aufgefallen, wie fest der Glaube der Tschechen an ein russisch-österreichisches Bündnis ist, welches dazu berufen wäre, den morschen Dreibund zu ersetzen. Dr. Kramář hat auf den Einwand Dr. Friedjungs, daß Deutschland in der Lage sei, sich schneller mit Rußland zu verständigen als Österreich, erwidert, daß dasjenige, was Österreich Rußland auf dem Balkan zu bieten vermöge, den Russen besser passe, und die Verständigung sei schnell gemacht. Rußland werde niemals die Tschechen im Stich lassen.

Dr. Friedjung teilt meine Ansicht, daß der Kramářsche Artikel insofern eine Bedeutung habe, als er für eine gewisse Partei in Österreich — und Parteigänger dazu sind überall vorhanden — wie ein erlösendes Wort gewirkt habe.

Auch Dr. Friedjung glaubt, daß die Verluste der Deutschen Österreichs gegenüber dem Slawentum unersetzlich seien, aber auch er hält das deutsche Bündnis vorläufig nicht für bedroht; um so mehr, als die Polen, je zuversichtlicher sich die Tschechen zeigten, desto mehr an die Deutschen heranrückten.

Daß den Polen ein russisch-österreichisches Bündnis sehr wenig paßt, geht auch aus der Haltung hervor, die sie gegenüber dem bewußten Artikel des Dr. Kramář einnehmen. Er ist ihnen unbequem.

P. Eulenburg

Nr. 3503

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 59 Wien, den 11. März 1899
Ganz vertraulich

Bei der komplizierten Lage, in der sich die Länder diesseits der Leitha befinden, ist es nicht wunderbar, daß kaum ein Tag vergeht, ohne daß eine Ministerkrise signalisiert wird. Es ist nicht leicht, hierbei das Wahrscheinliche von dem Unwahrscheinlichen zu trennen. Im

großen Ganzen kann man jedoch annehmen, daß die Krisen nur dann als möglich erscheinen, wenn bei Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph sich eine Erkaltung gegenüber dem Ministerpräsidenten zeigt. Reibereien innerhalb des Ministeriums oder politische Schwierigkeiten führen in Österreich selten zu den Veränderungen, welche eine nervöse Presse zu wittern meint.

Bis jetzt habe ich keinen Grund gehabt trotz der Amtsmüdigkeit des Grafen Thun und trotz der großen Einbuße, die seine Stellung selbst in dem Lager seiner Freunde erlitten hat, an einen nahe bevorstehenden Wechsel zu glauben. Sein allerhöchster Herr stand neben ihm, und es glitten die Pfeile an dem Panzer der kaiserlichen Huld ab, der den Grafen umgab. So hat auch die bekannte Interpellationsbeantwortung des Grafen und ihre aufregende Wirkung in Deutschland seine Stellung in der Burg nicht erschüttern können. Es fanden sich zu viel Entschuldigungsgründe.

Anders aber ist es anscheinend mit der Kramářschen Publikation in der „Revue de Paris" gegangen. Ich höre, daß diese vor das Forum europäischer Öffentlichkeit gebrachte tschechische Enunziation den Kaiser mehr verletzt hat[1], als mir dieses anfangs zugestanden wurde. Weniger wegen des Scheiterns des Ischler Programms bezüglich des Ausgleichs* — wie behauptet wurde — sind die Minister Thun und Kaizl, die sich damit zu sehr identifiziert haben sollten, in Verlegenheiten geraten, als wegen der Kramářschen Publikation, von der sich der ehemalige jungtschechische Agitator Kaizl nicht völlig zu trennen vermochte, obgleich er beteuerte, daß der ganzen tschechischen Nation ein schlechter Dienst damit erwiesen worden sei.

Er hat damit allerdings nicht Unrecht: auf die Wirkung, die der Aufsatz bei dem „König von Böhmen" erregen würde, war Dr. Kramář mit seinen Hintermännern merkwürdigerweise nicht gefaßt gewesen.

Immerhin war der gewandte Tscheche Kaizl auch jetzt geschickt genug, um sich nach erfolgter Aussprache mit seinem kaiserlichen Herrn ruhig auf seinem Ministerstuhl wieder niederlassen zu können.

Doch ist, trotz der Beruhigung, „etwas zurückgeblieben". Die Abhängigkeit des Grafen Thun von Herrn Kaizl — die dem Kaiser bekannt ist — scheint den hohen Herrn bedenklich gemacht zu haben.

So glaube ich, daß die von nun ab signalisierten Ministerkrisen nicht mehr als „unwahrscheinliche" behandelt werden können.

---

* Im Sommer 1898 hatten sich die österreichische und die ungarische Regierung in Ischl dahin verständigt, die 1896 zwischen beiden Regierungen vereinbarten Ausgleichsgesetze, wonach das bisher bestandene Zoll- und Handelsbündnis zwischen beiden Reichshälften in eine bloße Zollgemeinschaft verwandelt werden sollte, bis 1903 in Kraft zu setzen. Ein neues Kompromiß darüber wurde von den beiderseitigen Ministerien am 10. Juni abgeschlossen; indessen konnten auch diese Vereinbarungen nur mittels des Paragraphen 14 durchgeführt werden.

Ein weiteres Symptom für die veränderte Lage, in der sich Graf Thun befindet, ist die seit einigen Tagen die Presse und die politischen Kreise beschäftigende Aktion zur Lösung der Sprachenfrage in Böhmen.

Die Wirkung des Kramářschen Artikels auf Kaiser Franz Joseph ist anscheinend die Besorgnis, es könne die tschechische Politik tatsächlich dem Dreibunde gefährlich werden. Dieses war bisher von den berufenen Organen der Krone geleugnet worden. Mit der Publikation des Kramářschen Artikels trat etwas in Erscheinung, was an gewisse Besorgnisse anzuknüpfen schien, die ich die Ehre hatte Seiner Majestät auszusprechen. Es trat ein Wendepunkt in den kaiserlichen Anschauungen ein, während fast gleichzeitig der neue ungarische Ministerpräsident, Herr von Szell, an den ersten großen Ausgleich von 1867 erinnert haben mag, der auf der Basis stand: Transleithanien für die Ungarn, Zisleithanien für die Deutschen.

Der Befehl, die Deutschen wieder zu versöhnen, ist von höchster Stelle an den Grafen Thun ergangen. Aber er erfolgte zu spät.

Graf Thun, der niemals daran denkt, eine andere als die Politik seines kaiserlichen Herrn zu machen und bisher die Abneigung desselben gegen Deutschnationale und Deutschliberale zum Ausgangspunkt gewisser Wendungen nach der tschechischen Seite machte, hat sofort die Schwenkung vollzogen, die ihm anbefohlen wurde — aber dieses mit kaiserlicher Sanktion erfolgte Manöver könnte nun die Krise tatsächlich herbeiführen, von der die Presse mehr als sonst spricht. Ein Scheitern der Friedensaktion (und zugleich Weiterungen wegen des Ausgleiches mit Ungarn) würde die Stellung des Grafen zu einer kaum haltbaren machen.

Der Kern der Schwierigkeiten für die Friedensaktion liegt in der Frage: „Welche Deutsche meint Kaiser Franz Joseph?"

Unter Deutschen versteht leider der Kaiser nur eigentlich jenes gemütliche Volk der Berge, das Kniehosen trägt und in die Messe geht[2]. Darum richtet sich die Versöhnungsaktion hauptsächlich auf eine Scheidung innerhalb der Deutschen. Man will einen Frieden in Böhmen herstellen, durch welchen womöglich die Deutschnationalen hinausgedrängt und isoliert werden, während sich die rechtsstehenden Deutschliberalen an die klerikale Gruppe anschließen.

Deshalb wird diese Friedensaktion gewissermaßen zu einer Kraftprobe innerhalb der Deutschen werden. Darum muß sie die Gemüter stark erregen.

Kommt in diesem Kampfe Graf Thun zu Falle, der das nötige Vertrauen bei den Parteien für eine so tiefeingreifende Aktion nicht mehr besitzt, so könnte eine ministerielle Kombination dieselbe fortsetzen, die ungeschwächt auf die Basis träte, welche Kaiser Franz Joseph „die deutsche" nennt.

Unter den Kombinationen für die Nachfolge des Grafen Thun würde ich aber diejenige für die aussichtsvollste ansehen, welche sich

als stärkste in einem Kampfe bis aufs Messer gegen die Deutschnationalen darstellt.

Darum ist der Gedanke eines Ministeriums nicht unmöglich, in dem Baron Dipauli * die eigentlich führende Leitung übernehmen, während ein Liechtenstein ** oder Auersperg *** den Namen geben würde. Der neugebackene Baron Dipauli ist trotz seiner streng kirchlichen Richtung nicht stark genug. Die Burg will alte Namen, um ruhig zu schlafen, — das gehört zu der Tradition. pp. †

Beide Fürsten würden von den Deutschen akzeptiert werden. Der erstere ausschließlich von den Deutschklerikalen, der letztere mehr allgemein.

Als dritter Kandidat für die Thunsche Nachfolge wird Herr von Chlumecky genannt.

Seine Ernennung würde eine Art Koalitionsministerium der deutschen Parteien bedeuten und wenig Aussicht auf Bestand haben. Mit den Deutschliberalen hat leider auch Herr von Chlumecky zu stark abgewirtschaftet, um eine Garantie für Bestand bieten zu können.

Die beiden anderen Kombinationen bedeuteten eine Schwenkung von der tschechischen zu der rein klerikalen Richtung.

Die geringe Garantie, welche aus allen diesen Kombinationen den Interessen des Deutschen Reiches erwächst, läßt mich den möglichen Rücktritt des Grafen Thun sehr kühl auffassen.

„Dasselbe in grün" pflegt man in Berlin bei solchen Gelegenheiten zu sagen[3].

Es ist nur bedauerlich, daß Kaiser Franz Joseph, der ohne Zweifel von dem Wunsche beseelt ist, gewisse Verstimmungen seiner Bundesgenossen zu beseitigen, in der Inauguration einer deutschen Politik nach seiner Anschauung nicht gerade den Ton treffen dürfte, der dem Ohr des Reichsdeutschen wohlgefällig klänge.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ahem!
[2] sehr gut! und das wollen die Bayern haben!
[3] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut.

---

* Baron Dipauli, Mitglied der Katholischen Volkspartei, hatte seit Oktober 1898 das Handelsministerium im Kabinett Graf Thun inne.

** Fürst Alfred Liechtenstein, Bruder des Prinzen Aloys, des Führers der Christlichsozialen Partei.

*** Fürst Karl Auersperg, Vizepräsident des Österreichischen Herrenhauses.

† Es folgen nähere Mitteilungen über die beiden fürstlichen Kandidaten, die hier nicht interessieren, da sich die von Graf Eulenburg angeführten Kombinationen nicht verwirklichten.

Nr. 3504

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 69 Wien, den 26. März 1899
Vertraulich

Ich hatte während des Winters jeden Dienstag abend Herren aller Parteirichtungen und aus verschiedensten Berufskreisen empfangen. Zu dem zwanglosen Verkehre fanden sich verschiedentlich auch die Minister ein; nur Dr. Kaizl schien mit einer gewissen Absichtlichkeit fernzubleiben, bis er schließlich am letzten Dienstag auch erschien. Ich möchte diesen Entschluß auf zweierlei Gründe zurückführen. Erstens mochten ihm die Anschuldigungen in der tschechischen Presse, wonach „in der Deutschen Botschaft Dienstag abends in deutschem Sinne konspiriert werde", unbequem sein, indem er das Gefühl haben mochte, daß sein Fernbleiben in einen gewissen Zusammenhang mit jenen Äußerungen gebracht werden könnte, zweitens hatte die Wirkung des Kramářschen Aufsatzes in der „Revue de Paris" auf Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph wohl das Einsehen in ihm wachgerufen, daß er den Bogen nicht zu straff spannen dürfe. Er hielt es aus letzterem Grunde wohl auch für nützlich, in einer Unterhaltung mit mir Wasser in die scharfe Suppe zu gießen, die seine Stammesgenossen den Deutschen gekocht hatten.

Die Unterhaltung mit dem intelligenten gut aussehenden Manne, dessen Manieren durchaus diejenigen eines Gentleman sind, interessierte mich.

Er schien im Anfang eine kühle Zurückhaltung meinerseits zu befürchten und trat sehr vorsichtig auf. Bald hatte ich ihn vertraulicher gestimmt, und er sprach sich offen aus — soweit er es für möglich und nützlich hielt.

Von der Basis ausgehend, daß das durch fortschreitende Kultur und Zulassung seitens der Regierung entwickelte Selbstgefühl des tschechischen Volkes — und der anderen slawischen Völker der Habsburgischen Monarchie — eine Anerkennung der staatlichen Selbständigkeit bis zu einer gewissen Grenze elementar verlange, verbreitete er sich über die Schwierigkeiten innerhalb Böhmens. Er sagte, daß eine Lösung gefunden werden müsse — und sich finden werde, weil das Bedürfnis nach Frieden auf beiden Seiten zu groß sei, um nicht zu einem Auswege zu drängen. Er stände dafür ein, daß seine tschechischen Landsleute bereit seien, einen Frieden zu schließen — selbst unter Aufgabe gewisser Wünsche — aber natürlich unter Aufrechterhaltung der bisherigen Errungenschaften und Ga-

rantie für Anerkennung dieser Erfolge. An eine Zurückdämmung von Errungenschaften eines zum Bewußtsein erwachten Volkes sei allerdings nicht zu denken.

Für diese Forderungen hätten, ebenso wie die Tschechen, die durch Kampf und Streit müden Deutschen Böhmens Verständnis, soweit sie nicht unter der Fuchtel der Radikalen ständen, welche ganz andere Ziele verfolgten als den Kampf gegen mehr oder minder berechtigte Forderungen der Tschechen. Diese erstrebten Lostrennung der deutschen Bezirke Böhmens und ihren Anschluß an das Deutsche Reich. Die Schwierigkeit der politischen Gesamtlage läge in der Brutalität dieser Partei *.

Die radikale deutsche Partei trage daher auch hauptsächlich die Schuld an den Schwierigkeiten, die in gewisser Hinsicht zwischen Deutschland und Österreich infolge der inneren Lage eingetreten seien. Er begrüße die Gelegenheit, um mir seine Auffassung über unser Bündnis mitzuteilen; es läge ihm daran, Mißverständnisse in einer so eminent wichtigen Frage beseitigt zu sehen.

Das deutsch-österreichische Bündnis betrachte er wie jeder einsichtige Tscheche als eine Nützlichkeit[1], über die man nicht einfach hinwegsehen könne. Er beanspruche, seine Wünsche oder Ideale von den praktischen Gesichtspunkten trennen zu können, die allein maßgebend für jeden Staatsmann sein könnten. Das Bündnis mit Deutschland sei so nützlich, auch speziell für Böhmen, daß es eine Torheit sei, wenn man davon abstrahieren wolle. Diese allein praktische Politik werde von ihm und allen einsichtigen engeren Landsleuten vertreten. Man möge daher dem „abgegebenen Schuß eines unruhigen Geistes“ (Kramář)[2] keine Bedeutung über Gebühr zumessen. Skandalmacher und Brauseköpfe gäbe es überall. Es wäre bedauerlich, wenn sie einen zu starken Einfluß auf die große Politik zu nehmen imstande seien.

Ich erwiderte Herrn Kaizl, daß ich wie er auf dem praktischen Boden stände und deshalb eine Beseitigung des Streites an unsern Grenzen nicht minder dringend wünschen könne als er. Seine Überzeugung von der Nützlichkeit der Dreibundes hörte ich gern — doch schiene es mir zweckmäßig zu sein, wenn diese Auffassung in der tschechischen Presse auch in Erscheinung träte[3]. Der abgegebene Schuß, von dem er gesprochen habe, sei leider eine Art Alarmsignal gewesen. Wenn die Tschechen es ernsthaft mit unserm Bündnis meinten, so sei es Erfordernis, dieses zu dokumentieren. Das ganze Deutsche Reich sei einmütig für das Bündnis; es falle daher jede

---

* Anmerkung Graf Eulenburgs:
Es decken sich diese Ausführungen des Ministers im wesentlichen mit dem Inhalte der Resolution des tschechischen Abgeordneten Dr. Engel in Karolinenthal, die ich mich nach dem Wortlaut des „Fremdenblattes“ beehre hier beizufügen.

Bestrebung innerhalb der habsburgischen Kronländer, die sich gegen das Bündnis richte, unangenehm und peinlich auf — ja, öffene der Intrige Tor und Tür.

Dr. Kaizl bat mich, meinerseits den Schwierigkeiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, in denen sich das tschechische Volk, bedroht und bekämpft von einer so brutalen Partei, wie die Deutschnationale es sei[4], befände. Ich erwiderte ihm, daß ich der Entwickelung von Nationalitäten innerhalb Österreich-Ungarns lediglich als Zuschauer gegenüberstände, ohne Interesse nach irgendeiner Seite hervortreten lassen zu können. Dieses sei nicht meines Amtes. Ich werde daher auch sicherlich dem tschechischen Volke, welches einen Bestandteil des uns verbündeten Österreich-Ungarns bilde, Gerechtigkeit widerfahren lassen, aber ich mache nochmals darauf aufmerksam, daß das tschechische Volk Deutschland durch Alarmschüsse, aufregende Artikel und Reden geradezu herausfordere. Vor allen Dingen schiene mir eine Beseitigung dieser bundesfeindlichen Haltung[5] nötig, um meine Landsleute freundlicher zu stimmen.

Der Minister nahm auch solche Äußerungen sehr ruhig und anscheinend einsichtsvoll auf. Ich höre, daß er meine „objektive Haltung" an anderer Stelle anerkennend hervorgehoben hat. Doch wird er keine leichte Arbeit haben, seine engeren Landsleute zur Ruhe gegenüber Deutschland zu bringen.

Die gehorsamst hier beigefügte Notiz aus dem „Fremdenblatt" vom 25. d. Mts., welche den Inhalt einer Rede des Tschechen Brzeznowsky* wiedergibt, dürfte z. B. Dr. Kaizl wiederum einiges Nachdenken verursachen, wenn seine mir ausgesprochenen Bestrebungen ehrliche sein sollten. Daran möchte ich im Hinblick auf den seinerzeit von mir gehorsamst gemeldeten Zwischenfall Kramář, der die Stellung des Ministers ernstlich erschüttert hatte, jetzt nicht zweifeln — natürlich nur soweit als Dr. Kaizl als Minister[5] in Frage kommt, der die Befehle seines kaiserlichen Herrn zu befolgen hat.

Ich werde die Ehre haben, an anderer Stelle über diesen Befehl des Kaisers Franz Joseph zu berichten.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] So blau!

[2] Wie naiv! Krama hat den Pfeil abgedrückt von dem von Kaizl gespannten Bogen.

[3] richtig

[4] Umgekehrt ist richtig

[5] richtig

---

* Brzeznowsky sollte nach dem „Fremdenblatt" gesagt haben: Preußen lauere auf Böhmen und Mähren als Beute; ihm sei aber seit der Zeit, wo er das kräftige Rußland mit seinen intelligenten Offizieren kennen gelernt habe, für die Existenz des tschechischen Volks nicht mehr bange.

Nr. 3505

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 71 Wien, den 27. März 1899
Ganz vertraulich

Kaiser Franz Joseph sprach gelegentlich meiner heutigen Audienz in eingehender Weise über die innere Lage. Ich beehre mich die wesentlichen Punkte hervorzuheben, indem ich Euere Durchlaucht bitte, den streng vertraulichen Charakter meines gehorsamsten Berichts besonders wahren zu wollen. Da der Kaiser über die innere Lage nur mit dem Ressortminister zu sprechen pflegt und an meine letzten Audienzen bereits mehr politische Kombinationen geknüpft worden sind, als vielleicht für unsere Interessen vorteilhaft ist, so liegt mir daran, die Audienz als lediglich der Übergabe des allerhöchsten Geschenks* bestimmt aufgefaßt zu sehen.

Daß Seine Majestät der Kaiser und König, unser allergnädigster Herr, mir persönlich die Übergabe des Geschenks anbefohlen haben, betrachte ich im Hinblick auf die mir dadurch gebotene Gelegenheit, vertrauensvoll mit Kaiser Franz Joseph zu sprechen, in diesem Augenblicke für sehr wertvoll.

Ich vermochte dem Kaiser zu sagen, wie der von ihm vollzogene Umschwung im Interesse der Deutschen sehr dankbar empfunden werde und wesentlich zu der Beruhigung der öffentlichen Meinung in Deutschland beitragen werde und schon beigetragen habe.

Der Kaiser akzeptierte diese von mir als Faktum dargestellte Wandelung. Es geht daraus hervor, daß das Ministerium Thun tatsächlich eine neue Marschroute erhalten hat, und meine Unterredungen mit den Ministern Dipauli und Kaizl, über die zu berichten ich die Ehre hatte, erhalten dadurch eine gewisse Bedeutung.

Der Kaiser äußerte jedoch Bedauern, daß seine auf Versöhnung und Ausgleich innerhalb Böhmens gerichtete Aktion auf so unversöhnliche Gegensätze zu stoßen schiene. Die Deutschen machten ihm seinen guten Willen, ihnen zu helfen, schwer. Die Haltung des „verfassungstreuen Großgrundbesitzes", der sich bei den ersten Anzeichen des guten Willens, den Deutschen zu helfen, gegen die Regierung gestellt habe, verletze ihn sehr.

---

* Am 27. März 1899 überreichte Graf Eulenburg dem Kaiser Franz Joseph ein Album mit photographischen Aufnahmen von der Parade des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments in Berlin, die am 11. Januar 1899 zur Feier des fünfzigjährigen Jubiläums des Kaisers Franz Joseph als des Chefs dieses Regiments abgehalten worden war.

Ich vermochte aus der Art, wie der Kaiser über jene Resolution sprach (über die zu berichten ich die Ehre hatte), zu erkennen, daß man von amtlicher Seite die Haltung dieser deutschen Gruppe stark zu verdächtigen bemüht gewesen war. Doch haben diese Verhetzungen nicht genügt, um den Kaiser aus dem eingeschlagenen Wege zu verdrängen. Seine Majestät will augenscheinlich einen Erfolg im Interesse der Deutschen und der Versöhnung in Böhmen *sehen*.

Ich wollte den Kaiser in diesem Bestreben nur unterstützen und nicht hemmen. Deshalb habe ich nicht ausgesprochen, daß die Aktion *zu spät* eintrat. Ich habe mich nur bemüht, dem Kaiser klar zu machen, daß der deutsche Gedanke in Österreich sich zu eng mit den „deutschnationalen“ Parteifragen verquickt habe, um ihn ganz von diesen *trennen* zu können. Ich gäbe Seiner Majestät gern zu, daß diese Gruppe landesverräterisch, atheistisch und umstürzend sei — aber man könne weder die einzige Partei, welche in den Massen Prestige habe, an die Wand drücken, noch die Deutschen fördern, indem man ihnen die Beine zerschlagen wolle — denn auf dieser rabiaten und in ihren Bestrebungen sicherlich verdammenswerten Gruppe *stände* leider jetzt das Deutschtum Österreichs.

Der Kaiser folgte meinen Ausführungen mit Interesse, aber ohne den inneren Groll bemeistern zu können, der ihn schon bei Nennung des Namens dieser Partei bewegt. Es schien ihm sehr unbequem zu sein, die Logik seiner so gut gemeinten „deutschen“ Aktion, wenn auch nicht direkt, so aber doch indirekt angefochten zu sehen. Er verstand deshalb auch lieber meine Ausfälle auf die „Landesverräter“ als die Absicht, seinem Programm, das er so ehrlich meint, stärkeren Rückhalt zu geben.

An meine Bemerkung, daß die Wendung nach der deutschen Seite in Deutschland nur sympathisch berührt habe, knüpfte der Kaiser an, um mir zu sagen, „daß dann wohl lieber der Artikel der ‚Post‘* unterblieben wäre, welcher aus lächerlichen Äußerungen tschechischer

---

* Am 19. März 1899 hatte die „Post“ einen ausführlichen Artikel über „Das Tschechentum und der Dreibund“ gebracht, der sehr scharf mit gewissen tschechischen Preßelaboraten einschließlich des bekannten Kramářschen Aufsatzes ins Gericht ging, die „unqualifizierbaren Angriffe“ tschechischer Blätter gegen die diplomatische Vertretung des Deutschen Reiches in Wien, als ob diese sich gewissermaßen mit einzelnen Gruppen der deutschen Opposition in Österreich identifiziere, zurückwies und den Leitern der österreichischen Politik zu verstehen gab, daß ein von tschechischen Tendenzen beherrschtes Österreich seiner bisherigen Rolle im Dreibunde verlustig gehen müsse. „Es mag diesen oder jenen österreichischen Staatsmann geben, der daran glaubt, es könne ein Österreich, in dem das deutschfeindliche Tschechentum die erste Geige spielt, in der bisherigen Weise im Dreibunde weiter leben. Für das Deutsche Reich jedoch steht der Grundsatz unerschütterlich fest, daß ein den tschechischen Tendenzen folgender Staat kein geeigneter Bundesgenosse mehr ist.“

Winkelblätter Konsequenzen gezogen habe, die in Europa auffallen müßten."

Ich erwiderte Seiner Majestät, daß ich den Artikel nur als einen Nachhall der Kramářschen Auslassungen in der „Revue de Paris" betrachte. Minister Kaizl habe mir kürzlich diesen Artikel als „den Schuß eines törichten Lärmmachers" bezeichnet. Ich sei aber der Ansicht, daß dieser Lärmmacher einen Schuß aus scharfgeladenem Gewehre abgegeben und dem Dreibund die Kugel in die Rippen gejagt habe[1]. Diese Kugel brenne dem Deutschen unter der Haut, und wenn jetzt ganz gleichgültige Tschechenblätter törichte Worte schrieben, so bedeute dieses ein Berühren der wunden Stelle[2] — und der Deutsche schreie. Darum habe auch die „Post" geschrien.

Der Kaiser lachte über diese Ausführung, gab aber zu, daß der Artikel Kramář allen Intrigen Europas gegen den Dreibund Tor und Tür geöffnet habe. „Aber dennoch", fuhr Seine Majestät fort, „wäre es doch gut, wenn nun in Deutschland in großen Blättern wie in der ‚Post' nicht Artikel erschienen, welche den Bestand des Dreibundes in Erörterung ziehen! Das macht Europa immer unruhiger! Und so wahr als ich hier sitze: einen festeren, treueren Bundesgenossen als mich gibt es nicht! Es erschweren solche Betrachtungen nur die Aufgaben, die wir uns gestellt haben!"

Ich sagte dem Kaiser, daß je mehr sich die deutsche Aktion seiner Regierung vertiefen werde, je mehr auch Diskussionen in jenem unbequemen Sinne aus der deutschen Presse verschwinden werden[3].

„Ach!", erwiderte der Kaiser seufzend, „leider werden die Tschechen immer mehr schreien, je mehr man in deutscher Richtung hervortritt!"[4] Auf diesen Weheruf vermochte ich allerdings nichts zu erwidern.

Die Stellung des Grafen Thun scheint vorderhand nicht alteriert zu sein. Ich beehrte mich bereits zu berichten, daß die Entscheidung für sein Verbleiben einerseits von dem Gelingen des Ausgleichs mit Ungarn, andererseits von den Wegen abhängig sein wird, welche die Versöhnungsaktion in Böhmen nimmt. Die Äußerung des Kaisers: „Gott sei Dank, daß Graf Thun alle diese Schwierigkeiten sehr ruhig — ganz außerordentlich ruhig — nimmt," läßt mich darauf schließen, daß Kaiser Franz Joseph dem Gange der Dinge abwartend und vorläufig ohne den Gedanken an einen Wechsel in Personalien zuschaut. Der tatsächliche Mißerfolg würde wohl erst in dieser Richtung Entscheidungen bringen.

Da aber momentan die kaiserliche Absicht, in deutschfreundlichem Sinne zu regieren, von dem Ministerium — selbst unter Mithülfe des Dr. Kaizl — durchgeführt wird, haben wir wenig Interesse an einer Personaländerung, die nur Unruhe erzeugt.

Allerdings dürfte kaum die fortschreitende Tschechisierung des Beamtentums wesentlich durch die eingetretene Wendung aufgehalten werden, in welcher der Schwerpunkt für die f e r n e r e Entwickelung Österreichs im slawischen Sinne liegt. Ich bezweifle, daß Kaiser Franz Joseph sich dieser Entwickelung b e w u ß t ist, welche unter der Decke der Ministerien langsam und stetig vorschreitet.

P. E u l e n b u r g

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr gut
[2] brillant
[3] sehr richtig
[4] laß sie brüllen das ist nun mal so ihre Art
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut.

Nr. 3506

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 73 Wien, den 31. März 1899
Ganz vertraulich

Ich habe die Ehre gehabt zu berichten, daß die Erregung über die evangelische Bewegung in Österreich* in steter Zunahme begriffen ist und sich als dasjenige darstellt, was die Beziehungen zwischen den verbündeten Mächten am meisten zu trüben geeignet ist[1].

Die „Deutschnationalen“, welche sehr wohl wissen, daß sie von den verbündeten Regierungen nichts zu erwarten haben und von der immer wachsenden Trübung der inneren Verhältnisse Österreichs für ihre Wünsche m e h r erhoffen, wissen sehr genau, daß sie durch die evangelische Bewegung das s t ä r k s t e Agitations- und Trübungsmittel besitzen.

Diese Politik durchschaut ebensowenig der deutsche Philister als der evangelische Pastor in Deutschland. Es lassen sich daher diese Elemente in das Schlepptau einer durchaus radikalen politischen Partei nehmen, ohne zu ahnen, welchen Zwecken sie dienen. Die wirklich religiöse Bewegung ist im Verhältnis zu der politischen, welche unter

---

* Es handelt sich um die sogenannte „Los-von-Rom-Bewegung“, die seit Januar 1899 von den Deutschnationalen Österreichs zur Parteisache erhoben war, obwohl sich der Evangelische Oberkirchenrat in Wien gegen die Übertrittsbewegung erklärte, soweit ihr nicht religiöse, sondern politische Motive zugrunde lägen.

dem religiösen Deckmantel segelt, eine verschwindend kleine. Ich halte deswegen dafür, daß der Nachteil, der uns durch eine Unterstützung dieser Bewegung seitens deutscher evangelischer Reichsangehöriger erwächst, weitaus stärker ist[2] als der Vorteil, den einige protestantische Gemeinden in Österreich dadurch erlangen können.

Es setzte mich aus den oben angegebenen Gründen durchaus nicht in Erstaunen, daß gestern abend Graf Goluchowski mich „dringend" zu sprechen wünschte und mir bei seinem Besuche die folgende Mitteilung machte:

Herr von Szögyény, der die Unterstützung, welche die evangelische Bewegung in Deutschland erfährt, zum Gegenstand seiner Berichterstattung gemacht hat, meldete, daß ein Aufruf zur Förderung der evangelischen Bestrebungen in Österreich unter anderen Namen denjenigen des Generalsuperintendenten, Probst von Berlin Faber trage. Diese Meldung hatte Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph vorgelegen, höchstwelcher eigenhändig darunter bemerkte: „Da hört denn wirklich schon alles auf!" Ich habe diese Randbemerkung selbst gelesen, an welche anknüpfend Graf Goluchowski bat, „um Gottes willen" derartigen Dingen Einhalt zu tun[3], die in ihren Folgen geradezu verderblich für das „so unbedingt notwendige gute Einvernehmen zwischen den Verbündeten" sein könnten. „Das Bündnis stände nicht nur auf dem Papier, sondern müsse sich doch auch in warmem, freundschaftlichem Verkehre dokumentieren.

Ich konnte mir nicht versagen, hierzu die Bemerkung zu machen: „daß diese Aufgabe besonders auch Österreich-Ungarn zufiele, welches die tschechischen Enunziationen im Zaum halten möchte."

Graf Goluchowski fuhr fort seine Besorgnis zu äußern, daß der Name von staatlich angestellten Geistlichen unter einem Aufruf, der eine politische Bewegung bedenklichster Art in Österreich unterstütze, hier auf das schwerste verletzen und den peinlichsten Eindruck hervorrufen müsse. „Was würde man in Deutschland zu Zeiten des Kulturkampfes gesagt haben, wenn Aufrufe zur Unterstützung der katholischen Sache von österreichischen Bischöfen unterzeichnet worden wären?"

Ich erwiderte dem Grafen, daß die deutsche Regierung sich gegenüber einer Agitation zugunsten der evangelischen Bewegung in Österreich ablehnend verhalte. Meinerseits hätte ich auf die politische Seite der Frage aufmerksam gemacht und volles Verständnis für die Lage gefunden.

Aus diesem Grunde sei auch die Regierung in Berlin nicht verantwortlich für Ausflüsse einer Bewegung, die schließlich doch nur die Folge von unhaltbaren und schwierigen Parteiverhältnissen in Österreich[4] sei. Ob wirklich der Name des Probst Faber unter einem Aufruf gestanden habe, vermöge ich nicht zu kontrollieren, da mir bis jetzt nichts darüber vorläge. Doch könne ich ja nicht an der Rich-

tigkeit der Meldung des Herrn von Szögyény zweifeln. Schließlich sei diese Unterschrift auch schwer wieder wegzulöschen.

Graf Goluchowski meinte, daß er dieses nicht beanspruchen wolle. Doch wäre er sehr dankbar für irgendeine Erklärung von Regierungsseite, daß man offiziell nichts mit einer Unterstützung der Bewegung zu tun habe.

Ich sagte dem Herrn Minister zu, diesen Wunsch weitergeben zu wollen.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ist richtig aber nicht zu ändern

[2] ja

[3] ich kann ihn nur dringend bitten endlich mit den Zuständen in Oesterreich aufzuhören

[4] richtig

Nr. 3507

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Konzept

Nr. 125 Berlin, den 6. April 1899

Vertraulich

Ew. pp. gefälliger Bericht Nr. 73 vom 31. v. Mts.*, betreffend eine Reklamation des Grafen Goluchowski wegen der Unterstützung, welche der österreichischen evangelischen Bewegung in Deutschland zuteil wird, hat Seiner Majestät dem Kaiser vorgelegen.

Allerhöchstderselbe hat, wie ich zu Ew. pp. vertraulichen Orientierung ergebenst bemerke, diesen Bericht mit nachstehenden Marginalien versehen. Zu dem Satze, „daß sich die Erregung über die evangelische Bewegung in Österreich als dasjenige darstellt, was die Beziehungen zwischen den verbündeten Mächten am meisten zu trüben geeignet ist“ hat Seine Majestät bemerkt: „ist richtig, aber nicht zu ändern.“

Zu dem Satze, „daß der Nachteil, der uns durch eine Unterstützung dieser Bewegung seitens deutscher evangelischer Reichsangehöriger erwächst, weitaus stärker ist als der Vorteil, den einige protestantische Gemeinden in Österreich dadurch erlangen können“, lautet der allerhöchste Randvermerk „Ja“. An der Stelle, wo erwähnt ist, daß Graf Goluchowski, anknüpfend an die Randbemerkung des Kaisers Franz

---

* Siehe Nr. 3506.

Joseph, gebeten habe, „um Gottes willen" derartigen Dingen Einhalt zu tun, hat Seine Majestät an den Rand geschrieben: „Ich kann ihn nur dringend bitten, endlich mit den Zuständen in Österreich aufzuhören."

Zu dem Satze: „die Regierung in Berlin sei nicht verantwortlich für Ausflüsse einer Bewegung, die schließlich doch nur die Folge von unhaltbaren und schwierigen Parteiverhältnissen in Österreich sei," hat Seine Majestät bemerkt „Richtig".

Mit Recht haben Ew. pp. den Grafen Goluchowski bereits darauf hingewiesen, daß, nachdem einmal der Aufruf zur Unterstützung der evangelischen Bewegung in Österreich die Unterschrift des Generalsuperintendenten und Probstes von Berlin Faber trage, es schwer sei, diese Unterschrift wieder zu löschen. Was den Wunsch des österreichisch-ungarischen Ministers betrifft, es möchte von deutscher Regierungsseite eine Erklärung abgegeben werden, daß man offiziell nichts mit der Bewegung zu tun habe, so kann diesem Wunsche nach Lage der politischen Verhältnisse diesseits nicht entsprochen werden. Schon gleich nach Eingang Ew. pp. erster Berichte über die „Los-von-Rom-Bewegung" sind auf allerhöchsten Befehl durch Vermittelung des Oberkirchenrates sowie eines der ersten und einflußreichsten hiesigen Geistlichen Schritte geschehen, um soweit als tunlich zu verhindern, daß von evangelischer Seite in Deutschland die gedachte inner-österreichische Bewegung gefördert werde*. Mehr kann von hier aus in der Sache nicht geschehen. Eine Erklärung in dem vom Grafen Goluchowski gewünschten Sinne würde eine immerhin ungewöhnliche Unterstützung der gegenwärtigen österreichischen inneren Politik bedeuten, welche im gegenwärtigen Augenblick kein Verständnis bei der hiesigen öffentlichen Meinung finden würde. Die evangelische Bewegung in Österreich ist in erster Linie eine politische, gegen das System Thun gerichtete. Graf Thun hat aber nach seinen Ausfällen gegen uns in diesem Winter keinen Anspruch auf eine so weitgehende Unterstützung der deutschen Regierung, wie sie in der gewünschten Erklärung liegen würde.

Bülow

---

* Aus einem Immediatbericht des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin D. Barkhausen vom 19. April ergibt sich, daß dieser in der Tat sein möglichstes getan hat, um nicht nur die ihm untergebenen Organe, sondern auch den Vorstand des „Evangelischen Bundes von einer unbesonnenen Schürung der ‚Los-von-Rom-Bewegung' zurückzuhalten und sie von ihrer Pflicht zu überzeugen, dem Evangelischen Oberkirchenrat in Wien seine überaus schwierige Stellung nicht noch mehr zu erschweren". Die „streng loyale und entschieden abwehrende Haltung", die die deutsche Reichsregierung und die preußische Regierung gegenüber der „Los-von-Rom-Bewegung" einnahmen, ist auch von katholischer Seite, z. B. von Kardinal Kopp, unumwunden anerkannt worden. Kardinal Kopp an Staatssekretär von Bülow, d. d. Breslau den 12. Juni 1899.

Nr. 3508

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 77 Wien, den 12. April 1899

Vertraulich

Ich habe den Inhalt des hohen Erlasses Nr. 125 vom 6. d. Mts.* dem Grafen Goluchowski mitgeteilt.

Der Minister anerkannte unsere Ablehnung bezüglich einer öffentlichen tadelnden Erklärung wegen der Haltung des Generalsuperintendenten, Probst Faber. Der Minister sprach jedoch die Hoffnung aus, daß Probst Faber seitens der Regierung auf die Unzuträglichkeit seiner Haltung als Staatsbeamter aufmerksam gemacht werde, der in einer inneren Frage Österreichs Partei ergriffen habe. Die österreichische Regierung werde gewiß ihrerseits niemals zögern, einem Bischof eine Rüge zu erteilen, der eine ähnliche Haltung einnehmen würde — wie auch zu Zeiten des Kulturkampfes in Deutschland der gesamte katholische Klerus seitens der hiesigen Regierung streng im Zaume gehalten worden sei.

Ich erwiderte dem Grafen, daß die deutsche Regierung diejenigen Elemente, auf welche ihr ein Einfluß möglich sei, zur Mäßigung ermahnt habe und an diesem Standpunkt festhalte. Daß sie jedoch aus den von mir bereits angeführten Gründen nicht in der Lage sei, öffentlich herauszutreten. Sie müsse sich vielmehr größter Vorsicht befleißigen. Daß Probst Faber unter der Hand von der Haltung der deutschen Regierung Kenntnis erhalten habe, schiene mir zweifellos.

Im übrigen müsse ich den Wunsch und die Hoffnung dringend zum Ausdruck bringen, daß in der heiklen und aufgebauschten religiös-politischen Bewegung die hiesige Regierung möglichst ruhig und objektiv verharren möge. Diese Frage enthalte zu vielen Zündstoff, um sie nicht mit äußerster Vorsicht zu behandeln.

P. Eulenburg

Nr. 3509

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 78 Wien, den 13. April 1899

Vertraulich

Graf Franz Thun, den ich seit Wochen nicht gesehen, und dessen Verkehr ich — wenn auch nicht in auffallender Weise — gemieden hatte, ließ vertraulich bei mir anfragen, wann er mich sprechen könne.

---

* Siehe Nr. 3507.

Dieser Besuch und die Aussprache mit mir, die er in anscheinend sehr aufrichtige Formen kleidete, während er sich sonst stets recht zurückhaltend zeigte, sind mir ein neuer Beweis für das Bestreben des Ministeriums, dem Befehle seines Kaisers und Herrn nachzukommen, den Deutschen wärmeres Entgegenkommen zu zeigen wie bisher und das Bundesverhältnis mit Deutschland besser zu pflegen.

Graf Thuns Besuch trug aber neben dem Wunsche, seinem Herrn zu dienen, eine Art Charakter der Entschuldigung und — des Hülfesuchens, ohne daß dieses aber in Worten irgendwie zutage getreten wäre. Es lag mehr in der Art, wie er über die Lage des Landes und über seine eigene Stellung sprach.

Wesentlich Neues brachte er mir nicht. Das Bild, das ich die Ehre hatte, von der hiesigen Lage zu geben, bestätigte der Graf im wesentlichen. Er ist durch die Last der Verhältnisse schwer gedrückt und empfindet die persönliche Spitze, die sich in der Haltung der deutschen Parteien gegen ihn zeigt, sehr peinlich. Auch sprach er sich in Ausdrücken tiefen Bedauerns über die Haltung Deutschlands aus, das in ihm einen Widersacher sehe, „während er doch eigentlich ein Deutscher sei, der in Halle studiert, in Schlesien Landwirtschaft gelernt und in Böhmen von den Tschechen während seiner Statthalterschaft verfolgt worden sei“.

Ich konnte hierbei den Ausruf nicht unterdrücken, daß sich allerdings seitdem recht viel geändert habe!

Die Absicht des Grafen, den Deutschen alles nur denkbare Entgegenkommen zu zeigen, trat deutlich zutage; aber auf eine leise Anspielung, wie sehr ein solches Bestreben durch eine feindselige Haltung in Deutschland erschwert werde, vermochte ich nur zu erwidern, daß, wenn t a t s ä c h l i c h eine Wandelung in der Haltung der hiesigen Regierung in Erscheinung träte, auch die Stimmung gegen ihn sich bessern werde. Es ließe sich dieses allerdings nicht von einem Tag zum andern erwarten — selbst wenn die gute Absicht sich öffentlich dokumentiere. Die entstandene Empfindlichkeit könne nur durch eine n a c h h a l t i g e und k o n s e q u e n t e Politik verschwinden, die das dem Deutschen Reiche feindliche Slawentum n i e d e r h a l t e.

Graf Thun machte mir den Eindruck eines politisch total festgefahrenen Mannes, der, allein noch von seinem Kaiser gehalten und in eine Richtung gedrängt, die er kurz vorher noch bekämpfte, gänzlich seine Haltung verloren hat.

Ein Habicht, der schwimmen soll. Es hält ihn eine Zeitlang der Fettstoff in den Federn; dann aber wird er wohl ertrinken.

P. E u l e n b u r g

Nr. 3510

*Aufzeichnung des Fürstbischofs von Breslau Kardinal Kopp, z. Z. in Berlin**

Abschrift

Berlin, den 30. Mai 1899

Auf die Mitteilung des österreichisch-ungarischen Botschafters, daß Seine Kaiserliche Hoheit der Erzherzog Franz Ferdinand mich auf der Botschaft zu empfangen wünsche**, begab ich mich heute nachmittag drei Uhr dorthin. Seine Kaiserliche Hoheit erschienen bald nach drei Uhr und wurden von dem Botschafter und dessen Familie begrüßt. Nach einiger Zeit entfernte sich der letztere, und ich blieb mit dem Erzherzog allein, welcher mich sofort in folgendes vertrauliches Gespräch zog:

Anknüpfend an eine Bemerkung, welche Seine Kaiserliche Hoheit am Abend vorher (am 29. Mai) bei der Vorstellung vor der Hoftafel gemacht hatte, leiteten höchstdieselben das Gespräch in folgender Weise ein, wie folgt:

„Wie ich Euer Eminenz bereits gestern abend gesagt habe, halte ich die Deutschen in Österreich seit drei Jahren für unterdrückt und schlecht behandelt, man hätte vieles nicht tun dürfen. Als eine große Gefahr betrachte ich dagegen für Österreich die Bestrebungen der Jungtschechen, deren Ziel darauf hinausläuft, in Zisleithanien eine zweite Auflage des 1867 er Ausgleiches zu veranstalten. Ist schon dieser, der ungarische Ausgleich, ein großes Unglück für Österreich, so würde die Wiederherstellung des sogenannten böhmischen Staatsrechts den Zusammenbruch Österreichs herbeiführen. Nie werde ich etwas tun, um solchen Zielen Vorschub zu leisten; ich erachte es im Gegenteil für meine Aufgabe, die Verwirklichung derselben mit allen Kräften zu verhindern."

Ich warf hierbei ein, daß ich durch diese Worte sehr getröstet sei und Seiner Königlichen Hoheit innigst für dieselben danke; leider beständen in Österreich Kreise, welche diesen wohl einzig richtigen österreichischen Standpunkt nicht verträten, sondern vielmehr jene jungtschechischen Aspirationen recht wirksam unterstützten, und diese Kreise besäßen noch dazu einen sehr großen Einfluß.

Darauf entgegnete der Erzherzog:

„Ich weiß, wohin Euere Eminenz damit hindeuten wollen. Allerdings unterstützt der böhmische Feudaladel diese Politik; ich halte

* Von Kardinal Kopp dem Staatssekretär von Bülow zugestellt.

** Als ein Zeichen der Wiederannäherung an Deutschland erfolgte in Berlin Ende Mai 1899 der Besuch des präsumtiven österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este, dem früher tschechisch-slawische Tendenzen und eine Hinneigung zu Rußland nachgesagt wurden, der sich aber jetzt in durchaus deutschfreundlichem Sinne äußerte. Vgl. Nr. 3512.

dieses Verhalten für absolut falsch und antiösterreichisch, und namentlich mißbillige ich den Anschluß an die Jungtschechen, wie z. B. des Prinzen Friedrich Schwarzenberg. Auch kann ich nicht verhehlen, daß mir die Haltung des böhmischen Episkopates, insbesondere des Kardinals Schönborn und des Bischofs Riha von Budweis weder sympathisch noch überhaupt verständlich ist; sie liegt außerhalb des Reichsinteresses.

Ich bedauere überhaupt die Haltung unserer Bischöfe in beiden Reichshälften, weil sie zu sehr national ist. Auch von den ungarischen Bischöfen gilt dieses, welche sowohl die Zivilehe als jetzt das Kanzelgesetz hätten verhindern können, wenn sie mehr von kirchlichen als von nationalen Rücksichten sich leiten ließen, und namentlich bin ich mit der Haltung des Fürst Primas Vaszary nicht einverstanden.

Ich halte fest an der Einheit Österreichs; zu den Einigungsmitteln seiner Völker rechne ich die Dynastie, die katholische Religion und insbesondere die deutsche Sprache als Kulturträgerin und allgemeine Verkehrssprache."

Sodann verbreitete sich Seine Kaiserliche Hoheit über die innere Lage Österreichs, bedauerte die mangelhafte Ausbildung des Klerus, welcher seiner hohen Aufgabe als Volkserzieher nicht entspreche, und belobte meine Absicht, in Weidenau ein Priesterseminar zu errichten.

Überleitend auf die gegenwärtige Ausgleichskrisis sprach Seine Kaiserliche Hoheit eine etwas harte, aber wohl zutreffende Kritik der Person und des Wirkens des jetzigen Ministerpräsidenten Graf Thun aus, indem er denselben mit einem hochgewachsenen afrikanischen Tiere verglich und ausführte, so sehe auch Graf Thun immer in den Lüften umher und auf alles andere vornehm herab, habe keine ernste Vorstellung von seiner Aufgabe, und wenn er einmal einen richtigen Gedanken habe, fehle ihm die Energie und der Mut, denselben zu verwirklichen. Die gegenwärtige Krisis würde erst mit Thuns Entlassung endigen, und dann würden wohl entweder Graf Schönborn oder Graf Clary, Statthalter in Steiermark, die Leitung der Geschäfte übernehmen*.

Da ich den Grafen Schönborn mit seinen Brüdern und allen Verwandten stets nur im tschechischen Lager gesehen habe, dagegen den Grafen Clary als ehemaligen schlesischen Landespräsidenten als einen deutschgesinnten, zielbewußten, klardenkenden Mann kenne, mit ihm auch in freundschaftlichen Beziehungen gestanden habe und noch stehe, habe ich auf das dringendste von dem ersteren abgeraten, dagegen den letzteren empfohlen. Auch der Erzherzog neigte übrigens mehr zum Grafen Clary.

(gez.) G. Card. Kopp

* Tatsächlich wurde Graf Clary Anfang Oktober 1899, nachdem Graf Thun am 23. September die Demission des Kabinetts eingereicht hatte, mit der Neubildung beauftragt.

Nr. 3511

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 126 Wien, den 16. Juni 1899

Seitdem es dem Grafen Thun gelungen, den Ausgleich mit Ungarn mit gewaltsamer Auslegung des § 14 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 über die Reichsvertretung für eine Reihe von Jahren ohne Zuhülfenahme der staatsgrundgesetzlich bestimmten Faktoren abzuschließen*, und nachdem auch auf demselben Wege bereits ein Staatsvertrag mit dem Auslande (Italien) abgeschlossen wurde, muß vor allem die Tatsache ins Auge springend, daß es heute in Österreich eine Verfassung eigentlich nicht mehr gibt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Rückkehr zu einem Parlamente, ohne dessen Beihülfe die wichtigsten Staatsaktionen absolutistisch erledigt werden können, welches mithin überflüssig geworden ist, kaum mehr ernsthaft ins Auge zu fassen sein wird.

Selbstverständlich jubeln alle jene Parteien über den de-facto-Zusammenbruch der Verfassung, welche letztere von jeher als ein Werkzeug des germanisierenden Zentralismus und Liberalismus anfeindeten, ich meine die Parteien der heutigen Mehrheit, die Slawen und die Klerikalen. Während diese also mit schadenfroher Genugtuung dem Staatsstreich Thuns zusehen und auch gewiß nicht der Regierung die Indemnität versagen werden, falls dieselbe, wie ich höre, die mit Ungarn getroffenen Abmachungen dem im Herbst zusammenzuberufenden Reichsrate zur Genehmigung unterbreitet, hat sich der deutschen Opposition und ihrer Organe, welche kürzlich erst dem Ministerium in der Frage der Dualisierung der Bank gegen die ungarischen Ansprüche Gefolgschaft leisteten, eine auffallende Gleichgültigkeit für verfassungsrechtliche Bedenken bemächtigt. Das Gefühl, wenn auch unter Verlusten für $8\,^1/_2$ Jahre Ruhe und wirtschaftliche Gewißheit zu besitzen, mag ebensosehr hierzu beigetragen haben als die geschickten Verbindungen, welche die hiesige Regierung mit den leitenden Organen der linksdeutschen Presse anzuknüpfen verstanden hat. Es ist kein Geheimnis, daß die Beziehungen des Finanzministers Dr. Kaizl zur „Neuen Freien Presse“ letztere in die Lage versetzen, sich auf anderem Wege zu einer schonungsvollen Behandlung der Regierung

* Am 10. Juni hatten die österreichischen und ungarischen Minister ein Kompromiß in der Ausgleichsfrage abgeschlossen, nach dem das Zoll- und Handelsbündnis zwischen beiden Reichshälften bis Ende 1907 erstreckt werden sollte, falls bis zum Jahre 1903 nicht ein neuer definitiver Ausgleich zustande komme. Im Sinne dieses Übereinkommens setzte eine kaiserliche Verordnung vom 21. September 1899 auf Grund des § 14 das Verhältnis Zisleithaniens zu den Ländern der ungarischen Krone fest.

schadlos zu halten, während die Verbindungen, die Dr. Singer, der Chefredakteur des „Neuen Wiener Tagblatts", mit dem Ballhausplatz unterhält, die schonungsvolle Behandlung eines verfassungswidrigen Vorgehens zur Genüge erklären.

Die springenden Punkte der heutigen Lage in Österreich sind also wohl zunächst die allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber einem unzweideutigen Verfassungsbruche und damit verbunden die tatsächliche Entwertung der bisherigen Verfassung und Reichsvertretung.

Die Stellung des Grafen Thun aber ist für den Augenblick durch den abgeschlossenen Ausgleich entschieden gestärkt, das Vertrauen, welches er an allerhöchster Stelle als absolut loyales Werkzeug der Krone genießt, befestigt und ein Rücktritt desselben fürs Erste jedenfalls nicht ins Auge zu fassen, wenn auch die persönliche Sympathie des Monarchen für seinen Minister nicht im Laufe von dessen Amtstätigkeit zugenommen hat und eine Trennung von ihm sich leicht und schnell vollziehen würde. Der im Herbste einzuberufene Reichsrat wird die Delegationswahlen anstandslos erledigen, die bekanntlich nach Kronländern erfolgen, und es kommt wenig mehr darauf an, ob die Deutschen durch Abstinenz oder Obstruktion der nachträglichen Vorlage des ungarischen Ausgleichs begegnen, das wirtschaftliche Verhältnis der beiden Reichshälften bleibt bis zum Jahre 1907 geregelt, und bis zum Jahre 1903 haben die Oppositionsparteien Zeit, es sich zu überlegen, ob sie sich unter neuen Zugeständnissen zur gemeinsamen Erhaltung des Zollgebiets und als Grundlage für den Abschluß neuer, auf eine längere Reihe von Jahren bemessener Handelsverträge auf die parlamentarische Behandlung eines neuen Zoll- und Handelsbündnisses einlassen wollen, oder ob sie den ungarischen Emanzipationsgelüsten eine bequeme Handhabe zur Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Sonderbestrebungen zu bieten beabsichtigen.

Bis dahin kann zur Not absolutistisch weitergewurschtelt werden. Der berüchtigte Paragraph, dessen Abschaffung die deutschen Oppositionsparteien in ihrem neuerlichen Programme ausdrücklich gefordert haben, gewährt das Notverordnungsrecht ausdrücklich nur für solche Fälle, die „keine Abänderung des Staatsgrundgesetzes bezwecken, keine dauernde Belastung des Staatsschatzes und keine Veräußerung von Staatseigentum zur Folge haben." Die nächste ernsthafte Schwierigkeit wird sich dem hier augenblicklich herrschenden verkappten Absolutismus im Herbste entgegenstellen, wenn die Notwendigkeit an die Regierung herantritt, im direkten Widerspruche mit der Verfassung und zur Deckung der namentlich für vermehrte Heeresausgaben erwachsenen Bedürfnisse ein Anlehen aufzunehmen. Die Verfassungswidrigkeit und geringere Sicherheit könnten dabei durch Verteuerung des Geldes zum Ausdruck gelangen und hierdurch den Gegnern des Kabinetts eine gefährliche Angriffswaffe in die Hand geben.

P. Eulenburg

Nr. 3512

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in Wien Prinz von Lichnowsky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Privatbrief. Ausfertigung

Wien, den 17. Juni 1899

Gestatten Sie mir, Ihnen in kurzen Worten die Eindrücke zu schildern, die ich nach längerer Abwesenheit seit meiner Rückkehr hier empfangen.

Wie ich aus verschiedenen guten Quellen übereinstimmend höre, ist der Erzherzog Franz Ferdinand von seinem Berliner Besuche* sehr entzückt heimgekehrt. Die Art, wie Seine Majestät der Kaiser und König ihn bei jedem Anlaß ausgezeichnet, scheint die Eitelkeit des Prinzen sehr geschmeichelt zu haben. Der Erzherzog hat auch hier ganz wie in Berlin gegenüber Herrn von Szögyény die Tendenz verfolgt, seine deutschen Sympathien zu betonen und für alles in Berlin Gesehene seine Anerkennung nicht zurückzuhalten. Bezüglich der hiesigen inneren Politik vertritt der Erzherzog den Standpunkt, daß den Deutschen Unrecht geschehen, und fährt fort, gegen Tschechen und Magyaren sich zu ereifern.

Ich möchte diesen Gesinnungswechsel des Erzherzogs ebensowenig überschätzen als seine angeblichen antideutschen Herzensneigungen. Geburt, Erziehung und Umgebung verweisen den Prinzen in das Lager der Slawen und Klerikalen. Das Bedürfnis, den oppositionellen Standpunkt zu vertreten, mag bei den nunmehrigen Anschauungen des Thronfolgers von maßgebender Bedeutung gewesen sein.

Es ist mir seit meiner Rückkehr von neuem bestätigt worden, daß der alternde Monarch immer mehr der Kirche zuneigt und unter den Einfluß der Jesuiten geraten ist. Der Jesuitenpater Abel soll häufigen Zutritt erlangen, und die demonstrative Anwesenheit des Kaisers bei dem Tedeum in der Stephanskirche zu Ehren der Enzyklika, welche die Menschheit dem Herzen Jesu weihte, sowie die Entsendung des Erzherzogs Franz Ferdinand zur Einweihung der Herz-Jesu-Kirche in Bozen sind allgemein aufgefallen. Auch läßt der Kaiser keine Gelegenheit vorübergehen, um seine Sympathie für das Tschechentum und sein Mißfallen gegen die Deutschen zu bekunden.

Unterdessen hat die deutschnationale Bewegung immer weitere Kreise erfaßt. Steiermark, Nordböhmen, Schlesien, in jüngster Zeit auch Oberösterreich sind am stärksten davon berührt. Die gesamte

---

* Vgl. Nr. 3510 nebst Fußnote **.

Intelligenz, die akademischen Kreise, Kaufmannschaft, ja sogar ein Teil der Landbewohner ist davon ergriffen. Professoren und Schüler von den Universitäten und Gymnasien sind Schönerianer mit alleiniger Ausnahme des Katecheten. Der letztere wird von den Schülern als Feind betrachtet, und sein moralischer Einfluß sinkt auf Null. Jede nationale Anspielung entfesselt Stürme der Begeisterung, und die „Germania“ des Tacitus wird nicht mehr ohne allgemeine Erregung gelesen.

Die österreichische Staatsidee hat sich in den Klerikalismus geflüchtet, in ihr erblickt die Dynastie ihren mächtigsten Stützpunkt, im Slawentum aber einen unentbehrlichen Wall gegen den Pangermanismus.

In Wien ist es Lueger, der die nationale Bewegung mit klerikaler Hülfe nieder- und die Fahne des Österreichertums hochhält. In diesem Sinne soll auch die Landtags- und Gemeinderats-Wahlordnung zugunsten der Christlichsozialen abgeändert werden.

Die „Los-von-Rom“-Bewegung hat zwar augenblicklich noch keine größere Bedeutung erlangt, kann aber jeden Augenblick für Staat und Kirche gefährlich werden. Während Kopp und einzelne wenige einsichtsvollere hiesige Priester der Bewegung durch Heranbildung deutscher Kleriker Herr zu werden suchen, ist namentlich der Olmützer Kohn bestrebt, der Tschechisierung Vorschub zu leisten.

Es ist der allgemeine Zersetzungsprozeß, die Agonie des Staatswesens. Die für 1903 zu gewärtigende wirtschaftliche Lostrennung Ungarns wird ein weiterer Schritt sein. pp.

C. M. Lichnowsky

Nr. 3513

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 212 Wien, den 21. November 1899
Vertraulich

pp. Die von dem Kaiser eingeschlagene, von höchstdemselben mir persönlich bestätigte Wendung zum Deutschtum bringt zweifelsohne einen allgemeinen slawischen Widerspruch hervor, der sein Echo an der Newa finden wird. Diese Konsequenzen hat der Kaiser bei seiner letzten Wendung im Innern auf sich genommen. Wenn daher wohl sicherlich auch freundschaftliche Töne gegenüber Rußland zur Besänftigung laut werden, so wird doch der auswärtige Kurs von der innern Politik bis zu einem gewissen Grade beeinflußt bleiben —

bis die Regierung des Kaisers nicht mehr imstande und in der Laune sein wird, dem slawischen Druck der Gesamtmonarchie zu widerstehen. Wir wollen hoffen, daß die Klugheit und Ruhe der jetzt in dem Ministerium befindlichen Männer* diesen Zeitpunkt möglichst weit hinausschieben wird.

Graf Goluchowski ist unzweifelhaft durch die neueste Wendung der Dinge in die Notwendigkeit versetzt, sich auf die Ungarn und Deutschen zu stützen. Er wird daher auch nur eine diesen genehme äußere Politik machen können.

P. Eulenburg

---

* Seit Anfang Oktober 1899 war das Ministerium Graf Clary am Ruder, das im allgemeinen deutschfreundliche Tendenzen verfolgte, und das jedenfalls als eine entschiedene Abkehr von dem Kurse Graf Thuns angesehen werden konnte, weshalb auch die Tschechen sofort in entschiedene Opposition gegen dieses Kabinett traten. Freilich hielt sich das neue Kabinett, das auch die Sprachenverordnungen beseitigte, nur bis zum 19. Dezember.

Kapitel LXXXVIII

Deutschlands und Österreichs Verhältnis zu Rußland 1898—1899

Nr. 3514

*Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.**

Telegramm. Ausfertigung

Zarskoe Selo, den 1. Januar 1898

Please accept Alix's and my best wishes for the New Year, may it be a peaceful and prosperous one for our countries which have till now worked happily hand in hand, and I hope will continue doing so. We send also our heartfelt congratulations to Victoria.

Nicky

Nr. 3515

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Ausfertigung

St. Petersburg, den 13. Januar 1898

I expreß to you my sincerest thanks for your kind new years greetings and especially for your wish that our joint endeavours may always be successful. I always pray that god may grant us peace and quiet times thereby allowing us to fulfill our duties towards our countries. Best love from us both to Victoria. Nicky

* Der Schriftwechsel zwischen Kaiser Wilhelm II. und Kaiser Nikolaus II. ist während des Jahres 1898 ein besonders ausgiebiger gewesen, während er im Jahre 1899 fast ganz nachgelassen hat; ein Beweis dafür, daß die persönlichen Beziehungen beider Herrscher, die während des Jahres 1898 sehr intime und herzliche waren, sich in der Folge abkühlten. Die größere persönliche Hingabe und die stärkere Vertrauensseligkeit in dem Verhältnis der beiden Herrscher brachte unzweifelhaft der Kaiser auf; ging er doch so weit, dem Zaren von dem Chamberlainschen Bündnisangebot im Mai 1898 unverweilt volle Kenntnis zu geben (vgl. Bd. XIV, Kap. XCI, Nr. 3803, Fußnote). Auch in der ostasiatischen, der Kreta- und der Faschodafrage wandte sich Kaiser Wilhelm mit einem Vertrauen an den Zaren, das keineswegs in gleichem Maße erwidert wurde (vgl. Bd. XII, Kap. CXXXI und Bd. XIV, Kap. XC und Kap. XCIII). In den Briefen und Telegrammen des Zaren an der Kaiser aus dem Jahre 1898 wird neben der deutsch-russischen Interessengemeinschaft vor allem der Friedenswunsch des russischen Herrschers, der ja im gleichen Jahre auch das Friedensmanifest erließ (vgl. darüber Bd. XV, Kap. C), betont. Doch erweisen die Schriftstücke über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1898—99, daß die offizielle russische Politik und die russische öffentliche Meinung von einer Solidarität der Interessen mit Deutschland und einer Friedensliebe gegenüber diesem Lande trotz der engen persönlichen Beziehungen zwischen den Herrscherhäusern weit entfernt blieb.

Nr. 3516

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 83 Berlin, den 5. Mai 1898

Die diesseitigen Beobachtungen, unterstützt durch Ew. pp. Berichterstattung, lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die ganze russische Presse den Kriegspfad gegen Deutschland betreten hat.

Ich rede hier nicht von Blättern wie „Nowosti“ und „Swet“, denen man fremde Einwirkungen nachsagt, sondern von den großen Blättern, voran die „Nowoje Wremja“ und die russische „St. Petersburger Zeitung“. Bald heißt es, Deutschland sinne auf Beeinträchtigung der naturgemäßen Entwickelung Rußlands durch Festsetzung am Persischen Golf; bald wird gefabelt, Deutschland stehe in diplomatischen Verhandlungen, um die Einverleibung von Bosnien und die Herzogewina in die österreichisch-ungarische Monarchie herbeizuführen. Wenn dann ein deutsches Blatt diese Behauptungen für Phantasterei erklärt, so benutzt alsbald die russische Presse diese Äußerung, um auszustreuen, derartige Pläne seien in der deutschen Presse aufgetaucht. Kurz, die Beschwerden der russischen Presse sind so verschiedenartig und gleichzeitig so haltlos, daß man auf ein planmäßiges Vorgehen schließen muß, bei welchem es nicht auf die Natur oder Begründung des einzelnen Beschwerdepunktes ankommt, sondern lediglich auf Erregung oder Verschärfung deutschfeindlicher Stimmung.

Jeder Politiker in Deutschland, von Seiner Majestät dem Kaiser bis zum jüngsten Journalisten, weiß, daß die russische Regierung in der Lage ist, dieser ganzen Kampagne mit einem einzigen Worte ein Ende zu machen. Eben diese Wissenschaft ist es, welche den Auslassungen der russischen Presse, die man sonst einfach als tendenziöse Erfindungen mit Nichtachtung behandeln würde, einen Hintergrund gibt. Es entsteht die Frage: warum läßt die russische Regierung dieses geschehen, und weshalb ist eine Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland ihr gleichgültig? Da diese Frage sich nicht beantworten läßt, so entstehen Vermutungen, welche hoffentlich gleichfalls phantastischer Art sind, welche aber schwerlich noch viel länger der öffentlichen Diskussion zu entziehen sein werden und alsdann auch eine fühlbare Einwirkung auf die Gestaltung der russisch-deutschen Beziehungen ausüben müssen. Und dies um so mehr, da unser allergnädigster Herr, dessen Sympathie für den Kaiser Nikolaus und für Rußland genugsam bekannt ist, sich auf die Dauer dem Eindrucke nicht wird entziehen können, daß er mit obrigkeitlicher Genehmigung zum

Gegenstande systematischer Angriffe und feindseliger Entstellung gemacht wird.

Ew. pp. ersuche ich hiernach, im meinem Auftrage und in freundschaftlicher Form die Aufmerksamkeit des Grafen Murawiew auf die bedenklichen und nach meiner Überzeugung auch für ihn unerwünschten Folgen zu lenken, auf die wir uns gefaßt machen müssen, wenn die Fortsetzung des russischen Preßsturms schließlich zur Bewahrheitung des Sprichworts führt: „Wie man in den Wald hineinschreit, so schallt es heraus.“ Dieses Ergebnis liegt jedenfalls ebensowenig in den Absichten des Grafen Murawiew wie in den unsrigen. Nur weil diese Ansicht bei mir feststeht, habe ich Ew. pp. den Auftrag erteilt.

Bülow

Nr. 3517

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 105 St. Petersburg, den 6. Mai 1898

Auftrag nach Telegramm Nr. 83* sofort mit Nachdruck dem Grafen Murawiew gegenüber eingehend zur Sprache gebracht. Der Minister meinte zunächst von den Zeitungsangriffen auf Deutschland nichts zu wissen, er läse keine Zeitungen.

Ich verhehlte mein Erstaunen nicht, daß er sich nicht wenigstens Auszüge vorlegen lasse, wenn es sich um wichtige Fragen handele, die die politischen Beziehungen so nahe tangieren. Darauf gab er zu, in der Stadt auf die Preßkampagne gegenüber dem Auslande angeredet worden zu sein, er habe aber darauf keinen Wert gelegt.

Nach dieser Einleitung ging ich mit Ernst auf den Inhalt des Erlasses über. Der Minister erkannte die Wichtigkeit der Sache und versprach mir, mit dem Minister des Innern dieselbe zu erörtern.

Im Lauf des Gesprächs kam der Minister immer wieder auf die genügend bekannten Argumente zurück, die es der russischen Regierung schwer und fast unmöglich machen, in ausländischen Fragen auf die Presse zu wirken. Mit Verwarnungen und Strafen vorzugehen, reize die Presse nur und provoziere Angriffe auf die Regierung. Ratschläge und Winke würden von der Presse nicht befolgt, weil die Zeitungen sensationelle Sachen haben wollen und dazu die slawisch-patriotische Note anschlagen müssen. Um der Presse jeden Wert abzusprechen, gebrauchte der Minister die abgeschmackte Redensart, niemand glaube, was in den Zeitungen steht, selbst der Kaiser habe ihm gelegentlich

---

* Siehe Nr. 3516.

bemerkt „qui est ce qui croit aux journaux et s'occupe d'eux?" Graf Murawiew war aber doch sichtlich unter dem Eindruck meiner Vorhaltungen, gibt vollkommen die Berechtigung unserer Bemerkungen über die hiesigen Preßverhältnisse zu, die er als in der Tat schwer verständlich für einen Nichtrussen bezeichnete, und versicherte mich, alles mögliche tun zu wollen, um zu verhindern, daß die guten Beziehungen zu Deutschland und die wertvollen Sympathien Seiner Majestät des Kaisers und Königs, auf die er den allergrößten Wert lege, etwa getrübt werden könnten.

Radolin

Nr. 3518

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 88 — Berlin, den 8. Mai 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 105*.

Die russische Presse setzt ihren Feldzug gegen Deutschland fort. Aus der in der deutschen „Petersburger Zeitung" vom 5. wiedergegebenen Übersicht geht hervor, daß dieselbe allmählich schon dahin gelangt ist, Deutschland eine Hauptrolle bei der Aufteilung des Ottomanischen Reichs und außerdem die Absicht einer Besitznahme von Triest zuzuschreiben.

Ew. pp. bitte ich, dem Grafen Murawiew zu sagen, daß die Erhaltung eines guten Einvernehmens mit Rußland für uns von zu großer Bedeutung ist, als daß wir der unsinnigen Verhetzung, welche jetzt in der Petersburger Presse getrieben wird, und den unvermeidlichen Folgen derselben teilnahmslos zuschauen könnten. Ich bin nur berufen, deutsche Interessen zu vertreten, möchte aber doch glauben, daß es selbst für die friedliche Erledigung der von Graf Murawiew erstrebten Auseinandersetzung mit England keinenfalls förderlich sein kann, wenn die Engländer durch das Toben der russischen und folgerichtig auch der deutschen Presse zu der Meinung verführt werden, daß die guten Beziehungen Rußlands zu Deutschland, ohne welche im Jahre 1895 die ostasiatische Vermittelungsaktion keinen so glatten Verlauf genommen hätte, zu bestehen aufgehört haben.

Daß es in der Macht der russischen Regierung steht, solchen Preßausschreitungen im eignen Lande Einhalt zu tun, werden die Engländer so gut wissen wie wir.

Bülow

---

* Siehe Nr. 3517.

Nr. 3519

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 111 St. Petersburg, den 9. Mai 1898

Auftrag nach Telegramm Nr. 88* sofort ausgeführt.

Graf Murawiew nahm die vertrauensvolle Mitteilung mit Interesse entgegen. Schon infolge meiner neulichen Vorstellung hatte er unverzüglich Schritte getan, um die Polemik sistieren zu lassen, und selbst direkt, soweit tunlich, auf Redakteur der „Nowoje Wremja“ und durch ihn auf das Blatt des Fürsten Uchtomski** eingewirkt. Heutige „Nowoje Wremja“ schlägt bereits einen anderen Ton an und rühmt die Rede Seiner Majestät des Kaisers und Königs.

Graf Murawiew hofft, daß diese Blätter wenigstens eine Zeitlang ruhig sein werden. Er ist ernstlich bemüht, wie er mich versichert, eine gesetzliche Änderung der Preßverhältnisse und eine Einschränkung der unheilvollen, hier bestehenden Preßfreiheit herbeizuführen. Dazu gehöre aber Vorsicht, reifliche Überlegung und einige Monate Zeit.

Radolin

Nr. 3520

Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

[Berlin, 16. Juni 1898]

Deeply touched by your kind words *** I hasten to thank you with all my heart for your kindly remembering this day. When I look back on the 10 years passed I can only thank the almighty for the fatherly help he gave me in all my work. But the greatest boon was from him that I found in you a monarch with the same ideals and principles as I have and who is my beloved friend. May your friendship ever be the same to me as I am and will be to you. With our two countries standing side by side, who will dare to break the peace of the world?

Willy

---

* Siehe Nr. 3518.

** „Peterburgskija Wjedomosti“.

*** Am 16. Juni hatte Kaiser Nikolaus II. anläßlich des zehnjährigen Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelms II. ein herzliches Glückwunschtelegramm an diesen gerichtet, das in die Worte ausklang: „May God help you and guide you in all your undertakings for the welfare of your country and the peace of the world.“ Kaiser Wilhelm entwarf die Antwort sofort auf dem eingelaufenen Telegrammformular. Daß die Antwort wirklich so abgegangen ist, ergibt eine Aktennotiz Staatssekretär von Bülows vom 17. Juni 1898.

Nr. 3521

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 301 St. Petersburg, den 13. Juli 1898

Als ich vor einigen Tagen den Finanzminister von Witte sah, fragte ich ihn gesprächsweise nach der Bedeutung eines Artikels in der „Petersburger Zeitung": „Tarifkrieg in Sicht", der inzwischen viel Aufregung in der deutschen Presse hervorgerufen hat, und ob dies etwa die Ausführung einer Maßregel sein solle, mit der er uns drohen wolle, falls man Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Gänseeinfuhr von Rußland nach Deutschland erheben würde *.

(Wie Euerer Durchlaucht erinnerlich sein dürfte, hatte mir vor Jahresfrist etwa Minister Witte erklärt, er würde eine uns sehr unbequeme Tarifermäßigung einführen für den Fall, daß das Gänse- und Schweinefleisch-Einfuhrverbot in Preußen beschlossen würde. Ich hatte darüber des längeren unter Nr. 291 vom 6. Juli v. Js. berichtet **.)

Minister Witte entgegnete mir, ohne direkt meine Frage zu beantworten, die Einführung einer Getreide-Tarifermäßigung würde von dem Ausfall der Ernte abhängen. Wenn diese sehr reichlich wäre, würde der Tarif herabgesetzt werden können.

Ich hatte dabei aber den Eindruck, daß der Artikel „Tarifkrieg in Sicht" nicht ohne Wissen des Ministers in die Welt lanciert war, um den preußischen Agrariern einen Schreckschuß zu geben, falls die Absicht bestehen sollte, dem russischen Handel neue Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Gänse- und Schweine-Ausfuhr zu machen.

Der Minister kam im Gespräch dann wieder auf diesen für ihn sehr empfindlichen Gegenstand zu sprechen und sagte mir, für Rußland seien diese Produkte von enormem Wert, die Existenz ganzer großer Völkerschaften hinge davon ab; er müsse alles daran setzen, um die Ausfuhr zu fördern. Rußland sei ein rein landwirtschaftlicher Staat, Deutschland sei jetzt schon ein vorwiegend industrieller. Für Rußland sei es eine ebensolche Lebensfrage, seine landwirtschaftlichen Produkte zu exportieren, wie es für Deutschland eine Lebensfrage sei, seine industriellen Erzeugnisse auszuführen. Die beiden Reiche könnten sich dadurch ergänzen. Wenn aber Deutschland Rußland Schwierig-

---

* Über die früheren handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland vgl. Nr. 3532, dazu Kap. LXXXV, Nr. 3438.

** Vgl. auch den Immediatbericht Staatssekretär von Bülows vom 28. Dezember 1898 (Nr. 3532), in dem dieser selbst die Anordnung einer Gänse-Quarantäne durch den Regierungspräsidenten in Königsberg im Jahre 1897 und das Verbot des Gänsetreibens für die preußisch-russische Grenze im Sommer 1898 als „Versehen" bezeichnete.

keiten mache, dann müsse Rußland oder vielmehr er, Minister Witte, durch mehr oder weniger empfindliche Repressivmaßregeln auf dem industriellen Gebiete sich wehren.

Der Finanzminister fügte hinzu: „Ich will mit Deutschland gut stehen, es ist im beiderseitigen Interesse, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, wenn wir Russen aber durch die agrarischen Sonderinteressen in Preußen (ich sage Preußen, nicht Deutschland) unausgesetzt gereizt werden und fortwährend Reibungen auf handelspolitischem Boden zwischen beiden Reichen entstehen, dann müssen schließlich dieselben einen ernsteren, gefährlichen Rückschlag auf die politischen Beziehungen der beiden Reiche haben."

Leider sei Zündstoff genug da, um die politischen Leidenschaften beider Rassen in Brand zu setzen, und wenn dieselben erst entzündet seien, würden selbst die Regierungen nicht imstande sein, dieselben zu bändigen.

Minister Witte deutete mir an, daß es doch tief zu beklagen sei, wenn wegen der Interessen einer kleinen Gruppe von Landwirten in den östlichen Provinzen, die auf die Regierung Einfluß zu haben schienen, die guten Beziehungen beider Reiche so ernstlich gefährdet würden, daß unabsehbare Folgen für den Weltfrieden daraus entstehen könnten.

Herr von Witte wiederholte mir schließlich, was er mir schon einmal gesagt, vertraulich, daß seine Stellung eine schwierige sei; er werde von den russischen Agrariern viel angefeindet, die unverhältnismäßig mächtiger seien als die preußischen; zu ihnen gehörten die meisten Großfürsten, die enorme Güterinteressen hätten. Hiermit müsse er rechnen, und schon aus Selbsterhaltungstrieb und als gewissenhafter Finanzminister müsse er die wichtigsten Finanzinteressen des Reichs, die landwirtschaftlichen, mit allen Mitteln verteidigen.

Radolin

Nr. 3522

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 326 St. Petersburg, den 2. August 1898

Die gestrige Audienz beim Kaiser hat mir den erwünschten Anlaß gegeben, das Gespräch auf die hiesige Presse zu bringen und endlich einmal mit der allergrößten Entschiedenheit Seiner Majestät den Unfug derselben hervorzuheben und von dem Gift, das sie der

Bevölkerung gegen deutsche Politik, gegen alles, was deutsch ist, und gegen die evangelische Kirche einflößt, zu sprechen, wodurch eine Entgegnung der deutschen Presse hervorgerufen wird, was leicht eine Erbitterung der beiden Nationen zur Folge haben kann[1]. Ich hob hervor, daß, wenn die maßgebenden Personen mir auch noch so viel einreden wollen, daß die Presse in Rußland ohne Bedeutung sei und ihr niemand glaube, dies einfach unrichtig sei und ich es bestreiten müßte; denn wenn Hunderttausende von Menschen jeden Tag feindselige und verdächtigende Artikel gegen uns lesen, so bleibt doch etwas davon sitzen, die Leute werden verhetzt und glauben doch alle die Lügen, die sie lesen[2]. Ich bemerkte Seiner Majestät, daß auf unsere vielfachen Reklamationen mir der betreffende Minister einzuwenden pflege, die Regierung habe keinerlei Einfluß auf die Presse, sie sei frei, über die auswärtige und fremde Politik zu schreiben, was sie wolle, und man könne auf legalem Wege nichts tun. — Seine Majestät könne doch wohl nicht annehmen, daß wir diese Ausflüchte glauben. In einem Reiche, wo der Wille des Kaisers gottlob alles ist, müßte ein Wort Seiner Majestät genügen, um nachhaltige Abhülfe für solchen gefährlichen Unfug zu schaffen. — Selbst in England, wo die Presse absolut frei ist, hätte ein Wink von oben genügt, um wenigstens die anständigen Blätter zu einer korrekten Sprache zu bringen*. Ich müßte zu meinem Bedauern annehmen, daß die zur Kontrolle der hiesigen Presse berechtigten Personen aus mancherlei Rücksichten einfach keine Lust haben, energisch einzugreifen. Ein zaghafter Wink seitens der Behörden habe vielleicht einen vorübergehenden Einfluß, aber nach kurzer Zeit ist das Treiben der Hetzblätter nur noch um so schlimmer. Etwas Durchgreifendes geschieht nicht. In der Hoffnung, dies zu erreichen, nähme ich Zuflucht zu Seiner Majestät, um höchstdieselben zu bitten, die entsprechenden Befehle kategorisch zu erteilen[3].

Der Kaiser gab mir vollauf recht und versprach mir, unverzüglich dafür zu sorgen, daß die Presse im Zaum gehalten wird, um so mehr, als Seine Majestät der Kaiser ihm, wie er hinzufügte, bereits vor einiger Zeit darüber geschrieben hätte**. —

Ich muß annehmen, daß Kaiser Nikolaus auf den erwähnten allerhöchsten Brief hin nicht genügend energische Befehle gegeben hat, denn die Wirkung zeigte sich nur sehr vorübergehend in dem Ton der Presse.

Ich konnte nicht umhin, Seiner Majestät dies anzudeuten, indem ich sagte: „Malgré cela malheureusement jusqu'à présent je ne vois

---

* Vgl. Kaiser Wilhelms II. Brief an Nikolaus II. vom 30. Mai 1898. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, S. 309.

** Ein solcher Brief Kaiser Wilhelms II. ist weder bei den Akten noch in den „Briefen Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914“ enthalten.

pas de grands changements dans l'attitude hostile de la presse, au contraire, les articles les plus violents continuent à paraître contre l'Allemagne, sa politique et contre la religion protestante par le „Swet" et autres journaux de la même couleur." Hierauf sagte der Kaiser: „Ce sont ces soi-disant patriotes, les ‚slavophiles'", und fügte einige für dieselben nicht sonderlich schmeichelhafte Ausdrücke hinzu.

Die Unterhaltung endete damit, daß Seine Majestät mir das bestimmteste Versprechen gegeben hat, nach dem Richtigen zu sehen, und durchaus nicht zugeben wollte, daß die Regierung keine Gewalt über die Presse habe[4].

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bravo!
[2] gut
[3] gut
[4] ahem! abwarten!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Rado[lin] hat seine Sache mannhaft und brav geführt

Nr. 3523

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 329 St. Petersburg, den 5. August 1898

Der Kaiser Nikolaus äußerte sich dieser Tage, wie er sich freue, daß die Schwierigkeit, betreffend die Gänse-Einfuhr, beseitigt sei[1]. Schon voriges Jahr habe eine gleiche Schwierigkeit bestanden, die er mit Rücksicht auf den bevorstehenden Besuch Seiner Majestät des Kaisers und Königs geebnet hätte*. Im vorliegenden Falle habe er aber die beabsichtigten Maßnahmen des Finanzministers durchaus billigen müssen.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Man sieht daraus wie unglaublich kurzsichtig und thöricht es ist auf dem agrarischen Gebiet, aus Connivenz gegen den Spektakel der östlichen Agrarier Maßregeln zu treffen, welche umgehend eine Spannung zwischen Russland und Uns herbeiführen! So Etwas darf in Zukunft nicht wieder vorkommen

---

* Vgl. Kap. LXXXV, Nr. 3433.

Nr. 3524

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 344 St. Petersburg, den 14. August 1898

Trotz des mir von Seiner Majestät dem Kaiser kürzlich gegebenen Versprechens, dem Unfug der Presse ein Ende zu machen, und wiewohl Graf Murawiew auf meine wiederholte Beschwerde von dem Minister des Innern eindringlich die Verfolgung des „Swet" verlangt hatte, fährt Komarow * fort, in der bisherigen Weise zu schreiben und zu wühlen.

Wie ich höre, rühmt er sich damit, daß seine Stellung unerschütterlich sei und ihm nichts geschehen könne; er wisse genau, daß er trotz aller Vorstellungen vom Minister des Innern gehalten werden würde, weil er des unbedingten Schutzes der slawischen Partei, des Heiligen Synod und des Herrn Pobedonoszew sicher sei [1].

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Die Langröcke!

Nr. 3525

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 364 St. Petersburg, den 26. August 1898

Nachdem ich behufs Ausführung des mir durch Telegramm Nr. 131 vom 23. d. Mts. ** erteilten Auftrags eine Audienz beim Kaiser von Rußland nachgesucht hatte, wurde ich am 25. d. Mts. vormittags von Seiner Majestät im Kleinen Palais bei Peterhof empfangen. Der Kaiser war über die vertrauliche Mitteilung der Worte unseres allergnädigsten Herrn an Sir Frank Lascelles sichtlich erfreut; er hob mir gegenüber in wahrhaft herzlicher Weise hervor, wie hoch er die freundschaftlichen Gesinnungen Seiner Majestät des Kaisers und Königs anschlage, und

* Der Herausgeber des „Swet".

** Durch Telegramm Nr. 131 vom 23. August war Fürst von Radolin angewiesen worden, Kaiser Nikolaus von dem Inhalt eines Gesprächs in Kenntnis zu setzen, das Kaiser Wilhelm II. am 21. mit dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles in Friedrichshof über das deutsch-englische Verhältnis gehabt hatte. Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII, Nr. 3865 nebst Fußnote **.

fügte hinzu, er werde gleich direkt antworten * und seinem Dank Ausdruck geben.

Im Laufe des Gesprächs berührte der Zar mit Befriedigung die nunmehr beigelegte Schwierigkeit wegen der Gänsetransporte. Ich konnte Seiner Majestät sagen, wie entschieden unser allergnädigster Herr diese Befriedigung teile und die Erwartung hege, daß ein derartiges Vorkommnis, welches sich leicht zu einem politischen hätte zuspitzen können, in Zukunft unterbleiben müsse. Bei dem Gewicht, das der Kaiser Nikolaus auf diese heikle Frage legt, war höchstdemselben diese Mitteilung überaus erfreulich. Ich benutzte diese Gelegenheit, das mir tags zuvor von Graf Murawiew übergebene Friedensmemoire ** zu erwähnen, welches der eigenen Initiative des Kaisers entsprungen war.

Seine Majestät griff diesen Gegenstand mit großer Wärme auf und sagte mir, er hoffe, die Welt werde aus diesem Exposé ersehen, wie friedlich gesinnt er [1] sei, und wie unbegründet der leider vielfach verbreitete Argwohn wäre, Rußland führe kriegerische Absichten im Schilde.

Wenn er sich auch keinen Illusionen darüber hingebe, daß die Wirkung seiner Vorschläge keine unmittelbare sein könne, so habe er doch die Zuversicht, daß dieselben den Keim zu einer ruhigeren Auffassung [2] und friedlichen Lösung etwaiger brennender Fragen und drohender Kriegsgefahr legen würden, wenn er nur auf die Mitwirkung der anderen Staaten rechnen könne. In erster Linie baue er auf die mächtige Unterstützung unseres allergnädigsten Kaisers und Herrn.

Es würden wohl immerhin Leute behaupten, meinte der Kaiser weiter, daß dieser ganze Vorschlag nur ersonnen sei, um die angebliche russische Geldnot zu verbergen, und ein Vorwand, darauf berechnet, die Vervollständigung der mangelhaften Ausrüstung, für die das Geld fehlte, zu umgehen; dies sei, wie jeder nicht voreingenommene Mensch wohl wissen würde, nicht zutreffend. Er sei von dem alleinigen Wunsche geleitet, Mittel und Wege zu finden, um die alle Länder erdrückenden übermäßigen Lasten für Kriegszwecke zu vermindern [3]. Sein Vorschlag scheine ihm übrigens auch den großen Nutzen zu

---

* Tatsächlich richtete Kaiser Nikolaus II. noch am 25. August ein Telegramm an Kaiser Wilhelm II., worin es hieß: „Radolin has transmitted me today the interesting matter for which I thank you heartily. I hope it may have its effect". Darauf telegraphierte Kaiser Wilhelm am gleichen Tage zurück: „Am deeply gratified by your kind telegram. Shall do everything in my power to see that the effect may be lasting and a blessing to the nations concerned."

** Am 24. August hatte Graf Murawiew allen in Petersburg beglaubigten Botschaftern und Gesandten das bekannte Friedensmanifest übergeben, das die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und die möglichste Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen, welche auf allen Nationen lasteten, als Ziel proklamierte und den Zusammentritt einer allgemeinen Abrüstungskonferenz vorschlug.

haben, daß er eine mächtige Waffe und ein gewaltiges Agitationsmittel aus der Hand der Sozialdemokratie nimmt[4], die behauptet, die Regierungen opferten ihren uneigennützigen Rüstungsplänen den Wohlstand ihrer Völker.

Ich möchte hierbei nicht unerwähnt lassen, daß schon manche Stimmen, wie Seine Majestät andeuten, laut werden, die erklären, die erste Anregung zu dem mémoire sei nicht vom Kaiser ausgegangen, sondern auf Witte zurückzuführen, der die an sich schöne und dem Kaiser gefällige Idee suggeriert hätte, um nicht gezwungen zu sein, Hunderte von Millionen für Neubeschaffung von Geschützen und Schiffen herzugeben. Auch wäre es nicht unwahrscheinlich, daß Graf Murawiew für die Sache durch seine persönliche Eitelkeit gewonnen wäre; einer großen Konferenz in Petersburg zu präsidieren, dürfte seiner Eigenliebe schmeicheln. Interessant wird es sein zu hören, wie in Frankreich die öffentliche Meinung diese Friedensbestrebungen aufnimmt[5]. Graf Montebello, der nicht vorher avertiert war, soll bei der Mitteilung wenig angenehm überrascht gewesen sein.

Jedenfalls faßt der Kaiser diese von ihm erlassene Kundgebung in idealster Weise auf und hat dabei nur das Wohl der Menschheit im Auge. pp.

Bevor Seine Majestät mich entließen, fand ich Gelegenheit, dem Kaiser ganz unumwunden mein Bedauern auszusprechen, daß trotz der mir von ihm kürzlich gegebenen Zusicherung, gegen den Unfug der russischen Presse, namentlich des „Swet", ernstlich einzuschreiten*, die Sprache der Zeitungen sich wenig oder gar nicht geändert hat. Auf die erstaunte Bemerkung des Kaisers, daß er die entsprechenden Befehle habe ergehen lassen, konnte ich nicht umhin zu erwidern, daß, wie mir schiene, diese Weisungen von den zuständigen Organen wohl nur lau und nicht mit dem genügenden Nachdruck ausgeführt worden seien; ein Resultat sei wenigstens nicht zu bemerken, z. B. rühme Herr Komarow sich der Unerschütterlichkeit seiner Stellung und brüste sich damit, daß er von dem Minister des Innern nichts zu fürchten habe, denn hinter ihm stehe die mächtige panslawistische Partei[6].

Nachdem mir Seine Majestät erst kürzlich zu sagen die Gnade gehabt hätten, die Presse müsse entschieden in ihrer Freiheit beschränkt werden, und da dies in dem autokratischen Rußland nicht auf dieselben Schwierigkeiten stieße wie in konstitutionellen Ländern (was die Minister hier freilich bestritten), bäte ich den Kaiser aufs inständigste, nochmals die Befehle zu wiederholen und die Ausführung derselben kategorisch zu verlangen.

Der Kaiser versprach mir von neuem Abhülfe und nahm meine in der Form respektvolle, aber sehr entschiedene Sprache gnädig auf[6];

---

* Siehe Nr. 3522.

ich sah mich dazu gezwungen, nachdem ich mich überzeugt hatte, wie die kaiserlichen Befehle umgangen oder lasch ausgeführt werden, aber auch, wie nachsichtig — leider — der Kaiser dies zu beurteilen scheint. pp. Radolin

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Dazu hat er aber einen sonderbaren Weg ergriffen

[2] Er hat unsren Demokraten und Opposition eine brillante Waffe in die Hand gegeben zum agitiren.

[3] Utopie!

[4] Im Gegentheil!
Er giebt es ihnen in die Hand!

[5] na! Die hat glatt abgesagt

[6] gut

Nr. 3526

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 135 Berlin, den 30. August 1898
Geheim

Wir werden gut tun, die Möglichkeit ins Auge zu fassen, daß Graf Murawiew, von Frankreich gedrängt, und um ein Scheitern des Kongreßgedankens an französischer Ablehnung zu hindern, sich uns als ehrlicher Makler anbietet, um eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu versuchen*. Ew. wollen bei der ersten Andeutung einer solchen Absicht mit dem Grafen streng vertraulich als alter Freund, dabei aber ganz offen in folgendem Sinne reden:

„Regierung und Volk in Deutschland seien davon heute überzeugt, daß eine Annäherung an Frankreich nur durch Aufopferung dessen, was die Väter des heutigen Geschlechts in heldenmütigem Kampfe zurückeroberten, sich erkaufen lasse. Deshalb werde die Wahrnehmung, daß Rußland zu diesem Handel die Hand bieten wolle, als bedrohliches Wetterzeichen betrachtet werden und einen Umschlag

---

* Daß derartige Absichten den russischen Staatsmännern bei dem Friedensmanifest des Zaren nicht fern lagen, ergeben die späteren Äußerungen Minister Wittes zu Fürst Radolin vom 19. Dezember 1898 und vom 2. April 1899, vgl. Nr. 3530 und Nr. 3537. Die deutsche Regierung stand an sich einer Annäherung an Frankreich keineswegs ablehnend gegenüber (vgl. Kap. LXXXIX), fürchtete aber, daß die von Rußland mittels des Friedensmanifestes erstrebte Verständigung Deutschlands mit Frankreich nur den Zweck haben solle, sie gegen England vorzuschieben. Auch hatte die deutsche Regierung sich erst im Juni 1898 davon überzeugen müssen, daß die französische Regierung von einer praktischen Verständigung mit Deutschland nichts wissen wollte. Vgl. Kap. LXXXIX, Nr. 3554.

nach der angelsächsischen Gruppe hin nicht nur in der Volksstimmung, sondern auch in der deutschen Politik nach sich ziehen, dessen Intensität und Umfang zu hoch anzuschlagen unmöglich sei. Man werde sagen, da Rußland seine mehr als hundertjährige Politik verläßt und sich anschickt, die Interessen Deutschlands den Interessen Frankreichs zu opfern, sehen auch wir uns in neue Bahnen gedrängt und müssen die Konsequenzen ziehen. Da es Ew. im tiefsten Innern widerstrebe, die Verantwortung für diese Konsequenzen zu übernehmen, so bäten Sie den Grafen Murawiew, seine schicksalsschwere Andeutung durch die russische Botschaft in Berlin an ihre Adresse gelangen zu lassen. Aber mit tiefempfundener Freude würden Sie es begrüßen, wenn er als alter Freund Ihrem freundschaftlichen Rate, der mit voller Kenntnis der Sachlage gegeben sei, Rechnung tragen und diesen Ideenaustausch als eine einfache Unterhaltung bei der Zigarre ansehen wolle.

Bülow

Nr. 3527

Der Gesandte in Kopenhagen von Kiderlen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 68 Kopenhagen, den 14. Oktober 1898
Vertraulich

Nachdem mir der Befehl Seiner Majestät des Kaisers übermittelt war, im allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland den die russische Armee betreffenden Band des Werkes über die gegenwärtigen Heere und Flotten Europas zu überreichen*, habe ich mich sofort an die Vermittlung des hiesigen russischen Gesandten gewandt, um Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland meine Bitte um eine Audienz behufs Ausführung des mir gewordenen allerhöchsten Auftrags zu unterbreiten.

Seine Majestät der Kaiser Nikolaus hat mir darauf antworten lassen, daß er sich außerordentlich über die Gabe Seiner Majestät unseres allergnädigsten Herrn freue, daß es ihm aber leider ganz unmöglich sei, mich hier zu empfangen; gleichzeitig ließ Seine Majestät fragen, ob ich das Buch seinem Generaladjutanten, wenn er ihn zu mir schicke, übergeben könne.

Da ich mich hierzu bereit erklärte, kam heute der Generaladjutant von Hesse, um im Auftrage seines kaiserlichen Herrn das Buch abzuholen. Er sagte mir, Seine Majestät der Kaiser Nikolaus habe ihn beauftragt, mich zu ersuchen, Seiner Majestät unserm allergnädigsten

* Kaiser Nikolaus II. hielt sich eben damals in Schloß Bernstorff auf, von wo aus am 15. Oktober die am 29. September verstorbene Königin Luise von Dänemark in Kopenhagen beigesetzt wurde.

Herrn seinen Dank für das ihn sehr interessierende und erfreuende Werk einstweilen zu übermitteln; doch werde Seine Majestät unserm allerhöchsten Herrn noch besonders schriftlich danken. Außerdem war General von Hesse von seinem kaiserlichen Herrn beauftragt, mir höchstdessen Bedauern zu wiederholen, mich nicht empfangen zu können. Es sei dies Seiner Majestät aber in Bernstorff ganz unmöglich, wo höchstderselbe nur einen ganz kleinen Raum zur Verfügung habe, der gleichzeitig sein Schlaf-, Ankleide-, Arbeits- und Wohnzimmer sei.

Der innerste Grund, warum Seine Majestät der Kaiser Nikolaus mir keine Audienz erteilt hat, dürfte aber aus dem hervorgehen, was mir Graf Benckendorff streng vertraulich über seinen Vortrag beim Kaiser erzählt hat. Als der Gesandte meine Bitte vortrug, sagte der Kaiser nach längerem Besinnen: „je le regrette, mais c'est impossible, absolument impossible; j'aurais de suite Raindre * et Gervais ** sur le dos". Dann habe der Kaiser sich dahin geäußert, daß er aber doch das Buch gern haben und es auf eine höfliche Art entgegennehmen wolle; den Vorschlag des Grafen Benckendorff, durch ihn das Buch abholen zu lassen, habe der Kaiser als zu „formlos" zurückgewiesen und sich dann selbst die Entsendung des Generaladjutanten ausgedacht.

Die Äußerung des Kaisers über Raindre, den hiesigen französischen Gesandten, und Gervais, den derzeitigen französischen Botschafter in Spezialmission, bezieht sich darauf, daß Seine Majestät offenbar fürchtete, wenn er mich empfinge, dem von der Kaiserin-Witwe von Rußland und der Prinzeß Marie von Dänemark-Orleans unterstützten Drängen des Admirals Gervais nach einer Audienz nicht widerstehen zu können. Kiderlen

Nr. 3528

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 191 Wien, den 26. Oktober 1898
Vertraulich

Graf Murawiew hat gestern abend Wien verlassen ***, um sich nach Livadia zu begeben.

---

* Französischer Gesandter in Kopenhagen.

** Admiral Gervais war vom Präsidenten der Französischen Republik als sein Vertreter zur Beisetzung der Königin Luise von Dänemark nach Kopenhagen gesandt worden.

*** Graf Murawiew, der Mitte Oktober in Paris geweilt hatte und dort für die Beilegung des Faschodakonflikts bemüht gewesen war (vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII), hielt sich auf der Rückreise kurze Zeit in Wien auf.

Mehr und mehr tritt zu Tage, daß sich die Besprechungen, die hier stattfanden, im Rahmen der letzten Besprechungen von St. Petersburg* bewegt haben und der geringe Erfolg, der damals zu verzeichnen war, auf den diesmaligen Verkehr seinen Schatten geworfen hat.

Die Stellung König Milans hat z. B. zu weiten Auseinandersetzungen Veranlassung gegeben, ohne daß die beiden Minister ihren bisherigen Standpunkt verlassen hätten.

Der persönliche Eindruck, den Graf Goluchowski von Graf Murawiew bisher hatte, ist ebenfalls nicht modifiziert worden. „Was ich von Graf Murawiew zu halten habe — darüber habe ich längst mein festes Bild,“ äußerte der Graf nicht ohne jede Schärfe.

Das Diner bei Graf Franz Thun **, welches projektiert war, ist — obgleich dazu während der viertägigen Anwesenheit des Grafen Murawiew Zeit gewesen wäre — unterblieben. Ich zweifle nicht daran, daß in letzter Stunde politische Erwägungen für diesen Entschluß maßgebend gewesen sind. Erwägungen, die für eine gewisse Schonung der hiesigen deutschen Empfindlichkeit sprechen.

Trotz alledem ist der allgemeine Eindruck des Besuches ein günstiger gewesen.

Auch von seiten der Presse ist dem Grafen Murawiew eine sympathische Begrüßung zuteil geworden. Es wird gleichmäßig von allen Blättern hervorgehoben, daß sein Besuch als ein erneuerter Ausdruck der zwischen Österreich-Ungarn und Rußland glücklich wiederhergestellten freundschaftlichen Beziehungen aufzufassen sei.

Insbesondere versprechen sich die Zeitungen eine beruhigende Wirkung auf die Balkanregierungen, welche in der herzlichen Aufnahme des russischen Ministers in Wien eine neue Bestätigung des zwischen beiden Monarchien bezüglich der Balkanfragen bestehenden Einvernehmens erblicken würden.

Das „Fremdenblatt“, welches in seinem dem Grafen Murawiew gewidmeten Artikel gleichfalls mit Nachdruck auf das Einvernehmen in den Balkanfragen hinweist, benutzt den Anlaß, um nicht ohne Schärfe einen Artikel der „Nowosti“, welcher sich in Klagen über den Berliner Vertrag und das traurige Schicksal Serbiens ergeht, zurückzuweisen.

Das offiziöse Blatt will dieser russischen Preßstimme keine Bedeutung beimessen und sieht in derselben nur einen Rückfall in längst veraltete Bahnen, deren sich die „Nowosti“ aus Unkenntnis der politischen Lage schuldig gemacht habe.

---

* Gemeint sind wohl die österreichisch-russischen Besprechungen, die im Frühjahr 1897 anläßlich der Anwesenheit Kaiser Franz Josephs und des Grafen Goluchowski in Petersburg stattgefunden und zu dem Balkanabkommen vom Mai 1897 geführt hatten. Vgl. Bd. XII, Kap. LXXIX.

** Österreichischer Ministerpräsident.

Zwei bezügliche Artikel des „Fremdenblatts“ und der „Neuen Freien Presse“ beehre ich mich beifolgend gehorsamst vorzulegen*.

P. Eulenburg

Nr. 3529

Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Livadia, an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Livadia, December 2/14 1898

Dearest Willy

It was very kind of you to have written two long and interesting letters during your voyage — one from Constantinople, the second from Damascus**. I thank you heartily for them, I was particularly interested in hearing about your personal impressions, as unluckily I had not the chance of visiting Syria and Palestine during my voyage to the East. A few days ago I got a special report from Count Osten-Sacken upon a conversation he had had with you the day he presented the picture of your arrival at Cronstadt last year. Your usual frankness towards him made me happy and I beg you to continue to rely upon him even as much as you rely upon and trust me. Whenever you want to have a good explanation upon a question or if you want me to learn some news which might concern us both, please, except writing to me (if you have got time) send for Osten-Sacken in the future. I assure you the affair would in this way be quickly and noiselessly done.

I hope England's arrogant conduct is not going to last long. She seemed to be very earnest in the beginning of her war preparations***, but now that she sees the effect she hoped to produce upon the Powers, was not so great as she had hoped it would be, I am sure her martial mood will soon go down. I don't think there is much chance for England to form a real alliance with the United States against Europe in general, and Russia in particular — as there are so many divergent interests . . . Canada or the growing question of the Nicaragua canal. Of course they (I mean the English) would like to push the

* Hier nicht abgedruckt.

** Der Brief ist eine Antwort auf die beiden in den Akten des Auswärtigen Amts nur noch abschriftlich vorhandenen Briefe, die Kaiser Wilhelm II. von seiner Orientreise aus am 20. Oktober und am 9. November an den Zaren geschrieben hatte, und die neben den allgemeinen Reiseeindrücken vor allem die Kretafrage und den Faschodakonflikt und Englands Stellungnahme in beiden Angelegenheiten (vgl. Bd. XII, Kap. LXXXI, Nr. 3307, Fußnote ** und Bd. XIV, Kap. XCIII, Nr. 3914, Fußnote) betrafen. Siehe den Text der beiden Briefe Kaiser Wilhelms in: Kaiser Wilhelms II. Briefe an den Zaren 1894—1914, herausgegeben von W. Goetz, S. 313 ff.

*** Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII.

Americans against us in China. This neither frightens me, because we sit firmly on land at Port Arthur — and above everything — Russia's borders touch the Afghan frontier. And England should not forget this!

I am glad that the Cretan affair* is at last nearing its end. You know the reason why Russia had to take such a prominent part in its solution — at the risk of damaging our good and cordial relations with Turkey — the fear of another Power establishing itself on the island and of course the wish to put a final stop to the constant bloodshed. There was no other way of settling the question than sending George as High Commissioner of the 4 Powers — it is a radical measure, but therefore the only one in my opinion.

Our troops shall remain there as long as England keeps her's on the island.

We have both spend a most enjoyable time here; the autumn has been a real summer to us who come from the north. One does feel so well being out of doors all day, riding, playing lawn-tennis etc. and not having to receive daily tiresome Ministers. Still they do not forget to belabour me with hills of papers, that I get twice a week.

Alas! the end of our stay at Livadia is approaching, as we think of leaving about the 10/22 December. Alix sends you her best love; please give mine to Victoria and with warm thanks for your kind letters believe me dearest Willy ever your most loving cousin and faithful friend.

(signed) Nicky

Nr. 3530

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 503 St. Petersburg, den 20. Dezember 1898

Nach meiner Rückkehr besuchte ich gestern Minister Witte. Ich fand ihn gereizt[1] und wenig gesprächig. Als er allmählich etwas auftaute, fing er über die Lage an zu sprechen. Wiewohl er, meinte der Minister, nicht Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sei und daher auch nicht wissen könne, was das Ergebnis der Friedenskonferenz** sein würde, so hoffe er doch, daß aus derselben etwas Er-

---

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXI.

** Vgl. darüber Bd. XV, Kap. C. Die Witteschen Äußerungen sind für die Geschichte der Friedenskonferenz von Wichtigkeit, weil sie die tieferen Motive des russischen Vorgehens erkennen lassen. Vgl. auch die korrespondierenden Auslassungen Wittes in seinen Memoiren. Mémoires du Comte Witte. Traduction de François Rousseau, p. 83.

sprießliches erwachsen würde. „Ist es denn nicht wahnsinnig," fuhr er fort, „daß die kontinentalen Mächte ihre ganze pekuniäre Kraft vergeuden[2], um sich gegeneinander zu rüsten. Inzwischen sieht England (und eventuell auch Amerika und Japan) zu, wie der Kontinent sich verzehrt, reibt sich die Hände darüber und beschränkt sich darauf, die einzig wichtige Waffe für die künftige Weltherrschaft, seine Flotte, zu vermehren und sie zu einer Stärke zu entwickeln, die ohnegleichen und imstande sein wird, im gegebenen Moment ganz Europa in Schach zu halten und die Weltherrschaft zu begründen[3]. Die Kontinentalmächte sollten im Hinblick auf diese allgemeine Gefahr, die ihnen von England (und später von Amerika und Japan) droht, dadurch begegnen[4], daß sie ihre gegenseitige Feindseligkeit begleichen und die enormen Ersparnisse, die durch eine dann mögliche Herabsetzung der Landarmeen[5] erzielt werden, dazu benutzen, um ihre Seemacht zu stärken und sie der britischen ebenbürtig zu machen[6]. Wenn das bisherige System der stets wachsenden Ausgaben für militärische Rüstungen auf dem Festlande fortdauert, dann sind alle Staaten, Rußland ebenso wie die anderen Mächte des Kontinents, nach 10 Jahren[7] so erschöpft, daß die Mittel nicht zu finden sein werden, dann noch Flotten zu schaffen, die der vorgedachten gewachsen wären. England, mit oder ohne Amerika, wird ein leichtes Spiel haben, die Weltherrschaft zu gewinnen[8]. Der Kontinent Europas wird eine quantité négligeable werden. Wenn die Konferenz in diesem Sinne etwas erreichen kann, dann begrüße ich sie mit Freuden."

Hierauf lenkte der Minister das Gespräch auf Frankreich und meinte, dasselbe hätte gar kein Recht, auf Faschoda* Anspruch zu machen[9]. Es könne den Engländern ihr Auftreten nicht verdenken. Zum Glück hätten sich die Franzosen beruhigt, und er glaube nicht, daß sie die Absicht hätten, eine andere Gelegenheit an den Haaren herbeizuziehen[10], um die erlittene Schlappe wieder wettzumachen. Er pries die Klugheit des Herrn Delcassé und meinte, das jetzige Ministerium hätte die Fehler des Kabinetts Méline eingesehen und hätte den Mut, die afrikanische Politik des Herrn Hanotaux (den er jetzt als absolut unfähig hinstellt, während er früher nicht höher schwor als auf ihn) aufzugeben[11]. Hieran knüpfte er die Bemerkung, daß Frankreich nichts sehnlicher wünsche, als sich mit Deutschland zu verständigen, und könnte gerade in diesem Moment eine Annäherung angebahnt werden, die für die friedliche Verständigung aller Kontinentalmächte als Basis dienen würde[12]. Deutschland brauche keinerlei Opfer zugunsten Frankreichs zu bringen. Etwas Entgegenkommen in Fragen, die für Frankreichs auswärtige Politik nützlich wären, ohne Deutschland zu schaden und die Eitelkeit der Franzosen schmeicheln würde, wäre genügend, um die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland dauernd zu befestigen[13].

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII.

Ich erwiderte dem Minister, daß ich ihm auf dieses Gebiet nicht folgen könne. Kein Deutscher würde an die Aufrichtigkeit der französischen Phrasen und Liebeswerbungen glauben. Die entschiedene Haltung Englands mache den Franzosen Angst, und so suchen sie in ihrer Not Hülfe sogar bei uns, um bei der nächsten Gelegenheit uns den Rücken zu drehen[14]. Für so naiv könne er, der Minister, uns nicht halten. Wir gehen unsern geraden Weg, brauchen niemanden, wollen auch mit allen Mächten, sogar mit Frankreich, auf dem besten Fuße sein[15]. Verlassen tun wir uns aber nur auf uns allein[16].

Zum Schluß unserer Unterhaltung, die eigentlich nur ein Monolog des Herrn Witte war, berührte er China und erging sich des weiteren auch seinem Lieblingsthema, wonach seit der kürzlichen Besetzung einzelner Häfen durch fremde Mächte das Chinesische Reich auseinanderfiele und zur Beute derselben geworden wäre*.

Den spanisch-amerikanischen Krieg bezeichnete er als die Folge der europäischen Politik in China[17] und meinte, Amerika hätte es nie gewagt, so aufzutreten, wenn es nicht die Vorgänge in Ostasien als Beispiel vor Augen gehabt hätte. Zunächst sieht Herr Witte eine englisch-amerikanische Eroberungspolitik voraus, der sich Japan anschließen dürfte. Freilich in weiterer Ferne würde es sich darum handeln, ob England oder Amerika den Sieg davonträgt.

Seine letzten Worte waren: Merken Sie wohl, alle Kräfte müßte der europäische Kontinent zusammennehmen und sein einziges Augenmerk darauf richten, seine Flotte mächtig genug zu machen[18], um einer solchen Invasion zu begegnen.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Begreiflich aber erfreulich
2 warum hat er denn sein Geld in die kolossalen Rüstungen in Russland gesteckt und zu Truppenschiebungen bereitgehalten
3 ist schon da!
4 das habe ich vor 3 Jahren Alles schon gepredigt aber Russland u[nd] Gallien vom Freundestaumel trunken blieben taub.
5 er ist doch total verrückt! Und hat noch nich einmal unsere Wehrverfassung verstanden!
6 too late now!
7 Russland schon viel früher, wenn nicht sehr bald!
8 alles richtig aber nicht mehr zu ändern
9 !
10 der liebe Alliirte!
11 Wetterwendischer Slave!
12 mit der Spitze gegen England! —
Ich danke ergebenst!
too late!

---

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XC.

[13] Machen wir wie und wann wir wollen
[14] Richtig
[15] sehr gut!
[16] und unsren Herr Gott
[17] das hat nicht das Geringste damit zu thun! Sondern weil Europa sich nicht einigen wollte, Amerika in den Arm zu fallen!
[18] das ist richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Einen besondren politischen Scharfsinn kann man in diesen Elukubrationen nicht entdecken! Jetzt, wo England mobil, fertig, kampfgerüstet und stärker dasteht als je, will er eine antienglische liga zusammenbringen! Und vor 3 Jahren war er nicht zu haben, als es unvorbereitet dalag! * Des Pudels Kern ist, er hat kein Geld mehr! Der Mißstand, die Hungersnoth und Steuerrückgang nehmen zu im Land, und grade jetzt soll er eine große Flotte schaffen, um die ungeheure Expansion des Reichs zu gewährleisten, die mit seinem Culturstadium und Entwicklung nicht gleichen Schritt gehalten hat! Too late Sir! Jetzt will ich nicht!

Nr. 3531

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 510 St. Petersburg, den 26. Dezember 1898
Ganz vertraulich

Der Botschaftssekretär Graf von Brockdorff-Rantzau hatte dieser Tage eine vertrauliche Unterhaltung mit Prinz Liechtenstein, über die er mir nachstehenden Bericht erstattet hat:

„Der österreichische Botschafter lenkte das Gespräch auf seinen demnächst bevorstehenden Rücktritt und bemerkte bei dieser Gelegenheit, er wolle nicht in Abrede stellen, daß ihm persönlich die Haltung der russischen und ausländischen Presse, die dem Besuch Kaiser Franz Josephs bei dem russischen Botschafter in Wien ** eine außerordentlich politische Bedeutung beimißt, nicht ungelegen sei [1]. Er, der Prinz, habe sein möglichstes getan, um gute Beziehungen zwischen Wien und St. Petersburg anzubahnen; die momentan besonders freundschaftliche Stimmung in der Presse sei ihm daher gerade in dem gegenwärtigen Augenblick, wo er den hiesigen Botschafterposten zu verlassen im Begriff stehe, sehr angenehm. Im übrigen verhehle er sich keineswegs, daß ein dauernd intimes Verhältnis oder gar ein Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland außerhalb des Bereichs

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXIV.
** Am 18. Dezember, dem Namenstag des russischen Kaisers, hatte Kaiser Franz Joseph, der durch die gleichzeitigen Auseinandersetzungen über den Zwischenfall Graf Thun (vgl. Kap. LXXXVII) gegen Deutschland verstimmt war, ostentativ beim russischen Botschafter Grafen Kapnist in russischer Uniform einen Besuch gemacht.

der Möglichkeit liege; es fehle dazu an der notwendigen Interessengemeinschaft[2]. Gelegentliche Liebenswürdigkeiten von der einen wie von der anderen Seite würden nie imstande sein, über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß die Interessen beider Reiche auf der Balkanhalbinsel und in der Polenfrage diametral entgegengesetzt seien[3].

Prinz Liechtenstein meinte, es werde immer darauf herauskommen, von Fall zu Fall tunlichst auf gütlichem Wege die unvermeidlichen Streitfragen zwischen Wien und St. Petersburg[4] beizulegen.

Ganz vertraulich fügte er hinzu, er habe vor wenigen Tagen Anlaß genommen, dem Grafen Goluchowski gegenüber in einem abschließenden Bericht über seine hiesige Tätigkeit diesen seinen Standpunkt zu vertreten und den Bericht mit den Worten geschlossen, er halte es für unnötig, in die Erörterung aller denkbaren Konstellationen einzutreten, und dürfe sich wohl darauf beschränken, zur Bekräftigung der von ihm vertretenen Auffassung auf die von dem Fürsten von Bismarck im 2. Teil seiner Erinnerungen für die Politik Österreich-Ungarns Rußland gegenüber vorgezeichneten Direktiven* zu verweisen[5]."

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Der Deibel zeigt seine Klaue!
[2] richtig
[3] richtig
[4] über Berlin
[5] bravo!

Nr. 3532

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 28. Dezember 1898

Bei der Auslegung und Ausführung des deutsch-russischen Handelsvertrages vom 10. Februar 1894 waren bezüglich einzelner Fragen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen entstanden, die durch den Zusammentritt von beiderseitigen Delegierten im Herbst 1896 zum Austrag gebracht werden sollten. Diese Verhandlungen führten zum Abschluß eines Schlußprotokolls, das am 9. Februar v. Js. von meinem Amtsvorgänger Freiherrn von Marschall und dem Grafen Osten-Sacken unterzeichnet worden ist und neben Bestimmungen über Veterinärfragen und solchen des Zollverkehrs sowie der Flußschiffahrt auch bestimmte Abmachungen über die Be-

* Vgl. Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst von Bismarck, II, Kap. 30.

handlung der nach Deutschland übertretenden russischen Saisonarbeiter enthält*. In letzterer Beziehung wurde vereinbart, daß diese Arbeiter, die nach Deutschland kommen, um daselbst in landwirtschaftlichen Betrieben oder Nebenbetrieben zu arbeiten, kostenfrei mit Legitimationspapieren versehen werden sollten, welche für 8 Monate, vorläufig vom 1. April bis 1. Dezember, Gültigkeit haben sollten.

Zu dieser Abmachung hatte Euerer Majestät Minister des Innern unterm 30. September v. Js. eine vertrauliche Ausführungs-Verordnung in Gestalt einer Rundverfügung an die Oberpräsidenten erlassen, worin diese u. a. angewiesen wurden, nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß die betreffenden Arbeiter nur in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt würden, daß sie regelmäßig zum 15. November eines jeden Jahres in die Heimat zurückkehrten, und daß mit sofortiger Ausweisung gegen solche Arbeiter vorgegangen werden solle, die sich verbotswidrig über den 15. November im Lande aufhielten.

Durch das Versehen eines inzwischen verstorbenen höheren Beamten des Ministeriums des Innern ist diese für die Öffentlichkeit nicht bestimmt gewesene Verfügung im „Ministerialblatt für die innere Verwaltung" abgedruckt worden** und dadurch zur Kenntnis der russischen Regierung gelangt. Diese erklärte sofort, daß der Erlaß, welchen ich in Abschrift alleruntertänigst hier beizufügen mir gestatte***, zu den Bestimmungen des Schlußprotokolls in Widerspruch stehe, da die Möglichkeit der Beschäftigung der betreffenden Arbeiter in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben unerwähnt geblieben und die ihnen zum Verlassen des diesseitigen Staatsgebiets zugesicherte Frist bis zum 1. Dezember um 14 Tage gekürzt sei, wie denn überhaupt Ton und Tendenz des Erlasses mit dem Geiste des Abkommens zweifellos nicht im Einklang ständen. Diese Aufnahme der inopportunen Veröffentlichung von russischer Seite war für uns um so unerwünschter, als andere Versehen (wie die Anordnung einer Gänse-Quarantäne durch den Regierungspräsidenten in Königsberg im Jahre 1897 und das Verbot des Gänsetreibens für die preußisch-russische Grenze im Sommer d. Js.)† hinzutraten, die unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland ungünstig beeinflußten und von uns feindlicher Seite in Petersburg dahin ausgenutzt wurden, daß versucht wurde, den Eindruck hervorzurufen, wir hielten uns nicht an unsere vertragsmäßigen Abmachungen und Zusagen.

Die russische Regierung, die überdies einzelne in diesem Sommer zu ihrer Kenntnis gelangte Ausweisungen russischer Staatsangehöriger, bei denen von den unteren Behörden nicht mit der nötigen Sorgfalt

---

* Vgl. Kap. LXXXV, Nr. 3426, S. 61 nebst Fußnote.
** Ministerialblatt für die gesamte innere Verwaltung in den Kgl. Preußischen Staaten. Jahrg. 1897, S. 196 f.
*** Hier nicht abgedruckt, weil inhaltlich zur Genüge charakterisiert.
† Vgl. Nr. 3521 nebst Fußnote*.

verfahren worden war, auf den Erlaß vom 30. September v. Js. zurückführen zu sollen glaubte, ist immer wieder auf die Sache zurückgekommen und hat mehrfach das Verlangen gestellt, daß der in Rede stehende Erlaß zurückgezogen werden möchte [1]. Der Minister des Innern hat sich im Prinzip zu einer Änderung desselben bereiterklärt und ist seit längerer Zeit beschäftigt, bei der Aufstellung des Entwurfs einer neuen Rundverfügung hierfür eine passende Modalität zu finden.

Inzwischen hatte Graf Osten-Sacken die Angelegenheit mündlich erneut zur Sprache gebracht und dabei bemerkt, daß sich in Petersburg die Klagen des Ministers des Innern, des Finanzministers und des Ministers des Auswärtigen über unser Vorgehen mehrten. Unterm 25. d. Mts. hat dann die russische Telegraphen-Agentur in Petersburg hierher ein Telegramm folgenden Wortlauts gegeben: „Par suite expulsion d'Allemagne des sujets russes rumeurs circulent ici sur l'intention à appliquer la même mesure à sujets allemands qui gagnent en Russie non leur pain mais fortunes colossales [2]. Réalisation de cette mesure même partielle causerait des pertes énormes à l'Allemagne." Als dieses Telegramm mir vom Wolffschen Telegraphenbureau vorgelegt wurde, habe ich die Veröffentlichung hier verhindert und sofort den in Abschrift anliegenden Brief an den Grafen Osten-Sacken gerichtet, um ihm keinen Zweifel darüber zu lassen, daß man mit Euerer Majestät Regierung nicht im Tone der Drohung reden darf. Der Botschafter, dessen guter Wille zweifellos ist, hat darauf die abschriftlich anliegende Antwort an mich gerichtet* und erschien gestern bei mir, um mir mündlich zu wiederholen, wie peinlich ihm der ganze Zwischenfall sei. Das Telegramm der „Agence Russe" erklärte er natürlich für nicht offiziös, betonte aber immer von neuem, daß insbesondere bei dem Charakter Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus nichts in Petersburg eine bedauerlichere Wirkung hervorrufen könne, als wenn sich dort die Meinung festsetze, wir führten von uns erteilte Zusicherungen nicht in loyaler Weise aus.

Graf Osten-Sacken hat mir ferner heute den gleichfalls in Abschrift ehrfurchtsvollst beigefügten Brief geschrieben, welcher die Rückäußerung des Grafen Murawiew auf die bezüglich des Telegramms der „Agence Russe" von dem Botschafter an seinen Chef gerichtete Anfrage enthält**.

Ich habe dem Grafen Osten-Sacken bei der gestrigen mündlichen Besprechung vorläufig lediglich erwidert, daß ich angesichts der von der „Agence Russe" geführten Sprache auf eine sachliche Diskussion überhaupt nicht eingehen könne. Indessen wird es sich nicht ver-

---

* Beide Schriftstücke sind hier, weil inhaltlich genügend charakterisiert, übergangen.

** Hier nicht abgedruckt.

meiden lassen, eine grundsätzliche Stellung zu der Sache zu nehmen, da einerseits die russische Regierung formell in ihrem Rechte ist und andererseits die angedrohte Ausweisung von begüterten Reichsangehörigen aus Rußland für diese und für unser Erwerbsleben eine sehr schwere Schädigung bedeuten würde.

Falls meine Auffassung Euerer Majestät Allerhöchste Billigung finden sollte, würde ich mit Euerer Majestät Minister des Innern jetzt in der Richtung in Benehmen treten, daß in einiger Zeit die den Abmachungen des von meinem Amtsvorgänger unterzeichneten Schlußprotokolls widersprechenden Bestimmungen des Runderlasses vom 30. September v. Js. formell aufgehoben werden und den Verwaltungsbehörden bei der Ausführung der für die Beschäftigung von Saisonarbeitern geltenden Bestimmungen besondere Aufmerksamkeit anempfohlen wird.

B. von Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ja 29/XII 98 W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Nein! Aber er kann „redaktionell" geändert werden
[2] unerhört

Nr. 3533

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 1 Berlin, den 2. Januar 1899

Ew. pp. werden mit nächstem Feldjäger die Mitteilung erhalten, daß der Behandlung deutsch-russischer Ausweisungsfragen jetzt und in Zukunft eine befriedigende Erledigung gesichert ist. Ich habe es mir angelegen sein lassen, diese Frage, deren praktische Bedeutung in keinem Verhältnis zu der Wichtigkeit der Erhaltung guter Beziehungen zwischen den beiden Nachbarreichen steht, in einer Weise erledigen zu lassen, welche in erster Linie den Bestimmungen des geheimen Zusatzprotokolls vom Februar 1897 volle Rechnung trägt.

Wenn ich für meine gegenwärtige Eröffnung die telegraphische Form wähle, anstatt den Abgang des Feldjägers abzuwarten, so geschieht das, um, soweit an mir liegt, Unheil zu verhüten. Nach Andeutungen, die auf Umwegen von zwei Seiten hierher gelangt sind, muß ich mit der Möglichkeit rechnen, daß das Petersburger Kabinett beabsichtigt, die Ausweisungsfrage nicht nach Maßgabe der Tatsachen und der Verträge, sondern allgemein und prinzipiell

zu behandeln. Angeblich wird gegenwärtig in Petersburg die Frage erwogen, ob uns nicht das Recht der Ausweisung überhaupt bestritten werden könnte. Die Hoffnung, daß die russische Regierung der Behandlung der Ausweisungsfrage diesen Umfang geben werde, soll namentlich in Kopenhagen gehegt werden.

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs betrachtet das Ausweisungsrecht als ein unveräußerliches Attribut der Souveränität, gleichwohl aber macht sie von diesem Rechte nur da Gebrauch, wo die mit der Wahrung der inneren Ordnung betrauten Behörden es für absolut notwendig erachten. Speziell sind Ausweisungen russischer Untertanen neuerdings nur in minimaler Zahl erfolgt; wir würden daher gerade eine russische Initiative für polemische Behandlung der Ausweisungsfrage nur als eine Form des Ausdrucks einer allgemein unfreundlichen Gesinnung ansehen können. Dieser Überzeugung entsprechend würden wir jeden russischen Versuch, dieses Souveränitätsrecht durch Androhung von Repressalien oder durch gleichviel welche sonstige Druckmittel einzuschränken, mit einer kategorischen Ablehnung beantworten, ohne Rücksicht auf die Folgen oder vielmehr in dem Gefühl, daß eine Regierung, welche wegen einer praktisch so wenig bedeutenden Frage zu solchen außerordentlichen Mitteln greift, gleichgültig ist gegen die Eventualität eines Konfliktes.

Ew. wollen den Grafen Murawiew ohne Zeitverlust darauf hinweisen, daß die russische Regierung, wenn sie uns die Alternative zwischen Druck* oder öffentlicher Demütigung so nahe rückt, uns die Erwägung aufdrängt, daß es hohe Zeit für uns ist, auf eine feste Rückendeckung bedacht zu sein. Ein Schritt wie der, welchen ich hier notgedrungen ins Auge fasse, kann, einmal getan, nicht leicht wieder ungeschehen gemacht werden und gibt dann der Geschichte und den Schicksalen kommender Jahrzehnte ihre Richtung. Ich habe den Grafen Murawiew bisher gekannt als überzeugten Anhänger der Nützlichkeit des freien freundschaftlichen Zusammengehens unserer beiden großen Reiche, zwischen denen die strittigen Interessen in Wahrheit unbedeutend sind und nur künstlich durch Nervosität oder parti pris aufgebauscht werden können. Ich kann auch heute noch nicht glauben, daß ein Staatsmann von der reifen Erfahrung des russischen Ministers des Auswärtigen seine Ansicht über eine dominierende politische Frage so plötzlich und vollständig geändert haben sollte. Ich halte dann noch eher für möglich, daß andere uns und ihm feindlich gesinnte Einflüsse den seinigen zeitweilig in den Hintergrund gedrängt haben. Deshalb beeile ich mich rechtzeitig, die Gefahr zu kennzeichnen, welche heraufbeschworen werden würde, wenn das russische Vorgehen, wie gesagt, uns nötigt, zwischen Bruch und Demütigung zu wählen. Sollte

* Wohl verschrieben für „Bruch".

ich mich wider Erwarten irren und Graf Murawiew seinen Entschluß wegen anderweitiger Orientierung der russischen Politik bereits gefaßt haben, so kann die in vorstehendem zusammengefaßte kurze Darlegung der deutschen politischen Stellung zwar nichts nützen, aber auch nichts mehr verderben.

Ew. pp. wollen den Inhalt vorstehender Darlegung ungesäumt und möglichst vollständig nach Ihrer Kenntnis des Grafen Murawiew verwerten, um diesem darüber Klarheit zu geben, daß eine russische mise en demeure, wie dieselbe angeblich in Kopenhagen erhofft wird, die Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs in eine Zwangslage ohne Wahl versetzen würde.

Bülow

Nr. 3534

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 St. Petersburg, den 3. Januar 1899
[abgegangen am 4. Januar]

Antwort auf Telegramm Nr. 1*.

Ich habe Graf Murawiew heute aufgesucht und eine lange ernste Unterredung mit ihm gehabt.

Ich habe ihm gegenüber sämtliche mir in Telegramm Nr. 1 an die Hand gegebenen Gesichtspunkte verwertet.

Bevor ich noch im einzelnen die Angelegenheit berührt und ihm nur im allgemeinen den Zweck meines Kommens angedeutet hatte, erklärte er mir, die Ausweisungsangelegenheit sei ja bereits erledigt; übrigens stände er und die Kaiserlich Russische Regierung den Ausstreuungen in der Presse vollständig fern.

Diese Mitteilung gab mir von vornherein zu meiner Freude die Möglichkeit, die ganze Angelegenheit in versöhnlicher Weise zu besprechen.

Der Minister sagte, er hätte nicht geglaubt, daß eine so geringfügige Sache, der die Regierung vollständig fernstehe, und die, soviel er wisse, nur auf alarmierende Zeitungsnachrichten zurückzuführen sei, imstande sein könne, unsere politischen Beziehungen zu trüben und die ernste Sprache des Berliner Kabinetts ihm gegenüber zu motivieren. Er ließ mich unzweideutig erkennen, daß er durch die Möglichkeit der Annahme, Rußland wolle uns vor die Alternative von Bruch oder Demütigung stellen, aufs peinlichste berührt sei; nichts habe ihm ferner gelegen als dies. Er habe geglaubt, daß unsere Beziehungen

---

* Siehe Nr. 3533.

auf zu fester Basis beruhen, um bei einer so geringfügigen Veranlassung auf einen Frontwechsel zu schließen.

Graf Murawiew bestritt keineswegs die Berechtigung der preußischen Regierung, Ausweisungen vorzunehmen, bedauerlicherweise schiene dabei mißverständliche Handhabung obgewaltet zu haben.

Der Minister faßte meine Mitteilung sehr ernst auf, war dabei aber sichtlich bemüht, der Angelegenheit jede weitere Schärfe, die in etwa noch folgenden Auseinandersetzungen kommen könnte, zu nehmen.

In Verfolgung dieses Zweckes schlug mir Graf Murawiew vor, die Mitteilung, die ich ihm eben gemacht habe, als vertraulich und an ihn persönlich gerichtet zu betrachten und von deren Meldung an den Kaiser Nikolaus bis auf weiteres abzusehen, nachdem er mir die bündigste Erklärung über die bisherige Nichtbeteiligung der russischen Regierung an den Ausweisungsgerüchten gegeben hätte.

In der Erwägung, daß Graf Murawiew den Standpunkt der Kaiserlichen Regierung nunmehr bereits kannte, habe ich geglaubt, im höheren Interesse der politischen Beziehungen und in Anbetracht, daß die Bedeutung des Zwischenfalles in keinem Verhältnis zu der Wichtigkeit der Erhaltung guter Beziehungen zwischen beiden Reichen steht, mich — die Billigung meiner Regierung vorausgesetzt — mit dem Vorschlag des russischen Ministers einstweilen einverstanden erklären zu können.

Radolin

Nr. 3535

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 5 Berlin, den 4. Januar 1899

Ew. pp. Telegramm Nr. 3* bestätigt meine Annahme, daß Graf Murawiew ebenso wie ich alle Schärfen in den deutsch-russischen Beziehungen beseitigt zu sehen wünscht. Von diesem Gesichtspunkt bin ich auch gern bereit, auf seinen Vorschlag einzugehen und die ihm durch Ew. pp. Vermittelung gemachte Eröffnung in der Ausweisungsfrage als eine persönliche zu betrachten, die fürs Erste nicht zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus zu gelangen braucht. Graf Murawiew wird sich aber der Erkenntnis nicht verschließen, daß es kaum

* Vgl. Nr. 3534.

möglich sein wird, die Welt auf die Dauer an die zwischen Deutschland und Rußland bestehenden freundschaftlichen Beziehungen glauben zu machen, wenn die russische Presse nicht damit aufhört, unausgesetzt den Krieg gegen Deutschland zu predigen. Es kann dem Minister nicht unbekannt sein, daß keine Woche vergeht, ohne daß z. B. die Zeitung des Fürsten Uchtomski *, des Freundes und Reisebegleiters des Zaren, die gehässigsten Artikel gegen die Person unseres allergnädigsten Herrn bringt. Die Beziehungen des Fürsten Uchtomski zum Kaiser Nikolaus sind allgemein bekannt, ebenso weiß man in der ganzen Welt, selbst da, wo sonst geringe Kenntnisse über russische Verhältnisse anzutreffen sind, daß die russische Regierung die Macht hat, die Presse zu verhindern, in einem ihr unwillkommenen Sinne zu schreiben. Solange die jetzige Sprache der russischen Zeitungen gegen Deutschland andauert, wird allgemein angenommen werden müssen, daß dies unter stillschweigender Zustimmung der russischen Regierung geschieht.

Von manchen unfreundlichen Maßnahmen des russischen Finanzministers auf dem Gebiete des Grenzverkehrs, welche durch unsere Ausweisungsmaßregeln vielleicht mit veranlaßt sein mögen, will ich hier nicht reden. Auf die Presse jedoch wollen Ew. pp. den Grafen Murawiew in eindringlicher und ernster Weise aufmerksam machen. Sollte der Minister erwidern, daß er sich außerstande sehe, hierin noch etwas zu tun, so wollen Ew. pp. ihm sagen, Sie würden dies hierher berichten, und es würde dann in Erwägung gezogen werden, ob es nicht angezeigt wäre, daß Seine Majestät der Kaiser in einem warm gehaltenen Schreiben sich in dieser Angelegenheit direkt an Seine Majestät den Kaiser Nikolaus wende, mit der Motivierung, daß alle anderen Mittel und Wege, um diesem publizistischen Unheil zu steuern, sich als erfolglos erwiesen haben.

Bülow

Nr. 3536

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 19 St. Petersburg, den 12. Januar 1899

Nachdem ich schon zu wiederholten Malen den Grafen Murawiew über das ungebührliche und gehässige Auftreten der hiesigen Presse gesprochen und stets mit Entschuldigungen und Versprechungen abgespeist worden war, habe ich der hohen Weisung vom 4. Januar cr. Nr. 5 ** gemäß Gelegenheit genommen, nochmals in sehr deutlicher

* „Peterburgskija Wjedomosti".
** Siehe Nr. 3535.

Weise die Verstimmung der Kaiserlichen Regierung zum Ausdruck zu bringen, und dem Minister vorgehalten, daß es kaum möglich sei, die Welt auf die Dauer an die zwischen Deutschland und Rußland bestehenden freundschaftlichen Beziehungen glauben zu machen, wenn die russische Presse unausgesetzt gegen Deutschland hetze. Ich habe auf den gehässigen Ton der „Petersburgskija Wjedomosti“ hingewiesen und nicht unerwähnt gelassen, daß dieses Blatt gerade wegen der bekannten Beziehungen des Fürsten Uchtomski zu Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus Beachtung in unseren Augen finden müsse. Seine Majestät der Kaiser und König fühle allerhöchstsich etwas verletzt, daß dieser angebliche Vertraute des Zaren persönliche Angriffe gegen unsern allergnädigsten Herrn in seinem Blatt, wenn vielleicht auch nicht selbst schreibt, so doch zuläßt. Es würde noch dazu führen, daß unser Kaiser und Herr sich direkt an den Kaiser Nikolaus brieflich wendet, um diesem publizistischen Unwesen zu steuern, da alle bisherigen Mittel erfolglos geblieben zu sein schienen. Ein solcher Schritt könne dem Minister doch wohl nicht erwünscht sein, und so bäte ich ihn aufs eindringlichste, ungesäumt Vorkehrungen zu treffen.

Trotz aller seiner Versicherungen, daß er und der Minister des Innern keine Handhabe über die Presse besäßen, könne ich dem doch nicht Glauben schenken. Wenn die Regierung eine Zeitung nur ernstlich zügeln wollte, so hätte sie die Macht dazu. Das wisse ich ganz genau, und könne ich nur annehmen, daß, wenn es nicht geschieht, die russische Regierung einfach keine Lust habe. Wir müßten sogar annehmen, daß ihr die Angriffe gegen einen befreundeten Staat mitunter erwünscht seien. So wisse ich auch, daß das vom Grafen Murawiew desavouierte Schandblatt „Swet“, welches der Oberst Komarow redigiert, in allen Beamtenkreisen gelesen und vom Heiligen Synod und Herrn Pobedonoszew unterstützt wird. Wenn daher der „Swet“ z. B. einen Deutschland geradezu beleidigenden Artikel — wie der vom 11. Januar/30. Dezember Nr. 345 — (den ich einzureichen mich beehrt habe), bringt, so könne doch kaum ein Zweifel bestehen, daß derselbe mit Billigung der Regierung oder jedenfalls des Synods veröffentlicht worden ist.

Nachdem Graf Murawiew mir — wie er es schon so oft getan — sein lebhaftes Bedauern über die Haltung der Presse ausgedrückt, aber wiederholt hatte, daß die Regierung mit den vorhandenen gesetzlichen Mitteln nichts Durchgreifendes gegen die Presse tun könne, daß das Blatt des Fürsten Uchtomski keine Beachtung verdiene und der Redakteur selbst ganz irrtümlich als dem Kaiser näherstehend betrachtet werde, und daß ich falsch unterrichtet sein müsse, wenn ich annehme, daß die Regierung den „Swet“ irgendwie schütze oder seine Verbreitung in Beamtenkreisen fördere (ohne indes in Abrede zu stellen, daß der von der Regierung völlig unabhängige Heilige Synod in seinen panslawistischen Tendenzen den „Swet“ benutzt), versicherte mich

der Minister, er würde es sich angelegen sein lassen, Abhilfe zu schaffen und nicht ruhen, bis die Gesetzgebung bezüglich der Presse, die von der liberalen Ära des Kaisers Alexander II. stamme, zeitgemäß und zweckentsprechend geändert würde. Freilich würden sich ihm sehr große Schwierigkeiten in den Weg legen, da gar mächtige Elemente hinter der Presse ständen, er hoffe aber dieselben mit Hülfe des Kaisers zu überwinden, dem er bereits eingehend von der Notwendigkeit gesprochen, dem gegenwärtigen Übel zu steuern.

Radolin

Nr. 3537

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 160 St. Petersburg, den 2. April 1899

Ganz vertraulich

Ich hatte heute einen Besuch des Finanzministers Witte, der sich nach meinem Befinden erkundigen wollte.

Er war ungewöhnlich liebenswürdig, überaus gesprächig und mitteilsam und dehnte seine Visite auf fast zwei Stunden aus.

Ich möchte nicht unterlassen, Euerer Durchlaucht seine Äußerungen, die sich auf alle möglichen Tages- und politischen Fragen bezogen, zu wiederholen, da sie die Ansichten dieses bedeutenden und stark angefeindeten Mannes, die auf den Gang der hiesigen Politik und die Entschließungen der Regierung von entschiedenem Einflusse sind, wiedergeben. Nach einigen banalen Phrasen kam Herr Witte auf die Friedenskonferenz* zu sprechen und meinte, bei derselben würde wohl nichts Wesentliches herauskommen[1]. Trotzdem machte er mir gegenüber kein Hehl daraus, daß er den hochherzigen und idealen Plan des Kaisers nach Kräften unterstützt habe; er sei dabei allerdings, wie er ganz vertraulich hinzufügte, mehr von praktischen, für seine Zwecke maßgebenden Gesichtspunkten geleitet gewesen[2].

Nicht die von ihm geforderten Mehrausgaben für die Marine und die Artillerie hätten ihn beunruhigt — die dazu benötigten Mittel spielten keine Rolle[3] —, ihn hätten vielmehr die ehrgeizigen Wünsche einflußreicher hiesiger Personen, die in China und der Türkei eine abenteuerliche Politik treiben möchten, dermaßen erschreckt, daß er ihnen um jeden Preis Einhalt tun wollte. Der Friedensgedanke sei dagegen eine gute derivatio. Seinen Zweck hätte er dabei erreicht. Es ließe

---

* Anfang April wurden die Einladungen zur Haager Friedenskonferenz versandt. Vgl. auch Minister Wittes frühere Äußerungen vom 19. Dezember 1898, Nr. 3530.

ihn kalt[4], was aus der Konferenz im Haag würde, deren schöne Idee ihm übrigens sympathisch wäre.

Hieran schloß Herr Witte einige Bemerkungen über das sechsbändige Werk des Herrn Bloch *. Er meinte, dieser reiche Herr hätte mit Hülfe seiner bedeutenden Geldmittel durch eine Anzahl Techniker und Gelehrte eine Menge Material recht interessanter Art kompilieren lassen, das die Menschheit verblüffen sollte. Aber dem Ganzen fehle der Geist. Keine einzige große Idee sei in dem ganzen Werk zu finden. Es sei ein toter Körper. Auch könne er mich versichern, daß die schöne Idee des Kaisers, der Welt den Frieden zu sichern, nicht aus den Folianten des Herrn Bloch geschöpft worden sei.

Nachdem Herr Witte sich des längeren hierüber ausgelassen, kam er auf seinen alten Gedanken ** zurück. Nur ein Mittel gebe es, den Frieden in Europa zu sichern, und dazu brauche man keine Friedenskonferenz: ein enges Zusammengehen von Rußland, Deutschland und Frankreich[5]. Die Verständigung dieser drei Mächte würde die Rüstungen zu Lande auf lange Zeit hinaus überflüssig machen[6]. Das ersparte Geld könnte zur Vermehrung der Flotten der Kontinentalmächte verwandt werden, die imstande wären, der englischen Übermacht zur See die Stirn zu bieten, welche sonst die überseeische Weltherrschaft unzweifelhaft erringen würde[7]. England wäre übrigens noch nicht so gefährlich, wie es sich den Anschein gebe. Wenn man ihm die Zähne zeige, dann gebe es klein bei. Es wäre nicht so arrogant aufgetreten, wenn Frankreich weniger zerfressen wäre durch innere Zersetzung und Korruption[8] ***.

Das englisch-französische Abkommen in Afrika † bezeichnete Herr Witte als überaus nachteilig für Frankreich. Die Franzosen sind g r ü n d l i c h hineingelegt worden, meinte der Minister[9].

Herr Witte erging sich dann in verächtlichen Bemerkungen über die Zustände in Frankreich und schloß damit seine Deduktion, daß es eigentlich genügen würde, wenn Rußland, natürlich mit Frankreich im Schlepptau, und Deutschland eng zusammenhielten[10]. Alle anderen Kontinentalmächte würden dann mit fortgerissen werden, nicht weiter gegeneinander zu rüsten, sondern alle ihre Macht und Aufmerksamkeit gegen die zunehmende Flottenverstärkung Englands und vielleicht auch Amerikas zu wenden[11]. Mit einem Worte, Rußland und Deutschland vereint, hätten den Frieden der Welt in der Hand. Wenn England sich erst von dieser Übermacht überzeugt hätte, würde es sich be-

---

* Gemeint ist das Werk von Bloch, „Der zukünftige Krieg“, das 1899 auch in deutscher Übersetzung erschien.

** Vgl. Nr. 3530.

*** Vgl. Kap. LXXXIX, Anhang und Bd. XIV, Kap. XCIII.

† Gemeint ist das französisch-englische Abkommen vom 21. März 1899 über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären im südwestlichen Sudan. Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII, Anhang.

scheiden müssen. Dann wäre aber auch ein sehr gutes Verhältnis auf kommerziellem Gebiete mit dem Inselreich zum allgemeinen Segen zu erreichen[12].

Die zwischen England und Rußland in China schwebenden Verhandlungen bezeichnete Herr Witte als durchaus befriedigend, verhehlte dabei aber nicht seine alte Besorgnis, das Chinesische Reich in Brüche gehen zu sehen. Alle Mächte, selbst Italien, wollten ihren Teil an der Beute haben, und nun komme noch Dänemark in Ostasien dazu[13]!

Einige recht scharfe Bemerkungen über die Besetzung von Port Arthur usw.*, ein Gegenstand, über den Herr Witte sich schon früher ausgelassen hatte, endeten diese Unterredung.

Über die Auslassungen des Finanzministers, betreffend hiesige innere Zustände, behalte ich mir weitere Berichterstattung gehorsamst vor.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Stimmt
2 haben wir nie bezweifelt!
3 ??
4 das sollte er doch mal seinem Herrn beichten!
5 oder England, Deutschland, Amerika, Japan??
6 warum bekommt denn Kuropatkine dann $2^1/_2$ Milliarde für die nächsten 5 Jahre!?
7 hat sie schon längst
8 oder wenn Russland bestimmt dem ami et allié beigestanden wäre!
9 ja
10 richtig
11 alles richtig, aber nichts Neues! Das wurde vor 4 Jahren mit dem jetzigen Kaiser schon besprochen und vor 2 Jahren in Peterhof auch mit Witte, aber beide Male ohne jeden Erfolg.
12 Ich bin ja so oft schon dazu bereit gewesen, aber es hat stets an ernstem Willen und zielbewußtem Vorgehen in Russland im letzten Augenblick gefehlt!
13 !

Nr. 3538

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 182 St. Petersburg, den 18. April 1899

pp.** Baron Budberg kam dann auf die österreichisch-russischen Beziehungen zu sprechen. „Sie glauben gar nicht,“ meinte mein Gewährsmann, „wie schwer es für uns in Wien ist, mit dem hiesigen Mini-

---

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XC, C.

** Der Anfang des Berichts, der eine Unterredung Tschirschkys mit dem russischen Botschaftsrat bei der Wiener Botschaft Baron Budberg wiedergibt, betrifft die innerösterreichischen Verhältnisse.

sterium, besonders mit Graf Murawiew, zu arbeiten. Der Minister hat ja für das Geschäft keinerlei ernstes Interesse und ist ausschließlich darauf bedacht, sich in seiner Stellung zu halten und sich nach oben hin und in den Kreisen der Großfürsten angenehm und beliebt zu machen [1]. Man hat das Gefühl, daß er nicht einmal die politischen Berichte liest! Graf Lamsdorff ist ja gewiß sehr tüchtig; aber einerseits kann er nicht alles machen, hat schließlich auch nicht die definitive Entscheidung, und er kennt das Ausland zu wenig.

Da ist z. B. die bosnisch-herzegowinische Frage. Es ist ganz aussichtslos, den Leuten hier in Petersburg die wahre Lage in diesen Ländern klarzumachen. Jede Zeitungsnachricht über angebliche österreichische Vergewaltigung — besonders, wenn es sich um die orthodoxe Kirche handelt — und jedes Märchen über Schandtaten sogenannter österreichischer Agenten am Balkan werden hier kritiklos hingenommen, und die Folge davon ist, daß der Zustand nervöser Reizung zwischen Petersburg und Wien nicht nachlassen kann. So war man unter anderem hier in Petersburg ernstlich aufgeregt über die Nachricht, daß Kaiser Wilhelm anläßlich des Jubiläums des Kaisers Franz Joseph* Bosnien und die Herzegowina Österreich zum Geschenk machen wolle! Die Botschaft hat wiederholt eingehend darüber berichten müssen, und wir haben uns jede erdenkliche Mühe gegeben, die völlige Absurdität dieser Nachricht nachzuweisen mit dem Hinweis, wie unerwünscht in Anbetracht der gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnisse der österreichisch-ungarischen Monarchie ein solches „Geschenk“ für letztere selbst sein müsse.

Ein weiteres unerschöpfliches Thema für russisches Mißtrauen gegen Österreich bietet König Milan. Man will in Petersburg auch in ihm nur den österreichischen Agenten sehen, während die Sache doch einfach so liegt, daß König Milan wegen Geldmangels nicht mehr im Auslande hat leben können und deshalb diese Anstellung** zu Hause gesucht hat. Daß Milan ein Freund Österreichs ist, läßt sich ja nicht leugnen; aber gerade deshalb kann man doch von Österreich nicht verlangen, daß es von sich aus gegen Milan vorgehe. Herr Jadowski*** hat das Seinige dazu beigetragen, die Mißverständnisse zu erweitern. Um seine persönliche Haltung gerechtfertigt erscheinen zu lassen, hat er tatsächlich unwahr nach Petersburg berichtet.“

Vorstehende ganz vertrauliche Äußerungen des Baron Budberg lassen einerseits erkennen, wie weit man in Petersburg von jeder vertrauensvollen Stimmung Wien gegenüber entfernt ist; andererseits bestätigen sie die bereits früher von hier gemeldete Beobachtung, daß

* Kaiser Franz Joseph beging am 2. Dezember die Feier seines fünfzigjährigen Regierungsjubiläums.

** Der Exkönig Milan war Anfang 1898 von König Alexander zum Kommandanten der serbischen Armee ernannt worden.

*** Russischer Gesandter in Belgrad.

man auf der russischen Botschaft in Wien gern ein intimeres Verhältnis zwischen Rußland und Österreich herstellen möchte und die Sache so darzustellen bemüht ist, als ob an dem Mißlingen der hierauf gerichteten Bemühungen in erster Linie der Graf Murawiew persönlich die Schuld trage. von Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das kommt mir auch so vor!

Nr. 3539

Der preußische Gesandte in Stuttgart von Derenthall an den preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 43 Stuttgart, den 21. Juni 1899
Ganz vertraulich

Mein russischer Kollege*, der im März und April d. Js. einige Wochen urlaubsweise in Petersburg zugebracht hat, auch in den Petersburger Hof- und höhern Gesellschaftskreisen allerlei Verbindungen besitzt, die ihn über dortige Stimmungen und Vorgänge auf dem Laufenden halten, hat sich mir gegenüber kürzlich mit großem Freimut[1] über die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ausgesprochen. Seine Äußerungen scheinen mir interessant genug, um sie, wenigstens teilweise, zu Euerer Durchlaucht Kenntnis zu bringen.

Unser Gespräch knüpfte sich an die zurzeit im Haag tagende Friedenskonferenz**, wobei Fürst Kantakuzen die Ansicht einfließen ließ, die Entwickelung der Dinge scheine neuerdings auf einen engeren Zusammenschluß unserer beiden Länder hinzuführen. Auf meine scherzweise hingeworfene Frage, ob er dabei an eine „alliance“ oder eine bloße „entente“ denke, erwiderte er, der russische Charakter passe besser zu einem festen als zu einem loseren Verhältnis. Dem einen wie dem andern aber, auch wenn man beiderseits dazu geneigt sein sollte, ständen seines Erachtens sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegen, und zwar Schwierigkeiten nicht nur sachlicher, sondern, bei der sehr verschiedenen Eigenart unserer Souveräne, auch persönlicher Natur. Meinem Einwurf, ich hätte den Eindruck, daß die persönlichen Beziehungen unserer Herrscher nichts zu wünschen übrigließen[2], begegnete er mit leichtem Kopfschütteln. Er wisse nicht, so fügte er hinzu, welche Sympathien oder Antipathien bei Seiner Majestät Kaiser Wilhelm beständen. Bei Kaiser Nikolaus aber habe sich seinem hohen Verwandten gegenüber seit längerer Zeit und in fast ununterbrochener Folge eine kleine Verstimmung an die andere ge-

* Fürst Kantakuzen, russischer Gesandter in Stuttgart.
** Vgl. Bd. XV, Kap. C.

reiht. Hervorgerufen würden dieselben bald durch unser politisches Verhalten, bald durch Äußerungen unseres allergnädigsten Herrn, offizielle wie zugetragene private[3], die oft durchaus nicht unfreundlich gemeint sein möchten, in Petersburg aber durch Zwischenträger in unfreundlichem Lichte dargestellt würden und um so nachhaltiger wirkten, als Kaiser Nikolaus eine verschlossene Natur sei, die sich nicht auszusprechen pflege. Ein gewisses Rivalitätsgefühl möchte dabei seine Rolle spielen[2]. Einen Zusammenhang derartiger Empfindlichkeiten mit unserer Stellungnahme zu den russischen Friedensvorschlägen[4] ließ mein Gewährsmann durchfühlen, ohne ihn direkt anzudeuten. Jedenfalls behauptete er, die Verstimmungen hätten bis vor wenigen Wochen fortbestanden und erst seit dem Bekanntwerden des am 18. v. Mts. * in Wiesbaden ausgebrachten Toasts Seiner Majestät des Kaisers und Königs ein vorläufiges Ende genommen. Daß dieser Toast in Petersburg auf überaus dankbaren Boden gefallen sei und einstweilen jedes Mißempfinden zurückgedrängt habe, sei ihm aus bester Quelle bekannt. Es sei dies begreiflich, wenn man bedenke, daß sich mit dem Erfolg oder Mißerfolg der Haager Konferenz für Kaiser Nikolaus ein gutes Stück berechtigter Eigenliebe verknüpfe.

Ich habe mich diesen Vertrauensergüssen gegenüber meist zuhörend verhalten und nur meine Verwunderung über angebliche Mißverständnisse ausgesprochen, von deren Existenz mir nicht das mindeste bekannt gewesen sei, die zu verstehen mir aber auch um so schwerer falle, als ich zu wissen glaube, daß mein allergnädigster Herr für Kaiser Nikolaus Gefühle aufrichtigster Freundschaft hege[5].

Die sachlichen Gründe, in denen Fürst Kantakuzen eine Erschwerung für ein dauerndes deutsch-russisches Zusammengehen finden wollte, bewegten sich großenteils auf dem Gebiet persönlicher Konjekturalpolitik, die für Euere Durchlaucht kein Interesse haben kann. Ich beschränke mich daher darauf, aus seinen Äußerungen einige wenige hervorzuheben, die mir zugleich die Auffassung weiterer russischer Kreise widerzuspiegeln scheinen. Hierhin gehört, daß er als besonders schwarze Punkte am politischen Horizont den möglichen Zusammenbruch der Habsburgischen Monarchie und unsere vermeintlichen Begehrlichkeiten in Kleinasien bezeichnete. Die letzteren sollen in Eisenbahn- und Hafenbauten deutscher Unternehmer in Anatolien **, in anderen dort erhobenen deutschen Konzessionsforderungen, in der Kaiserreise nach Palästina[6] *** usw. zutage treten und, wenn nicht auf Eroberungspläne, so doch auf den Wunsch, politischen Einfluß im

* Am 18. Mai hatte Kaiser Wilhelm II. in Wiesbaden einen Trinkspruch ausgebracht, in dem er den Zaren zu dem Beginn der seiner Initiative entsprungenen Friedenskonferenz im Haag (siehe Bd. XV, Kap. C) beglückwünschte und der Konferenz einen den Zaren befriedigenden Erfolg wünschte.

** Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIV.

*** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII, Anhang.

Lande zu gewinnen oder zu kolonisieren, schließen lassen. Der Zerfall Österreichs, so führte er weiter aus, müsse, gleichviel ob von uns gewollt oder ungewollt, die Angliederung der deutschösterreichischen Kronländer[7] an das Deutsche Reich zur Folge haben. Eine Machtverschiebung von solchem Umfang könne Rußland nicht gleichgültig lassen[8]. Noch bedenklicher aber sei, daß die Bevölkerung der fraglichen Länder nicht ausschließlich deutsch, sondern zum Teil slawisch sei. Die Unterstellung slawischer Elemente unter deutsche Herrschaft sei aber mit dem russischen Nationalgefühl absolut unvereinbar. Der Fortbestand Österreichs sei aus diesen und anderen Gründen für Rußland eine Art von Notwendigkeit[9], und wenn derselbe demnach ein Ende nehmen sollte, sei schwer abzusehen, wie ein Ausgleich zwischen den Interessen Deutschlands und Rußlands gefunden werden könnte[10] *.

Da mir eine auch nur akademische Diskussion über den Auflösungsprozeß eines befreundeten Nachbarreichs nicht erwünscht sein konnte, habe ich eine solche durch die Erwiderung abgeschnitten, es sei nutzlos, unberechenbare Möglichkeiten ins Auge zu fassen. Österreich habe, wie die Geschichte lehre, schon viele schwere Krisen überstanden und werde hoffentlich auch die jetzige überstehen. Jedenfalls könne der Wunsch, daß ihm dies gelingen möge, nirgends aufrichtiger als bei uns empfunden werden[2].

Die Argumentation meines Gewährsmanns kann übrigens, soweit sie die deutschösterreichischen Kronländer betrifft, als ein interessanter Beleg für die Richtigkeit der Auffassung gelten, die der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel kürzlich in einem hierher mitgeteilten Bericht über die undefinierbare Macht der „Tradition“ in der russischen Orientpolitik ** entwickelt hat[5].

Die uns zugeschriebenen Aspirationen auf Kleinasien habe ich selbstverständlich in das Reich der Fabel verwiesen und als meine Über-

* Von Interesse sind auch Äußerungen, die Fürst Kantakuzen am 25. Februar 1899 gegenüber dem badischen Gesandten in München Freiherrn von Bodmann gemacht hatte, und über die Großherzog Friedrich von Baden in einem eigenhändigen Briefe vom 4. März an den Fürsten von Hohenlohe folgendes anführt:
„Unser Gesandter in München und Stuttgart berichtete mir mündlich, daß er bei der Geburtstagsfeier des Königs von Württemberg in Stuttgart Gelegenheit hatte, mit dem russischen Gesandten Kantakuzen etwas intimer zu verkehren. Dabei sei die Lage der österreichischen Verhältnisse besprochen worden, und Kantakuzen habe plötzlich einen sehr hohen Ton angeschlagen und mit einer großen Sicherheit von der völligen Abhängigkeit gesprochen, in welcher sich Österreich Rußland gegenüber befinde. Österreich werde fortan als eine neutrale Macht gelten müssen, losgelöst vom Dreibund, aber dem Schutze Rußlands anvertraut, das den mäßigenden Einfluß auf die Tschechen üben werde und mit Hülfe der Slawen den Kaiser schützen wolle gegen die Übergriffe der Deutschösterreicher und ihre aggressiven Absichten von Trennung usw.“
** Bericht Freiherrn von Marschalls vom 26. Mai 1899. Siehe Bd. XII, Kap. LXXXII, Nr. 3334.

zeugung ausgesprochen, daß wir dort nichts anderes als eine Erweiterung des Absatzgebietes für unsere Industrie erstrebten[11]. Ich habe aber hierbei die Bemerkung nicht unterdrücken können, daß, wenn selbst, was sicher nicht der Fall sei, unsere Wünsche weitergehen würden, schwer abzusehen sei, welchen Anstoß gerade Rußland hieran nehmen könnte, da sich doch nicht annehmen lasse, daß das ungeheure Russische Reich für sich selbst im Süden des Bosporus Vergrößerungsgelüste empfinde. Fürst Kantakuzen fand hierauf nur die sehr charakteristische Antwort: „Et pourtant! La manie d'expansion nous obsède malheureusement et elle est même presque maladive[12]."

v. Derenthall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Scheinbar?
[2] richtig
[3] Ich äußre mich überhaupt nicht über ihn vor Fremden
[4] also meine Rede in Wiesbaden wird für nichts geachtet
[5] gut
[6] also da hätte ich erst Russlands Erlaubniß einholen sollen!?!
[7] der Himmel bewahre uns davor!
[8] das ist ja eine ganz napoleonische Sprache wie anno 1868—70!
[9] für uns noch viel mehr
[10] also dann will uns Russland den Krieg erklären
[11] ja
[12] trop! qui trop embrasse mal étreint

Schlußbemerkung des Kaisers:
Das sind Phrasen wie man sie in den Memoiren liest aus der Zeit um 66—70, wie sie vor allem von Frankreich uns gegenüber viel gebraucht wurden. Gott bewahre Oesterreich davor zusammen zu brechen, und uns davor, daß die dortigen Kronländer an uns fallen. Sollte aber mal irgend eine Combination sich in dieser Weise im Lauf der Jahrhunderte ergeben, und Russland wollte sie aus oben angeführten Gründen hindern, dann würde es mit recht eine wuchtige Tracht derber deutscher Prügel verdienen und erhalten. Wenn man ganz China, Persien und Indien schlucken will und dann dem Nachbarn nicht eine Bahn in Kleinasien gönnen will, dann verdient man Haue und den Verlust alles dessen, was man schon hat. Uebrigens ist es noch sehr fraglich, wer zuerst zusammenbricht, Habsburg oder Romanow.

Nr. 3540

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Semmering, den 16. September 1899

Infolge der durch allgemeine Überschwemmungen hervorgerufenen Verkehrsstörungen konnte ich erst gestern nachmittag über Nürnberg—Eger hier eintreffen, wo ich Euerer Kaiserlichen und Königlichen Maje-

* Das Telegramm Bülows war durch die Frage eines Besuchs Kaiser Nikolaus II. am deutschen Kaiserhofe veranlaßt worden. Es hatte bei Wilhelm II.

stät gnädiges Telegramm mit ehrfurchtsvollstem Danke vorfand. Das Ansehen der glorreichen Krone Preußen und der ältesten und vornehmsten aller Kronen, der deutschen Kaiserkrone, liegt wahrlich keinem treuen Untertanen Euerer Majestät mehr am Herzen als mir. Euere Majestät sind vollständig im Rechte, wenn Allerhöchstdieselben kein bedauerndes Telegramm an Seine Majestät den Kaiser von Rußland abgesandt haben. Ich verstehe auch vollkommen, daß Euere Majestät kein Zusammentreffen mit dem Zaren anders als in Berlin oder Potsdam wollen. Ich glaube aber, daß diese Frage gerade jetzt zur Sprache gebracht und prinzipiell erledigt werden sollte. Meines unvorgreiflichen Erachtens würde es sich mehr empfehlen, eine solche prinzipielle Aussprache durch Euerer Majestät Botschafter in St. Petersburg herbeizuführen als mit Graf Osten-Sacken. Graf Osten-Sacken

Verstimmung hervorgerufen, daß trotz seiner wiederholten Besuche am Zarenhofe, zuletzt im August 1897 (vgl. Kap. CXXXV, Nr. 3438), der russische Kaiser es seit seiner Thronbesteigung trotz viermaligem Aufenthalte auf deutschem Boden, meist in Darmstadt, vermieden hatte, nach der Reichshauptstadt bzw. nach Potsdam zu kommen. Als nun der Zar im September 1899 die Absicht kundgab, von Kopenhagen, wo er sich aufhielt, wieder nach Darmstadt zu fahren, und in Berlin sondieren ließ, ob der zurzeit in Karlsruhe weilende Deutsche Kaiser sich nicht mit ihm etwa in Wiesbaden treffen wolle, lud Wilhelm II. ihn persönlich nach Potsdam ein, von wo aus ein Jagdausflug nach Hubertusstock unternommen werden sollte. Es kam indessen eine mit dem Vorwand der Trauer um den am 10. Juli verstorbenen Großfürsten-Thronfolger Georg motivierte Ablehnung. Unter diesen Umständen wollte Kaiser Wilhelm nichts von einem bedauernden Telegramm an den Zaren, das der Stellvertretende Staatssekretär Freiherr von Richthofen im Hinblick auf die besondere Wichtigkeit der deutsch-russischen Beziehungen bei dem drohenden Ausbruch des Burenkriegs (vgl. Bd. XV, Kap. CI) vorschlug, wissen, sondern telegraphierte sehr ungehalten am 14. September von Hubertusstock aus an den Staatssekretär von Bülow: „Bei aller schuldigen Rücksichtnahme, die ich auf seine — des Zaren — hohe Stellung gezeigt habe, gebietet es das Ansehen der Krone Preußens und der deutschen Kaiserkrone, daß sich der Zar nicht über die Grenzen und Rücksichten der nun einmal für Fürsten vorgeschriebenen internationalen Höflichkeiten hinwegsetzt. Dies hat er mir gegenüber schon mehrfach getan. (Ich erinnere an die Vorfälle in Wiesbaden und Darmstadt). Er sieht es als selbstverständlich an, daß er im Deutschen Reiche ungehindert umherfahren darf unter peinlichster Vermeidung der Hauptstadt und ihrer Umgegend. Und ebenso selbstverständlich erwartet er das Erscheinen des Reichsoberhaupts an dem Platz, wo er wochenlang im Lawn-tennis-Anzug der „Ruhe pflegt", um ihm gehorsamst aufzuwarten. . . . Ein Zusammentreffen mit mir außer in Berlin oder Potsdam ist nunmehr völlig ausgeschlossen. Ein bedauerndes Telegramm an den Zaren würde ihn in der Auffassung bestärken, daß ich in einer Art Satrapenstellung zu ihm stehe. Ich werde es nicht absenden. Wenn Freiherr von Richthofen gute Beziehungen zu Rußland wünscht, so spricht er mir aus dem Herzen. Es gehören dazu aber wie zum Heiraten immer zwei. Und wenn der Zweite nicht will (wie in diesem Fall aus Passivität und Faulheit), so ist nichts zu machen, und der Erste kann sich noch so sehr anstrengen. Statt Dank zu ernten, kommt er noch in den Verdacht, der bei den Russen sehr leicht aufsteigt, daß er ihnen nachläuft. Der Schlußsatz von Freiherrn von Richthofen ist richtig: Es ist jetzt an den Russen, und er muß sich Osten-Sacken augenblicklich dazu herzitieren."

ist ein wohlmeinender, aber etwas ängstlicher und ziemlich nervöser Greis, der überdies bei seiner Kränklichkeit durch eine Unterbrechung seiner Ragatzer Badekur noch mehr gelähmt werden würde. Dagegen ist Euerer Majestät Botschafter in St. Petersburg, wie mir scheint, das berufenste Organ für die notwendige Explikation. Daß Graf Murawiew zurzeit nicht in St. Petersburg weilt, ist eher nützlich, da sein Stellvertreter Graf Lamsdorff als ernsthafter Geschäftsmann sich besser für eine eventuelle Eröffnung eignet.

Fürst Radolin würde anzuweisen sein, der russischen Regierung mit großem Ernst die bestimmte Erwartung Euerer Majestät auszusprechen, daß Kaiser Nikolaus, welcher nunmehr zum fünften Male* seit seiner Thronbesteigung das Gebiet des Deutschen Reichs berühre, ohne bisher das Reichsoberhaupt am Regierungssitze oder in dessen Umgebung aufgesucht zu haben, während seines gegenwärtigen Aufenthalts in Deutschland endlich Euere Majestät und Ihre Majestät die Kaiserin in Berlin oder Potsdam begrüßen werde.

Die Hindernisse, welche sich jenem vertrauensvollen Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland in den Weg legen, das an und für sich so sehr im Interesse der monarchischen Ordnung wie unserer Weltpolitik liegt, sind sehr groß. Die Schwierigkeiten, welche Euerer Majestät Vorfahren mit dem östlichen Nachbarn hatten, waren aber auch keine geringen und sind schließlich mit Gottes Hülfe in majorem Borussiae gloriam überwunden worden. Ich glaube, daß dieser jüngste Zwischenfall, richtig behandelt, dazu dienen kann, die Beziehungen Euerer Majestät zu Rußland zu klären und dadurch zu festigen.

Bülow

Nr. 3541

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 477 Berlin, den 19. September 1899

Ganz vertraulich

Ew. pp. sind durch den Erlaß vom 16. d. Mts. (Nr. 470) darüber informiert, in welcher Weise die Frage eines von Seiner Majestät dem Russischen Kaiser Seiner Majestät unserm allergnädigsten Herrn im Laufe dieses Herbstes abzustattenden Besuchs von russischer Seite behandelt worden ist, obwohl die Anregung zu der Frage von ebenderselben Seite ausgegangen war.

Seine Majestät der Kaiser und König haben angesichts dieser neuesten Erfahrung auf das allerbestimmteste ausgesprochen, daß ein

* Es muß heißen: vierten.

Zusammentreffen zwischen allerhöchstdemselben und Kaiser Nikolaus anders als in Berlin oder Potsdam nunmehr ausgeschlossen sei.

Ein wie großer Wert hier und insbesondere an unserer allerhöchsten Stelle auf gute Beziehungen zu Rußland gelegt wird, ist zu oft schon auch durch Taten bekräftigt worden, um noch einer neuen Versicherung zu bedürfen. Ein enges, vertrauensvolles Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland betrachten wir als ebensosehr im Interesse der monarchischen Ordnung wie der beiderseitigen Weltpolitik gelegen. Von seiten Seiner Majestät des Kaisers und Königs ist diesem engen Verhältnis auch in allerhöchstseinen persönlichen Beziehungen zu Kaiser Nikolaus durch weitgehendste Courtoisie und Rücksichtnahme stets Rechnung getragen worden. Die gleiche Rücksichtnahme und die Beobachtung der für den Verkehr zwischen Monarchen geltenden Regeln internationaler Courtoisie muß aber auch von der Gegenseite beansprucht werden, wenn anders nicht in den Beziehungen zwischen beiden Reichen Hemmungen entstehen sollen, die schließlich leicht zu wirklicher Beeinträchtigung der denselben gemeinsamen Interessen führen können.

Der vorliegende Anlaß erscheint geeignet, diese Frage bei der dortigen Regierung zur Sprache und zur prinzipiellen Erledigung zu bringen.

Auf allerhöchsten Befehl ersuche ich Ew. pp. demgemäß ergebenst, dort in geeigneter Form, jedoch mit großem Ernst die bestimmte Erwartung aussprechen zu wollen, daß Kaiser Nikolaus, welcher nunmehr zum fünften* Male seit seiner Thronbesteigung das Gebiet des Deutschen Reiches berührt, ohne bisher das Reichsoberhaupt am Regierungssitz oder in dessen Umgebung aufgesucht zu haben, während seines gegenwärtigen Aufenthalts in Deutschland endlich Seine Majestät und Ihre Majestät die Kaiserin in Berlin oder Potsdam begrüßen werde.

Bei Ausführung dieses Auftrages wollen Ew. pp. sich gefälligst gegenwärtig halten, daß es sich um eine Angelegenheit handelt, deren zufriedenstellende Regelung auf die künftige Gestaltung der persönlichen Beziehungen der beiden Herrscher und damit auf das politische Verhältnis der beiden Reiche von schwerwiegendstem Einfluß sein wird. Nach der Ansicht des Herrn Staatssekretärs werden Ew. pp. deshalb alles in Bewegung setzen müssen, um den Besuch herbeizuführen**. Zu Ew. pp. bewährtem Takt und erprobtem diplomatischem

---

* Vgl. Nr. 3540, S. 218, Fußnote *.

** Am 21. September telegraphierte Graf Bülow noch an das Auswärtige Amt: „Schon im Hinblick auf unsere Stellung zu England ist es notwendig, daß unsere Beziehungen zu Rußland keine Trübung erfahren. Die Engländer werden um so mehr Rücksicht auf uns nehmen, je besser wir mit Rußland stehen. Ich halte unbedingt an der Hoffnung fest, daß es Fürst von Radolin gelingen wird, zwischen unserm allergnädigsten Herrn und dem Zaren die so wünschenswerte

Geschick darf das volle Vertrauen gehegt werden, daß Sie mit Eifer und Umsicht die bestgeeigneten Wege einschlagen werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Hierbei wird der Umstand, daß Graf Murawiew zurzeit von dort abwesend ist, eher als günstig anzusehen sein, da sein Stellvertreter Graf Lamsdorff, der somit für die Verhandlung in erster Linie in Betracht kommen dürfte, als ernsthafter Geschäftsmann sich besser für die zu machende Eröffnung eignen wird.

Sollte man Ihnen gegenüber etwa abermals damit zu argumentieren versuchen, daß die tiefe Trauer der Kaiserlich russischen Herrschaften die Abstattung eines offiziellen Besuchs am Hofe Seiner Majestät des Kaisers untunlich mache, so werden Ew. pp. diesem Argument mit dem Hinweis darauf begegnen können, daß die tiefe Trauer Seine Majestät Kaiser Nikolaus und die russische Kaiserin nicht gehindert habe, dieser Tage in Kopenhagen der Feier der Enthüllung eines Denkmals für die in den Feldzügen von 1849—51 und 1864 gefallenen dänischen Krieger beizuwohnen.

Eurer Durchlaucht gefälligem, eventuell telegraphischem Bericht über die Erledigung dieses Erlasses werde ich mit besondrem Interesse entgegensehen.

Richthofen

Nr. 3542

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 142 Semmering, den 21. September 1899

Für Fürst Radolin

pp. Ihre politischen Mitteilungen * waren mir von großem Interesse. Je verwirrter die russischen inneren Verhältnisse sind und je unklarer die europäische Gesamtlage, um so mehr muß unser Bestreben darauf gerichtet sein, zwischen den beiden Monarchen ein freundliches persönliches und zwischen den beiden Regierungen ein vertrauensvolles politisches Verhältnis aufrechtzuerhalten **.

Bülow

Begegnung herbeizuführen, für welche nicht nur politische Zweckmäßigkeitsgründe, sondern auch die hergebrachten höfischen Usancen und die Gebote einfacher Courtoisie sprechen."

* Der voraufgehende Brief Fürst Radolins liegt nicht bei den Akten.

** Ähnlich heißt es in einem Telegramm Bülows für den Gesandten von Kiderlen in Kopenhagen vom gleichen Tage: „Wir müssen von beiden Seiten alles tun, damit keine Verstimmung zwischen zwei Souveränen eintritt, deren freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen den klaren Interessen beider Staaten wie denjenigen der Aufrechterhaltung der monarchischen Ordnung entsprechen, deren einzige feste Säulen schließlich doch die Höfe von Berlin und St. Petersburg sind."

Nr. 3543

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 181 St. Petersburg, den 22. September 1899

Infolge des erhaltenen hohen Erlasses Nr. 477 vom 19. September* suchte ich unverzüglich Grafen Lamsdorff auf. Ich habe mich des mir erteilten Auftrags mit um so mehr Nachdruck und Ernst entledigt, als mich die bekannte süßliche Art des Ministervertreters, der gewohnheitsmäßig bei allen ihm unbequemen Fragen sich hinter ein absolutes Nichtwissen und Nichtorientiertsein verkriecht, um keine Antwort zu geben, und so auch im vorliegenden Fall nichts von den Reiseplänen des Kaisers zu wissen behauptete, ungemein reizte. Ich fühlte mich schließlich zur Äußerung veranlaßt, daß, wenn die berufenen Personen nicht informiert seien, man am Ende nicht wisse, mit wem man hier verhandeln solle.

Ich hob hervor, daß der Kaiser Nikolaus nach amtlichen russischen Mitteilungen von Kiel über Hannover nach Darmstadt und von dort zurück über Halle a. S., Posen zu reisen beabsichtige. Ich müßte daraus schließen, daß ein Besuch bei unserem allergnädigsten Herrn in Berlin respektive Potsdam nicht in Aussicht genommen sei. Es wäre aber doch nicht anzunehmen, daß der Zar, der bereits fünfmal** seit der Thronbesteigung in Deutschland gewesen, ohne den Kaiser und König in seiner Residenz einen Besuch abzustatten, auch diesmal eine Begrüßung in Berlin oder Potsdam vermeiden sollte.

Abgesehen von dem seltsamen Eindruck, den ein solcher Mangel an Courtoisie im Deutschen Reich und im Ausland machen müßte, würde er geeignet sein, die bisherigen guten persönlichen Beziehungen der allerhöchsten Herren zu gefährden, und auf das politische Verhältnis der beiden Reiche nicht ohne Einfluß sein. Es sei daher die Pflicht der treuen Diener beider Monarchen, alles aufzubieten, um derartige Vorkommnisse zu verhüten.

Leider sei ja gewöhnlich niemand in der Umgebung des Zaren, der Gewicht genug habe, um Seine Majestät unumwunden auf solche Eventualitäten aufmerksam zu machen — was Graf Lamsdorff nicht umhin konnte zu bestätigen —, mir bliebe daher nichts übrig, als ihm, dem Grafen Lamsdorff, den Ernst dieser Angelegenheit vor Augen zu führen und ihm im Interesse der guten Beziehungen beider Reiche aufs dringendste ans Herz zu legen, seinen ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß eine Verletzung der Höflichkeit Seiner Majestät dem

* Siehe Nr. 3541.

** Vgl. Nr. 3540, S. 218, Fußnote *.

Kaiser und König gegenüber, allerhöchstwelcher voll Rücksicht und Anhänglichkeit für Kaiser Nikolaus sei, nicht Platz greife.

Da der Graf aber selbst nicht in der Lage sei, jetzt den Kaiser persönlich zu sprechen, möchte ich mir den Vorschlag erlauben, den Botschafter Grafen Osten-Sacken zu beauftragen, eventuell mit Unterbrechung seines Urlaubs nach Darmstadt zu gehen und persönlich auf die Entschließungen der russischen Majestäten in der angegebenen Richtung einzuwirken. — Graf von der Osten-Sacken würde als persona grata bei unserem allergnädigsten Herrn wohl der beste Vermittler sein.

Ich schärfte dem Grafen Lamsdorff hierauf nochmals nachdrücklich ein, daß nur ein Besuch beider russischen Majestäten in Berlin oder Potsdam unter den gegebenen Verhältnissen als vollgültig angesehen werden könnte, da die bisherigen Begegnungen in Wiesbaden, wohin übrigens Seine Majestät dieses Jahr nicht käme, nur zufällige Gelegenheiten gewesen wären.

Schon vor zwei* Jahren hätte es einige Mühe gekostet, und zwar nachdem ich General Richter** eindringlich gesprochen, den Kaiser Nikolaus zu bewegen, nach Wiesbaden zu kommen, während Ihre Majestät ohne äußeren Grund in Darmstadt verblieben sei***. Der Graf müsse mir zugeben, daß dieser Mangel an Entgegenkommen unsere allerhöchsten Herrschaften wenn nicht verletzen, zum mindesten peinlich berühren müsse. — Der Zar könne aber nicht nur incognito und gleichsam als Privatmann zu seinem Schwager reisen, er habe auch Pflichten dem Deutschen Reich gegenüber, wenn er das Gebiet des Deutschen Reichs berührt.

Hierauf versicherte mir Graf Lamsdorff, daß er meine Besorgnis sehr wohl verstehe und sein möglichstes tun würde, um auf eine Visite in Berlin oder Potsdam hinzuwirken, daß aber, wenn Kaiser Nikolaus seit seiner Thronbesteigung nicht schon in Berlin gewesen wäre, es daran läge, daß er seinen ersten offiziellen Besuch einem ausgesprochenen Wunsch zufolge in Breslau abgestattet habe, zu dem er in Berlin ebenso bereit gewesen wäre †. Der Graf fügte hinzu, er werde unverzüglich Erkundigungen über den gegenwärtigen Aufenthalt des Grafen von der Osten-Sacken einziehen. Er wäre übrigens überzeugt: „que tout s'arrangera."

Zum Schluß möchte ich noch hinzufügen, daß ich bereits vor acht Tagen, kurz vor der Abreise des Hofministers Baron Fredericks nach Kiel, in der Voraussicht, daß Schwierigkeiten, wie sie eben einzutreten scheinen, vorkommen würden, demselben mit Nachdruck aus freien

---

* Es müßte heißen: drei.
** Generalkommandant des Kaiserlich Russischen Hauptquartiers.
*** Vgl. Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2868.
† Vgl. Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2858.

Stücken ähnliche Vorstellungen wie jetzt dem Grafen Lamsdorff gegenüber gemacht habe. Ich fand bei Baron Fredericks volles Verständnis für meine Auffassung*.

Radolin

Nr. 3544

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 192 St. Petersburg, den 20. Oktober 1899

pp. Von russischer, mit dem hiesigen Auswärtigen Ministerium in Fühlung stehender Seite wird geflissentlich verbreitet, man sei hier gegen Deutschland wegen dessen Haltung in der Transvaalfrage** verstimmt, und wenn Kaiser Nikolaus seinen bevorstehenden Besuch in Potsdam nur auf einige Stunden auszudehnen gedenke, so sei daran nicht die Trauer um den Thronfolger, sondern die politische Mißstimmung schuld. pp.

Tschirschky

Nr. 3545

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 191 Wien, den 31. Oktober 1899

Streng vertraulich

Der sehr intelligente hiesige Vertreter der „Hamburger Nachrichten", Dr. Greiml, will über Rom in Erfahrung gebracht haben, daß Graf Goluchowski vor mehreren Monaten tatsächlich Annäherungsversuche an Rußland unternommen habe[1] mit dem Zwecke, die Petersburger Abmachungen des Frühjahrs 1897*** weiter auszubauen und an Stelle des damaligen, mehr negativen, ein

---

* Nach einem weiteren Telegramm Fürst Radolins an das Auswärtige Amt vom 30. September hätte er vom Grafen Lamsdorff folgenden Privatbrief empfangen: „Il a plu à l'Empereur mon Auguste Maître de me faire savoir que l'époque et le lieu de l'entrevue de Sa Majesté avec Sa Majesté l'Empereur et Roi Guillaume seront définis par une correspondance directe et personelle entre les deux Souverains." Diese Korrespondenz liegt nicht bei den Akten. Jedenfalls wurde erreicht, daß der Besuch des russischen Kaiserpaars in Potsdam am 8. November stattfand.

** Vgl. Bd. XV, Kap. CI.

*** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXIX.

Übereinkommen positiveren Inhalts zu setzen. Diese Verhandlungen hätten sich aber infolge der serbischen Ereignisse* zerschlagen[2]. Seitdem habe der Minister des Äußern sich entschlossen, wieder näher an Deutschland heranzurücken[3] und alle russischen Kombinationen vorläufig aufzugeben[4].

Ich werde nicht ermangeln, der Sache weiter nachzuforschen, was natürlich aber nur mit großer Vorsicht und unter abwartender Benutzung zufälliger Feststellungen erfolgen kann. Indem ich obiges mit allem Vorbehalt wiedergebe, möchte ich dennoch schon deshalb an der Richtigkeit der Nachricht nicht unbedingt zweifeln, weil sie mit anderweitigen allerdings mehr vagen Andeutungen übereinstimmt. Es liegt außerdem in dem Charakter der hiesigen Verhältnisse, daß ein dauerndes Schwanken besteht, sowohl im Innern wie nach Außen, bald von der slawischen zur deutschen, bald von der deutschen zur slawischen Richtung, je nach der Stärke der augenblicklichen Strömungen. Es sollte kaum anzunehmen sein, daß Graf Goluchowski die Kraft und Charakterstärke besäße, als rocher de bronce dauernd allein standzuhalten.

Die ausgesprochene Beihilfe, die er den Deutschen geleistet, indem er zum Sturze des Grafen Thun** beitrug, während er im Juni noch geholfen hatte, ihn zu halten, stimmt ebenso zu obigen Vermutungen wie auch die früher schon erwähnte Petersburger Nachricht der „Narodni Listy". Ganz kürzlich, wohl zum Teil auch aus Ärger über Graf Goluchowski und trotz der deutschfreundlichen Haltung des Baron Aehrenthal***, hat das leitende Tschechenblatt letzteren als ihren Mann bezeichnet. In dem erwähnten, im Ausschnitt aus dem „Vaterland" vom 28. d. Mts. gehorsamst beigefügten Artikel, wird gesagt, daß Baron Aehrenthal die Absicht gehabt, die auf den Balkan

* Zur Beschwerde gereichte den Russen die angebliche österreichische Begünstigung des Exkönigs Milan von Serbien (vgl. Nr. 3538), gegen den die russisch gesinnte Partei der Radikalen einen erbitterten Kampf führte. Infolge eines Attentats auf König Milan (6. Juli) kam es im September zu einer Verurteilung vieler Radikaler zu schwersten Strafen, was der russischen Erbitterung gegen Österreich neue Nahrung gab. Schon am 9. September hatte Botschafter Graf zu Eulenburg in einem Telegramm (Nr. 221) mit Bezug auf den bevorstehenden Prozeß bemerkt: „Die ganze Frage würde eine entschiedene Abkühlung des Verhältnisses zwischen Österreich und Rußland zur Folge haben und die St. Petersburger Abmachungen, welche die Erhaltung des Status quo im Orient bezweckt hätten, umstoßen. Rußland würde sich nicht mehr an dieselben gebunden erachten." Dazu bemerkte Graf Bülow in einem Telegramm an das Auswärtige Amt vom 12. September: „Wir haben uns gegenüber dieser Frage vollständig reserviert zu halten und brauchen jedenfalls den gegenwärtigen serbischen Machthabern nicht in den Arm zu fallen, wenn dieselben ihre radikalen Feinde dezimieren wollen."

** Am 2. Oktober war das Ministerium Graf Thun zurückgetreten. Vgl. dazu Kap. LXXXVII.

*** Freiherr Lexa von Aehrenthal war seit dem 19. März 1899 an Stelle des Prinzen Liechtenstein österreich-ungarischer Botschafter in Petersburg.

bezüglichen Abmachungen nun auch auf das Zentrum und den Westen Europas auszudehnen.

Auf jeden Fall muß der betreffende Korrespondent Andeutungen auf der österreichisch-ungarischen Botschaft erhalten haben, die nicht völlig aus der Luft gegriffen gewesen sein können und vielleicht dazu bestimmt waren, Herrn von Aehrenthal, der eine größere Stelle übernehmen und Nachfolger Goluchowskis werden möchte, neben den Deutschen auch auf tschechischer Seite Freunde zu machen, um auf alle Fälle gesichert zu sein.

Möglicherweise hat der Herr Botschafter diese Nachrichten nur deshalb durchsickern lassen, um seinem Chef Verlegenheiten zu bereiten und dessen Stellung zu erschüttern.

Die bisherige Stimmung des Monarchen bis zur jüngsten innerpolitischen Wendung, dessen Antipathien für die hiesigen Deutschen und seine russischen Liebeleien sprechen jedenfalls nicht gegen die Annahme einer früheren Ermunterung von oben zu einer intimeren Anlehnung nach Osten.

C. M. Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also doch!
[2] das war Russlands Antwort
[3] ahem!
[4] also ein unsichrer Pole!

Nr. 3546

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 195 — Wien, den 2. November 1899
Streng vertraulich

Vor seiner bevorstehenden längeren Urlaubsreise besuchte ich heute den Grafen Nigra* und trachtete in Erfahrung zu bringen, ob er Vermutungen hege über etwaige diesseitige Bestrebungen, auf Grundlage der Petersburger Abmachungen vom April 1897 einen weiteren Ausbau der russisch-österreichischen Beziehungen herbeizuführen.

Der Herr Botschafter erklärte, daß die Ernennung des Baron Aehrenthal ihn zunächst auf den Gedanken gebracht habe, man suche hier eine engere Anlehnung nach Osten, weil jener Diplomat wegen seiner vielfachen Petersburger Beziehungen und angeblichen Sympathien als ganz besonders dazu geeignet erschien. Seither habe sich

---

* Italienischer Botschafter in Wien.

jedoch nichts ereignet, was zur Annahme besonderer Abmachungen oder bestimmter Versuche nach dieser Richtung berechtigte.

Die Instruktionen, die der Nachfolger des Prinzen Liechtenstein erhalten, sind dem Grafen Nigra nicht bekannt, er hat aber Grund zum Glauben, daß dieselben in besonders lebhafter Form die Pflege warmer Beziehungen zur Newa und möglichste Annäherung an Rußland erstrebten. Nach der wenig ernsthaften Geschäftsführung des allzu lebensfrohen Prinzen Liechtenstein hätten alle hiesigen Freunde Rußlands vom diplomatischem Geschick und der Erfahrung Aehrenthals Wunder erwartet. Stattdessen sei eher das Gegenteil eingetreten. Murawiew sei schon bei fast allen Großmächten gewesen, nur nicht hier*; in Paris habe er sich um Graf Wolkenstein** kaum gekümmert; Baron Aehrenthal sei verstimmt und gedrückt und, wie Graf Nigra aus weiblichen Quellen wissen will, keineswegs befriedigt; in Petersburg habe man ihn schlecht aufgenommen und ihn die Beliebtheit seines Vorgängers fühlen lassen; zudem sei Graf Murawiew nicht Staatsmann genug, um wie Fürst Lobanow, der allen gleichmäßig kühl und ablehnend gegenüber gestanden, Wien gegen Berlin und Berlin gegen Wien auszuspielen.

Graf Nigra glaubt schon deshalb nicht an neue Verhandlungen oder an ein weiteres Übereinkommen mit Rußland, weil das frühere zu keinem merklichen Ergebnis geführt habe. Andrerseits könne aber auch keine Entfremdung zwischen beiden Staaten wahrgenommen werden.

Österreich-Ungarn betreibe unter Graf Goluchowski immer mehr eine Politik des vollkommensten effacement, es enthalte sich eigentlich jedes aktiven Auftretens auf internationalem Gebiete[1]. Der Wunsch des Kaisers, vor allem Ruhe zu haben und mit Belästigungen und Sorgen möglichst unbehelligt zu bleiben, sei hierfür in erster Linie maßgebend. Graf Goluchowski habe dies genau verstanden; Prinz Liechtenstein befolge dasselbe System für alle Hoffragen und andere Interna. Dadurch allein könne er sich die Zufriedenheit und das Vertrauen seines kaiserlichen Herrn erhalten.

Was Serbien anlange, so habe der Herr Minister des Äußern keinen Gegensatz mit dem Petersburger Kabinett aufkommen lassen, sondern den Grafen Murawiew von der Richtigkeit seines Verhaltens und von der Zweckmäßigkeit des eingeschlagenen Weges zu überzeugen gewußt. Als nachher aber das Urteil so unmenschlich ausgefallen, sei Graf Goluchowski peinlich davon berührt gewesen***.

---

* Das ist nicht richtig; Graf Murawiew war im Oktober 1898 in Wien gewesen und hatte dort mit den österreichischen Staatsmännern Rücksprache genommen. Vgl. Nr. 3528.

** Österreich-ungarischer Botschafter in Paris.

*** Vgl. Nr. 3545, S. 224, Fußnote *.

In Bulgarien verfolge Graf Goluchowski auch eine Politik der Enthaltsamkeit. Er habe den Bulgaren wissen lassen, daß er nur die autonome, selbständige Entwickelung der Balkanstaaten anstrebe und für seinen Staat lediglich dieselbe Stellung daselbst wie für jede andere Großmacht. Österreich-Ungarn habe auf eine aktive Balkanpolitik verzichtet und beabsichtige weder Eroberungen zu machen, noch seine Einflußsphäre auszudehnen. Die Stellung der Monarchie in Bulgarien habe auch gewiß keine Fortschritte gemacht und Fürst Ferdinand keineswegs mit Begeisterung von Österreich zu ihm gesprochen. Auch der hiesige lärmende Empfang habe den Fürsten nicht beglückt *, er habe die Abwesenheit der Erzherzöge unliebsam bemerkt. Man habe aber anscheinend auf beiden Seiten eingesehen, qu'il ne fallait être rancunier en politique aussi peu qu'en amour.

C. M. Lichnowsky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hat ja auch keine Flotte! Wie soll es denn da auftreten?

Nr. 3547

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 8. November 1899

Kaiser Nikolaus beehrte mich nach der heutigen Tafel ** mit einer langen Unterredung. Er beglückwünschte mich zunächst zu dem Samoa-Abkommen ***. Was wir erreicht hätten, wäre um so anerkennenswerter, als die Engländer einerseits très durs à la détente wären, während wir andererseits zur See England gegenüber keine Pressionsmittel hätten. Er freue sich also doppelt, mir als altem Bekannten, der in Petersburg so viele Freunde hätte, herzlich gratulieren zu können.

---

* Fürst Ferdinand von Bulgarien hatte am 26./27. September dem Kaiser Franz Joseph zum erstenmal seit seiner Thronbesteigung einen offiziellen Besuch abgestattet und war mit großen Ehrenbezeugungen empfangen worden.
** Das russische Kaiserpaar war am 8. November um 11 Uhr vormittags auf Station Wildpark eingetroffen; abends reiste es weiter.
*** Nach langen Verhandlungen war eben damals ein Übereinkommen zwischen England und Deutschland in der Samoafrage erzielt worden. Am 9. November wurde offiziell bekannt gegeben, daß Samoa in deutschen Besitz übergehen solle. Der mit England abgeschlossene, vom 14. November datierte Vertrag wurde erst am 24. November veröffentlicht. Vgl. Bd. XIV, Kap. XCVI.

Der Zar kam sodann auf unsere Flottenvorlage*, die er durchaus billigte. Wir möchten uns zur See nur recht stark machen. Solange die englische Flotte den Flotten der übrigen Länder so sehr überlegen wäre wie gegenwärtig, sei es schwer, England entgegenzutreten. Je stärker die Kontinentalstaaten zu Wasser würden, um so besser für sie alle. Der Zar sprach mit Sympathie von den Boers, aber indem er ausdrücklich betonte, daß sich Rußland durch die Vorgänge in Südafrika nicht aus seiner Reserve herauslocken lassen würde. Die Vorgänge in Afrika lägen Rußland sehr fern und ließen es an und für sich gleichgültig. Rußland wolle vor allem den Frieden, um sich im Frieden zu konsolidieren und sein wirtschaftliches und kulturelles Niveau zu heben. Rußland wolle auch keinen Konflikt zwischen Frankreich und England. Wenn Rußland gewollt hätte, würde es vielleicht vor einem Jahre zwischen Frankreich und England zum Kriege wegen Faschoda gekommen sein**, obwohl die Franzosen jetzt in ihrer großen Mehrheit einsähen, daß Faschoda keinen Wert habe, und Herr Delcassé es nicht einmal geschenkt haben wolle. Jedenfalls wünsche aber Rußland keinen Zusammenstoß zwischen Frankreich und England und habe deshalb vor einem Jahre beruhigend auf die Franzosen eingewirkt.

Der Zar hob hervor, daß er in Potsdam persönlich und politisch sehr günstige Eindrücke empfangen habe. Er wünsche die allerbesten Beziehungen mit Deutschland zu unterhalten. Es gäbe keinen Punkt, wo Deutschland und Rußland entgegengesetzte Interessen hätten. Beide Länder könnten überall in Freundschaft und für den Frieden zusammenwirken. Nur einen Punkt gebe es, fügte Kaiser Nikolaus hinzu, wo wir die russischen Traditionen berücksichtigen und schonen müßten, nämlich im Orient. Wir dürften nicht den Anschein erwecken, als ob wir Rußland politisch oder wirtschaftlich aus dem Orient verdrängen wollten, mit dem es seit Jahrhunderten durch zahlreiche Bande nationaler und religiöser Natur verknüpft wäre. „Selbst wenn ich," meinte der Zar, „persönlich in dieser Beziehung skeptischer oder indifferenter dächte, würde ich doch die russischen Traditionen im Orient wahren müssen. In dieser Beziehung kann ich mich nicht in Widerspruch mit den Überlieferungen und Hoffnungen meines Volkes setzen." Der Kaiser fügte hinzu, wie er hoffe, daß es durch gegenseitige

---

* Seit der Rede, die Kaiser Wilhelm II. am 18. Oktober in Hamburg gelegentlich des Stapellaufs des Linienschiffs „Kaiser Karl der Große" gehalten hatte, und seit dem offiziösen Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 28. Oktober über die Notwendigkeit einer durchgreifenden Verstärkung der deutschen Flotte wurde allgemein mit einer neuen Flottenvorlage gerechnet, die dann am 11. Dezember im Reichstage durch den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe angekündigt wurde, und die auf eine Verdoppelung der Schlachtflotte und der großen Auslandskreuzer hinauslief.

** Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII.

Rücksichtnahme und loyale Aussprache gelingen werde, in dieser Beziehung jedem Anlaß zu Mißverständnissen, Reibungen und Konflikten vorzubeugen*. Bülow

Nr. 3548

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 8. November 1899

Unterredung mit Graf Murawiew:

Rußland will gegenwärtig (im Gegensatz zu den übrigen Mächten) nichts für sich, aber es darf nicht zulassen, was seine Zukunft beeinträchtigen könnte.

Rußland wünscht trotz seiner „Entente assez intime" mit Frankreich die Aufrechterhaltung bester Beziehungen zu Deutschland. Beide Länder sind durch keinerlei divergierende Interessen getrennt.

Rußland begreift vollkommen, daß der ungeheure Aufschwung der deutschen Industrie und des deutschen Handels Deutschland zwingt, sich neue Märkte nicht nur in überseeischen Ländern, sondern auch in Kleinasien zu eröffnen. Daß deutsche Kapitalisten dort Eisenbahnen anlegen wollen**, ist Rußland an und für sich nicht unsympathisch, da es in Anatolien die Deutschen lieber sieht als z. B. die Engländer. Rußland würde nur gern sehen, wenn nicht gerade solche Linien ausgeführt würden, welche den russischen strategischen oder finanziellen Interessen direkt widersprächen. Deshalb würde es sich empfehlen, daß Deutschland vorher Rußland au courant seiner diesbezüglichen Pläne setzte. Es würde dann leicht sein, nicht nur jedes Mißverständnis und alle Friktionen zu vermeiden, sondern auch die beiderseitigen Aspirationen zu kombinieren, denn Rußland besitzt selbst nicht die Mittel, um außerhalb seiner Grenzen Eisenbahnen zu bauen. Es handele sich durchaus nicht um irgendeine Art von Abkommen, sondern nur um eine freundschaftliche Aussprache zwischen Osten-Sacken und mir oder Radolin und Murawiew.

Die Dardanellenfrage wurde von Murawiew gar nicht berührt. Die Anwesenheit von Morgen*** gerade in Erserum hatte ihn sehr unangenehm berührt, da solche Vorfälle die Möglichkeit böten, unserer Politik die Tendenz unterzuschieben, als ob wir die Türkei gegen Rußland mobilisieren und überhaupt Rußland sogar in Armenien Schwierigkeiten bereiten wollten. Rußland mißgönne uns nicht unsere Stellung in der Türkei, aber es wünsche dort auch einen gewissen Einfluß zu behalten.

---

* Vgl. auch Bd. XIV, Kap. XCV.
** Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIV und Kap. XCV.
*** Deutscher Militärattaché in Konstantinopel.

In China gingen die russischen Interessen mit den deutschen parallel. Murawiew war angenehm berührt von dem, was ich ihm über unsere Stellung zu dem jüngsten amerikanischen Vorschlag* sagte. Rußland und Deutschland hätten das gemeinsame Interesse, China nicht weiter zu erschüttern und namentlich ein Auseinanderfallen zwischen Nord- und Südchina zu verhindern, da letzteres dann ganz unter englische Oberhoheit fallen würde. Mit unserer Festsetzung in Kiautschou und Schantung erklärte sich Murawiew spontan völlig ausgesöhnt und bezeichnete dieselbe als für Rußland nützlich.

Über den südafrikanischen Konflikt** bemerkte Murawiew, daß die sogenannte öffentliche Meinung in Frankreich, Rußland und anscheinend auch in Deutschland die Regierungen dränge, irgendetwas gegen England zu unternehmen. Es sei aber gar nichts zu machen. Frankreich denke nicht daran, etwas zu unternehmen, sondern warte den weiteren Gang der Kriegsereignisse ab. Übrigens wolle sich Frankreich vor allem im Innern wieder mehr konsolidieren.

Murawiew suchte herauszubekommen, ob mir etwas von englischen Absichten auf Laurenzo Marquez bekannt sei, deutete aber mit keiner Silbe an, was er und die Franzosen tun würden, wenn die Engländer wirklich die Delagoabai besetzen sollten. Er glaubte (wie er sagte auf Grund französischer Mitteilungen), daß England sehr schwer und nur um den Preis großer Opfer mit den Boers fertig werden würde. Er schilderte England als ein nicht nur zu Lande, sondern selbst zu Wasser weniger mächtiges Land, als vielfach angenommen werde.

In leicht erkennbarer Absicht ließ Murawiew gesprächsweise durchblicken, daß die Engländer sich gern mit Rußland über Anatolien arrangieren möchten, die Franzosen nur via Petersburg sich mit uns verständigen könnten und die Österreicher direkte Anlehnung in St. Petersburg suchten.

Bülow

Nr. 3549

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 593 Berlin, den 13. November 1899

Vertraulich

Der Besuch, welchen das russische Kaiserpaar am 8. d. Mts. unserem allerhöchsten Hofe in Potsdam abgestattet hat, ist in jeder

* Ende September 1899 hatte die amerikanische Regierung in Berlin beantragt, Deutschland möge sich formell verpflichten, in seinen gegenwärtigen und zukünftigen Besitz- und Interessensphären in China für Handel und Schiffahrt allen Nationen vollkommen gleiche Behandlung zu gewähren.

** Vgl. dazu Bd. XV, Kap. CI.

Beziehung durchaus befriedigend verlaufen. Der Verkehr der beiden Monarchen trug einen zwanglosen und intimen Charakter. Der dabei auf politischem Gebiet stattgehabte Gedankenaustausch hat ebenso wie die Besprechungen, die ich mit dem Grafen Murawiew gehabt habe, in erfreulicher Weise bewiesen, daß gegenwärtig in allen wesentlichen politischen Fragen des Augenblicks zwischen den Kabinetten von Berlin und Petersburg volle Übereinstimmung herrscht. Auch ist bei dieser Begegnung von neuem zum Ausdruck gekommen, daß im Hinblick auf die Verschiedenheit der Grundlagen, auf denen einerseits die russisch-französische Entente, andererseits unser Bündnis mit Österreich-Ungarn und Italien und unser Verhältnis zu England beruhen, eine solche Gruppierung der Mächte kein Hindernis für die fortgesetzte Pflege der freundschaftlichsten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland bildet. pp.*

Bülow

Nr. 3550

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Konzept

Nr. 661 Berlin, den 7. Dezember 1899
Geheim

In einem gestern eingegangenen Privatbriefe schreibt mir Fürst Münster folgendes: „Murawiew** hat hier, wie ich nachträglich durch französische Freunde höre, merkwürdig unvorsichtig gesprochen. Er hat den Rat Gambettas den Franzosen gegenüber wiederholt, der lautete: „ne pas parler de l'Alsace-Lorraine mais toujours y penser.“ Der Moment zum Handeln würde kommen, sowie der Kaiser von Österreich die Augen schließe. Dann falle Österreich auseinander, Ungarn könne dann weiter existieren, der slawische Teil müsse dem russischen Einfluß zufallen, Deutschland werde dann, ob es wolle oder nicht,

* Der Schluß des Erlasses, der mutatis mutandis auch den übrigen Botschaften und Gesandtschaften zuging, gibt den Inhalt der Unterredungen Graf Bülows mit Kaiser Nikolaus II. von Rußland und Graf Murawiew analog Nr. 3547 und 3548 wieder.

** Er weilte, von Biarritz kommend, vom 6. bis 28. Oktober in Paris, meldete sich dann beim Zaren in Darmstadt und begleitete ihn auf der Fahrt nach Potsdam (8. November). Der lange Aufenthalt Graf Murawiews in Paris gab, wie Fürst Münster am 7. November berichtete, zu vielen Kombinationen und selbst zu der Annahme Anlaß, daß wichtige Verabredungen erfolgt seien; doch war Münster der Ansicht, daß die Wichtigkeit des Besuches sehr überschätzt sei.

die zehn Millionen Deutschösterreicher übernehmen müssen. Ohne eine Kompensation zu erlangen, könnten Rußland und Frankreich das nicht zugeben, Frankreich müsse Lothringen mit Metz, welches als Festung geschleift werden könne, zurückverlangen, und könne es dabei auf Rußlands energischen Beistand rechnen. Bei einem kleinen rein französischen Diner, bei dem unter andern der Minister Dupuy und, wie ich glaube, auch der Präsident der Deputiertenkammer * zugegen waren, hat Murawiew diese seine Ansichten zum Besten gegeben. Es ist nicht uninteressant, diese im Vertrauen geäußerten Ansichten kennenzulernen. Franzosen schwatzen alles aus, und so erfuhr ich es durch einen indiskreten Franzosen."

Ich bin von vornherein überzeugt, daß Graf Murawiew die Äußerung, welche ihm hier von einem Franzosen in den Mund gelegt wird, nicht getan haben kann. Dieser erfahrene, kluge und weltgewandte Staatsmann ist zu lange in Deutschland gewesen, um nicht zu wissen, daß die Wiederaufnahme von Österreich in das Deutsche Reich die Rückkehr zu den lähmenden inneren Wirren von vor 1866 bedeuten würde, und daß die deutsche Politik sich dessen voll bewußt ist. Denkbar wäre höchstens, daß der russische Minister französische Auslassungen obigen Inhalts mit ironischem oder höflichem Schweigen hätte durchgehen lassen. Aber vor allen Dingen halte ich für gänzlich ausgeschlossen, daß von der Kategorie von Leuten, welche bei jenem auserwählten kleinen „rein französischen" Diner zugezogen waren, sich einer sollte haben verleiten lassen, eine so schwerwiegende Äußerung des leitenden russischen Staatsmanns, welche einen vollständigen Aktionsplan gegen Deutschland in sich schließen würde, harmlos dem deutschen Botschafter auszuplaudern. Vielmehr betrachte ich diese angebliche Indiskretion als einen leicht kenntlichen Versuch, die jetzt so vortrefflichen deutsch-russischen Beziehungen zu verschlechtern und dadurch zugleich die Stellung des Grafen Murawiew zu erschweren. Daß man in Paris gern den dort von früher her wohlbekannten Grafen Kapnist an der Newa sehen würde, wird Graf Murawiew nicht erst durch mich zu erfahren brauchen.

Ew. pp. wollen das Vorstehende so, wie es ist, ganz vertraulich dem Grafen Murawiew — aber nur ihm allein und direkt — mitteilen und ihm dabei mit meinem besten Gruße sagen, daß mehr als dies dazu gehören würde, um mich an einem so langjährigen Freunde irre zu machen und eine Weichenstellung der deutschen Politik zu veranlassen. Der einzige Verdacht, den dieses kleine französische Komplott mir an die Hand gibt, ist der, daß Graf Murawiew bei seiner letzten Anwesenheit in Paris den französischen Hoffnungen nicht völlig entsprochen hat.

Bülow

---

* Deschanel.

Nr. 3551

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 590 St. Petersburg, den 13. Dezember 1899
Geheim

Den hohen Erlaß vom 7. d. Mts. Nr. 661 *, betreffend die durch Fürst Münster mitgeteilten Äußerungen des Grafen Murawiew, die dieser angeblich in Paris getan haben soll, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Bei der Eigenartigkeit und dem heiklen Charakter der Angelegenheit habe ich geglaubt — in Voraussetzung Euerer Durchlaucht hohen Einverständnisses —, meinem Auftrage am besten dadurch gerecht zu werden, daß ich den Erlaß dem Grafen Murawiew zum Lesen in die Hand gab, wodurch mir gleichzeitig Gelegenheit geboten werden mußte, den Eindruck, den die Lektüre dieses Schriftstückes auf den Minister machen werde, unmittelbar zu beobachten.

Nachdem ich den Grafen darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Sache als „geheim" bezeichnet und nur persönlich für ihn bestimmt sei, fing er an aufmerksam zu lesen. Aber schon bei den Worten, wo von dem Rate Gambettas die Rede ist, brach der Minister in helles und unzweifelhaft ungekünsteltes Lachen aus. Die heitere Stimmung dauerte während der Lektüre des Briefes des Fürsten Münster bis zum Schlusse an; nur bei der Stelle, wo Münster sagt: „Es ist nicht uninteressant, diese im Vertrauen geäußerten Ansichten kennenzulernen," bemerkte der Graf etwas bitter: „mais, est-ce qu'il me prend donc pour un imbécile?"

Nach Beendigung der Lektüre — er las den Erlaß laut vor —, während welcher Graf Murawiew weiter keine Bemerkungen machte, sondern nur einige Male zustimmend mit dem Kopfe nickte, sagte er in unbefangenem und freundschaftlichem Tone, die Sache amüsiere und interessiere ihn im höchsten Grade, und er bitte mich, dem Grafen Bülow angelegentlichst zu danken.

„Ich muß doch rekapitulieren, wo ich überall in Paris gegessen habe," fuhr der Minister dann fort und fing an, seine verschiedenen Diners aufzuzählen. Ein „kleines rein-französisches" Diner habe er überhaupt nicht mitgemacht. Bei Loubet, Delcassé, Deschanel, Montebello, Urussow ** habe er gespeist oder gefrühstückt, aber nie in kleinem Kreise. Bei einer Baronin Stackelberg habe er auch gegessen, dort sei aber der englische Botschafter und noch andere Gäste zugegen

---

* Siehe Nr. 3550.
** Russischer Botschafter in Paris seit Februar 1898, Nachfolger des Baron Mohrenheim.

gewesen, von einem „rein-französischen“ Diner könne auch da nicht die Rede sein. Er vergegenwärtige sich dies alles nur, um irgendeinen Anhalt zu bekommen, von welcher Seite wohl dem Fürsten Münster diese Geschichte habe aufgebunden werden können. (Der Minister sprach fortdauernd deutsch.)

Im Laufe des weiteren Gesprächs fragte er plötzlich: wer hat das vom Grafen Kapnist geschrieben? Graf Bülow oder Fürst Münster? Ich las ihm die Stelle aus dem Erlasse nochmals vor, und nachdem er gesehen, daß die Äußerung vom Grafen Bülow herrühre, sagte er, „es ist allerdings wahr, daß Graf Kapnist in Paris und besonders in royalistischen Kreisen viele Freunde hat. Ich habe, wie natürlich, mehr mit den republikanischen Kreisen Fühlung unterhalten und bin z. B. in den Cercle de l'Union gar nicht gegangen, obgleich ich, der Sitte gemäß, bei meinem Eintreffen in Paris sofort meinen Beitrag gezahlt habe. Die Russen, die zu ihrem Vergnügen nach Paris kommen, verkehren alle mehr oder weniger in diesen royalistischen Kreisen, ‚parce que c'est le monde chic!‘, aber für mich hat dieser Umgang keinen Zweck. Ich muß die Leute sehen, die die Sachen m a c h e n, und die ich brauche. Bei alledem halte ich es für nicht unmöglich, daß die Intrige aus den royalistischen Klubkreisen herstammt.“

Beim Weggehen bat mich Graf Murawiew nochmals, dem Herrn Staatssekretär zu sagen, daß ihn die Sache sehr amüsiert habe. Ich möge dem Grafen Bülow noch besonders danken; er freue sich über die außerordentlich guten und freundschaftlichen Beziehungen, die ihn persönlich mit dem Grafen verbänden. „Grüßen Sie Graf Bülow von mir und legen Sie mich, bitte, auch der Frau Gräfin zu Füßen.“

von Tschirschky

Kapitel LXXXIX

Das Deutsch-Französische Verhältnis 1898—1899

Nr. 3552

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 299 Paris, den 31. Dezember 1897

pp. Viele denkende Staatsmänner, deren Zahl hier sehr wächst, würden am liebsten mit uns eine Verständigung suchen. Die Chauvinisten und Pseudo-Patrioten haben aber noch zu viel Einfluß in der Presse, und das Rachegeschrei für Elsaß-Lothringen ist zwar nicht mehr heftig, ist aber noch nicht so weit verstummt, um der Regierung freie Hand zu lassen.

Es wird aber über kurz oder lang ein Umschwung kommen, den wir dann werden benutzen können [1].

Die russischen Bande lassen sich so leicht nicht lösen; Hanotaux muß oft gegen seine Überzeugung mit gebundener Marschroute marschieren. pp.* Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hoffentlich **

* Es folgen Äußerungen über die französische, stark von der Rücksicht auf Rußland beeinflußte Stellungnahme in der orientalischen Frage. Vgl. dazu Bd. XII, Kap. LXXX und LXXXI.

** Aus dieser und späteren Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. (vgl. Nr. 3561) geht hervor, daß er an der Hoffnung und dem Wunsch einer Verständigung mit Frankreich festhielt. Der gleiche Schluß ergibt sich aus den von Georges Pagès im „Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre" (I, p. 289 ff.) mitgeteilten Berichtsfragmenten des französischen Marineattachés in Berlin Lieutenant de vaisseau Buchard. So heißt es in einem Berichte Buchards aus dem Februar 1899: „Sa Majesté est heureuse de voir l'opinion publique française apprécier mieux les vrais sentiments de l'Allemagne à l'égard de la France et elle espère que bientôt viendra le jour d'une réelle entente." Und in einem Berichte vom 4. Juni 1899: „L'Empereur est très désireux d'établir de bonnes relations avec vous." Offenbar war es auch Marineattaché Buchard, der den Kaiser davon zu überzeugen wußte, daß in der französischen Marine, im Gegensatz zu der Armee, lebhafte Sympathien für Deutschland beständen. Vgl. Nr. 3576, Fußnote ***. Seinerseits hat Kaiser Wilhelm II. jeden Anlaß wahrgenommen, um solche Sympathien zu pflegen. Das starke Interesse des Kaisers für die französische Marine tritt namentlich auch während des französisch-englischen Faschodakonflikts Ende 1898 in den Randbemerkungen zutage. Vgl. z. B. Bd. XIV, Kap. XCIII, Nr. 3926, 3927).

Nr. 3553

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept

Nr. 335 Berlin, den 25. Juni 1898
[abgegangen am 26. Juni]

Seine Majestät der Kaiser und König haben nach Mitteilung des Chefs des Marinekabinetts* aus einem Berichte des Oberkommandos der Marine über den Aufenthalt S. M. S. „Seeadler", Kommandant Kapitän zur See Kindt, in madagassischen Häfen ersehen, daß der Empfang, welcher dem genannten Kriegsschiff im Hafen von Majunga durch die Kommandanten der französischen Kriegsschiffe „Fabert" und „Météore" ebenso wie durch den am Orte residierenden Administrateur en chef Martin und den ältesten Armeeoffizier bereitet worden ist, ein sehr freundlicher war, und haben zu befehlen geruht, daß der französischen Regierung hierfür gedankt werde.

Ew. pp. wollen diesen allerhöchsten Befehl zur Ausführung bringen**.

Bülow

Nr. 3554

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 167 Paris, den 30. Juni 1898

Das Kabinett Méline*** hat 26 Monate bestanden, länger als eines der 36 Ministerien, die seit 1871 Frankreich unter sechs Präsidenten der Republiken regierten.

Méline und Hanotaux hielten das Kabinett, die übrigen Minister waren meist unerfahrene und mehr oder weniger unfähige Statisten,

---

* Admiral Freiherr von Senden.

** Auf die Note, welche Graf Münster in Ausführung des kaiserlichen Befehls an den französischen Minister des Äußern richtete, erwiderte dieser am 4. Juli: „Je suis très reconnaissant à Votre Excellence d'avoir bien voulu se faire l'interprête des sentiments ainsi exprimés par Sa Majesté et je me suis empressé d'aviser de son obligeante communication M. le Ministre de la Marine et M. le Ministre des Colonies."

*** Das Kabinett Méline war am 14. Juni zurückgetreten; es wurde nach schwierigen Verhandlungen am 28. Juni durch das Kabinett Brisson ersetzt, in dem an Hanotaux' Stelle Delcassé das Äußere bekleidete.

wie dies bei der Art, wie Kabinette gebildet werden, nicht anders sein kann.

Die Kraft Mélines lag in seiner Integrität als Charakter wie in seiner großen Geschicklichkeit und Schlagfertigkeit im Parlamente. Seine Spezialität war der Schutzzoll. Die Monarchisten und Klerikalen hatten zu ihm ein gewisses Vertrauen, und faute de mieux unterstützten sie ihn.

Dabei half ihm vor allem die russische Allianz und das Gefühl der Nation, die sich unter dem Schutze des russischen Adlers sicherer fühlte als bisher.

Alles verbraucht sich schnell in diesem unstäten Lande, und so sind Schutzzoll und Rußland nicht mehr ein so sicherer Talisman als bisher gegen innere und äußere Kämpfe.

Die Mode auch in politischen Dingen wechselt in Frankreich schnell.

Der Schutzzoll bereichert manchen auf allgemeine Unkosten, besticht auch die Arbeiterklassen, bis dann schließlich teuere Preise und Niedergang des größeren Handels fühlbar werden.

Das beginnt jetzt.

Der Russenkultus hatte viel Bestechendes; erst glaubten die Franzosen, Rußland werde ihnen im Kriege helfen, und sie würden gemeinschaftlich mit Rußland die Welt regieren, Deutschland besiegen und, wo möglich, vernichten. Nach und nach verschwinden auch diese Illusionen.

Im Innern sind viele Schwierigkeiten entstanden. Verwaltung und Justiz werden schlechter, die Unzufriedenheit in den Provinzen wächst, das Vertrauen zur parlamentarischen Regierung schwindet immer mehr.

Die Monarchisten und Klerikalen haben das Vertrauen zu Méline verloren, sie bereiten sich auf einen Kampf gegen die Republik wieder vor, während auf der andern Seite Radikale und Sozialisten jede Autorität untergraben.

Méline fühlt das mehr, als er es eingestehen will.

Die Nachwehen des Panama-Skandals, Dreyfus* und Zola sind üble Zugaben, die Herr Méline ganz gern seinem Nachfolger überläßt.

Das Kabinett Méline ist nicht durch ein Votum der Kammer gefallen.

Die Kammer ist entschieden schlechter als die vorige. Die Parteien in der Kammer sind aber so uneinig, wie sich das bei den Versuchen, ein homogenes Ministerium zu bilden, gezeigt hat, daß Méline als geschickter und erprobter Parlamentarier sich gewiß noch hätte halten können.

Daß er dazu keine Lust mehr hatte und die Flinte ins Korn warf, ist ganz begreiflich.

---

* Siehe den Anhang.

Er beging zwei parlamentarische Fehler: erstens, daß er die Monarchisten fallen ließ, und zweitens, daß er Brisson bei der Wahl zum Präsidenten bekämpfte.

Als Präsident der Kammer war Brisson trotz seiner Parteilichkeit viel unschädlicher gewesen, als er jetzt sein wird.

Vergeblich suchten der Präsident der Republik und die Kollegen Herrn Méline davon zu überzeugen, daß er doch noch eine Majorität in der Kammer habe, die noch wachsen werde, wenn die Regierung dieser schwankenden Kammer gegenüber Festigkeit zeige.

Méline selbst blieb aber fest bei seinem Entschlusse, er will nicht weiterkämpfen, ist müde, und es hat auch seine Gesundheit gelitten.

Die Parlamentssitzungen sind für die Minister nicht anders als ein Kampf für das ministerielle Dasein. Die gesetzgeberische Tätigkeit ist Nebensache.

So war es bis jetzt und wird noch schlimmer werden.

Unter Méline zeigte sich die Republik in einem anständigen Gewande; es sah aus, als ob sich die inneren Verhältnisse konsolidierten.

Der Kaiserbesuch und die Russen-Allianz* gaben der Regierung nach innen und außen einen Einfluß, den die Republik verloren hatte, und der sehr fähige Minister Hanotaux hat sein Amt im Interesse Frankreichs sehr geschickt geführt, hat manche Erfolge zu verzeichnen und hat entschieden die Weltstellung Frankreichs wieder sehr gehoben.

Rußland hatte dabei den Löwenanteil, und Frankreich wird erst später merken, daß die russischen und französischen Interessen kollidieren können. Auch ist Frankreich durch die sieben Milliarden russischer Werte der bedeutendste Gläubiger Rußlands.

Was aber abkühlend hier wirkt, ist das Verhältnis Rußlands zu uns und die Überzeugung, die immer allgemeiner wird, daß auf Rußlands Hülfe zur Wiedereroberung der verlorenen Provinzen nicht mehr zu rechnen ist[1].

Dabei sind die Russen in letzter Zeit den Franzosen gegenüber anmaßend geworden, und wurde es Herrn Hanotaux oft schwer, seine böse Laune darüber zu verbergen. Er tat deshalb auch öfters so, als ob er gern sein Amt niederlegen möchte. In Wirklichkeit ist er ganz außer sich über die jetzige Krisis, welche nach seiner Ansicht der Präsident und Méline hätten vermeiden können. Er hat mir gegenüber von Anfang an stets behauptet, die Majorität in der Kammer sei auch jetzt noch für ein reorganisiertes Ministerium Méline vorhanden.

Mir sagte Hanotaux, die Versuche mit Progressisten (so nennen sich die gemäßigten Republikaner seit den Wahlen) und Sozialisten würden nicht gelingen. Der Präsident Faure werde dann ein rein radikales Kabinett zu bilden suchen, um die Radikalen abzunutzen

---

* Vgl. Kap. LXXXV, Nr. 3445.

und nachher mit Dupuy eine gemäßigte Regierung wieder erlangen zu können.

Das erste ist geschehen; auf den zweiten Akt wartet Hanotaux, der keinen Botschafterposten annehmen will und eine kleine Villa in Chantilly gemietet hat, um dort in der Bibliothek Aumales seine Studien fortsetzen und sein Buch über Richelieu vollenden zu können.

Den Abgang Hanotaux' bedauere ich sehr [2]. Meine Beziehungen zu ihm waren die besten. Er hatte, trotzdem daß er mit gebundener Marschroute russische Politik treiben mußte, entschieden die Absicht, mit uns gute Beziehungen zu unterhalten [3] und sie zu verbessern. Das Mißtrauen gegen diesen Minister, welches ich in Berlin bemerkte, habe ich, der ihn hier genau kennen und beobachten konnte, für unbegründet gehalten [4].

Dagegen fürchte ich, daß der neue Minister des Äußern Delcassé unser Mißtrauen verdienen wird. Er hat sich literarisch und hinter den Kulissen als Amateur viel mit Politik beschäftigt. Er hat von vornherein für die russische Allianz zu wirken versucht. Sein Traum soll eine russisch-slawisch-österreichische Allianz sein. Er war ein für uns und England unangenehmer Kolonialminister [5] und kennt den auswärtigen Dienst nicht. Ich habe ihn als Kolonialminister gekannt, und gefiel er mir persönlich nicht*.

Über die einzelnen Minister und ihre Vergangenheit berichte ich besonders in Nr. 166.

Heute treten die Minister mit einem Programm vor die Kammer, welches gegen das Programm, auf welches sie gewählt wurden, sehr abgeschwächt ist.

Die Progressisten werden versuchen, das Kabinett sofort zu stürzen [6], denn sie und die Konservativen fürchten, daß die radikalen Minister, falls sie auch nur bis zum Herbst im Amte bleiben, viel Schaden anrichten werden [7].

So wird Brisson gewiß unter den Präfekten radikal aufräumen und Bourgeois als Unterrichtsminister die Schulmeister noch radikaler zu machen suchen, wie sie jetzt schon sind [8].

Es wird in der Kammer ein interessanter Kampf werden, der wahrscheinlich erst morgen zur Entscheidung kommen wird.

---

* In einem weiteren Berichte vom 9. Juli (Nr. 173) bezeichnete Graf Münster Delcassé als den „russischen Kandidaten" für das französische Außenministerium. „Warum Delcassé dort gewünscht wurde, ist mir noch nicht ganz verständlich, da er weder als Literat noch als Parlamentarier eine Rolle gespielt hat und er als Kolonialminister nichts Besonderes leistete. Er hat immer für einen eifrigen Anhänger der russischen Allianz gegolten, und vielleicht ist es Herrn Murawiew lieb, hier einen unbedeutenderen Mann zu haben, als er selbst ist. — Was uns betrifft, so gewinnen wir nichts durch diesen Ministerwechsel, denn die russisch-französischen Beziehungen werden nicht schlechter; im Gegenteil wird anfangs Frankreich gewiß noch von Rußland abhängigere Politik treiben wie bisher." Daß das Mißtrauen Münsters gegen Delcassé nur zu berechtigt war, sollte sich alsbald zeigen. Vgl. Nr. 3558, S. 252, Fußnote.

Sollte das Kabinett diesen Kampf siegreich bestehen, so wird es sich einstweilen halten können, da die Kammer wahrscheinlich am 20. Juli vertagt werden wird.

Darüber, ob das Kabinett siegen wird oder nicht, stehen die Wetten gleich.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Das war vorauszusehen

2 ich absolut nicht! er war für uns der gefährlichste Mann, den Gallien gehabt, da Russland nicht nur sondern England zu ihm Vertrauen hatte

3 solange er die Coalition England, oder Russland nicht gegen uns zusammen hatte!

4 da irrt Graf Münster sich sehr!

5 um so besser! desto eher wird England sich mit uns ohne Frankreich zu verständigen bestrebt sein, als bisher, hinter unserem Rücken mit Frankreich!

6 ist ihnen glänzend mißlungen

7 tant mieux

8 kann uns nur recht sein! Das wird Rußland abstoßen und Pontifexen gründlich ärgern und ängstigen

Nr. 3555

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 316 Paris, den 23. November 1898

Seit dem Mißerfolge Frankreichs in der Faschoda-Angelegenheit* hört man hier viel von einer bevorstehenden Annäherung an Deutschland reden. Wenn ich auch, wie ich mehrfach hervorgehoben habe, solchen Erörterungen durchaus skeptisch gegenüberstehe [1], so glaube ich doch melden zu sollen, was mir in dieser Hinsicht von symptomatischer Bedeutung erscheint.

Als die Absicht Seiner Majestät, die Heimreise aus dem Heiligen Lande zur See zu machen**, bekannt wurde, tauchte hier das Gerücht auf, der Kaiser solle durch ein französisches Geschwader begrüßt werden***. Die bald dementierte Nachricht würde noch vor wenig Wochen unfehlbar einen Entrüstungssturm in der Presse zur Folge gehabt haben; jetzt erregte sie mit Ausnahme des orleanistischen „Soleil“ und der antisemitischen „Libre Parole“ kaum Widerspruch; selbst das Hetzblatt „Patrie“ machte dazu nur die Bemerkung, es wolle eine Demarche wie die angeblich in Aussicht genommene Begrüßung weder tadeln noch billigen.

---

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII.

** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII, Anhang.

*** Vgl. Nr. 3558.

Daß jedoch das Annäherungsbedürfnis in der öffentlichen Meinung nicht standhält, wenn dieselbe glaubt, die französischen Interessen mit den unsrigen in Kollision kommen zu sehen, beweisen die Berichte der Blätter über die Kaiserreise nach Palästina. Viele größere Zeitungen hatten besondere Berichterstatter nach dem Morgenlande geschickt, und diese äußern nun ihren Unmut über die so erfolgreich abgelaufene Unternehmung dadurch, daß sie die alte Litanei von den der Türkei verursachten Kosten aufwärmen oder von dem kühlen Empfang wissen wollen, den unser Kaiserlicher Herr in Beyrut gefunden habe.

Eine rühmliche Ausnahme macht der Korrespondent des „Temps", dessen Berichte ohne Voreingenommenheit geschrieben sind. Ich beehre mich, einen Beleg dafür in dem beifolgenden Ausschnitt aus der Nummer des gedachten Blattes vom 16. d. Mts. vorzulegen *.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Mit Recht

Nr. 3556

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 318 Paris, den 24. November 1898

Mit dem Ende des Jahrhunderts ändert sich die Weltlage so rasch, daß es schwer ist, die Folgen dieses Umschwungs zu ermessen.

---

* Der „Temps" erkannte in dem betreffenden Artikel die von Kaiser Wilhelm II. in Palästina erzielten Erfolge ebenso bereitwillig an wie sein Bestreben, die französische Empfindlichkeit in der Protektoratsfrage (vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII, Anhang) zu schonen. „Il ne faut pas exagérer ce que l'Empereur d'Allemagne vient d'accomplir ici; mais il ne faut pas non plus fermer les yeux. La preuve que Guillaume II savait bien la portée de ce qu'il méditait, c'est que, dès le jour de son arrivée, il dit à notre consul général cette parole significative: ‚J'espère qu'il y a place pour tout le monde ici.' Mais cependant, l'Empereur d'Allemagne, toujours courtois, ne voulait pas que le cadeau d'un terrain aux sujets catholiques de son empire parût une entreprise d'hostilité directe contre le protectorat français. Et c'est pourquoi, hier matin, il a fait dire au consul général de France qu'il serait heureux de le recevoir. Notre consul général (qui ne s'attendait guère à cette invitation, comme on peut penser) s'est rendu au campement impérial. Vous pensez bien que je ne suis pas en mesure de reproduire dans son texte intégral la conversation de l'empereur Guillaume et de notre représentant; mais je ne m'avance pas en disant que, dans cet entretien d'une demi-heure environ, le souverain s'est mis en grands frais de simplicité et de bonne grâce."

Vom allgemeinen Weltfrieden sind wir trotz der guten Absichten des jungen wohlmeinenden Kaisers von Rußland* noch weit entfernt[1].

Neue Faktoren für die europäische Politik sind China, Japan und die Vereinigten Staaten als Kolonialmacht geworden, Spanien dagegen ist als solche verschwunden.

Rußland ist zwar keine Kolonialmacht, sucht aber auf Kosten Chinas den Schwerpunkt seiner asiatischen Macht nach dem fernen Osten vorzuschieben. Dies muß mit England zu Konflikten führen[2].

Japan ist eine Macht geworden, mit der Europa rechnen muß.

In China** ist ein ganz neues Feld der Kolonial- und industriellen Tätigkeit eröffnet, und dort, nicht in Afrika, liegt die Zukunft für den deutschen Handel und Unternehmungsgeist[3].

Die Vereinigten Staaten fühlen das, wollen dort die Hand mit im Spiele haben, geben ihre bisherige traditionelle Politik auf und gehen auch auf Kolonialabenteuer aus.

Durch die Tatkraft ihrer Bevölkerung, durch die großen Mittel und den Rückhalt, den ihnen die reichen, unausgebeuteten Landesstrecken geben, können sie im fernen Asien gefährliche Konkurrenten werden.

Im politischen Sinne ist Amerika für Europa neu entstanden, und müssen wir und auch England sehr damit rechnen.

Der spanisch-amerikanische Krieg*** wird für Europa Folgen haben, die sich noch gar nicht übersehen lassen. Spanien rechnet ohne Seemacht[4], die es so leichtsinnig vernachlässigte und durch einen selbst unvorbereiteten Gegner zerstören ließ, nicht mehr mit[5].

Frankreich fühlt sich nicht so stark, als es zu sein glaubte. Die Besorgnis vor einem Kriege mit England†, das demütigende Gefühl, daß die französische Seemacht der englischen nicht widerstehen kann, die immer allgemeiner werdende Überzeugung, daß auf Rußland nicht zu rechnen, daß es ein falscher Freund ist, und das Gefühl der Isolierung treibt die Franzosen dazu, mit Deutschland Fühlung zu suchen, um, wenn auch nicht gleich eine direkte Allianz, doch bessere Beziehungen zu erreichen.

Ich habe viele Anzeichen dafür, daß dieses Gefühl in allen Klassen der Bevölkerung immer mehr Boden gewinnt.

Furcht vor England[6] treibt die französische Regierung auch dazu, mit Italien Annäherung zu suchen. Die Abmachungen über Tarife und kommerzielle Beziehungen †† rühren mit daher, sonst wäre es nicht so rasch gegangen.

* Vgl. Bd. XV, Kap. C.

** Vgl. Bd. XIV, Kap. XC.

*** Vgl. Bd. XV, Kap. XCVII.

† Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII.

†† Am 21. November 1898 hatten Frankreich und Italien einen Handelsvertrag abgeschlossen.

Ich wäre der letzte, der sich den Franzosen in die Arme werfen und für sie, wie sie es träumen und wünschen, England gegenüber die Kastanien aus dem Feuer holen möchte.

Wir müssen sie aber nicht ganz zurückweisen und können manches tun[7], um diese Stimmung zu benutzen und zu verbessern.

Ein wirklich wirksames, ja, ich möchte sagen notwendiges Mittel dazu wäre die vollständige Aufhebung des für gewisse Kategorien noch bestehenden Paßzwanges für Elsaß-Lothringen*, der fortwährend verletzt und für eine Schikane angesehen wird, die es auch vielfach ist.

Euere Durchlaucht sind von Anfang an immer mit mir der Ansicht gewesen, daß der Paßzwang viel geschadet, wenig genutzt und in den Reichslanden, aber auch namentlich hier in Frankreich Haß und Erbitterung erzeugt hat und erzeugen mußte.

Wollen wir mit den Franzosen gute Nachbarschaft halten, so dürfen wir sie nicht schlechter behandeln als unsere anderen Nachbarn.

Wenn nach 27jähriger Verwaltung der Reichslande wir es nicht wagen können, Franzosen und auch französische Offiziere ungehindert reisen zu lassen[8], so würde das nur beweisen, daß die Reichsverwaltung es nicht verstanden hat, die Untertanen zu versöhnen[9], und sich nur durch gewaltsame Mittel, wie der Paßzwang es ist, gesichert fühlt.

Es wäre ein testimonium paupertatis, welches gewiß weder die Zivil- noch die Militärbehörden verdienen[10].

Werden Offiziere frei hineingelassen, so bin ich fest davon überzeugt, daß sie sehr vorsichtig sein würden[11], denn eine Ausweisung, zu der unsere Behörden unbedingt berechtigt sind, würde ihre Stellung hier ganz verderben.

Gefahr kann überhaupt nicht vorliegen, solange das Recht der Ausweisung besteht und die Polizei ihre Schuldigkeit tut.

Meine Aufgabe ist es, die guten Beziehungen zu erhalten und alles, was sie schädigen kann, ohne uns zu nützen, zu vermeiden.

Deshalb bitte ich dringend darum, der „Ligue des patriotes“ und der Hetzpresse gegen Deutschland diese Waffe aus der Hand zu nehmen.

Der Augenblick dazu ist günstig, und eine solche Maßregel, gerade jetzt, würde dankbar erkannt, viel zur Versöhnung beitragen.

Mit anderen Konzessionen an die Franzosen würde ich dagegen sehr vorsichtig sein.

Münster

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Bin im allgemeinen mit der Idee einverstanden. Was jedoch die Militairs anbetrifft, so müssen dieselben, auch nach Aufhebung des Paßzwangs eine scharfe

---

* Vgl. Kap. LXXXVI, Nr. 3468.

Controlle sich gefallen lassen, da wir zu viel schlechte Erfahrungen mit den Französischen Offiziren gemacht haben. Meldungen bei den Com[mandierenden] Gen[eralen] und Bezirkskommando's würden absolut unerlässlich sein.

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Weiter als je! und e r wird die Schuld tragen

[2] richt[ig]

[3] in Asien überhaupt! und in Südamerika

[4] grade desshalb

[5] richtig

[6] hauptsächlich

[7] ja

[8] ist gänzlich ausgeschloßen ohne sichere Controlle, etwa durch Meldungen bei den Gen[eral] Com[man]do's und Bezirkskommandos!

[9] noch nicht

[10] wir haben nicht Rücksichtslos genug germanisirt; wie umgekehrt seinerseits es einst französirt ward.

[11] die Erfahrungen besagen das Gegentheil

Nr. 3557

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 243 Paris, den 3. Dezember 1898

Geheim

Gestern abend besuchte ich auf seinen Wunsch Herrn Faure. Der Präsident sprach seine Freude über die glückliche Heimkehr Ihrer Majestäten* aus und sagte, es sei auch für ihn bei der jetzigen Weltlage beruhigend, den Kaiser wieder in Berlin zu wissen. Darauf sagte der Präsident, er habe mich gebeten, zu ihm zu kommen, um ganz offen mit mir über den Marquis de Noailles zu sprechen. Es sei die Rede davon, ihn abzuberufen, und sei behauptet worden, daß er in Berlin nicht persona grata sei. Er erklärte, daß er diesen Gerüchten keinen Glauben schenke und mit mir sprechen wolle, da er das Vertrauen zu mir habe, daß ich ihm ganz offen meine Meinung sagen würde. Ich erwiderte, daß das mir um so leichter werde, als ich vor kurzem ermächtigt worden sei zu erklären, daß Marquis de Noailles bei meinem allergnädigsten Herrn persona gratissima sei, dessen Abberufung Seine Majestät den Kaiser und König sehr unangenehm berühren würde**. Der Präsident erwiderte, das genüge, nachdem

---

* Am 26. November 1898 war das Kaiserpaar von seiner Orientreise (vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII) wieder in Potsdam eingetroffen.

** Tatsächlich hatte Kaiser Wilhelm II. zu einem Bericht Graf Münsters vom 8. November 1898, in dem es hieß, daß anläßlich des geplanten Revirements im französischen diplomatischen Dienst angeblich auch Marquis de Noailles aus Berlin abberufen werden solle, am Rande bemerkt: „Das würde ich als eine persönliche Beleidigung auffassen. Ich verehre Noailles und will ihn behalten."

ich das weiß, werde ich nicht leiden, daß an Marquis de Noailles Abberufung gedacht werde. Darauf sprach der Präsident in der schmeichelhaftesten Weise über meine Stellung hier und sagte, die Stimmung Deutschland gegenüber habe sich in letzter Zeit zu seiner Freude sehr gebessert, was mir wohl nicht entgangen sein werde; Unsinn würde es daher sein, irgendetwas zu tun, was in Berlin, namentlich Seine Majestät den Kaiser, unangenehm berühren könnte. Der Präsident, der seinen eigenen Ministern gegenüber immer sehr vorsichtig ist, bat mich, unser Gespräch als ein streng vertrauliches zu behandeln, und darf ich auch meinerseits gehorsamst darum bitten.

Münster

Nr. 3558

*Aufzeichnung des Berliner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung" Arthur von Huhn**

Ausfertigung

Berlin, den 5. Dezember 1898

Vor zwei Jahren trat der von Abstammung dänische, in französische Dienste übergetretene Legationsrat z. D. Hansen durch Vermittlung eines französischen Journalisten mit mir in Verbindung in der ausgesprochenen Absicht, sich mit mir über die Bedingungen zu unterhalten, unter denen eine Annäherung Frankreichs an Deutschland ermöglicht werden könne. Da Hansen zu den in der auswärtigen Politik Frankreichs einflußreichsten Männern gehört, wies ich den Vorschlag nicht zurück, sondern reiste in Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler und dem damaligen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Staatssekretär von Marschall, nach Kopenhagen, wo Hansen sich damals aufhielt. Das Ergebnis unserer Unterredung ist niedergelegt in einem Schriftstück, das sich bei den Akten des Auswärtigen Amtes befindet, ebenso wie eine Antwort, die ich später von Berlin aus an Hansen schickte**.

Die Angelegenheit hatte keine praktischen Folgen, doch blieb Hansen mit mir in Verbindung und drängte ununterbrochen auf eine neue Unterredung, welchem Verlangen gegenüber ich mich dilatorisch verhielt.

Mitte November dieses Jahres führte mich eine Ferienreise nach Paris, wo ich sehr bald mit Hansen zusammentraf. Dieser war außerordentlich erfreut und erklärte, daß er nach wie vor dieselben politischen Ziele verfolge wie in Kopenhagen, d. h. eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich. Der gegenwärtige Augen-

---

* Mit Begleitschreiben vom 5. Dezember dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow überreicht.
** Vgl. Bd. XI, Kap. LXX, Nr. 2842.

blick* sei dazu im höchsten Grade geeignet, und daß das nicht nur seine persönliche Ansicht sei, werde er mir dadurch beweisen, daß er mich in die Lage setze, mit anderen für die auswärtige Politik Frankreichs maßgebenden Männern mich über diese Frage zu unterhalten. Da eine solche Unterredung zum mindesten sehr interessant werden konnte, nahm ich keinen Anstand, der Einladung Hansens zu einem Frühstück zu folgen. Ich hob ausdrücklich hervor, daß ich mich in Paris nur in der Eigenschaft eines einfachen Privatmannes befinde, der keinerlei offizielle oder offiziöse Qualität besitze, andererseits aber sehr wohl in der Lage sei, maßgebende deutsche Persönlichkeiten über meine politischen Erlebnisse in Paris zu unterrichten. In gleicher Weise habe ich mich auch in den nachfolgenden Unterredungen geäußert.

An dem Frühstück, das einige Tage nachher stattfand, nahmen außer Hansen und mir noch teil: Borel, Chef-adjoint, Jullemier, Souschef, beide vom Auswärtigen Ministerium, und der Bevollmächtigte Minister z. D. Valfrey, der bekannte Mitarbeiter des „Figaro" (Whist). Später hatte ich noch Gelegenheit, mich mit dem Kabinettschef des Ministers des Auswärtigen Beau auszusprechen, der wegen einer Magenkrankheit dem Frühstück selbst nicht beiwohnen konnte.

Was während der drei Stunden dauernden Sitzung gesprochen wurde, fasse ich in folgender Weise zusammen:

Es ergab sich bei den französischen Herren eine außerordentlich tiefe Verstimmung über die auswärtige Lage ihres Landes. Das Bündnis mit Rußland habe für Frankreich sehr gute Folgen gehabt, indem es seine internationale Stellung gestärkt habe, auch sei es höchst erwünscht gewesen, indem es eine Art moralischer Rehabilitation bedeute. An diesem Bündnis gedenke Frankreich auf das entschiedenste festzuhalten, aber es sei nicht zu verkennen, daß auch mit Rußland die französische Republik schwere Enttäuschungen und Demütigungen habe erfahren müssen. Der Zweibund sei sehr stark, aber nicht stark genug, um allein seinen Willen durchzusetzen; Zweibund und Dreibund balancierten sich gegenseitig, und in dieser Lage sei es England möglich, unbehindert im Trüben zu fischen und sein Weltreich in einer für alle anderen Nationen gefährlichen Weise zu festigen und auszudehnen. Die Vorbedingung dieser englischen Präponderanz sei der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich, und diese Erwägung ließe es als Pflicht erscheinen, geschehene Dinge zu vergessen und die Politik der sentiments durch eine den wirklichen Interessen entsprechende neue Politik abzulösen. An dieser Politik hätten beide Staaten ein gleiches Interesse, und es sei nötig, daß wohlgesinnte Leute aus beiden Lagern sich zusammentäten, um die Annäherung vorzubereiten und die Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich ihr entgegenstellten. In Frankreich beginne die Revanche-

* Es war die Zeit des Faschodakonflikts. Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII.

idee zu verblassen, und es wachse ein neues Geschlecht heran, für das der Krieg nur mehr historisches Interesse habe, und deren Aspirationen auf ganz anderen Gebieten lägen. Die französische Regierung sei durchaus von der Nützlichkeit und Notwendigkeit einer Annäherung durchdrungen, und wenn man in Deutschland gleiche Gefühle hegte, so schiene die Sache ausführbar. Praktisch könne Frankreich zunächst seinen guten Willen in der Kolonialpolitik betätigen, denn es habe soviel und mehr Kolonien, als es brauchen könne. Jede koloniale Ausdehnung Deutschlands, insbesondere in China, könne und müsse von Frankreich begünstigt werden, schon von dem Standpunkte aus, daß von Deutschland erworbene Kolonien nicht mehr den Engländern in die Hände fallen könnten. Man habe in Frankreich einen unverzeihlichen Fehler begangen: Nachdem Frankreich, Rußland und Deutschland während des japanisch-chinesischen Krieges zusammengestanden hätten*, hätte es Frankreichs Aufgabe sein müssen, Deutschland sofort einen ansehnlichen Teil der Beute zu sichern, einmal um einem Rivalen Englands festen Fuß in China zu verschaffen, sodann aber, um das Vertrauen Deutschlands in die Zuverlässigkeit Frankreichs zu stärken. Gérard** habe damals eine andere Politik durchgesetzt, aber man empfinde heute den Fehler, den man damals begangen, auf das schmerzlichste. Nun habe Deutschland selbst eine chinesische Kolonie in Besitz genommen, ohne daß es dafür Frankreich den geringsten Dank schuldig zu sein brauche.

Hier muß ich einen Zwischenfall einschieben: Es war von der Orientreise Seiner Majestät die Rede und vom Anlaufen fremder Häfen auf der Heimreise. Man sprach den Wunsch aus, Seine Majestät möge auch einen französischen Hafen anlaufen***, und dieser Wunsch verdichtete sich dann zu dem Antrage, ich solle an den Herrn Staatssekretär von Bülow nach Malta vertraulich telegraphieren, wie Seine Majestät sich zu einer französischen Einladung stellen würde. Ich erklärte darauf, daß ich keinen Chiffre hätte, daß ich aber auch, wenn ich einen hätte, dem französischen Wunsche nicht entsprechen würde, weil mir eine solche Art der Vermittlung nicht angemessen erschiene. Die Franzosen sollten sich doch an ihren Botschafter in Berlin wenden und das deutsche Auswärtige Amt durch ihn sondieren lassen. Hierüber wollten die französischen Herren mit Delcassé sprechen, doch wurde die ganze Sache dadurch hinfällig, daß inzwischen das Telegramm einlief, nach dem die Rückreise von Malta aus über Pola angetreten werden sollte. Die Franzosen bedauerten sehr, daß sich dieser Besuch nicht ermöglichen ließ; sie sagten, Seine Majestät würde in glanzvollster Weise aufgenommen worden

---

* Vgl. Bd. IX, Kap. LVII.
** Französischer Gesandter in China.
*** Vgl. Nr. 3555.

sein, und man würde alle verfügbaren Schiffe zusammengestellt haben, um dem Kaiser in die Biscaya entgegenzufahren. Ich machte hier den Einwurf, daß sie wohl für den guten Empfang durch die Flotte und allenfalls auch durch die lokale Bevölkerung bürgen könnten; die Sache würde aber sehr bedenklich werden, wenn Déroulède unter Führung von Guérin* eine Bande von einigen hundert Mann nach dem Hafenplatze schickte mit dem Auftrage, eine lärmende Demonstration zu veranstalten. „Ces hommes", so lautete die Antwort, „pourront parfaitement partir de Paris, mais ils n'arriveront jamais à destination. Ça, c'est notre affaire et nous nous en chargeons."

Während der ganzen Unterredung sprachen die Franzosen in einem leidenschaftlich gereizten Tone von England, dem man nie verzeihen werde, daß es den Zwischenfall von Faschoda in so rücksichtsloser und brutaler Weise ausgebeutet habe**. Mit gewolltester Absichtlichkeit habe England den Rückzug der Franzosen zu einem demütigenden und erniedrigenden gestaltet und durch offene Beleidigungen das ertrotzt, was man sowieso auf gütlichem Wege zu geben entschlossen war, nachdem einmal durch den Sieg des Sirdars Kitchener*** die Lage in Faschoda für Frankreich unhaltbar geworden sei. Man habe sich an Rußland gewendet und angefragt, ob Rußland aus Faschoda einen casus foederis und casus belli machen wolle. Darauf sei Graf Murawiew nach Paris gekommen und habe zusagend geantwortet, jedoch hinzugefügt, daß der herannahende Winter es den Russen unmöglich mache, vor vier bis fünf Monaten ein zur Eroberung Indiens hinreichendes Heer an die indische Grenze zu werfen. Unter diesen Umständen müsse er raten, eine bessere Gelegenheit abzuwarten als die, die sich jetzt biete.

Ganz ungemein überrascht war ich, daß die Herren mit rückhaltsloser Bestimmtheit ihre Überzeugung dahin aussprachen, England wolle den Krieg und werde jeden Anlaß ergreifen, um ihn zu erklären. Englands Plan ziele an auf Vernichtung der französischen Marine. Sei dies erreicht, so habe England auf 25 Jahre hinaus die unbedingte Vorherrschaft zur See gesichert und brauche keine wie immer geartete Koalition zu fürchten. Leider müsse man sagen, daß es keine leere Drohung sei, wenn England erkläre, es könne in zwei Wochen die ganze französische Marine versenken. Es könne es, und man sei überzeugt, daß es es wolle. Man besorge sogar einen Überfall mit halber oder gar keiner Kriegserklärung. Deshalb gäbe man jetzt in allem nach, um England auch nicht den mindesten Anlaß zu bieten, den geplanten Überfall und

---

* Führer der Antisemiten in Paris.
** Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII.
*** Am 3. September 1898, bald nach der Ankunft des französischen Majors Marchand in Faschoda, hatte General Kitchener den entscheidenden Sieg über den Kalifen bei Omdurman erfochten.

die Vernichtung der französischen Flotte auszuführen, die, so sonderbar es klinge, durchaus nicht den deutschen Interessen entsprechen würde.

Erwähnt wurden noch die Delagoa-* und die Protektoratsfrage**. Bezüglich der letzteren gaben die Herrn alle und jede Ansprüche Frankreichs auf. C'est fini, fini, fini. Auch in der Frage der portugiesischen Besitzungen erklärten sie, daß sie sich den deutsch-englischen Abmachungen in keiner Weise widersetzen würden, nachdem ihnen von russischer Seite die beruhigendsten Erklärungen zugegangen seien. Die Russen hätten ihnen mitgeteilt, es seien ihnen in Berlin die bündigsten Versicherungen gegeben worden, dies Abkommen erstrecke sich in keiner Weise auf Ägypten oder China und beeinflusse in nichts die allgemeine deutsche Politik. Unter diesen Umständen hätten sie keinen Anlaß, sich weiter darum zu kümmern.

Meinerseits habe ich mich immer nur in dem Sinne ausgesprochen, daß es in Deutschland keine Kriegspartei gäbe, ja daß mir überhaupt kein Mensch bekannt sei, der sich mit Angriffsplänen gegen Frankreich trage. Wie das ganze Volk so würde auch zweifelsohne die Kaiserliche Regierung ein Aufgeben der Revanchepolitik mit hoher Genugtuung begrüßen, und wenn diese Schwenkung sich in freundlichen Handlungen der französischen Regierung und in einem freundlichen Tone der französischen Presse äußerte, so würde das meines Erachtens naturgemäß auch in Deutschland ein entsprechendes Echo finden. Nur müsse man davon überzeugt sein, daß in Deutschland das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit Frankreichs heute noch recht gering sei, und daß dem nicht durch Worte, sondern nur durch Taten abgeholfen werden könne. Ganz und gar aber solle man auf die Hoffnung verzichten, daß etwa Deutschland die Kastanien für Frankreich aus dem Feuer holen werde. Wenn man sich mit solchen Absichten trage, dann solle man die ganze Geschichte lieber gleich aufgeben. Dann wäre es schade um jedes gesprochene Wort. Gegen die Annahme einer mangelnden bona fides protestierten die französischen Herren auf das eifrigste, gaben aber zu, daß die allgemeine Lage uns berechtige, nur mit äußerster Vorsicht vorzugehen.

Am Abend des auf diese Unterredung folgenden Tages wollte ich abreisen. Vorher erhielt ich aber eine briefliche Benachrichtigung von Hansen, derzufolge der Minister des Auswärtigen Delcassé mich dringend bitten lasse, meine Abreise zu verschieben, da er mich am zweiten Tage empfangen wolle. Diesem Wunsche habe ich entsprochen und eine mehr als einstündige Unterredung mit Delcassé gehabt, aus welcher folgendes hervorging:

---

* Gemeint ist das deutsch-englische Abkommen über die portugiesischen Kolonien vom 30. August 1898. Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII.

** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII, Anhang.

Herr Delcassé empfing mich sehr freundlich und sagte, daß er durch Herrn Borel von unserer Frühstücksunterhaltung erfahren habe. Zuerst war er etwas zurückhaltend, ging dann aber mehr aus sich heraus. Er bestätigte offen, was mir die anderen Herren über die prekäre Lage der auswärtigen Politik Frankreichs gesagt hatten, und wandte sich mit anscheinend tiefgehender Empörung gegen die Behandlung, die England in der Faschodafrage habe Frankreich angedeihen lassen. England habe gewußt, daß Frankreich in dieser Frage nachgeben werde, es habe alles getan, um dieses Nachgeben so demütigend wie möglich zu gestalten. Wenn die Engländer etwas wollten, dessen Bewilligung von vornherein außer Zweifel sei, so verlangten sie es doch unter brutalen, der Öffentlichkeit übergebenen Drohungen, nur um Frankreich den Rückzug zu erschweren. Frankreich habe Faschoda schon aufgegeben, und jetzt würde es aus dem Bahr-el-Gazal hinausgeworfen werden. „Ils me font avaler un crapaud par jour et ça ne finit pas et ne finira jamais.“ Delcassé schloß hieraus auf die ernste Absicht Englands, Frankreich in einen Krieg zu stürzen, und wiederholte, was mir die anderen schon über die drohende Vernichtung der französischen Flotte gesagt hatten. Die Annäherung an Deutschland bezeichnete er als ein mit allen Mitteln anzustrebendes Ziel, das das Fortbestehen des bisherigen Verhältnisses zu Rußland nicht ausschließe. Im Gegenteil. Das Wort „alliance“ sprach er nicht aus, wohl aber sagte er, daß beide Staaten eine gemeinsame Politik verfolgen müßten gegenüber den englischen Übergriffen. Durch gegenseitiges freundliches Entgegenkommen müsse es gelingen, den Graben zu überbrücken, der heute noch die beiden Länder trenne. Ein praktisches Mittel biete sich hier in der Kolonialpolitik. Frankreich sei gesättigt, übersättigt und bereit, Deutschlands koloniale Aspirationen überall zu unterstützen, insbesondere in China und in allen Fragen, die auf Schaffung gesicherter Stützpunkte für den Seeweg nach Ostasien abzielen sollten. In allen diesen Dingen müsse Frankreich Deutschland entgegenkommen — il faut refaire la politique suivie depuis 16 ans *. Ich entgegnete

* Dabei war es gerade Delcassé gewesen, der im Juni 1898 in dem Moment, wo er die Zügel der auswärtigen französischen Politik in die Hand genommen hatte, eine anläßlich der Frage der Verpfändung der portugiesischen Kolonien von der deutschen Regierung durch Graf Münster in aller Form eingeleitete Sondierung, „ob ein praktisches Zusammenwirken von Deutschland und Frankreich in allen vorkommenden Einzelfragen, gleichviel welchen, prinzipiell ausgeschlossen sei“, glatt zu Boden fallen ließ. Das Nähere darüber siehe in Bd. XIV, Kap. XCII, Nr. 3813 und Nr. 3814, nebst Fußnote **. Vgl. ferner die Delcassé schwer kompromittierenden Angaben seines Amtsvorgängers Hanotaux in dessen Aufsatz „Quatre ans de politique extérieure“ in der Zeitschrift „Revue Politique et Parlementaire“, XXXIV p. 10 und Heinrich Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914, Bd. I, S. 218. Im „Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre“ I, p. 286 sucht Georges

dem Minister, daß, selbst wenn man die Bereitwilligkeit Deutschlands, den vorgeschlagenen Weg zu beschreiten, voraussetze, dem doch sehr ernste Bedenken entgegenständen. Erstens habe man es mit dem immer mächtigen Chauvinismus zu tun, der die besten Absichten der Regierung zuschanden machen könne; zweitens aber könne ein französisches Ministerium immer nur für sich selbst einstehen und nicht für seinen Nachfolger; drittens endlich sei es mir aber durchaus zweifelhaft, ob sich ein französisches Ministerium finden werde, das genug Mut besitze, um vor die Kammer zu treten und dieser offen zu erklären, daß es mit Deutschland tiefeingreifende Abmachungen getroffen habe. Darauf antwortete Delcassé:

Die Revanche-Idee habe in den letzten Jahren sehr viel Anhänger verloren, namentlich, weil die Jugend nicht mehr auf diesem Ohr hören wolle. Die Annahme, daß ein französisches Ministerium nur für sich und nicht auch für seinen Nachfolger einstehen könne, sei theoretisch richtig, praktisch aber habe sich immer gezeigt, daß jedes Ministerium die von dem Vorgänger eingegangenen Verpflichtungen auf auswärtigem Gebiet geachtet und erfüllt habe. Im übrigen sei es ja nicht ausgeschlossen, daß bei Abmachungen zwischen Deutschland und Frankreich Rußland als Garant auftreten und dadurch den französischen Verpflichtungen noch größeres Gewicht geben könne. Diese Garantiefrage streifte Delcassé mehr, und sie sah mir aus wie ein Fühler. Sehr lebhaft antwortete er auf den letzten Einwurf: Er sähe keinen Grund, weshalb heute ein französischer Minister nicht ohne weiteres ein Abkommen mit Deutschland vor der Kammer zugestehen solle: J'y irai, demain, si vous voulez!

Bezüglich der Protektoratsfrage erklärte Delcassé, daß sie für ihn nicht mehr existiere. Sie sei an sich ganz wertlos und vollends nicht wert, sich ihretwegen mit Deutschland zu überwerfen. Er werde sich in Zukunft auch nicht im entferntesten mehr mit deutschen Untertanen beschäftigen.

Auch über den sogenannten Delagoavertrag wurde gesprochen, und auch in bezug auf ihn erklärte der Minister, daß er sich in ihn in keiner Weise einzumischen gedenke.

Pagès die Unterlassung von Delcassé, die angesichts seiner Auslassungen gegenüber dem Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung" von Huhn doppelt auffällig wird, damit zu rechtfertigen, daß die deutsche Eröffnung vom 19. Juni zu vag gewesen sei und noch keine „proposition formelle" enthalten habe. Das war aber doch kein Grund, eine amtliche deutsche Eröffnung völlig zu ignorieren. Die deutsche Regierung hat jedenfalls aus dieser Ignorierung ihre Schlüsse gezogen und den späteren, noch dazu ganz unoffiziellen Äußerungen Delcassés gegenüber von Huhn keine Beachtung geschenkt, auch gegenüber russischen Versuchen, eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen (vgl. Kap. LXXXVIII, Nr. 3526) den äußersten Skeptizismus bekundet.

Zum Schluß sagte der Minister, daß auch der Botschafter Graf Münster ihm gegenüber vor kurzem zugegeben habe, daß augenblicklich ein erhebliches Nachlassen der chauvinistischen Richtung zu bemerken sei, und er verband damit den Wunsch, man möge in Deutschland überzeugt sein, daß es ihm und einer großen Mehrheit unter den Franzosen Ernst sei mit dem Bestreben nach einer Annäherung an Deutschland.

v. Huhn

Nr. 3559

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen von Pourtalès

Eigenhändig

Berlin, den 6. Dezember 1898

Erhaltenem Auftrage gemäß habe ich die vom Botschafter Grafen Münster neuerdings wieder angeregte Frage einer Aufhebung der Paßvorschriften für die Reichslande* besprochen. Der Herr Chef des Generalstabes** äußerte, er lege auf die Paßvorschriften an sich keinen Wert, da die französische Spionage in Elsaß-Lothringen durch diese Vorschriften doch nicht verhindert werden könne. Von diesem Gesichtspunkte aus würde er daher gegen eine Aufhebung des Paßzwanges keine Bedenken haben. Der einzige Wert, den die Maßregel in seinen Augen habe, sei der, daß sie in gewissem Maße eine Repressalie bilde gegen die unerhörten Bestimmungen des französischen Spionagegesetzes, die eine derartig willkürliche Auslegung zuließen, daß einem deutschen Offizier, der mit den harmlosesten Absichten, z. B. zur Erlernung der Sprache, nach Frankreich zu gehen wünsche, der Aufenthalt in diesem Lande tatsächlich unmöglich gemacht werde.

Pourtalès

Nr. 3560

*Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe****

Ausfertigung

Nr. 343 — Paris, den 18. Dezember 1898

pp. Die Überzeugung, daß Frankreich, in einem Kriege mit England zur See geschlagen, die Kolonien verlieren[1] und Spaniens Schicksal teilen könnte, treibt die öffentliche Meinung zu uns herüber.

---

* Vgl. Nr. 3556.
** Graf von Schlieffen.
*** Der größere Teil des Berichts, der die innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs behandelt, ist im Anhang dieses Kapitels (Nr. 3618) abgedruckt.

Furcht vor uns hatte die russische Allianz veranlaßt; die Überzeugung, daß dieser Stab, auf den sich Frankreich stützen wollte, im entscheidenden Moment nicht halten und brechen würde, wird immer allgemeiner.

Das alles hat dahin geführt, daß viele Franzosen von einer „Alliance avec l'Allemagne" träumen, ohne es sich ganz klarzumachen, wie sie sich dieselbe denken.

Elsaß-Lothringen liegt ihnen nicht so am Herzen, wie sie es sagen, sie haben aber über die Möglichkeit einer friedlichen Rückgabe ganz merkwürdig unpraktische Ideen, wie die der Neutralisierung.

Wenn auch wir von einer wirklichen Allianz mit Frankreich weit entfernt sind, so dürfen wir diese bessere Stimmung nicht unterschätzen. Die besseren Beziehungen mit dem bis jetzt so feindlichen Nachbar können uns nur nutzen. pp.* Münster

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 3561

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 46 Paris, den 4. Februar 1899

Die Intrigen der Militärpartei, der Monarchisten, der Nationalisten und der Antisemiten haben es erreicht, daß die Dreyfusfrage** nicht, wie man hoffte, Rechtsfrage bleibt, sondern wieder politische Machtfrage wird. Alle Gemüter sind von neuem in Aufregung, die zu einer Krisis führen müßte, wenn hier noch einiges Rechtsgefühl existierte.

Das Charakteristische der jetzigen Situation ist allgemeine Erschlaffung und Furcht.

Das Land fühlt sich durch England bedroht und wird auf jede Weise nachgeben, um den Frieden, wenn er auch nicht ehrenhaft sein sollte[1], zu erhalten.

Die Republik fühlt sich auch nicht mehr sicher. Daher tun die Republikaner alles, um am Ruder zu bleiben, eine Krisis zu vermeiden, und begehen Handlungen, die sie selbst nicht für ehrenhaft halten[2].

---

* Ähnlich hieß es in einem Bericht Graf Münsters vom 29. Dezember 1898 (abgedruckt in Bd. XIV, Kap. XCIII, Nr. 3926): „Die Idee einer Annäherung an Deutschland wird immer allgemeiner, hat sozial einigen Wert, politisch keinen, solange dabei noch von Elsaß-Lothringen die Rede ist. — Kommen mir Franzosen damit, so sage ich ihnen: ‚Machen Sie sich keine Illusionen darüber, Sie haben Elsaß 200 Jahre besessen, mindestens so lange lassen Sie es uns, und lassen Sie uns solange in Frieden leben.' — Dafür, daß das Stichwort ‚Alsace-Lorraine' nicht mehr die Wirkung hat und sie immer mehr verliert, gibt es schon viele Anzeichen."

** Siehe den Anhang dieses Kapitels.

Ich glaube daher noch nicht recht an eine Krisis und glaube, daß die Republik noch tiefer sinken muß, bevor etwas anderes an die Stelle treten kann.

Der Bonapartismus arbeitet zwar sehr und disponiert über sehr bedeutende Geldmittel. Einen Halt in der Armee und den unteren Volksklassen haben die Bonapartisten noch nicht.

Während oder nach einem Kriege wäre das möglich, bis dahin sehe ich aber noch nicht die Öffnung, durch die sie eindringen und den ersten Angriff wagen könnten.

Was die äußere Politik betrifft, so ist das allgemeine Feldgeschrei „Annäherung an Deutschland"[3].

Das Gefühl der Isolierung, Furcht vor England, Mißtrauen gegen Rußland sind dazu die Triebfedern.

Darauf gebe ich nichts, solange Elsaß-Lothringen nicht ganz aufgegeben wird[4]. Das kann kommen[5], ist aber noch nicht der Fall.

Die äußeren Beziehungen sind gut, die Deutschen in Frankreich werden besser behandelt; mir macht man geradezu den Hof, das benutze ich, sonst läßt es mich kalt.

Der Präsident Felix Faure ließ mich bitten, ihn zu besuchen, sprach viel und mit der größten Anerkennung über unsern gnädigsten Herrn und ließ durchblicken, daß es sein sehnlichster Wunsch sein würde, Seiner Majestät zu begegnen.

Er fragte mich wiederholt, ob der Kaiser nicht im Frühjahr Italien und dann vielleicht auch die Kaiserin Friedrich* aufsuchen werde.

Über die politische Lage schien der Präsident beruhigter zu sein als vor meiner Reise nach Berlin.

Daß Ihre Majestät die Königin von England wirklich ihre Reise nach Nizza am 7. März antreten will, erfreut den Präsidenten ganz besonders. Er sieht darin die beste Garantie für den Frieden[4]**.

Die Vorbereitungen und Verschiebungen der Truppen zum Schutz der Küsten dauern aber noch fort. Münster

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Oh pauvre France

2 !

3 so tief also ist Frankreich schon gesunken!

4 richtig

5 wenn das je käme! dann wäre es ein großer Moment den der Himmel nur herbeiführen könnte. Aber dann „Wehe denen die uns Feind sind".

---

* Sie weilte damals in Bordighera.

** Ähnlich hatte sich Präsident Faure schon am 9. Januar zu Graf Münster geäußert. Mit besonderer Wärme hatte er dabei der Haltung Deutschlands gedacht: „Besonders beruhige ihn die friedliche Haltung Deutschlands, und es könne mir nicht entgangen sein, wie sehr die Stimmung für Deutschland immer besser und die Wünsche für eine Annäherung an Deutschland immer allgemeiner werden. — Er, der Präsident, sei ein aufrichtiger Freund Deutschlands und, wie eine große Zahl der Franzosen, ein aufrichtiger Bewunderer

Nr. 3562

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 51 Berlin, den 9. Februar 1899
[abgegangen am 3. März]

Die von Ew. pp. mit dem gefälligen Berichte vom 24. November v. Js. (Nr. 318)* angeregte Aufhebung der in Elsaß-Lothringen noch bestehenden Paßvorschriften würde in erster Linie militärische Interessen berühren. Ich habe daher zunächst durch Vermittlung des Königlich Preußischen Kriegsministers die Ansichten der beteiligten obersten militärischen Befehlshaber eingeholt.

Die mir darauf zugegangenen Gutachten der Kommandierenden Generale des 14., 15. und 16. Armeekorps sprechen sich übereinstimmend gegen die Aufhebung des Paßzwangs aus, indem sie dabei mehr noch als die Gefahr direkter Spionage den Umstand betonen, daß durch das unbeschränkte Verweilen französischer Offiziere in den Reichslanden die dort noch immer vorhandene Neigung zu Frankreich von neuem Anregung und Aufmunterung erhalten würde. Hiermit übereinstimmend hat sich auch der Königlich Preußische Kriegsminister** dahin ausgesprochen, daß er es im Interesse der Landesverteidigung für unerwünscht halten müsse, einer augenblicklich weniger feindlichen Haltung einzelner französischer Volkskreise zuliebe auf dasjenige Mittel zu verzichten, welches zur allmählichen Verminderung des französischen Einflusses auf die reichsländische Bevölkerung vorzüglich geeignet erscheint.

Mit dieser Auffassung der militärischen Stellen hat Seine Majestät der Kaiser und König allerhöchstsein Einverständnis auszusprechen geruht.

Eine andre Frage würde sein, ob vielleicht die jetzt bestehende doppelte Meldepflicht, worauf sich der gefällige Bericht vom 17. Oktober v. Js. (J. Nr. 4535) bezog, ohne Schaden beseitigt werden kann. Hierüber bin ich mit dem Kaiserlichen Herrn Statthalter in Straßburg*** in Benehmen getreten, und behalte ich mir weiteres bis nach Abschluß der bezüglichen Erörterungen vor.

Die Anlagen des Berichts vom 17. Oktober v. Js. erfolgen anbei zurück.

Bülow

---

des Deutschen Kaisers.“ Bericht Graf Münsters Nr. 11 vom 10. Januar, abgedruckt in Bd. XIV, Kap. XCIII, Nr. 3928.

* Siehe Nr. 3556.

** von Goßler.

*** Hermann Fürst zu Hohenlohe-Langenburg.

Nr. 3563

Der Konsulatsverweser in Algier Goetsch an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

J. Nr. 99 Algier, den 10. Februar 1899

Ich hatte bereits unter dem 7. d. Mts. die Ehre, kurz zu melden, daß der Aufenthalt S. M. Schiffe „Charlotte“ und „Stosch“ in den algerischen Gewässern ohne jeden Zwischenfall verlaufen ist.

Da es das erstemal ist, daß die deutsche Kriegsflagge in den Häfen von Oran und Algier gezeigt worden ist, so glaube ich auf den Besuch der beiden Kriegsschiffe ausführlich zurückkommen zu sollen.

Ich war bereits am 27. v. Mts. im Auftrage Euerer Durchlaucht nach Oran gereist, um in diesem Hafen die zum Empfange der Schiffe erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Von dem dortigen österreich-ungarischen Vizekonsul Neßler, der von dem hiesigen österreich-ungarischen Generalkonsul Grafen Crenneville mit Weisung versehen war, wurde mir über die lokalen Verhältnisse, insoweit diese für die Kriegsschiffe von Interesse waren, bereitwilligst Auskunft erteilt, und auch auf der Divisionskommandantur sowie auf der Präfektur, woselbst ich bald nach meiner Ankunft Besuche abstattete, wurde ich zuvorkommend empfangen. Der den Divisionskommandeur de Ganay vertretende General Oudry, Kommandeur der beiden Regimenter der Fremdenlegion in Mascara, sprach mir seine Freude über den bevorstehenden Besuch der beiden Kriegsschiffe aus und erklärte sich bereit, mir mit Auskünften oder auch sonst in jeder Weise behülflich zu sein.

Der Präfekt, den ich persönlich nicht angetroffen, schickte mir am nächsten Morgen ganz zeitig einen seiner Beamten in mein Hotel, um seine Dienste mir und den beiden Schiffen zur Verfügung zu stellen.

Am Morgen des 30. Januars liefen die beiden Kriegsschiffe in tadellosester Verfassung in den Hafen von Oran ein, welchem Schauspiel eine ungeheure Menschenmenge beiwohnte. Sobald die Schiffe festgelegt waren, begab ich mich an Bord, um den beiden Kommandanten Herrn Kapitän zur See Vüllers und Herrn Fregattenkapitän Ehrlich den offiziellen Besuch zu machen und meine Dienste anzubieten.

Bereits am Nachmittag desselben Tages wurden auf der Kommandantur, der Präfektur und der Mairie unter meiner Begleitung die offiziellen Besuche abgestattet, deren Zeit ich auf Wunsch der Herrn Kommandanten vorher vereinbart hatte. Der Empfang war überall ein durchaus zuvorkommender. General Oudry, umgeben von seinem Stabe, hieß die beiden Schiffe in den französischen Gewässern

willkommen und stellte nochmals seine Dienste zur Verfügung. Bei der daran sich anschließenden Unterhaltung wurde auch die Frage der Beurlaubung der Mannschaften an Land besprochen. General Oudry äußerte hiergegen keine Bedenken und bat nur, daß die Mannschaften sich nicht einzeln, sondern in kleineren Trupps in der Stadt zeigen und womöglich bei Einbruch der Dunkelheit wieder an Bord sein möchten, „parceque la population nous échappe quelquefois“. Die Erfüllung dieses Wunsches wurde zugesagt, und General Oudry erbot sich daraufhin sogar, unseren Marinemannschaften französische Seeleute als Führer oder Begleiter mitzugeben, ein Anerbieten, das von den beiden Herren Kommandanten mit Dank abgelehnt wurde.

Die Bevölkerung von Oran, überhaupt ruhiger und arbeitsamer als z. B. die der Stadt Algier, verhielt sich dem Besuche der Mannschaften an Land gegenüber durchaus taktvoll. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen, was allerdings in erster Linie wohl auf die strenge Disziplin und das über alles Lob erhabene Benehmen unserer Seeleute an Land zurückzuführen ist.

Hierbei möchte ich folgende Episode einschieben. Ein Polizeibeamter der Präfektur, dem ich auf seinen Wunsch Nachricht hatte zugehen lassen, sobald Mannschaften an Land beurlaubt wurden, teilte mir, als ich ihn zufällig in einem Restaurant traf, mit, daß er von der Regierung im Hinblick auf die Ankunft der beiden Schiffe beauftragt worden sei, die Stimmung der Bevölkerung zu sondieren. Er habe seine Berichte soeben fertiggestellt und freue sich, mir mitteilen zu können, daß er gemeldet habe, die Stimmung sei eine durchaus ruhige und normale, sodaß der Beurlaubung der Mannschaften an Land nichts im Wege stände. Hätte es sich, so fügte er hinzu, um englische Kriegsschiffe gehandelt, so hätte sein Urteil anders gelautet.

Am 31. Januar wurden die offiziellen Besuche erwidert, und es entspann sich demnächst auch ein Verkehr zwischen unseren und den in Oran garnisonierenden Seeoffizieren, allerdings fast ausschließlich in Zivil. Wie mir mitgeteilt wurde, hatten zunächst einige französische Offiziere an Bord in Uniform Besuch gemacht, demnächst aber, augenscheinlich auf höhere Weisung, bitten lassen, es möchte der eventuelle Gegenbesuch in Zivil stattfinden. Es ist dies immerhin in gewisser Hinsicht bezeichnend. Unsere Seeleute habe ich dagegen an Land in Uniform vielfach mit französischen Seeleuten und Soldaten verkehren sehen. Offizielle Festlichkeiten zu Ehren der Anwesenheit unserer Schiffe wurden von den Behörden in Oran nicht veranstaltet; dagegen halte ich mich für verpflichtet, hier hervorzuheben, daß ich während meiner Anwesenheit in Oran von den Kommandanten der beiden Schiffe auf das gastfreundschaftlichste und zuvorkommendste aufgenommen worden bin.

Die „Charlotte“ und die „Stosch“ segelten am 2. d. Mts. früh nach Algier ab. Auf wiederholte Einladung ihres Kommandanten habe ich

nicht gezögert, die Rückreise nach Algier auf der „Charlotte" zu machen, und ich hatte auch hier wieder Gelegenheit, die Gastfreundschaft der Kaiserlichen Marine, insbesondere auch der Offiziersmesse, kennenzulernen.

Die beiden Schiffe trafen am 3. d. Mts. nachmittags nach etwas stürmischer Überfahrt in Algier ein. Ich hatte von Oran aus die Regelung der Besuchszeiten auf Wunsch der Herren Kommandanten in die Hand genommen, so daß auch die offiziellen Besuche in Algier (bei dem Konteradmiral Servan, dem Generalgouverneur, dem Vertreter des zurzeit abwesenden Kommandierenden Generals des 19. Armeekorps — hier war eine Ehrenwache aufgestellt —, bei dem Präfekten und dem Maire) sich programmäßig abspielen konnten.

Auch bei diesen Behörden war der Empfang ein durchaus zuvorkommender und höflicher, und die Besuche wurden alsbald an Bord der Schiffe erwidert.

Der Landbesuch unserer Seeleute in Algier wurde seitens der Herren Kommandanten, zum Teil nach Rücksprache mit den maßgebenden Stellen, in dankenswerter Weise auf die Tageszeiten des 4. und den Morgen des 5. Februar beschränkt.

Am 5. nachmittags hatte nämlich Algier, wie vorauszusehen war, wieder einmal seine Trubel, und zwar anläßlich der Ankunft der berüchtigten antisemitischen Führer und Hetzredner Regis und Rochefort, die mittelst Dampfers von Marseille kommend an jenem Tage hier anlangten. Von den Behörden war ausdrücklich gebeten worden, von der Erteilung des Landurlaubes am Nachmittag des 5. Februar abzusehen.

Der Generalgouverneur ging gegen diese Trubel energisch vor, und der Tag brachte der Stadt die Absetzung ihres „Maire", der noch am Tage vorher als eine der letzten seiner Amtshandlungen den deutschen Schiffen seinen Gegenbesuch gemacht hatte, — die Auflösung des antisemitischen Stadtrates und Verhängung des kleinen Belagerungszustandes. Von letzterer Maßregel setzte ich die Kommandanten der beiden Schiffe sofort in Kenntnis, und unter diesen Umständen wurde auch für den 6. d. Mts. von einer Beurlaubung der Mannschaften so gut wie ganz abgesehen.

Trotz der in der Stadt herrschenden Unruhe und Gärung hat es an Festlichkeiten zu Ehren der Anwesenheit unserer Schiffe nicht gefehlt.

Am 4. d. Mts. hatte ich Einladungen zu einem Essen ergehen lassen, an dem auch Ihre Durchlaucht die Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein teilzunehmen geruhte. Das bei dieser Gelegenheit von mir auf das Wohl Seiner Majestät des Kaisers und auf die Kaiserliche Marine ausgebrachte Hoch fand bei allen Anwesenden eine begeisterte Aufnahme.

Am 5. fand auf der „Charlotte“ ein Frühstück zu Ehren Ihrer Durchlaucht der Prinzessin Amalie statt.

Am 5. abends veranstaltete der französische Admiral Servan in der hiesigen „Amirauté“ ein großes Diner, an dem die beiden Kommandanten, einige Offiziere und Seekadetten der „Charlotte“ und der „Stosch“ sowie französische Marineoffiziere mit ihren Damen teilnahmen, und das einen durchaus freundschaftlichen Charakter trug. Toaste wurden hierbei nicht ausgebracht; dagegen trank der Admiral den beiden Kommandanten und mir zu. Nach Tisch nahm er uns beiseite, sprach seine Befriedigung über den Besuch der Schiffe aus und bedauerte, daß der Besuch ein so kurzer sei. Der Herr Kommandant der „Charlotte“ ersuchte mich darauf, Herrn Servan für die Aufnahme, die unsere Schiffe in Algerien gefunden, zu danken und ihm zu sagen, wie sehr die deutsche Marine erfreut sei, durch diesen Besuch mit der französischen Marine in nähere Beziehungen zu treten, die in mancher Beziehung der deutschen als Vorbild gedient habe.

Am 6. Februar nahm der französische Admiral mit seinem Stabe an einem zu seinen Ehren veranstalteten Frühstück an Bord der „Charlotte“ teil, das gleichfalls in glänzender Weise und durchaus animierter Stimmung verlief.

Für den Nachmittag hatten einige Mitglieder des englischen Klubs, darunter der österreich-ungarische Generalkonsul Graf Crenneville, einige Engländer und Amerikaner, aber auch ein französisches Mitglied, ein Herr Pilon, Einladungen zu einem „Thé dansant en l'honneur des officiers allemands“ ergehen lassen, zu dem sämtliche Offiziere und Kadetten der „Charlotte“ und „Stosch“ gebeten waren, und das gleichfalls in sehr festlicher Stimmung endete.

Am Abend waren einige Offiziere und Kadetten der „Charlotte“ von dem englischen Generalkonsul Herrn Hay Newton zu einem Diner und einer daran sich anschließenden musikalischen Unterhaltung gebeten. Damit war die Reihe der Festlichkeiten erschöpft, nachdem man von allen Seiten gewetteifert hatte, um unsern Offizieren und Kadetten den Aufenthalt hierselbst zu einem so angenehmen wie möglichen zu gestalten.

Der Eindruck, den der Besuch der Schiffe und das Zeigen der deutschen Flagge auf die hiesige Bevölkerung gemacht hat, ist meines Dafürhaltens ein ausgezeichneter gewesen. Die tadellose Verfassung der Schiffe, die in Oran wie hier von Tausenden besucht worden sind, die peinliche Sauberkeit und Ordnung an Bord, das sichere und gewandte Auftreten der Offiziere und die gute Haltung der Kadetten und Mannschaften an Land, alles dies hat auf die hiesige französische und eingeborene Bevölkerung seinen Eindruck nicht verfehlt. Der Zeitpunkt des Besuches der Schiffe war auch insofern ein besonders günstiger, als durch die Faschodafrage und ihre Erledigung in der

hiesigen Bevölkerung ein großer Haß gegen England entstanden ist, der die althergestammte Abneigung gegen die Sieger von 1870/71 etwas zurücktreten ließ. Als Kuriosum und als Beweis für die Wandelbarkeit und Unberechenbarkeit des französischen Volkscharakters erwähne ich nur, daß sowohl in Oran wie in Algier das Gerücht verbreitet war und vielfach geglaubt wurde, die deutschen Schiffe wären hierhergesandt, um Frankreich in einem etwaigen Kriege gegen England beizustehen[1].

Die Haltung der hiesigen Presse gegenüber dem Besuche war, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine durchaus ruhige und angemessene. Nach Äußerungen der Sympathie habe ich mich allerdings vergebens umgesehen. In der Regel begnügte man sich mit der objektiven Schilderung der Ereignisse, ohne eigenes Urteil daran zu knüpfen. Einige kleine Seitenhiebe haben allerdings nicht gefehlt. So sagte ein Oraner Blatt, daß unsere Offiziere vorzüglich französisch sprächen, sodaß die Bevölkerung nicht gezwungen sei, den verhaßten teutonischen Dialekt anhören zu müssen.

Eine andere Oraner Zeitung sagte nach Beendigung des Besuches in Oran, daß die französische Gastfreundschaft sich das coudoyer mit den deutschen Seeleuten habe gefallen lassen, daß aber jetzt nach Beendigung des Besuches selbstverständlich alles beim alten bliebe. pp.

Der Entschließung Euerer Durchlaucht darf ich anheimstellen, ob es sich nicht empfehlen möchte, daß das Konsulat dem Generalgouverneur und vielleicht auch dem Admiral für die Aufnahme, die unsere Schiffe hier gefunden haben, im Auftrage der deutschen Regierung dankt[2]. Ich bin überzeugt, daß eine derartige Aufmerksamkeit die guten Beziehungen, die zurzeit zwischen dem Konsulat und den hiesigen Behörden nach jeder Richtung hin bestehen, nur festigen kann.

Schließlich möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß das Konsulatspersonal den erhöhten Anforderungen, die anläßlich der Anwesenheit unserer Schiffe an dieses gestellt werden mußten, nach jeder Richtung hin entsprochen und mich bei Erledigung der in dieser Zeit sehr gehäuften Dienstgeschäfte wesentlich unterstützt hat.

Goetsch

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Goetsch hat seine Sache gut gemacht, soll dekorirt werden. Münster soll dem Präsidenten von mir danken für die Aufnahme seitens der Behörden, deren Dekorirung, falls in Paris angenehm, ich nicht entgegensein würde.
W.

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Daß das geglaubt werden konnte ist immerhin kein ungünstiges Zeichen.
[2] ja

Nr. 3564

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 54 Berlin, den 11. Februar 1899
[abgegangen am 12. Februar]

Auf die in Ew. Bericht Nr. 46* erwähnte Äußerung des Präsidenten Faure, daß es sein ansehnlichster Wunsch sein würde, unserm allergnädigsten Herrn zu begegnen, wollen Ew. bei sich bietender Gelegenheit in höflich entgegenkommendem Tone, wenn auch in allgemeinen Ausdrücken erwidern. Es würde sich darum handeln, die Franzosen herausfühlen zu lassen, daß zwar eine deutsche Initiative aus schwerwiegenden Gründen, unter welchen die unberechenbaren Strömungen der französischen Volksstimmung voranstehen, verhindert wird, daß aber auch ohne deutsche Initiative die Möglichkeit einer Begegnung denkbar ist.

Bülow

Nr. 3565

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept

Nr. 62 Berlin, den 20. Februar 1899
[abgegangen am 21. Februar]

Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei Abschrift eines Ihnen bereits bekannten Berichts des Kaiserlichen Konsulatsverwesers in Algier vom 10. d. Mts.**, betreffend den Besuch S. M. Schiffe „Charlotte" und „Stosch" in den algerischen Gewässern, mit dem Bemerken zu übersenden, daß Seine Majestät der Kaiser und König bei Vorlage desselben befohlen hat, Euere Exzellenz möchten dem Herrn Präsidenten der Republik den allerhöchsten Dank für die Aufnahme aussprechen, die unseren Offizieren seitens der in Frage kommenden französischen Behörden zuteil geworden ist.

Seine Majestät der Kaiser und König hat gleichzeitig die huldreiche Absicht zu erkennen zu geben geruht, die hierbei am meisten beteiligten französischen Militär- und Marineoffiziere zu dekorieren.

---

* Siehe Nr. 3561.
** Siehe Nr. 3563.

Euere Exzellenz ersuche ich demgemäß ergebenst, eventuell nach Benehmen mit dem Konsulatsverweser in Algier die entsprechenden Ordensvorschläge zu machen und sich im voraus des Einverständnisses der dortigen Regierung zu versichern*.

Bülow

Nr. 3566

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow***

Reinschrift

Berlin, den 14. März 1899

pp. In Frankreich ist der Ersatz des Herrn Faure, unter dem die napoleonische Propaganda zuletzt bedenkliche Fortschritte gemacht hatte, durch Herrn Loubet für uns ein günstiges Moment, weil dadurch der Bestand der Republik gefestigt erscheint. Den französischen Annäherungsversuchen an uns stehen wir höflich, aber ohne Illusionen gegenüber, da wir in denselben zunächst nur das Bestreben erblicken können, Deutschlands Schwergewicht unter einstweiliger Offenhaltung der elsaß-lothringischen Frage zu benutzen zur Niederwerfung der Gegner Frankreichs auf kolonialem Felde, und zwar mit dem Hintergedanken, nach Lösung dieser Aufgabe, gestützt auf den dadurch erlangten Kraftzuwachs, zur endlichen Abrechnung mit uns wegen Elsaß-Lothringen zu schreiten.

In den für die europäische Politik im Vordergrund stehenden großen Gegensätzen, die einmal zwischen England und Frankreich und sodann wiederum zwischen England und Rußland vorliegen, kann es für uns auch in Zukunft einstweilen nur richtig sein, eine abwartende Mittelstellung einzunehmen. pp. Bülow

---

* Graf Münster riet laut Bericht vom 1. April aus politischen Gründen dringend, von einer größeren Anzahl von Ordensverleihungen aus dem vorliegenden Anlaß Abstand zu nehmen, da er in der höflichen Aufnahme zweier deutscher Schulschiffe in den algerischen Gewässern seitens der dortigen französischen Marinebehörden lediglich einen einfachen Akt internationaler Courtoisie zu erblicken vermöge und es der Würde Deutschlands den Franzosen gegenüber durchaus nicht entsprechen würde, diesem Akt einen besonderen politischen Charakter aufzudrücken. Dem Rate Münsters entsprechend wurde die in größerem Umfang geplante Ordensverleihung auf einige wenige Fälle beschränkt; außerdem sprach der deutsche Geschäftsträger in Paris der französischen Regierung die Bitte aus, dem Generalgouverneur von Algerien und dem dort kommandierenden Admiral den Dank der deutschen Regierung zu übermitteln. Bericht des Geschäftsträgers von Below-Schlatau vom 16. Mai 1899. Eine Rückäußerung der französischen Regierung darauf ist nicht erfolgt.

** Die Aufzeichnung, die sich in Bd. XIV, Kap. XC, Nr. 3778 in extenso abgedruckt findet, war bestimmt, für den in Ostasien als Chef des dort stationierten deutschen Kreuzergeschwaders weilenden Prinzen Heinrich von Preußen zur politischen Orientierung zu dienen.

Nr. 3567

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow *

Reinschrift

Berlin, den 5. Mai 1899

Der russische Botschafter** kam bei meinem gestrigen Empfangstage wieder auf den Gedanken eines deutsch-russischen Abkommens über den türkischen Orient zurück***. Er habe sich diese Frage wieder und wieder überlegt, meinte Graf Osten-Sacken, sehe aber keine Möglichkeit, wie er selbst über dieselbe nach St. Petersburg berichten könnte. Graf Murawiew sei gegenüber seinen Botschaftern so eifersüchtig und mißtrauisch, daß er die von denselben kommenden Ideen entweder unter den Tisch fallen lasse oder dem Zaren in denaturierter Form vortrage. Es bleibe also nur übrig, daß die Anregung von Fürst Radolin ausgehe.

Ich entgegnete dem russischen Botschafter, daß die von ihm angedeuteten Schwierigkeiten einen Gedankenaustausch zwischen uns über die von ihm zur Sprache gebrachte Materie nicht ausschlössen, wenn derselbe auch vorläufig notgedrungen einen akademischen Charakter trage. Ich wäre ein ausgesprochener Anhänger möglichst intimer Beziehungen zu Rußland. Meine diesbezüglichen Anschauungen und Wünsche würden von Seiner Majestät dem Kaiser, meinem allergnädigsten Herrn, durchaus gebilligt. Es gäbe eine Voraussetzung, unter welcher wir bereit wären, mit Rußland wie mit Rußland und Frankreich sofort jedes Abkommen und jede Allianz abzuschließen, nämlich wenn Rußland und Frankreich sich bereit erklärten zu allseitiger Garantierung des gegenwärtigen Besitzstandes der drei Mächte. Graf Osten-Sacken erwiderte, daß dies für die Franzosen noch nicht möglich sei. Die französische Vernunft habe auf Elsaß-Lothringen verzichtet, das französische Gefühl aber erlaube noch nicht, daß dieser Verzicht formell ausgesprochen würde. Als ich dem Botschafter sagte, wie ich mir auch eine auf Deutschland und Rußland beschränkte Verständigung jeder Art denken könnte, vorausgesetzt, daß ein solcher Vertrag die gegenseitige Wahrung des derzeitigen territorialen Bestandes involviere, schwieg der Botschafter. pp.

Graf Osten-Sacken versuchte mir in jeder Weise klarzumachen, daß wir uns in allen Fragen zu Rußland und Frankreich halten und gegen England stellen sollten. England sei nur stark, weil Deutsch-

---

* Hier nur auszugsweise, soweit das deutsch-französische Verhältnis in Betracht kommt, mitgeteilt; den ungekürzten Abdruck siehe Bd. XIV, Kap. XCV, Nr. 4020.
** Graf von der Osten-Sacken.
*** Vgl. darüber das Nähere Bd. XIV, Kap. XCV.

land und Frankreich nicht zusammenhielten. Nur dadurch wäre erst Faschoda *, dann Samoa ** möglich geworden. Ich antwortete, daß zwischen diesen beiden diplomatischen Zwischenfällen, was Bedeutung und Behandlungsweise angehe, ein großer Unterschied obwalte und keine Parallele möglich sei. Man täusche sich auch in St. Petersburg, wenn man dort annehme, daß die Engländer kein Gewicht auf gute Beziehungen zu Deutschland legten. Damit wolle ich aber durchaus nicht sagen, daß nicht in Zukunft ein Zusammenwirken von Deutschland und Frankreich möglich sei. Die Voraussetzung eines solchen aber sei die ehrliche Anerkennung des Frankfurter Friedens. Solange Frankreich hierzu nicht gelange, müßten wir uns die Möglichkeit des Zusammengehens mit England offenhalten. Graf Osten-Sacken betonte, daß der Zweck der russisch-französischen Allianz ein friedlicher sei. Rußland denke nicht daran, die französischen Revanchebestrebungen uns gegenüber zu unterstützen. Ich entgegnete, daß ich hiervon überzeugt sei. Wenn ich glaubte, daß Rußland die französischen Revindikationen begünstigen wollte, würde ich Seiner Majestät dem Kaiser eine ganz andere Politik als die heutige vorschlagen müssen. Solange dies aber nicht der Fall sei, würden wir uns nach englischer Seite freie Hand wahren. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnten wir uns angesichts der französischen Revanche-Aspirationen nicht gegen England engagieren; solange diese französischen Aspirationen aber nicht von Rußland gefördert würden, würden wir uns auch nicht an England binden. pp.

Bülow

Nr. 3568

*Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe****

Ausfertigung

Nr. 308 St. Petersburg, den 29. Juni 1899
Geheim

pp. Ich sagte dem Grafen Murawiew, er werde wohl verstehen, daß, solange Frankreich, der Bundesgenosse Rußlands, uns feindlich gegenüberstehe, wir damit rechnen müßten. Wir hätten geglaubt, daß Frankreich unter russischem Einfluß vernünftiger werden würde, sähen aber, daß die Republik seit fast 30 Jahren genau dieselbe Politik der Leidenschaft triebe.

---

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII.
** Vgl. Bd. XIV, Kap. XCVI.
*** Das Schriftstück ist vollständig abgedruckt in Bd. XIV, Kap. XCV, Nr. 4022.

Vertraulich wolle ich ihm, dem Grafen Murawiew, mitteilen, daß Silvela * den Gedanken eines Defensiv-Kontinental-Bündnisses bei mehreren Botschaftern angeregt habe; wir hätten darauf geantwortet, daß wir prinzipiell dem nicht abgeneigt wären, daß aber Hindernisse sich an anderer Stelle finden würden. Dies habe sich auch bestätigt, Silvela habe dem deutschen Vertreter ** zugegeben, daß die Antworten, welche er von dem französischen Botschafter in Madrid *** und dem spanischen Botschafter in Paris † erhalten habe, keine Zweifel darüber lassen können, daß der Augenblick eines vertragsmäßigen Zusammenwirkens Deutschlands mit Frankreich noch nicht gekommen sei. Es sei dies eines der vielen Symptome dafür, daß Frankreich das Zerreißen des Frankfurter Vertrages allem anderen voranstelle, während für Deutschland natürlich dessen Aufrechterhaltung in erster Reihe unter den nationalen Lebensfragen stehe.

Solange Frankreich uns unverhüllt zeige, daß es nur auf eine passende Gelegenheit warte, um einen Versuch zur Veränderung des deutschen Territorialbestandes zu machen, könnten und wollten wir uns keine neuen Feinde machen. Wir würden aber England, welches eine wohlwollende neutrale Haltung uns gegenüber bewahrt und uns mit Rücksicht behandelt, zu unversöhnlichen Gegnern in allen unseren Kolonialunternehmungen machen, wenn die Tatsache bekannt würde, daß wir neuerdings ein geheimes Spezial-Abkommen mit Rußland, territoriale Interessen betreffend ††, abgeschlossen hätten[1].

Bei diesem Zustande müsse es meiner Ansicht nach bleiben, solange für uns die Notwendigkeit, Frankreich gegenüber auf der Hut zu sein, besteht; für etwaige russische Unternehmungen gegen die Meerengen biete dieser Zustand kein Hindernis, denn wie gesagt, der Kaiser Nikolaus habe das Wort unseres Kaisers.

Graf Murawiew gab allerdings zu, daß die Stimmung in Frankreich gegen Deutschland jede ernste Annäherung unmöglich machte, daß aber die Gefahr einer aggressiven Politik Frankreichs gegen Deutschland ausgeschlossen sei[2]. Dafür habe Rußland gesorgt und werde fernerhin dafür sorgen. Sollte ein Prätendent sich an die Spitze der Regierung stellen oder ein kühner Abenteurer die Diktatur an sich reißen, wäre ein coup de tête vielleicht möglich; derselbe würde aber mit einer neuen Niederlage Frankreichs enden. Es gäbe übrigens

---

* Spanischer Ministerpräsident Über die Silvelasche Anregung vgl. noch Bd. XV, Kap. IC.

** Botschafter von Radowitz.

*** Patenôtre.

† Leon y Castillo.

†† Vgl. Bd. XIV, Kap. XCV, Nr. 4022.

niemanden in Frankreich, der das Zeug dazu hätte, einen solchen Streich auszuführen, und der den nötigen Anhang fände. pp.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] ?

Nr. 3569

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Botschafter Graf zu Eulenburg, z. Z. in Bergen, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Konzept

Nr. 42 Bergen, an Bord S. M. S. „Gneisenau", den 6. Juli 1899

Seine Majestät haben soeben in Begleitung des Admiral Baron Senden *, General von Kessel und des Unterzeichneten das französische Schulschiff „Iphigénie" besucht. Der Empfang war ein sehr sympathischer. Die Offiziere ließen durch den Fürsten von Monaco sagen, daß sie befürchteten, die etwas kühle Haltung, die in der Natur des Kommandanten läge, könne mißverstanden werden. Seine Majestät ließen die Depesche an den Präsidenten ab, die ich en clair nachfolgen lasse**. Morgen abend sind Offiziere und 67 Kadetten auf die „Hohenzollern" geladen, um mit den deutschen Kadetten zusammen ein gemeinsames Fest zu verleben.

Der Kommandant der „Iphigénie" bat um die Erlaubnis, Seiner Majestät Standarte hissen zu dürfen, die ihm bereitwilligst gewährt wurde. Es ist das erste Mal seit der Gründung des Deutschen Reiches, daß die Standarte des Deutschen Kaisers vom Großmast eines französischen Kriegsschiffes geweht hat. Seine Majestät schöpfen aus dem heutigen Tage die Hoffnung, daß er wiederum einen Schritt weiter in der Annäherung der beiden Länder gekommen ist.

Ich habe Details über diesen Besuch nicht an Wolffs Bureau direkt gehen lassen.

Eulenburg

---

* Chef des Marinekabinetts.
** Den Text der kaiserlichen Depesche an Präsident Loubet und die Antwort des Präsidenten vom 6. Juli siehe in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1899, S. 267.

Nr. 3570

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 245 Paris, den 10. Juli 1899

Die Tatsache, daß der kaiserliche Besuch an Bord der „Iphigénie“ und der sich anschließende Depeschenwechsel in Paris keine gute Presse gehabt hat[1], wie man hier sagt, wird mir von durchaus zuverlässiger, gut unterrichteter französischer Seite dadurch erklärt, daß die auch in revisionistischen Kreisen als bedauerlich empfundene Veröffentlichung des von Kiel datierten Briefes des Fürsten von Monaco an Frau Dreyfus kurz zuvor erfolgt war.

Deshalb hätten „Temps“ und „Débats“ geschwiegen; deshalb hervorragende Publizisten wie Gaston Jollivet und Jules Lemaître, welche den Besuch der „Iphigénie“ sympathisch besprechen wollten, dies unterlassen. Selbst Arthur Meyer hätte für den „Gaulois“ einen solchen Artikel vorbereitet gehabt, denselben dann aber zurückgehalten.

Below

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Die brauche ich nicht
Schlußbemerkung des Kaisers:
Schadet nichts! Es wird schon wirken, gut Ding will Weile haben. Zumal in Gallien.

Nr. 3571

Kaiser Wilhelm II., z. Z. auf der Nordlandreise in Molde, an den Botschafter in Paris Grafen Münster, z. Z. in Scheveningen

Telegramm. Konzept

An Bord, den 16. Juli 1899

Ich werde am 18. August auf dem Schlachtfelde von St. Privat ein Denkmal für das 1. Garde-Regiment zu Fuß enthüllen, welches das einzige Regiment ist, das dort noch keins besitzt. Die Form des Denkmals ist die Figur eines Erzengels. Derselbe ist so aufzufassen, daß er gleichsam als Hüter der Gräber der Gefallenen sowohl des deutschen als auch des französischen Heeres gedacht wird. Ich habe die Absicht, nach der Feier in offizieller Form namens des Regiments und meiner gesamten Armee durch meinen Generaladjutanten, welcher begleitet sein wird von den Herren meines Hauptquartiers, einen Lor-

beerkranz auf das bedeutendste in der Nähe befindliche französische Grabdenkmal irgendeines Regiments als Huldigung für die Tapferkeit des französischen Heeres niederlegen zu lassen. Haben Sie Bedenken dagegen? Wenn nicht, zeigen Sie es der französischen Regierung an und lassen Sie sich von derselben mitteilen, welches Grab das geeignetste sein würde.

Wilhelm. I. R.

Nr. 3572

Der Botschafter in Paris Graf Münster, z. Z. in Scheveningen, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. auf der Nordlandreise in Molde

Telegramm. Entzifferung

Scheveningen, den 17. Juli 1899

Euerer Majestät ritterliche Absicht wird in diesem Augenblick von Nationalisten und Chauvinisten, die wegen Dreyfus noch aufgeregt sind, vielleicht nicht voll gewürdigt werden. Ich bitte Euere Majestät, gestatten zu wollen, daß ich bei meiner baldigen Rückkehr nach Paris, die hoffentlich etwa am 24. erfolgen kann, ganz vertraulich mit meinem alten Freunde General Galliffet* spreche, Euerer Majestät berichte und erst dann offiziell mich mit der französischen Regierung in Verbindung setze.

Münster

Nr. 3573

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 138 St. Petersburg, den 29. Juli 1899

Mit der Überschrift „Das franko-russische Bündnis und Deutschland“ bringt heutige „Nowoje Wremja“ sehr bemerkenswerten Artikel**. Das Blatt erklärt, Bündnis der drei Mächte für undenkbar, einem solchen Dreibunde würde die Basis — gemeinsames Aktionsprogramm — fehlen. Weiterentwicklung des bestehenden Zweibundes

---

* Kriegsminister in dem am 22. Juni neugebildeten Kabinett Waldeck-Rousseau, in dem Delcassé wiederum das Auswärtige Departement innehatte.

** Der Artikel war veranlaßt durch die Erörterungen über die Möglichkeit einer deutsch-französischen Annäherung, die sich in der französischen Presse an den Besuch Kaiser Wilhelms II. auf der „Iphigénie“ geknüpft hatten. Vgl. auch Nr. 3576 nebst Fußnote ***.

müsse naturgemäß dazu führen, daß Frankreich Italien, Rußland Österreich von Tripelallianz abzöge; eine entsprechende Neugruppierung der Mächte sei im Laufe der letzten Jahre bereits wiederholt nahe daran gewesen, verwirklicht zu werden. Unter diesen Umständen sei es unmöglich, an eine Aufnahme Deutschlands in den Zweibund zu denken. Deutschland wolle für problematische Dienste in Kolonialpolitik Bezahlung in Europa.

Blatt schließt mit Hinweis darauf, daß „franko-russisches Bündnis ohne Frage ungeheurer Gewinn für beide Nationen, russische und französische, ist," es wäre daher unklug, „diese glänzendere diplomatische Kombination, deren Früchte kaum recht zur Wahrnehmung gelangen, im Keime zu zerstören."

Wie ich zuverlässig höre, ist heute morgen im Auftrage des Grafen von Montebello Herr Giaccone, hiesiger Vertreter der „Agence Havas"* auf Bureau der russischen Telegraphen-Agentur erschienen und hat darauf gedrungen, daß vorstehender Artikel von russischer Agentur weitergegeben werde; letztere hat sich jedoch geweigert, und ist Herrn Giaccone bedeutet worden, wenn er Gewicht darauf lege, könne er ja direkt den Artikel an „Agence Havas" telegraphieren.

Radolin

Nr. 3574

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 95 Wilhelmshöhe, den 4. August 1899

Für Graf Münster, Paris**.

Da auf meine Anfrage aus Molde nach Ihrem Gespräch mit Galliffet*** keine abweisende Antwort bezüglich der Kranzniederlegung am französischen Denkmal erfolgte, bitte ich nunmehr, französische Regierung davon zu informieren, und um Angabe, an welchem Denkmal es geschehen soll. Programm für St. Privat-Feier bereits festgestellt. Werde Ihnen Inhalt meiner Rede, die ich halten werde, vorher mitteilen zur Mitteilung an Galliffet.

Wilhelm I. R.

---

* Nach einem späteren Bericht Fürst Radolins vom 8. August (siehe Nr. 3576) war Giaccone Dolmetscher bei der französischen Botschaft.

** Die Übermittlung des Telegramms nach Paris geschah mit Telegramm Nr. 82 vom 5. August.

*** Vgl. Nr. 3572.

Nr. 3575

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 135 Paris, den 5. August 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 82 Seiner Majestät*.

Marquis de Galliffet bittet mich, seinen aufrichtigsten Dank Seiner Majestät auszusprechen, aber dringend darum zu bitten, daß die Frankreich so sehr ehrende Demonstration in diesem Augenblick unterlassen werde. Die Gemüter seien durch den Dreyfus-Fall bis zum Wahnsinn erregt, und jede noch so freundliche Kundgebung unseres Kaisers würde mißverstanden und gegen uns und die jetzige französische Regierung ausgebeutet werden.

Münster

Nr. 3576

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 146 St. Petersburg, den 8. August 1899

Hiesiger österreichisch-ungarischer Botschafter bezeichnet mir als Verfasser einer sehr bemerkenswerten Zuschrift an „Politische Korrespondenz" aus Petersburg, datiert vom 30. v. Mts., Herrn Giaccone, den Dolmetscher hiesiger französischer Botschaft, auf den sich bereits mein Telegramm Nr. 138 vom 29. v. Mts. ** bezog.

Die betreffende Zuschrift besprach die Möglichkeit einer engeren Annäherung Deutschlands an Frankreich ***, behauptet, Auslassung des

---

* Identisch mit Nr. 3574.

** Siehe Nr. 3573.

*** Die Möglichkeit einer französisch-deutschen Entente war von einigen französischen Blättern wie „Matin" und „Figaro" aus dem Besuch Kaiser Wilhelms II. auf der „Iphigénie" (vgl. Nr. 3569) abgeleitet worden. Die Mehrzahl der französischen Blätter verhielt sich indessen ablehnend gegenüber dem Gedanken einer Entente. So brachte „La France Militaire" am 1. August einen Artikel über „L'Alliance Franco-Allemande", in dem diese durchaus abgelehnt wurde. Sowohl die Ehre als das Interesse Frankreichs verböten eine Annäherung an Deutschland; Elsaß-Lothringen bleibe unvergessen und müsse es bleiben, und eine wirksame Hilfe gegen England sei von Deutschland doch nicht zu erwarten. Nach einem Bericht Graf Münsters vom 7. August gaben diese Äußerungen die Anschauung eines großen, wenn nicht des größten Teils der französischen Armee wieder. Dazu bemerkte Kaiser Wilhelm II. am Rande: „Ja! Die Flotte denkt aber anders, und mit der müssen wir uns stellen."

„Matin“ und „Figaro“ über französisch-deutsche Entente habe in russischen Regierungskreisen verstimmt und peinliches Befremden hervorgerufen. Idee eines französisch-deutschen Bündnisses mit Spitze gegen England werde in Rußland als politische Naivität angesehen. Es sei undenkbar und unklug, Wert des Bündnisses mit Rußland herabzusetzen.

Rußland habe, wie alle Eingeweihten wüßten, während Faschoda-Zwischenfall, der übrigens nur durch unkluge Politik von Delcassés Vorgänger herbeigeführt, seine Pflicht Frankreich gegenüber erfüllt. Man müsse hoffen, daß Mehrheit der Franzosen sich bei Beurteilung des Verhältnisses zu Rußland nicht vom Boden der Wirklichkeit und Gerechtigkeit verdrängen lassen würde.

Vorstehende Auslassungen, die zweifellos, wie mir Freiherr von Aehrenthal* sagt, von hiesiger französischer Botschaft inspiriert sind, und denen russische Regierung fernsteht, erklären mir die neuerdings aufgefallene reservierte Haltung des Grafen von Montebello mir gegenüber.

Radolin

Nr. 3577

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 276 Paris, den 7. August 1899

Hier spricht und denkt man nur an den heute beginnenden Prozeß Dreyfus**, zerbricht sich aber trotzdem doch die Köpfe darüber, was die plötzliche Abreise Delcassés nach St. Petersburg*** zu bedeuten hat, und ob sie damit zusammenhängt.

Geheimgehalten wurde diese Reise auf ungeschickte Weise, so daß, als sowohl der Botschafter Noailles und ich Herrn Delcassé am Tage vor seiner Abreise sahen, er uns nichts darüber sagte, wodurch sie einen großen Anstrich von Wichtigkeit annahm.

---

* Österreich-ungarischer Botschafter in Petersburg. Nach einem weiteren Telegramm Fürst Radolins vom 10. August hätte er ebenfalls durch Aehrenthal erfahren, daß Graf Murawiew die russische Presse angewiesen habe, sich bezüglich der Annäherung Deutschlands an Frankreich dahin zu äußern, daß Rußland mit einer solchen Annäherung durchaus einverstanden sei; doch habe merkwürdigerweise die russische Presse auf diesen Wink nicht reagiert.
** Vgl. darüber den Anhang dieses Kapitels.
*** Er traf hier am 5. August 1899 ein.

Die offiziellen Kreise sagen, der Minister habe den Besuch des Grafen Murawiew * erwidern und seinen Dank für die Ordensauszeichnung aussprechen wollen.

General Galliffet sagte mir wieder gestern in seiner scherzhaften Weise: „Le petit homme n'avait qu'une idée dans sa tête, c'est celle de faire shake-hand avec notre ami Nicolas. Cela ne l'avancera pas de beaucoup." Galliffet ist stets kein Anhänger der russischen Allianz gewesen.

Nach meiner Überzeugung will Herr Delcassé noch immer für den Träger der russischen Allianz gehalten werden und das gerade jetzt, wo sie kaum mehr besteht.

Die Überzeugung bei Staatsmännern und in der Presse ist im allgemeinen jetzt die, daß Frankreich diese letzten Jahre durch die schlauen Russen ausgebeutet, „düpirt" [1] wurde.

Merkwürdig war die Haltung der französischen Delegation auf der Friedenskonferenz **. Ihre Instruktionen lauteten, daß Frankreich keine Schwächung der Armee und, was die Schiedsrichterfrage betreffe, obligatorische Verpflichtungen nicht übernehmen dürfte.

Ganz unser Standpunkt. Die militärischen Delegierten, namentlich General Monont, und der ausgezeichnete Jurist Professor Renaud haben stets mit unseren Delegierten in dem Sinne zusammen gewirkt.

Professor Renaud war entschieden der klügste Kopf unter den Delegierten und hat eine leitende Rolle gespielt.

Herr Léon Bourgeois, ein sehr gewandter Redner, und Herr d'Estournelles, früher Botschaftsrat in London, von dort abgegangen, um im hiesigen Parlament, ohne Erfolg, eine Rolle zu spielen, verfolgten beide persönliche Zwecke.

Sie ritten ein Steeple Chase um den Preis einer Botschaft oder Gesandtschaft.

Sie suchten beide zu vermitteln, suchten sich den Russen so angenehm zu machen, daß die Russen ziemlich schamloserweise sie als die einzigen Mitglieder der Konferenz sofort mit Großkreuzen behängten.

Die französischen technischen Delegierten und auch wir nahmen an, daß Herr Bourgeois die Konventionen nicht unterzeichnen und nur ad referendum nehmen würde.

Daß er sie unterzeichnete, hat, wenn mich meine Wahrnehmungen nicht täuschen, hier mißfallen. Sowohl Herr Delcassé als auch Waldeck-Rousseau *** sagten mir: „Vous avez été plus prudent que nous," und ließen dabei durchblicken, daß sie sich nicht beeilen würden, die Be-

---

* Graf Murawiew hatte im Oktober 1898 zur Zeit des Faschodakonflikts in Paris geweilt und hier sein möglichstes getan, um die englisch-französischen Schwierigkeiten zu beseitigen. Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII, Nr. 3891 ff.

** Vgl. darüber Bd. XV, Kap. C.

*** Französischer Ministerpräsident seit dem 22. Juni 1899.

schlüsse der Konferenz zu ratifizieren. Die dringende Einladung des Grafen Murawiew und der Händedruck des Zaren, auf den sich Herr Delcassé so freut, werden wohl den Zweck haben, eine möglichst baldige Ratifikation zu erlangen.

Daß die Reise Delcassés mit Dreyfus zusammenhängen könnte, wird vielfach angenommen. Daran glaube ich weniger als daran, daß der bisherige Militärattaché Baron Fredericks deshalb abberufen sein kann[2].

Er war in der Dreyfus-Sache sehr unvorsichtig gewesen, hatte seine Kollegen, die Militärattachés, häufig kompromittiert und spielte dabei eine falsche Rolle.

Vor allem mußte er fort, weil er so verschuldet ist[3], daß er sich kaum auf der Straße mehr zeigen konnte und von Gläubigern förmlich verfolgt wurde.

Er ist der Kurator der Wohltätigkeits- und Erziehungsanstalten der Kaiserin geworden[4].

Das ist eine Stellung, in der bei mäßiger Ehrlichkeit recht viel zu verdienen sein soll.

Was die Möglichkeit betrifft, daß Dreyfus Rußland gegenüber kompromittiert sein könnte, so habe ich seinerzeit früher schon gemeldet, daß Rußland und Frankreich im Jahre 1894 ein militärisches Abkommen für den Fall des Krieges abgeschlossen hatten. Es wurde dabei die ordre de bataille in Friedens- und Kriegsstärke angegeben.

Die Russen hielten die französischen Angaben nicht für ganz zuverlässig, und bekamen Herr von Mohrenheim und General Fredericks den Auftrag, die Zahlen zu vergleichen.

In den Bureaus, in welchen auch Dreyfus arbeitete, versuchte Fredericks die Zahlen zu bekommen, die ihm auch gegeben wurden, weil die Offiziere in gutem Glauben waren, da sie den Vertrag und das intime Verhältnis zu Rußland kannten.

Während und nach dem Prozeß Dreyfus hat man oft darüber gesprochen, konnte aber Dreyfus deshalb nicht belangen, ohne den Chef des Stabes zu kompromittieren.

In Petersburg weiß man davon, und Baron Staal* fragte mich, ob ich darüber etwas in früherer Zeit gehört habe. Als ich das bejahte, sagte er, die Franzosen können das nicht zur Sprache bringen, denn damit würden sie eingestehen, daß sie uns gegenüber gelogen haben.

Viel gebe ich auf diese Sache nicht, habe sie nur erwähnt, weil sie möglicherweise zur Sprache gebracht werden könnte**.

---

* Russischer Botschafter in London.

** Vgl. dazu auch die Randbemerkung des Kaisers zu Nr. 3642 und ferner Joseph Reinach, Historie de l'Affaire Dreyfus T. III, p. 562 ss.

Herr Delcassé wird schon Ende der Woche zurückkehren, weil beim Ende des Prozesses das Kabinett hier wird vollzählig sein wollen.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Richtig
2 ja
3 also hat er vielleicht auch mit Boisdeffre von den Geheimen Fonds mitgefrühstückt?
gehe hin und werde reich!
4 die Armen!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vielleicht hängt die Plötzlichkeit der Reise auch damit zusammen, daß des Czaren Besuch in England abgelehnt, und meiner angenommen wurde*; denn gerade als er abreiste, tauchten die ersten Gerüchte von meiner Einladung in der englischen Presse auf.

Nr. 3578

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 147 St. Petersburg, den 8. August 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 104**.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Reise des Ministers Delcassé eines politischen Zwecks entbehrt, wie der General Galliffet dem Grafen Münster gegenüber geäußert hat.

Die an sich überraschend plötzlich erfolgte Reise Delcassés in einem Moment, wo die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in Rennes*** gelenkt ist, findet ohne Zweifel ihre Erklärung in der gesamten politischen Situation, die eine mündliche Aussprache der leitenden Minister über eine Reihe gegenwärtig akuter Fragen erwünscht machte.

Um einen plausibeln Vorwand für seine Abreise gerade in diesem Augenblick zu haben, scheint Delcassé nach der auch von dem österreichisch-ungarischen Botschafter geteilten Ansicht sich von Graf Murawiew für jetzt haben einladen lassen.

Es erinnert an den Fall, wo Präsident Faure bei seiner Abreise aus Petersburg eine Freundschaftsbezeugung seitens des Zaren erbat, um sich einen guten Empfang in Paris zu sichern.

---

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCVI, Nr. 4076 ff.

** Durch Telegramm Nr. 104 vom 3. August war Radolin von einem Telegramm Graf Münsters Nr. 134 vom 2. August in Kenntnis gesetzt worden, nach dem General Galliffet der Reise des Ministers Delcassé nach Petersburg jede politische Bedeutung absprach.

*** Anfang August hatte vor dem Kriegsgericht in Rennes die Revision des Dreyfus-Prozesses begonnen. Siehe den Anhang.

Der französisch-russische Bund ist durch die Haltung Rußlands in Faschoda-Angelegenheit und in mehreren anderen Fällen gelockert: es dürfte die Reise des Ministers in der Tat zum Zweck haben, den Bund zu befestigen, und um die prekäre Stellung Delcassés zu sichern *.

Auch erscheint mir und meinen Kollegen wahrscheinlich, daß der Dreyfus-Prozeß — wenn auch nicht ausschließlich — so doch zum großen Teil mit der Reise in Verbindung steht.

Es muß auffallen, daß der alte General Fredericks, dessen Abberufung aus Paris seit einiger Zeit beschlossen war, gerade in dem Moment erfolgt, wo die Revision des Dreyfus-Prozesses beginnt.

Delcassé ist Revisionist, Graf Murawiew seiner Gesinnung nach Nationalist. Es ist leicht möglich, daß Delcassé, an dessen Erhaltung dem Grafen Murawiew dessenungeachtet liegt, sich mit ihm über diese Affäre verständigen, resp. sich über seine Haltung bei ihm rechtfertigen will.

Abgesehen von dem Dreyfus-Prozeß steht meines Erachtens die Reise mit der afrikanischen Frage in Zusammenhang. Wie es heißt, schüren die Franzosen die Buren gegen England **. Im Winter hat der französische Gesandte in Tokio *** seinem englischen Kollegen † die Revanche für Faschoda für das Frühjahr 1899 in Aussicht gestellt.

Mit Rücksicht auf die damalige ablehnende Haltung Rußlands ist es wahrscheinlich, daß die Franzosen auf Rußland für den Fall der Zuspitzung der Lage in Afrika einen Druck in antienglischem Sinne ausüben wollen.

Ich habe ferner Grund zu der Annahme, daß Herr Delcassé mit dem Grafen Murawiew über die jüngste deutsch-französische Annäherung eine Aussprache herbeiführen wird. (Zu vergleichen Telegramm Nr. 138 vom 29. v. Mts. †† und Nr. 146 von heute ††† über die Haltung des hiesigen französischen Botschafters in der Frage.)

* Tatsächlich gelang es Delcassé, was der deutschen Diplomatie verborgen geblieben ist, bei seiner Anwesenheit in Petersburg (4.—9. August), eine ausdrückliche Erneuerung der Abmachungen von 1891 und 1892 mittels Notenaustausches vom 9. August durchzusetzen. Dabei wurde als Ziel des Zweibundes neben der Erhaltung des Weltfriedens die Wahrung des europäischen Gleichgewichts bezeichnet und die Dauer der französisch-russischen Militärkonvention, die nach bisheriger Bestimmung mit der Auflösung des Dreibundes ihr Ende finden sollte, mit der Dauer der Allianz gleichgesetzt. Aus Delcassés Bericht an den Präsidenten der französischen Republik Loubet vom 12. August 1899 geht deutlich hervor, daß beide Neuerungen ihre Spitze wesentlich gegen eine Vergrößerung Deutschlands richteten, wie sie bei einer etwaigen Auflösung Österreich-Ungarns nach dem Tode Kaiser Franz Josephs zu erwarten gewesen wäre. Vgl. das französische Gelbbuch L'Alliance Franco-Russe (1918), p. 200 ss.

** Vgl. Bd. XV, Kap. CI.

*** Harmand.

† Sir E. Satow.

†† Siehe Nr. 3573.

††† Siehe Nr. 3576.

Die „Times"-Korrespondenz von Blowitz aus Paris vom 4 August, nach der die Reise des Ministers mit angeblicher Abdankungsidee des Kaisers Nikolaus zusammenhängen soll, findet hier keinen Glauben.

Graf Murawiew schwieg sich meinen Kollegen und mir gegenüber über den Zweck der Reise vollkommen aus und versicherte, derselbe sei einzig und allein in dem Wunsch Delcassés zu sehen, seine Gegenvisite zu machen.

Herr Delcassé hat Sonnabend mit sämtlichen Botschaftern Karten ausgetauscht. Zu den vom Grafen Murawiew und Grafen von Montebello zu Ehren des Ministers gegebenen Diners waren außer den Mitgliedern der französischen Botschaft Diplomaten nicht geladen.

Radolin

Nr. 3579

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 51 Semmering, den 9. August 1899

In Wiener Blättern lese ich, daß Petersburger Journale anläßlich des Besuchs von Delcassé in St. Petersburg von Rußland als „ehrlichem Makler" zwischen Frankreich und Deutschland sprechen.

Wenn die Russen wirklich versuchen sollten, sich diplomatisch in unsere Beziehungen zu Frankreich einzumischen, so bitte ich, derartige Velleitäten unter Hinweis darauf a limine abzulehnen, daß die Beziehungen zwischen uns und Frankreich diplomatisch normale wären und somit alle Fragen, die für uns überhaupt diskutierbar seien, zwischen Berlin und Paris direkt verhandelt werden könnten.

Bülow

Nr. 3580

*Der Botschafter in Madrid von Radowitz, z. Z. in San Sebastian, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe**

Ausfertigung

Nr. 149 San Sebastian, den 12. August 1899

Ganz vertraulich

pp. Dabei kam die Königin auf die von ihr und Herrn Silvela wiederholentlich erörterten Wünsche und Gedanken über die Möglichkeit einer kontinentalen Defensivabmachung zurück und sagte, sie sei immer damit beschäftigt, beobachte jedes Symptom, das ihr ein

---

* Der Bericht Radowitz' über seine Unterredung mit der Königin-Regentin Maria Christine von Spanien ist vollständig abgedruckt in Bd. XV, Kap. IC, Nr. 4211.

Fortschritt auf diesem Wege zu sein scheine, und bleibe in der Überzeugung, daß die ganze Entwickelung der europäischen Politik dahin führe. Sie verstehe vollständig, daß das entscheidende Wort über eine ausreichende Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, als Basis jeder wirksamen Kontinentalverständigung, bei den Franzosen liege, und daß Deutschland in dieser Hinsicht noch erheblich größere Sicherheit verlangen müsse, als wie die gegenwärtige Lage einschlösse.

Aber sie habe allen Grund zu der Annahme, und das bäte sie mich, Seiner Majestät dem Kaiser in ihrem Namen zu melden, daß in der ernsthaftesten Weise in leitenden Kreisen von Frankreich der Gedanke der Verständigung mit Deutschland erwogen werde und man nach der möglichen „Formel" dafür suche. Diese würde durch alles außerordentlich erleichtert werden, was von Deutschland zugunsten von Elsaß-Lothringen geschehen könne: an die Wiedererlangung der abgetretenen Provinzen denke kein halbwegs verständiger französischer Politiker mehr, aber es schwebe diesen nach ihren Eindrücken eine Form größerer Selbständigkeit für das Reichsland vor, die dessen Ehrgefühl — oder der Eitelkeit — mehr Rechnung trüge [1]. „Wenn z. B.", sagte die Königin, „der Schwager des Deutschen Kaisers an die Spitze von Elsaß-Lothringen gestellt und dabei mehr den übrigen deutschen Bundesfürsten assimiliert werden könnte [2], so wäre das nach meiner bestimmten und begründeten Überzeugung allein eine Tatsache, die auch auf die französische Stimmung sehr großen Eindruck machen würde [3]. Nicht nur die Elsaß-Lothringer, sondern auch die Franzosen wären damit geschmeichelt: man kann bei dieser Nation das gewaltige Imponderabile der nationalen Eitelkeit nicht hoch genug anschlagen [4]."

Ich habe mich diesen Äußerungen der Königin gegenüber reserviert und skeptisch verhalten und Ihrer Majestät nicht verhehlt, daß nach meiner persönlichen Ansicht die Entfernung von einer aufrichtigen, als sicherer politischer Faktor in Berechnung zu ziehenden Verständigung mit Frankreich für uns doch wohl bis jetzt noch größer sei, als wie sie anzunehmen scheine, und daß jedenfalls für uns in der Behandlung dieser schweren Frage viele Vorsicht und Kritik geboten bleibe. Da die hohe Frau aber darauf bestand, daß ich ihre Meinung darüber zu allerhöchster Kenntnis bringen solle, so habe ich die ehrerbietige Berichterstattung darüber nicht unterlassen wollen. pp.

Radowitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Dummes Zeug! Die Eitelkeit, dieser HauptTeufel der Gallier, muß eben von ihnen selbst besiegt werden! Das Reichsland ist deutsch und wir werden bei uns zu Hause thun was uns beliebt, und geht das Frankreich nichts mehr an

[2] Das ist ja jetzt mit dem Statthalter schon thatsächlich der Fall

[3] Unsinn!

[4] Die Hohe Frau hat anscheinend keine Ahnung von den Verhältnissen des Statthalters und der Reichslande!

Nr. 3581

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 145 Paris, den 18. August 1899

General Marquis de Galliffet, dem ich soeben die Rede Seiner Majestät* übergab, war tief bewegt, als er sie las. „Ce sont de belles paroles militaires venant de la bouche d'un noble souverain." Er werde dieselbe rechtzeitig morgen früh veröffentlichen lassen, und würde sie trotz der tollen Stimmung, die Frankreich für den Augenblick beherrsche, einen sehr guten Eindruck machen. Die Absicht Seiner Majestät, bei dieser Gelegenheit ein französisches Grab schmücken zu lassen, würde in ruhigen Zeiten sehr anerkannt worden sein, er habe aber wegen der künstlich aufgeregten Stimmung zu seinem großen Bedauern darum bitten müssen, diese so freundlich gemeinte Kundgebung zu unterlassen. Die französische Regierung und der General als Chef der Armee bitten mich, Seiner Majestät ihren tiefgefühlten Dank zu Füßen zu legen.

Münster

Nr. 3582

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 147 Semmering, den 22. September 1899

Hofrat Jacoby telegraphierte mir gestern abend:

„Nachstehendes »Wolff«-Telegramm haben Seine Majestät mir mit dem Befehl übergeben, dasselbe an Euere Exzellenz zu telegraphieren mit dem Hinzufügen, daß Seine Majestät mit dem Inhalt recht zufrieden wären: ‚Nach einer Meldung der »Agence Havas« sah sich die mit der Abgrenzung von Togo beschäftigte deutsch-französische Kommission gegenüber dem Widerstand der eingeborenen Kafiris genötigt, in völligem Einvernehmen und unter Leitung des französischen Kommissars Majors Clé sich mit Gewalt den Weg zu bahnen. Die Eingeborenen wurden in mehreren Gefechten zurückgeworfen und erlitten beträchtliche Verluste.' "

Unter Bezugnahme auf diese Mitteilung habe ich soeben nachstehendes an Seine Majestät den Kaiser und König telegraphiert:

---

* Den Text der kaiserlichen Rede vom 18. August siehe in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1899, S. 129.

„Euerer Majestät danke ich ehrfurchtsvollst für gnädige Mitteilung des erfreulichen »Havas«-Telegramms. Die Macht der Tatsachen wird sich, wenn auch langsam, so doch schließlich nur um so sicherer auch hier als stärker erweisen wie die unverständigen menschlichen Leidenschaften. pp.*."

Bülow

Nr. 3583

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 430 St. Petersburg, den 6. Oktober 1899

In seiner bekannten Gehässigkeit gegen alles Deutsche vermag der „Swet" auch die auf seiten Frankreichs wie Deutschlands zutage tretenden Bestrebungen, zu einer gegenseitigen Verständigung zu kommen, nicht unbefangen zu beurteilen. Davon gibt sein heutiger Leitartikel einen neuen Beweis.

Das Blatt macht zunächst den beiden hier in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen, dem „Herold" und der „St. Petersburger Zeitung", den Vorwurf, daß sie den im „Temps" abgedruckten Brief d'Estournelles, der angeblich für die Verzichtleistung Frankreichs auf Elsaß-Lothringen plädiere, falsch verstanden haben. Der Autor des Briefes spreche im Gegenteil den Wunsch aus, die elsaß-lothringische Frage möchte sobald als möglich, freilich nur auf friedlichem Wege, gelöst werden. D'Estournelles habe übrigens, wie der „Swet" gewissermaßen zu seiner eigenen Erleichterung hinzufügt, „niemals das Vertrauen des französischen Volkes besessen". Wenn ferner die gemeinschaftliche Aktion der Deutschen und Franzosen in Togo ** als Zeichen der Annäherung dieser beiden Völker hingestellt werde, so erscheine es nötig, darauf hinzuweisen, daß derartige Zufälligkeiten in Afrika nicht selten sind und nur von der europäischen Presse je nach dem Zwecke, der erreicht werden soll, weit über Gebühr aufgebauscht werden.

„Bis jetzt", schreibt das Blatt weiter, „sind alle ernstlichen Versuche in Paris, eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland zustande zu bringen, auf das Drängen der Kolonialkreise hin erfolgt und haben offenkundig einem englandfeindlichen Zwecke gedient. Von der Unterstützung Deutschlands haben diese Kreise auch einen Sieg in dem ägyptischen Konflikte erwartet. Für die diplomatische Aktion Frankreichs an den Ufern des Nils gibt es keine feste Basis mehr, außer

---

* Der Schluß des Telegramms betrifft die Samoafrage.

** Vgl. Nr. 3582.

den alten internationalen Verträgen, welche die Engländer für nichts achten. Unter diesen Umständen kann ein französisch-deutsches Einvernehmen als Mittel dazu, um der englischen Hinterlist friedlichen Widerstand entgegenzusetzen, nicht mehr wünschenswert sein. Wenn es trotzdem Leute gibt, die eine Verständigung mit Deutschland fordern, so sind das eben außer einigen naiven Unbeteiligten ausschließlich solche Leute, die einen ganz anderen Zweck im Auge haben."

Eine Annäherung ohne genügende Befriedigung der französischen Interessen könne nur das abenteuerliche Ziel einer Gruppe von Intriganten sein, und eine darauf gerichtete Politik verdiene nicht den Namen einer französischen Politik.

Radolin

Nr. 3584

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Derenthall

Eigenhändig

Berlin, den 10. Oktober 1899

Der französische Geschäftsträger* sagt mir, er sei von Herrn Delcassé beauftragt, dessen Befriedigung über das Zusammenwirken deutscher und französischer Truppen im Vorgehen gegen die Eingebornen an der Togogrenze hier gelegentlich auszusprechen.

Ich habe dem Geschäftsträger sehr freundlich für seine Mitteilung gedankt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß ein „koloniales Zusammenwirken" auch ferner in geeigneten Fällen möglich sein werde**.

v. Derenthall

---

* Boutiron.

** Eine Folge hat dieser Wink nicht gehabt; wie so oft fiel die deutsche Anregung zu Boden. Selbst französische Zeitungen haben das gerügt; so geißelte der „Courier d'Haiphong", wie der Gesandte Freiherr von Ketteler in Peking am 5. Dezember berichtete, die Mißgriffe des französischen Kolonialministers Decrais in einem Leitartikel vom 16. November und nannte es darin eine folgenschwere Unterlassungssünde, daß, nachdem der Besuch des deutschen Kaisers auf dem französischen Kriegsschiff „Iphigénie" den Weg der Annäherung an Deutschland geebnet, der Kolonialminister Decrais ebenso wie sein Kollege Delcassé es versäumt hätten, die Unterstützung Deutschlands oder doch dessen wohlwollende Zurückhaltung für die Zwecke der französischen Politik in Ostasien zu sichern.

Nr. 3585

Der Botschafter in Paris Fürst Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 405 Paris, den 10. November 1899

Wie ich zu melden die Ehre hatte, sah man hier dem Besuche des Zaren in Potsdam* mit einem gewissen Mißtrauen und nervösem Unbehagen entgegen. Diese Stimmung hat sich durch die Bekanntgabe der deutsch-englischen Übereinkunft** noch vermehrt und spiegelt sich in der Presse auf das deutlichste wider.

Durch das gedachte Abkommen, welches als ein entschiedener Erfolg der deutschen Politik anerkannt wird, ist den Franzosen sichtlich die letzte Hoffnung auf eine Intervention im Transvaalkonflikt mit deutscher Hülfe genommen, obwohl sie nicht glauben wollen, daß wir uns damit England gegenüber völlig die Hände gebunden hätten.

Eine Sammlung von derartigen Preßstimmen reiche ich gleichzeitig ein.

Münster

---

* Über den Besuch des Zaren in Potsdam, der am 8. November stattfand, vgl. Kap. LXXXVIII, Nr. 3547 und 3548. Bei dieser Gelegenheit kam auch zwischen dem Staatssekretär Grafen von Bülow und dem russischen Minister des Auswärtigen Grafen Murawiew die Möglichkeit eines gemeinsamen Zusammengehens von Rußland, Frankreich und Deutschland gegen England zur Sprache, die aber von Graf Murawiew mit der Motivierung abgewiesen wurde: „Es sei gar nichts zu machen. Frankreich denke nicht daran, etwas zu unternehmen, sondern warte den weiteren Gang der Kriegsereignisse ab.“ Vgl. die Aufzeichnung Graf Bülows vom 8. November in Nr. 3548 und für die spätere Entwicklung der Dinge Bd. XV, Kap. IC.

** Gemeint ist das am 9. November in seinen Grundzügen bekanntgegebene deutsch-englische Abkommen über Samoa. Vgl. darüber Bd. XIV, Kap. XCVI.

Anhang

Die Dreyfus-Affäre und die inneren Verhältnisse Frankreichs 1896—1899

Nr. 3586

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Paris Grafen Münster, z. Z. in Derneburg**

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 16. September 1896

Leider muß ich Euere Exzellenz während Ihres Urlaubs mit nachstehender Anfrage in einer amtlichen Angelegenheit behelligen.

Wie Euere Exzellenz aus den Anlagen, nämlich:

1.) der Abschrift eines Berichts des Herrn von Müller** vom 11. d. Mts., 2.) einem Telegramm desselben vom 14. d. Mts., 3.) einem Ausschnitt aus dem „Berliner Tageblatt" vom 14. d. Mts. geneigtest ersehen wollen, hat ein Teil der französischen Presse*** die kürzlich aufgetauchten Gerüchte von dem angeblichen Entweichen des Dreyfus zum Anlaß genommen, um die im Januar v. Js. durch Ew. pp. entschiedenes Auftreten † nicht ohne Mühe zum Schweigen gebrachten Angriffe auf die Kaiserliche Vertretung in Frankreich mit neuen Details wieder aufzunehmen.

---

* In den folgenden Schriftstücken ist alles zusammengefaßt, was sich aus den Akten des Auswärtigen Amts über die Dreyfus-Affäre, die angeblichen Beziehungen Dreyfus' zu Deutschland und die deutsche Stellungnahme zu dem Fall entnehmen läßt.

** Geschäftsträger in Paris.

*** Es handelte sich vor allem um einen Artikel des „Eclair" vom 15. September 1896, dessen wesentlicher Inhalt vom „Berliner Tageblatt" schon am 14. bekanntgegeben werden konnte. Danach sollte die Schuld Dreyfus' vor allem durch zwei Schriftstücke erwiesen sein, einmal durch einen chiffrierten Brief des deutschen Militärattachés Oberstleutnant von Schwartzkoppen an seinen italienischen Kollegen Oberstleutnant Panizzardi, in dem es u. a. geheißen hätte: „Cet animal de Dreyfus devient trop exigeant", sodann durch ein angeblich auf der deutschen Botschaft entwandtes „bordereau anonyme", das nach dem „Eclair" die Schriftzüge Dreyfus' aufwies. Beide Schriftzüge sind bekanntlich später als Fälschungen festgestellt worden. Vgl. Joseph Reinach, Histoire de l'Affaire Dreyfus T. 2, p. 348 ff.

† Vgl. Bd. IX, Kap. LIX, Nr. 2334 ff.

Wie Ew. pp. erinnerlich, haben wir uns mit dem in der „Agence Havas“ am 9. Januar v. Js. veröffentlichten erneuten Dementi * nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung befriedigt erklärt, daß damit der Preßkampf aufhöre. Die französische Regierung verstößt also, indem sie das Wiederaufleben der Hetze geschehen läßt, gegen die damals von ihr übernommenen Verpflichtungen, und es entsteht die Frage, ob wir dies ruhig hinnehmen oder dagegen irgendwie reagieren sollen.

Als etwaige mögliche Gegenmaßregeln käme auf den ersten Blick etwa in Betracht, daß wir die französische Regierung an jene Verpflichtungen erinnerten und von ihr eine Einwirkung auf die Presse ihres Landes oder vielleicht eine abermalige, die neuen Beschuldigungen für unbegründet erklärende offiziöse Note verlangten, oder aber daß wir unsererseits die Zurückweisung der französischen Angriffe durch unsere heimische, für offiziös geltende Presse besorgen ließen. Auch wäre es schließlich möglich, einen geeigneten Artikel in ein französisches Blatt zu lancieren.

Bevor über den zu beschreitenden Weg hier eine Entscheidung getroffen wird, wäre es erwünscht, Euerer pp. Ansicht zur Sache kennenzulernen.

Ew. pp. erlaube ich mir daher um eine gefällige Äußerung ganz ergebenst zu ersuchen. Rotenhan

Nr. 3587

Der Botschafter in Paris Graf Münster, z. Z. in Derneburg, an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan

Eigenhändiger Privatbrief

Derneburg, den 17. September 1896

Euer Exzellenz verehrliches Schreiben vom 16. September, die Angriffe einiger französischer Blätter, die Dreyfus-Affäre betreffend, habe ich soeben zu erhalten die Ehre gehabt, und beeile ich mich, folgendes darauf ergebenst zu erwidern:

Unsre Presse hat sich schon mit diesen ebenso unsinnigen und unverschämten Angriffen der französischen Hetzpresse beschäftigt und hat dieser eine größere Wichtigkeit beigelegt, statt solche tendenziöse Lügen zu ignorieren und totzuschweigen, was nach meiner Erfahrung immer das beste wäre.

Da das nicht geschehen ist, liegt es in unserm und der französischen Regierung Interesse, den Sachverhalt richtigzustellen, um so mehr, weil die Mitteilungen den Schein erwecken, als stammten sie aus offiziellen Quellen.

---

* Vgl. Bd. IX, Kap. LIX, Nr. 2342.

Den französischen Behörden muß selbst daran liegen, solche Behauptungen Lügen zu strafen, und hat das Auswärtige Amt entschieden die Pflicht, die Kaiserliche Botschaft in Schutz zu nehmen gegen solche lügnerischen und absurden Angriffe. Daß diese Angriffe erlogen sind, hat die französische Regierung selbst anerkannt, und daß sie absurd sind, beweist die Behauptung, daß das Vorgehen gegen Dreyfus auf eine chiffrierte Mitteilung unsres Militärattachés an den italienischen Kameraden zurückgeführt wird.

Meiner Meinung nach wird es sich empfehlen, Herrn von Müller zu beauftragen, Herrn Hanotaux auf dieses Treiben der Presse möglichst bald aufmerksam zu machen und dabei die Erwartung auszusprechen, daß der Minister in einer offiziösen Note es entschieden zurückweise.

So wie ich Herrn Hanotaux kenne, wird er nicht gern gleich darauf eingehen, denn wie alle republikanischen Minister fürchtet er sich auch vor der Presse und wird behaupten, daß er keinen Einfluß auf sie habe; sieht er aber, daß wir darauf bestehen, und glaubt er, daß daraus ein unangenehmer Preßkampf entstehen könnte, so wird er darauf eingehen. Täte er es nicht, so können wir in unserer offiziösen Presse vorgehen und deutlich werden. —

Ich bedaure außerordentlich, Euer Exzellenz nicht vor meiner Abreise, die ich auf den 29. dieses Monats festgesetzt habe, begrüßen zu können.

Münster

Nr. 3588

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Geschäftsträger in Paris von Müller

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 624 Berlin, den 19. September 1896
[abgegangen am 20. September]

Falls die Preßkampagne in der Dreyfus-Angelegenheit weiter um sich greift und auch Blätter von Bedeutung sich der aus diesem Anlaß betriebenen Deutschenhetze anschließen, ersuche ich Ew. pp., die Aufmerksamkeit des Ministers des Äußern in freundschaftlicher Weise auf dies Treiben zu lenken und dabei die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung in einer offiziösen Note diese ungerechtfertigten Angriffe auf uns entschieden zurückweisen werde*.

Rotenhan

* Nach einem Bericht Graf Münsters, der erst Ende des Monats nach Paris zurückkehrte, vom 22. November hätte er sich darauf beschränkt, den Minister Hanotaux freundschaftlich zu bitten, dem Treiben der Pariser Presse Einhalt zu gebieten.

Nr. 3589

Bericht des Militärattachés in Paris Oberstleutnants von Schwartzkoppen

Abschrift

Nr. 15 Paris, den 20. September 1896

Der Artikel des „Eclair“ vom 14. d. Mts.*, in welchem er seinen Lesern den vermeintlichen wahren Vorgang über den Fall Dreyfus mitzuteilen sich anmaßt, trägt zu sehr den Stempel der Unwahrheit an der Stirn, als daß er an sich einer besonderen Würdigung wert wäre. Nichtsdestoweniger sind derartige Mitteilungen, in welchen die deutsche Botschaft und der deutsche Militärattaché von neuem verdächtigt werden, mit dem p. Dreyfus in Verbindung gestanden zu haben, geeignet, die zurzeit bestehenden guten Beziehungen der beiden Staaten zu gefährden, zumal wenn auch ernstere Blätter wie der „Temps“ es für angezeigt erachten, derartigen Artikeln eine weitere Verbreitung zu verschaffen. So benutzt auch der „Matin“ vom 15. d. Mts. diese Veranlassung, um wieder auf die Schädlichkeit der Institution der Militärattachés hinzuweisen und die Aufhebung dieser Institution zu verlangen.

Im großen und ganzen kann es für uns ja nur vorteilhaft sein, wenn die Angelegenheit Dreyfus wieder besprochen wird, vorausgesetzt, daß dadurch eine wirkliche und wahrheitsgetreue Aufklärung dieser mysteriösen Affäre herbeigeführt wird, die ja dann nur zu unseren Gunsten ausfallen könnte. Solange aber die französische Presse nur erfundene und erlogene Mitteilungen bringt, die angezeigt sind, die deutsche Botschaft und den deutschen Militärattaché zu verdächtigen und deren Ansehen nicht nur gegenüber dem französischen, sondern auch dem deutschen Publikum herabzusetzen, und solange die französische Regierung keine Schritte tut, derartige Verdächtigungen zu dementieren, dürften wir Veranlassung haben, uns gegen derartige Artikel energisch zu wehren.

Ich glaube, daß in dieser Beziehung eine an maßgebender Stelle abgegebene bündige Erklärung der hiesigen Botschaft und das Verlangen eines dementsprechenden offiziellen Dementis die einzigste Aussicht bietet, der weiteren Verbreitung absolut erfundener und gefälschter Nachrichten Einhalt zu tun, da anscheinend offiziöse Erklärungen, wie sie die „Kölnische Zeitung“ bringt, in der hiesigen Presse nicht abgedruckt werden. Für durchaus falsch aber erachte ich es, wenn der hiesige Vertreter der „Frankfurter Zeitung“** uns damit einen Dienst zu leisten glaubt, wenn er diese Angelegenheit benutzt, den früheren französischen Kriegsminister, jetzt Kommandierenden General

---

* Vgl. Nr. 3586, Fußnote ***.

** Dr. Goldmann.

des 4. französischen Armeekorps General Mercier in ganz unbegründeten und beleidigenden Ausdrücken anzugreifen, und ihm eine Handlungsweise vorwirft, die diesen und die französische Bevölkerung verletzen muß. Wir sollten uns hüten, in den Fehler der französischen Presse zu verfallen, die sich nicht scheut, bestimmte Personen der niedrigsten Handlungen anzuklagen, ohne dafür das nötige Beweismaterial zu besitzen. Man kann sich nicht wundern, wenn unter solchen Umständen ein Teil der französischen Presse die Ausweisung des die Hospitalität gröblich verletzenden Korrespondenten fordert.

Was den Fall Dreyfus selbst betrifft, so ist es mir in den beinahe zwei Jahren, die seit dem Vorfall verflossen sind, nicht gelungen, irgendeine Aufklärung für denselben zu erhalten. Ich kann mir nur denken, daß entweder ein gefälschtes Schriftstück vorgelegen hat oder aber, daß Dreyfus wirklich versucht hat, Verbindungen anzuknüpfen, und ein diesbezügliches Schriftstück, bevor es an seine Adresse gelangt ist, entdeckt wurde. Wie dem auch sei, die Angelegenheit ist sehr mysteriös, und scheint sich ein Zweifel über die Schuld des Deportierten immer mehr Bahn zu brechen. Trotzdem die aufsehenerregenden Mitteilungen des „Eclair" mitten in die Zeit hineinfielen, während welcher ich in den französischen Manövern war, so habe ich irgendeine veränderte Haltung der französischen Offiziere oder der Bevölkerung mir gegenüber nicht bemerkt. Der Herr Kriegsminister war sogar auffallend liebenswürdig. Er wird wohl aus den Akten wissen, daß ich in der ganzen Affäre durchaus unbeteiligt bin, und die übrigen Offiziere werden sich wohl sagen, daß, wenn der geringste Verdacht seitens der französischen Regierung auf mir hafte, dieselbe mein Verbleiben auf dem hiesigen Posten unmöglich gemacht haben würde.

Mein italienischer Kollege versichert mir wiederholentlich, daß Italien der Angelegenheit Dreyfus vollkommen fremd gegenüberstehe.

(gez.) von Schwartzkoppen

Nr. 3590

*Bericht des Militärattachés in Paris Oberstleutnants von Schwartzkoppen**

Abschrift

Nr. 23 Paris, den 22. November 1896

pp. Was den Fall Dreyfus selbst betrifft, so hat weder die Broschüre Bernard Lazare** noch die Interpellation*** zur Klärung der Ange-

* Der Anfang des Berichts gibt ein längeres Resumé über den bisherigen Gang der Dreyfus-Affäre.

** Une Erreur Judiciaire. La Verité sur l'affaire Dreyfus par Bernard Lazare, Bruxelles 1896.

*** Sie hatte am 18. November mit negativem Ausgang stattgefunden.

legenheit beigetragen, dieselbe bleibt vielmehr ebenso mysteriös wie bisher. Es kann von hier aus nur immer wiederholt werden, daß p. Dreyfus auf der hiesigen Botschaft absolut unbekannt war und ist, daß weder mit ihm direkt noch mit einem Zwischenhändler jemals Beziehungen stattgefunden haben, daß somit auch ein angeblich von Dreyfus geschriebenes und auf der deutschen Botschaft entwendetes Schriftstück, welches zu seiner Verurteilung geführt haben soll, auf der Botschaft niemals existiert hat. Ist die Verurteilung des p. Dreyfus aber wirklich auf ein angeblich von ihm stammendes, auf der deutschen Botschaft entwendetes Schriftstück erfolgt, so ist die Verurteilung eine falsche, und die französische Regierung hat nach der Erklärung des deutschen Botschafters gegenüber dem französischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, daß die Botschaft keinerlei Beziehungen mit Dreyfus gehabt habe, die schwere Verantwortung für diesen Justizmord allein auf sich zu nehmen.

(gez.) von Schwartzkoppen

Nr. 3591

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 240 — Paris, den 29. Oktober 1897

Schon seit einiger Zeit gingen durch die Presse dunkele Andeutungen, daß die Affäre Dreyfus, auf welche sich zuletzt mein gehorsamer Bericht Nr. 199 vom 3. Dezember v. Js. bezog, wieder aufleben sollte, und zwar in Gestalt einer Kampagne zugunsten des angeblich zu Unrecht verurteilten Artilleriehauptmanns. Bald verlautete, Bernard Lazare* würde eine neue Broschüre veröffentlichen; bald hieß es, verschiedene Preßorgane wollten, überzeugt von der Unschuld des Dreyfus, die Besprechung der Angelegenheit energisch wieder aufnehmen; schließlich wurde behauptet, der hochgeachtete Senator Scheurer-Kestner beabsichtigte durch eine Interpellation die Sache zur Sprache zu bringen. Ich habe dieser unkontrollierbaren Gerüchte bisher nicht Erwähnung getan; nachdem aber der „Matin" in seiner heute erschienenen Nummer dieselben im wesentlichen bestätigt und bestimmt ankündigt, daß tatsächlich demnächst ein Versuch zur Rehabilitierung des Hauptmanns Dreyfus gemacht werden wird, habe ich doch geglaubt, die von dem genannten Blatt darüber angestellten Erhebungen im beifolgenden Ausschnitt** einreichen zu sollen. Danach

---

* Vgl. Nr. 3590, Fußnote **.
** Hier nicht übernommen.

sehe man in Regierungskreisen mit Ruhe den kommenden Ereignissen entgegen, denn an maßgebender Stelle herrsche die Überzeugung, daß der Senator Scheurer-Kestner zwar gutgläubig die Unschuld des Verräters vertrete, daß er aber das Opfer geschickter Beeinflussung seitens der Familie Dreyfus geworden sei; dieselbe behaupte nämlich, den eigentlichen Missetäter in Gestalt des üblichen Strohmannes gefunden zu haben, welcher alle Schuld auf sich nehme, sich aber wohlweislich auf Schweizer Gebiet, also in Sicherheit vor etwaiger Verfolgung befinde.

Ich werde die Entwickelung der Angelegenheit im Auge behalten und nicht verfehlen, Euerer Durchlaucht darüber Bericht zu erstatten. Ich selbst habe niemals bezweifelt, daß die Verurteilung des Dreyfus zu Unrecht erfolgt ist[1]. Münster

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ich auch nicht*

Nr. 3592

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Ausfertigung

Berlin, den 23. November 1897

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät bitte ich den beifolgenden Ausschnitt aus dem Pariser „Matin" vom 21. d. Mts. ehrerbietigst unterbreiten zu dürfen, worin eine Auslassung der Zeitung „Le Rappel" zu der Angelegenheit des wegen Verrats verurteilten ehemaligen französischen Hauptmanns Dreyfus wiedergegeben ist. Der „Rappel" behauptet, Euere Majestät hätten seinerzeit vor Fällung des kriegsgerichtlichen Spruchs in einem eigenhändigen Schreiben an den damaligen Präsidenten der französischen Republik Fürsprache zugunsten des Dreyfus eingelegt. Das Blatt gibt sich den Anschein, als könne es einzelne Wendungen aus diesem Schreiben wörtlich mitteilen.

Fürst v. Hohenlohe

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
24/XI 97. Unsinn! Habe niemals in der Sache an irgendwen geschrieben. W.

---

* Ebenso bemerkte Kaiser Wilhelm II. zu einem Berichte Münsters vom 9. November 1896, der die Auffassung Bernard Lazares dahin wiedergab, daß die Verurteilung Dreyfus' seinerzeit auf ungesetzlichem Wege zustande gekommen sei: „Der Ansicht war ich früher und bin es auch heute noch." Infolge dieser Überzeugung begrüßte der Kaiser, wie aus anderen Randbemerkungen hervorgeht, lebhaft das spätere Auftreten Zolas zugunsten Dreyfus' im Januar 1898. Auch Joseph Reinach weiß in seinem großen Werke „L'Histoire de l'Affaire Dreyfus" T. II, p. 510, V, p. 53, von bündigen Versicherungen der Unschuld Dreyfus' durch Kaiser Wilhelm II. zu berichten.

Nr. 3593

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 267 Paris, den 28. November 1897

Paris spricht nur noch von Dreyfus*. Alles andere scheint für den Augenblick vergessen. An Griechenland** denkt niemand mehr, und auch die Uniformen der Preobrajensky*** sind zur unrechten Zeit gekommen und werden wenig beachtet.

Ich habe von vornherein die Haltung angenommen und meinen Herren der Botschaft anempfohlen, daß uns die ganze Sache nichts angeht und uns nicht weiter berührt[1].

Nachdem ich damals während der Untersuchung gegen Dreyfus amtlich erklärte, daß die Kaiserliche Botschaft keinerlei Verbindung mit Dreyfus gehabt habe†, scheint mir dieser Standpunkt der einzig richtige zu sein.

Damit habe ich auch alle Anfragen und Gespräche von vornherein abgeschnitten.

Herr Hanotaux, dem gegenüber ich aus demselben Grunde niemals die Sprache darauf brachte, redete mich selbst darauf an. Ich verwies ihn auch auf meine frühere Erklärung; er versicherte, sie auch niemals bezweifelt zu haben, und sprach sein lebhaftes Bedauern über die Haltung der schlechten Presse aus, auf die er leider keinen Einfluß habe. Die oppositionelle Presse benutze diese Gelegenheit, um die eigene Regierung sowie die Armee zu schädigen und politische Schwierigkeiten zu bereiten. Sozialisten, Chauvinisten und Semiten arbeiteten in diesem Falle gemeinschaftlich. Herr Hanotaux meinte, diese unglückliche Angelegenheit sei hoffentlich dem schädlichen Ein-

---

* Das Eintreten des Senators Scheurer-Kestner für Dreyfus hatte die Dreyfus-Affäre von neuem aufgerührt. Er erreichte, daß gegen den Major Walsin Esterhazy, der von der Familie Dreyfus auf Grund des von dem Oberstleutnant Picquart gesammelten Beweismaterials beschuldigt wurde, der wahre Urheber des fälschlich Dreyfus zur Last gelegten „bordereau anonyme" zu sein, ein kriegsgerichtliches Verfahren eingeleitet wurde, das indessen am 10. Januar 1898 zur Freisprechung führte. In bezug auf Dreyfus selbst hielt die französische Regierung bei den mehrfachen Interpellationen in der Kammer (16. November, 5. Dezember 1897) und im Senat (7. Dezember) an dem Standpunkt fest, daß ein Grund für ein Wiederaufnahmeverfahren nicht vorliege; Kriegsminister Billot setzte sich sogar immer wieder nachdrücklich für die Schuld Dreyfus' ein, ohne damit die öffentliche Meinung ganz zur Ruhe bringen zu können. Später hat bekanntlich Esterhazy offen zugegeben, der Verfasser des gefälschten Bordereaus gewesen zu sein.

** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXX.

*** Das Orchester des Preobrajensky-Regiments war im November 1897 zwecks Abhaltung von Konzerten in Paris erschienen.

† Vgl. Bd. IX, Kap. LIX, Nr. 2332, Fußnote.

flusse der Presse bald entrückt, da die Untersuchung eingeleitet und die Regierung entschlossen sei, der Sache auf den Grund zu gehen.

Das Syndikat, welches sich zur Verteidigung des Hauptmanns Dreyfus gebildet hat und über bedeutende Mittel verfügt, beschuldigt den Major Esterhazy.

Der „Figaro“ scheint gewonnen zu sein, greift den Major schonungslos an und veröffentlicht Briefe, die, wenn wahr, ein eigenes Licht auf diesen anscheinend sehr dunkeln Ehrenmann werfen.

Die Untersuchung auch darüber ist eingeleitet, und bis diese beendet und veröffentlicht sein wird, läßt sich kein sicheres Urteil fällen, und was daraus wird, läßt sich noch nicht erkennen.

Mir scheint, der sehr wohlmeinende Herr Scheurer-Kestner, einer der Nachkommen der Charlotte aus Werthers Leiden, hat sich zu weit vorgewagt, und er wird schwerlich juristisch die Unschuld des Dreyfus nachweisen können. Dadurch sind aber mehrere Offiziere kompromittiert.

Daraus indes der ganzen Armee einen Vorwurf zu machen und einen Stein auf sie zu werfen, wäre ungerecht.

Der Herzog von Orléans tut das durch einen sehr taktlosen Brief, den er seinem militärischen Erzieher, dem Obersten von Parseval, schrieb und veröffentlichen ließ. pp.*. Münster

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 3594

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 9. Dezember 1897

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät hatten durch den alleruntertänigst wieder angeschlossenen Randvermerk** dem Gedanken Ausdruck zu geben geruht, daß Dreyfus vielleicht mit der russischen Botschaft in Paris Beziehungen gehabt habe, und daß die sonst un-

---

* Den Schluß des Berichts bilden weitere Mitteilungen über den Herzog von Orléans.

** Zu einem Telegramm Graf Münsters vom 1. Dezember 1897 hatte Kaiser Wilhelm II. bemerkt: „Sollte die Abberufung von Mohrenheim nicht vielleicht auch indirekt irgend Etwas mit Dreyfus zu thun haben? Mohrenheim ist auch Jude, und es geht der Verdacht, daß Dreyfuss um deßwillen mit soviel Geheimniß umgeben wird, und darum niemand mit der Sprache heraus will, weil er mit der Russischen Botschaft Beziehungen hatte?!“ Die Abberufung Baron von Mohrenheims, der durch den Fürsten Urussow ersetzt wurde, erfolgte übrigens erst im Februar 1898.

erklärliche Zurückhaltung der französischen Regierung auf das Bestreben zurückzuführen sei, Rußland nicht bloßzustellen.

Graf Münster, den ich sofort ersucht hatte, sich über die Frage zu äußern, spricht sich in dem ebenmäßig beigefügten Bericht vom 6. d. Mts. dahin aus, daß ihm keine Anzeichen bekannt sind, welche auf einen Zusammenhang zwischen Dreyfus und der russischen Botschaft schließen lassen*. B. von Bülow

Nr. 3595

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 225 Paris, den 12. Dezember 1897

Der heutige „Intransigeant" bringt einen Artikel, in welchem Seine Majestät der Kaiser und König und ich direkt beschuldigt werden, mit Dreyfus in Verbindung gestanden zu haben**. Bisher konnten wir die Angriffe der Presse ignorieren, um so mehr, als dieselben gegen uns nicht mehr im Vordergrunde standen und in der öffentlichen Meinung wenig Glauben fanden. Rochefort sucht auf niederträchtige Weise die öffentliche Meinung gegen uns und die eigene Regierung aufzuregen; diese Angriffe sind aber so persönlich gegen Seine Majestät und seinen Vertreter gerichtet, daß ich mich für verpflichtet gehalten habe, sofort aus eigener Initiative die Aufmerksamkeit der hiesigen Regierung darauf zu lenken. Herr Hanotaux, den ich diesen Morgen gleich um eine Unterredung darüber gebeten hatte, empfing mich mit der Versicherung, daß der Konseil-Präsident Méline und er diese unerhörten Angriffe beklagten, mißbilligten und entschlossen seien, mit aller Energie dagegen aufzutreten. Herr Méline habe ihn und Herrn Dupuy*** sofort kommen lassen, und habe Herr Méline

---

* Später änderte sich die Auffassung Münsters mindestens in bezug auf den russischen Militärattaché General Fredericks. Vgl. den Münsterschen Bericht vom 7. August 1899, Nr. 3577. Zur Frage der Beziehungen der russischen Botschaft zu Dreyfus vgl. auch Joseph Reinach: Histoire de l'Affaire de Dreyfus T. III, p. 562 ss.

** Es hieß in dem Artikel des „Intransigeant" u. a.: „Une des fameuses pièces secrètes est une lettre de l'empereur d'Allemagne lui-même. — Elle fut dérobée, photographiée et replacée où elle avait été prise. — Dans cette lettre, adressée à Mr. de Münster, Guillaume II. nommait tout au long le capitaine Dreyfus, commentait certains renseignements et chargeait l'agent de l'ambassade communiquant avec lui d'indiquer au traître les autres renseignements à recueillir, nécessaires à l'état-major allemand. — Telle est l'origine de la principale ‚pièce secrète'". Vgl. auch Joseph Reinach, Histoire de l'Affaire Dreyfus T. I, 348 s.

*** Französischer Ministerpräsident 1894/95, also während des ersten Stadiums der Dreyfusaffäre.

folgendes Dementi sofort, ehe ich Herrn Hanotaux sehen konnte, in der „Agence Havas" veröffentlicht:

„Le journal ‚Intransigeant' fait ce matin, à propos de l'affaire Dreyfus, sous ce titre: La pièce secrète, la vérité sur le traître, un récit inexact en tous points. Nous sommes autorisés à dire que le Gouvernement donne le démenti le plus formel à ce récit et affirme que les pièces visées dans cet article n'existent pas et n'ont jamais existé.

Monsieur Charles Dupuy, de son côté, proteste contre de pareilles allégations."

Herr Méline sei entschlossen, diesem Unfug zu steuern, würde auch, falls dies nicht genügt, in der Kammer Erklärung abgeben und auch nicht davor zurückschrecken, Waffen gegen die Presse zu verlangen (Preßgesetz)[1]. Herr Méline wünscht noch mit mir darüber zu sprechen.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das ist das einzig richtige

Nr. 3596

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 228 Paris, den 14. Dezember 1897

Im Anschluß an Telegramm Nr. 225*.

„Agence Havas" bringt angesichts der fortgesetzten Verbreitung sensationeller Lügennachrichten durch einzelne Preßorgane erneut kategorisches amtliches Dementi. Die Regierung sei entschlossen, wenn dies Treiben nicht aufhöre[1], mit Hilfe des Parlaments Maßregeln zu ergreifen, um demselben ein Ende zu machen.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Vorläufig ist das eine ganz haltlose Wiederholung des ersten Dementis! Seitdem hat das Treiben nicht aufgehört, aber die Regierung ist doch nicht eingeschritten! Sie wird es auch trotz aller Versicherungen nicht. W.

---

* Siehe Nr. 3595.

Nr. 3597

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 286 Paris, den 16. Dezember 1897

Die Lügen Rocheforts würden in jedem anderen vernünftigen Lande und jeder anderen Hauptstadt sofort als Lügen erkannt und nicht beachtet worden sein.

Der Pariser ist aber bei allem, was die Politik, namentlich aber, was Deutschland betrifft, vollständig unzurechnungsfähig. Die Oberflächlichkeit und Leidenschaftlichkeit des Parisers läßt ihm keine Zeit zum Nachdenken, und deshalb hat die schlechte Presse hier den gefährlichsten Einfluß.

So unglaublich es auch scheinen mag, daß vernünftige Franzosen, d. h. solche, die man für vernünftig halten müßte, die Rochefortschen Enthüllungen glauben, so habe ich wiederholt konstatieren können, daß sie es doch tun.

Chauvinismus, Antisemitismus, Mitleid für einen vielleicht unschuldig Verurteilten haben den Fall Dreyfus zu einem politischen Ereignisse gemacht.

Daß bei der allgemeinen Aufregung es nicht gelitten werden kann, daß unser allergnädigster Herr und dessen Vertreter mit in diesen Streit gezogen werden, und daß einem solchen Mißbrauch der Preßfreiheit entgegengetreten werden muß, haben Herr Méline und sein Kabinett eingesehen. Leider fehlen der Regierung die Mittel, solchen Mißbräuchen wirksam entgegenzutreten, an gutem Willen fehlt es nicht.

Vor allem wäre ein Preßgesetz notwendig.

Herr Méline sagte mir, er sei fest dazu entschlossen[1], ein solches der Kammer vorzulegen. Ob das noch vor den Wahlen geschehen wird, scheint mir noch zweifelhaft, obgleich Herr Méline und Herr Hanotaux sagen, daß die Stimmung in der Kammer dafür in diesem Augenblick günstig sein würde.

Bei dieser Gelegenheit habe ich merken können, welchen Respekt die Franzosen doch vor der Tatkraft unsers allergnädigsten Herrn haben, und wie sie sich doch im Grunde fürchten, mit uns falschen Streit anzufangen.

Als ich am Sonntag morgen den Artikel des „Intransigeant" sah, schrieb ich sofort an Herrn Hanotaux und bat ihn, mich zu sehen. Er bat mich, um 3 Uhr zu kommen.

Als ich um 3 Uhr zu ihm kam, hatte er schon das der „Agence Havas“ übersandte und schon gedruckte Dementi in der Hand und sagte, Herr Méline habe ihn und auch den früheren Ministerpräsidenten Dupuy gleich kommen lassen, um mit ihnen zu beraten, was geschehen könne.

Er bedauere diesen Mißbrauch der Presse aufrichtig; darüber sei auch der Ministerpräsident entrüstet, und wünsche derselbe mir selbst sein Bedauern darüber auszusprechen.

Herr Méline, den ich darauf gleich aufsuchte, sagte, er sehe die Sache für ebenso ernst an wie ich, bedauere diesen Vorfall und sei dazu entschlossen, solchem Mißbrauche zu steuern[2].

Daß er das ernstlich will, zeigt beiliegender Leitartikel der „République française“*.

Rochefort scheint zu fühlen, daß die Regierung ernste Absichten hat, und zieht jetzt schon etwas zurück.

In diesen Tagen werden wir sehen können, wie die Untersuchung gegen Esterhazy verläuft, und ob eine Revision des Prozesses Dreyfus möglich sein wird.

Die Aufregung, namentlich unter den Studenten, ist so groß, daß die Polizei am linken Seineufer polizeiliche Maßregeln ergriffen hat und die Botschaften sowie das Haus, in dem Scheurer-Kestner wohnt, durch starke Abteilungen von Polizeimannschaften schützen läßt.

Ich tue so, als gehe uns Dreyfus nichts an; wenn aber unser allergnädigster Herr mit in den Streit gezogen wird, so zeige ich mit aller Energie, daß ich das nicht dulden werde.

Ich tue dies auf meine eigene Verantwortung und sogleich, da ich das für richtiger und wirksamer halte, als erst infolge von Instruktionen zu handeln[3].

Mit der Redensart, daß solche Anfeindungen unbeachtet bleiben müßten, weil sie niemand glaube, lasse ich mich nicht abspeisen.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Phrase?
[2] hat es aber nicht gethan
[3] gut

---

* „La loi sur la Presse“ in der „République Française“ vom 16. September.

Nr. 3598

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 24 Paris, den 26. Januar 1898

Im Anschluß an meine gestrige Meldung Nr. 22 beehre ich mich zu berichten, daß die Kommentare zu den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs bezüglich der Affäre Dreyfus* in einem Teil der Presse fortgesetzt werden.

Während die bedeutenderen, insbesondere die der Regierung näherstehenden Organe wie „Temps", „Débats", „République Française", „Liberté" sich jeglicher Bemerkung enthalten, lassen namentlich die chauvinistischen Blätter aller Schattierungen ihren Gefühlen freien Lauf.

Der konservative „Gaulois" und der orleanistische „Soleil" nennen die Äußerungen des Herrn von Bülow bedeutungslos, da Deutschland an der Angelegenheit interessiert sei; der Zweck derselben sei lediglich, Frankreich herabzusetzen.

Zu zügellosen Angriffen benutzen den Anlaß natürlich die Hetzblätter vom Schlage der „Patrie", des „Jour" und des „Petit Journal", indem sie von Herausforderung und Kriegsgefahr sprechen.

Schließlich möchte ich noch auf die Auslassungen der „Libre Parole" hinweisen. Das Antisemitenblatt erklärt zwar, die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs hätten hier gar keinen Eindruck gemacht, bringt aber nichtsdestoweniger allein drei Entrefilets darüber.

Ich beehre mich, die betreffenden Zeitungsausschnitte hier beizufügen.

Münster

---

* Am 24. Januar 1898 hatte Staatssekretär von Bülow, nachdem in Frankreich, nicht zuletzt infolge des mutigen offenen Briefes Zolas an den Präsidenten Faure neue stürmische Kammerdebatten über den Fall Dreyfus (22./24. Januar 1898) stattgefunden hatten, in der Budgetkommission des Reichstags auf eine Anfrage des Abgeordneten Eugen Richter folgende Erklärung zur Dreyfusfrage abgegeben: „Sie werden es verstehen, wenn ich auf das Thema nur mit großer Vorsicht eingehe. Das Gegenteil könnte uns als Einmischung in innere französische Verhältnisse ausgelegt werden. Ich beschränke mich darauf, auf das allerbestimmteste zu erklären, daß zwischen dem gegenwärtig auf der Teufelsinsel befindlichen französischen Exkapitän Dreyfus und irgendwelchen deutschen Organen Beziehungen oder Verbindungen irgendwelcher Art niemals bestanden haben. Die Namen Walsin Esterhazy und Picquart habe ich vor drei Wochen zum ersten Mal in meinem Leben gehört. Die Geschichte von dem angeblich in einem Papierkorbe gefundenen Briefe eines mysteriösen Agenten existiert natürlich nur in der Phantasie und hat in Wirklichkeit nie stattgefunden. Ich möchte endlich mit Befriedigung konstatieren, daß die sogenannte Dreyfussache zwar viel Staub aufgewirbelt hat, aber die zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden gleichmäßig ruhigen Beziehungen nicht zu stören vermochte."

Nr. 3599

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Homburg v. d. H.

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 3. April 1898

Euerer Majestät Botschafter in Paris telegraphiert:

„Der Kassationshof hat das Verfahren des Prozesses Zola* für ungesetzlich erklärt, das Urteil als nicht zu Recht bestehend aufgehoben [1] und bestimmt, daß Zola nicht vor ein anderes Geschworenengericht zu verweisen sei**. Das Urteil des Kassationshofes ist damit begründet, daß der Kriegsminister nicht berechtigt war, im Namen des Kriegsgerichts die Anklage zu erheben. Somit ist Zola frei, wenn nicht eine neue Anklage gegen ihn erhoben wird.

Ob das geschieht, scheint sehr zweifelhaft. Die Regierung kommt in eine schwierige Lage, und eine Ministerkrisis wird nicht für unmöglich gehalten."

Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Bravo!

Nr. 3600

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 54 Paris, den 4. April 1898

„Le Siècle" bringt heute eine aus Bern datierte Veröffentlichung über die Beziehungen des Majors Esterhazy zu dem Obersten Schwartzkoppen***.

---

* Infolge seines offenen Briefes an den Präsidenten Faure vom 5. Januar 1898 war Zola vor ein Geschworenengericht gestellt worden, das ihn am 23. Februar wegen Beschimpfung der Armee zu einem Jahre Gefängnis, 3000 Frank Geldstrafe und zu den Kosten des Verfahrens verurteilte. Indessen annullierte der Kassationshof am 2. April das Urteil, weil der Kriegsminister anstatt des allein berechtigten Kriegsgerichts geklagt habe.

** In Wirklichkeit enthielt sich der Kassationshof nur, den Prozeß vor ein anderes Schwurgericht zu verweisen. Tatsächlich wurde Zola am 18. Juli vor einem neuen Schwurgericht wegen Beleidigung des Kriegsgerichts zu einem Jahre Gefängnis und 3000 Frank Geldstrafe verurteilt.

*** Nach dem Artikel des „Siècle" sollte der inzwischen (2. November 1897) von seinem Pariser Posten abberufene und zum Kommandeur des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments ernannte Oberst von Schwartzkoppen längere Zeit

Diese Beziehungen waren mir unbekannt, und hat sie Oberst von Schwartzkoppen mir verheimlicht.

Diese durch das Syndikat Dreyfus veranlaßte Veröffentlichung sollte eigentlich in einem englischen Blatte erfolgen. Es hat sich aber keines dafür gefunden. Das Kriegsgericht soll heute zusammenberufen werden, um über eine neue Anklage gegen Zola zu beraten, daher ist dieser Zeitpunkt für die Veröffentlichung im „Siècle“ gewählt.

Münster

Nr. 3601

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 67 Berlin, den 4. April 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 54*.

Beziehungen der von Ew. angedeuteten Art können selbst dann, wenn sie nicht bestanden haben, ihre Ablehnung also leicht ist, grundsätzlich nicht zum Gegenstande diesseitiger Eröffnungen an die französische Regierung gemacht werden. Deshalb ist es für mich zwecklos, der heiklen Frage, ob solche Beziehungen bestanden haben, näherzutreten.

Bülow

---

hindurch mit dem Major Esterhazy in Verbindung gestanden, diesen ohne Vorwissen des Botschafters Grafen Münster zu Spionendiensten benutzt und von ihm im Laufe der Zeit 162 Schriftstücke erhalten haben. Aus dem obigen Telegramm Münsters ergibt sich, daß ihm die Beziehungen Oberst Schwartzkoppens zu Major Esterhazy tatsächlich unbekannt geblieben waren, daß er nunmehr aber von ihrer Existenz überzeugt war. Über den Umfang der somit auf keine Weise zu bezweifelnden Beziehungen ist aus den Akten des Auswärtigen Amts nichts zu entnehmen; es liegt lediglich die Versicherung des Generalstabschefs Grafen Schlieffen vor, daß sich auf Grund des im Generalstab vorhandenen Materials ein überzeugender Nachweis von der Schuld des Majors Esterhazy nicht führen lasse. Siehe Nr. 3604. Oberst Schwartzkoppen selbst hat sich gegenüber dem italienischen Journalisten Henry Casella, der ihn Ende Dezember 1898 in Berlin aufsuchte und ihn hier nach seinen Beziehungen zu Esterhazy fragte, mit der Phrase: „Je le crois coupable de tout“, aus der Affäre gezogen. Um so nachdrücklicher ist Schwartzkoppen für die Unschuld von Dreyfus („je sais qu'il n'est pas coupable“) eingetreten. Henry Casella „Esterhazy et Schwartzkoppen“ im „Siècle“ vom 7. April 1898. Vgl. über die Beziehungen zwischen Schwartzkoppen und Esterhazy auch die Angaben von Joseph Reinach (Histoire de l'Affaire Dreyfus T. 2, p. 71 ss., 597), der sich u. a. auf direkte Mitteilungen Graf Münsters stützen kann.

* Siehe Nr. 3600.

Nr. 3602

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Rom Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 58 Berlin, den 13. April 1898

Durch Angaben französischer Zeitungen, insbesondre des „Siècle", ist der deutsche Militärattaché Oberst von Schwartzkoppen in Zusammenhang mit der Dreyfus-Esterhazy-Angelegenheit gebracht worden. Als Quelle dieser „Enthüllungen" werden der italienische Militärattaché Oberst Panizzardi und andre Mitglieder der italienischen Botschaft öffentlich bezeichnet. Die behaupteten Tatsachen entziehen sich sowohl der Kognition des Kaiserlichen Auswärtigen Amts wie auch der Kompetenz der italienischen Botschaft. Ew. wollen daher dem Marquis Visconti Venosta gegenüber der Erwartung Ausdruck geben, daß die Königlich Italienische Regierung bereits alles Erforderliche veranlaßt hat, um weiteren gleichartigen Auslassungen von Personen, die sich zur Zeit der verhandelten Vorgänge in amtlicher Stellung befanden, definitiv vorzubeugen.

Bülow

Nr. 3603

Der Botschafter in Rom Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 Rom, den 15. April 1898

Habe heute den in Telegramm Nr. 58* enthaltenen Auftrag ausgeführt. Marquis Visconti Venosta versicherte, alle Maßnahmen getroffen zu haben, um jedweden Auslassungen italienischer, in amtlicher Stellung befindlicher Personen in Sachen Dreyfus resp. Esterhazy vorzubeugen.

Der italienische Militärattaché in Paris, der auch in Brüssel und in der Schweiz funktioniere, habe sogar Auftrag erhalten, Paris zu verlassen, um in unauffälliger Weise sich nach dem einen oder dem anderen dieser letzteren Plätze zu begeben.

Überhaupt werde die italienische Regierung, nachdem bereits in Rom vor der Kammer eine Erklärung abgegeben worden sei, daß Oberst

---

* Siehe Nr. 3602.

Panizzardi den p. Dreyfus nicht einmal kenne, sich auch in Zukunft der äußersten Reserve befleißigen und in allen späteren aus dieser Angelegenheit etwa entstehenden Phasen sich in enger Fühlung mit der Kaiserlichen Regierung zu halten bestrebt sein.

Saurma

Nr. 3604

Der Chef des Generalstabes der Armee General der Kavallerie Graf von Schlieffen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Berlin, den 22. Mai 1898

Euerer Durchlaucht melde ich gehorsamst, daß aus dem hier vorhandenen Material sich ein überzeugender Beweis von der Schuld des Majors Esterhazy meines Erachtens nicht führen läßt.

Graf Schlieffen

Nr. 3605

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 184 Paris, den 26. Juli 1898

Ohne dem Umstande eine übermäßige Bedeutung beimessen zu wollen, läßt sich die Tatsache nicht verkennen, daß infolge der anhaltenden Agitation zur Dreyfussache die Deutschenhetze in der Pariser Presse wieder auf der Tagesordnung steht. Solange dieselbe sich auf die bekannten chauvinistischen Organe wie „Libre Parole", „Patrie", „Jour", „Intransigeant", „Petit Journal" beschränkte, war das nicht der Erwähnung wert.

Neuerdings zeigen aber unter anderen auch die Nachrichtenblätter wie „Matin" und „Eclair" und eine in sozialer Beziehung besonders gut gelesene Zeitung wie der „Gaulois" dieselbe Neigung; selbst der „Figaro", der einige Jahre hindurch sich einer ganz verständigen Haltung befleißigte, fällt wieder in seinen alten Fehler zurück. pp.

Below

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Die Deutschenhetze wird gewiß auch unter der Hand wie in New York von London aus bezahlt und geschürt, um uns gefügig zu machen

Nr. 3606

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 238 Paris, den 9. September 1898

Die Revision des Dreyfus-Prozesses* scheint beschlossene Sache zu sein, wenn auch die Ausführung wegen der umständlichen gesetzlichen Prozedur noch eine Weile auf sich warten lassen dürfte. Deutschland kann die Entwickelung dieser unerfreulichen Angelegenheit wie bisher so auch fernerhin in Ruhe abwarten.

Die Schadenfreude ist gewiß eine der häßlichsten Äußerungen menschlicher Empfindung, aber es gibt Augenblicke, wo sie fast entschuldbar wäre[1]. Ein solcher Augenblick ist für uns Deutsche gekommen. Seit vier Jahren, als zuerst die einfache, aber bestimmte Erklärung abgegeben wurde, daß der Hauptmann Dreyfus mit Deutschland nicht in verräterischen Beziehungen gestanden habe, ist hier immer wieder mehr oder minder deutlich gesagt worden, daß derartige Versicherungen einer interessierten Regierung keinen Glauben verdienten und die Richter des Verurteilten hinlängliche Beweise für seine Schuld gerade in dieser Richtung in Händen gehabt hätten. Und nun kommt es allmählich und in einer für jeden rechtschaffenen Franzosen tief demütigenden Weise ans Licht, daß die einmal deutscherseits abgegebene Versicherung doch die Wahrheit war und man hier viel klüger getan hätte, damals aufzumerken und freiwillig eine gewissenhafte Untersuchung vorzunehmen, in die man sich jetzt gezwungenermaßen und, unter welchen Umständen! wird fügen müssen.

Der Schlüssel für diese wie für die meisten sonst unverständlichen Erscheinungen bei dem so hochbegabten und stellenweise doch ernstdenkenden Volke ist die maßlose Eitelkeit, die unglaubliche Anmaßung, die niemals einen Irrtum zuzugeben, ein Unrecht einzugestehen sich überwinden kann.

Ja, es hat e i n e n Verräter gegeben, Dreyfus, den schwärzesten aller Verbrecher; damit ist aber auch alles erledigt. Hat doch ein

---

* Die Dreyfusaffäre war inzwischen dadurch in ein neues Stadium getreten, daß ein Schriftstück, welches der Kriegsminister Cavaignac, Billots Nachfolger, am 7. Juli in der Kammer als absoluten Beweis der Schuld Dreyfus' verlesen hatte, und das angeblich von dem früheren deutschen Militärattaché Oberst von Schwartzkoppen herrührte, bei einer Nachprüfung im Kriegsministerium als eine Fälschung des Oberstleutnants Henry festgestellt wurde, woraufhin Henry im Gefängnis Selbstmord beging. Am 4. September richtete darauf Frau Dreyfus, nachdem der Kriegsminister Cavaignac und der Generalstabschef Boisdeffre wegen dieser Vorgänge ihren Abschied genommen hatten, ein Gesuch an den Justizminister um Revision des gegen ihren Gatten gefällten Urteils.

besonders in den besten Kreisen viel gelesenes Blatt, der „Gaulois", die Stirn, dem Sohne des Fälschers Henry zum Trost zu sagen: „Son père était un brave homme, son père a expié comme un crime ce qui n'en est pas un, son père est mort pour son devoir." Und an einer anderen Stelle wird in naiver Offenheit auch zugestanden, warum ein großer Teil des Volkes ohne weiteres Nachdenken gegen das Bestreben Zolas und der „Intellektuellen" Front gemacht habe, „parce que l'abominable campagne entreprise par cet inconscient rencontrait en Allemagne, en Italie, dans l'Europe entière de chaudes sympathies." Anstatt zu prüfen, ob eine Anregung, welche ganz Europa billigt, nicht doch einige Aufmerksamkeit verdiene, geht die gallische Anmaßung, bestärkt durch die tiefeingewurzelte Abneigung gegen alles Fremde, darüber hinweg einfach zur Tagesordnung.

Man wird in Frankreich aus den ernsten Erfahrungen der Dreyfussache ebensowenig lernen wie aus denen der Jahre 1870/71. Es ist ja längst kein Geheimnis mehr, daß hier, abgesehen von vereinzelten Ausnahmen, niemand den Krieg mit Deutschland wünscht, schon weil man des Erfolges zu wenig sicher ist, aber die Eitelkeit wird es niemals zulassen, daß der Franzose den Tatsachen ehrlich ins Auge sieht und den Revanchegedanken endgültig aufgibt.

Below

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja

Nr. 3607

Der Geschäftsträger in Rom Graf von Pückler an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 203 Rom, den 26. September 1898

Gestern abend dem Minister Canevaro aus Paris zugegangene Nachrichten besagen, daß sich wahrscheinlich Staatsstreich vorbereite*, ausgehend entweder von Cavaignac allein oder einem Triumvirat von Generalen.

Pückler

---

* Schon am 18. September 1898 hatte Canevaro dem Grafen Pückler gesagt, daß ihm die Zustände in Paris im Zusammenhang mit der Dreyfusaffäre schwere Besorgnisse einflößten. Die Möglichkeit einer Militärrevolution rücke mit jedem Tage näher und damit auch die Gefahr eines Ausbruches der Leidenschaften nach außen. Telegramm Graf Pücklers Nr. 124 vom 18. September 1898.

Nr. 3608

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 180 Paris, den 26. September 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 141*.

Derartige Gerüchte gingen Ende letzter Woche hier um; dieselben waren für mich nicht hinlänglich begründet, um sie zu melden. Auch heute noch scheinen mir ernste Anzeichen für einen bevorstehenden Staatsstreich zu fehlen.

Below

Nr. 3609

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 Semmering, den 29. September 1898

Unser Hauptinteresse an der Dreyfus-Affäre** ist, so sehr als möglich aus derselben herauszubleiben. Ein Sieg der Antirevisionisten ist nicht zu wünschen, weil ein solcher zur Diktatur und diese zum Krieg gegen uns führen könnte. Daß sich die französische Generalität und der französische Generalstab — und insbesondere der chauvinistischste und auch wohl militärisch tüchtigste Teil derselben, die klerikalen Offiziere — diskreditieren, braucht uns nicht zu betrüben. Die von Bleibtreu aufgebrachte und im Leitartikel des gestrigen „Wiener Neuen Tageblatts" fruktifizierte Geschichte von einem Millionendiebstahl des französischen Generalstabs würde ich ruhig weiterlaufen lassen. Andererseits ist nicht zu wünschen, daß Frankreich durch eine rasche und eklatante Reparation von Dreyfus sich sofort wieder die liberalen und jüdischen Sympathien erwirbt. Am besten ist es, wenn die Affäre weiterschwärt, die Armee zersetzt und Europa skandaliert. Die angeblichen Beziehungen Herrn von Schwartzkoppens

---

* Vgl. Nr. 3607.

** Am 26. September hatte sich der französische Ministerrat dahin geeinigt, der Revision des Dreyfusprozesses stattzugeben. Am 29. Oktober beschloß der Kassationshof, daß der Revisionsantrag zuzulassen und daß von dem Kassationshofe eine ergänzende Untersuchung einzuleiten sei. Aber erst am 3. Juni 1899 wurde vom Kassationshofe endgültig die Revision des Prozesses beschlossen, die Anfang August vor dem Kriegsgericht in Rennes begann.

zu Esterhazy dürften wir, selbst wenn solche bestanden haben sollten, schon deshalb nicht preisgeben, weil eine solche Indiskretion es für die Zukunft sehr erschweren würde, wieder Nachrichten und Agenten zu erhalten.

Bülow

Nr. 3610

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 147 Potsdam, Stadtschloß, den 9. Oktober 1898

Seine Majestät wünschen, daß Ew. über die innere Lage in Frankreich und speziell die Vorgänge in Paris* fortlaufend und eingehend telegraphisch berichten.

Bülow

Nr. 3611

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 192 Paris, den 10. Oktober 1898

Die Pariser Straßen gleichen einem Feldlager. Überall starke Polizeiposten, durch Infanterie oder Kavallerie verstärkt.

Der Ausstand der Erdarbeiter wirkt wie eine ansteckende Krankheit auch auf Arbeiter anderer Gewerbe. Gelingt es nicht, den Aufstand bald zu beendigen, so kann die große Ausstellung verzögert, vielleicht ganz gestört werden**.

Den sozialistischen Stadtrat trifft die Hauptschuld. Die Kontrakte der Unternehmer wurden durch die Liberalen so stark gedrückt, daß sie höhere Löhne nicht bewilligen können. Sie haben der Stadt-

---

* Die schon durch die Dreyfusaffäre gefährdete innere Lage in Frankreich war noch durch einen in der zweiten Hälfte September 1898 ausgebrochenen Streik der Erd- und Bauarbeiter in Paris, der sich auf andere Arbeiterkategorien auszudehnen drohte, kompliziert worden.

** Gerade am 10. Oktober nahmen die meisten Arbeiter ihre Arbeit wieder auf, so daß die für die große Pariser Weltausstellung von 1900 bereits gehegten Besorgnisse gegenstandslos wurden.

behörde angeboten, die Kontrakte aufzuheben, damit die Stadt selbst die Arbeiten ausführen lassen möge. Der Seine-Präfekt versucht zu verhandeln, bisher ohne Erfolg. Die Regierung als solche will sich nicht anders einmischen, als daß sie die arbeitenden Arbeiter schützt; das tut sie auf energische Weise.

Bis jetzt schätzt man die Zahl der Streikenden auf 40 000, fürchtet aber, daß es bald 60 000 sein werden. Polizei und Militär können den anstrengenden Dienst nicht lange leisten, und es werden aus vielen Garnisonen Truppen hergeholt. Gestern sind zehn Kavallerie-Regimenter und mehrere Bataillone Infanterie eingerückt. Wenn auch Aufwiegler sich unter den Arbeitern befinden, so hat die Bewegung keinen politischen Charakter, daher glaube ich noch nicht an eine wirkliche Revolution. Eine politische Frage gibt es für das eigentliche Volk hier nicht. Die Arbeiter wollen höheren Lohn haben, den sie auch schließlich erhalten werden.

Um Dreyfus haben sich die Arbeiter niemals gekümmert. Es ist aber ein Glück, daß diese Sache endlich in den Händen der höchsten Richter liegt. Der Schaden für das Land ist aber geschehen. Die Autorität der Regierung, der Armee und der Justizbehörde ist vollständig erschüttert. Wenn auch überall vive l'armée geschrien wurde, so ist das Vertrauen zur Armee und in der Armee zu ihrer Leitung gründlich verloren. Vier Kriegsminister, die Generale Mercier, Billot, Cavaignac und zuletzt Zurlinden haben alles dazu getan, und die Enthüllungen aus dem Generalstabe müssen Verachtung erzeugen. Alles geht moralisch bergab, und ich sehe noch kein Zeichen dafür, daß das Land sich ermannt und einen Mann hervorbringen wird. Das könnte nur nach einer Konvulsion, der Revolution oder Krieg geschehen.

Meiner festen Überzeugung nach ist noch keine Aussicht dazu. Materiell geht es dem Lande in diesem Jahre besonders gut. Die Wein- und Kornernte sind vorzüglich, die Majorität des Landes will daher die Früchte dieser guten Zeit genießen und denkt nicht an Krieg.

Die Generale mißtrauen und mißachten sich gegenseitig, und sie fühlen vor allem, daß sie keine Autorität über sich haben. Das Lob, welches der Armee gespendet wird, glaubt sie selbst nicht, und sie würde nicht mit dem Vertrauen gegen uns ins Feld rücken, welches die Vorbedingung des Sieges sein würde.

Ein Krieg mit Deutschland wird für zu gefährlich gehalten, denn auf Rußland rechnet man hier nicht mehr, und auf dem auswärtigen Gebiete gibt es auch sonst viel Sorgen; das Verhältnis zu England ist sehr schlecht. Die Feindschaft durch den Sieg der Engländer und Faschoda * sehr gewachsen.

---

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII.

Vor allem aber kommt das Parlament bald zusammen, und niemand weiß, wie lange die jetzige Regierung am Ruder bleiben wird*.

Münster

Nr. 3612

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Konstantinopel

Ausfertigung

Nr. 1 Berlin, den 14. Oktober 1898

Der Kaiserliche Botschafter in Paris telegraphiert:

„Matin und die Dreyfus-Blätter bringen die Sensationsnachricht, daß eine Verschwörung der Generale gegen Herrn Brisson und die Revision auf morgen geplant und Herrn Brisson verraten wurde.

Unter der Hand kursieren darüber zwei Versionen. Nach der einen soll Herr Cavaignac** der Urheber sein und die Generale Zurlinden, Mercier, Boisdeffre und Pellieux mit ihm den Staatsstreich versuchen wollen.

Nach der zweiten Version soll General Pellieux kompromittiert sein, indem Briefe von ihm an verschiedene Bestimmungen aufgefangen wurden. Ein Staatsstreich, bloß um Herrn Brisson zu stürzen, und die Verhinderung scheint ein unwahrscheinliches Unternehmen zu sein; ein General oder eine Persönlichkeit, welche durch den Staatsstreich zur Macht gelangen sollte, existiert bis jetzt noch nicht.

Solche Gerüchte entstehen durch die ungewöhnliche Ansammlung von Militär in Paris; der Ausstand ist ziemlich vorüber. Trotzdem rücken heute noch zwei Infanterie-Regimenter ein. Es ist ein Eisenbahnstreik geplant worden, scheint aber nicht zu gelingen. Aus Vorsicht werden die Eisenbahnstationen in Paris, Lyon und mehreren Städten in der Provinz militärisch besetzt. Man hofft, daß diese Vorsichtsmaßregeln unnütz sein werden.

Was die Armee betrifft, so soll in derselben große Unzufriedenheit herrschen; ob sie sich aber zu einem Pronunciamento wird hinreißen lassen, ist sehr zweifelhaft.

Paris fängt an zu leiden, da alle Fremden es vermeiden und der Verkauf auf der Straße sichtlich abnimmt.“ Richthofen

---

* Tatsächlich erfolgte unmittelbar mit dem Zusammentritt der Kammern (25. Oktober) der Sturz des Kabinetts Brisson, an dessen Stelle das Kabinett Dupuy trat.

** Der Kriegsminister im Kabinett Brisson.

Nr. 3613

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 187 Wien, den 24. Oktober 1898

Graf Murawiew * sieht die Tage des Präsidenten Brisson als gezählt an und erwartet M. Bourgeois — scheinbar mit Ruhe. Er glaubt, daß der größte Teil der Minister bleiben werde, besonders M. Delcassé, zu dem er großes Vertrauen hat **. Die gänzliche Unfähigkeit der Generäle bestätigt er mir — und damit das Fernliegen der Gefahr eines Staatsstreiches. „Der gegenwärtige Zustand kann bis ins Unendliche fortdauern," sagte er, „weil die Franzosen, müde des ewigen Wechsels, sich kaum mehr ernsthaft mit demselben beschäftigen, wenn er immer von neuem eintritt."

P Eulenburg

Nr. 3614

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Jerusalem, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 55 Jerusalem, den 29. Oktober 1898

Ich bitte um eingehende telegraphische Berichterstattung über innere Lage Frankreichs, insbesondere ob Graf Münster neuerdings Staatsstreich oder Revolution für wahrscheinlicher hält als bisher.

Bülow

Nr. 3615

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 212 Paris, den 30. Oktober 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 155 ***.

Die Ministerkrisis ist noch nicht beendigt. Herr Dupuy versucht das alte Spiel der Concentration républicaine. Wie er ein Kabinett bilden kann, ist noch ungewiß. Minister finden sich aber noch immer,

* Der russische Minister des Auswärtigen Graf Murawiew hatte sich um die Mitte Oktober in Paris aufgehalten.

** Tatsächlich verblieb Delcassé auch bei der Neubildung des Kabinetts nach Brissons Sturz (25. Oktober) Außenminister. Das Präsidium wurde indessen nicht Bourgeois, wie Graf Murawiew angenommen hatte, sondern Dupuy übertragen.

*** Durch Telegramm Nr. 155 vom 29. Oktober war Münster von der Weisung Bülows vom 29. Oktober (s. Nr. 3614) in Kenntnis gesetzt worden.

obgleich sie sich sagen müssen, daß mit dieser Kammer nicht zu regieren ist und das Vergnügen nicht lange dauert. Herr Faure, Herr Dupuy und General Saussier * tun alles, um Freycinet zu bewegen, Kriegsminister zu werden, da kein General es übernehmen will, er sträubt sich aber noch **. Auch Delcassé will nicht, weil er den Befehl zur bedingungslosen Räumung Faschodas, welche die Engländer verlangen, nicht geben will ***.

Der Kassationschef hat gestern die Revision für zulässig erklärt und eine Untersuchung angeordnet und hat endlich gezeigt, daß in diesem unglücklichen Lande, wo es kaum mehr Ehre und Rechtsgefühl gibt, doch in Paris noch einige Richter zu finden sind. Diese Verhandlungen zeigen ein düsteres Bild der Demoralisation bei den höheren Offizieren der Armee.

Alle Autorität, jedes Vertrauen zu den Führern der Armee, zum Präsidenten der Republik und seinen Ratgebern ist durch solche Vorgänge und die zügellose Presse untergraben.

Aller Idealismus, jeder Respekt für etwas Höheres ist verloren gegangen, und eine allgemeine Gleichgültigkeit zeigt am besten, wie alles bergab geht. Das kann aber lange noch so fortgehen.

An eine Revolution von unten oder einen Staatsstreich von oben glaube ich entschieden nicht. Solange ich in Paris bin, habe ich die Stadt noch nicht so ruhig gekannt wie eben jetzt. Das Pariser Volk ist unbewaffnet, hat einen ganz guten Verdienst, hofft bei der großen Ausstellung noch mehr zu verdienen. Daß es keine Revolution will, hat es während der Arbeiterstreiks bewiesen, auch haben die Hetzer es bei dem Zusammentritt der Kammer nicht mehr so aufregen können wie zu Boulangers Zeit.

Zu einer Revolution gehören Revolutionäre, und die gibt es in Paris in zu geringer Zahl.

Zu einem Staatsstreich gehört ein energischer Mann, dem die Armee vertraut, und der im Volk Anhang findet. Einen solchen Mann sehe ich nicht, weder unter den Prätendenten noch unter den Generalen, die sich alle gegenseitig beneiden und mißtrauen. Sie werden auf die unteren Klassen der Armee, die durchgängig republikanisch sind, nicht rechnen können, und so sehe ich nicht, wer einen Staatsstreich wird machen können.

Herr Faure ist nicht der Mann dazu.

Münster

* Mitglied des Obersten Kriegsrats, bis Januar 1898 Generalissimus der französischen Armee.

** Tatsächlich trat Freycinet in das am 31. Oktober neugebildete Kabinett Dupuy als Kriegsminister ein.

*** Auch Delcassé gab seinen Widerstand gegen den Übertritt in das Kabinett Dupuy auf. Bezüglich des Faschodakonflikts, der natürlich die gesamten innerpolitischen Komplikationen vielfach beeinflußte und erschwerte, vgl. Bd. XIV, Kap. XCIII.

Nr. 3616

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 245 St. Petersburg, den 11. Dezember 1898

Der Spezialkorrespondent der russischen Telegraphen-Agentur in Paris telegraphiert hierher, das Ergebnis der Unterredung, die der General Jamont* mit dem Präsidenten Faure gehabt habe, könne dahin präzisiert werden, daß der Präsident zwar formell seine Mitwirkung mit Rücksicht auf die Konstitution abgelehnt, dem General aber doch keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er im gegebenen Moment eine Änderung eben dieser Konstitution gutheißen werde.

Dieses Telegramm ist von der Zensurbehörde angehalten worden.

Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Also coup d'état in Sicht. — Der Großfürst Wladimir wird ja intressante Tage erleben! — Faure spielt das Spiel des Kaisers von Brasilien im umgekehrten Sinne. Dieser wollte Präsident der Republik werden, während Faure Kaiser werden will. Immerhin ist die Situation sehr ernst und Tschirschky hat brillant aufgepaßt! Ich habe Gossler und Schlieffen benachrichtigt. W.

Nr. 3617

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 251 Paris, den 17. Dezember 1898

Der Korrespondent der „Agence politique russe" Akim Effront beschäftigt sich damit, sensationelle Nachrichten zu Börsenzwecken telegraphisch zu verbreiten. Dem Gespräch zwischen General Jamont und dem Präsidenten der Republik ist durch ihn zu große Bedeutung beigelegt.

Der General bat gesprächsweise den Präsidenten, er möge die Armee gegen unberechtigte Angriffe schützen. Der Präsident erwiderte, daß er die Gefühle des Generals begreife und teile, aber daß die Verfassung ihn hindere, tätig einzugreifen. Auf weitergehende Pläne ist er schwerlich eingegangen; das würde seiner ganzen Haltung zu sehr widersprechen.

Münster

---

* Seit Januar 1898 Generalissimus der französischen Armee.

Nr. 3618

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 343 Paris, den 18. Dezember 1898

pp*. Das Streben der Regierung und der Wunsch der Nation geht entschieden dahin, jede politische Störung, namentlich Krieg, zu vermeiden.

Zu dieser äußeren Ruhe paßt aber die Haltung der Deputiertenkammer nicht, dort gibt es täglich Prügeleien, wie sie auf der Straße nicht gesehen werden[1].

Die Kammer ist dadurch so diskreditiert, daß die Straße sich nicht mehr darum kümmert, und daß, wenn von der Kammer die Rede ist, das nur auf verächtliche Weise geschieht.

Wenn das allgemeine Stimmrecht noch eines abschreckenden Beispiels bedürfte, so würde kein besseres Beispiel zu finden sein[2] als das, welches die Deputiertenkammer hier täglich bietet.

Mit der jetzigen Kammer kann keiner regieren. Bis jetzt hat sie sich nur mit Interpellationen beschäftigt, und die Regierung hat sich nur damit beschäftigen können, sozialistische Tagesordnungen zu bekämpfen.

Bis zum 1. Januar sollte das Budget votiert sein. Die Budgetkommission hat noch nichts beschlossen, und der Vorsitzende, der sozialistische Mesureur, und der bekannte Radikale Pelletan, der Referent, zanken sich so, daß sie wohl abtreten und die Kommission wird neu wählen müssen.

Herr Dupuy, der für einen energischen Mann galt, entspricht den Erwartungen nicht und fühlt schon, daß es mit der Konzentration nicht geht[3], daß er immer mehr der Spielball der Sozialisten wird. Er würde sich nicht länger halten können, wenn nicht der Dreyfusprozeß das Kabinett insofern hielte, als alle anderen Parteiführer diese unangenehme Arbeit nicht übernehmen wollen.

Vorgestern hat Herr Dupuy bei Gelegenheit der Diskussion über die Bestätigung der Deputiertenwahl in Narbonne, bei der Herr Méline wegen Wahlbeeinflussung scharf angegriffen wurde, und bei der es zu den schlimmsten Szenen kam, so daß selbst der frühere Konseilpräsident nicht zu Worte kam und förmlich niedergeschrieen wurde, eine Tagesordnung der Sozialisten angenommen.

Die Progressisten sind über diesen Fußtritt, den der Konseilpräsident seinem Vorgänger gab, sehr zornig. Ein gemäßigter Minister, Krantz**, und der Unterstaatssekretär Legrand verließen die Kammer, wollten sofort ihre Demission einreichen, wurden aber zurückgehalten.

---

* Einen anderen Teil des Berichts siehe in Nr. 3560.

** Minister für öffentliche Arbeiten.

Der Bruch im Kabinette selbst wird sich nicht noch lange hinhalten lassen.

Daß mit der jetzigen Kammer und dieser Verfassung sich nicht regieren läßt, fühlt mit Ausnahme derer, die sie für ihre Zwecke ausbeuten, jeder.

Auf gesetzmäßigem Wege durch den Kongreß* Änderung und Besserung herbeizuführen, wird immer unmöglicher, denn wenn wirklich der Kongreß beschlossen würde, was kaum zu erwarten ist, so würde die Mehrheit im Kongresse den konservativen Charakter, den sie bis jetzt durch den Zutritt der Senatoren hatte, nicht mehr haben.

Seitdem die Senatoren auf Lebenszeit abgeschafft und nur noch, wenn ich nicht irre, 15 übrig sind und die Senatoren nun auf 9 Jahre gewählt werden, ist der Senat nach und nach sehr radikal geworden und zählt schon viele sozial-radikale Mitglieder.

Das einzige Mittel zur friedlichen Verfassungsänderung würde versagen, und zum Staatsstreich ist Frankreich anscheinend noch nicht reif[4]. Es fehlt der Mann dazu.

Felix Faure ist es nicht und will es nicht sein.

Er will weder seine Stellung und noch weniger seine Haut riskieren, findet sich als Souverän-Schauspieler ganz wohl[5].

Der Präsident ist klug genug, um zu wissen, daß er auf die Armee nicht rechnen kann, daß ein General, — wenn er einen solchen fände, das Geschäft lieber für sich als für ihn unternehmen würde, weiß außerdem, daß er keine Partei hinter sich hat, auf die er sich verlassen könnte.

Die Armee ist unzufrieden; das hat vor allem der Dreyfus-Prozeß, das haben die Enthüllungen über den Generalstab bewirkt.

Diese Unzufriedenheit geht aber in der Armee nicht so weit, daß sie die alten Traditionen der Disziplin aufgeben und den gefährlichen Weg der Pronunciamentos betreten möchte[6].

Um das zu tun, müßte ein energischer, zielbewußter General, ein Mann in der vollsten Bedeutung des Wortes an die Spitze treten, und den sehe ich bis jetzt noch nicht. Die Generäle im Plural sind ihrer Uneinigkeit wegen nicht gefährlich, ein General könnte es werden.

Frankreich ist chronisch sehr krank, zur Krisis ist es aber noch nicht reif.

Chronische Krankheiten bringen den stärksten Körper herunter, so geht es dem armen Frankreich. Der französische Körper ist aber so stark, so gut ernährt, daß er noch lange so fortleben kann, ohne durch heroische Mittel eine Krisis herbeizuführen.

Daß diese Krisis noch lange hinausgeschoben werden kann, kommt allen denen, welche die Mißwirtschaft hier ansehen oder in der Fremde durch die Presse kennen, unglaublich vor. Sie erklärt sich aber dadurch,

---

* Nach der französischen Verfassung von 1875 konnten sich beide Kammern zwecks einer Revision der Verfassung zum Kongreß oder „Assemblée nationale" versammeln.

daß es den Bewohnern der Provinzen materiell gut geht und sie sich wenig um Politik bekümmern und nicht wissen, wie schlecht sie regiert werden.

Die so eitle Nation hat ihren früheren Patriotismus und ideellen Charakter ganz verloren, denkt nicht mehr an „Gloire", haßt zwar die Juden, betet aber doch das goldene Kalb an und fürchtet sich vor dem Kriege[2]. pp.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Den Manieren entsprechend, welche in den Kreisen vorherrschen, aus denen man jetzt Deputirte für die Parlamente wählt!

[2] richtig

[3] Das ist ja grade, worauf die Russen so fest bauen!

[4] Das schon? aber (es fehlt der Mann dazu)

[5] ja

[6] Na? Jamont's Gespräch?! *

Nr. 3619

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 70 Paris, den 27. Februar 1899

Der neue Präsident der Republik ** hat Glück und fängt gut an.

Der schlechte Empfang hat ihm hoffentlich Widerstandskraft gegeben und ihn scharf gemacht.

Den größten Dienst hat ihm der tolle Dichter Déroulède *** geleistet. Das Gespenst der aufständischen Generäle, des Staatsstreichs und der Prätendenten ist auf längere Zeit verschwunden, und die Republik hat eine neue Pachtperiode angetreten. Damit ist noch nicht gesagt, daß die inneren Schwierigkeiten aufhören, vielleicht erst recht beginnen werden.

Daß Herr Loubet sich darauf rüstet, zeigt die Berufung des energischen Constans als Kandidaten zum Senatspräsidium.

Daß in einiger Zeit eine Kabinettskrisis kommen wird, ist vorauszusehen, dann wird Herr Loubet sich ausschließlich auf den Senat

* Vgl. Nr. 3616 und 3617.

** An Stelle des am 16. Februar an einem Schlaganfalle verstorbenen Präsidenten Felix Faure war am 18. der Präsident des Senats Emile Loubet zum Präsidenten der Republik gewählt worden.

*** Bei der Beerdigung Faures hatte Déroulède den ein Regiment nach der Kaserne zurückführenden General Roget öffentlich, jedoch vergeblich aufgefordert, nach dem Elysee zu marschieren und das Vaterland aus den Händen der Dreyfusards zu retten.

stützen müssen, mit dessen Hülfe allein er die Deputiertenkammer auflösen kann. Er wird dann wahrscheinlich suchen, mit Waldeck-Rousseau ein energisches Kabinett zu bilden. Ohne Kämpfe wird das nicht abgehen.

Paris und auch die Provinz werden aber eine ruhige Zeit für die Ausstellung wünschen, und das wird beruhigend wirken. pp.

Münster

Nr. 3620

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Semmering

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 — Berlin, den 6. Juli 1899

Graf Eulenburg* telegraphiert aus Bergen heute für Euere Exzellenz:

„Fürst Monaco machte gestern abend in meiner Gegenwart Versuche, Seine Majestät zu lebhafter Stellungnahme zugunsten Dreyfus zu bewegen. Er gibt an, von General Zurlinden** gebeten zu sein, weil die Armee nach einer Äußerung von außen her lechze, um die Wahrheit zu erfahren. Ich wendete die Unterhaltung in der Richtung, daß ich die Ansicht aussprach, es sei von Euerer Exzellenz deutlich und ausreichend seinerzeit im Reichstage gesagt worden, daß wir nichts mit Dreyfus zu tun hätten***. Man könne in Paris darauf zurückgreifen.

Ich vermute, daß weitere Versuche in angegebener Richtung gemacht werden, und wäre dankbar für schleunige telegraphische Instruktion, ob ich an besagtem Standpunkt festhalten soll. Tendenz für lebhaftere Stellungnahme ist bei Seiner Majestät vorhanden, wir soupieren heute abend beim Fürsten von Monaco †."

Richthofen

Randverfügung des Grafen von Bülow:
Für Botschafter Graf zu Eulenburg: Mit Ew. Exzellenz Standpunkt einverstanden. B.

---

* Botschafter Graf Eulenburg nahm im Kaiserlichen Gefolge an der Nordlandsreise Wilhelms II. teil.

** Gouverneur von Paris, vorher vom 3.—17. September 1898 Kriegsminister, aber zurückgetreten, weil er Gegner der Revision des Dreyfus-Prozesses war.

*** Vgl. Nr. 3598, Fußnote.

† Auf Botschafter Graf zu Eulenburgs Anfrage ließ Staatssekretär von Bülow am 6. Juli durch das Auswärtige Amt zurücktelegraphieren, daß er mit Eulenburgs Standpunkt einverstanden sei.

Nr. 3621

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Metternich, z. Z. in Essen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Semmering, den 13. August 1899

Freiherr von Richthofen telegraphierte mir gestern abend: „Fürst Derneburg* telegraphiert: ‚Geheim. Soeben kam Waldeck-Rousseau, der Konseilpräsident**, zu mir, um ganz vertraulich mit mir zu sprechen. Die Verteidiger des Herrn Dreyfus schienen durch die Haltung des Kriegsgerichts etwas beunruhigt und meinen, daß es von der äußersten Wichtigkeit sein könnte zu erfahren, welche im bordereau angegebenen Mitteilungen in Berlin vorhanden seien, und ob durch Esterhazy solche Mitteilungen nach dem 18. Oktober 1894, dem Tage der Verhaftung Dreyfus', nach Berlin gelangt seien. Die Verteidiger würden wahrscheinlich das hiesige Kabinett ersuchen, eine offizielle Anfrage deshalb nach Berlin zu richten. Herr Waldeck-Rousseau wird eine solche Anfrage, wenn sie an ihn gelangen sollte, nicht stellen, wenn er nicht vorher wüßte, welche Aufnahme eine solche bei uns finden würde.

Sind keine ernsten Bedenken, die es verhindern, so würde am einfachsten die Sache dadurch erledigt werden können, daß mir eine betreffende Mitteilung zuginge und ich dann bevollmächtigt würde, dieselbe auf vertraulichem Wege Herrn Waldeck-Rousseau bekanntzugeben.

Für die jetzige Regierung und die französischen Zustände ist die Freisprechung des Dreyfus von größter Wichtigkeit.‘ “

Ich habe diese Anfrage des Unterstaatssekretärs*** zustimmend beantwortet. In dem jetzt in Rennes schwebenden Prozeß handelt es sich nicht um Esterhazy, sondern um Dreyfus. Daß letzterer weder direkt noch indirekt Beziehungen zur deutschen Regierung gehabt hat, ist mit allerhöchster Genehmigung von mir seinerzeit öffentlich erklärt worden †. Wenn dieser kategorischen Erklärung in Frankreich kein Gewicht beigelegt wird, ist anzunehmen, daß auch die jetzt verlangten Eröffnungen angezweifelt werden würden. Vor allem aber habe ich den militärischen Gesichtspunkt im Auge, daß unser militärischer Nachrichtendienst in hohem Grade erschwert werden würde, wenn wir jetzt den Schleier von unserem Nachrichtenwesen lüften und einen unserer Agenten preisgeben. Bülow

* Dem Botschafter Graf Münster war durch ein kaiserliches Telegramm vom 8. August die Erhebung in den Fürstenstand angekündigt worden; die bezügliche Kabinettsordre ist jedoch erst vom 29. August datiert.

** Seit 22. Juni 1899.

*** Vgl. Nr. 3622 nebst Fußnote.

† Vgl. 3598, Fußnote.

Nr. 3622

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Grafen von Metternich, z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Semmering, den 14. August 1899

Unter Bezugnahme auf dortseitiges Telegramm Nr. 1*.

In meinem gestrigen Telegramm Nr. 3, betreffend die Dreyfusaffäre, war durch ein Kanzleiversehen hinter der Wiedergabe des Telegramms aus Paris der nachstehende Schluß des von dem Unterstaatssekretär an mich gerichteten Telegramms weggelassen worden: „Falls Euere Exzellenz damit einverstanden sein sollten, würde ich das Telegramm durch Graf Metternich Seiner Majestät vorlegen lassen und dabei vorschlagen, folgende Weisung an den Botschafter in Paris zu erteilen. Derselbe hätte, falls er eine Antwort zu geben überhaupt nicht ganz vermeiden könnte, Herrn Waldeck-Rousseau zu erwidern, daß er nach seiner Überzeugung sicher sei, die Kaiserliche Regierung werde sich auf die betreffende Anfrage lediglich auf die von Euerer Exzellenz im Reichstag bezüglich des Hauptmanns Dreyfus abgegebene Erklärung berufen."

Bülow

Nr. 3623

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept

Nr. 87 Berlin, den 14. August 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 137**.

Seine Majestät haben bestimmt, daß, wenn Waldeck-Rousseau nicht mehr auf die Anfrage zurückkommt, Ew. pp. es unterlassen möchten, die Sondierung des Ministers weiter zu berühren. Können Sie es indes nicht vermeiden, eine Antwort zu geben, so hätten Ew. pp. zu erwidern, daß Sie nach Ihrer Überzeugung sicher seien, die Kaiserliche Regierung würde, falls die Anfrage gestellt werde, in deren Be-

* Durch Telegramm Nr. 1 vom 13. August war Staatssekretär Graf Bülow darauf aufmerksam gemacht worden, daß sein Telegramm vom 13. August (siehe Nr. 3621) nicht vollständig eingegangen zu sein scheine, da die angezogene Anfrage des Unterstaatssekretärs fehle.

** Identisch mit dem in Nr. 3621 inserierten Münsterschen Telegramm.

antwortung sich lediglich auf die von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Reichstage bezüglich des Hauptmanns Dreyfus abgegebene Erklärung berufen.

Richthofen

Nr. 3624

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 151 Paris, den 21. August 1899

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 87 vom 14. August*.

Der Konseilpräsident hat soeben durch Vertrauensmann Bescheid auf seine Sondierung betreffend den Prozeß von Rennes erbeten. Ich habe befohlenermaßen erwidert, daß ich sicher sei, die Kaiserliche Regierung würde, falls eine entsprechende Anfrage gestellt werde, in der Beantwortung sich lediglich auf die vom Staatssekretär des Auswärtigen Amts im Reichstage bezüglich des Hauptmanns Dreyfus abgegebene Erklärung berufen.

Der Abgesandte des Herrn Waldeck-Rousseau war sichtlich bestürzt, da der Minister die aus Berlin erhoffte Hilfe für unentbehrlich gehalten habe, ohne dieselbe aber die erneute Verurteilung bestimmt zu erwarten sei, was für Frankreich ein schweres Unglück bedeute. Meinem österreichisch-ungarischen Kollegen hat der Konseilpräsident vertraulich die Bitte aussprechen lassen, Oberst Schneider möchte einen Strafantrag gegen den Fälscher stellen, da das der Regierung die Möglichkeit geben würde, gegen den Hauptmann Cuignet vorzugehen.

Below

Nr. 3625

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 157 Paris, den 24. August 1899

Waldeck-Rousseau hat soeben erneut seinen Vertrauensmann zu mir geschickt und mich ersuchen lassen, durch streng vertrauliche Anfrage bei Euerer Durchlaucht festzustellen, ob es nicht angängig erscheine, wenn auch nur ein Stück an die französische Regierung gelangen zu lassen, welches, von der gleichen Handschrift wie das bor-

---

* Siehe Nr. 3623.

dereau, beweisen würde, daß noch nach dem 18. Oktober 1894 Lieferungen nach Berlin erfolgt seien. Wenn er trotz meiner neulichen Antwort darauf zurückkomme, so möge mir das ein Beweis sein, daß er die Sache sonst für eine verlorene halte. Es handele sich darum zu erfahren, ob die Kaiserliche Regierung überhaupt grundsätzlich einem solchen Wunsche gegenüber sich ablehnend verhalten würde. Nähere Erörterungen über die Modalitäten im Falle der Gewährung der Bitte könnten vorbehalten bleiben.

Ich habe erwidert, daß ich nur meine neulich ausgesprochene Überzeugung wiederholen könne, aber es für meine Pflicht hielte, dem Wunsche des Konseilpräsidenten Rechnung zu tragen.

Below

Nr. 3626

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau

Telegramm. Konzept

Nr. 91 Berlin, den 25. August 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 157*.

Lassen Sie das Folgende zur Kenntnis des Konseilpräsidenten gelangen:

Die deutsche Regierung hat den aufrichtigen Wunsch, der französischen Regierung gefällig zu sein, aber die Art, wie alle französischen amtlichen Organe die von mir als Vertreter der Kaiserlichen Regierung im Reichstage abgegebene Erklärung, daß Deutschland weder direkt noch indirekt mit Dreyfus etwas zu tun gehabt hat, ignoriert haben, schließt es nach der Willensmeinung Seiner Majestät des Kaisers und Königs aus, daß die Kaiserliche Regierung sich weiter durch Schritte irgendwelcher Art an dieser internen französischen Angelegenheit beteiligt.

Bülow

Nr. 3627

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 158 Paris, den 25. August 1899

Herr Waldeck-Rousseau schickt soeben nochmals Vertrauensmann und möchte seine gestrige streng vertrauliche Anfrage** zunächst

---

* Siehe Nr. 3625.
** Vgl. Nr. 3625.

dahin eingeschränkt wissen, ob ein Beweisstück aus der Zeit nach dem 18. Oktober 1894 überhaupt existiert. Erst wenn dies bejaht wäre, würde für ihn in Betracht kommen, ob und wie er um Mitteilung des Stücks bitten dürfte. Below

Nr. 3628

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 162 Paris, den 28. August 1899

Der Konseilpräsident läßt mir soeben die Bitte aussprechen, die Kaiserliche Regierung der grundsätzlichen Verschiedenheit der Ansichten des jetzigen Ministeriums von denen des vom Januar 1898 (Méline) zu versichern.

Zum Beweise derselben sei die heutige Veröffentlichung im „Figaro"* erfolgt, und werde in diesen Tagen die Erklärung des Herrn Staatssekretärs sowie eine spätere des Kaiserlichen Botschafters im Conseil de guerre verlesen werden, wozu eigens ein Zwischenfall veranlaßt werden solle. Herr Waldeck-Rousseau hoffe, daß diese Mitteilung die Kaiserliche Regierung bestimmen möchte, seine (mittelst Telegramms Nr. 158 vom 25. August**) ausgesprochene vertrauliche Anfrage erneut wohlwollend zu prüfen. Die feste Überzeugung, daß etwas im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit angesichts der Sachlage unerläßlich sei, mache es ihm zur Pflicht, darauf zurückzukommen. Below

Nr. 3629

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 164 Paris, den 29. August 1899

Der Konseilpräsident, welcher mich zu einer ganz vertraulichen Unterredung bitten ließ, gab seiner ernstlichen Besorgnis über den

* Der „Figaro" reproduzierte am 28. August den Wortlaut der von dem Staatssekretär von Bülow am 24. Januar in der Budgetkommission des Reichstags abgegebenen Erklärung (vgl. Nr. 3598, Fußnote) mit dem Zusatz, daß die Bülowsche Erklärung von dem deutschen Botschafter wiederholt sei, und daß beide Dokumente sich bei den Akten des Kriegsgerichts befänden.
** Siehe Nr. 3627.

näher rückenden Ausgang des Prozesses von Rennes erneut Ausdruck. Gewiß seien für ihn und jeden ruhig denkenden Menschen die amtlichen Erklärungen der Kaiserlichen Regierung ein hinlänglicher Beweis für die Unschuld von Dreyfus. Bei der militärischen Voreingenommenheit der Richter sei aber leider zu fürchten, daß dieselben angesichts des Hochdrucks gewisser Zeugnisse in den Erklärungen nur ein diplomatisches Auskunftsmittel sehen würden. Dieses Kabinett, das nicht so gleichgültig wie andere vor ihm der Sache gegenüberstehen zu dürfen glaube, halte es daher für seine Pflicht, alles zu versuchen, um den Richtern die Unschuld von Dreyfus positiv nachzuweisen. Die authentische Mitteilung der Tatsache, daß noch nach der Verhaftung desselben Lieferungen erfolgt seien und die eventuelle Vorzeigung eines derartigen Stücks von demselben Ursprung wie das bordereau an das Kriegsgericht würden dieselbe dartun. Einer der Richter habe in seiner Gewissensangst den Wunsch nach einem solchen Beweise bereits ausgesprochen und auf den Einwurf: selbst vom Auslande? „ja, selbst vom Auslande“ geantwortet.

Auf die Frage des Herrn Waldeck-Rousseau, ob ein derartiger Beweis, wie allgemein angenommen werde, vorhanden sei, antwortete ich, daß mir darüber nichts bekannt sei; auf die weitere Frage, ob ich ein Mittel angeben könnte, dies sicher zu erfahren, mußte ich die Antwort schuldig bleiben; die endliche Bitte des Konseilpräsidenten, die gehabte Unterredung zur Kenntnis der Kaiserlichen Regierung zu bringen und zu betonen, daß ihn lediglich das Interesse der Wahrheit und seines Landes bei seiner erneuten Demarche leite, glaubte ich nicht ablehnen zu dürfen.

B e l o w

Nr. 3630

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau

Telegramm. Konzept

Nr. 93 Berlin, den 29. August 1899

Antwort auf Telegramme Nr. 162 und 164*.

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers erkennt gern an, daß die gegenwärtige französische Regierung sich durchweg von korrekten Gesichtspunkten leiten läßt. Die deutsche Politik darf jedoch nicht allein mit der jeweiligen französischen Regierung, sondern sie muß auch mit den nationalen Kräften rechnen, die jetzt das eigene Land durch ihre gegenseitige Feindschaft und ihr Bestreben, sich Geltung zu ver-

* Siehe Nr. 3628 und 3629.

schaffen, in Unruhe versetzen, und welche man unter dem Sammelbegriff „öffentliche Meinung" zusammenfaßt. Seitens dieser öffentlichen Meinung, und so widersprechend dieselbe auch in andern Sachen sein mag, ist doch Deutschland und insbesondere die Person des Monarchen bei jeder Erwähnung in Verbindung mit der Dreyfusfrage in einer Weise erörtert worden, welche es der Kaiserlichen Regierung zur Pflicht macht, jede weitere Hineinziehung Deutschlands und des Kaisers tunlichst zu vermeiden. Denn nach allem, was bisher vorgegangen ist, müssen wir für ausgeschlossen halten, daß irgendeine von deutscher Seite in den Bereich der Erörterung gebrachte Tatsache oder Persönlichkeit eine objektive Würdigung finden könnte. Die Kaiserliche Regierung ist deshalb überhaupt nicht in der Lage zu prüfen, ob sie, abgesehen von meiner bekannten Erklärung im Reichstage, noch weiteres Material zur Erläuterung des Dreyfusfalles würde liefern können. Seine Majestät der Kaiser, welcher den oft bemerkenswerten Erscheinungen des Dreyfusprozesses mit Aufmerksamkeit folgt, ist dadurch allerhöchstselbst zu der vorstehend dargelegten Auffassung geführt worden.

Ew. pp. wollen die Mittelsperson des Herrn Waldeck-Rousseau bzw. diesen selbst dementsprechend verständigen und gleichzeitig meinem lebhaften persönlichen Bedauern Ausdruck geben, weil es mir nicht vergönnt war, einer Regierung, deren schweren Kampf für Gesetzlichkeit und Wahrheit ich mit meinen aufrichtigsten menschlichen Sympathien begleite, bei demselben förderlich sein zu können. Ich hege jedoch die Überzeugung, daß dieser Kampf zu einem ersprießlichen Ende nur ausschließlich durch französische Kräfte geführt werden kann, und daß die Hineinziehung fremder Elemente, deren etwaige Nützlichkeit durch allseitigen Argwohn neutralisiert werden würde, in ihren Folgen sich gar nicht im voraus berechnen läßt.

Bülow

Nr. 3631

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 100 Berlin, den 5. September 1899

In Ew. Telegramm 177 ist auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die französische Regierung aufgefordert werden könnte, von ausländischen Regierungen Aufklärungen über gelieferte Dokumente und über kompromittierte Persönlichkeiten zu erbitten.

Soweit hierbei die deutsche Regierung in Frage kommt, ist deren Stellungnahme allerhöchster Bestimmung gemäß schon durch den zwi-

schen Ew. und Herrn Waldeck-Rousseau stattgehabten geheimen Gedankenaustausch unabänderlich festgelegt. Ew. stelle ich anheim, ob Sie es für nützlich halten, die Vertrauensperson des Herrn Waldeck-Rousseau noch einmal auf diese Tatsache hinzuweisen, um ferneren fruchtlosen und deshalb für beide Teile peinlichen Schritten der französischen Regierung möglichst früh vorzubeugen.

Bülow

Nr. 3632

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Metternich, z. Z. in Straßburg, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 127 Straßburg, den 5. September 1899

In einem heute abend eingegangenen Telegramm aus Rennes an Seine Majestät den Kaiser bittet Labori** im Namen der Gerechtigkeit und Wahrheit, Seine Majestät möge Oberst von Schwartzkoppen autorisieren, vor dem Kriegsgericht zu Rennes in Person Zeugnis abzulegen.

Es ist nach Seiner Majestät Auffassung erstens eine Unverschämtheit; zweitens selbstverständlich ausgeschlossen, daß dieser Bitte nachgegeben werde.

Dagegen wünschen Seine Majestät Euerer Exzellenz Ansicht darüber, ob, durch wen und in welcher Form das Telegramm Laboris beantwortet werden solle.

Es dürfte sich nach Auffassung Seiner Majestät empfehlen, durch die Kaiserliche Botschaft in Paris die französische Regierung von der Bitte Laboris mit dem Bemerken in Kenntnis zu setzen, daß kein Anlaß vorliege, der Bitte zu willfahren, da durch die Erklärung Euerer Exzellenz vor dem Reichstag die Sache, soweit sie Deutschland betreffe, vollkommen klargelegt sei. Seine Majestät seien aber sehr verletzt, daß, wie aus der Anfrage Laboris hervorgehe, die auf Seiner Majestät Befehl vor Jahren bereits gemachten Mitteilungen des Fürsten Münster wie die Erklärungen Euerer Exzellenz im Reichstag durchaus übergangen und als nicht bestehend behandelt werden. Der französischen Regierung bliebe es anheimgestellt, hiervon Labori Mitteilung zu machen.

Metternich

---

* Anfang September nahm der Kaiser an den Manövern im Elsaß, dann an den Kaisermanövern in Württemberg und Baden teil.

** Der Verteidiger Dreyfus'.

Nr. 3633

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Grafen von Bülow, z. Z. in Stuttgart

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Berlin, den 6. September 1899

Der französische Geschäftsträger* hat mir soeben folgende „ganz private“ Mitteilung namens des Herrn Delcassé** gemacht:

Herr Delcassé halte sich zu der Erklärung verpflichtet, daß bei dem gegenwärtigen Zustande der Gemüter in Rennes ein persönliches Erscheinen des Oberst von Schwartzkoppen zu gewichtigen Inkonvenienzen führen könne und er daher außerstande sei, irgendwelche Verantwortung für ein solches Risiko zu übernehmen.

Er bitte daher, daß, falls Herr von Schwartzkoppen zur Abgabe seines Zeugnisses autorisiert werde, die Zeugnisablegung in Deutschland erfolge.

Ich erwiderte Herrn Boutiron mit dem Ersuchen, dies als meine private Antwort an Herrn Delcassé weiterzugeben, daß ich überaus erstaunt sei, wie nach den von der Kaiserlichen Regierung bereits abgegebenen Erklärungen Herr Delcassé nur einen Augenblick habe an die Möglichkeit denken können, daß Oberst von Schwartzkoppen zur Zeugnisabgabe, wo es auch sei, allerhöchst würde ermächtigt werden.

Aus der Art der Mitteilung schien mir hervorzugehen, daß Herr Delcassé von den zwischen unserer Botschaft in Paris und Herrn Waldeck-Rousseau durch einen Mittelsmann geführten vertraulichen Pourparlers nicht informiert ist.

Richthofen

Nr. 3634

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Stuttgart, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 Stuttgart, den 6. September 1899

Der Kaiserliche Geschäftsträger in Paris telegraphiert an Seine Majestät den Kaiser und König:

---

* Boutiron.
** Minister des Äußern im Kabinett Waldeck-Rousseau.

„Militärattaché Freiherr von Süßkind hat soeben Euerer Majestät Bitte* dem General de Galliffet** befohlenermaßen ausgesprochen. Der Kriegsminister, welcher eine größere Anzahl Beurlaubungen ins Ausland erteilt hat, kennt weder Zahl noch Namen der in Württemberg anwesenden Offiziere und sieht sich daher zu seinem Bedauern für den Augenblick darauf beschränkt, durch Vermittlung des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten*** die französische Konsulatsbehörde in Stuttgart anweisen zu lassen, soweit tunlich für die sofortige Entfernung der Herren zu sorgen. Bei dieser Gelegenheit hat General de Galliffet sich ausführlich über die Dreyfussache und die allgemeine Lage geäußert und im Laufe des Gesprächs folgendes gesagt:

‚Ich erachte, daß im Interesse der Wahrheit Seine Majestät der Kaiser sich auf der Höhe seiner großen Tugenden zeigen und die vollständige Aussage des Obersten von Schwartzkoppen befehlen wird, ich erachte, daß trotz der Leidenschaften der Gegenwart dieses Zeugnis von allen Gutgesinnten (honnêtes gens) geglaubt werden wird; ich erachte endlich, daß zur Ehre der Zivilisation es wünschenswert ist, daß keine Grenzen bestehen, wenn es sich um die Gerechtigkeit handelt.‘ Der Kriegsminister hat sich dabei entschieden gegen das Erscheinen des Obersten von Schwartzkoppen in Frankreich und für die kommissarische Vernehmung in Berlin ausgesprochen. Geruhen Euere Majestät den mündlichen Vortrag des Militärattachés über diese Unterredung zu befehlen?“

Seine Majestät wollen den Vortrag des Militärattachés nicht entgegennehmen. Es bleibt auch gegenüber dieser neuen französischen Zumutung bei der in meinem Telegramm Nr. 79 von heute nochmals wiedergegebenen allerhöchsten Willensmeinung. Bitte hiernach Herrn von Below umgehend zu bescheiden. Bülow

Nr. 3635

Der Militärattaché in Paris Major Freiherr von Süßkind an den Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau

Ausfertigung

Nr. 139 Paris, den 6. September 1899

Der Kaiserlichen Botschaft melde ich ganz gehorsamst, daß ich den mir erteilten Befehl dem französischen Kriegsminister, die aller-

* Laut Bericht des Geschäftsträgers von Below vom 6. September war vormittags bei der Botschaft ein Telegramm des Kaisers eingelaufen: „Eine Anzahl französischer Offiziere hält sich in Stuttgart und Umgegend auf, ohne Erlaubnis und ohne nachweisbaren Grund. Ich lasse den General de Galliffet bitten, den Herren umgehend Befehl zu geben, zurückzukommen, widrigenfalls sie bei uns auf den Schub gebracht würden. Die Gepflogenheiten aus dem Prozeß von Rennes sollen nicht auf unsere Manöverfelder übertragen werden.“

** Kriegsminister im Kabinett Waldeck-Rousseau.

*** Delcassé.

höchste Bitte Seiner Majestät des Kaisers und Königs betreffs Rückberufung der in und um Stuttgart sich aufhaltenden französischen Offiziere, übermittelt habe.

General de Galliffet sagte, er hätte einer größeren Anzahl französischer Offiziere (60 bis 80) Auslandsurlaub erteilt. Im Interesse der allgemeinen Bildung der Offiziere sei er dafür, Reisen in das Ausland zu begünstigen. Er sei nicht in der Lage, die Zahl und die Namen der zurzeit sich in Württemberg aufhaltenden Offiziere anzugeben. Mit Rücksicht auf die Kaisermanöver hätte er keine besonderen Verhaltungsmaßregeln getroffen, von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß vom gegenseitigen politischen Standpunkte aus dem nichts entgegenstehe, wenn als Touristen reisende Offiziere sich in ein Manövergelände begeben[1], vorausgesetzt, daß sie allen durch die Meldepflicht verlangten Formalitäten genügen und sich in dem Manövergelände selbst allen Anordnungen, welche die lokalen Behörden dem Zivilpublikum gegenüber treffen, unbedingt fügen.

General de Galliffet sprach sein Bedauern aus, momentan sich darauf beschränken zu müssen, den Minister des Auswärtigen zu ersuchen, auf diplomatischem Wege Schritte zu tun, durch welche dem allerhöchsten Wunsche Seiner Majestät in tunlichstem Umfange entsprochen werde.

Die Maßnahmen, welche zu treffen seien, um für die Zukunft der Wiederkehr einer Ansammlung nach Deutschland beurlaubter Offiziere in einem Manövergelände vorzubeugen, werde er des näheren sich überlegen.

Nachdem diese Frage erledigt war, bat General Galliffet, wir wollten gegenseitig für einen Augenblick von unsern dienstlichen Stellungen absehen und ganz als Mann zu Mann sprechen.

General Galliffet äußerte zunächst, wie er sich sympathisch zu Seiner Majestät hingezogen fühle und ihm mit vollem Vertrauen entgegentrete.

Seine Majestät hätten gezeigt, wie allerhöchstdieselbe immer bemüht gewesen seien, Frankreich das nationale Unglück und die Demütigung der Jahre 1870/71 verschmerzen zu lassen.

Abgesehen von allen schriftlichen und mündlichen Zeugnissen des Interesses für Frankreich, wie es sich bei den verschiedensten Veranlassungen kundgetan hätte, liegen Taten vor, wie die Entlassung der wegen Spionage verhafteten Offiziere*; der Empfang der französischen Schiffe in Kiel**; der allerhöchste Besuch auf dem französischen Schulschiff „Iphigénie"***, der herzliche Empfang der Offiziere und Kadetten auf Seiner Majestät Schiff „Hohenzollern"†; die großmütige, gnädige

* Vgl. Bd. VII, Kap. XXXVIII, Nr. 1605.
** Vgl. Bd. IX, Kap. LIX, Nr. 2343 ff.
*** Vgl. Nr. 3569.
† Vgl. das.

Absicht der Niederlegung eines Kranzes auf französischem Boden gelegentlich der jüngsten Denkmalsenthüllung auf dem Schlachtfelde von St. Privat*.

Er sei überzeugt, so fuhr der General fort, Seine Majestät der Kaiser werde ihm, dem einfachen Soldaten, der vertrauensvoll mit der inständigen Bitte vor ihn trete, der Wahrheit zum Licht zu verhelfen, diese Bitte in allerhöchstseiner hochherzigen Denkungsart nicht abschlagen.

Er bitte Seine Majestät, die Gnade zu haben, für die vielen bedauerlichen Vorfälle in Rennes nicht die Regierung verantwortlich zu machen. Leuten wie Mercier** müsse man wie einer Maus, welche einem den Stiefel annagen will, einen Fußtritt geben[2]; sie im übrigen mit Mißachtung strafen.

In der Seiner Majestät durch den Advokaten Labori zu Füßen gelegten Bitte gebe es drei Wege:

1. Die Ablehnung.

Er bitte inständig, dies nicht zu tun.

2. Erscheinen des Obersten von Schwartzkoppen in Rennes.

Er würde in diesem Falle Oberst von Schwartzkoppen schützen und mit seinem eigenen Kopf für ihn einstehen. Aber bei der Erregtheit der Parteien wären Ausschreitungen von gegnerischer Seite in der Presse und auf der Straße zu befürchten, gegen welche alle Bemühungen der Regierung bis zu einem gewissen Grade machtlos seien.

3. Der dritte Weg wäre kommissarische Verhörung in Deutschland nach den daselbst maßgebenden gesetzlichen Vorschriften.

Wenn Seine Majestät die Gnade haben wollten, seine inständige Bitte zu erfüllen, das Einschlagen des letzteren Weges zu befehlen, so werden sich Seine Majestät, fuhr der General fort, ein hohes Verdienst um Wiederkehr von Ruhe und Ordnung in Frankreich erwerben[3].

Eine nachhaltige Wirkung für die gegenseitigen Beziehungen der beiden Nachbarländer werde nicht ausbleiben.

Die Gegenparteien würden zwar zunächst ein wütendes Geschrei erheben, dies würde aber bald verstummen. Die Anerkennung aller gutgesinnten Franzosen würde fortbestehen als ein Eckstein zum weiteren Ausbau eines gegenseitigen guten Verhältnisses***.

---

* Vgl. Nr. 3571 ff.

** Der frühere Kriegsminister General Mercier hatte sich bei seiner Vernehmung vor dem Kriegsgericht in Rennes sehr gehässig gegen Deutschland geäußert.

*** Diese Auslassungen des Generals de Galliffet berühren etwas eigentümlich angesichts von Äußerungen, die er im Sommer 1898 während eines Aufenthalts in Marienbad gegenüber dem Prager deutschen Konsul Freiherrn von Seckendorff getan hat. Es heißt darüber in einer Aufzeichnung Seckendorffs, die am 10. September dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe übersandt wurde: „Marquis de Galliffet sprach sich nicht nur mir, sondern auch anderen Personen gegenüber ganz unumwunden dahin aus, daß er nicht nur fest überzeugt sei, sondern es positiv wisse, daß der ehemalige Kapitän Dreyfus in Verbindung

Würde (daraufhin) Dreyfus freigesprochen, wäre zunächst ein Ansturm der nationalistischen und der sich um sie gruppierenden Parteien abzuschlagen. Die Regierung werde dazu stark genug sein. Er werde energische Mittel nicht scheuen[4], und bald werde Ruhe einkehren.

Würde Dreyfus abermals verurteilt, so schiene ihm eine Revolution mit ihren unabsehbaren Folgen zu befürchten[5]. Breche sich früher oder später dann doch die Wahrheit Bahn, so geschehe dies zugunsten der revolutionären Parteien.

Der Fortbestand Frankreichs sei in Gefahr[6].

Seine Majestät der Kaiser könnten allerhöchstselbst im Interesse des europäischen Gleichgewichts dies nicht wünschen[7].

Deutschland sei Frankreich in Handel und Industrie in einer Weise überlegen, daß es in dieser Beziehung von Frankreich nichts zu fürchten habe.

Deutschland habe ein starkes, Achtung gebietendes Heer, sein schwacher Punkt, man möge ihm diese Betrachtung verzeihen, sei zurzeit noch seine Flotte[8].

Deutschland erhalte zwar gute Beziehungen zu England. Vielfach würden Freundlichkeiten ausgetauscht. Im wesentlichen seien dieselben jedoch auf Familienbeziehungen zurückzuführen. Die letzteren zählten indes im heutigen Ringen der Völker um ihre Existenz nur noch in geringem Grade mit.

Käme es einmal aus irgendeiner Veranlassung zu einem politischen Gegensatze zwischen Deutschland und England[9], so könnte ein Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs von Vorteil werden.

General de Galliffet lenkte nach dieser Abschweifung wieder auf die Dreyfusfrage ein und sagte:

Seine Bitte um den allerhöchsten Beistand Seiner Majestät zur Aufklärung der Wahrheit trage keinen egoistischen Charakter. Er habe persönlich nichts mehr zu erwarten. Seine jetzige schwierige Stellung habe er übernommen unter vier Gesichtspunkten:

1. um die Disziplin in der Armee wiederherzustellen[10];
2. unter der Bedingung, daß dem Kriegsgericht in Rennes absolute Selbständigkeit gesichert werde[11];
3. um nach dem Urteilsspruch die Generale, welche in der Sache gefehlt haben, tunlichst zu decken[12], weiteren Angriffen gegen die Armee Einhalt zu tun;
4. wieder in der Stille der Zurückgezogenheit zu verschwinden, wenn diese Aufgaben gelöst sind.

---

mit maßgebenden deutschen Persönlichkeiten gestanden habe. — Auf die ihm mit Bezug hierauf entgegengehaltenen gegenteiligen Erklärungen des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes schien General de Galliffet nicht den geringsten Wert zu legen. Er erklärte dieselben für politische Unwahrheiten (mensonges politiques), welche unaufgefordert abgegeben worden seien, um die parlamentarische Ruhe des deutschen Reichstages nicht zu stören und unliebsamen Interpellationen vorzubeugen."

General de Galliffet hob hervor, er sei weder Dreyfusianer noch Antidreyfusianer. Die Person zähle für ihn nicht, nur die Wahrheit.

Ich erlaubte mir darauf hinzuweisen, daß die Militärattachés in Rennes sehr diskreditiert worden wären und zu befürchten stände, daß selbst gerichtliche Aussagen des Obersten von Schwartzkoppen mit Zweifel aufgenommen werden könnten.

Darauf erwiderte General Galliffet, trotz allem, was die Gegner verbreiteten und an Beschimpfungen sich erlaubten[13], könne man überzeugt sein, daß ein derartiges Vorgehen tiefen Eindruck machen und den gewünschten Erfolg haben würde.

Das Ansehen des Obersten von Schwartzkoppen stehe bei den rechtlich Denkenden in Frankreich dazu hoch genug.

Zum Schluß sagte General de Galliffet, er hätte sich gescheut, offizielle Schritte in der angeregten Frage zu tun.

Schon öfter im Leben hätte ihm das Glück unverhofft geleuchtet. Er betrachte das auf Grund eines allerhöchsten Befehles Seiner Majestät bei ihm erfolgte Erscheinen des preußischen Militärattachés als eine hohe, glückliche Fügung, die auszunutzen er sich für berufen halte, um Seiner Majestät die Wünsche, die sein tiefstes Inneres bewegen, allerehrfurchtsvoll zu Füßen zu legen.

Freiherr von Süßkind

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 In Frankreich würden unsere Herren schön dabei ankommen!

2 Nein das genügt nicht! Zertreten muß man solches Geschmeiß!

3 was geht mich die an! Ich bin nicht Kaiser der Franzosen! außerdem will es das Kriegsgericht nicht

4 Fort Chabrol! Unsinn!

5 richtig

6 ja

7 Er soll sich doch an den Zaren wenden! Fredericks sprechen zu lassen! Dann ist der ganze Schwindel zu Ende!

8 richtig! Soll aber korrigirt werden

9 so wird Frankreich sofort wieder mit England gegen uns gehen! Wie bei Transvaal 1896—97

10 glänzend mißlungen

11 auch nicht gelungen

12 statt sie zu kassiren!

13 darf aber doch nicht vorkommen

Nr. 3636

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Stuttgart, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 79 Stuttgart, den 6. September 1899

Seine Majestät der Kaiser und König, unser allergnädigster Herr, betrachtet es als selbstverständlich und gänzlich ausgeschlossen, daß

auf die sonderbare Zumutung des Maître Labori diesseits irgendwie eingegangen wird. Für Seiner Majestät Regierung und soweit Deutschland in Frage kommt, ist die Angelegenheit durch die schon 1894 in Paris vom Fürsten Münster und im vorigen Jahre im Reichstage von mir abgegebenen Erklärungen völlig klargelegt und endgültig erledigt. In dieser Auffassung kann uns der Umstand nur noch bestärken, daß das Kriegsgericht in Rennes den Antrag der Verteidigung, die Intervention der französischen Regierung bei ausländischen Regierungen zu erbitten, inzwischen abgelehnt hat*. Nach Maßgabe dieser unverrückbaren Entscheidung Seiner Majestät bitte ich auch die Sprache der uns zugänglichen Presse zu regulieren.

Wenn sich Legationsrat von Below in diesem Sinne gegenüber Waldeck-Rousseau ausspricht, soll derselbe hierbei nicht verschweigen, wie sehr Seine Majestät allerhöchstsich dadurch verletzt fühlen müssen, daß, wie aus der Anfrage Laboris hervorgeht, die auf ausdrücklichen Befehl Seiner Majestät von Fürst Münster wie von mir offiziell abgegebenen Erklärungen von französischer Seite übergangen und als nicht vorhanden behandelt worden sind.

Bülow

Nr. 3637

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Stuttgart, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 85 Stuttgart, den 7. September 1899

Seine Majestät wollen, daß die Erklärungen, welche Fürst Münster seinerzeit nach der Verhaftung des Kapitäns Dreyfus auf allerhöchsten Befehl in Paris abgegeben hat, um schon damals zu konstatieren, daß

---

* Am 7. September lehnte das Kriegsgericht auch den Antrag Laboris auf kommissarische Vernehmung der Obersten von Schwartzkoppen und Panizzardi ab. Auch wenn also die deutsche Regierung die Vernehmung des ehemaligen Militärattachés von Schwartzkoppen zugelassen hätte, würde es nicht dazu gekommen und lediglich die deutsche Regierung in ihrer Willfährigkeit gegen die französische Regierung bloßgestellt worden sein. Hat das Kriegsgericht doch auch die amtliche deutsche Erklärung im Reichsanzeiger vom 8. September, durch die man den Wünschen der französischen Regierung in etwas entgegenzukommen suchte (vgl. Nr. 3637 und Fußnote *) völlig ignoriert, was sogar die Königin von England laut eines Telegramms Kaiser Wilhelms II. an Staatssekretär Graf Bülow vom 25. September 1899 als eine „kolossale Unverschämtheit“ bezeichnete.

zwischen dem Genannten und uns niemals irgendwelcher Zusammenhang bestanden habe, im „Reichanzeiger" veröffentlicht werden *.

Zu Euer Hochwohlgeboren Orientierung füge ich hinzu, daß der Beschluß des Gerichtshofs zu Rennes, den deutschen und italienischen Militärbevollmächtigten nicht vernehmen zu lassen **, die in Rede stehende Veröffentlichung Seiner Majestät nicht nur unbedenklich, sondern auch opportun erscheinen läßt.

Die Publikation würde ohne Kommentar zu erfolgen haben, aber so zu redigieren sein, daß sie unsere Loyalität ebensosehr dokumentiert wie unser Bestreben, ohne unzulässige Einmischung in innere französische Angelegenheiten, doch in den Grenzen unserer internationalen Pflichten wie der Rücksicht auf unsere eigene Sicherheit den Geboten der Menschlichkeit zu genügen.

Im Sinne dieser Auffassung ist auch die Presse zu dirigieren. Wir müssen le beau rôle in der Affäre behalten, was uns durch das Verhalten der französischen Militärbehörden nicht unwesentlich erleichtert wird. Bülow

Nr. 3638

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Karlsruhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 92 Karlsruhe, den 8. September 1899

Ganz geheim

Seine Majestät befehlen, daß in der Presse darauf hingewiesen werde, wie über den wirklichen Zusammenhang und letzten Hinter-

* Es geschah am 8. September in folgender Form:
„Wir sind ermächtigt, nachstehend die Erklärungen zu wiederholen, welche hinsichtlich des französischen Hauptmanns Dreyfus die Kaiserliche Regierung bei loyaler Beobachtung der einer fremden inneren Angelegenheit gegenüber gebotenen Zurückhaltung zur Wahrung ihrer eigenen Würde und zur Erfüllung einer Pflicht der Menschlichkeit abgegeben hat.
Der Kaiserliche Botschafter bei der Französischen Republik Fürst Münster von Derneburg hat nach Einholung der allerhöchsten Befehle Seiner Majestät des Kaisers im Dezember 1894 und Januar 1895 dem Minister des Auswärtigen Herrn Hanotaux, dem Ministerpräsidenten Herrn Dupuy und dem Präsidenten der Republik Herrn Casimir-Perier wiederholt Erklärungen dahin abgegeben, daß die Kaiserliche Botschaft in Frankreich niemals, weder direkt noch indirekt, irgendwelche Beziehungen zum Hauptmann Dreyfus unterhalten hat.
Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Staatsminister Graf von Bülow hat am 24. Januar 1898 in der Budgetkommission des Deutschen Reichstages folgende Erklärung abgegeben:
„Ich erkläre auf das allerbestimmteste, daß zwischen dem gegenwärtig auf der Teufelsinsel befindlichen französischen Exkapitän Dreyfus und irgendwelchen deutschen Organen Beziehungen oder Verbindungen irgendwelcher Art niemals bestanden haben."

** Siehe Nr. 3636, Fußnote.

grund der Dreyfusangelegenheit nur Rußland Auskunft geben könne. Die Franzosen sollten doch General Fredericks zur Aussage auffordern. Warum sei letzterer im Augenblick, wo das Gerichtsverfahren in Rennes begonnen habe, aus Paris abberufen worden? Weshalb sei Herr Delcassé unmittelbar nachher plötzlich nach Petersburg gereist?*

Ich halte es für das Richtigste, wenn versucht wird, Auslassungen im vorstehenden Sinne durch Freiherrn von Eckardstein in englische oder amerikanische Blätter zu bringen und dieselben alsdann in unserer Presse zu reproduzieren. Eventuell könnte auch auf „Perseveranza", „Journal de Genève" oder solche österreichisch-ungarische Blätter rekurriert werden, deren Zusammenhang mit uns nicht zu durchsichtig ist.

Bülow

Nr. 3639

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 194 Paris, den 10. September 1899

Auch die Nacht ist ohne nennenswerte Zwischenfälle verlaufen. Man will die verhältnismäßige Ruhe des Publikums mit der Bestürztheit über das Verlegenheitsurteil des Kriegsgerichts**, das in seiner Gewissensangst die sonst unverständlichen mildernden Umstände erfand, erklärt wissen.

Daß der wieder Verurteilte Berufung einlegt, ist zweifellos. Man hofft und erörtert die Möglichkeit der Zurückleitung des Prozesses an den Kassationshof, der dieses Mal ohne Verweisung an ein neues Kriegsgericht das Urteil niederschlagen würde.

Below

---

* Vgl. dazu 3577 und die Randbemerkung des Kaisers zu Nr. 3642.

** Am 9. September war das Urteil des Kriegsgerichts in Rennes dahin ergangen, daß Dreyfus schuldig befunden wurde, „im Jahre 1894 Machenschaften angezettelt oder Beziehungen mit einer fremden Macht oder einem ihrer Agenten unterhalten zu haben, um sie zu veranlassen, Feindseligkeiten zu begehen oder Krieg gegen Frankreich zu unternehmen, oder um ihr die Mittel dafür zu liefern, indem er ihr die im bordereau aufgezählten Schriftstücke überlieferte." Indessen wurde Dreyfus nicht wieder zur Deportation, sondern im Hinblick auf mildernde Umstände zu 10 Jahren détention verurteilt. Die Verurteilung erfolgte mit einer Majorität von 5 gegen 2 Stimmen.

Nr. 3640

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 323 Paris, den 12. September 1899

Von welchem Gesichtspunkt aus man das in Rennes gefällte Urteil betrachtet — vom menschlichen, vom juristischen, vom militärischen oder politischen — es ist und bleibt ein Monstrum, und als solches wird es auch von der öffentlichen Meinung der gesamten zivilisierten Welt verurteilt, außer in Frankreich, das sich damit selbst aus der Reihe der Kulturnationen ausschließt [1]. Die Mischung von Roheit und Feigheit, das sichere Kennzeichen des Barbarentums, ist die Signatur des Spruches der Richter von Rennes. Roh genug, einen Menschen zum zweitenmal zu verurteilen, von dessen Schuld sie nicht oder nicht hinlänglich überzeugt waren, hatten sie doch nicht den Mut, ihn nach der Teufelsinsel zurückzuschicken, und haben für das Verbrechen eines Verrates, wie ihn Dreyfus begangen haben soll, auf mildernde Umstände erkannt. Die Verlegenheit, mit welcher die Militärparteiblätter diese Entscheidung dahin zu erklären suchen, daß die Richter mangels Einstimmigkeit sich dazu verpflichtet gefühlt hätten, wird niemanden täuschen. Dagegen scheint es richtig zu sein, daß die dritte Stimme, welche ursprünglich für die Freisprechung war, nur dadurch für die andere Seite gewonnen wurde, daß die mildernden Umstände als Abschlagszahlung dienten und ein schwankendes Gemüt so mit Hochdruck von der richtigen Erkenntnis abgebracht worden ist.

Die augenblickliche Stimmung der Dreyfusleute, das heißt so ziemlich aller wirklich gebildeten und gutgesinnten Franzosen, leider der Minderheit, ist diejenige von Menschen, welche ein Verhängnis kommen sehen, aber, wenn es eingetreten, nicht daran zu glauben vermögen, weil es zu ungeheuerlich erscheint.

Sie wollen verständigerweise lärmende Kundgebungen vermeiden, welche einmal der Regierung — für sie immer noch die beste, die sie haben können — Verlegenheit bereiten, andererseits aber zu ihrem Nachteil ausgehen würden. Das gegenwärtige Kabinett, welches für die öffentliche Ordnung einzutreten verheißen hat, müßte die Ruhestörer durch Aufgebot von Polizei und Truppen unterdrücken lassen und somit selbst die Übermacht der Militärmacht befestigen helfen.

Der Kampf, der sich in Frankreich unter der Dreyfussache verbirgt, ist ja nicht nur der Kampf zwischen Militär- und Zivilgerichtsbarkeit, sondern zwischen Militär- und Zivilgewalt [2]. Das Bestreben der letzteren ist daher darauf gerichtet, tunlichst viele Anhänger wie die zwei Richter von Rennes, welche für die Freisprache stimmten, in der Armee zu gewinnen. Ob das gelingen wird, ist eine andere Sache.

Inzwischen ist die Frage der erneuten Degradation dadurch erledigt, daß das Kriegsgericht diesbezüglich dem Präsidenten der Republik ein Gnadengesuch unterbreitet hat. Im übrigen geht das Urteil mit Rücksicht auf die eingelegte Berufung an den militärischen Conseil de revision, der es zweifellos bestätigen dürfte.

Andererseits werden alle möglichen Eventualitäten erörtert, wie dem unglücklichen Opfer der haarsträubenden Verurteilung geholfen werden könnte. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die Konstitution des Hauptmanns Dreyfus stark erschüttert ist und er nie wieder ein gesunder Mensch werden kann, daß er einen längeren Gefangenenaufenthalt auf einer Festung in Frankreich nicht überleben würde. So ist denn vielfach von einer Begnadigung durch den Präsidenten der Republik die Rede. Daß die Regierung durch das Organ des Justizministers auf einen vom Oberstaatsanwalt zu erstattenden Bericht hin das Urteil an den Kassationshof zurückverweisen könnte, scheint mehr oder weniger aufgegeben.

Inzwischen läßt es sich nicht leugnen, daß ein Teil der Presse, welche für die Revision gewonnen war, unter dem Vorwande, die notwendige Beruhigung der Gemüter und die dringenden Ausstellungsarbeiten nicht stören zu wollen, erklärt, sich vor dem ergangenen Richterspruch zu beugen, so „Journal des Débats", „Soleil", „Petit Parisien" (das Organ des Ackerbauministers); die Besorgnis, Abonnenten zu verlieren, steht dieser Schwenkung natürlich nicht fern.

Um so deutlicher bekunden die Dreyfusorgane die feste Absicht, den unschuldig Verurteilten nicht im Stich zu lassen und den Kampf zu seinen Gunsten mit allen erlaubten Mitteln fortzusetzen.

Die Generalstabspresse und die nationalistischen Blätter, allen voran immer der „Gaulois", feiern die Retter der Armee und des Vaterlandes, die Generale Mercier, Roget, Gonse und so weiter, aber auch die Zivilhelden à la Cavaignac und Quesnay de Beaurepaire *, welch letzterer heute eine neue „Enquête" über das sogenannte Syndikat ankündigt. Das ganze Streben dieser Richtung geht nun auf die Beseitigung des verhaßten Ministeriums, aber sie scheinen sich damit mindestens bis zur Wiedereröffnung des Parlaments gedulden zu müssen, denn der vorsichtige Méline mit seinem Anhang soll immer noch nicht für eine vorzeitige Einberufung der Kammer zu haben sein, und ohne ihn und seine Getreuen ist die erforderliche Anzahl dafür nicht zu erreichen. pp.

B e l o w

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ja

[2] und Pfaffen und Juden

* Der Präsident des Zivilsenats des Kassationshofes Quesnay de Beaurepaire hatte Anfang Januar 1899 seine Entlassung genommen und seither gegen die Revision des Dreyfusprozesses agitiert.

Nr. 3641

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 324 Paris, den 12. September 1899

Ein Mitglied der hiesigen Regierung, über die Nichtbeachtung der vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Erklärung* durch das Kriegsgericht in Rennes interpelliert, hat sich, wie ich aus guter Quelle höre, dahin geäußert, daß Deutschland ja unbestreitbar le beau rôle habe. Die ganze Welt anerkenne seine Haltung auf Kosten des armen Frankreich, das durch die traurigen Richter von Rennes der allgemeinen Mißachtung preisgegeben sei.

In der Pariser Presse sind wenige Äußerungen in dieser Richtung zu verzeichnen. In dem gemäßigt republikanischen und wenig bedeutenden Blatte „La Paix“ sagt der Elsässer Waldteufel, ein sonst ziemlich unklarer Kopf, die Erklärung des „Reichsanzeigers“ komme ihm nicht aus dem Sinn, und er müsse immerfort an den Oberst Jonaust denken, der ihn an den von Bancos Geist verfolgten Macbeth erinnere.

Das Blatt Clemenceaus „L'Aurore“ hatte gestern bereits eine kurze Betrachtung unter der Überschrift „Grave Imprudence“, in welcher hervorgehoben wurde, daß Frankreich nun darauf gefaßt sein müßte, sein Wort im Auslande auch nicht mehr beachtet zu sehen. Heute aber veröffentlicht der Vorkämpfer der Revision, Emil Zola, einen langen Artikel „Le cinquième acte“, in welchem er auf die Gefahr hinweist, welcher das Kriegsgericht durch sein Ignorieren der amtlichen deutschen Erklärung Frankreich ausgesetzt habe. Deutschland habe die Beweise des falschen Richterspruchs in Händen und könne jederzeit den ihm nötig scheinenden Gebrauch davon machen.

Der große Romanschriftsteller mahnt daher die französische Regierung an ihre Pflicht, sich diese Beweise zu verschaffen, und meint, die Diplomatie habe schon schwierigere Aufgaben gelöst. Wenn aber die Regierung versage, die Verteidiger der Wahrheit und Gerechtigkeit würden vor nichts zurückschrecken, derselben zu ihrem Rechte zu verhelfen. Sein Prozeß in Versailles am 23. November sei die nächste Gelegenheit dazu; mit Labori zur Seite werde er da weiter für das Recht kämpfen, und wenn es ihn Leben oder Freiheit kosten sollte.

Ich beehre mich, die betreffenden Ausschnitte anbei in Vorlage zu bringen.

Below

---

* Vgl. Nr. 3637 und Fußnote *.

Nr. 3642

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 402 St. Petersburg, den 15. September 1899

pp. Bezüglich des Dreyfusprozesses äußerte sich Graf Lamsdorff dahin, daß ihn die Verurteilung, namentlich aber die Zuerkennung „mildernder Umstände" überrascht habe. Entweder läge Hochverrat vor, oder derselbe sei nicht nachzuweisen. Dementsprechend müsse die Bestrafung oder Freisprechung erfolgen. Ein Mittelding gäbe es nicht. Einem seiner Mitarbeiter hat, wie ich von sicherer Quelle höre, sich Graf Lamsdorff dahin ausgesprochen, daß die Verurteilung von Dreyfus ein affront gegen den Deutschen Kaiser sei [1].

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unsinn! Den geht der ganze Schwindel nichts an!
Aber Graf Lambsdorff könnte mit Hülfe des Generals Fredericks den Schleier lüften, und feststellen, warum Dreyfus, dafür daß er auf Boisdreffres Befehl, Orientirungen an den Alliierten und Väterchen Zar sandte, in Frankreich verurtheilt ward! Das ist ein Affront für den Zaren! Denn der mußte doch „orientirt" werden!

Nr. 3643

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 381 Paris, den 19. Oktober 1899

Die politische Windstille, welche hier bald nach dem Ausgang des Prozesses von Rennes einsetzte, dauert einstweilen fort; freilich würde sie nach der Auffassung der Pessimisten nur Ruhe vor dem Sturm bedeuten, der mit dem Zusammentritt der Kammer losbrechen solle. Übrigens muß man, was die derzeitige Windstille betrifft, auch zwei wesentliche Einschränkungen machen; die eine bezüglich der Presse, deren zügellose Sprache in den extremen Lagern unverändert fortdauert, die andere hinsichtlich der immer wiederkehrenden Zeichen der Unbotmäßigkeit innerhalb des Heeres. Der hochtönende Name „La grande muette", mit dem man die Armee zu bezeichnen liebt, paßt wirklich schon gar nicht mehr, und der Kriegsminister fährt fort, Disziplinarstrafen zu verhängen, indem er bald gegen einzelne renitente Offiziere vorgeht, bald sogar zur Versetzung ganzer Regimenter schreiten muß.

Abgesehen davon ist aber, namentlich im großen Publikum, das „Abspannungsbedürfnis“ unverkennbar. Dazu kommt die rastlose Tätigkeit für die bevorstehende Weltausstellung. Die baulichen Arbeiten haben in den letzten Wochen sehr große, fast von Tage zu Tage sichtbare Fortschritte gemacht, und, soweit es sich bis jetzt beurteilen läßt, wird das Ergebnis den anerkannt guten französischen Geschmack voll zur Geltung bringen. Der überall zutage tretende Wunsch, bei dieser Gelegenheit einen glänzenden Erfolg zu erzielen, läßt es denn auch wenig wahrscheinlich erscheinen, daß Herr Delcassé in den Besprechungen mit dem Grafen Murawiew * sich auf etwas einlassen wird, was Frankreich zu Weiterungen führen könnte, wie es zum Beispiel eine Einmischung irgendwelcher Art in den Krieg zwischen England und Transvaal sein würde. Wie gern man dagegen in Frankreich sähe [1], wenn Deutschland nicht die gleiche Zurückhaltung bewahren würde, zeigt der Eifer, mit welchem in der Pariser Presse jede Äußerung deutscher Blätter, möge dieselbe noch so wenig Wert haben, wenn sie nur im geringsten eine solche Deutung zuläßt, als ein Symptom der erhofften Intervention signalisiert wird **. pp.

Below

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 3644

Der Botschafter in Paris Fürst Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 426 Paris, den 4. Dezember 1899

Das Kabinett Waldeck-Rousseau hat alle Aussicht dazu, als Ausstellungsministerium im Amte zu bleiben.

Es ist an sich stark, weil es über tüchtige Kräfte gebietet, das Parlament sich als völlig unfähig erwiesen hat und kein anderes Ministerium in dieser elenden Deputiertenkammer eine Majorität finden würde. Waldeck-Rousseau und General Galliffet haben es sich zur Aufgabe gestellt, die Autorität, welche in diesem Lande ganz untergraben ist, in der Verwaltung und in der Armee wieder neu zu beleben. In der Kammer haben beide Minister durch ihr Auftreten erst einen Tumult hervorgerufen, haben aber durch ruhige Verachtung die Gegner schließlich zum Schweigen gebracht und sich Achtung

---

* Vgl. Nr. 3578 und S. 277, Fußnote *.
** Vgl. Bd. XV, Kap. CIII.

verschafft und haben bei zwei Gelegenheiten Vertrauensvoten mit über 100 Stimmen erlangt. Allem Anscheine nach werden sie für längere Zeit auf die Majorität rechnen können.

Das Unsinnige der jetzigen Lage ist die gänzliche Verschiebung der Parteien: Die Royalisten, Antisemiten, Chauvinisten, Nationalisten und die Partei Méline[1] greifen namentlich den General Galliffet schonungslos an, während Radikale und Sozialisten ihn unterstützen. Galliffet leistet seinem Lande und der Armee den größten Dienst; die gelockerte Disziplin in der Armee stellt er wieder her, und sein ganzes Streben geht dahin, dem Kriegsminister wieder die Stellung zu verschaffen, die durchaus notwendig ist, wenn die Republik die Armee nicht umbringen und jede Disziplin zerstören soll.

Die Generäle, die außerdem meist unter klerikalem Einfluß stehen und zu politischen Intrigen sehr geneigt waren, sind Galliffets größte Widersacher, wogegen bei den jungen Offizieren der Kriegsminister täglich mehr an Popularität zu gewinnen scheint. Er tut auch für sie, was er kann, will die Gehälter der unteren Chargen erhöhen und die Pensionierung statt nach 30 Jahren mit 25 Jahren eintreten lassen und tut alles dazu, um ihnen ein besseres Avancement zu verschaffen.

Das neue Projekt hinsichtlich der Kolonialarmee ruft bei dem Marine-* und Kolonialminister** Widerstand hervor, und wird das Projekt nicht leicht in der Kammer zur Annahme gelangen. Galliffet betrachtet dasselbe als einen Vorschlag, über den sich sprechen läßt, und wird die Kabinettsfrage nicht stellen. Der Schwerpunkt seines Vorschlages liegt darin, daß er die Kolonialarmee allein dem Kriegsminister unterstellen will.

Waldeck-Rousseau hat sehr brauchbare Minister in sein Kabinett genommen und dadurch, daß er zwei Sozialisten in das Ministerium nahm***, hat er zwei sehr fähige energische Mitarbeiter gewonnen, hat sie aus dem sozialistischen Getriebe herausgerissen und unter den Sozialisten selbst Uneinigkeit hervorgerufen.

Millerand und Baudin zeigen sich als sehr tüchtige Verwaltungsbeamte.

Überhaupt hat dieses Kabinett gute Kräfte. Delcassé hat sich ganz gut eingearbeitet, ist nicht mehr wie anfangs étranger aux affaires und ist im Auswärtigen Amte und der Kammer beliebter, als es Hanotaux war.

Besonders tüchtig ist der neue Finanzminister Caillaux. Er ist, was seine Vorgänger nicht waren, Fachmann. Sein Budget soll ein Meisterwerk sein.

Die Bezeichnung der verschiedenen Parteien führt uns Fremde leicht zu Mißverständnissen. Die hiesigen Sozialisten sind ganz andere

---

* Lanessan.

** Decrais.

*** Millerand als Handelsminister und Baudin als Minister der öffentlichen Arbeiten.

Leute als die unsrigen; sie bleiben immer Franzosen, und es ist nur ein kleiner Teil, der wirklich in dem Sinne staatsfeindlich ist und eine Teilung und Plünderung beabsichtigt. Außerdem ziehen die meisten Deputierten mit falscher Fahne in das Parlament und schließen sich gegen ihre eigene Überzeugung irgendeiner Partei an, um gewählt zu werden. Das ganze politische Leben ist Lug, Trug und Egoismus in diesem Lande[2].

Die Radikalen sind jetzt die Stütze der Regierung, wogegen Méline, die Royalisten und Ralliierten im Parlamente[3] die Rolle der roten Radikalen übernommen haben und die Regierung auf die rücksichtsloseste Art angreifen.

„Ote-toi que je m'y mette" ist die Devise der hiesigen Politiker.

Außer dem Parlamente bildeten sich so viele verschiedene Parteien, daß sie anfingen, wirklich staatsgefährlich zu werden. Der Prozeß Dreyfus gab vielfach den Anlaß dazu.

Dreyfusards und Antidreyfusards, Antisemiten, Nationalisten, Royalisten und Mitglieder der Ligue des patriotes trieben mit der größten Frechheit ihr Unwesen. Die Regierung mußte diesem Treiben Einhalt gebieten*. Geschworene hätten den Angeklagten durch Freisprechung nur neue Anhänger gebracht, und so blieb der Regierung nichts anderes übrig als ein Hochverratsprozeß vor dem Senate.

Die Hauptrādelsführer wurden also vor dem Senat als Haute Cour angeklagt, gegen den Staat komplottiert zu haben. Die Art, wie dieser Prozeß geführt wird, ist ein Skandal.

Das liegt darin, daß ein Strafprozeß an über 300 Personen an sich schon ein Unsinn ist. Der Senat ist selbst, seit die lebenslänglichen Mitglieder ausgestorben sind, sehr radikal und daher uneinig geworden. Der Präsident Fallières ist außerordentlich schwach und nicht fähig, solche Verhandlungen zu leiten. Die Angeklagten und ihre Advokaten sind von einer ganz unglaublichen Frechheit. Das Mittel der Obstruktion, eine neue Erfindung verschiedener Parlamente, wird von den Angeklagten und ihren schlechten Advokaten versucht, und zwar bis jetzt mit Erfolg. Wird der Präsident nicht energischer und folgt er nicht dem Oberstaatsanwalt, so kann die Verhandlung monatelang hingezogen werden. Die Majorität des Senats wird aber selbst sehr unzufrieden, und so wird wohl ein Mittel gefunden werden, um die Verhandlungen abzukürzen.

---

* Gelegentlich der Verhandlungen vor dem Kriegsgericht in Rennes hatte die Regierung bei den Führern der monarchistischen und plebiszitären Parteien Haussuchungen veranstaltet und auf Grund des Ergebnisses derselben viele Verhaftungen wegen hochverräterischer Umtriebe vorgenommen. Die Verhafteten, unter ihnen Déroulède und Buffet, wurden vor den Staatsgerichtshof verwiesen, der Déroulède Anfang Januar 1900 zu 10 Jahren Verbannung verurteilte.

Heute tagt hier ein sozialistischer Kongreß, der besonders gegen Millerand und Baudin in Szene gesetzt ist. Wie bei allen Kongressen wird viel geschwätzt werden, weitere Folgen wird er wohl nicht haben.

Was die äußere Politik betrifft, so wartet man ab. Wie der Vogel Strauß, wenn er Gefahr merkt, seinen Kopf unter einen Baum oder im Sand versteckt, so versteckt der Franzose seinen politischen Kopf hinter die Ausstellung[4] *.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Diese wollen den Umsturz
[2] wie bei uns!
[3] wie bei uns der Bund der Landwirthe
[4] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Je schlechter es den Engländern in Afrika geht um so mehr werden sie sich an einem Continentalstaate mit ihrer Flotte schadlos halten! Das wären wir mit Hülfe unserer Preßpiraterie beinahe gewesen jetzt werden es die Franzosen sein!
Russland wird sie ebensowenig davor retten als die Ausstellung! W.

---

* Gemeint ist die Pariser Jahrhundertausstellung.

